III-262 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXV. GP

Der Rechnungshof

Unabhängig. Objektiv. Wirksam.

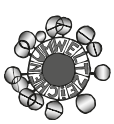
Bundesrechnungsabschluss für das Jahr 2015

Textteil Band 2: Untergliederungen

Auskünfte
Rechnungshof
1031 Wien, Dampfschiffstraße 2
Telefon (00 43 1) 711 71 - 8915
Fax (00 43 1) 712 49 17
E-Mail presse@rechnungshof.gv.at

Impressum

Herausgeber:	Rechnungshof 1031 Wien, Dampfschiffstraße 2 http://www.rechnungshof.gv.at
Redaktion und Grafik:	Rechnungshof
Druck:	Druckerei des BMF
Herausgegeben:	Wien, im Juni 2016



gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens
Druckerei des Bundesministeriums für Finanzen, UW-Nr. 836

Der Rechnungshof

Unabhängig. Objektiv. Wirksam.

Bericht zum Bundesrechnungsabschluss Republik Österreich

Bundesrechnungsabschluss für das Jahr 2015

Textteil Band 2: Untergliederungen

Der Präsident des Rechnungshofes

Dr. Josef Moser

Wien, im Juni 2016

WEGWEISER

Bundesrechnungsabschluss 2015

Der BRA 2015 gliedert sich in drei Textteile sowie einen gedruckten Zahlenteil. Zusätzlich dazu erfolgt eine Veröffentlichung der Zahlenteile des Bundes (vollständig) sowie der einzelnen Untergliederungen auf der Homepage des RH (www.rechnungshof.gv.at).

Die **Kurzfassung** beinhaltet eine übersichtliche Kurzdarstellung der Textteile 1 und 2; d.h. sowohl aus Bundes-, als auch aus UG-Sicht werden die maßgeblichen Entwicklungen des Finanzjahres 2015 kurz zusammengefasst erläutert. Neben diesen verbalen Ausführungen ist auch ein Auszug bzw. eine Zusammenfassung der Zahlenteile zum BRA 2015 Bestandteil der Kurzfassung. Diese Ergänzung der verbalen Darstellung in tabellarischer Form soll einen Überblick über das umfangreiche Zahlenmaterial bieten.

Der **Textteil Band 1** umfasst die Darstellung der fünf Abschlussrechnungen (konsolidierte Abschlussrechnungen: Vermögens-, Ergebnis- und Finanzierungsrechnung; Voranschlagsvergleichsrechnungen für den Finanzierungs- und Ergebnishaushalt) auf Bundesebene sowie die relevanten Thematiken des Budgetvollzuges mit besonderem Fokus auf die gesamtstaatliche Betrachtung und die europäischen Rahmenbedingungen. Die mittelfristige Finanzplanung wird ebenso auf Bundesebene erläutert.

Der **Textteil Band 2** umfasst jeweils gleich aufgebaute Kapitel zu allen Untergliederungen mit Ausnahme der Obersten Organe (die in einem zusammenfassenden Kapitel dargestellt werden), in welchen die konsolidierten Abschlussrechnungen, der Budgetvollzug im Überblick, die Voranschlagsvergleichsrechnungen sowie die mittelfristige Finanzplanung dargestellt werden.

Der **Textteil Band 3** enthält den Bericht des RH zur Überprüfung der Abschlussrechnungen gemäß § 9 RHG 1948.

Der gedruckte **Zahlenteil** umfasst die wichtigsten Überblickstabellen zu den Voranschlagsvergleichsrechnungen sowie zum Budgetvollzug. Überdies sind die konsolidierten Abschlussrechnungen sowie auszugsweise die Anhangsangaben gemäß Rechnungslegungsverordnung 2013 i.d.g.F. (RLV 2013) enthalten. Im vollen Umfang ist der Zahlenteil des Bundes – wie oben angeführt – auf der Homepage des RH abrufbar (Bund, Untergliederungen und vom Bund verwaltete Rechtsträger).

Hinweise zum Bundesrechnungsabschluss 2015

In der **Kurzfassung** finden sich jeweils am Ende der Absätze Verweise auf die Textzahlen (**TZ**) der Langfassung (**Textteil Band 1** und **Textteil Band 2**).

Dem **Textteil Band 1** vorangestellt sind ein Kurzüberblick mit den wichtigsten Eckdaten (**BRA im Überblick**) und eine kurze verbale Zusammenfassung der zentralen Eckpunkte des Vollzugs und der Entwicklung der Finanz- und Vermögenslage des Bundes.

Dem **Textteil Band 1** angeschlossen finden sich ein Glossar sowie ein Abkürzungsverzeichnis, das für alle vorliegenden Teile (Textteile, Zahlenteil) Gültigkeit besitzt.

Nachdem die Zahlen in den Textteilen sowohl in den tabellarischen Darstellungen als auch im Fließtext gerundet sind, kann es zu Rundungsdifferenzen kommen.

Wenn in Tabellen Werte mit „0,00“ angeführt sind, handelt es sich dabei um Zahlenwerte die unterhalb der dargestellten Größenordnung liegen (z.B. mit + 0,00 Mio. EUR können + 5.000 EUR gemeint sein), insofern kann es bei solchen Werten auch zu Abweichungen von „- 0,00“ bzw. „+ 0,00“ sowie zu prozentuellen Veränderungen kommen.

In den verbalen Ausführungen zu den Tabellen der Abschlussrechnungen kann es vorkommen, dass eine zu erläuternde Position mit einer - diese wertmäßig überschreitenden - Sub-Position erklärt wird (z.B. „Erträge aus Transfers von - 10,00 Mio. EUR, darunter Transfers innerhalb des Bundes von - 11,00 Mio. EUR“). In derartigen Fällen besteht zwar die Sub-Position in der jeweils angeführten Höhe, jedoch gibt es gleichzeitig andere Sub-Positionen, die einen saldierenden Effekt haben.

Zur übersichtlicheren Darstellung werden in den Texten die Abkürzungen UG (Untergliederung), GB (Globalbudget) und DB (Detailbudget) verwendet. Die bereits im Vorjahr vorgenommene farbliche Darstellung bzw. Codierung der einzelnen Haushalte bzw. Rechnungen (violett = Vermögensrechnung;

grün = Ergebnisrechnung bzw. –haushalt; blau = Finanzierungsrechnung bzw. –haushalt) wurde beibehalten; dies gilt auch für die Begründungen zu den Voranschlagsabweichungen. Tabellen mit allgemeinen Inhalten sind gelb.

Der **Textteil Band 2** umfasst detaillierte Ausführungen zu den Untergliederungen. Zum leichteren Auffinden der jeweiligen UG sind am äußeren Rand Kennzeichnungen („Reiter“) aufgedruckt, die nach Rubriken geteilt sind. Der Aufbau der Untergliederungs-Kapitel ist einheitlich gestaltet. Zu den dort thematisierten Schwerpunkten (konsolidierte Abschlussrechnungen, Budgetvollzug im Überblick, Voranschlagsvergleichsrechnungen, mittelfristige Finanzplanung) gibt es entsprechende Ausführungen im Textteil Band 1 auf Bundes- bzw. Rubriken-Ebene.

Die tabellarischen Darstellungen in den Untergliederungs-Kapiteln orientieren sich an den Vorgaben des RH an die haushaltsleitenden Organe in Bezug auf die erforderlichen Begründungen zu den Abschlussrechnungen. Demgemäß sind in den Tabellen jeweils jene Positionen angeführt, deren Wert 50 Mio. EUR übersteigt bzw. deren Veränderung im Unterschied zum Vorjahr bzw. im Unterschied zum Voranschlag 10 Mio. EUR überschreitet. In den Tabellen sind diese Positionen und Veränderungen grau markiert. Die Begründungen der haushaltsleitenden Organe gibt der RH im Konjunktiv wider.

Die **Zahlenteile** weisen eine einheitliche Nummerierung der Tabellen auf. Dies bedeutet, dass die Nummerierung der Tabellen dem vollständigen Zahlenteil des Bundes folgt und somit bei allen anderen Zahlenteilen (Zahlenteil des Bundes gedruckt, Zahlenteile der Untergliederungen) die Nummerierung der Tabellen „Lücken“ aufweisen kann. Beim gedruckten Zahlenteil des Bundes deshalb, weil dieser nur die Überblickstabellen, also nicht alle Tabellen, umfasst, bei den Zahlenteilen der Untergliederungen deshalb, weil diese nicht für alle Tabellen Zahlenwerte aufweisen und „leere“ Tabellen nicht dargestellt werden. Der Vorteil der gewählten Nummerierung liegt darin, dass die jeweils inhaltlich identen Tabellen in jedem Band der Zahlenteile dieselbe Tabellennummer aufweisen und somit problemlos aufgefunden und verglichen werden können bzw. darauf untergliederungsübergreifend referenziert werden kann.

Alle personenbezogenen Bezeichnungen werden aus Gründen der Übersichtlichkeit und einfachen Lesbarkeit nur in einer Geschlechtsform gewählt und gelten gleichermaßen für Frauen und Männer.

Haushaltsrechtliche Grundlagen

Durch das BHG 2013 wurde für den Bund zum einen eine integrierte Rechnung aus Finanzierungs-, Ergebnis- und Vermögensrechnung eingeführt und zum anderen die Budgetstruktur neu aufgebaut.

Die doppische Verrechnung bedingt die Darstellung in drei Rechnungen:

Vermögensrechnung	Ergebnisrechnung	Finanzierungsrechnung
Umfasst das gesamte Vermögen des Bundes sowie als Ausgleichsposition das Nettovermögen; **„Bilanz"**	Budgetiert und verrechnet nach Erträgen und Aufwendungen; **„Gewinn- und Verlustrechnung"**	Budgetiert und verrechnet nach Einzahlungen und Auszahlungen; **„Cashflow-Rechnung"**

Während im Ergebnishaushalt der tatsächliche wirtschaftliche Gehalt der Gebarung des Finanzjahres seinen Niederschlag findet, stellt der Finanzierungshaushalt ausschließlich auf die im Finanzjahr getätigten Ein- und Auszahlungen ab. Das Nettoergebnis des Ergebnishaushaltes findet auch Eingang in die Vermögensrechnung des Bundes. Durch die in der **Kurzfassung** sowie in der **TZ 1** (siehe **Textteil Band 1**) gewählte Darstellungsform der Teilergebnisse der drei Rechnungen sollen die Zusammenhänge zwischen diesen bzw. der integrative Charakter der Haushaltsverrechnung zum Ausdruck gebracht werden.

Die neue Budgetstruktur:

Bund	Rubrik	Untergliederung (UG)	Globalbudget (GB)	Detailbudget (DB) Ebene 1 und 2
Beispiel:	**0,1**	**UG 15**	**GB 15.01**	**DB 15.01.01** **DB 15.01.01.01**

Die Budgetierung erfolgt durch das jeweilige Bundesfinanzgesetz (BFG) in den hierarchischen Stufen abwärts bis zu den Detailbudgets, die gesetzliche Bindungswirkung liegt auf Ebene der Globalbudgets.

INHALTSVERZEICHNIS

WEGWEISER

VORBEMERKUNGEN 1

1	**UG 01 BIS 06 „OBERSTE ORGANE“**	3
1.1	**Vermögensrechnung**	3
1.2	**Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung**	7
1.3	**Voranschlagsvergleichsrechnungen**	13
1.4	**Finanzrahmen**	20
2	**UG 10 „BUNDESKANZLERAMT“**	25
2.1	**Vermögensrechnung**	25
2.2	**Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung**	27
2.3	**Voranschlagsvergleichsrechnungen**	30
2.4	**Finanzrahmen**	35
3	**UG 11 „INNERES“**	39
3.1	**Vermögensrechnung**	39
3.2	**Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung**	42
3.3	**Voranschlagsvergleichsrechnungen**	49
3.4	**Finanzrahmen**	56
4	**UG 12 „ÄUSSERES“**	61
4.1	**Vermögensrechnung**	61
4.2	**Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung**	63
4.3	**Voranschlagsvergleichsrechnungen**	67
4.4	**Finanzrahmen**	72
5	**UG 13 „JUSTIZ“**	75
5.1	**Vermögensrechnung**	75
5.2	**Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung**	79

5.3	Voranschlagsvergleichsrechnungen	85
5.4	Finanzrahmen	91
6	UG 14 „MILITÄRISCHE ANGELEGENHEITEN UND SPORT“	95
6.1	Vermögensrechnung	95
6.2	Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung	99
6.3	Voranschlagsvergleichsrechnungen	104
6.4	Finanzrahmen	110
7	UG 15 „FINANZVERWALTUNG“	115
7.1	Vermögensrechnung	115
7.2	Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung	119
7.3	Voranschlagsvergleichsrechnungen	125
7.4	Finanzrahmen	131
8	UG 16 „ÖFFENTLICHE ABGABEN“	137
8.1	Vermögensrechnung	137
8.2	Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung	140
8.3	UG-spezifische Entwicklungen	144
8.4	Voranschlagsvergleichsrechnungen	145
8.5	Entwicklung der Einzahlungen in der UG 16 laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 zum Finanzrahmen	150
9	UG 20 „ARBEIT“	157
9.1	Vermögensrechnung	157
9.2	Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung	160
9.3	UG-spezifische Entwicklungen	165
9.4	Voranschlagsvergleichsrechnungen	166
9.5	Finanzrahmen	173
10	UG 21 „SOZIALES UND KONSUMENTENSCHUTZ“	179
10.1	Vermögensrechnung	179
10.2	Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung	181

Inhalt

10.3	Voranschlagsvergleichsrechnungen	185
10.4	Finanzrahmen	191
11	UG 22 „PENSIONSVERSICHERUNG“	197
11.1	Vermögensrechnung	197
11.2	Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung	198
11.3	UG-spezifische Entwicklungen	202
11.4	Voranschlagsvergleichsrechnungen	203
11.5	Finanzrahmen	208
12	UG 23 „PENSIONEN - BEAMTINNEN UND BEAMTE“	213
12.1	Vermögensrechnung	213
12.2	Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung	216
12.3	Voranschlagsvergleichsrechnungen	220
12.4	Finanzrahmen	228
13	UG 24 „GESUNDHEIT“	233
13.1	Vermögensrechnung	233
13.2	Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung	235
13.3	Voranschlagsvergleichsrechnungen	239
13.4	Finanzrahmen	244
14	UG 25 „FAMILIEN UND JUGEND“	251
14.1	Vermögensrechnung	251
14.2	Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung	253
14.3	Voranschlagsvergleichsrechnungen	260
14.4	Finanzrahmen	266
15	UG 30 „BILDUNG UND FRAUEN“	273
15.1	Vermögensrechnung	273
15.2	Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung	276
15.3	UG-spezifische Entwicklungen	282

15.4	Voranschlagsvergleichsrechnungen	283
15.5	Finanzrahmen	289
16	UG 31 „WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG“	297
16.1	Vermögensrechnung	297
16.2	Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung	300
16.3	Voranschlagsvergleichsrechnungen	304
16.4	Finanzrahmen	308
17	UG 32 „KUNST UND KULTUR“	315
17.1	Vermögensrechnung	315
17.2	Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung	317
17.3	Voranschlagsvergleichsrechnungen	320
17.4	Finanzrahmen	324
18	UG 33 „WIRTSCHAFT (FORSCHUNG)“	329
18.1	Vermögensrechnung	329
18.2	Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung	330
18.3	Voranschlagsvergleichsrechnungen	332
18.4	Finanzrahmen	336
19	UG 34 „VERKEHR, INNOVATION UND TECHNOLOGIE (FORSCHUNG)“	341
19.1	Vermögensrechnung	341
19.2	Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung	343
19.3	Voranschlagsvergleichsrechnungen	346
19.4	Finanzrahmen	350
20	UG 40 „WIRTSCHAFT“	353
20.1	Vermögensrechnung	353
20.2	Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung	356
20.3	Voranschlagsvergleichsrechnungen	361
20.4	Finanzrahmen	366

Inhalt

21	**UG 41 „VERKEHR, INNOVATION UND TECHNOLOGIE“**	371
21.1	**Vermögensrechnung**	371
21.2	**Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung**	374
21.3	**UG-spezifische Entwicklungen**	380
21.4	**Voranschlagsvergleichsrechnungen**	382
21.5	**Finanzrahmen**	389
22	**UG 42 „LAND-, FORST- UND WASSERWIRTSCHAFT“**	397
22.1	**Vermögensrechnung**	397
22.2	**Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung**	400
22.3	**Voranschlagsvergleichsrechnungen**	405
22.4	**Finanzrahmen**	412
23	**UG 43 „UMWELT“**	417
23.1	**Vermögensrechnung**	417
23.2	**Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung**	419
23.3	**Voranschlagsvergleichsrechnungen**	423
23.4	**Finanzrahmen**	429
24	**UG 44 „FINANZAUSGLEICH“**	433
24.1	**Vermögensrechnung**	433
24.2	**Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung**	434
24.3	**Voranschlagsvergleichsrechnungen**	437
24.4	**Finanzrahmen**	443
25	**UG 45 „BUNDESVERMÖGEN“**	449
25.1	**Vermögensrechnung**	449
25.2	**Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung**	455
25.3	**UG-spezifische Entwicklungen – Hilfsprogramme für Griechenland**	462
25.4	**Voranschlagsvergleichsrechnungen**	463
25.5	**Finanzrahmen**	473

26	**UG 46 „FINANZMARKTSTABILITÄT“**	479
26.1	**Vermögensrechnung**	479
26.2	**Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung**	482
26.3	**UG-spezifische Entwicklungen**	489
26.4	**Voranschlagsvergleichsrechnungen**	497
26.5	**Finanzrahmen**	504
27	**UG 51 „KASSENVERWALTUNG“**	509
27.1	**Vermögensrechnung**	509
27.2	**Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung**	510
27.3	**Voranschlagsvergleichsrechnungen**	512
27.4	**Finanzrahmen**	516
28	**UG 58 „FINANZIERUNGEN, WÄHRUNGSTAUSCHVERTRÄGE“**	519
28.1	**Vermögensrechnung**	520
28.2	**Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung**	523
28.3	**UG-spezifische Entwicklungen**	526
28.4	**Voranschlagsvergleichsrechnungen**	529
28.5	**Finanzrahmen – Allgemeine Gebarung**	536

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 8.3-1: Entwicklung der Abgabenquote 1996 bis 2015 144

Abbildung 9.3-1: Entwicklung des Arbeitsmarkts – nationale Definition 165

Abbildung 11.3-1: UG 22 – Entwicklung des Pensionsantrittsalters 202

Abbildung 21.3-1: Annuitäten des Bundes ab 2016 für Infrastrukturinvestitionen 381

Abbildung 26.3–1: Aufrechte Maßnahmen nach FinStaG zum 31. Dezember 2015 sowie Empfänger der Maßnahmen nach FinStaG 491

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1.1–1:	UG 01 bis 06 – Vermögensrechnung	3
Tabelle 1.2-1:	UG 01 bis 06 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung	7
Tabelle 1.3-1:	UG 01 bis 06 – Ergebnishaushalt 2015	13
Tabelle 1.3-2:	Ergebnishaushalt, UG 01 bis 06 – Voranschlagsvergleich nach GB und MVAG	14
Tabelle 1.3-3:	UG 01 bis 06 – Finanzierungshaushalt 2015	16
Tabelle 1.3-4:	Finanzierungshaushalt, UG 01 bis 06 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG	17
Tabelle 1.3-5:	UG 01 bis 06 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015	19
Tabelle 1.4–1:	UG 01 bis 06 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020	20
Tabelle 1.4–2:	UG 01 bis 06 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015	22
Tabelle 1.4–3:	UG 01 bis 06 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG	23
Tabelle 2.1–1:	UG 10 – Vermögensrechnung	25
Tabelle 2.2-1:	UG 10 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung	27
Tabelle 2.3-1:	UG 10 – Ergebnishaushalt 2015	30
Tabelle 2.3-2:	Ergebnishaushalt, UG 10 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG	31
Tabelle 2.3-3:	UG 10 – Finanzierungshaushalt 2015	32
Tabelle 2.3-4:	Finanzierungshaushalt, UG 10 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG	33
Tabelle 2.3-5:	UG 10 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015	34
Tabelle 2.4–1:	UG 10 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020	35
Tabelle 2.4–2:	UG 10 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015	37
Tabelle 2.4–3:	UG 10 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG	37
Tabelle 3.1–1:	UG 11 – Vermögensrechnung	39
Tabelle 3.2-1:	UG 11 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung	42
Tabelle 3.3-1:	UG 11 – Ergebnishaushalt 2015	49

Tabellen

Tabelle 3.3-2:	Ergebnishaushalt, UG 11 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG	50
Tabelle 3.3-3:	UG 11 – Finanzierungshaushalt 2015	52
Tabelle 3.3-4:	Finanzierungshaushalt, UG 11 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG	53
Tabelle 3.3-5:	UG 11 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015	56
Tabelle 3.4–1:	UG 11 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020	56
Tabelle 3.4–2:	UG 11 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015	59
Tabelle 3.4–3:	UG 11 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG	59
Tabelle 4.1–1:	UG 12 – Vermögensrechnung	61
Tabelle 4.2-1:	UG 12 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung	63
Tabelle 4.3-1:	UG 12 – Ergebnishaushalt 2015	67
Tabelle 4.3-2:	Ergebnishaushalt, UG 12 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG	68
Tabelle 4.3-3:	UG 12 – Finanzierungshaushalt 2015	69
Tabelle 4.3-4:	Finanzierungshaushalt, UG 12 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG	70
Tabelle 4.3-5:	UG 12 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015	71
Tabelle 4.4–1:	UG 12 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020	72
Tabelle 4.4–2:	UG 12 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015	74
Tabelle 4.4–3:	UG 12 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG	74
Tabelle 5.1–1:	UG 13 – Vermögensrechnung	75
Tabelle 5.2-1:	UG 13 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung	79
Tabelle 5.3-1:	UG 13 – Ergebnishaushalt 2015	85
Tabelle 5.3-2:	Ergebnishaushalt, UG 13 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG	86
Tabelle 5.3-3:	UG 13 – Finanzierungshaushalt 2015	88
Tabelle 5.3-4:	Finanzierungshaushalt, UG 13 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG	89
Tabelle 5.3-5:	UG 13 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015	91
Tabelle 5.4–1:	UG 13 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020	91

Tabellen

Tabelle 5.4–2: UG 13 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015 ____ 93

Tabelle 5.4–3: UG 13 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG ____ 94

Tabelle 6.1–1: UG 14 – Vermögensrechnung ____ 95

Tabelle 6.2-1: UG 14 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung ____ 99

Tabelle 6.3-1: UG 14 – Ergebnishaushalt 2015 ____ 104

Tabelle 6.3-2: Ergebnishaushalt, UG 14 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG ____ 105

Tabelle 6.3-3: UG 14 – Finanzierungshaushalt 2015 ____ 107

Tabelle 6.3-4: Finanzierungshaushalt, UG 14 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG ____ 108

Tabelle 6.3-5: UG 14 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015 ____ 109

Tabelle 6.4–1: UG 14 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020 ____ 110

Tabelle 6.4–2: UG 14 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015 ____ 112

Tabelle 6.4–3: UG 14 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG ____ 113

Tabelle 7.1–1: UG 15 – Vermögensrechnung ____ 115

Tabelle 7.2-1: UG 15 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung ____ 119

Tabelle 7.3-1: UG 15 – Ergebnishaushalt 2015 ____ 125

Tabelle 7.3-2: Ergebnishaushalt, UG 15 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG ____ 126

Tabelle 7.3-3: UG 15 – Finanzierungshaushalt 2015 ____ 128

Tabelle 7.3-4: Finanzierungshaushalt, UG 15 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG ____ 129

Tabelle 7.3-5: UG 15 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015 ____ 130

Tabelle 7.4–1: UG 15 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020 ____ 131

Tabelle 7.4–2: UG 15 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015 ____ 133

Tabelle 7.4–3: UG 15 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG ____ 133

Tabelle 8.1–1: UG 16 – Vermögensrechnung ____ 137

Tabelle 8.2-1: UG 16 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung ____ 140

Tabellen

Tabelle 8.2-2: Zusammensetzung der Forderungsabschreibungen aus Abgaben für 2014 und 2015 142

Tabelle 8.4-1: UG 16 – Ergebnishaushalt 2015 145

Tabelle 8.4-2: Ergebnishaushalt, UG 16 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG 146

Tabelle 8.4-3: UG 16 – Finanzierungshaushalt 2015 148

Tabelle 8.4-4: Finanzierungshaushalt, UG 16 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG 148

Tabelle 8.4-5: UG 16 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015 150

Tabelle 8.5–1: UG 16 – Entwicklung der Einzahlungen bis 2020 gemäß Strategiebericht 151

Tabelle 8.5–2: UG 16 – Entwicklung der Einzahlungen der Jahre 2011 bis 2015 151

Tabelle 8.5–3: UG 16 – Entwicklung der Bruttosteuern nach Steuerarten 153

Tabelle 9.1–1: UG 20 – Vermögensrechnung 157

Tabelle 9.2-1: UG 20 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung 160

Tabelle 9.4-1: UG 20 – Ergebnishaushalt 2015 166

Tabelle 9.4-2: Ergebnishaushalt, UG 20 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG 167

Tabelle 9.4-3: UG 20 – Finanzierungshaushalt 2015 169

Tabelle 9.4-4: Finanzierungshaushalt, UG 20 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG 170

Tabelle 9.4-5: UG 20 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015 172

Tabelle 9.5–1: UG 20 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020 173

Tabelle 9.5–2: UG 20 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015 175

Tabelle 9.5–3: UG 20 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG 176

Tabelle 10.1–1: UG 21 – Vermögensrechnung 179

Tabelle 10.2-1: UG 21 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung 181

Tabelle 10.3-1: UG 21 – Ergebnishaushalt 2015 185

Tabelle 10.3-2: Ergebnishaushalt, UG 21 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG 186

Tabelle 10.3-3: UG 21 – Finanzierungshaushalt 2015 188

Tabelle 10.3-4: Finanzierungshaushalt, UG 21 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG 189

Tabelle 10.3-5: UG 21 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015 191

Tabellen

Tabelle 10.4–1: UG 21 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020 ____ 191

Tabelle 10.4–2: UG 21 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015 ____ 193

Tabelle 10.4–3: UG 21 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG ____ 194

Tabelle 11.1–1: UG 22 – Vermögensrechnung ____ 197

Tabelle 11.2-1: UG 22 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung ____ 198

Tabelle 11.4-1: UG 22 – Ergebnishaushalt 2015 ____ 203

Tabelle 11.4-2: Ergebnishaushalt, UG 22 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG ____ 204

Tabelle 11.4-3: UG 22 – Finanzierungshaushalt 2015 ____ 206

Tabelle 11.4-4: Finanzierungshaushalt, UG 22 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG ____ 207

Tabelle 11.5–1: UG 22 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020 ____ 209

Tabelle 11.5–2: UG 22 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015 ____ 211

Tabelle 11.5–3: UG 22 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG ____ 211

Tabelle 12.1–1: UG 23 – Vermögensrechnung ____ 213

Tabelle 12.2-1: UG 23 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung ____ 216

Tabelle 12.3-1: UG 23 – Ergebnishaushalt 2015 ____ 220

Tabelle 12.3-2: Ergebnishaushalt, UG 23 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG ____ 221

Tabelle 12.3-3: UG 23 – Finanzierungshaushalt 2015 ____ 223

Tabelle 12.3-4: Finanzierungshaushalt, UG 23 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG ____ 225

Tabelle 12.3-5: UG 23 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015 ____ 228

Tabelle 12.4–1: UG 23 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020 ____ 228

Tabelle 12.4–2: UG 23 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015 ____ 230

Tabelle 12.4–3: UG 23 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG ____ 231

Tabelle 13.1–1: UG 24 – Vermögensrechnung ____ 233

Tabelle 13.2-1: UG 24 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung ____ 235

Tabellen

Tabelle 13.3-1: UG 24 – Ergebnishaushalt 2015 239

Tabelle 13.3-2: Ergebnishaushalt, UG 24 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG 240

Tabelle 13.3-3: UG 24 – Finanzierungshaushalt 2015 241

Tabelle 13.3-4: Finanzierungshaushalt, UG 24 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG 242

Tabelle 13.3-5: UG 24 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015 243

Tabelle 13.4–1: UG 24 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020 244

Tabelle 13.4–2: UG 24 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015 246

Tabelle 13.4–3: UG 24 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG 247

Tabelle 14.1–1: UG 25 – Vermögensrechnung 251

Tabelle 14.2-1: UG 25 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung 253

Tabelle 14.3-1: UG 25 – Ergebnishaushalt 2015 260

Tabelle 14.3-2: Ergebnishaushalt, UG 25 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG 261

Tabelle 14.3-3: UG 25 – Finanzierungshaushalt 2015 263

Tabelle 14.3-4: Finanzierungshaushalt, UG 25 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG 264

Tabelle 14.3-5: UG 25 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015 266

Tabelle 14.4–1: UG 25 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020 266

Tabelle 14.4–2: UG 25 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015 269

Tabelle 14.4–3: UG 25 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG 269

Tabelle 15.1–1: UG 30 – Vermögensrechnung 273

Tabelle 15.2-1: UG 30 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung 276

Tabelle 15.3-1: Bildungsstatistik Schuljahre 2010/11 bis 2014/15 282

Tabelle 15.3-2: Anzahl der Schüler pro Schultyp für die Schuljahre 2013/14 und 2014/15 282

Tabelle 15.4-1: UG 30 – Ergebnishaushalt 2015 283

Tabelle 15.4-2: Ergebnishaushalt, UG 30 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG 284

Tabelle 15.4-3: UG 30 – Finanzierungshaushalt 2015 286

Tabellen

Tabelle 15.4-4: Finanzierungshaushalt, UG 30 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG ____ 287

Tabelle 15.4-5: UG 30 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015 ____ 289

Tabelle 15.5–1: UG 30 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020 ____ 289

Tabelle 15.5–2: UG 30 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015 ____ 291

Tabelle 15.5–3: UG 30 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG ____ 292

Tabelle 16.1–1: UG 31 – Vermögensrechnung ____ 297

Tabelle 16.2-1: UG 31 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung ____ 300

Tabelle 16.3-1: UG 31 – Ergebnishaushalt 2015 ____ 304

Tabelle 16.3-2: Ergebnishaushalt, UG 31 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG ____ 305

Tabelle 16.3-3: UG 31 – Finanzierungshaushalt 2015 ____ 306

Tabelle 16.3-4: Finanzierungshaushalt, UG 31 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG ____ 307

Tabelle 16.3-5: UG 31 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015 ____ 308

Tabelle 16.4–1: UG 31 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020 ____ 308

Tabelle 16.4–2: UG 31 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015 ____ 310

Tabelle 16.4–3: UG 31 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG ____ 311

Tabelle 17.1–1: UG 32 – Vermögensrechnung ____ 315

Tabelle 17.2-1: UG 32 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung ____ 317

Tabelle 17.3-1: UG 32 – Ergebnishaushalt 2015 ____ 320

Tabelle 17.3-2: Ergebnishaushalt, UG 32 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG ____ 321

Tabelle 17.3-3: UG 32 – Finanzierungshaushalt 2015 ____ 322

Tabelle 17.3-4: Finanzierungshaushalt, UG 32 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG ____ 323

Tabelle 17.3-5: UG 32 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015 ____ 324

Tabelle 17.4–1: UG 32 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020 ____ 324

Tabelle 17.4–2: UG 32 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015 ____ 326

Tabelle 18.1–1: UG 33 – Vermögensrechnung ____ 329

Tabellen

Tabelle 18.2-1: UG 33 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung 330

Tabelle 18.3-1: UG 33 – Ergebnishaushalt 2015 332

Tabelle 18.3-2: Ergebnishaushalt, UG 33 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG 333

Tabelle 18.3-3: UG 33 – Finanzierungshaushalt 2015 334

Tabelle 18.3-4: Finanzierungshaushalt, UG 33 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG 335

Tabelle 18.3-5: UG 33 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015 335

Tabelle 18.4–1: UG 33 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020 336

Tabelle 18.4–2: UG 33 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015 338

Tabelle 18.4–3: UG 33 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG 338

Tabelle 19.1–1: UG 34 – Vermögensrechnung 341

Tabelle 19.2-1: UG 34 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung 343

Tabelle 19.3-1: UG 34 – Ergebnishaushalt 2015 346

Tabelle 19.3-2: Ergebnishaushalt, UG 34 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG 347

Tabelle 19.3-3: UG 34 – Finanzierungshaushalt 2015 348

Tabelle 19.3-4: Finanzierungshaushalt, UG 34 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG 349

Tabelle 19.3-5: UG 34 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015 349

Tabelle 19.4–1: UG 34 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020 350

Tabelle 19.4–2: UG 34 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015 352

Tabelle 19.4–3: UG 34 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG 352

Tabelle 20.1–1: UG 40 – Vermögensrechnung 353

Tabelle 20.2-1: UG 40 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung 356

Tabelle 20.3-1: UG 40 – Ergebnishaushalt 2015 361

Tabelle 20.3-2: Ergebnishaushalt, UG 40 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG 362

Tabelle 20.3-3: UG 40 – Finanzierungshaushalt 2015 363

Tabelle 20.3-4: Finanzierungshaushalt, UG 40 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG 364

Tabellen

Tabelle 20.3-5: UG 40 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015 365

Tabelle 20.4–1: UG 40 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020 366

Tabelle 20.4–2: UG 40 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015 368

Tabelle 20.4–3: UG 40 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG 369

Tabelle 21.1–1: UG 41 – Vermögensrechnung 371

Tabelle 21.2-1: UG 41 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung 374

Tabelle 21.4-1: UG 41 – Ergebnishaushalt 2015 382

Tabelle 21.4-2: Ergebnishaushalt, UG 41 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG 383

Tabelle 21.4-3: UG 41 – Finanzierungshaushalt 2015 385

Tabelle 21.4-4: Finanzierungshaushalt, UG 41 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG 386

Tabelle 21.4-5: UG 41 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015 388

Tabelle 21.5–1: UG 41 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020 389

Tabelle 21.5–2: UG 41 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015 391

Tabelle 21.5–3: UG 41 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG 391

Tabelle 22.1–1: UG 42 – Vermögensrechnung 397

Tabelle 22.2-1: UG 42 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung 400

Tabelle 22.3-1: UG 42 – Ergebnishaushalt 2015 405

Tabelle 22.3-2: Ergebnishaushalt, UG 42 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG 406

Tabelle 22.3-3: UG 42 – Finanzierungshaushalt 2015 408

Tabelle 22.3-4: Finanzierungshaushalt, UG 42 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG 409

Tabelle 22.3-5: UG 42 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015 411

Tabelle 22.4–1: UG 42 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020 412

Tabelle 22.4–2: UG 42 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015 413

Tabelle 22.4–3: UG 42 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG 414

Tabellen

Tabelle 23.1–1: UG 43 – Vermögensrechnung 417

Tabelle 23.2-1: UG 43 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung 419

Tabelle 23.3-1: UG 43 – Ergebnishaushalt 2015 423

Tabelle 23.3-2: Ergebnishaushalt, UG 43 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG 424

Tabelle 23.3-3: UG 43 – Finanzierungshaushalt 2015 426

Tabelle 23.3-4: Finanzierungshaushalt, UG 43 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG 427

Tabelle 23.3-5: UG 43 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015 428

Tabelle 23.4–1: UG 43 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020 429

Tabelle 23.4–2: UG 43 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015 430

Tabelle 23.4–3: UG 43 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG 431

Tabelle 24.1–1: UG 44 – Vermögensrechnung 433

Tabelle 24.2-1: UG 44 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung 434

Tabelle 24.3-1: UG 44 – Ergebnishaushalt 2015 437

Tabelle 24.3-2: Ergebnishaushalt, UG 44 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG 438

Tabelle 24.3-3: UG 44 – Finanzierungshaushalt 2015 440

Tabelle 24.3-4: Finanzierungshaushalt, UG 44 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG 441

Tabelle 24.3-5: UG 44 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015 443

Tabelle 24.4–1: UG 44 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020 443

Tabelle 24.4–2: UG 44 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015 445

Tabelle 24.4–3: UG 44 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG 445

Tabelle 25.1–1: UG 45 – Vermögensrechnung 449

Tabelle 25.2-1: UG 45 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung 455

Tabelle 25.4-1: UG 45 – Ergebnishaushalt 2015 463

Tabelle 25.4-2: Ergebnishaushalt, UG 45 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG 464

Tabelle 25.4-3: UG 45 – Finanzierungshaushalt 2015 468

Tabellen

Tabelle 25.4-4: Finanzierungshaushalt, UG 45 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG ____ 469

Tabelle 25.4-5: UG 45 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015 ____ 472

Tabelle 25.5–1: UG 45 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020 ____ 473

Tabelle 25.5–2: UG 45 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015 ____ 475

Tabelle 25.5–3: UG 45 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG ____ 476

Tabelle 26.1–1: UG 46 – Vermögensrechnung ____ 479

Tabelle 26.2-1: UG 46 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung ____ 482

Tabelle 26.3–1: Ausnutzung des Rahmens gemäß FinStaG ____ 490

Tabelle 26.4-1: UG 46 – Ergebnishaushalt 2015 ____ 497

Tabelle 26.4-2: Ergebnishaushalt, UG 46 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG ____ 498

Tabelle 26.4-3: UG 46 – Finanzierungshaushalt 2015 ____ 500

Tabelle 26.4-4: Finanzierungshaushalt, UG 46 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG ____ 501

Tabelle 26.4-5: UG 46 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015 ____ 503

Tabelle 26.5–1: UG 46 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020 ____ 504

Tabelle 26.5–2: UG 46 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015 ____ 505

Tabelle 26.5–3: UG 46 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG ____ 506

Tabelle 27.1–1: UG 51 – Vermögensrechnung ____ 509

Tabelle 27.2-1: UG 51 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung ____ 510

Tabelle 27.3-1: UG 51 – Ergebnishaushalt 2015 ____ 512

Tabelle 27.3-2: Ergebnishaushalt, UG 51 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG ____ 513

Tabelle 27.3-3: UG 51 – Finanzierungshaushalt 2015 ____ 514

Tabelle 27.3-4: Finanzierungshaushalt, UG 51 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG ____ 515

Tabelle 27.3-5: UG 51 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015 ____ 516

Tabelle 27.4–1: UG 51 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020 ____ 516

Tabelle 27.4–2: UG 51 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015 ____ 518

Tabellen

Tabelle 27.4–3: UG 51 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG 518

Tabelle 28.1–1: UG 58 – Vermögensrechnung 520

Tabelle 28.2-1: UG 58 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung 523

Tabelle 28.3–1: Zusammensetzung des Ermächtigungsrahmens 2015 526

Tabelle 28.3–2: Zusammensetzung der Finanzschuldaufnahmen 2015 sowie Verzinsung und Laufzeit 527

Tabelle 28.3–3: Zusammensetzung der Tilgungen 2015 528

Tabelle 28.3–4: Kreditoperationen zur Kassenstärkung 2015 528

Tabelle 28.4–1: UG 58 – Ergebnishaushalt 2015 529

Tabelle 28.4-2: Ergebnishaushalt, UG 58 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG 530

Tabelle 28.4-3: UG 58 – Finanzierungshaushalt 2015 – Allgemeine Gebarung 530

Tabelle 28.4-4: Finanzierungshaushalt – Allgemeine Gebarung, UG 58 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG 531

Tabelle 28.4-5: UG 58 - Finanzierungshaushalt 2015 – Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit 532

Tabelle 28.4–6: Finanzierungshaushalt – Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit, UG 58 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG 533

Tabelle 28.4-7: UG 58 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015 536

Tabelle 28.5–1: UG 58 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020 536

Tabelle 28.5–2: UG 58 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015 538

Tabelle 28.5–3: UG 58 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG 538

VORBEMERKUNGEN

Vollständigkeitserklärungen

Die haushaltsleitenden Organe haben zu den von ihnen erstellten Abschlussrechnungen und Anhangsangaben dem RH gemäß § 2 Abs. 4 RLV 2013 eine Vollständigkeitserklärung zu übermitteln. Durch diese Erklärung wird bestätigt, dass alle verrechnungspflichtigen Gebarungsfälle im Haushaltsverrechnungssystem erfasst, sämtliche Abschlussrechnungen vollständig und richtig aufgestellt sowie sämtliche haushaltsrechtlichen Vorschriften eingehalten wurden.

Einige haushaltsleitende Organe nahmen aus der Vollständigkeitserklärung explizit Werte, die zentral vom BMF berechnet werden wie beispielsweise Urlaubsrückstellungen oder Abschreibungen, aus.

Das BMFJ vermerkte in der an den RH übermittelten Vollständigkeitserklärung vom 21. April 2016, dass aufgrund automationsgestützter Korrekturbuchungen eine Differenz[1] bei dem an den Reservefonds für Familienbeihilfen zu überweisenden Überschuss vorliege.

Das BMVIT wies in seiner Vollständigkeitserklärung darauf hin, dass *„die ho. bis dato bekannten Ergebnisse der konsolidierten Abschlussrechnungen im BRA 2015 teilweise unvollständig sein dürften."*

1 in Höhe von 3.027,50 EUR (vgl. **BRA 2015, Textteil Band 3, Überprüfung der Gebarung des Familienlastenausgleichsfonds sowie des Reservefonds zum Familienlastenausgleichsfonds, TZ 2**)

1 UG 01 BIS 06 „OBERSTE ORGANE“

UG 01 bis 06 Oberste Organe	
zentrale Budgetbereiche	Präsidentschaftskanzlei
	Parlamentsdirektion
	Nationalrat
	Bundesrat
	Verfassungsgerichtshof
	Verwaltungsgerichtshof
	Volksanwaltschaft
	Rechnungshof

Quelle: HIS

1.1 Vermögensrechnung

Die Vermögensrechnungen der UG 01 bis 06 „Oberste Organe“ werden im Folgenden zusammengefasst dargestellt. Einzelheiten je UG 01 bis 06 sind im Zahlenteil des BRA enthalten.

Tabelle 1.1–1: UG 01 bis 06 – Vermögensrechnung[1)]

Vermögensrechnung						
UG 01–06 Oberste Organe (Summe)		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
A + B	**Vermögen**	**85,33**	**84,34**	**– 0,99**	**– 1,2**	**100,0**
A	Langfristiges Vermögen	67,51	67,25	– 0,26	– 0,4	79,7
A.I	Immaterielle Vermögenswerte	0,20	0,25	+ 0,05	+ 26,4	0,3
A.II	Sachanlagen	59,26	58,98	– 0,28	– 0,5	69,9
A.IV	Beteiligungen	7,52	7,53	+ 0,02	+ 0,2	8,9
A.V	Langfristige Forderungen	0,53	0,49	– 0,04	– 8,4	0,6
B	Kurzfristiges Vermögen	17,83	17,09	– 0,73	– 4,1	20,3
B.II	Kurzfristige Forderungen	17,55	16,83	– 0,72	– 4,1	20,0
B.III	Vorräte	0,22	0,18	– 0,03	– 16,0	0,2
B.IV	Liquide Mittel	0,06	0,09	+ 0,02	+ 40,0	0,1
C	**Nettovermögen (Ausgleichsposten)**	**48,07**	**46,68**	**– 1,38**	**– 2,9**	
C.IV	Jährliches Nettoergebnis (inkl. "Personal, das für Dritte leistet")	– 227,72	– 243,22	– 15,50	+ 6,8	
C.V	Saldo aus der jährl. Eröffnungsbilanz	46,63	47,98	+ 1,35	+ 2,9	
C.VI	Bundesfinanzierung	229,14	241,92	+ 12,78	+ 5,6	
C.VII	Sonstiges Nettovermögen	0,01	0,00	– 0,01	– 100,0	
D + E	**Fremdmittel**	**37,27**	**37,66**	**+ 0,39**	**+ 1,1**	**100,0**
D	Langfristige Fremdmittel	13,67	14,41	+ 0,74	+ 5,4	38,3
D.II	Langfristige Verbindlichkeiten	0,24	0,17	– 0,07	– 27,6	0,5
D.III	Langfristige Rückstellungen	13,43	14,24	+ 0,80	+ 6,0	37,8
E	Kurzfristige Fremdmittel	23,60	23,25	– 0,35	– 1,5	61,7
E.II	Kurzfristige Verbindlichkeiten	13,15	12,73	– 0,41	– 3,1	33,8
E.III	Kurzfristige Rückstellungen	10,45	10,52	+ 0,07	+ 0,6	27,9

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Vermögensrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Vermögensrechnung

UG 01–06 Oberste Organe		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
UG 01 Präsidentschaftskanzlei						
A + B	**Vermögen**	**0,66**	**0,54**	**– 0,12**	**– 18,6**	**100,0**
A	Langfristiges Vermögen	0,40	0,29	– 0,11	– 28,1	53,3
A.II	Sachanlagen	0,38	0,27	– 0,10	– 27,8	50,1
A.V	Langfristige Forderungen	0,03	0,02	– 0,01	– 32,0	3,2
B	Kurzfristiges Vermögen	0,26	0,25	– 0,01	– 4,2	46,7
B.II	Kurzfristige Forderungen	0,26	0,25	– 0,01	– 5,3	45,3
B.III	Vorräte	0,00	0,00	0,00	0,0	0,1
B.IV	Liquide Mittel	0,00	0,01	+ 0,00	+ 68,0	1,2
C	**Nettovermögen (Ausgleichsposten)**	**– 0,98**	**– 0,93**	**+ 0,05**	**– 5,4**	
C.IV	Jährliches Nettoergebnis (inkl. "Personal, das für Dritte leistet")	– 7,78	– 8,07	– 0,29	+ 3,8	
C.V	Saldo aus der jährl. Eröffnungsbilanz	– 1,08	– 0,95	+ 0,13	– 11,7	
C.VI	Bundesfinanzierung	7,88	8,10	+ 0,22	+ 2,8	
D + E	**Fremdmittel**	**1,64**	**1,47**	**– 0,18**	**– 10,8**	**100,0**
D	Langfristige Fremdmittel	1,01	1,08	+ 0,07	+ 7,1	73,9
D.III	Langfristige Rückstellungen	1,01	1,08	+ 0,07	+ 7,1	73,9
E	Kurzfristige Fremdmittel	0,63	0,38	– 0,25	– 39,4	26,1
E.II	Kurzfristige Verbindlichkeiten	0,31	0,35	+ 0,04	+ 13,0	24,0
E.III	Kurzfristige Rückstellungen	0,32	0,03	– 0,29	– 90,3	2,1
UG 02 Bundesgesetzgebung						
A + B	**Vermögen**	**78,98**	**77,34**	**– 1,64**	**– 2,1**	**100,0**
A	Langfristiges Vermögen	65,43	64,60	– 0,83	– 1,3	83,5
A.I	Immaterielle Vermögenswerte	0,16	0,10	– 0,06	– 38,8	0,1
A.II	Sachanlagen	57,43	56,68	– 0,75	– 1,3	73,3
A.IV	Beteiligungen	7,52	7,53	+ 0,02	+ 0,2	9,7
A.V	Langfristige Forderungen	0,33	0,30	– 0,03	– 10,6	0,4
B	Kurzfristiges Vermögen	13,55	12,74	– 0,81	– 6,0	16,5
B.II	Kurzfristige Forderungen	13,29	12,50	– 0,79	– 5,9	16,2
B.III	Vorräte	0,21	0,17	– 0,04	– 18,6	0,2
B.IV	Liquide Mittel	0,04	0,06	+ 0,02	+ 40,7	0,1
C	**Nettovermögen (Ausgleichsposten)**	**63,28**	**61,83**	**– 1,45**	**– 2,3**	
C.IV	Jährliches Nettoergebnis (inkl. "Personal, das für Dritte leistet")	– 147,32	– 159,95	– 12,63	+ 8,6	
C.V	Saldo aus der jährl. Eröffnungsbilanz	62,64	63,23	+ 0,59	+ 0,9	
C.VI	Bundesfinanzierung	147,94	158,55	+ 10,61	+ 7,2	
C.VII	Sonstiges Nettovermögen	0,01	0,00	– 0,01	– 100,0	
D + E	**Fremdmittel**	**15,70**	**15,51**	**– 0,19**	**– 1,2**	**100,0**
D	Langfristige Fremdmittel	3,60	3,85	+ 0,25	+ 7,1	24,9
D.II	Langfristige Verbindlichkeiten	0,21	0,16	– 0,05	– 21,6	1,1
D.III	Langfristige Rückstellungen	3,39	3,69	+ 0,30	+ 8,8	23,8
E	Kurzfristige Fremdmittel	12,10	11,65	– 0,45	– 3,7	75,1
E.II	Kurzfristige Verbindlichkeiten	8,92	8,25	– 0,67	– 7,5	53,2
E.III	Kurzfristige Rückstellungen	3,18	3,41	+ 0,22	+ 7,0	22,0

Vermögensrechnung

UG 01–06 Oberste Organe		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
UG 03 Verfassungsgerichtshof						
A + B	**Vermögen**	**0,80**	**0,92**	**+ 0,12**	**+ 14,7**	**100,0**
A	Langfristiges Vermögen	0,18	0,24	+ 0,06	+ 32,1	26,6
A.I	Immaterielle Vermögenswerte	0,00	0,00	– 0,00	– 100,0	0,0
A.II	Sachanlagen	0,15	0,22	+ 0,06	+ 41,4	23,7
A.V	Langfristige Forderungen	0,03	0,03	– 0,00	– 7,3	2,9
B	Kurzfristiges Vermögen	0,61	0,67	+ 0,06	+ 9,4	73,4
B.II	Kurzfristige Forderungen	0,61	0,67	+ 0,06	+ 9,2	73,0
B.IV	Liquide Mittel	0,00	0,00	+ 0,00	+ 73,3	0,3
C	**Nettovermögen (Ausgleichsposten)**	**– 1,37**	**– 1,28**	**+ 0,10**	**– 7,1**	
C.IV	Jährliches Nettoergebnis (inkl. "Personal, das für Dritte leistet")	– 13,10	– 14,39	– 1,29	+ 9,9	
C.V	Saldo aus der jährl. Eröffnungsbilanz	– 1,53	– 1,41	+ 0,12	– 7,7	
C.VI	Bundesfinanzierung	13,26	14,53	+ 1,27	+ 9,6	
D + E	**Fremdmittel**	**2,17**	**2,19**	**+ 0,02**	**+ 0,9**	**100,0**
D	Langfristige Fremdmittel	0,97	1,00	+ 0,03	+ 3,3	45,7
D.III	Langfristige Rückstellungen	0,97	1,00	+ 0,03	+ 3,3	45,7
E	Kurzfristige Fremdmittel	1,20	1,19	– 0,01	– 1,0	54,3
E.II	Kurzfristige Verbindlichkeiten	0,54	0,60	+ 0,06	+ 10,3	27,4
E.III	Kurzfristige Rückstellungen	0,66	0,59	– 0,07	– 10,3	27,0
UG 04 Verwaltungsgerichtshof						
A + B	**Vermögen**	**1,71**	**1,73**	**+ 0,02**	**+ 1,0**	**100,0**
A	Langfristiges Vermögen	0,72	0,73	+ 0,00	+ 0,4	42,0
A.I	Immaterielle Vermögenswerte	0,00	0,00	– 0,00	– 100,0	0,0
A.II	Sachanlagen	0,70	0,70	– 0,00	– 0,6	40,4
A.V	Langfristige Forderungen	0,02	0,03	+ 0,01	+ 33,0	1,7
B	Kurzfristiges Vermögen	0,99	1,00	+ 0,01	+ 1,4	58,0
B.II	Kurzfristige Forderungen	0,98	0,99	+ 0,01	+ 1,3	57,2
B.III	Vorräte	0,01	0,01	+ 0,00	+ 77,1	0,6
B.IV	Liquide Mittel	0,01	0,00	– 0,00	– 54,3	0,1
C	**Nettovermögen (Ausgleichsposten)**	**– 3,93**	**– 3,98**	**– 0,05**	**+ 1,2**	
C.IV	Jährliches Nettoergebnis (inkl. "Personal, das für Dritte leistet")	– 18,50	– 19,22	– 0,73	+ 3,9	
C.V	Saldo aus der jährl. Eröffnungsbilanz	– 4,34	– 3,95	+ 0,39	– 8,9	
C.VI	Bundesfinanzierung	18,90	19,20	+ 0,30	+ 1,6	
D + E	**Fremdmittel**	**5,64**	**5,71**	**+ 0,06**	**+ 1,1**	**100,0**
D	Langfristige Fremdmittel	2,96	3,04	+ 0,08	+ 2,5	53,2
D.II	Langfristige Verbindlichkeiten	0,00	0,01	+ 0,01	–	0,1
D.III	Langfristige Rückstellungen	2,96	3,03	+ 0,07	+ 2,3	53,1
E	Kurzfristige Fremdmittel	2,68	2,67	– 0,01	– 0,5	46,8
E.II	Kurzfristige Verbindlichkeiten	0,99	1,06	+ 0,07	+ 7,2	18,5
E.III	Kurzfristige Rückstellungen	1,70	1,61	– 0,08	– 4,9	28,3

Vermögensrechnung						
UG 01–06 Oberste Organe		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
UG 05 Volksanwaltschaft						
A + B	**Vermögen**	**0,61**	**0,61**	**– 0,00**	**– 0,1**	**100,0**
A	Langfristiges Vermögen	0,25	0,23	– 0,02	– 7,4	38,0
A.II	Sachanlagen	0,21	0,20	– 0,01	– 3,4	32,9
A.V	Langfristige Forderungen	0,04	0,03	– 0,01	– 27,0	5,1
B	Kurzfristiges Vermögen	0,36	0,38	+ 0,02	+ 5,1	62,0
B.II	Kurzfristige Forderungen	0,36	0,38	+ 0,02	+ 4,8	61,6
B.IV	Liquide Mittel	0,00	0,00	+ 0,00	+ 71,9	0,4
C	**Nettovermögen (Ausgleichsposten)**	**– 1,02**	**– 1,11**	**– 0,09**	**+ 9,0**	
C.IV	Jährliches Nettoergebnis (inkl. "Personal, das für Dritte leistet")	– 9,71	– 10,29	– 0,58	+ 5,9	
C.V	Saldo aus der jährl. Eröffnungsbilanz	– 1,08	– 1,02	+ 0,06	– 5,2	
C.VI	Bundesfinanzierung	9,77	10,20	+ 0,43	+ 4,4	
D + E	**Fremdmittel**	**1,63**	**1,72**	**+ 0,09**	**+ 5,6**	**100,0**
D	Langfristige Fremdmittel	0,83	0,89	+ 0,06	+ 7,4	52,1
D.III	Langfristige Rückstellungen	0,83	0,89	+ 0,06	+ 7,4	52,1
E	Kurzfristige Fremdmittel	0,79	0,82	+ 0,03	+ 3,6	47,9
E.II	Kurzfristige Verbindlichkeiten	0,37	0,42	+ 0,06	+ 15,5	24,8
UG 06 Rechnungshof						
A + B	**Vermögen**	**2,57**	**3,21**	**+ 0,64**	**+ 24,9**	**100,0**
A	Langfristiges Vermögen	0,51	1,16	+ 0,64	+ 125,5	36,0
A.I	Immaterielle Vermögenswerte	0,04	0,15	+ 0,12	+ 327,8	4,7
A.II	Sachanlagen	0,39	0,92	+ 0,52	+ 132,8	28,5
A.V	Langfristige Forderungen	0,08	0,09	+ 0,01	+ 6,0	2,8
B	Kurzfristiges Vermögen	2,06	2,06	– 0,00	– 0,1	64,0
B.II	Kurzfristige Forderungen	2,05	2,05	– 0,01	– 0,3	63,7
B.IV	Liquide Mittel	0,01	0,01	+ 0,00	+ 89,5	0,3
C	**Nettovermögen (Ausgleichsposten)**	**– 7,91**	**– 7,86**	**+ 0,05**	**– 0,6**	
C.IV	Jährliches Nettoergebnis (inkl. "Personal, das für Dritte leistet")	– 31,32	– 31,29	+ 0,02	– 0,1	
C.V	Saldo aus der jährl. Eröffnungsbilanz	– 7,98	– 7,91	+ 0,08	– 0,9	
C.VI	Bundesfinanzierung	31,39	31,34	– 0,05	– 0,1	
D + E	**Fremdmittel**	**10,48**	**11,07**	**+ 0,59**	**+ 5,6**	**100,0**
D	Langfristige Fremdmittel	4,30	4,54	+ 0,24	+ 5,6	41,0
D.II	Langfristige Verbindlichkeiten	0,03	0,00	– 0,03	– 100,0	0,0
D.III	Langfristige Rückstellungen	4,27	4,54	+ 0,27	+ 6,3	41,0
E	Kurzfristige Fremdmittel	6,18	6,53	+ 0,35	+ 5,6	59,0
E.II	Kurzfristige Verbindlichkeiten	2,02	2,05	+ 0,04	+ 1,8	18,5
E.III	Kurzfristige Rückstellungen	4,17	4,48	+ 0,31	+ 7,5	40,5

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 betrug in den UG 01 bis 06 „Oberste Organe“ 84,34 Mio. EUR und sank gegenüber 31. Dezember 2014 um – 0,99 Mio. EUR (– 1,2 %). Der Anteil des kurzfristigen Vermögens betrug 20,3 % und der des langfristigen Vermögens 79,7 %. Dem Vermögen standen Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 von 37,66 Mio. EUR gegenüber, die im Vergleich zum 31. Dezember 2014 um + 0,39 Mio. EUR (+ 1,1 %) anwuchsen. Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 waren zu 61,7 % kurzfristig und zu 38,3 % langfristig. Nachdem das Vermögen die Fremdmittel überstieg,

ergab sich ein Nettovermögen (Ausgleichsposten) zum 31. Dezember 2015 von 46,68 Mio. EUR (– 1,38 Mio. EUR bzw. – 2,9 % gegenüber 31. Dezember 2014).

1.2 Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung

Die konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnungen der UG 01 bis 06 „Oberste Organe“ werden im Folgenden zusammengefasst dargestellt. Einzelheiten je UG 01 bis 06 sind im Zahlenteil des BRA enthalten.

Tabelle 1.2-1: UG 01 bis 06 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung[1)]

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 01–06 Oberste Organe (Summe)		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
A	**Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (= A.I + A.II – A.III – A.IV)**	**– 184,62**	**– 198,34**	**– 13,72**	**+ 7,4**	**– 180,31**	**– 195,19**	**– 14,88**	**+ 8,3**	**+ 3,15**
A.II	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,78	1,30	+ 0,52	+ 66,6	0,77	0,65	– 0,12	– 15,9	– 0,66
A.III	Personalaufwand	91,81	94,65	+ 2,84	+ 3,1	90,53	93,53	+ 3,00	+ 3,3	– 1,11
A.IV	Betrieblicher Sachaufwand	93,59	104,99	+ 11,40	+ 12,2	90,55	102,31	+ 11,76	+ 13,0	– 2,69
B	**Transferergebnis (= B.I – B.II)**	**– 43,10**	**– 44,88**	**– 1,78**	**+ 4,1**	**– 43,22**	**– 44,85**	**– 1,63**	**+ 3,8**	**+ 0,03**
B.I	Erträge aus Transfers	2,09	1,67	– 0,41	– 19,7	2,09	1,67	– 0,42	– 20,1	– 0,01
B.II	Transferaufwand	45,19	46,56	+ 1,37	+ 3,0	45,31	46,52	+ 1,21	+ 2,7	– 0,04
C	**Ergebnis aus d. operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers (= A + B)**	**– 227,72**	**– 243,22**	**– 15,50**	**+ 6,8**	**– 223,53**	**– 240,04**	**– 16,51**	**+ 7,4**	**+ 3,18**
D	**Finanzergebnis (= D.I – D.II)**	**0,00**	**+ 0,00**	**+ 0,00**	**–**	**+ 0,00**	**+ 0,00**	**– 0,00**	**– 31,6**	**0,00**
D.I	Finanzerträge		0,00	+ 0,00	–	0,00	0,00	– 0,00	– 31,6	0,00
C*	**Geldfluss aus empfangenen s. gewährten Darlehen und Vorschüssen**					**– 0,02**	**+ 0,05**	**+ 0,07**	**– 347,2**	**+ 0,05**
D*	**Geldfluss aus der Investitionstätigkeit**					**– 1,52**	**– 2,05**	**– 0,53**	**+ 34,6**	**– 2,05**
E	**Nettoergebnis (ER: C + D) / Nettofinanzierungssaldo (FR: C + D + C* + D*)**	**– 227,72**	**– 243,22**	**– 15,50**	**+ 6,8**	**– 225,07**	**– 242,04**	**– 16,97**	**+ 7,5**	**+ 1,18**
	davon Erträge/ Einzahlungen	2,87	2,98	+ 0,11	+ 3,9	3,00	2,45	– 0,55	– 18,3	– 0,53
	davon Aufwendungen/ Auszahlungen	230,59	246,20	+ 15,61	+ 6,8	228,07	244,49	+ 16,42	+ 7,2	– 1,71
	davon Erträge aus Vorperioden	0,03		– 0,03	– 100,0				–	0,00
	davon Aufwand aus Vorperioden	0,07	0,62	+ 0,55	+ 745,7				–	– 0,62
	um Vorperioden bereinigtes Nettoergebnis	**– 227,67**	**– 242,60**	**– 14,92**	**+ 6,6**	**– 225,07**	**– 242,04**	**– 16,97**	**+ 7,5**	**+ 0,55**

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Ergebnis- und Finanzierungsrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 01–06 Oberste Organe		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
UG 01 Präsidentschaftskanzlei										
A	**Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (= A.I + A.II – A.III – A.IV)**	**– 7,78**	**– 8,07**	**– 0,29**	**+ 3,8**	**– 7,70**	**– 8,07**	**– 0,37**	**+ 4,8**	**+ 0,01**
A.II	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,08	0,31	+ 0,23	+ 294,3	0,02	0,02	– 0,00	– 4,2	– 0,29
A.III	Personalaufwand	5,25	5,38	+ 0,13	+ 2,4	5,24	5,26	+ 0,02	+ 0,4	– 0,12
A.IV	Betrieblicher Sachaufwand	2,61	3,01	+ 0,40	+ 15,3	2,48	2,83	+ 0,35	+ 13,9	– 0,18
C	**Ergebnis aus d. operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers (= A + B)**	**– 7,78**	**– 8,07**	**– 0,29**	**+ 3,8**	**– 7,70**	**– 8,07**	**– 0,37**	**+ 4,8**	**+ 0,01**
C*	**Geldfluss aus empfangenen s. gewährten Darlehen und Vorschüssen**					**– 0,00**	**+ 0,01**	**+ 0,01**	**– 285,7**	**+ 0,01**
D*	**Geldfluss aus der Investitionstätigkeit**					**– 0,04**	**– 0,03**	**+ 0,01**	**– 18,8**	**– 0,03**
E	**Nettoergebnis (ER: C + D) / Nettofinanzierungssaldo (FR: C + D + C* + D*)**	**– 7,78**	**– 8,07**	**– 0,29**	**+ 3,8**	**– 7,74**	**– 8,10**	**– 0,35**	**+ 4,6**	**– 0,02**
	davon Erträge/ Einzahlungen	0,08	0,31	+ 0,23	+ 294,3	0,03	0,03	– 0,00	– 9,5	– 0,28
	davon Aufwendungen/ Auszahlungen	7,86	8,39	+ 0,53	+ 6,7	7,77	8,12	+ 0,35	+ 4,5	– 0,26
	davon Erträge aus Vorperioden	0,02		– 0,02	– 100,0				–	0,00
	davon Aufwand aus Vorperioden	0,02	0,00	– 0,01	– 74,1				–	– 0,00
	um Vorperioden bereinigtes Nettoergebnis	**– 7,78**	**– 8,07**	**– 0,29**	**+ 3,7**	**– 7,74**	**– 8,10**	**– 0,35**	**+ 4,6**	**– 0,03**
UG 02 Bundesgesetzgebung										
A	**Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (= A.I + A.II – A.III – A.IV)**	**– 106,76**	**– 117,79**	**– 11,04**	**+ 10,3**	**– 103,94**	**– 115,62**	**– 11,68**	**+ 11,2**	**+ 2,17**
A.II	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,54	0,50	– 0,04	– 7,4	0,59	0,50	– 0,08	– 14,3	+ 0,01
A.III	Personalaufwand	31,44	33,39	+ 1,94	+ 6,2	31,32	33,03	+ 1,72	+ 5,5	– 0,36
A.IV	Betrieblicher Sachaufwand	75,85	84,90	+ 9,05	+ 11,9	73,21	83,09	+ 9,88	+ 13,5	– 1,81
B	**Transferergebnis (= B.I – B.II)**	**– 40,56**	**– 42,16**	**– 1,60**	**+ 3,9**	**– 40,70**	**– 42,12**	**– 1,42**	**+ 3,5**	**+ 0,04**
B.I	Erträge aus Transfers	1,57	1,46	– 0,10	– 6,5	1,57	1,46	– 0,11	– 6,8	– 0,00
B.II	Transferaufwand	42,13	43,62	+ 1,49	+ 3,5	42,27	43,58	+ 1,31	+ 3,1	– 0,04
C	**Ergebnis aus d. operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers (= A + B)**	**– 147,32**	**– 159,95**	**– 12,63**	**+ 8,6**	**– 144,64**	**– 157,73**	**– 13,10**	**+ 9,1**	**+ 2,21**
D	**Finanzergebnis (= D.I – D.II)**	**0,00**	**+ 0,00**	**+ 0,00**	**–**	**+ 0,00**	**+ 0,00**	**– 0,00**	**– 31,6**	**0,00**
D.I	Finanzerträge		0,00	+ 0,00	–	0,00	0,00	– 0,00	– 31,6	0,00

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 01–06 Oberste Organe		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
C*	**Geldfluss aus empfangenen s. gewährten Darlehen und Vorschüssen**					**+ 0,00**	**+ 0,01**	**+ 0,01**	**+ 538,9**	**+ 0,01**
D*	**Geldfluss aus der Investitionstätigkeit**					**– 1,10**	**– 0,89**	**+ 0,22**	**– 19,5**	**– 0,89**
E	**Nettoergebnis (ER: C + D) / Nettofinanzierungssaldo (FR: C + D + C* + D*)**	**– 147,32**	**– 159,95**	**– 12,63**	**+ 8,6**	**– 145,73**	**– 158,61**	**– 12,87**	**+ 8,8**	**+ 1,34**
	davon Erträge/ Einzahlungen	2,10	1,96	– 0,14	– 6,7	2,22	2,02	– 0,20	– 8,9	+ 0,06
	davon Aufwendungen/ Auszahlungen	149,42	161,91	+ 12,49	+ 8,4	147,95	160,63	+ 12,68	+ 8,6	– 1,28
	davon Erträge aus Vorperioden	0,00		– 0,00	– 100,0				–	0,00
	davon Aufwand aus Vorperioden	0,01	0,62	+ 0,61	+ 8.219,5				–	– 0,62
	um Vorperioden bereinigtes Nettoergebnis	**– 147,31**	**– 159,33**	**– 12,02**	**+ 8,2**	**– 145,73**	**– 158,61**	**– 12,87**	**+ 8,8**	**+ 0,72**
UG 03 Verfassungsgerichtshof										
A	**Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (= A.I + A.II – A.III – A.IV)**	**– 11,54**	**– 12,66**	**– 1,12**	**+ 9,7**	**– 11,49**	**– 12,75**	**– 1,26**	**+ 11,0**	**– 0,09**
A.II	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,01	0,18	+ 0,17	+ 1.255,9	0,01	0,01	+ 0,00	+ 11,8	– 0,17
A.III	Personalaufwand	6,38	6,39	+ 0,01	+ 0,1	6,15	6,38	+ 0,23	+ 3,8	– 0,00
A.IV	Betrieblicher Sachaufwand	5,18	6,46	+ 1,28	+ 24,6	5,36	6,38	+ 1,03	+ 19,2	– 0,07
B	**Transferergebnis (= B.I – B.II)**	**– 1,56**	**– 1,73**	**– 0,18**	**+ 11,3**	**– 1,54**	**– 1,74**	**– 0,20**	**+ 13,0**	**– 0,01**
B.I	Erträge aus Transfers	0,39	0,08	– 0,32	– 79,9	0,39	0,07	– 0,32	– 80,9	– 0,00
B.II	Transferaufwand	1,95	1,81	– 0,14	– 7,1	1,93	1,81	– 0,12	– 6,1	+ 0,00
C	**Ergebnis aus d. operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers (= A + B)**	**– 13,10**	**– 14,39**	**– 1,29**	**+ 9,9**	**– 13,03**	**– 14,49**	**– 1,46**	**+ 11,2**	**– 0,09**
C*	**Geldfluss aus empfangenen s. gewährten Darlehen und Vorschüssen**					**– 0,00**	**+ 0,01**	**+ 0,01**	**– 586,4**	**+ 0,01**
D*	**Geldfluss aus der Investitionstätigkeit**					**– 0,02**	**– 0,04**	**– 0,01**	**+ 57,3**	**– 0,04**
E	**Nettoergebnis (ER: C + D) / Nettofinanzierungssaldo (FR: C + D + C* + D*)**	**– 13,10**	**– 14,39**	**– 1,29**	**+ 9,9**	**– 13,05**	**– 14,51**	**– 1,46**	**+ 11,2**	**– 0,12**
	davon Erträge/ Einzahlungen	0,41	0,26	– 0,15	– 36,3	0,42	0,10	– 0,32	– 75,0	– 0,15
	davon Aufwendungen/ Auszahlungen	13,51	14,65	+ 1,15	+ 8,5	13,47	14,62	+ 1,14	+ 8,5	– 0,03
	davon Erträge aus Vorperioden	0,00		– 0,00	– 100,0				–	0,00
	davon Aufwand aus Vorperioden	0,00		– 0,00	– 100,0				–	0,00
	um Vorperioden bereinigtes Nettoergebnis	**– 13,10**	**– 14,39**	**– 1,29**	**+ 9,9**	**– 13,05**	**– 14,51**	**– 1,46**	**+ 11,2**	**– 0,12**

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 01–06 Oberste Organe		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
UG 04 Verwaltungsgerichtshof										
A	**Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (= A.I + A.II – A.III – A.IV)**	**– 18,49**	**– 19,22**	**– 0,73**	**+ 3,9**	**– 18,23**	**– 19,05**	**– 0,82**	**+ 4,5**	**+ 0,17**
A.II	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,10	0,11	+ 0,01	+ 7,7	0,10	0,05	– 0,05	– 48,5	– 0,06
A.III	Personalaufwand	16,49	16,84	+ 0,35	+ 2,1	16,32	16,80	+ 0,48	+ 2,9	– 0,04
A.IV	Betrieblicher Sachaufwand	2,10	2,49	+ 0,39	+ 18,5	2,01	2,30	+ 0,29	+ 14,2	– 0,19
B	**Transferergebnis (= B.I – B.II)**	**– 0,00**	**– 0,00**	**– 0,00**	**+ 5,8**	**– 0,00**	**– 0,00**	**– 0,00**	**+ 5,8**	**0,00**
B.I	Erträge aus Transfers		0,00	+ 0,00	–		0,00	+ 0,00	–	0,00
B.II	Transferaufwand	0,00	0,00	+ 0,00	+ 7,6	0,00	0,00	+ 0,00	+ 7,6	0,00
C	**Ergebnis aus d. operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers (= A + B)**	**– 18,50**	**– 19,22**	**– 0,73**	**+ 3,9**	**– 18,23**	**– 19,05**	**– 0,82**	**+ 4,5**	**+ 0,17**
C*	**Geldfluss aus empfangenen s. gewährten Darlehen und Vorschüssen**					**– 0,01**	**+ 0,00**	**+ 0,01**	**– 103,5**	**+ 0,00**
D*	**Geldfluss aus der Investitionstätigkeit**					**– 0,17**	**– 0,15**	**+ 0,02**	**– 12,1**	**– 0,15**
E	**Nettoergebnis (ER: C + D) / Nettofinanzierungssaldo (FR: C + D + C* + D*)**	**– 18,50**	**– 19,22**	**– 0,73**	**+ 3,9**	**– 18,42**	**– 19,20**	**– 0,79**	**+ 4,3**	**+ 0,02**
	davon Erträge/ Einzahlungen	0,10	0,11	+ 0,01	+ 7,8	0,11	0,06	– 0,05	– 45,2	– 0,05
	davon Aufwendungen/ Auszahlungen	18,60	19,33	+ 0,74	+ 4,0	18,52	19,26	+ 0,74	+ 4,0	– 0,07
UG 05 Volksanwaltschaft										
A	**Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (= A.I + A.II – A.III – A.IV)**	**– 8,94**	**– 9,51**	**– 0,57**	**+ 6,3**	**– 8,80**	**– 9,39**	**– 0,60**	**+ 6,8**	**+ 0,12**
A.II	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,01	0,04	+ 0,03	+ 278,2	0,01	0,01	+ 0,00	+ 29,5	– 0,03
A.III	Personalaufwand	5,61	5,80	+ 0,19	+ 3,4	5,49	5,74	+ 0,25	+ 4,5	– 0,06
A.IV	Betrieblicher Sachaufwand	3,35	3,75	+ 0,40	+ 12,1	3,31	3,66	+ 0,35	+ 10,7	– 0,09
B	**Transferergebnis (= B.I – B.II)**	**– 0,77**	**– 0,78**	**– 0,01**	**+ 1,0**	**– 0,77**	**– 0,78**	**– 0,01**	**+ 1,1**	**– 0,00**
B.I	Erträge aus Transfers	0,10	0,10	+ 0,00	+ 5,0	0,10	0,10	+ 0,00	+ 4,7	+ 0,00
B.II	Transferaufwand	0,87	0,88	+ 0,01	+ 1,5	0,87	0,88	+ 0,01	+ 1,5	+ 0,00
C	**Ergebnis aus d. operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers (= A + B)**	**– 9,71**	**– 10,29**	**– 0,58**	**+ 5,9**	**– 9,56**	**– 10,17**	**– 0,61**	**+ 6,3**	**+ 0,12**
C*	**Geldfluss aus empfangenen s. gewährten Darlehen und Vorschüssen**					**– 0,01**	**+ 0,01**	**+ 0,02**	**– 217,2**	**+ 0,01**
D*	**Geldfluss aus der Investitionstätigkeit**					**– 0,03**	**– 0,04**	**– 0,01**	**+ 29,4**	**– 0,04**

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 01–06 Oberste Organe		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
E	**Nettoergebnis (ER: C + D) / Nettofinanzierungssaldo (FR: C + D + C* + D*)**	**– 9,71**	**– 10,29**	**– 0,58**	**+ 5,9**	**– 9,61**	**– 10,20**	**– 0,59**	**+ 6,2**	**+ 0,09**
	davon Erträge/ Einzahlungen	0,11	0,14	+ 0,03	+ 29,2	0,12	0,13	+ 0,01	+ 7,9	– 0,01
	davon Aufwendungen/ Auszahlungen	9,82	10,43	+ 0,61	+ 6,2	9,73	10,33	+ 0,60	+ 6,2	– 0,10
	davon Erträge aus Vorperioden	0,00		– 0,00	– 100,0				–	0,00
	davon Aufwand aus Vorperioden	0,00		– 0,00	– 100,0				–	0,00
	um Vorperioden bereinigtes Nettoergebnis	**– 9,71**	**– 10,29**	**– 0,58**	**+ 5,9**	**– 9,61**	**– 10,20**	**– 0,59**	**+ 6,2**	**+ 0,09**
UG 06 Rechnungshof										
A	**Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (= A.I + A.II – A.III – A.IV)**	**– 31,10**	**– 31,08**	**+ 0,02**	**– 0,1**	**– 30,16**	**– 30,32**	**– 0,16**	**+ 0,5**	**+ 0,76**
A.II	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,05	0,17	+ 0,13	+ 276,3	0,04	0,05	+ 0,01	+ 21,8	– 0,13
A.III	Personalaufwand	26,64	26,87	+ 0,22	+ 0,8	26,02	26,32	+ 0,30	+ 1,2	– 0,54
A.IV	Betrieblicher Sachaufwand	4,50	4,39	– 0,12	– 2,6	4,18	4,04	– 0,13	– 3,2	– 0,34
B	**Transferergebnis (= B.I – B.II)**	**– 0,21**	**– 0,22**	**– 0,00**	**+ 0,7**	**– 0,21**	**– 0,22**	**– 0,00**	**+ 0,7**	**– 0,00**
B.I	Erträge aus Transfers	0,03	0,03	+ 0,00	+ 4,2	0,03	0,03	+ 0,00	+ 3,9	+ 0,00
B.II	Transferaufwand	0,24	0,24	+ 0,00	+ 1,1	0,24	0,24	+ 0,00	+ 1,1	+ 0,00
C	**Ergebnis aus d. operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers (= A + B)**	**– 31,32**	**– 31,29**	**+ 0,02**	**– 0,1**	**– 30,37**	**– 30,54**	**– 0,16**	**+ 0,5**	**+ 0,76**
C*	**Geldfluss aus empfangenen s. gewährten Darlehen und Vorschüssen**					**+ 0,00**	**+ 0,01**	**+ 0,01**	**+ 820,6**	**+ 0,01**
D*	**Geldfluss aus der Investitionstätigkeit**					**– 0,15**	**– 0,90**	**– 0,75**	**+ 501,9**	**– 0,90**
E	**Nettoergebnis (ER: C + D) / Nettofinanzierungssaldo (FR: C + D + C* + D*)**	**– 31,32**	**– 31,29**	**+ 0,02**	**– 0,1**	**– 30,52**	**– 31,42**	**– 0,90**	**+ 3,0**	**– 0,13**
	davon Erträge/ Einzahlungen	0,07	0,20	+ 0,13	+ 175,7	0,10	0,10	+ 0,01	+ 9,0	– 0,10
	davon Aufwendungen/ Auszahlungen	31,39	31,49	+ 0,11	+ 0,3	30,62	31,53	+ 0,91	+ 3,0	+ 0,03
	davon Erträge aus Vorperioden	0,00		– 0,00	– 100,0				–	0,00
	davon Aufwand aus Vorperioden	0,04		– 0,04	– 100,0				–	0,00
	um Vorperioden bereinigtes Nettoergebnis	**– 31,27**	**– 31,29**	**– 0,02**	**+ 0,1**	**– 30,52**	**– 31,42**	**– 0,90**	**+ 3,0**	**– 0,13**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

In den UG 01 bis 06 „Oberste Organe“ betrug das Nettoergebnis 2015 (E) der konsolidierten Ergebnisrechnung – 243,22 Mio. EUR.

Die Erträge in den UG 01 bis 06 „Oberste Organe“ machten insgesamt 2,98 Mio. EUR aus.

Das Nettoergebnis 2015 verschlechterte sich um 15,50 Mio. EUR bzw. um 6,8 % gegenüber 2014.

E. Nettoergebnis versus Nettofinanzierungssaldo

Der Nettofinanzierungssaldo aus der konsolidierten Finanzierungsrechnung fiel mit – 242,04 Mio. EUR um + 1,18 Mio. EUR günstiger aus als das Nettoergebnis aus der konsolidierten Ergebnisrechnung (– 243,22 Mio. EUR). Im Nettofinanzierungssaldo waren Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus empfangenen sowie gewährten Darlehen und Vorschüssen (+ 0,05 Mio. EUR) sowie Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus der Investitionstätigkeit (– 2,05 Mio. EUR) berücksichtigt, die im Nettoergebnis nicht enthalten waren.

Weitere Unterschiede zwischen dem Nettofinanzierungssaldo und dem Nettoergebnis beruhten auf Abweichungen zwischen dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) zum korrespondierenden Geldfluss.

1.3 Voranschlagsvergleichsrechnungen

1.3.1 Ergebnishaushalt

Tabelle 1.3-1: UG 01 bis 06 – Ergebnishaushalt 2015

UG 01-06 Oberste Organe	Erfolg 2014	Voranschlag 2015	Erfolg 2015	Veränderung Erfolg 2014 : 2015		Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
UG 01-06 Oberste Organe							
Erträge	2,87	3,09	2,98	+ 0,11	+ 3,9	– 0,11	– 3,5
Aufwendungen	230,59	253,09	246,20	+ 15,61	+ 6,8	– 6,89	– 2,7
Nettoergebnis	**– 227,72**	**– 250,00**	**– 243,22**	**– 15,50**	**+ 6,8**	**+ 6,78**	**– 2,7**
UG 01 Präsidentschaftskanzlei							
Erträge	0,08	0,04	0,31	+ 0,23	+ 294,3	+ 0,27	+ 625,5
Aufwendungen	7,86	8,41	8,39	+ 0,53	+ 6,7	– 0,03	– 0,3
Nettoergebnis	**– 7,78**	**– 8,37**	**– 8,07**	**– 0,29**	**+ 3,8**	**+ 0,30**	**– 3,5**
UG 02 Bundesgesetzgebung							
Erträge	2,10	2,27	1,96	– 0,14	– 6,7	– 0,30	– 13,4
Aufwendungen	149,42	167,01	161,91	+ 12,49	+ 8,4	– 5,11	– 3,1
Nettoergebnis	**– 147,32**	**– 164,75**	**– 159,95**	**– 12,63**	**+ 8,6**	**+ 4,80**	**– 2,9**
UG 03 Verfassungsgerichtshof							
Erträge	0,41	0,40	0,26	– 0,15	– 36,3	– 0,14	– 35,0
Aufwendungen	13,51	15,11	14,65	+ 1,15	+ 8,5	– 0,46	– 3,0
Nettoergebnis	**– 13,10**	**– 14,71**	**– 14,39**	**– 1,29**	**+ 9,9**	**+ 0,32**	**– 2,2**
UG 04 Verwaltungsgerichtshof							
Erträge	0,10	0,08	0,11	+ 0,01	+ 7,8	+ 0,03	+ 30,7
Aufwendungen	18,60	19,45	19,33	+ 0,74	+ 4,0	– 0,12	– 0,6
Nettoergebnis	**– 18,50**	**– 19,37**	**– 19,22**	**– 0,73**	**+ 3,9**	**+ 0,15**	**– 0,8**
UG 05 Volksanwaltschaft							
Erträge	0,11	0,17	0,14	+ 0,03	+ 29,2	– 0,03	– 16,7
Aufwendungen	9,82	10,49	10,43	+ 0,61	+ 6,2	– 0,06	– 0,6
Nettoergebnis	**– 9,71**	**– 10,32**	**– 10,29**	**– 0,58**	**+ 5,9**	**+ 0,03**	**– 0,3**
UG 06 Rechnungshof							
Erträge	0,07	0,13	0,20	+ 0,13	+ 175,7	+ 0,07	+ 53,0
Aufwendungen	31,39	32,61	31,49	+ 0,11	+ 0,3	– 1,12	– 3,4
Nettoergebnis	**– 31,32**	**– 32,48**	**– 31,29**	**+ 0,02**	**– 0,1**	**+ 1,19**	**– 3,7**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Erträge in den UG 01 bis 06 „Oberste Organe“ 2,98 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um + 0,11 Mio. EUR (+ 3,9 %) gestiegen. Gegenüber dem Voranschlag waren die Erträge um – 0,11 Mio. EUR (– 3,5 %) niedriger.

Die Aufwendungen des Jahres 2015 waren mit 246,20 Mio. EUR um + 15,61 Mio. EUR (+ 6,8 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Aufwendungen um – 6,89 Mio. EUR (– 2,7 %) niedriger.

Das Nettoergebnis der UG 01 bis 06 „Oberste Organe“ lag 2015 bei – 243,22 Mio. EUR. Es war um 15,50 Mio. EUR schlechter und damit um 6,8 % höher als jenes für 2014 (– 227,72 Mio. EUR) und um 6,78 Mio. EUR besser und damit um 2,7 % niedriger als im Voranschlag (– 250,00 Mio. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Untergliederungen.

Tabelle 1.3-2: Ergebnishaushalt, UG 01 bis 06 – Voranschlagsvergleich nach GB und MVAG

Ergebnishaushalt					
UG 01 - 06 Oberste Organe		**Voranschlag 2015**	**Erfolg 2015**	**Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg2015**	
		in Mio. EUR			in %
	Erträge	**3,09**	**2,98**	**– 0,11**	**– 3,5**
	Aufwendungen	**253,09**	**246,20**	**– 6,89**	**– 2,7**
	Nettoergebnis	**– 250,00**	**– 243,22**	**+ 6,78**	
UG 01	**Präsidentschaftskanzlei**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,04	0,31	+ 0,27	+ 625,5
	Erträge	**0,04**	**0,31**	**+ 0,27**	**+ 625,5**
	Personalaufwand	5,46	5,38	– 0,08	– 1,5
	Transferaufwand	0,00	0,00	– 0,00	– 100,0
	Betrieblicher Sachaufwand	2,95	3,01	+ 0,06	+ 1,9
	Aufwendungen	**8,41**	**8,39**	**– 0,03**	**– 0,3**
UG 02	**Bundesgesetzgebung**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2,25	1,96	– 0,29	– 12,8
	Finanzerträge	0,02	0,00	– 0,02	– 90,5
	Erträge	**2,27**	**1,96**	**– 0,30**	**– 13,4**
	Personalaufwand	33,07	33,39	+ 0,32	+ 1,0
	Transferaufwand	45,26	43,62	– 1,64	– 3,6
	Betrieblicher Sachaufwand	88,68	84,90	– 3,78	– 4,3
	Finanzaufwand	0,00	0,00	– 0,00	– 100,0
	Aufwendungen	**167,01**	**161,91**	**– 5,11**	**– 3,1**

Ergebnishaushalt

UG 01 - 06 Oberste Organe		Voranschlag 2015	Erfolg 2015	Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg2015	
		in Mio. EUR			in %
	Erträge	**3,09**	**2,98**	**– 0,11**	**– 3,5**
	Aufwendungen	**253,09**	**246,20**	**– 6,89**	**– 2,7**
	Nettoergebnis	**– 250,00**	**– 243,22**	**+ 6,78**	
UG 03	**Verfassungsgerichtshof**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,40	0,26	– 0,14	– 35,0
	Erträge	**0,40**	**0,26**	**– 0,14**	**– 35,0**
	Personalaufwand	6,79	6,39	– 0,41	– 6,0
	Transferaufwand	2,04	1,81	– 0,23	– 11,4
	Betrieblicher Sachaufwand	6,27	6,46	+ 0,18	+ 2,9
	Aufwendungen	**15,11**	**14,65**	**– 0,46**	**– 3,0**
UG 04	**Verwaltungsgerichtshof**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,08	0,11	+ 0,03	+ 30,7
	Erträge	**0,08**	**0,11**	**+ 0,03**	**+ 30,7**
	Personalaufwand	17,41	16,84	– 0,58	– 3,3
	Transferaufwand	0,00	0,00	– 0,00	– 12,0
	Betrieblicher Sachaufwand	2,04	2,49	+ 0,46	+ 22,4
	Aufwendungen	**19,45**	**19,33**	**– 0,12**	**– 0,6**
UG 05	**Volksanwaltschaft**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,17	0,14	– 0,03	– 16,7
	Erträge	**0,17**	**0,14**	**– 0,03**	**– 16,7**
	Personalaufwand	5,78	5,80	+ 0,02	+ 0,3
	Transferaufwand	0,91	0,88	– 0,03	– 3,0
	Betrieblicher Sachaufwand	3,80	3,75	– 0,05	– 1,3
	Aufwendungen	**10,49**	**10,43**	**– 0,06**	**– 0,6**
UG 06	**Rechnungshof**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,13	0,20	+ 0,07	+ 53,0
	Erträge	**0,13**	**0,20**	**+ 0,07**	**+ 53,0**
	Personalaufwand	27,43	26,87	– 0,57	– 2,1
	Transferaufwand	0,25	0,24	– 0,01	– 2,3
	Betrieblicher Sachaufwand	4,93	4,39	– 0,55	– 11,1
	Aufwendungen	**32,61**	**31,49**	**– 1,12**	**– 3,4**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Da es im Ergebnishaushalt der UG 01 bis 06 „Oberste Organe“ in keinem Globalbudget auf MVAG-Ebene zu Über- bzw. Unterschreitungen von mehr als 10,00 Mio. EUR gegenüber dem Voranschlag kam, bestand keine Erläuterungspflicht für die Abweichungen durch die Obersten Organe.

1.3.2 Finanzierungshaushalt

Tabelle 1.3-3: UG 01 bis 06 – Finanzierungshaushalt 2015

Finanzierungshaushalt							
UG 01-06 Oberste Organe	Zahlungen 2014	Voranschlag 2015	Zahlungen 2015	Veränderung Zahlungen 2014 : 2015		Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015	
	in Mio. EUR			in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
UG 01-06 Oberste Organe							
Einzahlungen	3,00	3,05	2,45	– 0,55	– 18,3	– 0,60	– 19,7
Auszahlungen	228,07	250,84	244,49	+ 16,42	+ 7,2	– 6,35	– 2,5
Nettofinanzierungssaldo	**– 225,07**	**– 247,79**	**– 242,04**	**– 16,97**	**+ 7,5**	**+ 5,75**	**– 2,3**
UG 01 Präsidentschaftskanzlei							
Einzahlungen	0,03	0,03	0,03	– 0,00	– 9,5	+ 0,00	+ 15,6
Auszahlungen	7,77	8,19	8,12	+ 0,35	+ 4,5	– 0,06	– 0,8
Nettofinanzierungssaldo	**– 7,74**	**– 8,16**	**– 8,10**	**– 0,35**	**+ 4,6**	**+ 0,07**	**– 0,8**
UG 02 Bundesgesetzgebung							
Einzahlungen	2,22	2,30	2,02	– 0,20	– 8,9	– 0,28	– 12,0
Auszahlungen	147,95	165,56	160,63	+ 12,68	+ 8,6	– 4,93	– 3,0
Nettofinanzierungssaldo	**– 145,73**	**– 163,26**	**– 158,61**	**– 12,87**	**+ 8,8**	**+ 4,65**	**– 2,8**
UG 03 Verfassungsgerichtshof							
Einzahlungen	0,42	0,40	0,10	– 0,32	– 75,0	– 0,29	– 73,5
Auszahlungen	13,47	14,83	14,62	+ 1,14	+ 8,5	– 0,21	– 1,4
Nettofinanzierungssaldo	**– 13,05**	**– 14,44**	**– 14,51**	**– 1,46**	**+ 11,2**	**– 0,08**	**+ 0,5**
UG 04 Verwaltungsgerichtshof							
Einzahlungen	0,11	0,09	0,06	– 0,05	– 45,2	– 0,03	– 36,1
Auszahlungen	18,52	19,35	19,26	+ 0,74	+ 4,0	– 0,09	– 0,5
Nettofinanzierungssaldo	**– 18,42**	**– 19,26**	**– 19,20**	**– 0,79**	**+ 4,3**	**+ 0,06**	**– 0,3**
UG 05 Volksanwaltschaft							
Einzahlungen	0,12	0,15	0,13	+ 0,01	+ 7,9	– 0,02	– 13,3
Auszahlungen	9,73	10,48	10,33	+ 0,60	+ 6,2	– 0,15	– 1,4
Nettofinanzierungssaldo	**– 9,61**	**– 10,33**	**– 10,20**	**– 0,59**	**+ 6,2**	**+ 0,13**	**– 1,2**
UG 06 Rechnungshof							
Einzahlungen	0,10	0,09	0,10	+ 0,01	+ 9,0	+ 0,02	+ 20,8
Auszahlungen	30,62	32,43	31,53	+ 0,91	+ 3,0	– 0,91	– 2,8
Nettofinanzierungssaldo	**– 30,52**	**– 32,35**	**– 31,42**	**– 0,90**	**+ 3,0**	**+ 0,93**	**– 2,9**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Einzahlungen in der UG 01 bis 06 „Oberste Organe“ 2,45 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um – 0,55 Mio. EUR (– 18,3 %) und gegenüber dem Voranschlag um – 0,60 Mio. EUR (– 19,7 %) gesunken.

Die Auszahlungen des Jahres 2015 waren mit 244,49 Mio. EUR um + 16,42 Mio. EUR (+ 7,2 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Auszahlungen um – 6,35 Mio. EUR (– 2,5 %) niedriger.

Der Nettofinanzierungssaldo der UG 01 bis 06 „Oberste Organe“ lag 2015 bei – 242,04 Mio. EUR. Er war um 16,97 Mio. EUR schlechter und damit um 7,5 % höher als jener für 2014 (– 225,07 Mio. EUR) bzw. um 5,75 Mio. EUR

besser und damit um 2,3 % niedriger als im Voranschlag (– 247,79 Mio. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Untergliederungen.

Tabelle 1.3-4: Finanzierungshaushalt, UG 01 bis 06 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Finanzierungshaushalt					
UG 01 - 06 Oberste Organe		Voranschlag 2015	Zahlungen 2015	Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015	
		in Mio. EUR			in %
	Einzahlungen	**3,05**	**2,45**	**– 0,60**	**– 19,7**
	Auszahlungen	**250,84**	**244,49**	**– 6,35**	**– 2,5**
	Nettofinanzierungssaldo	**– 247,79**	**– 242,04**	**+ 5,75**	
UG 01	**Präsidentschaftskanzlei**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,02	0,02	+ 0,01	+ 29,8
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,00	0,00	– 0,00	– 100,0
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,01	0,01	+ 0,00	+ 36,6
	Einzahlungen	**0,03**	**0,03**	**+ 0,00**	**+ 15,6**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	8,15	8,09	– 0,06	– 0,8
	Auszahlungen aus Transfers	0,00	0,00	– 0,00	– 100,0
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,03	0,03	+ 0,00	+ 14,6
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,01	0,00	– 0,01	– 74,3
	Auszahlungen	**8,19**	**8,12**	**– 0,06**	**– 0,8**
UG 02	**Bundesgesetzgebung**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2,22	1,97	– 0,26	– 11,5
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,01	0,00	– 0,01	– 87,7
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,07	0,05	– 0,02	– 22,9
	Einzahlungen	**2,30**	**2,02**	**– 0,28**	**– 12,0**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	118,88	116,12	– 2,76	– 2,3
	Auszahlungen aus Transfers	45,36	43,58	– 1,78	– 3,9
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	1,23	0,89	– 0,34	– 27,5
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,09	0,04	– 0,05	– 55,0
	Auszahlungen	**165,56**	**160,63**	**– 4,93**	**– 3,0**
UG 03	**Verfassungsgerichtshof**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,37	0,09	– 0,28	– 76,0
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,00	0,00	– 0,00	– 75,0
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,02	0,01	– 0,01	– 27,7
	Einzahlungen	**0,40**	**0,10**	**– 0,29**	**– 73,5**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	12,71	12,76	+ 0,05	+ 0,4
	Auszahlungen aus Transfers	2,04	1,81	– 0,23	– 11,3
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,06	0,04	– 0,02	– 30,6
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,02	0,00	– 0,02	– 82,5
	Auszahlungen	**14,83**	**14,62**	**– 0,21**	**– 1,4**

UG 01 – 06

Finanzierungshaushalt

UG 01 - 06 Oberste Organe		Voranschlag 2015	Zahlungen 2015	Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015	
		in Mio. EUR			in %
	Einzahlungen	**3,05**	**2,45**	**– 0,60**	**– 19,7**
	Auszahlungen	**250,84**	**244,49**	**– 6,35**	**– 2,5**
	Nettofinanzierungssaldo	**– 247,79**	**– 242,04**	**+ 5,75**	
UG 04	**Verwaltungsgerichtshof**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,08	0,05	– 0,03	– 34,0
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,00	0,00	– 0,00	– 83,6
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,01	0,01	– 0,01	– 44,3
	Einzahlungen	**0,09**	**0,06**	**– 0,03**	**– 36,1**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	19,27	19,10	– 0,17	– 0,9
	Auszahlungen aus Transfers	0,00	0,00	– 0,00	– 12,0
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,06	0,15	+ 0,10	+ 178,1
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,02	0,01	– 0,01	– 65,9
	Auszahlungen	**19,35**	**19,26**	**– 0,09**	**– 0,5**
UG 05	**Volksanwaltschaft**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,13	0,11	– 0,02	– 12,2
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,00	0,00	– 0,00	– 100,0
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,02	0,02	– 0,00	– 11,9
	Einzahlungen	**0,15**	**0,13**	**– 0,02**	**– 13,3**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	9,47	9,40	– 0,07	– 0,7
	Auszahlungen aus Transfers	0,91	0,88	– 0,03	– 3,0
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,07	0,04	– 0,03	– 41,1
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,03	0,00	– 0,02	– 84,6
	Auszahlungen	**10,48**	**10,33**	**– 0,15**	**– 1,4**
UG 06	**Rechnungshof**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,05	0,07	+ 0,02	+ 46,0
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,00	0,00	– 0,00	– 100,0
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,03	0,03	– 0,00	– 8,0
	Einzahlungen	**0,09**	**0,10**	**+ 0,02**	**+ 20,8**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	31,93	30,37	– 1,57	– 4,9
	Auszahlungen aus Transfers	0,25	0,24	– 0,01	– 2,2
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,21	0,90	+ 0,69	+ 335,4
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,05	0,02	– 0,02	– 55,4
	Auszahlungen	**32,43**	**31,53**	**– 0,91**	**– 2,8**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Da es im Finanzierungshaushalt der UG 01 bis 06 „Oberste Organe“ in keinem Globalbudget auf MVAG-Ebene zu Über- bzw. Unterschreitungen von mehr als 10,00 Mio. EUR gegenüber dem Voranschlag kam, bestand keine Erläuterungspflicht für die Abweichungen durch die Obersten Organe.

1.3.3 Haushaltsrücklagen

Tabelle 1.3-5: UG 01 bis 06 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015

Finanzierungshaushalt								
UG 01-06 Oberste Organe	Anfangs-bestand	Umbuchung	Entnahme	Auflösung	Zuführung	Endbestand	Veränderung 2014 : 2015	
	in Mio. EUR							in %
Detailbudgetrücklagen	53,02	–	– 22,11	–	+ 6,02	36,93	– 16,09	– 30,3
Gesamtsumme	**53,02**	**–**	**– 22,11**	**–**	**+ 6,02**	**36,93**	**– 16,09**	**– 30,3**
UG 01 Präsidentschaftskanzlei	1,87	–	– 0,30	–	+ 0,31	1,87	+ 0,01	+ 0,5
UG 02 Bundesgesetzgebung	38,63	–	– 19,11	–	+ 4,65	24,18	– 14,46	– 37,4
UG 03 Verfassungsgerichtshof	1,38	–	– 0,10	–	–	1,28	– 0,10	– 7,2
UG 04 Verwaltungsgerichtshof	1,26	–	– 0,10	–	–	1,16	– 0,10	– 8,0
UG 05 Volksanwaltschaft	3,15	–	– 0,30	–	+ 0,19	3,03	– 0,11	– 3,6
UG 06 Rechnungshof	6,73	–	– 2,20	–	+ 0,87	5,40	– 1,33	– 19,8

Quellen: Rücklagengebarung, eigene Berechnung

Der Stand der Rücklagen in der UG 01 bis 06 „Oberste Organe“ belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 53,02 Mio. EUR und veränderte sich durch Entnahmen (22,11 Mio. EUR) und Zuführungen (+ 6,02 Mio. EUR) auf 36,93 Mio. EUR zum 31. Dezember 2015. Im Verhältnis zu den veranschlagten Auszahlungen (250,84 Mio. EUR) entsprach der Stand zum 31. Dezember 2015 einem Anteil von 14,7 %. Im BFG 2015 waren für die UG 01 bis 06 „Oberste Organe“ Rücklagenverwendungen von insgesamt 22,11 Mio. EUR berücksichtigt, die in der mittelfristigen Finanzplanung nicht enthalten waren und die Auszahlungsobergrenzen für das Jahr 2015 (228,98 Mio. EUR) erhöhten (siehe auch **TZ 1.4**).

1.4 Finanzrahmen

Ausgehend von den tatsächlichen Auszahlungen 2015 stellen sich die Auszahlungsobergrenzen für die UG 01 bis 06 „Oberste Organe“ gemäß BFRG für die Finanzjahre 2016 bis 2020 wie folgt dar:

Tabelle 1.4–1: UG 01 bis 06 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020

Finanzierungshaushalt									
UG 01 – 06 Oberste Organe	**Auszahlungen (Ist)**	**Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG**					**Veränderung**		
	2015	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**	**2020**	**2015 (Ist) : 2020**		**durch-schnittlich jährlich**
	in Mio. EUR							in %	
	244,49	**275,85**	**296,41**	**312,75**	**353,14**	**357,47**	**+ 112,98**	**+ 46,2**	**+ 7,9**
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze gesamt	*74.589,49*	*78.107,49*	*78.202,70*	*78.814,08*	*80.408,66*	*83.038,37*	*+ 8.448,88*	*+ 11,3*	*+ 2,2*
Anteil der UG 01-06	0,3 %	0,4 %	0,4 %	0,4 %	0,4 %	0,4 %	+ 0,1 %-Punkte		–
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze Rubrik 0,1	*8.700,11*	*9.723,54*	*9.653,34*	*9.235,99*	*9.252,45*	*9.525,66*	*+ 825,56*	*+ 9,5*	*+ 1,8*
Anteil der UG 01-06	2,8 %	2,8 %	3,1 %	3,4 %	3,8 %	3,8 %	+ 0,9 %-Punkte		–
UG 01 Präsidentschaftskanzlei	8,12	7,86	8,03	8,17	8,32	8,48	*+ 0,35*	*+ 4,3*	+ 0,9
Anteil der UG 01 an Auszahlungen/ Obergrenze Rubrik 0,1	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	– 0,0 %-Punkte		–
UG 02 Bundesgesetzgebung	160,63	192,75	211,33	225,90	264,54	267,00	*+ 106,37*	*+ 66,2*	+ 10,7
Anteil der UG 02 an Auszahlungen/ Obergrenze Rubrik 0,1	1,8 %	2,0 %	2,2 %	2,4 %	2,9 %	2,8 %	+ 1,0 %-Punkte		–
UG 03 Verfassungsgerichtshof	14,62	14,88	15,16	15,42	15,67	15,95	*+ 1,33*	*+ 9,1*	+ 1,8
Anteil der UG 03 an Auszahlungen/ Obergrenze Rubrik 0,1	0,2 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %	– 0,0 %-Punkte		–
UG 04 Verwaltungsgerichtshof	19,26	19,28	19,78	20,20	20,65	21,14	*+ 1,87*	*+ 9,7*	+ 1,9
Anteil der UG 04 an Auszahlungen/ Obergrenze Rubrik 0,1	0,2 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %	+ 0,0 %-Punkte		–
UG 05 Volksanwaltschaft	10,33	10,26	10,46	10,63	10,81	11,01	*+ 0,68*	*+ 6,6*	+ 1,3
Anteil der UG 05 an Auszahlungen/ Obergrenze Rubrik 0,1	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	– 0,0 %-Punkte		–
UG 06 Rechnungshof	31,53	30,83	31,66	32,42	33,15	33,91	*+ 2,38*	*+ 7,6*	+ 1,5
Anteil der UG 06 an Auszahlungen/ Obergrenze Rubrik 0,1	0,4 %	0,3 %	0,3 %	0,4 %	0,4 %	0,4 %	– 0,0 %-Punkte		–

Quellen: HIS, BFRG 2016 - 2019, 2017 - 2020, eigene Berechnung

Bis zum Jahr 2020 soll die Auszahlungsobergrenze für die UG 01 bis 06 „Oberste Organe“ um + 112,98 Mio. EUR (+ 46,2 %) auf 357,47 Mio. EUR ansteigen. Dies entspricht einer Veränderungsrate gegenüber den tatsächlichen Auszahlungen 2015 von + 7,9 % im Jahresdurchschnitt. Im Jahr 2015 betrug der Anteil der UG 01 bis 06 „Oberste Organe“ an den Gesamtauszahlungen 0,3 % und an den Auszahlungen der Rubrik 0,1 2,8 %. Der Anteil der UG 01 bis 06 an der Gesamt–Auszahlungsobergrenze soll sich bis 2020 auf 0,4 % erhöhen bzw. soll er innerhalb der Rubrik 0,1 auf 3,8 % ansteigen.

Im Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 sind zahlreiche laufende und geplante Maßnahmen bzw. Reformen zur Zielerreichung in den UG 01 bis 06 „Oberste Organe“ angeführt, aber auch erforderliche Steuerungs– und Korrekturmaßnahmen zur Einhaltung der Auszahlungsobergrenzen, wie Steuerungen und Korrekturen durch Prioritätensetzungen, abhängig von den erforderlichen Maßnahmen zur Instandhaltung der Büroinfrastruktur sowie der Inventar- und Bausubstanz (UG 01 „Präsidentschaftskanzlei“); Reduktion des laufenden Bauprogrammes auf Maßnahmen, die für die Aufrechterhaltung des parlamentarischen Betriebes zwingend erforderlich sind, Reduktion im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, Zurückstellung diverser verwaltungsinterner Projekte, Rückstellung laufender Investitionen, z. B. Büroausstattung, EDV-Hardware (UG 02 „Bundesgesetzgebung“); gezielte Planung und Umsetzung im eigenen Ressort (UG 03 „Verfassungsgerichtshof“); konkrete Steuerungsmaßnahmen im Budgetvollzug (UG 04 „Verwaltungsgerichtshof“); stringente sparsame Haushaltsführung (UG 05 „Volksanwaltschaft“); restriktive Personalpolitik und weitere Einsparungen bei den Auszahlungen, was konkret eine Reduktion der Prüfungsanzahl, insbesondere von Querschnittsprüfungen und damit eine Beeinträchtigung der Transparenz beim Einsatz öffentlicher Mittel und eine Reduktion beim Aufzeigen von Verbesserungspotenzialen bedeutet (UG 06 „Rechnungshof“).

Die im BFRG 2017 bis 2020 vorgesehenen Auszahlungsobergrenzen für die Jahre 2017 bis 2019 wurden in Summe für die UG 01 bis 06 „Oberste Organe“ gegenüber dem bisher geltenden BFRG 2016 bis 2019 um – 0,1 % bzw. um durchschnittlich – 0,25 Mio. EUR pro Jahr vermindert. Im Einzelnen betrugen die Veränderungen zwischen – 0,13 Mio. EUR (UG 02 „Bundesgesetzgebung“) und + 0,09 Mio. EUR (UG 03 „Verfassungsgerichtshof“).

Im Folgenden wird ein Überblick über die Entwicklung der tatsächlichen Auszahlungen und der Auszahlungsobergrenzen von 2011 bis 2015 bzw. ein Vergleich der Auszahlungen zu den Auszahlungsobergrenzen des derzeit geltenden BFRG 2017 bis 2020 gegeben:

Tabelle 1.4–2: UG 01 bis 06 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015

Finanzierungshaushalt									
UG 01-06 Oberste Organe	**BFRG bzw. Zahlungen**					**Veränderung**			
	2011	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	**2014 : 2015**		**2011 : 2015**	
	in Mio. EUR					in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Auszahlungsobergrenze UG 01-06	**225,00**	**248,91**	**215,95**	**222,93**	**228,98**	**+ 6,05**	**+ 2,7**	**+ 3,98**	**+ 1,8**
Auszahlungen UG 01-06	204,85	238,73	224,91	228,07	244,49	+ 16,42	+ 7,2	+ 39,64	+ 19,3
Abweichung Auszahlungen : Obergrenze	**– 20,15**	**– 10,18**	**+ 8,97**	**+ 5,14**	**+ 15,51**				
Abweichung in %	**– 9,0 %**	**– 4,1 %**	**+ 4,2 %**	**+ 2,3 %**	**+ 6,8 %**				
Auszahlungsobergrenze UG 01	7,60	8,10	7,83	7,30	8,14	+ 0,84	+ 11,5	+ 0,54	+ 7,1
Auszahlungen UG 01 Präsidentschaftskanzlei	7,46	7,84	7,95	7,77	8,12	+ 0,35	+ 4,5	+ 0,67	+ 8,9
Abweichung Auszahlungen : Obergrenze	**– 0,14**	**– 0,25**	**+ 0,12**	**+ 0,47**	**– 0,01**				
Abweichung in %	**– 1,9 %**	**– 3,1 %**	**+ 1,5 %**	**+ 6,5 %**	**– 0,2 %**				
Auszahlungsobergrenze UG 02	154,50	173,03	136,33	143,00	146,45	+ 3,45	+ 2,4	– 8,05	– 5,2
Auszahlungen UG 02 Bundesgesetzgebung	136,27	163,38	146,22	147,95	160,63	+ 12,68	+ 8,6	+ 24,36	+ 17,9
Abweichung Auszahlungen : Obergrenze	**– 18,23**	**– 9,65**	**+ 9,90**	**+ 4,96**	**+ 14,18**				
Abweichung in %	**– 11,8 %**	**– 5,6 %**	**+ 7,3 %**	**+ 3,5 %**	**+ 9,7 %**				
Auszahlungsobergrenze UG 03	11,60	12,63	12,81	14,03	14,73	+ 0,70	+ 5,0	+ 3,13	+ 27,0
Auszahlungen UG 03 Verfassungsgerichtshof	11,75	12,63	13,24	13,47	14,62	+ 1,14	+ 8,5	+ 2,87	+ 24,4
Abweichung Auszahlungen : Obergrenze	**+ 0,15**	**– 0,00**	**+ 0,43**	**– 0,56**	**– 0,11**				
Abweichung in %	**+ 1,3 %**	**– 0,0 %**	**+ 3,4 %**	**– 4,0 %**	**– 0,8 %**				
Auszahlungsobergrenze UG 04	15,60	16,94	18,15	18,67	19,25	+ 0,59	+ 3,2	+ 3,65	+ 23,4
Auszahlungen UG 04 Verwaltungsgerichtshof	15,69	16,81	17,99	18,52	19,26	+ 0,74	+ 4,0	+ 3,58	+ 22,8
Abweichung Auszahlungen : Obergrenze	**+ 0,09**	**– 0,13**	**– 0,15**	**– 0,14**	**+ 0,01**				
Abweichung in %	**+ 0,6 %**	**– 0,8 %**	**– 0,9 %**	**– 0,8 %**	**+ 0,0 %**				
Auszahlungsobergrenze UG 05	6,60	7,33	10,21	9,75	10,18	+ 0,43	+ 4,4	+ 3,58	+ 54,2
Auszahlungen UG 05 Volksanwaltschaft	6,32	7,73	9,43	9,73	10,33	+ 0,60	+ 6,2	+ 4,01	+ 63,5
Abweichung Auszahlungen : Obergrenze	**– 0,28**	**+ 0,40**	**– 0,78**	**– 0,02**	**+ 0,15**				
Abweichung in %	**– 4,3 %**	**+ 5,5 %**	**– 7,7 %**	**– 0,2 %**	**+ 1,5 %**				
Auszahlungsobergrenze UG 06	29,10	30,89	30,62	30,20	30,23	+ 0,04	+ 0,1	+ 1,13	+ 3,9
Auszahlungen UG 06 Rechnungshof	27,37	30,34	30,08	30,62	31,53	+ 0,91	+ 3,0	+ 4,16	+ 15,2
Abweichung Auszahlungen : Obergrenze	**– 1,73**	**– 0,55**	**– 0,55**	**+ 0,42**	**+ 1,29**				
Abweichung in %	**– 5,9 %**	**– 1,8 %**	**– 1,8 %**	**+ 1,4 %**	**+ 4,3 %**				

Quellen: HIS, BFRG 2011 - 2014, 2012 - 2015, 2013 - 2016, 2014 - 2017, 2015 - 2018, eigene Berechnung

Während ursprünglich zwischen 2011 und 2015 eine Erhöhung der Auszahlungsobergrenze gemäß BFRG um insgesamt + 3,98 Mio. EUR (+ 1,8 %) vorgesehen war, erhöhten sich die Auszahlungen zwischen 2011 und 2015 tatsächlich um + 39,64 Mio. EUR (+ 19,3 %). Im Jahr 2015 lagen die tatsächlichen Auszahlungen um + 15,51 Mio. EUR (+ 6,8 %) über jenen, die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen waren.

Tabelle 1.4–3: UG 01 bis 06 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG

Finanzierungshaushalt

UG 01-06 Oberste Organe	Auszahlungen (Ist)		durchschnittliche jährliche Veränderung	BFRG	durchschnittliche jährliche Veränderung	Differenz der Veränderungsraten[1)]
	2011	2015	2011 : 2015	2020	2015 (Ist) : 2020 (BFRG)	
	in Mio. EUR		in %	in Mio. EUR	in %	in %-Punkten
	204,85	**244,49**	**+ 4,5**	**357,47**	**+ 7,9**	**+ 3,4**
UG 01 Präsidentschaftskanzlei	*7,46*	*8,12*	*+ 2,2*	*8,48*	*+ 0,9*	*– 1,3*
UG 02 Bundesgesetzgebung	*136,27*	*160,63*	*+ 4,2*	*267,00*	*+ 10,7*	*+ 6,5*
UG 03 Verfassungsgerichtshof	*11,75*	*14,62*	*+ 5,6*	*15,95*	*+ 1,8*	*– 3,8*
UG 04 Verwaltungsgerichtshof	*15,69*	*19,26*	*+ 5,3*	*21,14*	*+ 1,9*	*– 3,4*
UG 05 Volksanwaltschaft	*6,32*	*10,33*	*+ 13,1*	*11,01*	*+ 1,3*	*– 11,8*
UG 06 Rechnungshof	*27,37*	*31,53*	*+ 3,6*	*33,91*	*+ 1,5*	*– 2,1*

1) Rundungsdifferenz möglich

Quellen: HIS, BFRG 2017 - 2020, eigene Berechnung

Die durchschnittliche jährliche Veränderung der Auszahlungen belief sich von 2011 bis 2015 auf + 4,5 %. Laut mittelfristiger Finanzplanung bis 2020 soll sie + 7,9 % betragen und somit um 3,4 Prozentpunkte stärker steigen als im Zeitraum 2011 bis 2015.

2 UG 10 „BUNDESKANZLERAMT“

UG 10 Bundeskanzleramt - BKA	
zentrale Budgetbereiche	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)
	Ressortübergreifende Vorhaben
	ausgegliederte Bereiche
	Bundesverwaltungsgericht
	Österreichisches Staatsarchiv
	Informationstätigkeit

Quelle: HIS

2.1 Vermögensrechnung

Tabelle 2.1–1: UG 10 – Vermögensrechnung[1)]

Vermögensrechnung						
UG 10 Bundeskanzleramt		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
A + B	**Vermögen**	**84,76**	**64,39**	**– 20,37**	**– 24,0**	**100,0**
A	Langfristiges Vermögen	53,71	53,19	– 0,52	– 1,0	82,6
A.I	Immaterielle Vermögenswerte	0,36	0,54	+ 0,19	+ 52,4	0,8
A.II	Sachanlagen	8,58	7,78	– 0,79	– 9,2	12,1
A.IV	Beteiligungen	44,48	44,48	0,00	0,0	69,1
A.V	Langfristige Forderungen	0,30	0,39	+ 0,08	+ 27,9	0,6
B	Kurzfristiges Vermögen	31,05	11,20	– 19,84	– 63,9	17,4
B.II	Kurzfristige Forderungen	30,69	10,72	– 19,97	– 65,1	16,6
B.II.06	Sonstige kurzfristige Forderungen (nv)	30,45	9,46	– 20,99	– 68,9	14,7
	GB 10.03 Europ.Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), variabel	23,55	0,52	– 23,03	– 97,8	0,8
	Aktive Rechnungsabgrenzung	23,55	0,52	– 23,03	– 97,8	0,8
B.III	Vorräte	0,09	0,10	+ 0,01	+ 6,8	0,2
B.IV	Liquide Mittel	0,27	0,38	+ 0,12	+ 43,2	0,6
C	**Nettovermögen (Ausgleichsposten)**	**31,12**	**32,20**	**+ 1,08**	**+ 3,5**	
C.IV	Jährliches Nettoergebnis (inkl. "Personal, das für Dritte leistet")	– 394,95	– 474,38	– 79,43	+ 20,1	
	GB 10.01 Steuerung, Koordination und Services	– 322,57	– 313,34	+ 9,23	– 2,9	
	GB 10.02 Frauenangelegenheiten und Gleichstellung	– 1,69	0,00	+ 1,69	– 100,0	
	GB 10.03 Europ.Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), variabel	– 70,69	– 161,04	– 90,35	+ 127,8	
C.V	Saldo aus der jährl. Eröffnungsbilanz	31,93	30,89	– 1,03	– 3,2	
C.VI	Bundesfinanzierung	394,14	475,69	+ 81,55	+ 20,7	
D + E	**Fremdmittel**	**53,64**	**32,19**	**– 21,45**	**– 40,0**	**100,0**
D	Langfristige Fremdmittel	15,78	16,29	+ 0,51	+ 3,2	50,6
D.III	Langfristige Rückstellungen	15,78	16,29	+ 0,51	+ 3,2	50,6
E	Kurzfristige Fremdmittel	37,86	15,90	– 21,96	– 58,0	49,4
E.II	Kurzfristige Verbindlichkeiten	31,70	9,53	– 22,17	– 69,9	29,6
E.II.06	Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	29,85	7,66	– 22,19	– 74,3	23,8
	GB 10.03 Europ.Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), variabel	23,55	0,52	– 23,03	– 97,8	1,6
	Übrige sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	23,55	0,00	– 23,55	– 100,0	0,0
E.III	Kurzfristige Rückstellungen	6,16	6,38	+ 0,21	+ 3,5	19,8

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Vermögensrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 betrug in der UG 10 „Bundeskanzleramt" 64,39 Mio. EUR und sank gegenüber 31. Dezember 2014 um – 20,37 Mio. EUR (– 24,0 %). Der Anteil des kurzfristigen Vermögens betrug 17,4 % und der des langfristigen Vermögens 82,6 %. Dem Vermögen standen Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 von 32,19 Mio. EUR gegenüber, die im Vergleich zum 31. Dezember 2014 um – 21,45 Mio. EUR (– 40,0 %) zurückgingen. Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 waren zu 49,4 % kurzfristig und zu 50,6 % langfristig. Nachdem das Vermögen die Fremdmittel überstieg, ergab sich ein Nettovermögen (Ausgleichsposten) zum 31. Dezember 2015 von 32,20 Mio. EUR (+ 1,08 Mio. EUR bzw. + 3,5 % gegenüber 31. Dezember 2014).

A. und B. Vermögen

Der Rückgang des Vermögens gegenüber 31. Dezember 2014 von – 20,37 Mio. EUR (– 24,0 %) resultierte insbesondere aus Veränderungen bei Sonstigen kurzfristigen Forderungen (nicht veranschlagt) (B.II.06) von – 20,99 Mio. EUR (– 68,9 %), davon Aktive Rechnungsabgrenzungen – 20,82 Mio. EUR (für das GB 10.03 „Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), variabel" – 23,03 Mio. EUR). Nach Angaben des BKA sei die Veränderung der Aktiven Rechnungsabgrenzung hauptsächlich auf die Entwicklungen beim Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zurückzuführen gewesen.

D. und E. Fremdmittel

Der Rückgang der Fremdmittel gegenüber 31. Dezember 2014 von – 21,45 Mio. EUR (– 40,0 %) war insbesondere auf Veränderungen bei Sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten (E.II.06) von – 22,19 Mio. EUR (– 74,3 %), zurückzuführen. Nach Angaben des BKA resultiere die Veränderung der Sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten hauptsächlich aus den Entwicklungen beim Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).

2.2 Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung

Tabelle 2.2-1: UG 10 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung[1)]

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 10 Bundeskanzleramt		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
A	**Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (= A.I + A.II – A.III – A.IV)**	**– 143,45**	**– 141,80**	**+ 1,66**	**– 1,2**	**– 139,24**	**– 140,57**	**– 1,33**	**+ 1,0**	**+ 1,23**
A.II	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	3,01	4,88	+ 1,87	+ 62,1	2,96	3,95	+ 0,99	+ 33,6	– 0,94
A.III	Personalaufwand	87,86	88,26	+ 0,40	+ 0,5	84,79	87,33	+ 2,54	+ 3,0	– 0,92
A.III.01	Bezüge	65,38	67,60	+ 2,22	+ 3,4	65,88	67,72	+ 1,84	+ 2,8	+ 0,12
	GB 10.01 Steuerung, Koordination und Services	65,38	67,60	+ 2,22	+ 3,4	65,88	67,72	+ 1,84	+ 2,8	+ 0,12
A.IV	Betrieblicher Sachaufwand	58,61	58,42	– 0,19	– 0,3	57,40	57,18	– 0,22	– 0,4	– 1,24
B	**Transferergebnis (= B.I – B.II)**	**– 251,49**	**– 332,59**	**– 81,09**	**+ 32,2**	**– 250,80**	**– 333,77**	**– 82,97**	**+ 33,1**	**– 1,18**
B.I	Erträge aus Transfers	7,70	7,95	+ 0,24	+ 3,2	7,70	7,94	+ 0,24	+ 3,1	– 0,00
B.II	Transferaufwand	259,20	340,53	+ 81,33	+ 31,4	258,50	341,71	+ 83,21	+ 32,2	+ 1,18
B.II.01	Aufwand für Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger	118,84	215,80	+ 96,96	+ 81,6	118,84	215,80	+ 96,96	+ 81,6	0,00
	GB 10.01 Steuerung, Koordination und Services	48,16	55,27	+ 7,11	+ 14,8	48,16	55,27	+ 7,11	+ 14,8	0,00
	GB 10.03 Europ.Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), variabel	70,69	160,53	+ 89,85	+ 127,1	70,69	160,53	+ 89,85	+ 127,1	0,00
B.II.05	Transfers an private Haushalte	135,86	121,94	– 13,92	– 10,2	135,90	121,85	– 14,05	– 10,3	– 0,09
	GB 10.01 Steuerung, Koordination und Services	134,54	121,94	– 12,60	– 9,4	134,58	121,85	– 12,73	– 9,5	– 0,09
C	**Ergebnis aus d. operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers (= A + B)**	**– 394,95**	**– 474,38**	**– 79,43**	**+ 20,1**	**– 390,03**	**– 474,34**	**– 84,30**	**+ 21,6**	**+ 0,04**
D	**Finanzergebnis (= D.I – D.II)**	**+ 0,00**	**– 0,00**	**– 0,00**	**– 102,0**	**+ 0,00**	**+ 0,00**	**– 0,00**	**– 22,0**	**+ 0,00**
D.I	Finanzerträge	0,00	– 0,00	– 0,00	– 102,0	0,00	0,00	– 0,00	– 22,0	+ 0,00
C*	**Geldfluss aus empfangenen s. gewährten Darlehen und Vorschüssen**					**– 0,01**	**+ 0,03**	**+ 0,04**	**– 368,2**	**+ 0,03**
D*	**Geldfluss aus der Investitionstätigkeit**					**– 2,29**	**– 1,32**	**+ 0,97**	**– 42,6**	**– 1,32**
E	**Nettoergebnis (ER: C + D) / Nettofinanzierungssaldo (FR: C + D + C* + D*)**	**– 394,95**	**– 474,38**	**– 79,43**	**+ 20,1**	**– 392,33**	**– 475,62**	**– 83,29**	**+ 21,2**	**– 1,24**
	davon Erträge/ Einzahlungen	10,72	12,83	+ 2,11	+ 19,7	10,78	12,02	+ 1,24	+ 11,5	– 0,81
	davon Aufwendungen/ Auszahlungen	405,66	487,21	+ 81,55	+ 20,1	403,12	487,65	+ 84,53	+ 21,0	+ 0,43
	davon Erträge aus Vorperioden	0,02	– 0,01	– 0,03	– 161,2				–	+ 0,01
	davon Aufwand aus Vorperioden	0,02		– 0,02	– 100,0				–	0,00
	um Vorperioden bereinigtes Nettoergebnis	**– 394,94**	**– 474,37**	**– 79,42**	**+ 20,1**	**– 392,33**	**– 475,62**	**– 83,29**	**+ 21,2**	**– 1,25**

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Ergebnis- und Finanzierungsrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser

Quellen: HIS, eigene Berechnung

In der UG 10 „Bundeskanzleramt“ betrug das Nettoergebnis 2015 (E) der konsolidierten Ergebnisrechnung – 474,38 Mio. EUR. Es setzte sich zusammen aus

- dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) von – 141,80 Mio. EUR (+ 1,66 Mio. EUR gegenüber 2014),
- dem Transferergebnis (B) von – 332,59 Mio. EUR (– 81,09 Mio. EUR gegenüber 2014) und
- dem Finanzergebnis (D) von – 38,14 EUR (– 1.988,43 EUR gegenüber 2014).

Die Erträge in der UG 10 machten 12,83 Mio. EUR

- darunter 4,88 Mio. EUR aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II), 7,95 Mio. EUR aus Transfers (B.I) sowie – 38,14 EUR aus Finanzerträgen (D.I)

und die Aufwendungen 487,21 Mio. EUR aus

- darunter 88,26 Mio. EUR aus Personalaufwand (A.III), 58,42 Mio. EUR aus betrieblichem Sachaufwand (A.IV) sowie 340,53 Mio. EUR aus Transferaufwand (B.II).

Das Nettoergebnis 2015 verschlechterte sich um 79,43 Mio. EUR bzw. um 20,1 % gegenüber 2014.

A. Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit

Die Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) betrugen 4,88 Mio. EUR.

Den Erträgen standen Aufwendungen für Personal (A.III) von 88,26 Mio. EUR und betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von 58,42 Mio. EUR gegenüber.

- Die wesentlichen Positionen im Personalaufwand betrafen Bezüge (67,60 Mio. EUR).

Nach Angaben des BKA beinhalte die Position Bezüge vorwiegend die Personalzahlungen der Zentralleitung, der Datenschutzbehörde, des Österreichischen Staatsarchivs und des Bundesverwaltungsgerichts. Ebenso enthalte

die Position Zahlungen und Bezüge für die Landeshauptmänner sowie die Pauschalabgeltungen an die Statistik Austria.

B. Transferergebnis

Die Erträge aus Transfers (B.I) betrugen 7,95 Mio. EUR. Den Erträgen stand ein Transferaufwand (B.II) von 340,53 Mio. EUR gegenüber.

- Der Transferaufwand entstand insbesondere für Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger (215,80 Mio. EUR) sowie Transfers an private Haushalte (121,94 Mio. EUR).

Das Transferergebnis 2015 verschlechterte sich um 81,09 Mio. EUR bzw. um 32,2 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten bei

- dem Transferaufwand (B.II) von + 81,33 Mio. EUR: darunter Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger (+ 96,96 Mio. EUR) sowie Transfers an private Haushalte (– 13,92 Mio. EUR).

Nach Angaben des BKA sei es beim Transferaufwand an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger zu höheren Aufwendungen durch Refundierungen von im Jahr 2015 gestellten Zahlungsanträgen zu mehreren Programmen des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung 2007 – 2013“ (RW&B) durch die Europäische Kommission, durch Refundierungen zu Zahlungsanträgen aus den Vorjahren für die RW&B Programme Steiermark, Tirol und Vorarlberg sowie aufgrund zweier Vorschusszahlungen für das EFRE-Programm „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung Österreich 2014 – 2020“ gekommen. Der geringere Transferaufwand an private Haushalte im Vergleich zu 2014 resultiere laut BKA aus dem Wegfall der Mittel für die EU-Wahl im Jahr 2014.

E. Nettoergebnis versus Nettofinanzierungssaldo

Der Nettofinanzierungssaldo aus der konsolidierten Finanzierungsrechnung fiel mit – 475,62 Mio. EUR um – 1,24 Mio. EUR ungünstiger aus als das Nettoergebnis aus der konsolidierten Ergebnisrechnung (– 474,38 Mio. EUR). Im Nettofinanzierungssaldo waren Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus empfangenen sowie gewährten Darlehen und Vorschüssen (+ 0,03 Mio. EUR) sowie Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus der Investitionstätigkeit (– 1,32 Mio. EUR) berücksichtigt, die im Nettoergebnis nicht enthalten waren.

Weitere Unterschiede zwischen dem Nettofinanzierungssaldo und dem Nettoergebnis beruhten auf Abweichungen zwischen dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) (+ 1,23 Mio. EUR), dem Transferergebnis (B) (– 1,18 Mio. EUR) und dem Finanzergebnis (D) (+ 1.059,91 EUR) vom korrespondierenden Geldfluss.

2.3 Voranschlagsvergleichsrechnungen

2.3.1 Ergebnishaushalt

Tabelle 2.3-1: UG 10 – Ergebnishaushalt 2015

Ergebnishaushalt

UG 10 Bundeskanzleramt	Erfolg 2014	Voranschlag 2015	Erfolg 2015	Veränderung Erfolg 2014 : 2015		Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Erträge	4,13	3,90	6,04	+ 1,91	+ 46,3	+ 2,14	+ 54,9
Aufwendungen	399,08	401,82	480,42	+ 81,34	+ 20,4	+ 78,59	+ 19,6
Nettoergebnis	**– 394,95**	**– 397,93**	**– 474,38**	**– 79,43**	**+ 20,1**	**– 76,45**	**+ 19,2**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Erträge in der UG 10 „Bundeskanzleramt“ 6,04 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 1,91 Mio. EUR (+ 46,3 %) und gegenüber dem Voranschlag um 2,14 Mio. EUR (+ 54,9 %) angestiegen.

Die Aufwendungen des Jahres 2015 waren mit 480,42 Mio. EUR um 81,34 Mio. EUR (+ 20,4 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Aufwendungen um 78,59 Mio. EUR (+ 19,6 %) höher.

Das Nettoergebnis der UG 10 „Bundeskanzleramt“ lag 2015 bei – 474,38 Mio. EUR. Es war um 79,43 Mio. EUR schlechter und damit um 20,1 % höher als jenes für 2014 (– 394,95 Mio. EUR) und um 76,45 Mio. EUR schlechter und damit um 19,2 % höher als im Voranschlag (– 397,93 Mio. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*grün und kursiv*) fassen die vom BKA bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 10 „Bundeskanzleramt“ (Tabelle I.2.11.1)**.

Tabelle 2.3-2: Ergebnishaushalt, UG 10 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Ergebnishaushalt					
UG 10 Bundeskanzleramt		Voranschlag 2015	Erfolg 2015	Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015	
		in Mio. EUR			in %
	Erträge	**3,90**	**6,04**	**+ 2,14**	**+ 54,9**
	Aufwendungen	**401,82**	**480,42**	**+ 78,59**	**+ 19,6**
	Nettoergebnis	**– 397,93**	**– 474,38**	**– 76,45**	
GB 10.01	**Steuerung, Koordination und Services**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	3,89	6,04	+ 2,14	+ 55,1
	Finanzerträge	0,00	– 0,00	– 0,00	– 101,3
	Erträge	**3,89**	**6,04**	**+ 2,14**	**+ 55,0**
	Personalaufwand	87,78	81,48	– 6,30	– 7,2
	Transferaufwand	173,84	180,00	+ 6,16	+ 3,5
	Betrieblicher Sachaufwand	57,31	57,90	+ 0,59	+ 1,0
	Aufwendungen	**318,92**	**319,38**	**+ 0,45**	**+ 0,1**
GB 10.03	**Europ.Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), variabel**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,00	–	– 0,00	– 100,0
	Finanzerträge	0,00	–	– 0,00	– 100,0
	Erträge	**0,00**	**–**	**– 0,00**	**– 100,0**
	Transferaufwand	82,90	160,53	+ 77,63	+ 93,6
	Betrieblicher Sachaufwand	–	0,50	+ 0,50	–
	Aufwendungen	**82,90**	**161,04**	**+ 78,14**	**+ 94,3**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mehraufwendungen im GB 10.03 „Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), variabel"

+ 77,63 Mio. EUR in der MVAG „Transferaufwand"

Mehraufwendungen durch Refundierungen von im Jahr 2015 gestellten Zahlungsanträgen zu mehreren Programmen des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung 2007 – 2013" (RW&B) durch die Europäische Kommission sowie durch Refundierungen zu Zahlungsanträgen aus den Vorjahren für die RW&B Programme Steiermark, Tirol und Vorarlberg. Weitere Mehraufwendungen betrafen Vorschusszahlungen für das EFRE-Programm „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung Österreich 2014 – 2020".

2.3.2 Finanzierungshaushalt

Tabelle 2.3-3: UG 10 – Finanzierungshaushalt 2015

Finanzierungshaushalt							
UG 10 Bundeskanzleramt	**Zahlungen 2014**	**Voranschlag 2015**	**Zahlungen 2015**	**Veränderung Zahlungen 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015**	
	in Mio. EUR			in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Einzahlungen	4,19	4,06	5,23	+ 1,04	+ 24,7	+ 1,17	+ 28,8
Auszahlungen	396,53	397,64	480,85	+ 84,33	+ 21,3	+ 83,22	+ 20,9
Nettofinanzierungssaldo	**– 392,33**	**– 393,57**	**– 475,62**	**– 83,29**	**+ 21,2**	**– 82,05**	**+ 20,8**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Einzahlungen in der UG 10 „Bundeskanzleramt“ 5,23 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 1,04 Mio. EUR (+ 24,7 %) und gegenüber dem Voranschlag um 1,17 Mio. EUR (+ 28,8 %) angestiegen.

Die Auszahlungen des Jahres 2015 waren mit 480,85 Mio. EUR um 84,33 Mio. EUR (+ 21,3 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Auszahlungen um 83,22 Mio. EUR (+ 20,9 %) höher.

Der Nettofinanzierungssaldo der UG 10 „Bundeskanzleramt“ lag 2015 bei – 475,62 Mio. EUR. Er war um 83,29 Mio. EUR schlechter und damit um 21,2 % höher als jener für 2014 (– 392,33 Mio. EUR) bzw. um 82,05 Mio. EUR schlechter und damit um 20,8 % höher als im Voranschlag (– 393,57 Mio. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*blau und kursiv*) fassen die vom BKA bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 10 „Bundeskanzleramt“ (Tabelle I.2.8.1)**.

Tabelle 2.3-4: Finanzierungshaushalt, UG 10 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Finanzierungshaushalt					
UG 10 Bundeskanzleramt		Voranschlag 2015	Zahlungen 2015	Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015	
		in Mio. EUR			in %
	Einzahlungen	**4,06**	**5,23**	**+ 1,17**	**+ 28,8**
	Auszahlungen	**397,64**	**480,85**	**+ 83,22**	**+ 20,9**
	Nettofinanzierungssaldo	**– 393,57**	**– 475,62**	**– 82,05**	
GB 10.01	**Steuerung, Koordination und Services**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	3,89	5,10	+ 1,21	+ 31,0
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,00	–	– 0,00	– 100,0
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,16	0,13	– 0,03	– 20,8
	Einzahlungen	**4,06**	**5,23**	**+ 1,17**	**+ 28,8**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	139,60	137,22	– 2,38	– 1,7
	Auszahlungen aus Transfers	173,84	181,18	+ 7,34	+ 4,2
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	1,13	1,32	+ 0,19	+ 16,7
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,17	0,10	– 0,07	– 41,0
	Auszahlungen	**314,74**	**319,82**	**+ 5,08**	**+ 1,6**
GB 10.03	**Europ.Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), variabel**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,00	–	– 0,00	– 100,0
	Einzahlungen	**0,00**	**–**	**– 0,00**	**– 100,0**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	–	0,50	+ 0,50	–
	Auszahlungen aus Transfers	82,90	160,53	+ 77,63	+ 93,6
	Auszahlungen	**82,90**	**161,04**	**+ 78,14**	**+ 94,3**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mehrauszahlungen im GB 10.03 „Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), variabel"

+ 77,63 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus Transfers"

Mehrauszahlungen durch Refundierungen von im Jahr 2015 gestellten Zahlungsanträgen zu mehreren Programmen des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung 2007 – 2013" (RW&B) durch die Europäische Kommission sowie durch Refundierungen zu Zahlungsanträgen aus den Vorjahren für die RW&B Programme Steiermark, Tirol und Vorarlberg. Weitere Mehrauszahlungen betrafen Vorschusszahlungen für das EFRE-Programm „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung Österreich 2014 – 2020".

2.3.3 Haushaltsrücklagen

Tabelle 2.3-5: UG 10 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015

Finanzierungshaushalt								
UG 10 Bundeskanzleramt	**Anfangs-bestand**	**Umbuchung**	**Entnahme**	**Auflösung**	**Zuführung**	**Endbestand**	**Veränderung 2014 : 2015**	
	in Mio. EUR							in %
Detailbudgetrücklagen	19,46	– 0,00	– 5,38	–	+ 2,00	16,08	– 3,38	– 17,4
Variable Auszahlungsrücklagen	108,24	–	– 78,76	–	+ 0,62	30,11	– 78,14	– 72,2
Zweckgebundene Einzahlungsrücklagen	0,00	–	–	–	–	0,00	0,00	0,0
Gesamtsumme	**127,70**	**– 0,00**	**– 84,14**	**–**	**+ 2,63**	**46,19**	**– 81,51**	**– 63,8**

Quellen: Rücklagengebarung, eigene Berechnung

Der Stand der Rücklagen in der UG 10 „Bundeskanzleramt“ belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 127,70 Mio. EUR und veränderte sich durch Entnahmen (84,14 Mio. EUR) und Zuführungen (2,63 Mio. EUR) auf 46,19 Mio. EUR zum 31. Dezember 2015 (unter Berücksichtigung der Umbuchungen in Höhe von – 42,36 EUR). Im Verhältnis zu den veranschlagten Auszahlungen (397,64 Mio. EUR) entsprach der Stand zum 31. Dezember 2015 einem Anteil von 11,6 %. Im BFG 2015 war für die UG 10 eine Rücklagenverwendung von 4,00 Mio. EUR berücksichtigt, die in der mittelfristigen Finanzplanung nicht enthalten war und die Auszahlungsobergrenze für das Jahr 2015 (393,64 Mio. EUR) erhöhte (siehe auch **TZ 2.4**).

2.4 Finanzrahmen

Ausgehend von den tatsächlichen Auszahlungen 2015 stellen sich die Auszahlungsobergrenzen für die UG 10 „Bundeskanzleramt“ gemäß BFRG für die Finanzjahre 2016 bis 2020 wie folgt dar:

Tabelle 2.4–1: UG 10 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020

Finanzierungshaushalt									
UG 10 Bundeskanzleramt	Auszahlungen (Ist)	Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG					Veränderung		
	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2015 (Ist) : 2020		durchschnittlich jährlich
	in Mio. EUR						in %		
	480,85	450,15	452,93	445,51	446,67	435,47	– 45,38	– 9,4	– 2,0
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze gesamt	*74.589,49*	*78.107,49*	*78.202,70*	*78.814,08*	*80.408,66*	*83.038,37*	*+ 8.448,88*	*+ 11,3*	*+ 2,2*
Anteil der UG 10	0,6 %	0,6 %	0,6 %	0,6 %	0,6 %	0,5 %	– 0,1 %-Punkte		–
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze Rubrik 0,1	*8.700,11*	*9.723,54*	*9.653,34*	*9.235,99*	*9.252,45*	*9.525,66*	*+ 825,56*	*+ 9,5*	*+ 1,8*
Anteil der UG 10	5,5 %	4,6 %	4,7 %	4,8 %	4,8 %	4,6 %	– 1,0 %-Punkte		–

Quellen: HIS, BFRG 2016 - 2019, 2017 - 2020, eigene Berechnung

Bis zum Jahr 2020 soll die Auszahlungsobergrenze für die UG 10 „Bundeskanzleramt“ um - 45,38 Mio. EUR (– 9,4 %) auf 435,47 Mio. EUR sinken. Dies entspricht einer Veränderungsrate gegenüber den tatsächlichen Auszahlungen 2015 von – 2,0 % im Jahresdurchschnitt. Im Jahr 2015 betrug der Anteil der UG 10 „Bundeskanzleramt“ an den Gesamtauszahlungen 0,6 % und an den Auszahlungen der Rubrik 0,1 5,5 %. Der Anteil der UG 10 an der Gesamt–Auszahlungsobergrenze soll bis 2020 auf 0,5 % zurückgehen bzw. innerhalb der Rubrik 0,1 auf 4,6 % sinken.

Laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 gebe es insbesondere folgende wichtige laufende bzw. geplante Maßnahmen und Reformen zur Zielerreichung:

- Koordinierung, Monitoring und Umsetzung von Digitalisierungsprojekten;
- Entwicklung und Anwendung neuer Verfahren der Zusammenarbeit der Programmbehörden und der Abwicklung von Zahlungs-

anträgen im Rahmen der effektiven Umsetzung der Kohäsionspolitik in Österreich, Programmmonitoring;

- Entwicklung eines neuen Dienstrechts, Ausbau des Arbeitsmarkts im Öffentlichen Dienst, Personalentwicklung im Bundesdienst, bundesweites Bildungscontrolling, verstärkte Identifizierung und Weiterentwicklung von Verbesserungspotenzialen hinsichtlich der horizontalen (insbesondere der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern) und vertikalen Konsistenz der Angaben der Wirkungsorientierung als auch der Kennzahlenarchitekturen im Rahmen von Qualitätssicherungen der jährlichen Bundesvoranschlagsentwürfe und wirkungsorientierten Folgenabschätzungen;

- Durchführung von Informationsmaßnahmen und -kampagnen in Zusammenarbeit mit anderen Bundesministerien im Bereich des Bundespressedienstes;

- laufende Aktualisierung der Abläufe für das Qualitätsmanagement im Bereich des Bundesverwaltungsgerichts;

- legistische Maßnahmen zur Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union im österreichischen Rechtsbestand und Kapazitätsaufbau in der Datenschutzbehörde zur Sicherstellung fristgerechter, qualitätsvoller Verfahren nach dem neuen Datenschutzrecht;

- Umsetzung der Strategie 2020 in der Statistik Österreich, insbesondere Modernisierung der Datenaufarbeitung sowie der Erschließung neuer Datenquellen und laufende Qualitätssicherung entsprechend europäischer Vorgaben.

Zur Einhaltung der Auszahlungsobergrenzen führt der Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 als erforderliche Steuerungs- und Korrekturmaßnahmen Kürzungen so genannter Ermessensauszahlungen sowie eine Fülle unterschiedlicher Verwaltungsreformmaßnahmen an, welche auch bereits gesetzt worden seien und nun zum Ergebnis der Einsparungen beitragen würden. Im Konkreten würde es sich um Einsparungen im Bereich der IKT (Informations- und Kommunikationstechnik), der Arbeitsleihverträge, der allgemeinen Verwaltungsausgaben und der allgemeinen Förderungen handeln.

Die im BFRG 2017 bis 2020 vorgesehenen Auszahlungsobergrenzen für die Jahre 2017 bis 2019 wurden gegenüber dem bisher geltenden BFRG 2016 bis 2019 um insgesamt + 9,9 % bzw. um durchschnittlich + 40,43 Mio. EUR pro Jahr erhöht. Laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020

sei dies auf die Übernahme von Budgetmitteln für Digitalagenden aus der UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“ sowie die Aufstockung der personellen und budgetären Ressourcen im Bereich des Bundesverwaltungsgerichts aufgrund der aktuellen Flüchtlingssituation zurückzuführen.

Im Folgenden wird ein Überblick über die Entwicklung der tatsächlichen Auszahlungen und der Auszahlungsobergrenzen von 2011 bis 2015 bzw. ein Vergleich der Auszahlungen zu den Auszahlungsobergrenzen des derzeit geltenden BFRG 2017 bis 2020 gegeben:

Tabelle 2.4–2: UG 10 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015

Finanzierungshaushalt

UG 10 Bundeskanzleramt	BFRG bzw. Zahlungen					Veränderung			
	2011	2012	2013	2014	2015	2014 : 2015		2011 : 2015	
	in Mio. EUR					in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Auszahlungsobergrenze UG 10	332,10	343,54	335,82	392,05	393,64	+ 1,59	+ 0,4	+ 61,54	+ 18,5
Auszahlungen UG 10	326,32	277,42	335,63	396,53	480,85	+ 84,33	+ 21,3	+ 154,53	+ 47,4
Abweichung Auszahlungen : Obergrenze	**– 5,78**	**– 66,12**	**– 0,19**	**+ 4,48**	**+ 87,22**				
Abweichung in %	**– 1,7 %**	**– 19,2 %**	**– 0,1 %**	**+ 1,1 %**	**+ 22,2 %**				

Quellen: HIS, BFRG 2011 - 2014, 2012 - 2015, 2013 - 2016, 2014 - 2017, 2015 - 2018, eigene Berechnung

Während ursprünglich zwischen 2011 und 2015 eine Erhöhung der Auszahlungsobergrenze gemäß BFRG um insgesamt + 61,54 Mio. EUR (+ 18,5 %) vorgesehen war, erhöhten sich die Auszahlungen zwischen 2011 und 2015 tatsächlich um + 154,53 Mio. EUR (+ 47,4 %). Im Jahr 2015 lagen die tatsächlichen Auszahlungen um + 87,22 Mio. EUR (+ 22,2 %) über jenen, die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen waren.

Tabelle 2.4–3: UG 10 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG

Finanzierungshaushalt

UG 10 Bundeskanzleramt	Auszahlungen (Ist)		durchschnittliche jährliche Veränderung	BFRG	durchschnittliche jährliche Veränderung	Differenz der Veränderungsraten[1)]
	2011	2015	2011 : 2015	2020	2015 (Ist) : 2020 (BFRG)	
	in Mio. EUR		in %	in Mio. EUR	in %	in %-Punkten
	326,32	**480,85**	**+ 10,2**	**435,47**	**– 2,0**	**– 12,1**
fix	*231,76*	*319,82*	*+ 8,4*	*360,37*	*+ 2,4*	*– 6,0*
variabel	*94,56*	*161,04*	*+ 14,2*	*75,10*	*– 14,1*	*– 28,4*

1) Rundungsdifferenz möglich

Quellen: HIS, BFRG 2017 - 2020, eigene Berechnung

Die durchschnittliche jährliche Veränderung der Auszahlungen belief sich von 2011 bis 2015 auf + 10,2 %. Laut mittelfristiger Finanzplanung bis 2020 soll sie – 2,0 % betragen und somit um 12,1 Prozentpunkte zurückgehen.

Um die Auszahlungsobergrenzen in der UG 10 „Bundeskanzleramt“ bis 2020 einhalten zu können, bedarf es aus Sicht des RH der Umsetzung quantifizierter struktureller Steuerungs- und Korrekturmaßnahmen.

Der RH weist außerdem auf folgenden im Jahr 2016 dem Nationalrat vorgelegten Bericht hin:

- Einführung der Wirkungsorientierung in ausgewählten Bundesministerien (Reihe Bund 2016/5)

Der RH stellte fest, dass weder das BKA noch das BMF ein bundeseinheitliches IT–Tool zur wirkungsorientierten Haushaltsführung bereitgestellt hatte. Daher fanden sich in den überprüften Bundesministerien (BMG, BMI und BMWFW) individuelle IT–Lösungen. Die Vergaben zu diesen IT–Tools und die Vergaben für Beratungsleistungen im Zuge der Einführung der Wirkungsorientierung sowohl in den drei überprüften Ressorts als auch im BKA wiesen Mängel auf. Bei der Evaluierung der Angaben zur Wirkungsorientierung stellte das BKA nicht sicher, dass die Bundesministerien für ihre Beurteilung einheitliche Kriterien heranzogen.

3 UG 11 „INNERES“

UG 11 Inneres - BMI	
zentrale Budgetbereiche	Landespolizeidirektionen
	Betreuung/Grundversorgung
	Kommunikations- und Informationstechnologie
	Bundeskriminalamt
	Einsatzkommando-Cobra
	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl
	Zivildienst
	Staatliches Krisen- und Katastrophenschutzmanagement
	Zentrale Sicherheitsaufgaben
	Legistik und rechtliche Angelegenheiten
	Flugpolizei
	Bundesamt zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung

Quelle: HIS

3.1 Vermögensrechnung

Tabelle 3.1–1: UG 11 – Vermögensrechnung[1)]

Vermögensrechnung						
UG 11 Inneres		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
A + B	**Vermögen**	**371,96**	**399,46**	**+ 27,50**	**+ 7,4**	**100,0**
A	Langfristiges Vermögen	120,73	121,63	+ 0,89	+ 0,7	30,4
A.I	Immaterielle Vermögenswerte	0,01	0,01	– 0,00	– 16,2	0,0
A.II	Sachanlagen	81,95	82,90	+ 0,94	+ 1,1	20,8
A.II.04	Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung	47,36	52,93	+ 5,57	+ 11,8	13,3
A.IV	Beteiligungen	34,38	34,69	+ 0,31	+ 0,9	8,7
A.V	Langfristige Forderungen	4,39	4,03	– 0,36	– 8,1	1,0
B	Kurzfristiges Vermögen	251,23	277,83	+ 26,61	+ 10,6	69,6
B.II	Kurzfristige Forderungen	241,23	262,90	+ 21,67	+ 9,0	65,8
B.II.06	Sonstige kurzfristige Forderungen (nv)	236,87	257,69	+ 20,82	+ 8,8	64,5
	GB 11.02 Sicherheit	217,56	233,28	+ 15,71	+ 7,2	58,4
	Aktive Rechnungsabgrenzung	213,88	230,74	+ 16,87	+ 7,9	57,8
B.III	Vorräte	8,81	13,18	+ 4,37	+ 49,6	3,3
B.IV	Liquide Mittel	1,19	1,75	+ 0,56	+ 47,2	0,4
	GB 11.01 Steuerung	46,37	1,16	– 45,21	– 97,5	0,3
	GB 11.02 Sicherheit	– 45,69	– 1,37	+ 44,32	– 97,0	– 0,3

Vermögensrechnung

UG 11 Inneres		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
C	**Nettovermögen (Ausgleichsposten)**	**– 331,08**	**– 375,52**	**– 44,44**	**+ 13,4**	
C.I	Neubewertungsrücklagen (Umbewertungskonto)	11,26	11,73	+ 0,47	+ 4,2	
C.IV	Jährliches Nettoergebnis (inkl. "Personal, das für Dritte leistet")	– 2.499,04	– 2.739,92	– 240,89	+ 9,6	
	GB 11.01 Steuerung	– 55,49	– 59,85	– 4,36	+ 7,9	
	GB 11.02 Sicherheit	– 1.928,28	– 2.075,83	– 147,54	+ 7,7	
	GB 11.03 Recht/Asyl/Integration	– 304,02	– 371,92	– 67,90	+ 22,3	
	GB 11.04 Services/Kontrolle	– 211,24	– 232,32	– 21,08	+ 10,0	
C.V	Saldo aus der jährl. Eröffnungsbilanz	– 375,27	– 351,30	+ 23,97	– 6,4	
C.VI	Bundesfinanzierung	2.531,97	2.703,97	+ 172,01	+ 6,8	
D + E	**Fremdmittel**	**703,04**	**774,98**	**+ 71,94**	**+ 10,2**	**100,0**
D	Langfristige Fremdmittel	227,21	233,01	+ 5,80	+ 2,6	30,1
D.II	Langfristige Verbindlichkeiten	1,11	0,33	– 0,78	– 70,3	0,0
D.III	Langfristige Rückstellungen	226,10	232,68	+ 6,58	+ 2,9	30,0
D.III.02	für Jubiläumszuwendungen	202,04	207,76	+ 5,72	+ 2,8	26,8
	GB 11.02 Sicherheit	185,62	190,19	+ 4,57	+ 2,5	24,5
E	Kurzfristige Fremdmittel	475,82	541,97	+ 66,14	+ 13,9	69,9
E.II	Kurzfristige Verbindlichkeiten	343,14	402,06	+ 58,92	+ 17,2	51,9
E.II.01	aus Lieferungen und Leistungen	15,38	34,11	+ 18,73	+ 121,7	4,4
	GB 11.04 Services/Kontrolle	3,42	18,27	+ 14,85	+ 434,3	2,4
E.II.06	Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	313,03	361,58	+ 48,55	+ 15,5	46,7
	GB 11.02 Sicherheit	269,21	294,51	+ 25,30	+ 9,4	38,0
	Passive Rechnungsabgrenzungen	265,32	281,26	+ 15,94	+ 6,0	36,3
	GB 11.03 Recht/Asyl/Integration	34,37	56,55	+ 22,18	+ 64,5	7,3
	Übrige sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	31,02	44,99	+ 13,97	+ 45,0	5,8
E.III	Kurzfristige Rückstellungen	132,69	139,91	+ 7,22	+ 5,4	18,1
E.III.02	für nicht konsumierte Urlaube	132,60	139,91	+ 7,31	+ 5,5	18,1
	GB 11.02 Sicherheit	120,15	125,35	+ 5,20	+ 4,3	16,2

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Vermögensrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 betrug in der UG 11 „Inneres" 399,46 Mio. EUR und stieg gegenüber 31. Dezember 2014 um + 27,50 Mio. EUR (+ 7,4 %) an. Der Anteil des kurzfristigen Vermögens betrug 69,6 % und der des langfristigen Vermögens 30,4 %. Dem Vermögen standen Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 von 774,98 Mio. EUR gegenüber, die im Vergleich zum 31. Dezember 2014 um + 71,94 Mio. EUR (+ 10,2 %) anwuchsen. Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 waren zu 69,9 % kurzfristig und zu 30,1 % langfristig. Nachdem die Fremdmittel das Vermögen überstiegen, ergab sich ein Nettovermögen (Ausgleichsposten) zum 31. Dezember 2015 von – 375,52 Mio. EUR. Gegenüber 31. Dezember 2014 verschlechterte sich das Nettovermögen (Ausgleichsposten) um 44,44 Mio. EUR bzw. 13,4 %.

A. und B. Vermögen

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 (399,46 Mio. EUR) setzte sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- A.II Sachanlagen: 82,90 Mio. EUR (20,8 %), davon 52,93 Mio. EUR für Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie
- B.II Kurzfristige Forderungen: 262,90 Mio. EUR (65,8 %), davon 257,69 Mio. EUR für Sonstige kurzfristige Forderungen (nicht veranschlagt) (Aktive Rechnungsabgrenzungen gesamt 249,61 Mio. EUR und im GB 11.02 „Sicherheit“: 230,74 Mio. EUR).

Der Anstieg des Vermögens gegenüber 31. Dezember 2014 von + 27,50 Mio. EUR (+ 7,4 %) resultierte insbesondere aus Veränderungen bei Sonstigen kurzfristigen Forderungen (nicht veranschlagt) (B.II.06) von + 20,82 Mio. EUR (+ 8,8 %), davon Aktive Rechnungsabgrenzungen gesamt + 18,54 Mio. EUR (GB 11.02 „Sicherheit“ + 16,87 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMI sei die Erhöhung der Sonstigen kurzfristigen Forderungen (nicht veranschlagt) auf höhere Aufwendungen vor dem Abschlussstichtag zurückzuführen, die periodengerecht abgegrenzt worden seien (z.B. Bezüge der öffentlich Bediensteten, die aufgrund der zeitgerechten Erfüllung bereits vor Beginn des Finanzjahres 2016, dem sie zuzurechnen sind, angewiesen werden mussten).

D. und E. Fremdmittel

Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 (774,98 Mio. EUR) setzten sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- D.III Langfristige Rückstellungen: 232,68 Mio. EUR (30,0 %), davon 207,76 Mio. EUR für Jubiläumszuwendungen,
- E.II Kurzfristige Verbindlichkeiten: 402,06 Mio. EUR (51,9 %), davon 361,58 Mio. EUR für Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten (Passive Rechnungsabgrenzungen gesamt 301,49 Mio. EUR und im GB 11.02 „Sicherheit“: 281,26 Mio. EUR) sowie
- E.III Kurzfristige Rückstellungen: 139,91 Mio. EUR (18,1 %), davon 139,91 Mio. EUR für nicht konsumierte Urlaube.

Der Anstieg der Fremdmittel gegenüber 31. Dezember 2014 von + 71,94 Mio. EUR (+ 10,2 %) war insbesondere auf Veränderungen bei Kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (E.II.01) von + 18,73 Mio. EUR (+ 121,7 %) und Sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten (E.II.06) von + 48,55 Mio. EUR (+ 15,5 %), davon Passive Rechnungsabgrenzungen gesamt + 24,93 Mio. EUR (GB 11.02 „Sicherheit“ + 15,94 Mio. EUR), zurückzuführen.

Nach Angaben des BMI begründe sich der Anstieg der Kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen im GB 11.04 „Services/Kontrolle“ im Wesentlichen durch die periodengerechte Abgrenzung von Verbindlichkeiten. Der Anstieg der sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten sei laut BMI vor allem auf die periodengerechte Abgrenzung von Aufwendungen zurückzuführen.

3.2 Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung

Tabelle 3.2-1: UG 11 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung[1)]

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 11 Inneres		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
A	**Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (= A.I + A.II – A.III – A.IV)**	**– 2.339,55**	**– 2.544,73**	**– 205,18**	**+ 8,8**	**– 2.328,32**	**– 2.498,58**	**– 170,26**	**+ 7,3**	**+ 46,15**
A.II	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	103,83	109,71	+ 5,89	+ 5,7	95,39	101,49	+ 6,10	+ 6,4	– 8,22
A.II.03	Sonstige Erträge	80,59	78,38	– 2,21	– 2,7	71,32	75,17	+ 3,85	+ 5,4	– 3,21
	GB 11.02 Sicherheit	79,13	76,34	– 2,79	– 3,5	71,10	74,46	+ 3,36	+ 4,7	– 1,88
A.III	Personalaufwand	1.913,32	1.999,91	+ 86,59	+ 4,5	1.907,66	1.992,68	+ 85,02	+ 4,5	– 7,23
A.III.01	Bezüge	1.109,86	1.145,22	+ 35,35	+ 3,2	1.112,72	1.148,71	+ 36,00	+ 3,2	+ 3,50
	GB 11.02 Sicherheit	1.022,63	1.051,95	+ 29,32	+ 2,9	1.024,95	1.054,98	+ 30,03	+ 2,9	+ 3,03
A.III.02	Mehrdienstleistungen	258,25	286,98	+ 28,73	+ 11,1	261,72	289,61	+ 27,89	+ 10,7	+ 2,62
	GB 11.02 Sicherheit	250,16	276,24	+ 26,08	+ 10,4	253,65	279,88	+ 26,23	+ 10,3	+ 3,64
A.III.03	Sonstige Nebengebühren	169,91	176,41	+ 6,50	+ 3,8	170,67	177,32	+ 6,65	+ 3,9	+ 0,91
	GB 11.02 Sicherheit	164,18	170,54	+ 6,36	+ 3,9	164,90	171,43	+ 6,53	+ 4,0	+ 0,90
A.III.04	Gesetzlicher Sozialaufwand	320,83	335,10	+ 14,28	+ 4,4	322,32	336,44	+ 14,12	+ 4,4	+ 1,33
	GB 11.02 Sicherheit	298,68	311,02	+ 12,34	+ 4,1	300,05	312,40	+ 12,34	+ 4,1	+ 1,38
A.III.05	Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen und nicht konsumierte Urlaube	27,23	29,46	+ 2,23	+ 8,2	13,57	13,43	– 0,14	– 1,0	– 16,03
	GB 11.02 Sicherheit	20,75	24,00	+ 3,25	+ 15,7	12,39	12,12	– 0,26	– 2,1	– 11,88

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 11 Inneres		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
A.IV	Betrieblicher Sachaufwand	530,05	654,53	+ 124,48	+ 23,5	516,05	607,39	+ 91,34	+ 17,7	– 47,14
A.IV.02	Mieten	139,78	149,32	+ 9,54	+ 6,8	140,82	134,85	– 5,97	– 4,2	– 14,47
	GB 11.02 Sicherheit	55,13	61,35	+ 6,22	+ 11,3	56,19	60,21	+ 4,02	+ 7,2	– 1,14
	GB 11.04 Services/ Kontrolle	83,46	82,97	– 0,48	– 0,6	83,43	69,46	– 13,97	– 16,7	– 13,51
A.IV.06	Aufwand für Werkleistungen	159,85	248,88	+ 89,03	+ 55,7	164,55	241,58	+ 77,03	+ 46,8	– 7,30
	GB 11.02 Sicherheit	60,80	72,49	+ 11,70	+ 19,2	65,54	70,90	+ 5,36	+ 8,2	– 1,60
	GB 11.03 Recht/Asyl/ Migration	37,87	89,45	+ 51,58	+ 136,2	35,47	86,18	+ 50,72	+ 143,0	– 3,27
	GB 11.04 Services/ Kontrolle	56,30	79,97	+ 23,68	+ 42,1	58,35	77,69	+ 19,34	+ 33,1	– 2,29
A.IV.08	Transporte durch Dritte	5,43	22,37	+ 16,94	+ 311,9	5,30	18,34	+ 13,04	+ 246,1	– 4,03
	GB 11.02 Sicherheit	1,31	16,50	+ 15,19	+ 1.162,4	1,31	12,30	+ 10,99	+ 836,1	– 4,19
A.IV.11	Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	19,59	18,10	– 1,49	– 7,6				–	– 18,10
	GB 11.02 Sicherheit	15,37	13,78	– 1,59	– 10,3				–	– 13,78
A.IV.14	Sonstiger betrieblicher Sachaufwand	102,11	100,87	– 1,24	– 1,2	102,16	99,77	– 2,38	– 2,3	– 1,10
	GB 11.03 Recht/Asyl/ Migration	52,52	54,07	+ 1,56	+ 3,0	52,56	52,14	– 0,42	– 0,8	– 1,94
B	**Transferergebnis (= B.I – B.II)**	**– 159,20**	**– 195,04**	**– 35,84**	**+ 22,5**	**– 127,65**	**– 185,98**	**– 58,33**	**+ 45,7**	**+ 9,05**
B.I	Erträge aus Transfers	30,25	47,62	+ 17,37	+ 57,4	30,91	44,40	+ 13,49	+ 43,6	– 3,22
B.I.01	Erträge aus Transfers von öffentlichen Körperschaften und Rechtsträgern	10,79	24,22	+ 13,42	+ 124,4	11,04	20,94	+ 9,90	+ 89,7	– 3,27
	GB 11.03 Recht/Asyl/ Migration	9,96	24,10	+ 14,13	+ 141,8	10,21	20,55	+ 10,34	+ 101,2	– 3,55
B.I.02	Erträge aus Transfers von ausländischen Körperschaften und Rechtsträgern	6,26	16,31	+ 10,05	+ 160,4	6,68	16,36	+ 9,68	+ 145,0	+ 0,05
B.I.02.01	EU-Mitgliedstaaten	6,26	16,31	+ 10,05	+ 160,4	6,68	16,36	+ 9,68	+ 145,0	+ 0,05
B.II	Transferaufwand	189,45	242,66	+ 53,21	+ 28,1	158,56	230,38	+ 71,82	+ 45,3	– 12,27
B.II.01	Aufwand für Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger	167,42	184,47	+ 17,04	+ 10,2	137,00	172,29	+ 35,28	+ 25,8	– 12,18
	GB 11.03 Recht/Asyl/ Migration	155,00	171,89	+ 16,89	+ 10,9	124,31	159,96	+ 35,65	+ 28,7	– 11,93
B.II.05	Transfers an private Haushalte	19,82	56,23	+ 36,41	+ 183,8	19,73	56,07	+ 36,35	+ 184,3	– 0,15
	GB 11.02 Sicherheit	2,13	37,45	+ 35,32	+ 1.656,9	2,10	37,45	+ 35,35	+ 1.683,7	– 0,01
C	**Ergebnis aus d. operativen Verwaltungs-tätigkeit und Transfers (= A + B)**	**– 2.498,75**	**– 2.739,77**	**– 241,02**	**+ 9,6**	**– 2.455,97**	**– 2.684,57**	**– 228,60**	**+ 9,3**	**+ 55,20**

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 11 Inneres		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
D	**Finanzergebnis (= D.I – D.II)**	**– 0,29**	**– 0,16**	**+ 0,13**	**– 45,7**	**– 0,00**	**+ 0,00**	**+ 0,00**	**– 7.555,9**	**+ 0,16**
D.I	Finanzerträge	0,00	0,00	+ 0,00	+ 295,8	0,00	0,00	+ 0,00	+ 295,8	0,00
D.II	Finanzaufwand	0,29	0,16	– 0,13	– 45,4	0,00	0,00	– 0,00	– 24,0	– 0,16
C*	**Geldfluss aus empfangenen s. gewährten Darlehen und Vorschüssen**					**– 0,50**	**– 0,34**	**+ 0,15**	**– 30,8**	**– 0,34**
D*	**Geldfluss aus der Investitionstätigkeit**					**– 15,74**	**– 17,91**	**– 2,16**	**+ 13,7**	**– 17,91**
E	**Nettoergebnis (ER: C + D) / Nettofinanzierungssaldo (FR: C + D + C* + D*)**	**– 2.499,04**	**– 2.739,92**	**– 240,89**	**+ 9,6**	**– 2.472,21**	**– 2.702,82**	**– 230,61**	**+ 9,3**	**+ 37,10**
	davon Erträge/ Einzahlungen	134,08	157,34	+ 23,26	+ 17,3	127,92	147,38	+ 19,46	+ 15,2	– 9,96
	davon Aufwendungen/ Auszahlungen	2.633,11	2.897,26	+ 264,15	+ 10,0	2.600,14	2.850,20	+ 250,06	+ 9,6	– 47,06
	davon Erträge aus Vorperioden	0,15	– 0,01	– 0,17	– 107,8				–	+ 0,01
	davon Aufwand aus Vorperioden	0,18	1,84	+ 1,66	+ 938,5				–	– 1,84
	um Vorperioden bereinigtes Nettoergebnis	**– 2.499,01**	**– 2.738,07**	**– 239,06**	**+ 9,6**	**– 2.472,21**	**– 2.702,82**	**– 230,61**	**+ 9,3**	**+ 35,25**

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Ergebnis- und Finanzierungsrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

In der UG 11 „Inneres“ betrug das Nettoergebnis 2015 (E) der konsolidierten Ergebnisrechnung – 2,740 Mrd. EUR. Es setzte sich zusammen aus

- dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) von – 2,545 Mrd. EUR (– 205,18 Mio. EUR gegenüber 2014),
- dem Transferergebnis (B) von – 195,04 Mio. EUR (– 35,84 Mio. EUR gegenüber 2014) und
- dem Finanzergebnis (D) von – 0,16 Mio. EUR (+ 0,13 Mio. EUR gegenüber 2014).

Die Erträge in der UG 11 machten 157,34 Mio. EUR

- darunter 109,71 Mio. EUR aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II), 47,62 Mio. EUR aus Transfers (B.I) sowie 855,78 EUR aus Finanzerträgen (D.I)

- und die Aufwendungen 2,897 Mrd. EUR aus

- darunter 2,000 Mrd. EUR aus Personalaufwand (A.III), 654,53 Mio. EUR aus betrieblichem Sachaufwand (A.IV), 242,66 Mio. EUR aus Transferaufwand (B.II) sowie 0,16 Mio. EUR aus Finanzaufwand (D.II).

Das Nettoergebnis 2015 verschlechterte sich um 240,89 Mio. EUR bzw. um 9,6 % gegenüber 2014.

A. Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit

Die Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) betrugen 109,71 Mio. EUR.

- Die Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) waren im Wesentlichen den sonstigen Erträgen (78,38 Mio. EUR) zuzuordnen.

Nach Angaben des BMI würden die sonstigen Erträge insbesondere Geldstrafen (72,39 Mio. EUR), Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen und nicht konsumierte Urlaube) (1,79 Mio. EUR) und übrige sonstige Erträge (1,68 Mio. EUR) beinhalten.

Den Erträgen standen Aufwendungen für Personal (A.III) von 2,000 Mrd. EUR und betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von 654,53 Mio. EUR gegenüber.

- Die wesentlichen Positionen im Personalaufwand betrafen Bezüge (1,145 Mrd. EUR), Mehrdienstleistungen (286,98 Mio. EUR), Sonstige Nebengebühren (176,41 Mio. EUR) sowie den Gesetzlichen Sozialaufwand (335,10 Mio. EUR).

- Der betriebliche Sachaufwand entstand insbesondere für Mieten (149,32 Mio. EUR), Werkleistungen (248,88 Mio. EUR) und Sonstigen betrieblichen Sachaufwand (100,87 Mio. EUR).

Laut BMI würde der überwiegende Teil der Gesamtaufwendungen auf den Personalaufwand entfallen, dessen Höhe unmittelbar mit der jeweiligen Sicherheitslage (Anzahl an Demonstrationen, Konferenzen und Staatsbesuchen mit erhöhtem Sicherheitsbedarf) korreliere. Die Mehrdienstleistungen setzten sich aus Überstundenvergütungen (115,36 Mio. EUR), Sonn- und Feiertagsvergütungen (42,65 Mio. EUR), Sonn- und Feiertagszulagen (12,80 Mio. EUR), Journaldienstzulagen (94,57 Mio. EUR) sowie Bereitschaftsentschädigungen (5,17 Mio. EUR) zusammen. Der Gesetzliche Sozialauf-

wand umfasse laut BMI die Sozialversicherungsbeiträge (58,47 Mio. EUR), Dienstgeberbeiträge zum Familienlastenausgleichsfonds (65,64 Mio. EUR), Dienstgeberbeiträge zur Pensionskasse (11,29 Mio. EUR) und Dienstgeberbeiträge aus Pensionen der Beamten (174,75 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMI setze sich die Position Miete vor allem aus Gebäudemieten sowie Leasingzahlungen für KFZ zusammen. Die Position Werkleistungen betreffe im GB 11.02 „Sicherheit" vor allem die Entschädigungen gemäß Gebührenanspruchsgesetz (Übersetzungen, Sachverständige etc.), Reinigungskosten, Werkleistungen für IKT-Projekte, Lizenzgebühren, Versicherungsbeiträge, Beiträge an die Interventionsstellen sowie Sonstige Werkleistungen, wie z.B. Werkverträge mit externen Unternehmen, Schulungskosten und Gerichtsgebühren, im GB 11.03 „Recht/Asyl/Migration" vor allem Asylantragszahlen und dazu erfolgte Umfeldmaßnahmen und im GB 11.04 „Services/Kontrolle" die Umsetzung der Sicherheitsoffensive. Der sonstige betriebliche Sachaufwand beinhalte nach Angaben des BMI hauptsächlich Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Zivildienst.

Das Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit 2015 verschlechterte sich um 205,18 Mio. EUR bzw. um 8,8 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten bei

- dem Personalaufwand (A.III) von + 86,59 Mio. EUR: darunter Bezüge (+ 35,35 Mio. EUR), Mehrdienstleistungen (+ 28,73 Mio. EUR) sowie Gesetzlicher Sozialaufwand (+ 14,28 Mio. EUR) und

- dem betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von + 124,48 Mio. EUR: darunter Aufwand für Werkleistungen (+ 89,03 Mio. EUR) sowie Transporte durch Dritte (+ 16,94 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMI resultiere der Anstieg der Bezüge vor allem aus Bezugserhöhungen, Struktureffekten und Neuaufnahmen im Exekutivbereich. Die höheren Aufwendungen im Bereich der Mehrdienstleistungen hätten sich aufgrund der Bezugserhöhung und verstärkter Sicherheitsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Sicherheitsoffensive (Personen- und Objektschutzmaßnahmen) ergeben. Ebenso sei beim Gesetzlichen Sozialaufwand die Bezugserhöhung der Grund für die höheren Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr gewesen.

Laut BMI sei der Anstieg der Aufwendungen für Werkleistungen im GB 11.02 „Sicherheit" auf die Umsetzung der Sicherheitsoffensive und die Bewältigung der Sonderlage „Transitflüchtlinge", im GB 11.03 „Recht/Asyl/Migration" auf die höheren Asylantragszahlen und die dazu erfolgten

Umfeldmaßnahmen und im GB 11.04 „Services/Kontrolle“ ebenso auf die Umsetzung der Sicherheitsoffensive zurückzuführen. Nach Angaben des BMI ergäben sich höhere Aufwendungen im Zusammenhang mit Transporten durch Dritte aufgrund der Bewältigung der Sonderlage „Transitflüchtlinge“, die besondere Fürsorgemaßnahmen erfordere (z.B. Transportleistungen).

B. Transferergebnis

Die Erträge aus Transfers (B.I) betrugen 47,62 Mio. EUR. Den Erträgen stand ein Transferaufwand (B.II) von 242,66 Mio. EUR gegenüber.

- Der Transferaufwand entstand insbesondere für Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger (184,47 Mio. EUR) sowie Transfers an private Haushalte (56,23 Mio. EUR).

Das Transferergebnis 2015 verschlechterte sich um 35,84 Mio. EUR bzw. um 22,5 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten bei

- den Erträgen aus Transfers (B.I) von + 17,37 Mio. EUR: darunter Transfers von öffentlichen Körperschaften und Rechtsträgern (+ 13,42 Mio. EUR) und Transfers von ausländischen Körperschaften und Rechtsträgern (+ 10,05 Mio. EUR) sowie

- dem Transferaufwand (B.II) von + 53,21 Mio. EUR: darunter Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger (+ 17,04 Mio. EUR) und Transfers an private Haushalte (+ 36,41 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMI seien die höheren Erträge aus Transfers von öffentlichen Körperschaften und Rechtsträgern auf höhere Länderzahlungen zurückzuführen, die sich aufgrund der höheren Zahl an zu betreuenden Personen ergeben hätten.

Laut BMI seien die wesentlichsten Komponenten für die Abweichung bei Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger die höhere Anzahl an Grundversorgten und Kostenersätze an die Länder im Zusammenhang mit der letzten Nationalratswahl bzw. dem Volksbegehren. Nach Angaben des BMI ergäben sich aufgrund der Sonderlage „Transitflüchtlinge“, die besondere Fürsorgemaßnahmen erfordere (z.B. Leistungen diverser Hilfsorganisationen, die auf Basis von Förderungsverträgen abgegolten wurden), höhere Aufwendungen im Zusammenhang mit Transfers an private Haushalte.

E. Nettoergebnis versus Nettofinanzierungssaldo

Der Nettofinanzierungssaldo aus der konsolidierten Finanzierungsrechnung fiel mit – 2,703 Mrd. EUR um + 37,10 Mio. EUR günstiger aus als das Nettoergebnis aus der konsolidierten Ergebnisrechnung (– 2,740 Mrd. EUR). Im Nettofinanzierungssaldo waren Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus empfangenen sowie gewährten Darlehen und Vorschüssen (– 0,34 Mio. EUR) sowie Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus der Investitionstätigkeit (– 17,91 Mio. EUR) berücksichtigt, die im Nettoergebnis nicht enthalten waren.

Weitere Unterschiede zwischen dem Nettofinanzierungssaldo und dem Nettoergebnis beruhten auf Abweichungen zwischen dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) (+ 46,15 Mio. EUR), dem Transferergebnis (B) (+ 9,05 Mio. EUR) und dem Finanzergebnis (D) (+ 0,16 Mio. EUR) vom korrespondierenden Geldfluss. Dafür verantwortlich waren im Wesentlichen folgende Positionen:

- Abweichungen beim Personalaufwand (A.III) von – 7,23 Mio. EUR: davon Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen und nicht konsumierte Urlaube (– 16,03 Mio. EUR),
- Abweichungen beim betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von – 47,14 Mio. EUR: davon Mieten (– 14,47 Mio. EUR) und Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte (– 18,10 Mio. EUR) sowie
- Abweichungen beim Transferaufwand (B.II) von – 12,27 Mio. EUR: davon Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger (– 12,18 Mio. EUR) (vor allem Periodenabgrenzungen).

3.3 Voranschlagsvergleichsrechnungen

3.3.1 Ergebnishaushalt

Tabelle 3.3-1: UG 11 – Ergebnishaushalt 2015

Ergebnishaushalt							
UG 11 Inneres	**Erfolg 2014**	**Voranschlag 2015**	**Erfolg 2015**	**Veränderung Erfolg 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015**	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Erträge	134,29	144,09	157,57	+ 23,28	+ 17,3	+ 13,48	+ 9,4
Aufwendungen	2.633,33	2.568,03	2.897,50	+ 264,17	+ 10,0	+ 329,46	+ 12,8
Nettoergebnis	**– 2.499,04**	**– 2.423,94**	**– 2.739,92**	**– 240,89**	**+ 9,6**	**– 315,98**	**+ 13,0**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Erträge in der UG 11 „Inneres“ 157,57 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 23,28 Mio. EUR (+ 17,3 %) und gegenüber dem Voranschlag um 13,48 Mio. EUR (+ 9,4 %) angestiegen.

Die Aufwendungen des Jahres 2015 waren mit 2,897 Mrd. EUR um 264,17 Mio. EUR (+ 10,0 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Aufwendungen um 329,46 Mio. EUR (+ 12,8 %) höher.

Das Nettoergebnis der UG 11 „Inneres“ lag 2015 bei – 2,740 Mrd. EUR. Es war um 240,89 Mio. EUR schlechter und damit um 9,6 % höher als jenes für 2014 (– 2,499 Mrd. EUR) und um 315,98 Mio. EUR schlechter und damit um 13,0 % höher als im Voranschlag (– 2,424 Mrd. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*grün und kursiv*) fassen die vom BMI bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 11 „Inneres“ (Tabelle I.2.11.1)**.

Tabelle 3.3-2: Ergebnishaushalt, UG 11 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Ergebnishaushalt					
UG 11 Inneres		**Voranschlag 2015**	**Erfolg 2015**	**Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015**	
		in Mio. EUR			in %
	Erträge	**144,09**	**157,57**	**+ 13,48**	**+ 9,4**
	Aufwendungen	**2.568,03**	**2.897,50**	**+ 329,46**	**+ 12,8**
	Nettoergebnis	**– 2.423,94**	**– 2.739,92**	**– 315,98**	
GB 11.01	**Steuerung**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2,77	1,32	– 1,45	– 52,3
	Erträge	**2,77**	**1,32**	**– 1,45**	**– 52,3**
	Personalaufwand	48,50	47,20	– 1,29	– 2,7
	Transferaufwand	0,08	1,57	+ 1,49	+ 1.841,1
	Betrieblicher Sachaufwand	11,10	12,31	+ 1,21	+ 10,9
	Finanzaufwand	–	0,09	+ 0,09	–
	Aufwendungen	**59,68**	**61,17**	**+ 1,50**	**+ 2,5**
GB 11.02	**Sicherheit**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	110,22	109,55	– 0,67	– 0,6
	Finanzerträge	–	0,00	+ 0,00	–
	Erträge	**110,22**	**109,55**	**– 0,67**	**– 0,6**
	Personalaufwand	1.794,77	1.859,60	+ 64,83	+ 3,6
	Transferaufwand	15,61	51,18	+ 35,57	+ 227,9
	Betrieblicher Sachaufwand	228,69	274,54	+ 45,84	+ 20,0
	Finanzaufwand	–	0,06	+ 0,06	–
	Aufwendungen	**2.039,07**	**2.185,38**	**+ 146,31**	**+ 7,2**
GB 11.03	**Recht/Asyl/Integration**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	22,52	37,91	+ 15,39	+ 68,3
	Finanzerträge	–	0,00	+ 0,00	–
	Erträge	**22,52**	**37,91**	**+ 15,39**	**+ 68,3**
	Personalaufwand	51,24	54,40	+ 3,16	+ 6,2
	Transferaufwand	120,04	189,66	+ 69,62	+ 58,0
	Betrieblicher Sachaufwand	92,70	165,78	+ 73,08	+ 78,8
	Aufwendungen	**263,98**	**409,83**	**+ 145,86**	**+ 55,3**
GB 11.04	**Services/Kontrolle**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	8,58	8,79	+ 0,21	+ 2,4
	Erträge	**8,58**	**8,79**	**+ 0,21**	**+ 2,4**
	Personalaufwand	39,87	38,71	– 1,17	– 2,9
	Transferaufwand	0,37	0,48	+ 0,12	+ 31,8
	Betrieblicher Sachaufwand	165,07	201,92	+ 36,84	+ 22,3
	Aufwendungen	**205,31**	**241,11**	**+ 35,80**	**+ 17,4**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mehraufwendungen im GB 11.02 „Sicherheit"

+ 64,83 Mio. EUR in der MVAG „Personalaufwand"

Mehraufwendungen durch die zum Zeitpunkt der Budgeterstellung noch nicht bekannte Gehaltserhöhung bzw. die operative Umsetzung der Aufnahmeplanung (+ 21,48 Mio. EUR) sowie durch höhere Mehrleistungsvergütungen (+ 22,68 Mio. EUR) infolge verstärkter Sicherheitsmaßnahmen im Rahmen der Sicherheitsoffensive. Diese Mehraufwendungen entstanden durch erhöhten Personaleinsatz für Observation, Streifendienst, Personen- und Objektschutz sowie zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit i.Z.m. „Transitflüchtlingen". In diesem Zusammenhang entstanden auch Mehraufwendungen für sonstige Nebengebühren (+ 6,54 Mio. EUR) sowie für Dienstgeberbeiträge für Beamtenpensionen (+ 8,09 Mio. EUR).

+ 35,57 Mio. EUR in der MVAG „Transferaufwand"

Mehraufwendungen für die Förderung von Hilfsorganisationen (Rotes Kreuz, Caritas, etc.) zur Abgeltung der Kosten für die Flüchtlingsbetreuung.

+ 45,84 Mio. EUR in der MVAG „Betrieblicher Sachaufwand"

Mehraufwendungen durch erhöhte Sicherheitsmaßnahmen (Einsatzmittel, IT-Sicherheit) i.Z.m. der Sicherheitsoffensive (+ 22,19 Mio. EUR) sowie für Aufwendungen für „Transitflüchtlinge" (Versorgung, Unterbringung, Transportleistungen) (+ 22,49 Mio. EUR).

Mehrerträge im GB 11.03 „Recht/Asyl/Integration"

+ 15,39 Mio. EUR in der MVAG „Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mehrerträge durch höhere Ländereinzahlungen infolge gestiegener Asylantragszahlen.

Mehraufwendungen im GB 11.03 „Recht/Asyl/Integration"

+ 69,62 Mio. EUR in der MVAG „Transferaufwand"

Mehraufwendungen für Kostenersätze an die Länder zur Betreuung und Grundversorgung (+ 63,74 Mio. EUR) sowie für Krankenversicherungsbeiträge für Personen in der Grundversorgung (+ 3,61 Mio. EUR) infolge der höheren Asylantragszahlen.

+ 73,08 Mio. EUR in der MVAG „Betrieblicher Sachaufwand"

Mehraufwendungen für die Einrichtung von neuen Bundesbetreuungseinrichtungen (+ 64,92 Mio. EUR) sowie für asyl- und fremdenrechtliche Verfahren des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl (+ 10,10 Mio. EUR) infolge der gegenüber dem Jahr 2014 um rd. 221 % angestiegenen Zahl der Asylanträge.

Mehraufwendungen im GB 11.04 „Services/Kontrolle"

+ 36,84 Mio. EUR in der MVAG „Betrieblicher Sachaufwand"

Mehraufwendungen durch den im Zuge der Budgeterstellung nicht vorhersehbaren Mehrbedarf im Bau–/Liegenschaftsbereich (+ 5,43 Mio. EUR) für bauliche Maßnahmen in den diversen Amtsgebäuden sowie im IT–Bereich (+ 32,62 Mio. EUR) für die Entwicklung bzw. Weiterentwicklung diverser zentraler Applikationen (Zentrales Personenstandsregister, Fahndungssysteme, etc.).

3.3.2 Finanzierungshaushalt

Tabelle 3.3-3: UG 11 – Finanzierungshaushalt 2015

Finanzierungshaushalt							
UG 11 Inneres	**Zahlungen 2014**	**Voranschlag 2015**	**Zahlungen 2015**	**Veränderung Zahlungen 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015**	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Einzahlungen	128,13	122,77	147,61	+ 19,49	+ 15,2	+ 24,84	+ 20,2
Auszahlungen	2.600,34	2.529,93	2.850,43	+ 250,09	+ 9,6	+ 320,50	+ 12,7
Nettofinanzierungssaldo	**– 2.472,21**	**– 2.407,16**	**– 2.702,82**	**– 230,61**	**+ 9,3**	**– 295,66**	**+ 12,3**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Einzahlungen in der UG 11 „Inneres" 147,61 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 19,49 Mio. EUR (+ 15,2 %) und gegenüber dem Voranschlag um 24,84 Mio. EUR (+ 20,2 %) angestiegen.

Die Auszahlungen des Jahres 2015 waren mit 2,850 Mrd. EUR um 250,09 Mio. EUR (+ 9,6 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Auszahlungen um 320,50 Mio. EUR (+ 12,7 %) höher.

Der Nettofinanzierungssaldo der UG 11 „Inneres" lag 2015 bei – 2,703 Mrd. EUR. Er war um 230,61 Mio. EUR schlechter und damit um 9,3 % höher als jener für 2014 (– 2,472 Mrd. EUR) bzw. um 295,66 Mio. EUR schlechter und damit um 12,3 % höher als im Voranschlag (– 2,407 Mrd. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*blau und kursiv*) fassen die vom BMI bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 11 „Inneres" (Tabelle I.2.8.1)**.

Tabelle 3.3-4: Finanzierungshaushalt, UG 11 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Finanzierungshaushalt					
UG 11 Inneres		**Voranschlag 2015**	**Zahlungen 2015**	**Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015**	
		in Mio. EUR			in %
	Einzahlungen	**122,77**	**147,61**	**+ 24,84**	**+ 20,2**
	Auszahlungen	**2.529,93**	**2.850,43**	**+ 320,50**	**+ 12,7**
	Nettofinanzierungssaldo	**– 2.407,16**	**– 2.702,82**	**– 295,66**	
GB 11.01	**Steuerung**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1,14	0,91	– 0,23	– 20,4
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,01	0,03	+ 0,03	+ 599,7
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,14	0,08	– 0,05	– 39,9
	Einzahlungen	**1,28**	**1,03**	**– 0,26**	**– 20,0**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	59,06	59,08	+ 0,02	+ 0,0
	Auszahlungen aus Transfers	0,08	1,60	+ 1,51	+ 1.870,3
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,09	0,19	+ 0,10	+ 111,5
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,06	0,08	+ 0,02	+ 37,7
	Auszahlungen	**59,29**	**60,94**	**+ 1,66**	**+ 2,8**
GB 11.02	**Sicherheit**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	93,97	103,18	+ 9,21	+ 9,8
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,41	0,21	– 0,20	– 49,3
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1,22	1,06	– 0,16	– 13,2
	Einzahlungen	**95,60**	**104,45**	**+ 8,85**	**+ 9,3**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1.998,27	2.109,76	+ 111,49	+ 5,6
	Auszahlungen aus Transfers	15,61	50,93	+ 35,32	+ 226,3
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	12,04	8,56	– 3,49	– 28,9
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1,21	1,42	+ 0,20	+ 16,6
	Auszahlungen	**2.027,14**	**2.170,67**	**+ 143,53**	**+ 7,1**
GB 11.03	**Recht/Asyl/Integration**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	18,88	34,18	+ 15,29	+ 81,0
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,02	–	– 0,02	– 100,0
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,02	0,04	+ 0,01	+ 48,6
	Einzahlungen	**18,92**	**34,21**	**+ 15,29**	**+ 80,8**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	143,33	210,02	+ 66,70	+ 46,5
	Auszahlungen aus Transfers	108,14	177,60	+ 69,47	+ 64,2
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,07	7,56	+ 7,49	+ 11.015,9
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,02	0,05	+ 0,03	+ 171,6
	Auszahlungen	**251,55**	**395,24**	**+ 143,69**	**+ 57,1**

Finanzierungshaushalt					
UG 11 Inneres		Voranschlag 2015	Zahlungen 2015	Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015	
		in Mio. EUR			in %
Einzahlungen		**122,77**	**147,61**	**+ 24,84**	**+ 20,2**
Auszahlungen		**2.529,93**	**2.850,43**	**+ 320,50**	**+ 12,7**
Nettofinanzierungssaldo		**– 2.407,16**	**– 2.702,82**	**– 295,66**	
GB 11.04	**Services/Kontrolle**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	6,88	7,86	+ 0,98	+ 14,3
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,04	0,00	– 0,04	– 97,6
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,04	0,07	+ 0,02	+ 59,1
	Einzahlungen	**6,96**	**7,93**	**+ 0,96**	**+ 13,9**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	185,90	221,21	+ 35,30	+ 19,0
	Auszahlungen aus Transfers	0,37	0,48	+ 0,12	+ 31,5
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	5,60	1,85	– 3,75	– 67,0
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,09	0,05	– 0,04	– 47,2
	Auszahlungen	**191,96**	**223,58**	**+ 31,63**	**+ 16,5**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mehrauszahlungen im GB 11.02 „Sicherheit"

+ 111,49 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit"

Mehrauszahlungen durch die zum Zeitpunkt der Budgeterstellung noch nicht bekannte Gehaltserhöhung bzw. die operative Umsetzung der Aufnahmeplanung (+ 24,24 Mio. EUR) sowie durch höhere Mehrleistungsvergütungen (+ 26,17 Mio. EUR) infolge verstärkter Sicherheitsmaßnahmen im Rahmen der Sicherheitsoffensive. Diese Mehrauszahlungen entstanden durch erhöhten Personaleinsatz für Observation, Streifendienst, Personen- und Objektschutz sowie zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit i.Z.m. „Transitflüchtlingen". In diesem Zusammenhang entstanden auch Mehrauszahlungen für sonstige Nebengebühren (+ 7,46 Mio. EUR) sowie für Dienstgeberbeiträge für Beamtenpensionen (+ 9,04 Mio. EUR). Weitere Mehrauszahlungen durch erhöhte Sicherheitsmaßnahmen (Einsatzmittel, IT-Sicherheit) i.Z.m. der Sicherheitsoffensive (+ 22,19 Mio. EUR) sowie für Auszahlungen für „Transitflüchtlinge" (Versorgung, Unterbringung, Transportleistungen) (+ 22,49 Mio. EUR).

+ 35,32 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus Transfers"

Mehrauszahlungen für die Förderung von Hilfsorganisationen (Rotes Kreuz, Caritas, etc.) zur Abgeltung der Kosten für die Flüchtlingsbetreuung.

Mehreinzahlungen im GB 11.03 „Recht/Asyl/Integration"

+ 15,29 Mio. EUR in der MVAG „Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mehreinzahlungen durch höhere Ländereinzahlungen infolge gestiegener Asylantragszahlen.

Mehrauszahlungen im GB 11.03 „Recht/Asyl/Integration"

+ 66,70 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit"

Mehrauszahlungen für die Einrichtung von neuen Bundesbetreuungseinrichtungen (+ 59,97 Mio. EUR) sowie für asyl- und fremdenrechtliche Verfahren des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl (+ 9,78 Mio. EUR) infolge der gegenüber dem Jahr 2014 um rd. 221 % angestiegenen Zahl der Asylanträge.

+ 69,47 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus Transfers"

Mehrauszahlungen für Kostenersätze an die Länder zur Betreuung und Grundversorgung (+ 63,98 Mio. EUR) sowie für Krankenversicherungsbeiträge für Personen in der Grundversorgung (+ 3,34 Mio. EUR) infolge der höheren Asylantragszahlen.

Mehrauszahlungen im GB 11.04 „Services/Kontrolle"

+ 35,30 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit"

Mehrauszahlungen durch den im Zuge der Budgeterstellung nicht vorhersehbaren Mehrbedarf im Bau–/Liegenschaftsbereich (+ 6,93 Mio. EUR) für bauliche Maßnahmen in den diversen Amtsgebäuden sowie im IT–Bereich (+ 30,63 Mio. EUR) für die Entwicklung bzw. Weiterentwicklung diverser zentraler Applikationen (Zentrales Personenstandsregister, Fahndungssysteme, etc.).

3.3.3 Haushaltsrücklagen

Tabelle 3.3-5: UG 11 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015

Finanzierungshaushalt								
UG 11 Inneres	Anfangs-bestand	Umbuchung	Entnahme	Auflösung	Zuführung	Endbestand	Veränderung 2014 : 2015	
	in Mio. EUR							in %
Detailbudgetrücklagen	113,59	–	– 79,31	–	+ 29,90	64,18	– 49,41	– 43,5
Zweckgebundene Einzahlungsrücklagen	49,84	–	– 24,20	–	+ 9,55	35,19	– 14,65	– 29,4
Gesamtsumme	**163,43**	**–**	**– 103,52**	**–**	**+ 39,45**	**99,37**	**– 64,06**	**– 39,2**

Quellen: Rücklagengebarung, eigene Berechnung

Der Stand der Rücklagen in der UG 11 „Inneres“ belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 163,43 Mio. EUR und veränderte sich durch Entnahmen (103,52 Mio. EUR) und Zuführungen (39,45 Mio. EUR) auf 99,37 Mio. EUR zum 31. Dezember 2015. Im Verhältnis zu den veranschlagten Auszahlungen (2,530 Mrd. EUR) entsprach der Stand zum 31. Dezember 2015 einem Anteil von 3,9 %. Im BFG 2015 war für die UG 11 eine Rücklagenverwendung von 83,00 Mio. EUR berücksichtigt, die in der mittelfristigen Finanzplanung nicht enthalten war und die Auszahlungsobergrenze für das Jahr 2015 (2,750 Mrd. EUR) erhöhte (siehe auch **TZ 3.4**).

3.4 Finanzrahmen

Ausgehend von den tatsächlichen Auszahlungen 2015 stellen sich die Auszahlungsobergrenzen für die UG 11 „Inneres“ gemäß BFRG für die Finanzjahre 2016 bis 2020 wie folgt dar:

Tabelle 3.4–1: UG 11 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020

Finanzierungshaushalt								
UG 11 Inneres	Auszahlungen (Ist)	Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG					Veränderung	
	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2015 (Ist) : 2020	durch-schnittlich jährlich
	in Mio. EUR							in %
	2.850,43	**3.647,99**	**3.459,02**	**3.095,21**	**2.954,36**	**2.943,83**	**+ 93,40**	**+ 3,3**	**+ 0,6**
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze gesamt	*74.589,49*	*78.107,49*	*78.202,70*	*78.814,08*	*80.408,66*	*83.038,37*	*+ 8.448,88*	*+ 11,3*	*+ 2,2*
Anteil der UG 11	3,8 %	4,7 %	4,4 %	3,9 %	3,7 %	3,5 %	– 0,3 %-Punkte		–
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze Rubrik 0,1	*8.700,11*	*9.723,54*	*9.653,34*	*9.235,99*	*9.252,45*	*9.525,66*	*+ 825,56*	*+ 9,5*	*+ 1,8*
Anteil der UG 11	32,8 %	37,5 %	35,8 %	33,5 %	31,9 %	30,9 %	– 1,9 %-Punkte		–

Quellen: HIS, BFRG 2016 - 2019, 2017 - 2020, eigene Berechnung

Bis zum Jahr 2020 soll die Auszahlungsobergrenze für die UG 11 „Inneres“ um + 93,40 Mio. EUR (+ 3,3 %) auf 2,944 Mrd. EUR ansteigen. Dies entspricht einer Veränderungsrate gegenüber den tatsächlichen Auszahlungen 2015 von + 0,6 % im Jahresdurchschnitt. Für die Jahre 2016 und 2017 ist vor dem Hintergrund der Flüchtlingssituation ein Anstieg auf 3,648 Mrd. EUR bzw. 3,459 Mrd. EUR (+ 28,0 % bzw. + 21,4 % im Vergleich zu den Auszahlungen 2015) vorgesehen. Im Jahr 2015 betrug der Anteil der UG 11 „Inneres“ an den Gesamtauszahlungen 3,8 % und an den Auszahlungen der Rubrik 0,1 32,8 %. Der Anteil der UG 11 an der Gesamt–Auszahlungsobergrenze soll für 2016 auf 4,7 % (3,648 Mrd. EUR; + 797,56 Mio. EUR gegenüber den Auszahlungen für 2015) ansteigen und danach bis 2020 auf 3,5 % zurückgehen bzw. innerhalb der Rubrik 0,1 auf 30,9 % sinken.

Laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 seien die wichtigsten laufenden bzw. geplanten Maßnahmen und Reformen in der UG 11 „Inneres“

- (präventive) Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung der Kriminalität (insbesondere Gewalt- und Wirtschaftskriminalität), des Terrorismus, des Extremismus, der Korruption und zur Hebung der Verkehrssicherheit;
- Schutz kritischer Infrastrukturen und Cyber Sicherheit, Daten- und Informationssicherheit;
- Schaffung einer modernen Polizei und Sicherheitsverwaltung;
- Umsetzung der Gesamtstrategie Migration als gesamtstaatliche Herausforderung;
- aktiver Einsatz für Menschenrechte, Frieden und Sicherheit in Österreich.

Die budgetäre Zielerreichung gemäß den Auszahlungsobergrenzen sei laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 bei bestmöglicher Aufrechterhaltung der sicherheitspolizeilichen und sonstigen Kernleistungen des BMI durch folgende Konsolidierungsmaßnahmen sichergestellt:

- Durchführung von ressortübergreifenden Benchmarks und Kosten- bzw. Nutzenanalysen im IT-Bereich und Umsetzung allenfalls daraus resultierender Optimierungspotenziale in zu standardisierenden Bereichen sowie generell ressortinterne Evaluierungen und Optimierungen;

- weitere Qualitätsverbesserung und Beschleunigung von Asylverfahren;

- effektive und effiziente interministerielle Abstimmung der Sicherheitsressorts.

Die Aufgaben des BMI würden laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 darüber hinaus laufend evaluiert und darauf aufbauend würden entsprechende Prioritätensetzungen vorgenommen.

Die im BFRG 2017 bis 2020 vorgesehenen Auszahlungsobergrenzen für die Jahre 2017 bis 2019 wurden gegenüber dem bisher geltenden BFRG 2016 bis 2019 um insgesamt + 17,6 % bzw. um durchschnittlich + 473,57 Mio. EUR pro Jahr erhöht. Laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 sei damit den aufgrund der derzeitigen Entwicklung abschätzbaren Budgeterfordernissen im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation Rechnung getragen worden. Allerdings seien gerade der Bereich der Flüchtlinge und Asylwerber und alle damit zusammenhängenden Maßnahmen in den verschiedenen Verwaltungsbereichen sehr volatil und daher mittelfristig nicht vorhersehbar. Die zukünftige Entwicklung werde daher zu beobachten und die Budgetvorsorge gemäß den aus der Entwicklung dann absehbaren Erfordernissen nach Prüfung anzupassen sein.

Für die Auszahlungsobergrenze des Jahres 2020 sei laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 das Jahr 2019 bis auf den Bereich Flüchtlinge und Asylwerber fortgeschrieben und der Personalaufwand um den jährlichen Struktureffekt und eine Vorsorge für den Gehaltsabschluss erhöht worden.

Im Folgenden wird ein Überblick über die Entwicklung der tatsächlichen Auszahlungen und der Auszahlungsobergrenzen von 2011 bis 2015 bzw. ein Vergleich der Auszahlungen zu den Auszahlungsobergrenzen des derzeit geltenden BFRG 2017 bis 2020 gegeben:

Tabelle 3.4–2: UG 11 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015

Finanzierungshaushalt									
UG 11 Inneres	BFRG bzw. Zahlungen					Veränderung			
	2011	2012	2013	2014	2015	2014 : 2015		2011 : 2015	
	in Mio. EUR					in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Auszahlungsobergrenze UG 11	2.353,70	2.470,16	2.505,03	2.439,08	2.749,68	+ 310,60	+ 12,7	+ 395,98	+ 16,8
Auszahlungen UG 11	2.294,93	2.404,13	2.523,78	2.600,34	2.850,43	+ 250,09	+ 9,6	+ 555,51	+ 24,2
Abweichung Auszahlungen : Obergrenze	**– 58,77**	**– 66,03**	**+ 18,75**	**+ 161,26**	**+ 100,75**				
Abweichung in %	**– 2,5 %**	**– 2,7 %**	**+ 0,7 %**	**+ 6,6 %**	**+ 3,7 %**				

Quellen: HIS, BFRG 2011 - 2014, 2012 - 2015, 2013 - 2016, 2014 - 2017, 2015 - 2018, eigene Berechnung

Während ursprünglich zwischen 2011 und 2015 eine Erhöhung der Auszahlungsobergrenze gemäß BFRG um insgesamt + 395,98 Mio. EUR (+ 16,8 %) vorgesehen war, erhöhten sich die Auszahlungen zwischen 2011 und 2015 tatsächlich um + 555,51 Mio. EUR (+ 24,2 %). Im Jahr 2015 lagen die tatsächlichen Auszahlungen um + 100,75 Mio. EUR (+ 3,7 %) über jenen, die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen waren.

Tabelle 3.4–3: UG 11 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG

Finanzierungshaushalt						
UG 11 Inneres	Auszahlungen (Ist)		durchschnittliche jährliche Veränderung	BFRG	durchschnittliche jährliche Veränderung	Differenz der Veränderungs-raten[1]
	2011	2015	2011 : 2015	2020	2015 (Ist) : 2020 (BFRG)	
	in Mio. EUR		in %	in Mio. EUR	in %	in %-Punkten
	2.294,93	**2.850,43**	**+ 5,6**	**2.943,83**	**+ 0,6**	**– 4,9**

1) Rundungsdifferenz möglich

Quellen: HIS, BFRG 2017 - 2020, eigene Berechnung

Die durchschnittliche jährliche Veränderung der Auszahlungen belief sich von 2011 bis 2015 auf + 5,6 %. Laut mittelfristiger Finanzplanung bis 2020 soll sie + 0,6 % betragen und somit um 4,9 Prozentpunkte geringer steigen als im Zeitraum 2011 bis 2015. Allerdings sind bedingt durch die Sicherheitsoffensive und die Flüchtlingshilfe Auszahlungsobergrenzen in Höhe von 3,684 Mrd. EUR für 2016 und in Höhe von 3,459 Mrd. EUR für 2017 geplant. Erst durch die danach geplante Senkung der Auszahlungen bis 2020 ergibt sich die relativ moderate durchschnittliche jährliche Veränderung der Auszahlungsobergrenzen im Vergleich zu den tatsächlichen Auszahlungen für 2015. Aus Sicht des RH ist vor dem Hintergrund der Flüchtlingssitua-

tion nicht nachvollziehbar dargestellt, wieso die Auszahlungsobergrenzen für die Jahre 2019 und 2020 wieder nahezu auf das Niveau der tatsächlichen Auszahlungen von 2015 zurückgehen sollen.

Um die Auszahlungsobergrenzen in der UG 11 „Inneres“ bis 2020 einhalten zu können, bedarf es aus Sicht des RH der Umsetzung quantifizierter struktureller Steuerungs- und Korrekturmaßnahmen.

In diesem Zusammenhang weist der RH auf folgende im Jahr 2015 bzw. bis Ende April 2016 dem Nationalrat vorgelegte Berichte hin:

- Einführung der Wirkungsorientierung in ausgewählten Bundesministerien (Reihe Bund 2016/5)

Alle drei überprüften Bundesministerien, darunter das BMI, hatten die Verankerung der Wirkungsorientierung in ihren Organisations– und Managementinstrumenten großteils abgeschlossen. Der RH kritisierte jedoch, dass die Transparenz über den zur Einführung der Wirkungsorientierung erforderlichen Ressourcenaufwand fehlte. Die finanziellen Erläuterungen zum BHG 2013 enthielten keine Angaben zu den erforderlichen finanziellen und personellen Ressourcen sowie zu den Gesamtkosten. Keines der drei überprüften Bundesministerien verfügte über einen Gesamtüberblick zu den von ihm tatsächlich eingesetzten Ressourcen.

- Bundeskriminalamt (Reihe Bund 2015/14)

Der RH kritisierte, dass das Bundeskriminalamt über keine Kennzahlen zur Personalbemessung und –verteilung verfügte. Dadurch war nicht feststellbar, ob dem Bundeskriminalamt für die Aufgabenerfüllung zu viel, zu wenig oder ausreichend Personal zur Verfügung stand. Dem Bundeskriminalamt und dem BMI fehlten die Grundlagen, unter Bedachtnahme auf die strategischen Schwerpunkte und Kernaufgaben die Organisation zu evaluieren und Personalressourcen zuzuteilen. Der vom Bundeskriminalamt erstellte Organisationsplan war nicht auf den gesetzlich genehmigten Personalplan abgestimmt.

Das Bundeskriminalamt und die Landeskriminalämter hatten keinen unmittelbaren Zugriff auf die von den nachgeordneten Dienststellen im Aktenprotokollierungssystem PAD erfassten kriminalpolizeilichen Daten, weil dieses nicht als Informationsverbund eingerichtet war. Dies verursachte zusätzlichen Verwaltungsaufwand und verzögerte kriminalpolizeiliche Ermittlungen.

4 UG 12 „ÄUSSERES“

UG 12 Äußeres - BMEIA	
zentrale Budgetbereiche	Vertretungsbehörden
	Beiträge an Internationale Organisationen
	Entwicklungszusammenarbeit und Auslandskatastrophenfonds
	Integration

Quelle: HIS

4.1 Vermögensrechnung

Tabelle 4.1–1: UG 12 – Vermögensrechnung[1)]

Vermögensrechnung						
UG 12 Äußeres		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
A + B	**Vermögen**	**623,36**	**609,09**	**– 14,26**	**– 2,3**	**100,0**
A	Langfristiges Vermögen	567,21	561,10	– 6,11	– 1,1	92,1
A.I	Immaterielle Vermögenswerte	2,02	1,55	– 0,47	– 23,4	0,3
A.II	Sachanlagen	544,02	537,89	– 6,13	– 1,1	88,3
A.II.01	Grundstücke und Grundstückseinrichtungen	291,78	291,78	+ 0,00	+ 0,0	47,9
	GB 12.01 Außenpolitische Planung, Infrastruktur u. Koordination	291,78	291,78	+ 0,00	+ 0,0	47,9
A.II.02	Gebäude und Bauten	237,87	232,13	– 5,73	– 2,4	38,1
	GB 12.01 Außenpolitische Planung, Infrastruktur u. Koordination	237,87	232,13	– 5,73	– 2,4	38,1
A.IV	Beteiligungen	20,11	20,11	0,00	0,0	3,3
A.V	Langfristige Forderungen	1,06	1,55	+ 0,49	+ 46,3	0,3
B	Kurzfristiges Vermögen	56,15	48,00	– 8,15	– 14,5	7,9
B.II	Kurzfristige Forderungen	36,23	26,81	– 9,41	– 26,0	4,4
B.III	Vorräte	0,05	0,05	0,00	0,0	0,0
B.IV	Liquide Mittel	19,87	21,13	+ 1,26	+ 6,3	3,5
C	**Nettovermögen (Ausgleichsposten)**	**581,24**	**558,33**	**– 22,91**	**– 3,9**	
C.I	Neubewertungsrücklagen (Umbewertungskonto)	0,36	0,36	0,00	0,0	
C.IV	Jährliches Nettoergebnis (inkl. "Personal, das für Dritte leistet")	– 423,11	– 458,46	– 35,35	+ 8,4	
	GB 12.01 Außenpolitische Planung, Infrastruktur u. Koordination	– 230,22	– 233,74	– 3,52	+ 1,5	
	GB 12.02 Außen- und integrationspolitische Maßnahmen	– 192,90	– 224,72	– 31,82	+ 16,5	
C.V	Saldo aus der jährl. Eröffnungsbilanz	587,17	580,38	– 6,79	– 1,2	
C.VI	Bundesfinanzierung	416,81	436,05	+ 19,24	+ 4,6	
D + E	**Fremdmittel**	**42,12**	**50,76**	**+ 8,64**	**+ 20,5**	**100,0**
D	Langfristige Fremdmittel	17,90	17,95	+ 0,05	+ 0,3	35,4
D.II	Langfristige Verbindlichkeiten	0,28	0,05	– 0,23	– 82,5	0,1
D.III	Langfristige Rückstellungen	17,62	17,90	+ 0,28	+ 1,6	35,3
E	Kurzfristige Fremdmittel	24,22	32,82	+ 8,59	+ 35,5	64,6
E.II	Kurzfristige Verbindlichkeiten	17,99	26,59	+ 8,60	+ 47,8	52,4
E.III	Kurzfristige Rückstellungen	6,24	6,23	– 0,00	– 0,0	12,3

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Vermögensrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 betrug in der UG 12 „Äußeres" 609,09 Mio. EUR und sank gegenüber 31. Dezember 2014 um – 14,26 Mio. EUR (– 2,3 %). Der Anteil des kurzfristigen Vermögens betrug 7,9 % und der des langfristigen Vermögens 92,1 %. Dem Vermögen standen Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 von 50,76 Mio. EUR gegenüber, die im Vergleich zum 31. Dezember 2014 um + 8,64 Mio. EUR (+ 20,5 %) anwuchsen. Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 waren zu 64,6 % kurzfristig und zu 35,4 % langfristig. Nachdem das Vermögen die Fremdmittel überstieg, ergab sich ein Nettovermögen (Ausgleichsposten) zum 31. Dezember 2015 von 558,33 Mio. EUR (– 22,91 Mio. EUR bzw. – 3,9 % gegenüber 31. Dezember 2014).

A. und B. Vermögen

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 (609,09 Mio. EUR) setzte sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- A.II Sachanlagen: 537,89 Mio. EUR (88,3 %), davon 291,78 Mio. EUR für Grundstücke und Grundstückseinrichtungen sowie 232,13 Mio. EUR für Gebäude und Bauten.

Nach Angaben des BMEIA beinhalteten die Positionen Grundstücke und Grundstückseinrichtungen sowie Gebäude und Bauten im Wesentlichen die Grundstücke und Gebäude der österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland.

4.2 Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung

Tabelle 4.2-1: UG 12 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung[1)]

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 12 Äußeres		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
A	**Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (= A.I + A.II – A.III – A.IV)**	**– 224,16**	**– 228,20**	**– 4,04**	**+ 1,8**	**– 217,61**	**– 216,10**	**+ 1,51**	**– 0,7**	**+ 12,09**
A.II	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	3,35	6,49	+ 3,15	+ 93,9	3,36	5,46	+ 2,10	+ 62,6	– 1,03
A.III	Personalaufwand	122,76	124,75	+ 1,99	+ 1,6	121,07	125,61	+ 4,53	+ 3,7	+ 0,85
A.III.01	Bezüge	59,55	60,66	+ 1,11	+ 1,9	59,56	60,76	+ 1,20	+ 2,0	+ 0,10
	GB 12.01 Außenpolitische Planung, Infrastruktur u. Koordination	59,55	60,66	+ 1,11	+ 1,9	59,56	60,76	+ 1,20	+ 2,0	+ 0,10
A.IV	Betrieblicher Sachaufwand	104,74	109,94	+ 5,19	+ 5,0	99,90	95,96	– 3,94	– 3,9	– 13,98
A.IV.02	Mieten	17,06	16,55	– 0,51	– 3,0	24,24	13,67	– 10,56	– 43,6	– 2,88
	GB 12.01 Außenpolitische Planung, Infrastruktur u. Koordination	17,06	16,55	– 0,51	– 3,0	24,24	13,67	– 10,56	– 43,6	– 2,88
A.IV.11	Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	10,95	10,57	– 0,38	– 3,5				–	– 10,57
	GB 12.01 Außenpolitische Planung, Infrastruktur u. Koordination	10,95	10,57	– 0,38	– 3,5				–	– 10,57
B	**Transferergebnis (= B.I – B.II)**	**– 199,01**	**– 230,31**	**– 31,30**	**+ 15,7**	**– 191,40**	**– 214,10**	**– 22,70**	**+ 11,9**	**+ 16,20**
B.I	Erträge aus Transfers	1,18	1,58	+ 0,40	+ 34,1	1,18	1,58	+ 0,40	+ 34,1	0,00
B.II	Transferaufwand	200,19	231,89	+ 31,70	+ 15,8	192,58	215,69	+ 23,11	+ 12,0	– 16,20
B.II.01	Aufwand für Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger	15,01	27,50	+ 12,49	+ 83,2	15,00	27,61	+ 12,61	+ 84,0	+ 0,11
	GB 12.02 Außen- und integrationspolitische Maßnahmen	12,66	25,15	+ 12,49	+ 98,7	12,65	25,25	+ 12,60	+ 99,6	+ 0,11
B.II.02	Aufwand für Transfers an ausländische Körperschaften und Rechtsträger	99,18	115,29	+ 16,12	+ 16,3	91,45	98,79	+ 7,34	+ 8,0	– 16,51
	GB 12.02 Außen- und integrationspolitische Maßnahmen	96,03	112,74	+ 16,71	+ 17,4	88,59	95,59	+ 7,00	+ 7,9	– 17,15
B.II.02.02	Drittländer	83,43	99,36	+ 15,92	+ 19,1	75,87	81,84	+ 5,97	+ 7,9	– 17,51
B.II.03	Aufwand für Transfers an Unternehmen	77,74	77,48	– 0,26	– 0,3	77,74	77,58	– 0,16	– 0,2	+ 0,09
	GB 12.02 Außen- und integrationspolitische Maßnahmen	77,03	77,03			77,03	77,03			0,00
C	**Ergebnis aus d. operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers (= A + B)**	**– 423,16**	**– 458,50**	**– 35,34**	**+ 8,4**	**– 409,01**	**– 430,20**	**– 21,19**	**+ 5,2**	**+ 28,30**
D	**Finanzergebnis (= D.I – D.II)**	**+ 0,05**	**+ 0,04**	**– 0,01**	**– 16,2**	**+ 0,05**	**+ 0,04**	**– 0,01**	**– 16,2**	**0,00**
D.I	Finanzerträge	0,05	0,04	– 0,01	– 16,2	0,05	0,04	– 0,01	– 16,2	0,00

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 12 Äußeres		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
C*	**Geldfluss aus empfangenen s. gewährten Darlehen und Vorschüssen**					**– 0,02**	**+ 0,01**	**+ 0,04**	**– 161,5**	**+ 0,01**
D*	**Geldfluss aus der Investitionstätigkeit**					**– 6,82**	**– 4,18**	**+ 2,64**	**– 38,8**	**– 4,18**
E	**Nettoergebnis (ER: C + D) / Nettofinanzierungssaldo (FR: C + D + C* + D*)**	**– 423,11**	**– 458,46**	**– 35,35**	**+ 8,4**	**– 415,81**	**– 434,33**	**– 18,52**	**+ 4,5**	**+ 24,14**
	davon Erträge/ Einzahlungen	4,58	8,12	+ 3,54	+ 77,3	4,77	7,25	+ 2,48	+ 52,0	– 0,87
	davon Aufwendungen/ Auszahlungen	427,69	466,58	+ 38,89	+ 9,1	420,58	441,58	+ 21,00	+ 5,0	– 25,00
	davon Aufwand aus Vorperioden		0,04	+ 0,04	–				–	– 0,04
	um Vorperioden bereinigtes Nettoergebnis	**– 423,11**	**– 458,42**	**– 35,31**	**+ 8,3**	**– 415,81**	**– 434,33**	**– 18,52**	**+ 4,5**	**+ 24,10**

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Ergebnis- und Finanzierungsrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

In der UG 12 „Äußeres“ betrug das Nettoergebnis 2015 (E) der konsolidierten Ergebnisrechnung – 458,46 Mio. EUR. Es setzte sich zusammen aus

- dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) von – 228,20 Mio. EUR (– 4,04 Mio. EUR gegenüber 2014),
- dem Transferergebnis (B) von – 230,31 Mio. EUR (– 31,30 Mio. EUR gegenüber 2014) und
- dem Finanzergebnis (D) von + 0,04 Mio. EUR (– 0,01 Mio. EUR gegenüber 2014).

Die Erträge in der UG 12 machten 8,12 Mio. EUR

- darunter 6,49 Mio. EUR aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II), 1,58 Mio. EUR aus Transfers (B.I) sowie 0,04 Mio. EUR aus Finanzerträgen (D.I)

und die Aufwendungen 466,58 Mio. EUR aus

- darunter 124,75 Mio. EUR aus Personalaufwand (A.III), 109,94 Mio. EUR aus betrieblichem Sachaufwand (A.IV) sowie 231,89 Mio. EUR aus Transferaufwand (B.II).

Das Nettoergebnis 2015 verschlechterte sich um 35,35 Mio. EUR bzw. um 8,4 % gegenüber 2014.

A. Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit

Die Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) betrugen 6,49 Mio. EUR.

Den Erträgen standen Aufwendungen für Personal (A.III) von 124,75 Mio. EUR und betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von 109,94 Mio. EUR gegenüber.

- Die wesentlichen Positionen im Personalaufwand betrafen Bezüge (60,66 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMEIA beinhalte die Position Personalaufwand Gehälter von Beamten (36,68 Mio. EUR) und Vertragsbediensteten (23,53 Mio. EUR). Die höheren Aufwendungen resultierten insbesondere aus den gesetzlich vorgeschriebenen Anpassungen der Bezüge.

B. Transferergebnis

Die Erträge aus Transfers (B.I) betrugen 1,58 Mio. EUR. Den Erträgen stand ein Transferaufwand (B.II) von 231,89 Mio. EUR gegenüber.

- Der Transferaufwand entstand insbesondere für Transfers an ausländische Körperschaften und Rechtsträger (115,29 Mio. EUR) sowie Transfers an Unternehmen (77,48 Mio. EUR).

Das Transferergebnis 2015 verschlechterte sich um 31,30 Mio. EUR bzw. um 15,7 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten bei

- dem Transferaufwand (B.II) von + 31,70 Mio. EUR: darunter Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger (+ 12,49 Mio. EUR) sowie Transfers an ausländische Körperschaften und Rechtsträger (+ 16,12 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMEIA sei es zu höheren Transferaufwendungen an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger aufgrund der Beiträge zum Fonds zur Integration von Flüchtlingen (7,59 Mio. EUR) und der Zuschüsse für die Sprachförderung an die Länder im Zusammenhang mit früher sprachlicher Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen für die Kindergartenjahre 2015/16 bis 2017/18 und Deutschkursplätzen

(4,90 Mio. EUR) gekommen. Laut BMEIA resultiere die Abweichung bei den Transfers an ausländische Körperschaften und Rechtsträger insbesondere aus höheren Beitragsvorschreibungen der Vereinten Nationen für friedenserhaltende Maßnahmen.

E. Nettoergebnis versus Nettofinanzierungssaldo

Der Nettofinanzierungssaldo aus der konsolidierten Finanzierungsrechnung fiel mit – 434,33 Mio. EUR um + 24,14 Mio. EUR günstiger aus als das Nettoergebnis aus der konsolidierten Ergebnisrechnung (– 458,46 Mio. EUR). Im Nettofinanzierungssaldo waren Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus empfangenen sowie gewährten Darlehen und Vorschüssen (+ 0,01 Mio. EUR) sowie Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus der Investitionstätigkeit (– 4,18 Mio. EUR) berücksichtigt, die im Nettoergebnis nicht enthalten waren.

Weitere Unterschiede zwischen dem Nettofinanzierungssaldo und dem Nettoergebnis beruhten auf Abweichungen zwischen dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) (+ 12,09 Mio. EUR) und dem Transferergebnis (B) (+ 16,20 Mio. EUR) vom korrespondierenden Geldfluss. Dafür verantwortlich waren im Wesentlichen folgende Positionen:

- Abweichungen beim betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von – 13,98 Mio. EUR: davon Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte (– 10,57 Mio. EUR) sowie

- Abweichungen beim Transferaufwand (B.II) von – 16,20 Mio. EUR: davon Transfers an ausländische Körperschaften und Rechtsträger (– 16,51 Mio. EUR).

Der Abweichung beim betrieblichen Sachaufwand lag vor allem die nicht-finanzierungswirksame Erfassung von Abschreibungen für Abnutzung (– 10,57 Mio. EUR) zugrunde. Im Bereich des Transferaufwands waren die Abweichungen zwischen Ergebnisrechnung (Aufwendungen) und Finanzierungsrechnung (Auszahlungen) vor allem auf Periodenabgrenzungen im Zusammenhang mit Auslandseinsätzen, Missionen in der Demokratischen Republik Kongo, Darfur, Somalia, Haiti und Mali zurückzuführen.

4.3 Voranschlagsvergleichsrechnungen

4.3.1 Ergebnishaushalt

Tabelle 4.3-1: UG 12 – Ergebnishaushalt 2015

Ergebnishaushalt							
UG 12 Äußeres	**Erfolg 2014**	**Voranschlag 2015**	**Erfolg 2015**	**Veränderung Erfolg 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015**	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Erträge	4,58	16,46	8,12	+ 3,54	+ 77,3	– 8,34	– 50,7
Aufwendungen	427,69	417,38	466,58	+ 38,89	+ 9,1	+ 49,20	+ 11,8
Nettoergebnis	**– 423,11**	**– 400,92**	**– 458,46**	**– 35,35**	**+ 8,4**	**– 57,55**	**+ 14,4**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Erträge in der UG 12 „Äußeres“ 8,12 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 3,54 Mio. EUR (+ 77,3 %) angestiegen und gegenüber dem Voranschlag um 8,34 Mio. EUR (– 50,7 %) gesunken.

Die Aufwendungen des Jahres 2015 waren mit 466,58 Mio. EUR um 38,89 Mio. EUR (+ 9,1 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Aufwendungen um 49,20 Mio. EUR (+ 11,8 %) höher.

Das Nettoergebnis der UG 12 „Äußeres“ lag 2015 bei – 458,46 Mio. EUR. Es war um 35,35 Mio. EUR schlechter und damit um 8,4 % höher als jenes für 2014 (– 423,11 Mio. EUR) und um 57,55 Mio. EUR schlechter und damit um 14,4 % höher als im Voranschlag (– 400,92 Mio. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*grün und kursiv*) fassen die vom BMEIA bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 12 „Äußeres“ (Tabelle I.2.11.1)**.

Tabelle 4.3-2: Ergebnishaushalt, UG 12 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Ergebnishaushalt					
UG 12 Äußeres		Voranschlag 2015	Erfolg 2015	Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015	
		in Mio. EUR			in %
	Erträge	**16,46**	**8,12**	**– 8,34**	**– 50,7**
	Aufwendungen	**417,38**	**466,58**	**+ 49,20**	**+ 11,8**
	Nettoergebnis	**– 400,92**	**– 458,46**	**– 57,55**	
GB 12.01	**Außenpolitische Planung, Infrastruktur u. Koordination**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	14,22	4,42	– 9,80	– 68,9
	Finanzerträge	0,16	0,04	– 0,12	– 74,0
	Erträge	**14,38**	**4,46**	**– 9,92**	**– 69,0**
	Personalaufwand	129,29	124,75	– 4,53	– 3,5
	Transferaufwand	7,06	5,92	– 1,14	– 16,2
	Betrieblicher Sachaufwand	112,79	107,54	– 5,26	– 4,7
	Aufwendungen	**249,14**	**238,20**	**– 10,93**	**– 4,4**
GB 12.02	**Außen- und integrationspolitische Maßnahmen**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2,08	3,66	+ 1,58	+ 75,7
	Erträge	**2,08**	**3,66**	**+ 1,58**	**+ 75,7**
	Transferaufwand	168,24	225,98	+ 57,74	+ 34,3
	Betrieblicher Sachaufwand	–	2,40	+ 2,40	–
	Aufwendungen	**168,24**	**228,38**	**+ 60,14**	**+ 35,7**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mehraufwendungen im GB 12.02 „Außen- und integrationspolitische Maßnahmen"

+ 57,74 Mio. EUR in der MVAG „Transferaufwand"

Mehraufwendungen infolge zusätzlich gesetzter Maßnahmen im Bereich „Entwicklungszusammenarbeit und Auslandskatastrophenfonds" (+ 16,60 Mio. EUR), da die bilateralen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit der Austria Development Agency (ADA) für das Jahr 2015 auf dem Stand des Jahres 2014 gehalten werden sollten; weitere Mehraufwendungen betrafen Beiträge an diverse Internationale Organisationen als Reaktion auf die Syrien-Krise, aber auch die periodengerechte Abrechnung von Geschäftsfällen i.Z.m. weiteren internationalen Krisenherden (+ 27,15 Mio. EUR); des weiteren führten Aufwendungen für diverse Integrationsmaßnahmen (+ 13,98 Mio. EUR) zu Mehraufwendungen.

4.3.2 Finanzierungshaushalt

Tabelle 4.3-3: UG 12 – Finanzierungshaushalt 2015

Finanzierungshaushalt							
UG 12 Äußeres	**Zahlungen 2014**	**Voranschlag 2015**	**Zahlungen 2015**	**Veränderung Zahlungen 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015**	
	in Mio. EUR			in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Einzahlungen	4,77	5,77	7,25	+ 2,48	+ 52,0	+ 1,48	+ 25,7
Auszahlungen	420,58	409,14	441,58	+ 21,00	+ 5,0	+ 32,44	+ 7,9
Nettofinanzierungssaldo	**– 415,81**	**– 403,37**	**– 434,33**	**– 18,52**	**+ 4,5**	**– 30,96**	**+ 7,7**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Einzahlungen in der UG 12 „Äußeres" 7,25 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 2,48 Mio. EUR (+ 52,0 %) und gegenüber dem Voranschlag um 1,48 Mio. EUR (+ 25,7 %) angestiegen.

Die Auszahlungen des Jahres 2015 waren mit 441,58 Mio. EUR um 21,00 Mio. EUR (+ 5,0 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Auszahlungen um 32,44 Mio. EUR (+ 7,9 %) höher.

Der Nettofinanzierungssaldo der UG 12 „Äußeres" lag 2015 bei – 434,33 Mio. EUR. Er war um 18,52 Mio. EUR schlechter und damit um 4,5 % höher als jener für 2014 (– 415,81 Mio. EUR) bzw. um 30,96 Mio. EUR schlechter und damit um 7,7 % höher als im Voranschlag (– 403,37 Mio. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*blau und kursiv*) fassen die vom BMEIA bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 12 „Äußeres" (Tabelle I.2.8.1)**.

Tabelle 4.3-4: Finanzierungshaushalt, UG 12 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Finanzierungshaushalt					
UG 12 Äußeres		Voranschlag 2015	Zahlungen 2015	Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015	
		in Mio. EUR			in %
	Einzahlungen	**5,77**	**7,25**	**+ 1,48**	**+ 25,7**
	Auszahlungen	**409,14**	**441,58**	**+ 32,44**	**+ 7,9**
	Nettofinanzierungssaldo	**– 403,37**	**– 434,33**	**– 30,96**	
GB 12.01	**Außenpolitische Planung, Infrastruktur u. Koordination**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	3,51	3,62	+ 0,12	+ 3,4
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,10	0,13	+ 0,03	+ 27,9
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,09	0,03	– 0,05	– 60,4
	Einzahlungen	**3,69**	**3,79**	**+ 0,10**	**+ 2,6**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	226,28	221,57	– 4,71	– 2,1
	Auszahlungen aus Transfers	7,06	6,75	– 0,31	– 4,4
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	7,47	4,31	– 3,16	– 42,3
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,10	0,02	– 0,08	– 80,2
	Auszahlungen	**240,90**	**232,64**	**– 8,26**	**– 3,4**
GB 12.02	**Außen- und integrationspolitische Maßnahmen**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2,08	3,47	+ 1,39	+ 66,6
	Einzahlungen	**2,08**	**3,47**	**+ 1,39**	**+ 66,6**
	Auszahlungen aus Transfers	168,24	208,94	+ 40,70	+ 24,2
	Auszahlungen	**168,24**	**208,94**	**+ 40,70**	**+ 24,2**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mehrauszahlungen im GB 12.02 „Außen- und integrationspolitische Maßnahmen"

+ 40,70 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus Transfers"

Mehrauszahlungen infolge zusätzlich gesetzter Maßnahmen im Bereich „Entwicklungszusammenarbeit und Auslandskatastrophenfonds" (+ 16,60 Mio. EUR), da die bilateralen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit der Austria Development Agency (ADA) für das Jahr 2015 auf dem Stand des Jahres 2014 gehalten werden sollten; weitere Mehrauszahlungen betrafen Beiträge an Internationale Organisationen u.a. zur Bewältigung der Syrien-Krise (+ 8,50 Mio. EUR) sowie Auszahlungen für diverse Integrationsmaßnahmen (+ 14,10 Mio. EUR).

4.3.3 Haushaltsrücklagen

Tabelle 4.3-5: UG 12 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015

Finanzierungshaushalt								
UG 12 Äußeres	**Anfangs-bestand**	**Umbuchung**	**Entnahme**	**Auflösung**	**Zuführung**	**Endbestand**	**Veränderung 2014 : 2015**	
	in Mio. EUR							in %
Detailbudgetrücklagen	86,90	–	– 28,23	–	+ 0,64	59,31	– 27,59	– 31,7
Zweckgebundene Einzahlungsrücklagen	0,37	–	– 0,30	–	+ 0,04	0,11	– 0,26	– 69,9
Gesamtsumme	**87,27**	**–**	**– 28,53**	**–**	**+ 0,68**	**59,42**	**– 27,85**	**– 31,9**

Quellen: Rücklagengebarung, eigene Berechnung

Der Stand der Rücklagen in der UG 12 „Äußeres“ belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 87,27 Mio. EUR und veränderte sich durch Entnahmen (28,53 Mio. EUR) und Zuführungen (0,68 Mio. EUR) auf 59,42 Mio. EUR zum 31. Dezember 2015. Im Verhältnis zu den veranschlagten Auszahlungen (409,14 Mio. EUR) entsprach der Stand zum 31. Dezember 2015 einem Anteil von 14,5 %. Im BFG 2015 war für die UG 12 eine Rücklagenverwendung von 10,00 Mio. EUR berücksichtigt, die in der mittelfristigen Finanzplanung nicht enthalten war und die Auszahlungsobergrenze für das Jahr 2015 (420,14 Mio. EUR) erhöhte (siehe auch **TZ 4.4**).

4.4 Finanzrahmen

Ausgehend von den tatsächlichen Auszahlungen 2015 stellen sich die Auszahlungsobergrenzen für die UG 12 „Äußeres“ gemäß BFRG für die Finanzjahre 2016 bis 2020 wie folgt dar:

Tabelle 4.4–1: UG 12 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020

Finanzierungshaushalt									
UG 12 Äußeres	Auszahlungen (Ist)	Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG					Veränderung		
	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2015 (Ist) : 2020		durchschnittlich jährlich
	in Mio. EUR						in Mio. EUR	in %	in %
	441,58	**472,68**	**529,99**	**472,67**	**478,38**	**495,52**	**+ 53,94**	**+ 12,2**	**+ 2,3**
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze gesamt	*74.589,49*	*78.107,49*	*78.202,70*	*78.814,08*	*80.408,66*	*83.038,37*	*+ 8.448,88*	*+ 11,3*	*+ 2,2*
Anteil der UG 12	0,6 %	0,6 %	0,7 %	0,6 %	0,6 %	0,6 %	+ 0,0 %-Punkte		–
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze Rubrik 0,1	*8.700,11*	*9.723,54*	*9.653,34*	*9.235,99*	*9.252,45*	*9.525,66*	*+ 825,56*	*+ 9,5*	*+ 1,8*
Anteil der UG 12	5,1 %	4,9 %	5,5 %	5,1 %	5,2 %	5,2 %	+ 0,1 %-Punkte		–

Quellen: HIS, BFRG 2016 - 2019, 2017 - 2020, eigene Berechnung

Bis zum Jahr 2020 soll die Auszahlungsobergrenze für die UG 12 „Äußeres“ um + 53,94 Mio. EUR (+ 12,2 %) auf 495,52 Mio. EUR ansteigen. Dies entspricht einer Veränderungsrate gegenüber den tatsächlichen Auszahlungen 2015 von + 2,3 % im Jahresdurchschnitt. Für das Jahr 2017 ist ein Anstieg der Auszahlungsobergrenze auf 529,99 Mio. EUR (+ 20,0 % im Vergleich zu den Auszahlungen 2015) vorgesehen. Im Jahr 2015 betrug der Anteil der UG 12 „Äußeres“ an den Gesamtauszahlungen 0,6 % und an den Auszahlungen der Rubrik 0,1 5,1 %. Der Anteil der UG 12 an der Gesamt–Auszahlungsobergrenze soll bis 2020 unverändert bei 0,6 % bleiben bzw. soll er innerhalb der Rubrik 0,1 auf 5,2 % ansteigen.

Laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 seien die wichtigsten laufenden bzw. geplanten Maßnahmen und Reformen in der UG 12 „Äußeres“

- Armutsbekämpfung, Migrationsvermeidung und Schaffung von Rückkehranreizen durch Entwicklungsprojekte, humanitäre Hilfe und Zusammenarbeit auf europäischer und internationaler Ebene; Fortsetzung der „humanitären Initiative“ im Abrüstungsbereich;

- Förderung der sprachlichen (Deutsch), beruflichen und gesellschaftlichen Integration insbesondere bei asyl- und subsidiär schutzberechtigten Personen;

- OSZE Vorsitz 2017 zur Stärkung von Konfliktlösung, Konfliktvermeidung und der europäischen Sicherheitspolitik; Vorbereitung EU-Ratsvorsitz 2019; Schwerpunkt Westbalkan;

- Eröffnung von Botschaften in außenpolitischen und konsularischen Schwerpunktregionen, Schließung an anderen Standorten;

- Stärkung des internationalen Standortes Wien durch Konferenzen, Ansiedlung internationaler Organisation und Sicherung des Verbleibs der bereits in Wien beheimateten internationalen Organisationen.

Dafür seien als Steuerungs- und Korrekturmaßnahmen zur Einhaltung der Obergrenzen laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 eine Strukturreform im Auswärtigen Dienst, die Optimierung des Immobilienportfolios und des Personaleinsatzes, Gebührenanpassungen sowie Leistungsanpassungen erforderlich.

Die im BFRG 2017 bis 2020 vorgesehenen Auszahlungsobergrenzen für die Jahre 2017 bis 2019 wurden gegenüber dem bisher geltenden BFRG 2016 bis 2019 um insgesamt + 23,5 % bzw. um durchschnittlich + 94,04 Mio. EUR pro Jahr erhöht. Die Abweichungen würden laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 mit Aufstockungen für Integrationsmaßnahmen, Entwicklungszusammenarbeits-Mittel und dem Auslandskatastrophenfonds sowie mit den verpflichtenden Beiträgen an internationale Organisationen zusammenhängen. Außerdem erfolge die Verrechnung der Türkeifazilität der EU über die UG 12 „Äußeres“.

Im Folgenden wird ein Überblick über die Entwicklung der tatsächlichen Auszahlungen und der Auszahlungsobergrenzen von 2011 bis 2015 bzw. ein Vergleich der Auszahlungen zu den Auszahlungsobergrenzen des derzeit geltenden BFRG 2017 bis 2020 gegeben:

Tabelle 4.4–2: UG 12 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015

Finanzierungshaushalt									
UG 12 Äußeres	BFRG bzw. Zahlungen					Veränderung			
	2011	2012	2013	2014	2015	2014 : 2015		2011 : 2015	
	in Mio. EUR					in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Auszahlungsobergrenze UG 12	427,10	422,82	402,65	400,44	420,14	+ 19,70	+ 4,9	– 6,96	– 1,6
Auszahlungen UG 12	416,56	398,33	411,93	420,58	441,58	+ 21,00	+ 5,0	+ 25,02	+ 6,0
Abweichung Auszahlungen : Obergrenze	**– 10,54**	**– 24,49**	**+ 9,28**	**+ 20,13**	**+ 21,44**				
Abweichung in %	**– 2,5 %**	**– 5,8 %**	**+ 2,3 %**	**+ 5,0 %**	**+ 5,1 %**				

Quellen: HIS, BFRG 2011 - 2014, 2012 - 2015, 2013 - 2016, 2014 - 2017, 2015 - 2018, eigene Berechnung

Während ursprünglich zwischen 2011 und 2015 eine Reduzierung der Auszahlungsobergrenze gemäß BFRG um insgesamt - 6,96 Mio. EUR (– 1,6 %) vorgesehen war, erhöhten sich die Auszahlungen zwischen 2011 und 2015 tatsächlich um + 25,02 Mio. EUR (+ 6,0 %). Im Jahr 2015 lagen die tatsächlichen Auszahlungen um + 21,44 Mio. EUR (+ 5,1 %) über jenen, die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen waren.

Tabelle 4.4–3: UG 12 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG

Finanzierungshaushalt						
UG 12 Äußeres	Auszahlungen (Ist)		durchschnittliche jährliche Veränderung	BFRG	durchschnittliche jährliche Veränderung	Differenz der Veränderungsraten[1)]
	2011	2015	2011 : 2015	2020	2015 (Ist) : 2020 (BFRG)	
	in Mio. EUR		in %	in Mio. EUR	in %	in %-Punkten
	416,56	441,58	+ 1,5	495,52	+ 2,3	+ 0,9

1) Rundungsdifferenz möglich

Quellen: HIS, BFRG 2017 - 2020, eigene Berechnung

Die durchschnittliche jährliche Veränderung der Auszahlungen belief sich von 2011 bis 2015 auf + 1,5 %. Laut mittelfristiger Finanzplanung bis 2020 soll sie + 2,3 % betragen und somit um 0,9 Prozentpunkte stärker steigen als im Zeitraum 2011 bis 2015.

Die effiziente Aufgabenwahrnehmung im Bereich der UG 12 „Äußeres“ sollte aus Sicht des RH durch quantifizierte strukturelle Steuerungs- und Korrekturmaßnahmen unterstützt werden.

5 UG 13 „JUSTIZ“

UG 13 Justiz - BMJ	
zentrale Budgetbereiche	Justizanstalten
	Oberlandesgerichte
	Zentrale Ressourcensteuerung
	Strategie, Legistik
	Bewährungshilfe
	Sachwalter- und Patientenanwaltschaft
	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur
	Opferhilfe

Quelle: HIS

5.1 Vermögensrechnung

Tabelle 5.1–1: UG 13 – Vermögensrechnung[1)]

Vermögensrechnung						
UG 13 Justiz		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
A + B	**Vermögen**	**2.179,52**	**2.252,12**	**+ 72,60**	**+ 3,3**	**100,0**
A	Langfristiges Vermögen	1.769,92	1.813,54	+ 43,62	+ 2,5	80,5
A.I	Immaterielle Vermögenswerte	0,29	0,19	– 0,09	– 33,0	0,0
A.II	Sachanlagen	684,10	688,62	+ 4,52	+ 0,7	30,6
A.II.01	Grundstücke und Grundstückseinrichtungen	124,35	123,84	– 0,51	– 0,4	5,5
	GB 13.03 Strafvollzug	124,35	123,84	– 0,51	– 0,4	5,5
A.II.02	Gebäude und Bauten	479,51	474,52	– 4,99	– 1,0	21,1
	GB 13.03 Strafvollzug	479,51	474,52	– 4,99	– 1,0	21,1
A.IV	Beteiligungen	2,13	4,15	+ 2,02	+ 94,8	0,2
A.V	Langfristige Forderungen	1.083,40	1.120,57	+ 37,17	+ 3,4	49,8
A.V.06	Sonstige langfristige Forderungen (nv)	1.083,16	1.120,24	+ 37,08	+ 3,4	49,7
	GB 13.02 Rechtsprechung	1.082,55	1.118,25	+ 35,70	+ 3,3	49,7
	Vorschüsse (nv)	1.082,55	1.118,25	+ 35,70	+ 3,3	49,7
B	Kurzfristiges Vermögen	409,60	438,59	+ 28,98	+ 7,1	19,5
B.II	Kurzfristige Forderungen	210,45	212,58	+ 2,13	+ 1,0	9,4
B.II.03	aus Lieferungen und Leistungen	77,75	42,88	– 34,87	– 44,8	1,9
	GB 13.02 Rechtsprechung	76,72	41,86	– 34,86	– 45,4	1,9
B.II.06	Sonstige kurzfristige Forderungen (nv)	132,56	169,58	+ 37,02	+ 27,9	7,5
	GB 13.02 Rechtsprechung	103,56	122,01	+ 18,44	+ 17,8	5,4
	Aktive Rechnungsabgrenzung	51,68	61,73	+ 10,06	+ 19,5	2,7
	Übrige sonstige kurzfristige Forderungen	51,88	60,02	+ 8,14	+ 15,7	2,7
	GB 13.03 Strafvollzug	25,27	45,27	+ 20,01	+ 79,2	2,0
	Sonstige gegebene Anzahlungen	1,05	15,12	+ 14,07	+ 1.340,0	0,7
B.III	Vorräte	4,68	4,61	– 0,07	– 1,5	0,2
B.IV	Liquide Mittel	194,47	221,40	+ 26,93	+ 13,8	9,8
B.IV.01	Kassa, Bankguthaben bei Kreditinstituten und Banken	194,47	221,40	+ 26,93	+ 13,8	9,8
	GB 13.02 Rechtsprechung	193,60	220,41	+ 26,81	+ 13,8	9,8

UG 13

Vermögensrechnung

UG 13 Justiz		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
C	**Nettovermögen (Ausgleichsposten)**	**563,99**	**533,92**	**– 30,07**	**– 5,3**	
C.I	Neubewertungsrücklagen (Umbewertungskonto)	1,91	3,93	+ 2,02	+ 106,1	
C.IV	Jährliches Nettoergebnis (inkl. "Personal, das für Dritte leistet")	– 283,59	– 287,90	– 4,31	+ 1,5	
	GB 13.01 Steuerung und Services	– 73,72	– 84,22	– 10,49	+ 14,2	
	GB 13.02 Rechtsprechung	197,23	215,88	+ 18,64	+ 9,5	
	GB 13.03 Strafvollzug	– 407,10	– 419,56	– 12,46	+ 3,1	
C.V	Saldo aus der jährl. Eröffnungsbilanz	534,08	558,33	+ 24,26	+ 4,5	
C.VI	Bundesfinanzierung	311,60	259,56	– 52,04	– 16,7	
D + E	**Fremdmittel**	**1.615,54**	**1.718,21**	**+ 102,67**	**+ 6,4**	**100,0**
D	Langfristige Fremdmittel	116,44	121,73	+ 5,28	+ 4,5	7,1
D.II	Langfristige Verbindlichkeiten	0,62	0,57	– 0,04	– 7,3	0,0
D.III	Langfristige Rückstellungen	115,83	121,16	+ 5,33	+ 4,6	7,1
D.III.02	für Jubiläumszuwendungen	85,94	89,92	+ 3,98	+ 4,6	5,2
	GB 13.02 Rechtsprechung	62,69	65,32	+ 2,63	+ 4,2	3,8
E	Kurzfristige Fremdmittel	1.499,09	1.596,48	+ 97,39	+ 6,5	92,9
E.II	Kurzfristige Verbindlichkeiten	1.444,86	1.542,09	+ 97,23	+ 6,7	89,7
E.II.05	Verpflichtungen aus nicht voranschlagswirksamer Gebarung (durchlaufende Gebarung)	1.353,48	1.434,62	+ 81,14	+ 6,0	83,5
	GB 13.02 Rechtsprechung	1.345,43	1.425,55	+ 80,12	+ 6,0	83,0
	Sonstige Verpflichtungen aus nicht voranschlagswirksamer Gebarung	1.345,41	1.425,53	+ 80,12	+ 6,0	83,0
E.II.06	Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	75,40	88,62	+ 13,22	+ 17,5	5,2
	GB 13.02 Rechtsprechung	46,99	54,82	+ 7,83	+ 16,7	3,2
E.III	Kurzfristige Rückstellungen	54,24	54,39	+ 0,15	+ 0,3	3,2
E.III.02	für nicht konsumierte Urlaube	54,24	54,39	+ 0,15	+ 0,3	3,2

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Vermögensrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 betrug in der UG 13 „Justiz" 2,252 Mrd. EUR und stieg gegenüber 31. Dezember 2014 um + 72,60 Mio. EUR (+ 3,3 %) an. Der Anteil des kurzfristigen Vermögens betrug 19,5 % und der des langfristigen Vermögens 80,5 %. Dem Vermögen standen Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 von 1,718 Mrd. EUR gegenüber, die im Vergleich zum 31. Dezember 2014 um + 102,67 Mio. EUR (+ 6,4 %) anwuchsen. Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 waren zu 92,9 % kurzfristig und zu 7,1 % langfristig. Nachdem das Vermögen die Fremdmittel überstieg, ergab sich ein Nettovermögen (Ausgleichsposten) zum 31. Dezember 2015 von 533,92 Mio. EUR (– 30,07 Mio. EUR bzw. – 5,3 % gegenüber 31. Dezember 2014).

A. und B. Vermögen

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 (2,252 Mrd. EUR) setzte sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- A.II Sachanlagen: 688,62 Mio. EUR (30,6 %), davon 123,84 Mio. EUR für Grundstücke und Grundstückseinrichtungen sowie 474,52 Mio. EUR für Gebäude und Bauten,
- A.V Langfristige Forderungen: 1,121 Mrd. EUR (49,8 %), davon 1,120 Mrd. EUR für Sonstige langfristige Forderungen (nicht veranschlagt),
- B.II Kurzfristige Forderungen: 212,58 Mio. EUR (9,4 %), davon 169,58 Mio. EUR für Sonstige kurzfristige Forderungen (nicht veranschlagt) (Aktive Rechnungsabgrenzungen gesamt 92,09 Mio. EUR und im GB 13.02 „Rechtsprechung“: 61,73 Mio. EUR) und
- B.IV Liquide Mittel (Kassa, Bankguthaben bei Kreditinstituten und Banken): 221,40 Mio. EUR (9,8 %).

Der Anstieg des Vermögens gegenüber 31. Dezember 2014 von + 72,60 Mio. EUR (+ 3,3 %) resultierte insbesondere aus Veränderungen bei Sonstigen langfristigen Forderungen (nicht veranschlagt) (A.V.06) von + 37,08 Mio. EUR (+ 3,4 %), Kurzfristigen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (B.II.03) von – 34,87 Mio. EUR (– 44,8 %), Sonstigen kurzfristigen Forderungen (nicht veranschlagt) (B.II.06) von + 37,02 Mio. EUR (+ 27,9 %), davon Aktive Rechnungsabgrenzungen gesamt + 17,79 Mio. EUR (GB 13.02 „Rechtsprechung“ + 10,06 Mio. EUR) und Kassa, Bankguthaben bei Kreditinstituten und Banken (B.IV.01) von + 26,93 Mio. EUR (+ 13,8 %).

Nach Angaben des BMJ resultiere die Erhöhung der sonstigen langfristigen Forderungen (nicht veranschlagt) aus dem erhöhten Ausweis gewährter Unterhaltsvorschüsse. Diese seien in der UG 13 „Justiz” durchlaufende Gebarung und würden voranschlagswirksam im Familienlastenausgleichsfonds (UG 25) verrechnet. Der Rückgang der kurzfristigen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sei auf die gesunkenen Anfallszahlen in Zivilprozessen zurückzuführen. Die Aktive Rechnungsabgrenzung beinhalte laut BMJ die Abgrenzung der Mietzahlungen für das erste Quartal 2016 an die BIG (Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H.) bzw. ARE (Austrian Real Estate GmbH) sowie Akontierungszahlungen an die Justizbetreuungsagentur. Die Erhöhung der Position Kassa, Bankguthaben bei Kreditinstituten und Banken begründe sich laut BMJ aus gerichtlich verwahrten Bargeldbeträgen, insbesondere aus Kautionen nach der Strafprozessordnung und aus angelegten Verwahrgeldern (Sparbücher).

D. und E. Fremdmittel

Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 (1,718 Mrd. EUR) setzten sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- D.III Langfristige Rückstellungen: 121,16 Mio. EUR (7,1 %), davon 89,92 Mio. EUR für Jubiläumszuwendungen,

- E.II Kurzfristige Verbindlichkeiten: 1,542 Mrd. EUR (89,7 %), davon 1,435 Mrd. EUR aus Verpflichtungen aus nichtvoranschlagswirksamer Gebarung (durchlaufende Gebarung) und 88,62 Mio. EUR für Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten (Passive Rechnungsabgrenzungen: 73,99 Mio. EUR) sowie

- E.III Kurzfristige Rückstellungen: 54,39 Mio. EUR (3,2 %), davon 54,39 Mio. EUR für nicht konsumierte Urlaube.

Der Anstieg der Fremdmittel gegenüber 31. Dezember 2014 von + 102,67 Mio. EUR (+ 6,4 %) war insbesondere auf Veränderungen bei Verpflichtungen aus nicht voranschlagswirksamer Gebarung (durchlaufende Gebarung) (E.II.05) von + 81,14 Mio. EUR (+ 6,0 %) und Sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten (E.II.06) von + 13,22 Mio. EUR (+ 17,5 %) zurückzuführen.

Nach Angaben des BMJ begründe sich der Anstieg der Verpflichtungen aus nicht voranschlagswirksamer Gebarung einerseits aus dem erhöhten Ausweis gewährter Unterhaltsvorschüsse (aktivseitig wurden in etwa gleicher Höhe (rd. 35,54 Mio. EUR) Forderungen erfasst) und andererseits aus der Kumulation offener Parteiengelder aus Gerichtsverfahren, Sicherheitsleistungen und Kostenvorschüsse, wobei dieser Betrag abhängig von der Art und Anzahl der zu Grunde liegenden Gerichtsverfahren ist (rd. 46,76 Mio. EUR). Der Anstieg der sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten im GB 13.02 „Rechtsprechung“ ließe sich laut BMJ vor allem auf die passive Rechnungabgrenzung zurückführen, welche die Abgrenzung der Bankbuchungen der Beamtengehälter Jänner beinhalte.

5.2 Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung

Tabelle 5.2-1: UG 13 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung[1)]

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 13 Justiz		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
A	**Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (= A.I + A.II – A.III – A.IV)**	**– 270,96**	**– 271,63**	**– 0,67**	**+ 0,2**	**– 257,69**	**– 240,19**	**+ 17,51**	**– 6,8**	**+ 31,44**
A.II	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1.057,68	1.139,45	+ 81,77	+ 7,7	1.025,29	1.142,59	+ 117,29	+ 11,4	+ 3,14
A.II.02	Erträge aus Kostenbeiträgen und Gebühren	985,95	1.047,05	+ 61,10	+ 6,2	947,41	1.068,87	+ 121,46	+ 12,8	+ 21,82
	GB 13.02 Rechtsprechung	954,85	1.014,51	+ 59,66	+ 6,2	916,31	1.036,34	+ 120,02	+ 13,1	+ 21,82
A.II.03	Sonstige Erträge	56,08	76,16	+ 20,07	+ 35,8	62,31	57,34	– 4,97	– 8,0	– 18,81
	GB 13.02 Rechtsprechung	51,32	69,54	+ 18,22	+ 35,5	58,65	53,91	– 4,75	– 8,1	– 15,64
A.III	Personalaufwand	679,50	704,52	+ 25,01	+ 3,7	671,08	697,43	+ 26,34	+ 3,9	– 7,09
A.III.01	Bezüge	479,37	497,96	+ 18,59	+ 3,9	480,43	499,56	+ 19,13	+ 4,0	+ 1,60
	GB 13.02 Rechtsprechung	340,45	353,10	+ 12,65	+ 3,7	341,16	354,12	+ 12,97	+ 3,8	+ 1,02
	GB 13.03 Strafvollzug	125,29	127,59	+ 2,30	+ 1,8	125,60	127,90	+ 2,31	+ 1,8	+ 0,31
A.III.04	Gesetzlicher Sozialaufwand	117,39	121,94	+ 4,55	+ 3,9	117,50	122,09	+ 4,60	+ 3,9	+ 0,15
	GB 13.02 Rechtsprechung	79,45	82,41	+ 2,96	+ 3,7	79,48	82,44	+ 2,96	+ 3,7	+ 0,03
A.IV	Betrieblicher Sachaufwand	649,14	706,56	+ 57,42	+ 8,8	611,90	685,35	+ 73,44	+ 12,0	– 21,21
A.IV.02	Mieten	109,12	138,87	+ 29,75	+ 27,3	110,09	164,31	+ 54,22	+ 49,3	+ 25,45
	GB 13.02 Rechtsprechung	74,86	101,13	+ 26,28	+ 35,1	76,53	110,48	+ 33,95	+ 44,4	+ 9,34
	GB 13.03 Strafvollzug	33,98	37,18	+ 3,20	+ 9,4	33,39	53,19	+ 19,81	+ 59,3	+ 16,01
	GB 13.02 Rechtsprechung	17,18	6,68	– 10,51	– 61,1	17,14	8,37	– 8,77	– 51,1	+ 1,70
A.IV.06	Aufwand für Werkleistungen	361,92	381,03	+ 19,11	+ 5,3	356,07	375,14	+ 19,07	+ 5,4	– 5,89
	GB 13.02 Rechtsprechung	197,26	205,88	+ 8,62	+ 4,4	194,03	200,91	+ 6,87	+ 3,5	– 4,97
	GB 13.03 Strafvollzug	151,94	160,87	+ 8,93	+ 5,9	149,00	162,35	+ 13,35	+ 9,0	+ 1,47
A.IV.11	Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	21,60	21,72	+ 0,12	+ 0,6					– 21,72
	GB 13.03 Strafvollzug	16,10	15,89	– 0,21	– 1,3					– 15,89
A.IV.14	Sonstiger betrieblicher Sachaufwand	71,34	83,25	+ 11,91	+ 16,7	61,72	62,69	+ 0,97	+ 1,6	– 20,56
	GB 13.02 Rechtsprechung	36,02	47,60	+ 11,58	+ 32,1	27,11	27,15	+ 0,04	+ 0,1	– 20,45
B	**Transferergebnis (= B.I – B.II)**	**– 12,63**	**– 16,27**	**– 3,64**	**+ 28,8**	**– 17,30**	**– 13,26**	**+ 4,05**	**– 23,4**	**+ 3,01**
B.I	Erträge aus Transfers	56,44	51,97	– 4,48	– 7,9	51,83	55,01	+ 3,18	+ 6,1	+ 3,04
B.I.01	Erträge aus Transfers von öffentlichen Körperschaften und Rechtsträgern	55,73	51,81	– 3,92	– 7,0	51,12	54,86	+ 3,73	+ 7,3	+ 3,04
B.II	Transferaufwand	69,07	68,24	– 0,84	– 1,2	69,13	68,27	– 0,87	– 1,3	+ 0,03

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 13 Justiz		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
C	**Ergebnis aus d. operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers (= A + B)**	**– 283,59**	**– 287,90**	**– 4,31**	**+ 1,5**	**– 275,00**	**– 253,45**	**+ 21,55**	**– 7,8**	**+ 34,46**
D	**Finanzergebnis (= D.I – D.II)**	**+ 0,00**	**+ 0,00**	**– 0,00**	**– 21,5**	**+ 0,00**	**+ 0,00**	**– 0,00**	**– 11,3**	**+ 0,00**
D.I	Finanzerträge	0,00	0,00	– 0,00	– 21,5	0,00	0,00	– 0,00	– 11,3	+ 0,00
C*	**Geldfluss aus empfangenen s. gewährten Darlehen und Vorschüssen**					**+ 0,15**	**+ 0,07**	**– 0,08**	**– 54,0**	**+ 0,07**
D*	**Geldfluss aus der Investitionstätigkeit**					**– 22,48**	**– 27,96**	**– 5,48**	**+ 24,4**	**– 27,96**
E	**Nettoergebnis (ER: C + D) / Nettofinanzierungssaldo (FR: C + D + C* + D*)**	**– 283,59**	**– 287,90**	**– 4,31**	**+ 1,5**	**– 297,33**	**– 281,34**	**+ 15,99**	**– 5,4**	**+ 6,56**
	davon Erträge/ Einzahlungen	1.114,12	1.191,41	+ 77,29	+ 6,9	1.077,38	1.197,70	+ 120,32	+ 11,2	+ 6,28
	davon Aufwendungen/ Auszahlungen	1.397,71	1.479,31	+ 81,60	+ 5,8	1.374,70	1.479,04	+ 104,33	+ 7,6	– 0,28
	davon Erträge aus Vorperioden	– 6,62		+ 6,62	– 100,0					0,00
	davon Aufwand aus Vorperioden	9,12	20,45	+ 11,33	+ 124,2					– 20,45
	um Vorperioden bereinigtes Nettoergebnis	**– 267,85**	**– 267,45**	**+ 0,40**	**– 0,2**	**– 297,33**	**– 281,34**	**+ 15,99**	**– 5,4**	**– 13,89**

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Ergebnis- und Finanzierungsrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

In der UG 13 „Justiz“ betrug das Nettoergebnis 2015 (E) der konsolidierten Ergebnisrechnung – 287,90 Mio. EUR. Es setzte sich zusammen aus

- dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) von – 271,63 Mio. EUR (– 0,67 Mio. EUR gegenüber 2014),
- dem Transferergebnis (B) von – 16,27 Mio. EUR (– 3,64 Mio. EUR gegenüber 2014) und
- dem Finanzergebnis (D) von + 2.632,22 EUR (– 719,18 EUR gegenüber 2014).

Die Erträge in der UG 13 machten 1,191 Mrd. EUR

- darunter 1,139 Mrd. EUR aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) sowie 51,97 Mio. EUR aus Transfers (B.I), 2.632,22 EUR aus Finanzerträgen (D.I)

und die Aufwendungen 1,479 Mrd. EUR aus

- darunter 704,52 Mio. EUR aus Personalaufwand (A.III), 706,56 Mio. EUR aus betrieblichem Sachaufwand (A.IV) sowie 68,24 Mio. EUR aus Transferaufwand (B.II).

Das Nettoergebnis 2015 verschlechterte sich um 4,31 Mio. EUR bzw. um 1,5 % gegenüber 2014.

A. Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit

Die Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) betrugen 1,139 Mrd. EUR.

- Die Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) waren im Wesentlichen den Erträgen aus Kostenbeiträgen und Gebühren (1,047 Mrd. EUR) und den sonstigen Erträgen (76,16 Mio. EUR) zuzuordnen.

Nach Angaben des BMJ handle es sich bei den Erträgen aus Kostenbeiträgen und Gebühren vor allem um Erträge aus Gerichtsgebühren, wie z.B. Zivilprozesse (32,76 Mio. EUR), Konkursverfahren (8,49 Mio. EUR), Firmenbuch (40,09 Mio. EUR), Außerstreit- und Justizverwaltungssachen (613,57 Mio. EUR) oder Elektronischer Gebühreneinzug gemäß Abbuchungs- und Einziehungs-Verordnung (AEV) (307,75 Mio. EUR). Die sonstigen Erträge beinhalteten laut BMJ insbesondere Erträge des Kartellgerichts (31,25 Mio. EUR), Erträge aus verfallenen Kautionen nach § 180 Abs. 4 StPO (Strafprozessordnung) und beschlagnahmte Vermögenswerte nach § 375 StPO (24,22 Mio. EUR) sowie Erträge von Geldstrafen auf Grund rechtskräftiger Urteile (9,27 Mio. EUR).

Den Erträgen standen Aufwendungen für Personal (A.III) von 704,52 Mio. EUR und für betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von 706,56 Mio. EUR gegenüber.

- Die wesentlichen Positionen im Personalaufwand betrafen Bezüge (497,96 Mio. EUR) und den Gesetzlichen Sozialaufwand (121,94 Mio. EUR).

– Der betriebliche Sachaufwand entstand insbesondere für Mieten (138,87 Mio. EUR), Werkleistungen (381,03 Mio. EUR) und Sonstigen betrieblichen Sachaufwand (83,25 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMJ hätten die Mieten vor allem das GB 13.02 „Rechtssprechung“ und dabei insbesondere die Mieten für Justizbehörden (75,49 Mio. EUR), die Betriebskosten für Justizbehörden (8,32 Mio. EUR) sowie die Gebäudemieten inkl. Betriebskosten, welche nicht über die BIG (Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H.) bzw. ARE (Austrian Real Estate GmbH) angemietet worden seien (15,00 Mio. EUR) betroffen. Laut BMJ würde es sich bei den Werkleistungen um Aufwendungen zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs handeln. Insbesondere handle es sich dabei um Leistungen an Sachverständige (90,44 Mio. EUR), Aufwandskostenzuschuss für Bewährungshilfe (rd. 34,86 Mio. EUR), Vollzugskostenbeiträge gemäß § 32 StVG (Strafvollzugsgesetz) (30,76 Mio. EUR), Entgelte für Unterbrechungen gemäß § 21 Abs. 1 StGB (Strafgesetzbuch) und § 429 Abs. 4 StPO (Strafprozessordnung) (30,26 Mio. EUR) sowie Aufwendungen für die Bundesrechenzentrum GmbH (30,11 Mio. EUR). In der Position sonstiger betrieblicher Sachaufwand seien Aufwendungen betreffend Vorperioden erfasst worden (10,35 Mio. EUR).[1]

Das Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit 2015 verschlechterte sich um 0,67 Mio. EUR bzw. um 0,2 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten bei

– den Erträgen aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) von + 81,77 Mio. EUR: darunter Erträge aus Kostenbeiträgen und Gebühren (+ 61,10 Mio. EUR) sowie sonstige Erträge (+ 20,07 Mio. EUR),

– dem Personalaufwand (A.III) von + 25,01 Mio. EUR: darunter Bezüge (+ 18,59 Mio. EUR) sowie

– dem betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von + 57,42 Mio. EUR: darunter Mieten (+ 29,75 Mio. EUR), Aufwand für Werkleistungen (+ 19,11 Mio. EUR) und Sonstiger betrieblicher Sachaufwand (+ 11,91 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMJ sei die Erhöhung der Erträge aus Kostenbeiträgen und Gebühren einerseits auf erhöhte Erträge von Grundbuchgebühren (Gerichtsgebühren) (+ 84,44 Mio. EUR) und andererseits auf gesunkene Erträge im Zusammenhang mit Zivilprozessen aufgrund von gesunkenen Anfallszahlen im Zivilprozessverfahren (– 25,18 Mio. EUR) zurückzuführen.

1 siehe **BRA 2015, Textteil Band 3: Ordnungsmäßigkeits- und Belegprüfung der Haushaltsverrechnung des Bundes für das Jahr 2015 gemäß § 9 RHG 1948, TZ 16**.

Die Erhöhung der Bezüge resultiere laut BMJ aus der Gehaltserhöhung von 1,77 % (inklusive Struktureffekt 2,77 %). Die Erhöhung der Mieten sei vor allem auf den Bereich der Justizbehörden (+ 24,71 Mio. EUR) zurückzuführen und begründe sich auf Indexanpassungen und Baukostenbeiträge, auf den Baukostenzuschuss für das Landesgericht Salzburg in der Höhe von 21,50 Mio. EUR sowie auf die Zuschlagsmiete für den Zubau bei der Staatsanwaltschaft St. Pölten in der Höhe von 6,28 Mio. EUR.

B. Transferergebnis

Die Erträge aus Transfers (B.I) betrugen 51,97 Mio. EUR. Den Erträgen stand ein Transferaufwand (B.II) von 68,24 Mio. EUR gegenüber.

- Wesentliche Positionen der Erträge aus Transfers (B.I) waren Transfers von öffentlichen Körperschaften und Rechtsträgern (51,81 Mio. EUR).

Die Transfererträge von öffentlichen Körperschaften und Rechtsträgern beinhalteten laut Angabe des BMJ die Ersätze der Sozialversicherungsträger (43,26 Mio. EUR) und die Ersätze von Ländern (8,55 Mio. EUR).

E. Nettoergebnis versus Nettofinanzierungssaldo

Der Nettofinanzierungssaldo aus der konsolidierten Finanzierungsrechnung fiel mit – 281,34 Mio. EUR um + 6,56 Mio. EUR günstiger aus als das Nettoergebnis aus der konsolidierten Ergebnisrechnung (– 287,90 Mio. EUR). Im Nettofinanzierungssaldo waren Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus empfangenen sowie gewährten Darlehen und Vorschüssen (+ 0,07 Mio. EUR) sowie Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus der Investitionstätigkeit (– 27,96 Mio. EUR) berücksichtigt, die im Nettoergebnis nicht enthalten waren.

Weitere Unterschiede zwischen dem Nettofinanzierungssaldo und dem Nettoergebnis beruhten auf Abweichungen zwischen dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) (+ 31,44 Mio. EUR), dem Transferergebnis (B) (+ 3,01 Mio. EUR) und dem Finanzergebnis (D) (+ 553,35 EUR) vom korrespondierenden Geldfluss. Dafür verantwortlich waren im Wesentlichen folgende Positionen:

- Abweichungen bei den Erträgen aus der Verwaltungstätigkeit (A.II) von + 3,14 Mio. EUR: davon Erträge aus Kostenbeiträgen und Gebühren (+ 21,82 Mio. EUR) sowie sonstige Erträge (– 18,81 Mio. EUR) und

- Abweichungen beim betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von – 21,21 Mio. EUR: davon Mieten (+ 25,45 Mio. EUR), Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte (– 21,72 Mio. EUR) sowie Sonstiger betrieblicher Sachaufwand (– 20,56 Mio. EUR).

Die Abweichung zwischen Nettoergebnis und Nettofinanzierungssaldo im Bereich der Erträge bzw. Einzahlungen war auf Periodenabgrenzungen zurückzuführen. Im Bereich der Erträge aus Zivilprozessen (Position Erträge aus Kostenbeiträgen und Gebühren) überstiegen die Einzahlungen die Erträge um ca. 25,78 Mio. EUR, hingegen waren die Erträge aus Geldstrafen gemäß § 19 Strafgesetzbuch und § 16 Finanzstrafgesetz (Position sonstige Erträge) um 13,48 Mio. EUR geringer als die entsprechenden Einzahlungen. Der betriebliche Sachaufwand war um 21,21 Mio. EUR schlechter als der korrespondierende Geldfluss. Dies lag vor allem an Periodenabgrenzungen im Bereich der Mieten (Auszahlungen fanden im Finanzjahr 2015 für das Jahr 2016 statt), an der nicht-finanzierungswirksamen Erfassung von Abschreibungen für Abnutzungen sowie an der nicht-finanzierungswirksamen Erfassung von Aufwendungen aus Vorperioden im sonstigen betrieblichen Sachaufwand.

5.3 Voranschlagsvergleichsrechnungen

5.3.1 Ergebnishaushalt

Tabelle 5.3-1: UG 13 – Ergebnishaushalt 2015

Ergebnishaushalt							
UG 13 Justiz	**Erfolg 2014**	**Voranschlag 2015**	**Erfolg 2015**	**Veränderung Erfolg 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015**	
	in Mio. EUR			in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Erträge	1.111,68	1.036,73	1.189,55	+ 77,88	+ 7,0	+ 152,82	+ 14,7
Aufwendungen	1.395,21	1.384,74	1.477,45	+ 82,24	+ 5,9	+ 92,71	+ 6,7
Nettoergebnis	**– 283,54**	**– 348,01**	**– 287,90**	**– 4,36**	**+ 1,5**	**+ 60,11**	**– 17,3**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Erträge in der UG 13 „Justiz“ 1,190 Mrd. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 77,88 Mio. EUR (+ 7,0 %) und gegenüber dem Voranschlag um 152,82 Mio. EUR (+ 14,7 %) angestiegen.

Die Aufwendungen des Jahres 2015 waren mit 1,477 Mrd. EUR um 82,24 Mio. EUR (+ 5,9 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Aufwendungen um 92,71 Mio. EUR (+ 6,7 %) höher.

Das Nettoergebnis der UG 13 „Justiz“ lag 2015 bei – 287,90 Mio. EUR. Es war um 4,36 Mio. EUR schlechter und damit um 1,5 % höher als jenes für 2014 (– 283,54 Mio. EUR) und um 60,11 Mio. EUR besser und damit um 17,3 % niedriger als im Voranschlag (– 348,01 Mio. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*grün und kursiv*) fassen die vom BMJ bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 13 „Justiz“ (Tabelle I.2.11.1)**.

Tabelle 5.3-2: Ergebnishaushalt, UG 13 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Ergebnishaushalt					
UG 13 Justiz		**Voranschlag 2015**	**Erfolg 2015**	**Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015**	
		in Mio. EUR			in %
	Erträge	**1.036,73**	**1.189,55**	**+ 152,82**	**+ 14,7**
	Aufwendungen	**1.384,74**	**1.477,45**	**+ 92,71**	**+ 6,7**
	Nettoergebnis	**– 348,01**	**– 287,90**	**+ 60,11**	
GB 13.01	**Steuerung und Services**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,59	0,60	+ 0,01	+ 1,8
	Erträge	**0,59**	**0,60**	**+ 0,01**	**+ 1,8**
	Personalaufwand	17,89	24,77	+ 6,89	+ 38,5
	Transferaufwand	37,95	40,85	+ 2,89	+ 7,6
	Betrieblicher Sachaufwand	17,87	19,20	+ 1,33	+ 7,4
	Aufwendungen	**73,71**	**84,82**	**+ 11,11**	**+ 15,1**
GB 13.02	**Rechtsprechung**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	956,02	1.128,13	+ 172,11	+ 18,0
	Erträge	**956,02**	**1.128,13**	**+ 172,11**	**+ 18,0**
	Personalaufwand	488,56	472,01	– 16,55	– 3,4
	Transferaufwand	19,04	20,99	+ 1,95	+ 10,2
	Betrieblicher Sachaufwand	329,51	419,26	+ 89,75	+ 27,2
	Aufwendungen	**837,10**	**912,25**	**+ 75,15**	**+ 9,0**
GB 13.03	**Strafvollzug**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	80,12	60,82	– 19,30	– 24,1
	Finanzerträge	0,00	0,00	+ 0,00	+ 31,6
	Erträge	**80,12**	**60,82**	**– 19,30**	**– 24,1**
	Personalaufwand	224,32	205,04	– 19,28	– 8,6
	Transferaufwand	7,02	6,40	– 0,62	– 8,8
	Betrieblicher Sachaufwand	242,59	268,93	+ 26,35	+ 10,9
	Aufwendungen	**473,93**	**480,38**	**+ 6,45**	**+ 1,4**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mehrerträge im GB 13.02 „Rechtsprechung"

+ 172,11 Mio. EUR in der MVAG „Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mehrerträge aus Erlösen für hoheitliche Leistungen, da ein großer Teil der Gerichtsgebühren vom Wert des Entscheidungsgegenstandes abhängig ist. Die Zahl der Verfahren und der zugrunde liegende Anspruch oder Wert sind dementsprechend weder voraussehbar noch steuerbar.

Minderaufwendungen im GB 13.02 „Rechtsprechung"

– 16,55 Mio. EUR in der MVAG „Personalaufwand"

Minderaufwendungen für die Dotierung von Rückstellungen für Jubiläumszuwendungen.

Mehraufwendungen im GB 13.02 „Rechtsprechung"

+ 89,75 Mio. EUR in der MVAG „Betrieblicher Sachaufwand"

Mehraufwendungen durch die Bestellung von Sachverständigen und Dolmetschern, die weder steuer– noch vorhersehbar sind (+ 16,01 Mio. EUR) sowie durch Aufwendungen für Mieten und Baukostenzuschüsse der Justizbehörden (insgesamt + 41,23 Mio. EUR); weitere Mehraufwendungen durch die häufigere Inanspruchnahme von Betreuungsleistungen (Drogentherapien statt Haftstrafen), höhere Pauschalsätze und allgemein gestiegene Preise (+ 14,80 Mio. EUR); Mehraufwendungen für Leistungen der Bundesrechenzentrum GmbH i.Z.m. IT–Projekten (+ 10,42 Mio. EUR).

Mindererträge im GB 13.03 „Strafvollzug"

– 19,30 Mio. EUR in der MVAG „Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mindererträge aus der Auflösung von Personal-Rückstellungen.

Minderaufwendungen im GB 13.03 „Strafvollzug"

– 19,28 Mio. EUR in der MVAG „Personalaufwand"

Minderaufwendungen für die Dotierung von Rückstellungen für Jubiläumszuwendungen.

Mehraufwendungen im GB 13.03 „Strafvollzug"

+ 26,35 Mio. EUR in der MVAG „Betrieblicher Sachaufwand"

Mehraufwendungen bei den Mieten der Justizanstalten durch Indexanpassungen, den Baukostenzuschuss für das Landesgericht Salzburg und die Zuschlagsmiete für den Zubau bei der Strafanstalt St. Pölten

(+ 5,14 Mio. EUR); Mehraufwendungen durch die Aufnahme von zusätzlichen Mitarbeitern der Justizbetreuungsagentur, insbesondere für die Erweiterung des Forensischen Zentrums Asten (+ 7,37 Mio. EUR); weitere Mehraufwendungen für die medizinische Versorgung und die Unterbringung der Gefängnisinsassen in psychiatrischen Kliniken (+ 13,33 Mio. EUR).

5.3.2 Finanzierungshaushalt

Tabelle 5.3-3: UG 13 – Finanzierungshaushalt 2015

Finanzierungshaushalt							
UG 13 Justiz	**Zahlungen 2014**	**Voranschlag 2015**	**Zahlungen 2015**	**Veränderung Zahlungen 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015**	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Einzahlungen	1.074,93	980,00	1.195,85	+ 120,91	+ 11,2	+ 215,85	+ 22,0
Auszahlungen	1.372,26	1.309,13	1.477,18	+ 104,93	+ 7,6	+ 168,05	+ 12,8
Nettofinanzierungssaldo	**– 297,33**	**– 329,13**	**– 281,34**	**+ 15,99**	**– 5,4**	**+ 47,79**	**– 14,5**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Einzahlungen in der UG 13 „Justiz“ 1,196 Mrd. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 120,91 Mio. EUR (+ 11,2 %) und gegenüber dem Voranschlag um 215,85 Mio. EUR (+ 22,0 %) angestiegen.

Die Auszahlungen des Jahres 2015 waren mit 1,477 Mrd. EUR um 104,93 Mio. EUR (+ 7,6 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Auszahlungen um 168,05 Mio. EUR (+ 12,8 %) höher.

Der Nettofinanzierungssaldo der UG 13 „Justiz“ lag 2015 bei – 281,34 Mio. EUR. Er war um 15,99 Mio. EUR besser und damit um 5,4 % niedriger als jener für 2014 (– 297,33 Mio. EUR) bzw. um 47,79 Mio. EUR besser und damit um 14,5 % niedriger als im Voranschlag (– 329,13 Mio. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*blau und kursiv*) fassen die vom BMJ bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 13 „Justiz“ (Tabelle I.2.8.1)**.

Tabelle 5.3-4: Finanzierungshaushalt, UG 13 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Finanzierungshaushalt					
UG 13 Justiz		Voranschlag 2015	Zahlungen 2015	Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015	
		in Mio. EUR			in %
	Einzahlungen	**980,00**	**1.195,85**	**+ 215,85**	**+ 22,0**
	Auszahlungen	**1.309,13**	**1.477,18**	**+ 168,05**	**+ 12,8**
	Nettofinanzierungssaldo	**– 329,13**	**– 281,34**	**+ 47,79**	
GB 13.01	**Steuerung und Services**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,29	0,59	+ 0,30	+ 104,4
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,00	–	– 0,00	– 100,0
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,01	0,01	– 0,00	– 43,8
	Einzahlungen	**0,30**	**0,60**	**+ 0,30**	**+ 97,5**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	35,14	39,62	+ 4,48	+ 12,7
	Auszahlungen aus Transfers	37,95	40,86	+ 2,90	+ 7,7
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,20	0,46	+ 0,26	+ 128,1
	Auszahlungen	**73,30**	**80,94**	**+ 7,64**	**+ 10,4**
GB 13.02	**Rechtsprechung**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	923,78	1.134,35	+ 210,57	+ 22,8
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,01	0,00	– 0,01	– 76,8
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,20	0,07	– 0,14	– 68,1
	Einzahlungen	**923,99**	**1.134,42**	**+ 210,43**	**+ 22,8**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	767,45	867,16	+ 99,71	+ 13,0
	Auszahlungen aus Transfers	19,04	20,99	+ 1,95	+ 10,2
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	5,14	8,43	+ 3,29	+ 64,1
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,01	0,00	– 0,00	– 56,0
	Auszahlungen	**791,63**	**896,59**	**+ 104,95**	**+ 13,3**
GB 13.03	**Strafvollzug**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	55,51	60,80	+ 5,29	+ 9,5
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,13	0,03	– 0,10	– 78,6
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,07	0,00	– 0,07	– 98,4
	Einzahlungen	**55,71**	**60,83**	**+ 5,12**	**+ 9,2**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	427,23	474,14	+ 46,91	+ 11,0
	Auszahlungen aus Transfers	7,02	6,42	– 0,60	– 8,5
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	9,95	19,10	+ 9,15	+ 91,9
	Auszahlungen	**444,20**	**499,66**	**+ 55,46**	**+ 12,5**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mehreinzahlungen im GB 13.02 „Rechtsprechung"

+ 210,57 Mio. EUR in der MVAG „Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mehreinzahlungen aus Erlösen für hoheitliche Leistungen, da ein großer Teil der Gerichtsgebühren vom Wert des Entscheidungsgegenstandes abhängig ist. Die Zahl der Verfahren und der zugrunde liegende Anspruch oder Wert sind dementsprechend weder voraussehbar noch steuerbar.

Mehrauszahlungen im GB 13.02 „Rechtsprechung"

+ 99,71 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit"

Mehrauszahlungen beim Personalaufwand infolge der Bezugserhöhung und des Struktureffekts (+ 12,98 Mio. EUR); Mehrauszahlungen durch die Bestellung von Sachverständigen und Dolmetschern, die weder steuer– noch vorhersehbar sind (+ 15,59 Mio. EUR) sowie durch Auszahlungen für Mieten und Baukostenzuschüsse der Justizbehörden (insgesamt + 42,01 Mio. EUR); weitere Mehrauszahlungen durch die häufigere Inanspruchnahme von Betreuungsleistungen (Drogentherapien statt Haftstrafen), höhere Pauschalsätze und allgemein gestiegene Preise (+ 13,68 Mio. EUR).

Mehrauszahlungen im GB 13.03 „Strafvollzug"

+ 46,91 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit"

Mehrauszahlungen beim Personalaufwand infolge der Bezugserhöhung, des Struktureffekts und der teilweisen Besetzung der 100 zusätzlichen Planstellen für den Strafvollzug (+ 3,44 Mio. EUR); Mehrauszahlungen bei den Mieten der Justizanstalten durch die vorgezogene Bezahlung des 1. Quartals 2016 noch zu Lasten des Finanzjahres 2015 an die Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H. (BIG)/Austrian Real Estate GmbH (ARE) (+ 17,53 Mio. EUR); Mehrauszahlungen durch die Aufnahme von zusätzlichen Mitarbeitern der Justizbetreuungsagentur, insbesondere für die Erweiterung des Forensischen Zentrums Asten (+ 7,30 Mio. EUR); weitere Mehrauszahlungen für die medizinische Versorgung und die Unterbringung der Gefängnisinsassen in psychiatrischen Kliniken (+ 12,07 Mio. EUR).

5.3.3 Haushaltsrücklagen

Tabelle 5.3-5: UG 13 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015

Finanzierungshaushalt								
UG 13 Justiz	**Anfangs-bestand**	**Umbuchung**	**Entnahme**	**Auflösung**	**Zuführung**	**Endbestand**	**Veränderung 2014 : 2015**	
	in Mio. EUR							in %
Detailbudgetrücklagen	237,29	–	– 42,55	–	+ 17,12	211,85	– 25,43	– 10,7
Zweckgebundene Einzahlungsrücklagen	0,08	–	–	–	–	0,08	0,00	0,0
Gesamtsumme	**237,36**	**–**	**– 42,55**	**–**	**+ 17,12**	**211,93**	**– 25,43**	**– 10,7**

Quellen: Rücklagengebarung, eigene Berechnung

Der Stand der Rücklagen in der UG 13 „Justiz“ belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 237,36 Mio. EUR und veränderte sich durch Entnahmen (42,55 Mio. EUR) und Zuführungen (17,12 Mio. EUR) auf 211,93 Mio. EUR zum 31. Dezember 2015. Im Verhältnis zu den veranschlagten Auszahlungen (1,309 Mrd. EUR) entsprach der Stand zum 31. Dezember 2015 einem Anteil von 16,2 %. Im BFG 2015 war für die UG 13 eine Rücklagenverwendung von 39,77 Mio. EUR berücksichtigt, die in der mittelfristigen Finanzplanung nicht enthalten war und die Auszahlungsobergrenze für das Jahr 2015 (1,269 Mrd. EUR) erhöhte (siehe auch **TZ 5.4**).

5.4 Finanzrahmen

Ausgehend von den tatsächlichen Auszahlungen 2015 stellen sich die Auszahlungsobergrenzen für die UG 13 „Justiz“ gemäß BFRG für die Finanzjahre 2016 bis 2020 wie folgt dar:

Tabelle 5.4–1: UG 13 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020

Finanzierungshaushalt									
UG 13 Justiz	**Auszahlungen (Ist)**	**Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG**					**Veränderung**		
	2015	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**	**2020**	**2015 (Ist) : 2020**		**durch-schnittlich jährlich**
	in Mio. EUR							in %	
	1.477,18	**1.378,79**	**1.399,07**	**1.416,66**	**1.435,44**	**1.455,61**	**– 21,57**	**– 1,5**	**– 0,3**
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze gesamt	*74.589,49*	*78.107,49*	*78.202,70*	*78.814,08*	*80.408,66*	*83.038,37*	*+ 8.448,88*	*+ 11,3*	*+ 2,2*
Anteil der UG 13	2,0 %	1,8 %	1,8 %	1,8 %	1,8 %	1,8 %	– 0,2 %-Punkte		–
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze Rubrik 0,1	*8.700,11*	*9.723,54*	*9.653,34*	*9.235,99*	*9.252,45*	*9.525,66*	*+ 825,56*	*+ 9,5*	*+ 1,8*
Anteil der UG 13	17,0 %	14,2 %	14,5 %	15,3 %	15,5 %	15,3 %	– 1,7 %-Punkte		–

Quellen: HIS, BFRG 2016 - 2019, 2017 - 2020, eigene Berechnung

Bis zum Jahr 2020 soll die Auszahlungsobergrenze für die UG 13 „Justiz“ um - 21,57 Mio. EUR (– 1,5 %) auf 1,456 Mrd. EUR sinken. Dies entspricht einer Veränderungsrate gegenüber den tatsächlichen Auszahlungen 2015 von – 0,3 % im Jahresdurchschnitt. Im Jahr 2015 betrug der Anteil der UG 13 „Justiz“ an den Gesamtauszahlungen 2,0 % und an den Auszahlungen der Rubrik 0,1 17,0 %. Der Anteil der UG 13 an der Gesamt–Auszahlungsobergrenze soll bis 2020 auf 1,8 % zurückgehen bzw. innerhalb der Rubrik 0,1 auf 15,3 % sinken.

Laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 seien folgende laufende bzw. geplante Maßnahmen und Reformen besonders wichtig für die budgetäre Zielerreichung:

- Erarbeitung von Begutachtungsentwürfen und Bereitstellung von Fachexpertisen, kundenfreundliche und barrierefreie Adaptierung der öffentlichen Räume in Gerichtsgebäuden und zentrale erste Anlaufstellen für Informationen („Servicecenter“);
- Ausbau der Messung und fortlaufende Optimierung der Verfahrensdauer und -abwicklung;
- Ausbau der elektronischen Einbringungsmöglichkeit sowie der elektronischen Zustellungen von Gerichtsentscheidungen;
- Optimierung der Prozesse und Ausbau der IT-Unterstützungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Exekutionsverfahren in der Verfahrensautomation Justiz, mobilen Gerichtsvollziehern, und der Integrierten Vollzugsverwaltung zur Beschleunigung der Durchsetzung gerichtlicher Entscheidungen;
- Ausbau des Arbeitswesens im Strafvollzug;
- Schaffung von Haftplätzen für Frauen in landesgerichtlichen Gefangenenhäusern einschließlich von Beschäftigungsmöglichkeiten;
- bessere Qualifizierung der Inhaftierten während der Haft;
- Verlängerung der Gerichtspraxis bei gleichzeitiger Anhebung des Ausbildungsbeitrags für Rechtspraktikanten;
- weiterer Ausbau der Rechte von besonders schutzbedürftigen Opfern im Strafverfahren.

Zur Einhaltung der Auszahlungsobergrenzen führt der Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 als erforderliche Steuerungs– und Korrekturmaßnahmen die Finalisierung der Zusammenlegungen kleiner Bezirksgerichte (Finanzierung der Investitionen aus Rücklagen), den Ausbau der

Unterstützung von Gerichten, Staatsanwaltschaften, Verfahrensbeteiligten und Justizanstalten durch Informationstechnologie und die Optimierung der medizinischen Versorgung der Insassen im Straf- und Maßnahmenvollzug in enger Abstimmung mit justizeigenen und externen Fachleuten an.

Die im BFRG 2017 bis 2020 vorgesehenen Auszahlungsobergrenzen für die Jahre 2017 bis 2019 wurden gegenüber dem bisher geltenden BFRG 2016 bis 2019 um insgesamt + 8,1 % bzw. um durchschnittlich + 106,50 Mio. EUR pro Jahr erhöht. Laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 seien für die Jahre 2016 bis 2020 jeweils einzahlungsseitige Sockelbereinigungen von jährlich 109,30 Mio. EUR sowie eine Anhebung der jährlichen Einzahlungstangente[2] vorgesehen. Für 2017 bis 2020 sei eine Anpassung aufgrund der Rechtslage im Familienlastenausgleichsfonds vorzunehmen.

Im Folgenden wird ein Überblick über die Entwicklung der tatsächlichen Auszahlungen und der Auszahlungsobergrenzen von 2011 bis 2015 bzw. ein Vergleich der Auszahlungen zu den Auszahlungsobergrenzen des derzeit geltenden BFRG 2017 bis 2020 gegeben:

Tabelle 5.4–2: UG 13 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015

Finanzierungshaushalt									
UG 13 Justiz	**BFRG bzw. Zahlungen**					**Veränderung**			
	2011	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	**2014 : 2015**		**2011 : 2015**	
	in Mio. EUR					in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Auszahlungsobergrenze UG 13	1.150,50	1.185,85	1.289,15	1.259,05	1.269,37	+ 10,31	+ 0,8	+ 118,87	+ 10,3
Auszahlungen UG 13	1.201,66	1.276,43	1.311,10	1.372,26	1.477,18	+ 104,93	+ 7,6	+ 275,52	+ 22,9
Abweichung Auszahlungen : Obergrenze	**+ 51,16**	**+ 90,58**	**+ 21,95**	**+ 113,21**	**+ 207,82**				
Abweichung in %	**+ 4,4 %**	**+ 7,6 %**	**+ 1,7 %**	**+ 9,0 %**	**+ 16,4 %**				

Quellen: HIS, BFRG 2011 - 2014, 2012 - 2015, 2013 - 2016, 2014 - 2017, 2015 - 2018, eigene Berechnung

Während ursprünglich zwischen 2011 und 2015 eine Erhöhung der Auszahlungsobergrenze gemäß BFRG um insgesamt + 118,87 Mio. EUR (+ 10,3 %) vorgesehen war, erhöhten sich die Auszahlungen zwischen 2011 und 2015 tatsächlich um + 275,52 Mio. EUR (+ 22,9 %). Im Jahr 2015 lagen die tatsächlichen Auszahlungen um + 207,82 Mio. EUR (+ 16,4 %) über jenen, die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen waren.

2 Mit der Einzahlungstangente soll die Prognose der Einzahlungen der tatsächlichen Entwicklung derselben angepasst werden, damit nicht ständig Rücklagen gebildet würden, die langfristig zu höheren Auszahlungen führen würden.

Tabelle 5.4–3: UG 13 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG

Finanzierungshaushalt						
UG 13 Justiz	Auszahlungen (Ist)		durchschnittliche jährliche Veränderung	BFRG	durchschnittliche jährliche Veränderung	Differenz der Veränderungs-raten[1]
	2011	2015	2011 : 2015	2020	2015 (Ist) : 2020 (BFRG)	
	in Mio. EUR		in %	in Mio. EUR	in %	in %-Punkten
	1.201,66	**1.477,18**	**+ 5,3**	**1.455,61**	**– 0,3**	**– 5,6**

1) Rundungsdifferenz möglich

Quellen: HIS, BFRG 2017 - 2020, eigene Berechnung

Die durchschnittliche jährliche Veränderung der Auszahlungen belief sich von 2011 bis 2015 auf + 5,3 %. Laut mittelfristiger Finanzplanung bis 2020 soll sie – 0,3 % betragen und somit um 5,6 Prozentpunkte zurückgehen.

Um die Auszahlungsobergrenzen in der UG 13 „Justiz“ bis 2020 einhalten zu können, bedarf es der Umsetzung quantifizierter struktureller Steuerungs- und Korrekturmaßnahmen.

Der RH weist auf folgende im Jahr 2015 dem Nationalrat vorgelegte Berichte hin:

- Gleichstellungsziel, Gleichstellungsmaßnahmen und Indikatoren im BMJ (Reihe Bund 2015/12)

Das BMJ hatte in den Jahren 2013 bis 2015 kein eigenständiges Gleichstellungsziel definiert, sondern den Gleichstellungsaspekt „Berücksichtigung der Lebenssituation weiblicher Insassen im Straf- und Maßnahmenvollzug“ als Teil des allgemeinen Wirkungsziels 5 formuliert. Zu häftlingsbezogenen Merkmalen (z.B. Dauer der Haft, abgeschlossene Schulbildung) erhob das BMJ zwar geschlechtsspezifische Daten, diese wiesen jedoch erhebliche Qualitätsmängel auf. Auch beeinträchtigten die Fehlbestände bei den sozioökonomischen Daten und das Fehlen steuerungsrelevanter Indikatoren (z.B. Ausbildung) die Steuerungsfähigkeit. Der Gleichstellungsaspekt im Wirkungsziel 5 des BMJ war nicht ausreichend konsistent und nicht nachvollziehbar, die Überprüfbarkeit war eingeschränkt.

- Steuerung und Qualitätssicherung in gerichtlichen Strafverfahren am Beispiel ausgewählter Gerichte (Reihe Bund 2015/2)

Der RH kritisierte unter anderem, dass bei gerichtlichen Strafverfahren bundesweit große Unterschiede hinsichtlich der Verfahrensdauern bestanden und der Justizverwaltung zwar Steuerungs– und Qualitätssicherungsinstrumente zur Verfügung standen, diese jedoch in der bestehenden Form nur eingeschränkt einsetzbar bzw. geeignet waren.

6 UG 14 „MILITÄRISCHE ANGELEGENHEITEN UND SPORT“

UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport - BMLVS	
zentrale Budgetbereiche	Streitkräfteunterhalt, allg. Einsatzvorbereitung u. Einsatz
	Streitkräftebereitstellung
	strategische Leitung, Planung und Information
	Besondere Sportförderung

Quelle: HIS

6.1 Vermögensrechnung

Tabelle 6.1–1: UG 14 – Vermögensrechnung[1)]

Vermögensrechnung						
UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
A + B	**Vermögen**	**6.607,96**	**6.546,97**	**– 60,99**	**– 0,9**	**100,0**
A	Langfristiges Vermögen	6.036,90	5.985,84	– 51,06	– 0,8	91,4
A.I	Immaterielle Vermögenswerte	2,83	5,72	+ 2,89	+ 102,2	0,1
A.II	Sachanlagen	5.847,15	5.751,92	– 95,23	– 1,6	87,9
A.II.01	Grundstücke und Grundstückseinrichtungen	2.528,12	2.432,87	– 95,25	– 3,8	37,2
	GB 14.02 Streitkräfte	2.528,12	2.432,87	– 95,25	– 3,8	37,2
A.II.02	Gebäude und Bauten	1.284,92	1.295,56	+ 10,64	+ 0,8	19,8
	GB 14.02 Streitkräfte	1.284,92	1.295,56	+ 10,64	+ 0,8	19,8
A.II.03	Technische Anlagen	1.686,17	1.619,00	– 67,16	– 4,0	24,7
	GB 14.02 Streitkräfte	1.681,87	1.615,36	– 66,51	– 4,0	24,7
	Fahrzeuge	1.660,30	1.595,13	– 65,17	– 3,9	24,4
A.II.04	Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung	297,16	294,82	– 2,34	– 0,8	4,5
	GB 14.02 Streitkräfte	290,58	288,84	– 1,74	– 0,6	4,4
A.II.06	Gegebene Anzahlungen für Anlagen	47,18	105,93	+ 58,75	+ 124,5	1,6
	GB 14.02 Streitkräfte	47,18	105,93	+ 58,75	+ 124,5	1,6
A.IV	Beteiligungen	38,65	38,65	0,00	0,0	0,6
A.V	Langfristige Forderungen	148,27	189,55	+ 41,28	+ 27,8	2,9
A.V.05	Sonstige langfristige Forderungen (v)	147,17	188,33	+ 41,16	+ 28,0	2,9
	GB 14.02 Streitkräfte	142,89	184,09	+ 41,20	+ 28,8	2,8
	Übrige sonstige langfristige Forderungen	142,89	184,07	+ 41,18	+ 28,8	2,8
B	Kurzfristiges Vermögen	571,05	561,13	– 9,93	– 1,7	8,6
B.II	Kurzfristige Forderungen	171,24	202,40	+ 31,15	+ 18,2	3,1
B.II.06	Sonstige kurzfristige Forderungen (nv)	160,38	189,85	+ 29,47	+ 18,4	2,9
	GB 14.02 Streitkräfte	138,93	166,45	+ 27,53	+ 19,8	2,5
	Aktive Rechnungsabgrenzung	90,99	112,22	+ 21,24	+ 23,3	1,7
B.III	Vorräte	395,81	354,18	– 41,63	– 10,5	5,4
B.III.01	Vorräte	395,81	354,18	– 41,63	– 10,5	5,4
	GB 14.02 Streitkräfte	395,63	354,02	– 41,60	– 10,5	5,4
B.IV	Liquide Mittel	4,01	4,55	+ 0,54	+ 13,6	0,1
C	**Nettovermögen (Ausgleichsposten)**	**6.054,52**	**5.897,47**	**– 157,05**	**– 2,6**	
C.IV	Jährliches Nettoergebnis (inkl. "Personal, das für Dritte leistet")	– 2.316,59	– 2.109,25	+ 207,35	– 9,0	
	GB 14.01 Steuerung und Service	– 203,35	– 204,87	– 1,52	+ 0,7	
	GB 14.02 Streitkräfte	– 1.989,09	– 1.784,80	+ 204,28	– 10,3	
	GB 14.03 Sport	– 124,16	– 119,58	+ 4,58	– 3,7	
C.V	Saldo aus der jährl. Eröffnungsbilanz	6.200,90	5.995,42	– 205,48	– 3,3	
C.VI	Bundesfinanzierung	2.170,21	2.011,29	– 158,92	– 7,3	

Vermögensrechnung

UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
D + E	**Fremdmittel**	**553,43**	**649,50**	**+ 96,07**	**+ 17,4**	**100,0**
D	Langfristige Fremdmittel	333,67	376,22	+ 42,55	+ 12,8	57,9
D.II	Langfristige Verbindlichkeiten	146,95	188,17	+ 41,22	+ 28,1	29,0
D.II.04	Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	146,95	188,17	+ 41,22	+ 28,1	29,0
	GB 14.02 Streitkräfte	146,77	187,96	+ 41,19	+ 28,1	28,9
	Übrige sonstige langfristige Verbindlichkeiten	146,77	187,96	+ 41,19	+ 28,1	28,9
D.III	Langfristige Rückstellungen	186,72	188,05	+ 1,33	+ 0,7	29,0
D.III.02	für Jubiläumszuwendungen	141,18	140,88	– 0,29	– 0,2	21,7
	GB 14.02 Streitkräfte	119,69	119,19	– 0,49	– 0,4	18,4
E	Kurzfristige Fremdmittel	219,77	273,28	+ 53,51	+ 24,3	42,1
E.II	Kurzfristige Verbindlichkeiten	143,14	196,36	+ 53,22	+ 37,2	30,2
E.II.06	Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	123,66	164,39	+ 40,73	+ 32,9	25,3
	GB 14.02 Streitkräfte	106,60	144,55	+ 37,95	+ 35,6	22,3
	Passive Rechnungsabgrenzungen	103,92	140,38	+ 36,46	+ 35,1	21,6
E.III	Kurzfristige Rückstellungen	76,63	76,92	+ 0,29	+ 0,4	11,8
E.III.02	für nicht konsumierte Urlaube	75,75	76,03	+ 0,29	+ 0,4	11,7
	GB 14.02 Streitkräfte	64,68	65,10	+ 0,41	+ 0,6	10,0

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Vermögensrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 betrug in der UG 14 „Militärische Angelegenheiten und Sport" 6,547 Mrd. EUR und sank gegenüber 31. Dezember 2014 um – 60,99 Mio. EUR (– 0,9 %). Der Anteil des kurzfristigen Vermögens betrug 8,6 % und der des langfristigen Vermögens 91,4 %. Dem Vermögen standen Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 von 649,50 Mio. EUR gegenüber, die im Vergleich zum 31. Dezember 2014 um + 96,07 Mio. EUR (+ 17,4 %) anwuchsen. Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 waren zu 42,1 % kurzfristig und zu 57,9 % langfristig. Nachdem das Vermögen die Fremdmittel überstieg, ergab sich ein Nettovermögen (Ausgleichsposten) zum 31. Dezember 2015 von 5,897 Mrd. EUR (– 157,05 Mio. EUR bzw. – 2,6 % gegenüber 31. Dezember 2014).

A. und B. Vermögen

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 (6,547 Mrd. EUR) setzte sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- A.II Sachanlagen: 5,752 Mrd. EUR (87,9 %), davon 2,433 Mrd. EUR für Grundstücke und Grundstückseinrichtungen, 1,296 Mrd. EUR für Gebäude und Bauten, 1,619 Mrd. EUR für Technische Anlagen, 294,82 Mio. EUR für Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung und 105,93 Mio. EUR für Gegebene Anzahlungen für Anlagen,

- A.V Langfristige Forderungen: 189,55 Mio. EUR (2,9 %), davon 188,33 Mio. EUR für Sonstige langfristige Forderungen (veranschlagt),

- B.II Kurzfristige Forderungen: 202,40 Mio. EUR (3,1 %), davon 189,85 Mio. EUR für Sonstige kurzfristige Forderungen (nicht veranschlagt) (Aktive Rechnungsabgrenzungen gesamt 129,64 Mio. EUR und im GB 14.02 „Streitkräfte“: 112,22 Mio. EUR) und

- B.III Vorräte: 354,18 Mio. EUR (5,4 %).

Der Rückgang des Vermögens gegenüber 31. Dezember 2014 von – 60,99 Mio. EUR (– 0,9 %) resultierte insbesondere aus Veränderungen bei Grundstücken und Grundstückseinrichtungen (A.II.01) von – 95,25 Mio. EUR (– 3,8 %), Gebäuden und Bauten (A.II.02) von + 10,64 Mio. EUR (+ 0,8 %), Technischen Anlagen (A.II.03) von – 67,16 Mio. EUR (– 4,0 %), Gegebenen Anzahlungen für Anlagen (A.II.06) von + 58,75 Mio. EUR (+ 124,5 %), Sonstigen langfristigen Forderungen (veranschlagt) (A.V.05) von + 41,16 Mio. EUR (+ 28,0 %), Sonstigen kurzfristigen Forderungen (nicht veranschlagt) (B.II.06) von + 29,47 Mio. EUR (+ 18,4 %), davon Aktive Rechnungsabgrenzungen gesamt + 22,95 Mio. EUR (GB 14.02 „Streitkräfte“ + 21,24 Mio. EUR) sowie Vorräte (B.III.01) von – 41,63 Mio. EUR (– 10,5 %).

Nach Angaben des BMLVS sei der Rückgang der Grundstücke und Grundstückseinrichtungen vor allem auf die Verwertung von Teilflächen der General Körner Kaserne in Wien bzw. der Magdeburg Kaserne in Klosterneuburg zurückzuführen. Der Anstieg von Gebäuden und Bauten resultiere laut BMLVS aus diversen Neubaumaßnahmen wie beispielsweise der Generalsanierung von Objekten am Fliegerhorst Vogler oder der Neuerrichtung einer Gerätehalle und Abstellfläche in der Birago Kaserne. Die wesentlichsten Änderungen der Technischen Anlagen begründen sich einerseits durch Abschreibungen von Anlagen und andererseits durch Anlagenabgänge (z.B. Verkauf von Pinzgauerfahrzeugen). Der hohe Anstieg der Gegebenen Anzahlungen für Anlagen sei laut BMLVS auf die Umsetzung von geplanten Vorhaben in Form von Anzahlungen zurückzuführen. Diese Vorhaben seien beispielsweise das Allschutz-Transport-Fahrzeug DINGO mit 20,02 Mio. EUR, Modernisierung (Midlife-Update) des Transport-Hubschraubers Augusta Bell (AB212) mit 12,10 Mio. EUR oder Wechselaufbausysteme für LKW mit 6,89 Mio. EUR. Nach Angaben des BMLVS sei die Erhöhung der Sonstigen langfristigen Forderungen (veranschlagt) vor allem auf die Verrechnung von Sicherstellungen (z.B. Bankgarantien für Anzahlungen oder Haftrücklässe) zurückzuführen. Die Sonstigen kurzfristigen Forderungen (nicht veranschlagt) hätten sich vor allem aufgrund der Aktiven Rechnungsabgrenzung erhöht. Laut BMLVS sei die Reduzierung der Vorräte auf den Verkauf von Altmaterial sowie Ersatzteilen zurückzuführen.

D. und E. Fremdmittel

Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 (649,50 Mio. EUR) setzten sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- D.II Langfristige Verbindlichkeiten: 188,17 Mio. EUR (29,0 %), davon 188,17 Mio. EUR für Sonstige langfristige Verbindlichkeiten,
- D.III Langfristige Rückstellungen: 188,05 Mio. EUR (29,0 %), davon 140,88 Mio. EUR für Jubiläumszuwendungen,
- E.II Kurzfristige Verbindlichkeiten: 196,36 Mio. EUR (30,2 %), davon 164,39 Mio. EUR für Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten (Passive Rechnungsabgrenzungen gesamt 158,46 Mio. EUR und im GB 14.02 „Streitkräfte“: 140,38 Mio. EUR) und
- E.III Kurzfristige Rückstellungen: 76,92 Mio. EUR (11,8 %), davon 76,03 Mio. EUR für nicht konsumierte Urlaube.

Der Anstieg der Fremdmittel gegenüber 31. Dezember 2014 von + 96,07 Mio. EUR (+ 17,4 %) war insbesondere auf Veränderungen bei Sonstigen langfristigen Verbindlichkeiten (D.II.04) von + 41,22 Mio. EUR (+ 28,1 %) und Sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten (E.II.06) von + 40,73 Mio. EUR (+ 32,9 %), davon Passive Rechnungsabgrenzungen gesamt + 38,85 Mio. EUR (GB 14.02 „Streitkräfte“ + 36,46 Mio. EUR) zurückzuführen.

Nach Angaben des BMLVS sei die Erhöhung der Sonstigen langfristigen Verbindlichkeiten auf die Verrechnung von Sicherstellungen (z.B. Bankgarantien für Anzahlungen oder Haftrücklässe) zurückzuführen. Die Sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten erhöhten sich laut BMLVS vor allem aufgrund der Passiven Rechnungsabgrenzung, die sich mit den Abgrenzungsbuchungen zum Jahresende begründeten.

6.2 Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung

Tabelle 6.2-1: UG 14 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung[1)]

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
A	**Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (= A.I + A.II – A.III – A.IV)**	**– 2.192,03**	**– 1.990,56**	**+ 201,47**	**– 9,2**	**– 1.683,88**	**– 1.706,78**	**– 22,91**	**+ 1,4**	**+ 283,77**
A.II	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	– 220,70	67,18	+ 287,87	– 130,4	38,80	59,30	+ 20,50	+ 52,8	– 7,87
A.II.01	Erträge aus wirtschaftlicher Tätigkeit	– 250,41	32,95	+ 283,36	– 113,2	29,35	37,14	+ 7,79	+ 26,5	+ 4,19
	GB 14.02 Streitkräfte	– 260,71	21,44	+ 282,15	– 108,2	17,68	25,71	+ 8,04	+ 45,5	+ 4,27
A.II.03	Sonstige Erträge	22,83	22,21	– 0,61	– 2,7	2,73	10,00	+ 7,27	+ 266,2	– 12,21
	GB 14.02 Streitkräfte	21,82	21,36	– 0,45	– 2,1	2,01	9,29	+ 7,27	+ 360,9	– 12,08
A.III	Personalaufwand	1.134,46	1.187,29	+ 52,84	+ 4,7	1.130,97	1.183,83	+ 52,86	+ 4,7	– 3,46
A.III.01	Bezüge	786,90	822,47	+ 35,57	+ 4,5	788,25	824,22	+ 35,97	+ 4,6	+ 1,75
	GB 14.01 Steuerung und Service	108,97	112,53	+ 3,57	+ 3,3	109,21	112,96	+ 3,75	+ 3,4	+ 0,42
	GB 14.02 Streitkräfte	675,75	707,62	+ 31,87	+ 4,7	676,84	708,94	+ 32,10	+ 4,7	+ 1,32
A.III.02	Mehrdienstleistungen	64,74	68,88	+ 4,14	+ 6,4	65,00	66,70	+ 1,70	+ 2,6	– 2,19
	GB 14.02 Streitkräfte	58,76	62,15	+ 3,39	+ 5,8	58,96	60,21	+ 1,25	+ 2,1	– 1,94
A.III.03	Sonstige Nebengebühren	66,66	71,60	+ 4,94	+ 7,4	65,79	72,74	+ 6,94	+ 10,6	+ 1,13
	GB 14.02 Streitkräfte	55,94	59,86	+ 3,92	+ 7,0	55,02	60,98	+ 5,96	+ 10,8	+ 1,12
A.III.04	Gesetzlicher Sozialaufwand	196,78	204,02	+ 7,24	+ 3,7	195,01	202,73	+ 7,72	+ 4,0	– 1,29
	GB 14.02 Streitkräfte	170,30	176,51	+ 6,21	+ 3,6	168,48	175,30	+ 6,81	+ 4,0	– 1,22
A.IV	Betrieblicher Sachaufwand	836,88	870,44	+ 33,57	+ 4,0	591,71	582,26	– 9,45	– 1,6	– 288,18
A.IV.03	Instandhaltung	96,66	95,42	– 1,24	– 1,3	97,44	91,51	– 5,93	– 6,1	– 3,91
	GB 14.02 Streitkräfte	96,15	94,90	– 1,24	– 1,3	96,92	90,99	– 5,93	– 6,1	– 3,91
A.IV.06	Aufwand für Werkleistungen	106,35	113,88	+ 7,53	+ 7,1	103,66	109,33	+ 5,67	+ 5,5	– 4,56
	GB 14.02 Streitkräfte	83,19	91,82	+ 8,62	+ 10,4	80,05	87,38	+ 7,33	+ 9,2	– 4,44
A.IV.09	Heeresanlagen	81,61	74,08	– 7,54	– 9,2	61,28	90,20	+ 28,92	+ 47,2	+ 16,13
	GB 14.02 Streitkräfte	81,29	73,77	– 7,51	– 9,2	60,95	89,90	+ 28,95	+ 47,5	+ 16,12
A.IV.10	Entschädigung an Präsenz- und Zivildienstleistende	75,53	68,58	– 6,95	– 9,2	75,83	68,84	– 6,99	– 9,2	+ 0,25
	GB 14.02 Streitkräfte	73,67	67,17	– 6,50	– 8,8	74,01	67,44	– 6,57	– 8,9	+ 0,27
A.IV.11	Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	240,45	244,16	+ 3,71	+ 1,5					– 244,16
	GB 14.02 Streitkräfte	237,10	241,78	+ 4,68	+ 2,0					– 241,78
A.IV.12	Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	1,54	42,61	+ 41,08	+ 2.675,5	1,57	0,41	– 1,16	– 74,1	– 42,21
	GB 14.02 Streitkräfte	1,19	42,36	+ 41,18	+ 3.467,2	1,23	0,17	– 1,06	– 86,3	– 42,20
A.IV.14	Sonstiger betrieblicher Sachaufwand	156,32	163,08	+ 6,76	+ 4,3	172,43	150,28	– 22,15	– 12,8	– 12,80
	GB 14.02 Streitkräfte	151,67	158,60	+ 6,93	+ 4,6	167,84	145,94	– 21,90	– 13,0	– 12,66

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
B	**Transferergebnis (= B.I – B.II)**	**– 124,56**	**– 119,51**	**+ 5,05**	**– 4,1**	**– 124,61**	**– 119,62**	**+ 4,98**	**– 4,0**	**– 0,11**
B.I	Erträge aus Transfers	3,58	3,89	+ 0,31	+ 8,8	3,57	3,95	+ 0,38	+ 10,7	+ 0,06
B.II	Transferaufwand	128,14	123,40	– 4,74	– 3,7	128,18	123,57	– 4,60	– 3,6	+ 0,17
B.II.05	Transfers an private Haushalte	110,57	106,10	– 4,47	– 4,0	110,61	106,50	– 4,11	– 3,7	+ 0,40
	GB 14.03 Sport	101,37	97,68	– 3,69	– 3,6	101,42	98,05	– 3,37	– 3,3	+ 0,37
C	**Ergebnis aus d. operativen Verwaltungs-tätigkeit und Transfers (= A + B)**	**– 2.316,59**	**– 2.110,07**	**+ 206,52**	**– 8,9**	**– 1.808,48**	**– 1.826,41**	**– 17,92**	**+ 1,0**	**+ 283,66**
D	**Finanzergebnis (= D.I – D.II)**	**0,00**	**+ 0,83**	**+ 0,83**	**–**	**0,00**	**+ 0,83**	**+ 0,83**	**–**	**0,00**
D.I	Finanzerträge		0,83	+ 0,83	–		0,83	+ 0,83	–	0,00
C*	**Geldfluss aus empfangenen s. gewährten Darlehen und Vorschüssen**					**+ 0,60**	**– 0,02**	**– 0,62**	**– 102,9**	**– 0,02**
D*	**Geldfluss aus der Investitionstätigkeit**					**– 327,58**	**– 188,04**	**+ 139,54**	**– 42,6**	**– 188,04**
D.II*	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit					327,58	188,04	– 139,54	– 42,6	+ 188,04
	GB 14.02 Streitkräfte					326,14	186,84	– 139,30	– 42,7	+ 186,84
E	**Nettoergebnis (ER: C + D) / Nettofinanzierungssaldo (FR: C + D + C* + D*)**	**– 2.316,59**	**– 2.109,25**	**+ 207,35**	**– 9,0**	**– 2.135,46**	**– 2.013,64**	**+ 121,83**	**– 5,7**	**+ 95,61**
	davon Erträge/ Einzahlungen	– 217,12	71,89	+ 289,01	– 133,1	44,87	66,26	+ 21,40	+ 47,7	– 5,63
	davon Aufwendungen/ Auszahlungen	2.099,47	2.181,14	+ 81,67	+ 3,9	2.180,33	2.079,90	– 100,43	– 4,6	– 101,24
	davon Erträge aus Vorperioden	0,09	– 0,02	– 0,11	– 123,8					+ 0,02
	davon Aufwand aus Vorperioden	0,12	0,57	+ 0,45	+ 379,9					– 0,57
	um Vorperioden bereinigtes Nettoergebnis	**– 2.316,57**	**– 2.108,66**	**+ 207,91**	**– 9,0**	**– 2.135,46**	**– 2.013,64**	**+ 121,83**	**– 5,7**	**+ 95,02**

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Ergebnis- und Finanzierungsrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

In der UG 14 „Militärische Angelegenheiten und Sport“ betrug das Nettoergebnis 2015 (E) der konsolidierten Ergebnisrechnung – 2,109 Mrd. EUR. Es setzte sich zusammen aus

- dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) von – 1,991 Mrd. EUR (+ 201,47 Mio. EUR gegenüber 2014),
- dem Transferergebnis (B) von – 119,51 Mio. EUR (+ 5,05 Mio. EUR gegenüber 2014) und

– dem Finanzergebnis (D) von + 0,83 Mio. EUR (+ 0,83 Mio. EUR gegenüber 2014).

Die Erträge in der UG 14 machten 71,89 Mio. EUR

– darunter 67,18 Mio. EUR aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II), 3,89 Mio. EUR aus Transfers (B.I) sowie 0,83 Mio. EUR aus Finanzerträgen (D.I)

und die Aufwendungen 2,181 Mrd. EUR aus

– darunter 1,187 Mrd. EUR aus Personalaufwand (A.III), 870,44 Mio. EUR aus betrieblichem Sachaufwand (A.IV) sowie 123,40 Mio. EUR aus Transferaufwand (B.II).

Das Nettoergebnis 2015 verbesserte sich um 207,35 Mio. EUR bzw. um 9,0 % gegenüber 2014.

A. Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit

Die Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) betrugen 67,18 Mio. EUR.

Den Erträgen standen Aufwendungen für Personal (A.III) von 1,187 Mrd. EUR und betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von 870,44 Mio. EUR gegenüber.

– Die wesentlichen Positionen im Personalaufwand betrafen Bezüge (822,47 Mio. EUR), Mehrdienstleistungen (68,88 Mio. EUR), Sonstige Nebengebühren (71,60 Mio. EUR) und den Gesetzlichen Sozialaufwand (204,02 Mio. EUR).

– Der betriebliche Sachaufwand entstand insbesondere für Instandhaltung (95,42 Mio. EUR), Werkleistungen (113,88 Mio. EUR), Heeresanlagen (74,08 Mio. EUR), Entschädigung an Präsenz- und Zivildienstleistende (68,58 Mio. EUR), Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte (244,16 Mio. EUR) und Sonstigen betrieblichen Sachaufwand (163,08 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMLVS beinhalte die Position Bezüge vor allem die Gehälter für Beamte und Vertragsbedienstete. Die Position Mehrdienstleistungen setze sich vor allem aus Überstundenvergütungen, Journaldienstzulagen und Pauschalvergütungen für den verlängerten Dienstplan zusammen. Die Sonstigen Nebengebühren ergäben sich aus den Aufwendungen für Entsendungen sowie aus Aufwendungen für Erschwerniszulagen. Der

gesetzliche Sozialaufwand ergebe sich aus Aufwendungen für Dienstgeberbeiträge aus Pensionen der Beamten und aus Aufwendungen für sonstige Sozialversicherungsbeiträge. Die Instandhaltungen hätten laut BMLVS vor allem die Instandhaltung für Gebäude (39,01 Mio. EUR) sowie den Betriebsaufwand für Luftfahrzeuge (27,49 Mio. EUR) und Kraftfahrzeuge (11,73 Mio. EUR) beinhaltet. Nach Angaben des BMLVS beträfen mehr als die Hälfte der Werkleistungen die Luftfahrt, wie beispielsweise Luftraumüberwachung oder Ausbildung (51,10 Mio. EUR). Die übrigen Werkleistungen seien Fremdreinigung von Gebäuden (15,50 Mio. EUR) oder Verpflegungen im Rahmen von Übungen (5,15 Mio. EUR). Die wesentlichsten Komponenten der Heeresanlagen seien Aufwand für Luftzeuggeräte (25,97 Mio. EUR) und für Bekleidung und Ausrüstung (13,13 Mio. EUR). Die Entschädigung an Präsenz- und Zivildienstleistende beinhalte vor allem die Aufwendungen für Grundwehrdiener und Entgelte für den Ausbildungsdienst. Die wesentlichste Komponente der Aufwendungen für Abschreibungen sei die Abschreibung für bewegliches Anlagevermögen. Der Sonstige betriebliche Sachaufwand setze sich vor allem aus Aufwendungen für sonstige Energiebezüge (34,91 Mio. EUR), aus Geldleistungen im Zusammenhang mit Auslandseinsätzen (21,82 Mio. EUR) und aus übrigen sonstigen betrieblichen Sachaufwendungen (78,98 Mio. EUR z.B. für Lebensmittel oder Treibstoffe) zusammen.

Das Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit 2015 verbesserte sich um 201,47 Mio. EUR bzw. um 9,2 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten bei

- den Erträgen aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) von + 287,87 Mio. EUR: darunter Erträge aus wirtschaftlicher Tätigkeit (+ 283,36 Mio. EUR),
- dem Personalaufwand (A.III) von + 52,84 Mio. EUR: darunter Bezüge (+ 35,57 Mio. EUR) und
- dem betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von + 33,57 Mio. EUR: darunter Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) (+ 41,08 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMLVS seien die höheren Erträge aus wirtschaftlicher Tätigkeit auf die Umstellung des Verrechnungsprozesses im Zusammenhang mit der Vorratsbewirtschaftung zurückzuführen. Die Abweichungen der Bezüge seien laut BMLVS auf den sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatz zurückzuführen (Einsatzzulagen). Der höhere betriebliche Sachaufwand sei vor allem auf den Anstieg bei den Geringwertigen Wirtschaftsgütern (GWG) zurückzuführen. Diese würden aus der Neuregelung des Verrechnungsprozesses im Rahmen der Vorratsbewirtschaftung resultieren.

B. Transferergebnis

Die Erträge aus Transfers (B.I) betrugen 3,89 Mio. EUR. Den Erträgen stand ein Transferaufwand (B.II) von 123,40 Mio. EUR gegenüber.

- Der Transferaufwand entstand insbesondere für Transfers an private Haushalte (106,10 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMLVS bestehe die Position Transfers an private Haushalte vor allem aus der Besonderen Sportförderung (82,55 Mio. EUR).

E. Nettoergebnis versus Nettofinanzierungssaldo

Der Nettofinanzierungssaldo aus der konsolidierten Finanzierungsrechnung fiel mit – 2,014 Mrd. EUR um + 95,61 Mio. EUR günstiger aus als das Nettoergebnis aus der konsolidierten Ergebnisrechnung (– 2,109 Mrd. EUR). Im Nettofinanzierungssaldo waren Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus empfangenen sowie gewährten Darlehen und Vorschüssen (– 0,02 Mio. EUR) sowie Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus der Investitionstätigkeit (– 188,04 Mio. EUR) berücksichtigt, die im Nettoergebnis nicht enthalten waren. Darunter fielen insbesondere die folgenden Positionen:

- Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit von 188,04 Mio. EUR: darunter aus Sachanlagen (188,01 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMLVS setze sich die Position Auszahlungen aus Sachanlagen aus der Beschaffung von Minenfahrzeugen sowie aus Neubaumaßnahmen in ganz Österreich zusammen.

Weitere Unterschiede zwischen dem Nettofinanzierungssaldo und dem Nettoergebnis beruhten auf Abweichungen zwischen dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) (+ 283,77 Mio. EUR) und dem Transferergebnis (B) (– 0,11 Mio. EUR) vom korrespondierenden Geldfluss. Dafür verantwortlich waren im Wesentlichen folgende Positionen:

- Abweichungen bei den Erträgen aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) von – 7,87 Mio. EUR: davon sonstige Erträge (– 12,21 Mio. EUR) sowie
- Abweichungen beim betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von – 288,18 Mio. EUR: davon Heeresanlagen (+ 16,13 Mio. EUR), Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte (– 244,16 Mio. EUR), Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) (– 42,21 Mio. EUR) und Sonstiger betrieblicher Sachaufwand (– 12,80 Mio. EUR).

Die höheren Erträge aus der Verwaltungstätigkeit im Vergleich zu den entsprechenden Auszahlungen waren vor allem auf Mehrerträge durch die Veräußerung von Anlagen zurückzuführen. Der betriebliche Sachaufwand war um 288,18 Mio. EUR höher als die korrespondierenden Auszahlungen. Dies lag vor allem an den nicht-finanzierungswirksamen Abschreibungen auf Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten (244,16 Mio. EUR) sowie an der nicht-finanzierungswirksamen Abschreibung von Vorräten (42,21 Mio. EUR), welche in der Position Geringwertige Wirtschaftsgüter erfasst wurde.

6.3 Voranschlagsvergleichsrechnungen

6.3.1 Ergebnishaushalt

Tabelle 6.3-1: UG 14 – Ergebnishaushalt 2015

Ergebnishaushalt

UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport	Erfolg 2014	Voranschlag 2015	Erfolg 2015	Veränderung Erfolg 2014 : 2015		Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Erträge	– 217,46	34,51	71,52	+ 288,98	– 132,9	+ 37,01	+ 107,2
Aufwendungen	2.099,13	2.177,35	2.180,76	+ 81,63	+ 3,9	+ 3,41	+ 0,2
Nettoergebnis	**– 2.316,59**	**– 2.142,84**	**– 2.109,25**	**+ 207,35**	**– 9,0**	**+ 33,59**	**– 1,6**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Erträge in der UG 14 „Militärische Angelegenheiten und Sport“ 71,52 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 288,98 Mio. EUR (– 132,9 %) und gegenüber dem Voranschlag um 37,01 Mio. EUR (+ 107,2 %) angestiegen.

Die Aufwendungen des Jahres 2015 waren mit 2,181 Mrd. EUR um 81,63 Mio. EUR (+ 3,9 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Aufwendungen um 3,41 Mio. EUR (+ 0,2 %) höher.

Das Nettoergebnis der UG 14 „Militärische Angelegenheiten und Sport“ lag 2015 bei – 2,109 Mrd. EUR. Es war um 207,35 Mio. EUR besser und damit um 9,0 % niedriger als jenes für 2014 (– 2,317 Mrd. EUR) und um 33,59 Mio. EUR besser und damit um 1,6 % niedriger als im Voranschlag (– 2,143 Mrd. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*grün und kursiv)* fassen die vom BMLVS bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 14 „Militärische Angelegenheiten und Sport" (Tabelle I.2.11.1)**.

Tabelle 6.3-2: Ergebnishaushalt, UG 14 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Ergebnishaushalt					
UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport		**Voranschlag 2015**	**Erfolg 2015**	**Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015**	
		in Mio. EUR			in %
	Erträge	**34,51**	**71,52**	**+ 37,01**	**+ 107,2**
	Aufwendungen	**2.177,35**	**2.180,76**	**+ 3,41**	**+ 0,2**
	Nettoergebnis	**– 2.142,84**	**– 2.109,25**	**+ 33,59**	
GB 14.01	**Steuerung und Service**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	14,54	12,86	– 1,67	– 11,5
	Erträge	**14,54**	**12,86**	**– 1,67**	**– 11,5**
	Personalaufwand	167,56	161,34	– 6,22	– 3,7
	Transferaufwand	8,88	8,61	– 0,27	– 3,1
	Betrieblicher Sachaufwand	54,16	47,78	– 6,38	– 11,8
	Aufwendungen	**230,60**	**217,73**	**– 12,87**	**– 5,6**
GB 14.02	**Streitkräfte**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	19,80	57,72	+ 37,92	+ 191,5
	Finanzerträge	–	0,83	+ 0,83	–
	Erträge	**19,80**	**58,55**	**+ 38,75**	**+ 195,7**
	Personalaufwand	1.016,45	1.022,83	+ 6,38	+ 0,6
	Transferaufwand	2,65	2,12	– 0,52	– 19,8
	Betrieblicher Sachaufwand	789,37	818,40	+ 29,02	+ 3,7
	Aufwendungen	**1.808,47**	**1.843,35**	**+ 34,88**	**+ 1,9**
GB 14.03	**Sport**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,18	0,11	– 0,07	– 39,2
	Erträge	**0,18**	**0,11**	**– 0,07**	**– 39,2**
	Personalaufwand	3,09	2,75	– 0,34	– 11,1
	Transferaufwand	129,49	112,67	– 16,82	– 13,0
	Betrieblicher Sachaufwand	5,71	4,26	– 1,44	– 25,3
	Aufwendungen	**138,29**	**119,69**	**– 18,60**	**– 13,5**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mehrerträge im GB 14.02 „Streitkräfte"

+ 37,92 Mio. EUR in der MVAG „Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mehrerträge durch höhere Erlöse aus Altmaterialverkäufen und aus Liegenschaftsverkäufen (+ 28,07 Mio. EUR) sowie durch Pönalezahlungen in Verbindung mit der Beschaffung von Fahrzeugen und Drohnen (+ 17,55 Mio. EUR).

Diese Mehrerträge wurden teilweise durch Mindererträge infolge des Rückgangs der Erlöse in den Soldatenheimen und der Erlöse für Unterstützungsleistungen (insgesamt – 7,70 Mio. EUR) kompensiert.

Mehraufwendungen im GB 14.02 „Streitkräfte"

+ 29,02 Mio. EUR in der MVAG „Betrieblicher Sachaufwand"

Diese Abweichungen entstanden durch die unterjährige Neuregelung des Verrechnungsprozesses der Verbuchung des Wareneinsatzes im Rahmen der Vorratsbewirtschaftung seitens des BMF. Abgänge von Vorräten werden nunmehr über das Konto Wareneinsatz (in der Position „Betrieblicher Sachaufwand" enthalten) erfasst und nicht mehr über das Konto Bestandsveränderung (Position „Erträge aus wirtschaftlicher Tätigkeit").

Minderaufwendungen im GB 14.03 „Sport"

– 16,82 Mio. EUR in der MVAG „Transferaufwand"

Minderaufwendungen für Sportvorhaben, die mangels entsprechender Projektfortschritte nicht wie geplant stattfinden konnten.

6.3.2 Finanzierungshaushalt

Tabelle 6.3-3: UG 14 – Finanzierungshaushalt 2015

Finanzierungshaushalt							
UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport	**Zahlungen 2014**	**Voranschlag 2015**	**Zahlungen 2015**	**Veränderung Zahlungen 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015**	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Einzahlungen	44,52	31,00	65,89	+ 21,37	+ 48,0	+ 34,89	+ 112,5
Auszahlungen	2.179,99	1.981,68	2.079,53	– 100,46	– 4,6	+ 97,85	+ 4,9
Nettofinanzierungssaldo	**– 2.135,46**	**– 1.950,68**	**– 2.013,64**	**+ 121,83**	**– 5,7**	**– 62,96**	**+ 3,2**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Einzahlungen in der UG 14 „Militärische Angelegenheiten und Sport“ 65,89 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 21,37 Mio. EUR (+ 48,0 %) und gegenüber dem Voranschlag um 34,89 Mio. EUR (+ 112,5 %) angestiegen.

Die Auszahlungen des Jahres 2015 waren mit 2,080 Mrd. EUR um 100,46 Mio. EUR (– 4,6 %) niedriger als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Auszahlungen um 97,85 Mio. EUR (+ 4,9 %) höher.

Der Nettofinanzierungssaldo der UG 14 „Militärische Angelegenheiten und Sport“ lag 2015 bei – 2,014 Mrd. EUR. Er war um 121,83 Mio. EUR besser und damit um 5,7 % niedriger als jener für 2014 (– 2,135 Mrd. EUR) bzw. um 62,96 Mio. EUR schlechter und damit um 3,2 % höher als im Voranschlag (– 1,951 Mrd. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*blau und kursiv*) fassen die vom BMLVS bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 14 „Militärische Angelegenheiten und Sport“ (Tabelle I.2.8.1)**.

Tabelle 6.3-4: Finanzierungshaushalt, UG 14 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Finanzierungshaushalt					
UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport		**Voranschlag 2015**	**Zahlungen 2015**	**Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015**	
		in Mio. EUR			in %
	Einzahlungen	**31,00**	**65,89**	**+ 34,89**	**+ 112,5**
	Auszahlungen	**1.981,68**	**2.079,53**	**+ 97,85**	**+ 4,9**
	Nettofinanzierungssaldo	**– 1.950,68**	**– 2.013,64**	**– 62,96**	
GB 14.01	**Steuerung und Service**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	14,17	12,64	– 1,53	– 10,8
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	3,50	2,19	– 1,31	– 37,6
	Einzahlungen	**17,67**	**14,82**	**– 2,85**	**– 16,1**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	213,88	205,78	– 8,10	– 3,8
	Auszahlungen aus Transfers	8,88	8,38	– 0,50	– 5,6
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,74	1,18	+ 0,45	+ 60,9
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	3,50	2,20	– 1,30	– 37,1
	Auszahlungen	**226,99**	**217,54**	**– 9,45**	**– 4,2**
GB 14.02	**Streitkräfte**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	13,20	50,97	+ 37,76	+ 286,0
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,02	–	– 0,02	– 100,0
	Einzahlungen	**13,22**	**50,97**	**+ 37,75**	**+ 285,6**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1.504,20	1.553,05	+ 48,85	+ 3,2
	Auszahlungen aus Transfers	2,65	2,15	– 0,50	– 18,7
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	109,64	186,84	+ 77,20	+ 70,4
	Auszahlungen	**1.616,50**	**1.742,05**	**+ 125,55**	**+ 7,8**
GB 14.03	**Sport**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,10	0,10	+ 0,00	+ 4,2
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,01	–	– 0,01	– 100,0
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,01	–	– 0,01	– 100,0
	Einzahlungen	**0,11**	**0,10**	**– 0,01**	**– 9,2**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	8,63	6,89	– 1,74	– 20,2
	Auszahlungen aus Transfers	129,49	113,04	– 16,45	– 12,7
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,08	0,01	– 0,06	– 84,9
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,00	–	– 0,00	– 100,0
	Auszahlungen	**138,20**	**119,94**	**– 18,26**	**– 13,2**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mehreinzahlungen im GB 14.02 „Streitkräfte"

+ 37,76 Mio. EUR in der MVAG „Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mehreinzahlungen durch eine Mietzinsvorauszahlung i.Z.m. der Vorbereitung der Biathlon WM 2017 in Hochfilzen (+ 11,47 Mio. EUR), durch Pönalezahlungen in Verbindung mit der Beschaffung von Fahrzeugen (Light Multipurpose Vehicles) und Drohnen (+ 17,90 Mio. EUR) sowie durch höhere Einzahlungen aus Altmaterialverkäufen (+ 5,49 Mio. EUR).

Mehrauszahlungen im GB 14.02 „Streitkräfte"

+ 48,85 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit"

Mehrauszahlungen für bereits länger geplante Materialeinkäufe (+ 50,62 Mio. EUR) sowie für den sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatz und Unterstützungsleistungen für das BMI (+ 12,64 Mio. EUR).

Diese Mehrauszahlungen wurden teilweise durch Minderauszahlungen für die Bereiche Präsenzdienst und Auslandseinsätze (insgesamt – 15,81 Mio. EUR) kompensiert.

+ 77,20 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit"

Mehrauszahlungen für diverse Neubauvorhaben (+ 50,34 Mio. EUR) sowie für Investitionsvorhaben i.Z.m. Kraftfahrzeugen und Waffenstationen (+ 26,94 Mio. EUR).

Minderauszahlungen im GB 14.03 „Sport"

– 16,45 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus Transfers"

Minderauszahlungen für Sportvorhaben, die mangels entsprechender Projektfortschritte nicht wie geplant stattfinden konnten.

6.3.3 Haushaltsrücklagen

Tabelle 6.3-5: UG 14 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015

Finanzierungshaushalt								
UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport	**Anfangsbestand**	**Umbuchung**	**Entnahme**	**Auflösung**	**Zuführung**	**Endbestand**	**Veränderung 2014 : 2015**	
	in Mio. EUR							in %
Detailbudgetrücklagen	106,80	–	– 25,94	–	+ 11,59	92,45	– 14,34	– 13,4
Zweckgebundene Einzahlungsrücklagen	5,43	–	–	–	+ 0,30	5,73	+ 0,30	+ 5,6
Gesamtsumme	**112,22**	**–**	**– 25,94**	**–**	**+ 11,90**	**98,18**	**– 14,04**	**– 12,5**

Quellen: Rücklagengebarung, eigene Berechnung

Der Stand der Rücklagen in der UG 14 „Militärische Angelegenheiten und Sport“ belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 112,22 Mio. EUR und veränderte sich durch Entnahmen (25,94 Mio. EUR) und Zuführungen (11,90 Mio. EUR) auf 98,18 Mio. EUR zum 31. Dezember 2015. Im Verhältnis zu den veranschlagten Auszahlungen (1,982 Mrd. EUR) entsprach der Stand zum 31. Dezember 2015 einem Anteil von 5,0 %. Im BFG 2015 war für die UG 14 keine Rücklagenverwendung veranschlagt.

6.4 Finanzrahmen

Ausgehend von den tatsächlichen Auszahlungen 2015 stellen sich die Auszahlungsobergrenzen für die UG 14 „Militärische Angelegenheiten und Sport“ gemäß BFRG für die Finanzjahre 2016 bis 2020 wie folgt dar:

Tabelle 6.4–1: UG 14 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020

Finanzierungshaushalt									
UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport	**Auszahlungen (Ist)**	**Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG**					**Veränderung**		
	2015	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**	**2020**	**2015 (Ist) : 2020**		**durchschnittlich jährlich**
	in Mio. EUR							in %	
	2.079,53	**2.267,93**	**2.318,29**	**2.279,54**	**2.351,69**	**2.584,47**	**+ 504,94**	**+ 24,3**	**+ 4,4**
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze gesamt	*74.589,49*	*78.107,49*	*78.202,70*	*78.814,08*	*80.408,66*	*83.038,37*	*+ 8.448,88*	*+ 11,3*	*+ 2,2*
Anteil der UG 14	2,8 %	2,9 %	3,0 %	2,9 %	2,9 %	3,1 %	+ 0,3 %-Punkte		–
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze Rubrik 0,1	*8.700,11*	*9.723,54*	*9.653,34*	*9.235,99*	*9.252,45*	*9.525,66*	*+ 825,56*	*+ 9,5*	*+ 1,8*
Anteil der UG 14	23,9 %	23,3 %	24,0 %	24,7 %	25,4 %	27,1 %	+ 3,2 %-Punkte		–

Quellen: HIS, BFRG 2016 - 2019, 2017 - 2020, eigene Berechnung

Bis zum Jahr 2020 soll die Auszahlungsobergrenze für die UG 14 „Militärische Angelegenheiten und Sport“ um + 504,94 Mio. EUR (+ 24,3 %) auf 2,584 Mrd. EUR ansteigen. Dies entspricht einer Veränderungsrate gegenüber den tatsächlichen Auszahlungen 2015 von + 4,4 % im Jahresdurchschnitt. Im Jahr 2015 betrug der Anteil der UG 14 „Militärische Angelegenheiten und Sport“ an den Gesamtauszahlungen 2,8 % und an den Auszahlungen der Rubrik 0,1 23,9 %. Der Anteil der UG 14 an der Gesamt–Auszahlungsobergrenze soll sich bis 2020 auf 3,1 % erhöhen bzw. soll er innerhalb der Rubrik 0,1 auf 27,1 % ansteigen.

Laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 gebe es in der UG 14 „Militärische Angelegenheiten und Sport“ insbesondere folgende laufende bzw. geplante Maßnahmen zur Zielerreichung:

- Sicherstellung des Assistenzeinsatzes und von Unterstützungsleistungen des Österreichischen Bundesheeres zur Bewältigung der Auswirkungen der Migration und erhöhten Terrorgefahr;
- Anpassungen der Strukturen und Prozesse des Österreichischen Bundesheeres an die aktuellen Erfordernisse und zukünftigen Herausforderungen mit vorrangiger Stärkung der Einsatzkräfte, sowohl als Vorhaltewirkung für die militärische Landesverteidigung als auch zur Erhöhung der ständigen Einsatzbereitschaft;
- verstärkte Personalrekrutierung und effektivere Personalentwicklung;
- Fortsetzung der Reform des Wehrdienstes;
- Fortführung der eingeschlagenen Strategie der Reform des Sportförderwesens mit Schwerpunkt auf einer effizienten und zielgerichteten Verwendung von Mitteln sowie effektiven Abrechnungs- und Kontrollmechanismen.

Zur Einhaltung der Auszahlungsobergrenzen führt der Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 erforderliche Steuerungs– und Korrekturmaßnahmen an:

- Personalsteuerungsmaßnahmen zur Anpassung an den Einsatzbedarf und die gesteigerten Personalziele;
- an den Budgetrahmen angepasster Veränderungsprozess unter Modernisierung und Fähigkeitenzuwachs durch Investitionen in zukunftsorientierte Einsatzmittel (Fahrzeuge, Ausrüstung und Gerät) sowie Wirksamwerden von Infrastrukturmaßnahmen;
- Erhöhung der Einsatzbereitschaft und Reaktionsfähigkeit durch Sicherstellung einer intensivierten Ausbildungs- und Übungstätigkeit.

Die im BFRG 2017 bis 2020 vorgesehenen Auszahlungsobergrenzen für die Jahre 2017 bis 2019 wurden gegenüber dem bisher geltenden BFRG 2016 bis 2019 um insgesamt + 8,7 % bzw. um durchschnittlich + 185,82 Mio. EUR pro Jahr erhöht. Im Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 sind folgende für die Steigerung verantwortliche Faktoren angeführt:

- Notwendige Anpassungen beim Österreichischen Bundesheer an eine geänderte Sicherheits- und Bedrohungslage (insgesamt 896,00 Mio. EUR über die Periode 2016 bis 2020);

- eine pauschale Abgeltung für zu erbringende Leistungen des Ressorts (Assistenzeinsatz Grenzkontrollen bzw. Unterstützung BMI) in den Jahren 2016 (93,00 Mio. EUR) und 2017 (73,00 Mio. EUR);

- für 2020 werde gegenüber dem Basisjahr 2019 eine Erhöhung von 93,00 Mio. EUR veranschlagt (im Kontext mit der zweiten Tranche des Sonderinvestitionsprogramms), hinzu trete eine weitere Erhöhung von 36,78 Mio. EUR zur Abgeltung von Gehaltserhöhungen bzw. Struktureffekten;

- Budgetanpassung aufgrund einer Verringerung der Dienstgeberbeitragssätze im Familienlastenausgleichsgesetz (– 18,62 Mio. EUR).

Im Folgenden wird ein Überblick über die Entwicklung der tatsächlichen Auszahlungen und der Auszahlungsobergrenzen von 2011 bis 2015 bzw. ein Vergleich der Auszahlungen zu den Auszahlungsobergrenzen des derzeit geltenden BFRG 2017 bis 2020 gegeben:

Tabelle 6.4–2: UG 14 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015

Finanzierungshaushalt

UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport	BFRG bzw. Zahlungen					Veränderung			
	2011	2012	2013	2014	2015	2014 : 2015		2011 : 2015	
	in Mio. EUR					in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Auszahlungsobergrenze UG 14	2.186,10	2.232,34	2.149,35	2.086,03	1.993,48	– 92,55	– 4,4	– 192,62	– 8,8
Auszahlungen UG 14	2.158,24	2.205,32	2.272,98	2.179,99	2.079,53	– 100,46	– 4,6	– 78,72	– 3,6
Abweichung Auszahlungen : Obergrenze	**– 27,86**	**– 27,03**	**+ 123,63**	**+ 93,96**	**+ 86,05**				
Abweichung in %	**– 1,3 %**	**– 1,2 %**	**+ 5,8 %**	**+ 4,5 %**	**+ 4,3 %**				

Quellen: HIS, BFRG 2011 - 2014, 2012 - 2015, 2013 - 2016, 2014 - 2017, 2015 - 2018, eigene Berechnung

Während ursprünglich zwischen 2011 und 2015 eine Reduzierung der Auszahlungsobergrenze gemäß BFRG um insgesamt - 192,62 Mio. EUR (– 8,8 %) vorgesehen war, reduzierten sich die Auszahlungen zwischen 2011 und 2015 tatsächlich um - 78,72 Mio. EUR (– 3,6 %). Im Jahr 2015 lagen die tatsächlichen Auszahlungen um + 86,05 Mio. EUR (+ 4,3 %) über jenen, die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen waren.

Tabelle 6.4–3: UG 14 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG

Finanzierungshaushalt						
UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport	Auszahlungen (Ist)		durchschnittliche jährliche Veränderung	BFRG	durchschnittliche jährliche Veränderung	Differenz der Veränderungsraten[1]
	2011	2015	2011 : 2015	2020	2015 (Ist) : 2020 (BFRG)	
	in Mio. EUR		in %	in Mio. EUR	in %	in %-Punkten
	2.158,24	2.079,53	– 0,9	2.584,47	+ 4,4	+ 5,4

1) Rundungsdifferenz möglich

Quellen: HIS, BFRG 2017 - 2020, eigene Berechnung

Die durchschnittliche jährliche Veränderung der Auszahlungen belief sich von 2011 bis 2015 auf – 0,9 %. Laut mittelfristiger Finanzplanung bis 2020 soll sie + 4,4 % betragen und somit um 5,4 Prozentpunkte ansteigen.

Die effiziente Aufgabenwahrnehmung im Bereich der UG 14 „Militärische Angelegenheiten und Sport“ sollte aus Sicht des RH durch quantifizierte strukturelle Steuerungs- und Korrekturmaßnahmen unterstützt werden.

In diesem Zusammenhang weist der RH auf folgende im Jahr 2015 dem Nationalrat vorgelegte Berichte hin:

- Personalmaßnahmen des BMLVS im Rahmen von Reorganisationen; Follow-up-Überprüfung (Reihe Bund 2015/16)

Das BMLVS setzte die Empfehlungen des RH, die dieser im Jahr 2012 betreffend Personalmaßnahmen des BMLVS im Rahmen von Reorganisationen veröffentlicht hatte, nur teilweise um. Der RH stellte neuerlich kritisch fest, dass die ressortinternen Vorgaben hinsichtlich des Personalstands in den Organisationsplänen immer noch über den von der Bundesregierung vorgegebenen Zielen lagen. Ausständig war überdies die Umsetzung der Empfehlung zur Reintegration von Personal über Stand auf systemisierte Arbeitsplätze. Keine Fortschritte gab es auch bei der Anpassung der Anzahl der Führungskräfte an die Größe der Streitkräfte (Steigerung des Anteils der Offiziere in der Grundorganisation von 2010 bis 2014 von 12 % auf 14 %) sowie bei der Reduzierung von Personalauszahlungen.

- Truppenübungsplatz Allentsteig (Reihe Bund 2015/13)

Der Truppenübungsplatz Allentsteig mit einer Gesamtfläche von rd. 15.700 Hektar fungierte primär als Dienstleistungseinrichtung für den Ausbildungs–

und Schießbetrieb des Bundesheeres. Seit der Integration der Heeresforstverwaltung Allentsteig im Jahr 2013 war der Truppenübungsplatz auch für die Bewirtschaftung seiner Liegenschaften zuständig.

Die organisatorische Struktur des Truppenübungsplatzes mit militärisch gegliederten Stabszellen war nicht auf dessen Aufgaben als Dienstleistungseinrichtung und Wirtschaftsbetrieb ausgerichtet, sondern auf einsatzbezogene, militärische Aufgaben, die der Truppenübungsplatz gar nicht hatte. Die Kosten– und Leistungsrechnung des Truppenübungsplatzes war nicht auf einen Wirtschaftsbetrieb ausgelegt, die Ein– und Auszahlungen konnten nicht einzelnen Wirtschaftsbereichen zugeordnet werden. Trotz insgesamt negativen Saldos fehlten Steuerungsdaten und daraus abgeleitete Steuerungsmaßnahmen.

– Beschaffung des Truppenfunksystems CONRAD (Reihe Bund 2015/8)

Im Zusammenhang mit der Beschaffung des Truppenfunksystems CONRAD hatte das BMLVS im Jahr 2007 einen Kaufvertrag um rd. 76,02 Mio. EUR abgeschlossen. Der budgetäre Aufwand belief sich einschließlich Vertragsänderungen und Zusatzbeschaffungen auf mindestens rd. 85,87 Mio. EUR (Stand September 2013), worüber das BMLVS keinen Gesamtüberblick hatte. Im März 2014, also rund eineinhalb Jahre nach dem ursprünglich vereinbarten Erfüllungstermin für den Kaufvertrag, waren noch nicht sämtliche vertraglich vereinbarten Leistungen erfüllt.

7 UG 15 „FINANZVERWALTUNG“

UG 15 Finanzverwaltung - BMF	
zentrale Budgetbereiche	Haushaltsführende Stellen der Steuer- & Zollverwaltung
	Zentralstelle
	Einhebungsvergütungen
	Steuer- & Zollkoordination
	Bundesfinanzgericht
	Personal, das für Dritte leistet
	Bundesfinanzakademie
	Finanzprokuratur

Quelle: HIS

7.1 Vermögensrechnung

Tabelle 7.1–1: UG 15 – Vermögensrechnung[1)]

Vermögensrechnung						
UG 15 Finanzverwaltung		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
A + B	**Vermögen**	**508,89**	**1.039,38**	**+ 530,50**	**+ 104,2**	**100,0**
A	Langfristiges Vermögen	27,78	24,61	- 3,18	- 11,4	2,4
A.I	Immaterielle Vermögenswerte	0,06	0,04	- 0,02	- 31,5	0,0
A.II	Sachanlagen	23,16	19,06	- 4,10	- 17,7	1,8
A.V	Langfristige Forderungen	4,56	5,50	+ 0,94	+ 20,7	0,5
B	Kurzfristiges Vermögen	481,10	1.014,78	+ 533,67	+ 110,9	97,6
B.II	Kurzfristige Forderungen	324,52	368,59	+ 44,08	+ 13,6	35,5
B.II.06	Sonstige kurzfristige Forderungen (nv)	315,88	360,70	+ 44,82	+ 14,2	34,7
	GB 15.01 Steuerung & Services	261,39	301,29	+ 39,90	+ 15,3	29,0
	Aktive Rechnungsabgrenzung	250,54	294,10	+ 43,56	+ 17,4	28,3
	GB 15.02 Steuer- & Zollverwaltung	50,64	55,54	+ 4,90	+ 9,7	5,3
	Aktive Rechnungsabgrenzung	49,79	54,90	+ 5,11	+ 10,3	5,3
B.III	Vorräte	0,07	0,04	- 0,03	- 39,6	0,0
B.IV	Liquide Mittel	156,51	646,14	+ 489,63	+ 312,8	62,2
B.IV.01	Kassa, Bankguthaben bei Kreditinstituten und Banken	156,51	646,14	+ 489,63	+ 312,8	62,2
	GB 15.01 Steuerung & Services	157,75	647,36	+ 489,61	+ 310,4	62,3
C	**Nettovermögen (Ausgleichsposten)**	**- 608,91**	**- 108,07**	**+ 500,84**	**- 82,3**	
C.IV	Jährliches Nettoergebnis (inkl. "Personal, das für Dritte leistet")	- 1.305,53	- 938,62	+ 366,92	- 28,1	
	GB 15.01 Steuerung & Services	- 601,13	- 220,27	+ 380,85	- 63,4	
	GB 15.02 Steuer- & Zollverwaltung	- 666,97	- 680,50	- 13,53	+ 2,0	
	GB 15.03 Rechtsvertretung & Rechtsinstanz	- 37,44	- 37,85	- 0,41	+ 1,1	
C.V	Saldo aus der jährl. Eröffnungsbilanz	- 44,21	- 619,55	- 575,33	+ 1.301,3	
C.VI	Bundesfinanzierung	740,84	1.450,09	+ 709,26	+ 95,7	
D + E	**Fremdmittel**	**1.117,80**	**1.147,45**	**+ 29,66**	**+ 2,7**	**100,0**
D	Langfristige Fremdmittel	146,64	140,20	- 6,43	- 4,4	12,2
D.II	Langfristige Verbindlichkeiten	1,23	1,08	- 0,16	- 12,7	0,1
D.III	Langfristige Rückstellungen	145,40	139,13	- 6,28	- 4,3	12,1
D.III.02	für Jubiläumszuwendungen	95,75	97,70	+ 1,95	+ 2,0	8,5
	GB 15.02 Steuer- & Zollverwaltung	82,52	84,23	+ 1,70	+ 2,1	7,3

Vermögensrechnung						
UG 15 Finanzverwaltung		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
E	Kurzfristige Fremdmittel	971,16	1.007,25	+ 36,09	+ 3,7	87,8
E.II	Kurzfristige Verbindlichkeiten	567,48	603,54	+ 36,07	+ 6,4	52,6
E.II.02	aus der Lohn- und Gehaltsabrechnung	- 56,47	2,56	+ 59,03	- 104,5	0,2
	GB 15.01 Steuerung & Services	- 56,57	2,48	+ 59,05	- 104,4	0,2
E.II.05	Verpflichtungen aus nicht voranschlagswirksamer Gebarung (durchlaufende Gebarung)	- 143,62	16,35	+ 159,97	- 111,4	1,4
	GB 15.01 Steuerung & Services	- 143,77	16,21	+ 159,99	- 111,3	1,4
	aus Abgaben	- 158,07	0,03	+ 158,10	- 100,0	0,0
E.II.06	Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	758,50	578,08	- 180,42	- 23,8	50,4
	GB 15.01 Steuerung & Services	691,89	507,08	- 184,81	- 26,7	44,2
	Passive Rechnungsabgrenzungen	265,16	290,24	+ 25,08	+ 9,5	25,3
	Übrige sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	426,73	216,84	- 209,89	- 49,2	18,9
	GB 15.02 Steuer- & Zollverwaltung	61,53	66,31	+ 4,78	+ 7,8	5,8
	Passive Rechnungsabgrenzungen	60,98	65,41	+ 4,43	+ 7,3	5,7
E.III	Kurzfristige Rückstellungen	403,68	403,71	+ 0,02	+ 0,0	35,2
E.III.01	für Prozesskosten	340,00	340,69	+ 0,69	+ 0,2	29,7
	GB 15.01 Steuerung & Services	340,00	340,69	+ 0,69	+ 0,2	29,7
E.III.02	für nicht konsumierte Urlaube	62,11	62,25	+ 0,14	+ 0,2	5,4
	GB 15.02 Steuer- & Zollverwaltung	51,75	51,84	+ 0,09	+ 0,2	4,5

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Vermögensrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 betrug in der UG 15 „Finanzverwaltung" 1,039 Mrd. EUR und stieg gegenüber 31. Dezember 2014 um + 530,50 Mio. EUR (+ 104,2 %) an. Der Anteil des kurzfristigen Vermögens betrug 97,6 % und der des langfristigen Vermögens 2,4 %. Dem Vermögen standen Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 von 1,147 Mrd. EUR gegenüber, die im Vergleich zum 31. Dezember 2014 um + 29,66 Mio. EUR (+ 2,7 %) anwuchsen. Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 waren zu 87,8 % kurzfristig und zu 12,2 % langfristig. Nachdem die Fremdmittel das Vermögen überstiegen, ergab sich ein Nettovermögen (Ausgleichsposten) zum 31. Dezember 2015 von – 108,07 Mio. EUR. Gegenüber 31. Dezember 2014 verbesserte sich das Nettovermögen (Ausgleichsposten) um 500,84 Mio. EUR bzw. 82,3 %.

A. und B. Vermögen

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 (1,039 Mrd. EUR) setzte sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- B.II Kurzfristige Forderungen: 368,59 Mio. EUR (35,5 %), davon 360,70 Mio. EUR für Sonstige kurzfristige Forderungen (nicht veranschlagt) (Aktive Rechnungsabgrenzungen gesamt 352,86 Mio. EUR, im GB 15.01 „Steuerung und Services“ 294,10 Mio. EUR und im GB 15.02 „Steuer– & Zollverwaltung 54,90 Mio. EUR) und

- B.IV Liquide Mittel (Kassa, Bankguthaben bei Kreditinstituten und Banken): 646,14 Mio. EUR (62,2 %).

Der Anstieg des Vermögens gegenüber 31. Dezember 2014 von + 530,50 Mio. EUR (+ 104,2 %) resultierte insbesondere aus Veränderungen bei Sonstigen kurzfristigen Forderungen (nicht veranschlagt) (B.II.06) von + 44,82 Mio. EUR (+ 14,2 %), davon Aktive Rechnungsabgrenzungen + 48,69 Mio. EUR sowie Kassa, Bankguthaben bei Kreditinstituten und Banken (B.IV.01) von + 489,63 Mio. EUR (+ 312,8 %).

Nach Angaben des BMF würden sich die Sonstigen kurzfristigen Forderungen (nicht veranschlagt) vor allem aus Rechnungsabgrenzungen bei der Zentralstelle und den Personalämtern gemäß Poststrukturgesetz zusammensetzen. Für die Zentralstelle seien die Bezüge der Beamten für Jänner 2016 in den Abschlussrechnungen 2015 enthalten und müssten daher abgegrenzt werden (13,08 Mio. EUR). Die Rechnungsabgrenzungen würden die Erträge aus der Refundierung von Beamtenbezügen gemäß Poststrukturgesetz beinhalten.

D. und E. Fremdmittel

Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 (1,147 Mrd. EUR) setzten sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- D.III Langfristige Rückstellungen: 139,13 Mio. EUR (12,1 %), davon 97,70 Mio. EUR für Jubiläumszuwendungen,

- E.II Kurzfristige Verbindlichkeiten: 603,54 Mio. EUR (52,6 %), davon 578,08 Mio. EUR für Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten (Passive Rechnungsabgrenzungen gesamt 359,86 Mio. EUR, im GB 15.01 „Steuerung und Services“ 290,24 Mio. EUR und im GB 15.02 „Steuer– & Zollverwaltung“ 65,41 Mio. EUR) und

– E.III Kurzfristige Rückstellungen: 403,71 Mio. EUR (35,2 %), davon 340,69 Mio. EUR für Prozesskosten und 62,25 Mio. EUR für nicht konsumierte Urlaube.

Der Anstieg der Fremdmittel gegenüber 31. Dezember 2014 von + 29,66 Mio. EUR (+ 2,7 %) war insbesondere auf Veränderungen bei Kurzfristigen Verbindlichkeiten aus der Lohn- und Gehaltsabrechnung (E.II.02) von + 59,03 Mio. EUR (– 104,5 %), Verpflichtungen aus nicht voranschlagswirksamer Gebarung (durchlaufende Gebarung) (E.II.05) von + 159,97 Mio. EUR (– 111,4 %) sowie Sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten (E.II.06) von – 180,42 Mio. EUR (– 23,8 %), davon Passive Rechnungsabgrenzungen + 29,58 Mio. EUR und Übrige sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten – 209,89 Mio. EUR zurückzuführen.

Nach Angaben des BMF würden die Kurzfristigen Verbindlichkeiten aus der Lohn- und Gehaltsabrechnung nahezu zur Gänze die zentrale Bundesbesoldung, welche das BMF gesammelt für den gesamten Bund abwickle, betreffen. Bei den Verpflichtungen aus nicht voranschlagswirksamer Gebarung (durchlaufende Gebarung) handle es sich vor allem um das Lohnsteuer- und Finanzamtsverrechnungskonto. Auch hierbei würden die Salden insbesondere die zentrale Bundesbesoldung betreffen, welche das BMF für den gesamten Bund abwickle. Die Sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten seien um – 180,42 Mio. EUR gesunken, was inbesondere auf die Übrigen sonstigen Verbindlichkeiten des GB 15.01 „Steuerung und Services“ (– 209,89 Mio. EUR) und die Passive Rechnungsabgrenzung des GB 15.01 „Steuerung und Services“ (+ 25,08 Mio. EUR) zurückzuführen gewesen sei. Nach Angaben des BMF beträfe der Anstieg bei den Übrigen sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten die zentrale Bundesbesoldung, welche vom BMF gesammelt für den gesamten Bund abgewickelt wird. In diesem Zusammenhang werde die Abzugsgebarung (Lohnsteuer, Sozialversicherungsbeiträge, Gewerkschaftsbeiträge, Verbote, etc.) für alle Bediensteten (Beamte und Vertragsbedienstete) der Bundesdienststellen zusammengefasst und zum entsprechenden Termin gesammelt durch die Buchhaltungsagentur des Bundes an die Empfänger (Finanzämter, Sozialversicherungsträger, etc.) überwiesen. Die passiven Rechnungsabgrenzungen beträfen insbesondere die Abgrenzung der Beamtenbezüge für Jänner 2016, die für die Darstellung der Geldflussrechnung in das Jahr 2015 abgegrenzt wurden. Des Weiteren seien laut BMF in dieser Bilanzposition auch passive Rechnungsabgrenzungen für die erhaltenen Erlöse aus der Refundierung von Beamtenbezügen durch die Personalämter gemäß Poststrukturgesetz für den Jänner 2016 enthalten.

7.2 Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung

Tabelle 7.2-1: UG 15 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung[1)]

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 15 Finanzverwaltung		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
A	**Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (= A.I + A.II – A.III – A.IV)**	**– 2.036,64**	**– 1.636,95**	**+ 399,69**	**– 19,6**	**– 1.694,85**	**– 1.690,05**	**+ 4,80**	**– 0,3**	**– 53,10**
A.II	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	88,53	97,56	+ 9,03	+ 10,2	83,19	83,40	+ 0,21	+ 0,3	– 14,16
A.II.02	Erträge aus Kostenbeiträgen und Gebühren	60,26	61,44	+ 1,17	+ 1,9	60,15	61,09	+ 0,94	+ 1,6	– 0,35
	GB 15.01 Steuerung & Services	55,38	55,76	+ 0,38	+ 0,7	55,71	55,63	– 0,08	– 0,1	– 0,13
A.II.03	Sonstige Erträge	5,97	14,45	+ 8,49	+ 142,2	0,78	0,39	– 0,39	– 50,5	– 14,07
	GB 15.01 Steuerung & Services	5,78	12,13	+ 6,34	+ 109,7	0,70	0,30	– 0,40	– 57,4	– 11,83
A.III	Personalaufwand	1.435,33	1.444,49	+ 9,16	+ 0,6	1.462,78	1.471,21	+ 8,43	+ 0,6	+ 26,72
A.III.01	Bezüge	1.128,66	1.140,77	+ 12,11	+ 1,1	1.157,21	1.170,46	+ 13,25	+ 1,1	+ 29,69
	GB 15.01 Steuerung & Services	685,54	680,48	– 5,06	– 0,7	713,11	709,05	– 4,06	– 0,6	+ 28,57
	GB 15.02 Steuer- & Zollverwaltung	415,05	431,78	+ 16,73	+ 4,0	415,93	432,85	+ 16,92	+ 4,1	+ 1,08
A.III.02	Mehrdienstleistungen	55,91	54,64	– 1,27	– 2,3	57,20	54,68	– 2,52	– 4,4	+ 0,04
A.III.04	Gesetzlicher Sozialaufwand	171,05	175,15	+ 4,10	+ 2,4	173,81	177,07	+ 3,26	+ 1,9	+ 1,92
	GB 15.01 Steuerung & Services	65,73	66,14	+ 0,41	+ 0,6	68,48	68,10	– 0,37	– 0,5	+ 1,96
	GB 15.02 Steuer- & Zollverwaltung	99,51	103,17	+ 3,66	+ 3,7	99,50	103,12	+ 3,61	+ 3,6	– 0,05
A.IV	Betrieblicher Sachaufwand	689,84	290,02	– 399,82	– 58,0	315,26	302,24	– 13,02	– 4,1	+ 12,22
A.IV.02	Mieten	60,69	59,46	– 1,23	– 2,0	60,71	59,41	– 1,30	– 2,1	– 0,06
A.IV.06	Aufwand für Werkleistungen	197,98	145,66	– 52,32	– 26,4	175,07	171,70	– 3,37	– 1,9	+ 26,04
	GB 15.01 Steuerung & Services	186,89	134,50	– 52,39	– 28,0	163,94	160,47	– 3,47	– 2,1	+ 25,97
A.IV.14	Sonstiger betrieblicher Sachaufwand	379,91	28,98	– 350,93	– 92,4	32,81	23,81	– 9,00	– 27,4	– 5,16
	GB 15.01 Steuerung & Services	369,48	18,18	– 351,30	– 95,1	22,52	12,96	– 9,56	– 42,4	– 5,22
B	**Transferergebnis (= B.I – B.II)**	**+ 729,99**	**+ 695,64**	**– 34,35**	**– 4,7**	**+ 769,68**	**+ 727,69**	**– 41,99**	**– 5,5**	**+ 32,05**
B.I	Erträge aus Transfers	845,85	837,68	– 8,18	– 1,0	881,97	868,98	– 13,00	– 1,5	+ 31,30
B.I.02	Erträge aus Transfers von ausländischen Körperschaften und Rechtsträgern	71,31	74,25	+ 2,94	+ 4,1	71,29	74,27	+ 2,97	+ 4,2	+ 0,02
	GB 15.01 Steuerung & Services	71,31	74,24	+ 2,94	+ 4,1	71,29	74,27	+ 2,97	+ 4,2	+ 0,02
B.I.02.01	EU-Mitgliedstaaten	71,31	74,25	+ 2,94	+ 4,1	71,29	74,27	+ 2,97	+ 4,2	+ 0,02
B.I.03	Erträge aus Transfers von Unternehmen	733,13	722,86	– 10,26	– 1,4	769,72	753,69	– 16,03	– 2,1	+ 30,83
	GB 15.01 Steuerung & Services	733,13	722,86	– 10,26	– 1,4	769,72	753,69	– 16,03	– 2,1	+ 30,83

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 15 Finanzverwaltung		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
B.II	Transferaufwand	115,87	142,04	+ 26,17	+ 22,6	112,29	141,29	+ 29,00	+ 25,8	– 0,75
B.II.01	Aufwand für Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger	17,44	32,44	+ 15,00	+ 86,0	17,44	31,27	+ 13,84	+ 79,4	– 1,16
	GB 15.01 Steuerung & Services	17,44	32,44	+ 15,00	+ 86,0	17,44	31,27	+ 13,84	+ 79,4	– 1,16
B.II.03	Aufwand für Transfers an Unternehmen	60,97	68,53	+ 7,57	+ 12,4	60,85	70,93	+ 10,08	+ 16,6	+ 2,40
	GB 15.01 Steuerung & Services	60,94	68,53	+ 7,60	+ 12,5	60,82	70,93	+ 10,11	+ 16,6	+ 2,40
C	**Ergebnis aus d. operativen Verwaltungs-tätigkeit und Transfers (= A + B)**	**– 1.306,65**	**– 941,32**	**+ 365,34**	**– 28,0**	**– 925,17**	**– 962,36**	**– 37,19**	**+ 4,0**	**– 21,04**
D	**Finanzergebnis (= D.I – D.II)**	**+ 1,12**	**+ 2,70**	**+ 1,58**	**+ 141,5**	**+ 1,12**	**+ 2,70**	**+ 1,58**	**+ 141,5**	**0,00**
D.I	Finanzerträge	1,12	2,70	+ 1,58	+ 141,5	1,12	2,70	+ 1,58	+ 141,5	0,00
C*	**Geldfluss aus empfangenen s. gewährten Darlehen und Vorschüssen**					**+ 0,50**	**+ 0,28**	**– 0,22**	**– 43,9**	**+ 0,28**
D*	**Geldfluss aus der Investitionstätigkeit**					**– 1,17**	**– 0,76**	**+ 0,40**	**– 34,6**	**– 0,76**
E	**Nettoergebnis (ER: C + D) / Nettofinanzierungssaldo (FR: C + D + C* + D*)**	**– 1.305,53**	**– 938,62**	**+ 366,92**	**– 28,1**	**– 924,72**	**– 960,15**	**– 35,42**	**+ 3,8**	**– 21,53**
	davon Erträge/ Einzahlungen	935,50	937,94	+ 2,44	+ 0,3	967,85	956,40	– 11,45	– 1,2	+ 18,46
	davon Aufwendungen/ Auszahlungen	2.241,04	1.876,56	– 364,48	– 16,3	1.892,57	1.916,55	+ 23,97	+ 1,3	+ 39,99
	davon Erträge aus Vorperioden	0,12		– 0,12	– 100,0					0,00
	davon Aufwand aus Vorperioden	0,12	2,41	+ 2,29	+ 1.910,8					– 2,41
	um Vorperioden bereinigtes Nettoergebnis	**– 1.305,53**	**– 936,21**	**+ 369,33**	**– 28,3**	**– 924,72**	**– 960,15**	**– 35,42**	**+ 3,8**	**– 23,94**

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Ergebnis- und Finanzierungsrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

In der UG 15 „Finanzverwaltung“ betrug das Nettoergebnis 2015 (E) der konsolidierten Ergebnisrechnung – 938,62 Mio. EUR. Es setzte sich zusammen aus

- dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) von – 1,637 Mrd. EUR (+ 399,69 Mio. EUR gegenüber 2014),
- dem Transferergebnis (B) von + 695,64 Mio. EUR (– 34,35 Mio. EUR gegenüber 2014) sowie

– dem Finanzergebnis (D) von + 2,70 Mio. EUR (+ 1,58 Mio. EUR gegenüber 2014).

Die Erträge in der UG 15 machten 937,94 Mio. EUR

– darunter 97,56 Mio. EUR aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II), 837,68 Mio. EUR aus Transfers (B.I) sowie 2,70 Mio. EUR aus Finanzerträgen (D.I)

und die Aufwendungen 1,877 Mrd. EUR aus

– darunter 1,444 Mrd. EUR aus Personalaufwand (A.III), 290,02 Mio. EUR aus betrieblichem Sachaufwand (A.IV) sowie 142,04 Mio. EUR aus Transferaufwand (B.II).

Das Nettoergebnis 2015 verbesserte sich um 366,92 Mio. EUR bzw. um 28,1 % gegenüber 2014.

A. Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit

Die Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) betrugen 97,56 Mio. EUR.

– Die Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) waren überwiegend den Erträgen aus Kostenbeiträgen und Gebühren (61,44 Mio. EUR) zuzuordnen.

Nach Angaben des BMF enthalte die Position Erträge aus Kostenbeiträgen und Gebühren vor allem die von der Gebühren Info Service GmbH (GIS) für den Bund eingehobenen und an den Bund abgeführten Rundfunk- und Fernsehgebühren.

Den Erträgen standen Aufwendungen für Personal (A.III) von 1,444 Mrd. EUR und betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von 290,02 Mio. EUR gegenüber.

– Die wesentlichen Positionen im Personalaufwand betrafen Bezüge (1,141 Mrd. EUR), Mehrdienstleistungen (54,64 Mio. EUR) und den Gesetzlichen Sozialaufwand (175,15 Mio. EUR).

– Der betriebliche Sachaufwand entstand insbesondere für Mieten (59,46 Mio. EUR) und Werkleistungen (145,66 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMF setzten sich die Bezüge vor allem aus Beamtenbezügen (GB 15.01 „Steuerung und Services“: 48,43 Mio. EUR; GB 15.02 „Steuer- & Zollverwaltung“: 325,30 Mio. EUR) und aus Bezügen von Beamten der Personalämter gemäß Poststrukturgesetz, für welche entsprechende Ersätze seitens der Ämter gemäß Poststrukturgesetz geleistet werden (603,72 Mio. EUR), zusammen. Der Gesetzliche Sozialaufwand beinhalte insbesondere im GB 15.02 „Steuer– und Zollverwaltung“ die Dienstgeberbeiträge aus Pensionen der Beamten (43,80 Mio. EUR), sonstige Dienstgeberbeiträge für Vertragsbedienstete (23,42 Mio. EUR), Dienstgeberbeiträge für Beamte für den Ausgleichfonds für Familienbeihilfen (13,86 Mio. EUR) sowie sonstige Dienstgeberbeiträge für Beamte mit (12,83 Mio. EUR). Der betriebliche Sachaufwand in Höhe von 290,02 Mio. EUR bestehe vor allem aus Werkleistungen des GB 15.01 „Steuerung und Services“ von 134,50 Mio. EUR. Diese würden laut BMF insbesondere Aufwendungen für Projekt-, Betriebs- und Infrastrukturleistungen für die Informationstechnologie (IT), wie beispielsweise IT-Belange, die laut Bundesgesetz von der Bundesrechenzentrum GmbH zu betreiben sind sowie Leistungen der Buchhaltungsagentur des Bundes (Kernleistungen, Zusatzleistungen, Pensionstangente) beinhalten.

Das Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit 2015 verbesserte sich um 399,69 Mio. EUR bzw. um 19,6 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten beim

- Personalaufwand (A.III) von + 9,16 Mio. EUR: darunter Bezüge (+ 12,11 Mio. EUR) und
- betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von – 399,82 Mio. EUR: darunter Aufwand für Werkleistungen (– 52,32 Mio. EUR) sowie Sonstiger betrieblicher Sachaufwand (– 350,93 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMF sei die Erhöhung der Bezüge vor allem auf den Struktureffekt und die Gehaltserhöhung per 1. März 2015 zurückzuführen, außerdem zeichne auch ein geringfügiger Personalanstieg gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres für die Erhöhung verantwortlich. Der Rückgang des Sonstigen betrieblichen Sachaufwands sei laut BMF vor allem auf die geringere Dotierung für die Prozesskostenrückstellung und auf geringere Schadensvergütungen an die Europäische Union zurückzuführen. Der geringere Aufwand für Werkleistungen resultiere unter anderem aus periodischen Abgrenzungen von Projektrechnungen im Zusammenhang mit IT-Werkleistungen. Weiters sei es zu geringeren Werkleistungen für Öffentlichkeitsarbeit gekommen, weil die ursprünglich vorgesehene Kampagnenarbeit nicht in dem geplanten Ausmaß stattgefunden habe.

B. Transferergebnis

Die Erträge aus Transfers (B.I) betrugen 837,68 Mio. EUR. Den Erträgen stand ein Transferaufwand (B.II) von 142,04 Mio. EUR gegenüber.

- Wesentliche Positionen der Erträge aus Transfers (B.I) waren Transfers von ausländischen Körperschaften und Rechtsträgern (74,25 Mio. EUR) und Transfers von Unternehmen (722,86 Mio. EUR).

- Der Transferaufwand entstand insbesondere für Transfers an Unternehmen (68,53 Mio. EUR), Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger (32,44 Mio. EUR) und Transfers an private Haushalte (30,02 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMF würden sich die Mitgliedstaaten 25 % der Zoll- und Zuckerabgaben zur Deckung der Erhebungskosten einbehalten. Diese Einhebungsvergütungen seien der wesentliche Bestandteil der Transfererträge von ausländischen Körperschaften und Rechtsträgern (65,71 Mio. EUR). Die Transfererträge von Unternehmen würden insbesondere die Ersätze der Personalämter gemäß Poststrukturgesetz zu den Personal- und Reiseaufwendungen, der vom BMF besoldeten Bediensteten (Beamte bei der Österreichischen Post AG, der Telekom Austria AG und der ÖBB-Postbus GmbH) (718,07 Mio. EUR) beinhalten. Der Transferaufwand an Unternehmen bestehe laut BMF aus Transferleistungen an verschiedene Fonds der Rundfunk- und Telekom ReguliergungsGmbH in Höhe von 32,20 Mio. EUR (z.B. Fonds zur Förderung des privaten Rundfunks 15,00 Mio. EUR, Fernsehfonds Austria 13,50 Mio. EUR oder Digitalisierungsfonds 0,50 Mio. EUR). Außerdem seien Zuschüsse in Höhe von 24,86 Mio. EUR in Form von Zinsenstützungen für an Entwicklungsländer vergebener Soft Loans im Wege der Österreichischen Kontrollbank (OeKB) geleistet worden.

Das Transferergebnis 2015 verschlechterte sich um 34,35 Mio. EUR bzw. um 4,7 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten bei

- den Erträgen aus Transfers (B.I) von – 8,18 Mio. EUR: darunter Transfers von Unternehmen (– 10,26 Mio. EUR) sowie

- dem Transferaufwand (B.II) von + 26,17 Mio. EUR: darunter Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger (+ 15,00 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMF seien die Transfererträge von Unternehmen gesunken, da es zu einem Rückgang der Anzahl der Bediensteten, für die eine Refundierung geleistet wird, kam. Daher seien auch die entsprechenden Ersätze zurückgegangen. Die Nationalstiftung für Forschung, Technolo-

gie und Entwicklung (FTE-Nationalstiftungsgesetz) habe laut BMF gemäß § 4 Abs. 3 FTE-Nationalstiftungsgesetz mit zusätzlichen Mitteln dotiert werden können. Zur Unterstützung der begünstigten Forschungsorganisationen seien 2015 zusätzlich 15,00 Mio. EUR aufgewendet worden.

E. Nettoergebnis versus Nettofinanzierungssaldo

Der Nettofinanzierungssaldo aus der konsolidierten Finanzierungsrechnung fiel mit – 960,15 Mio. EUR um – 21,53 Mio. EUR ungünstiger aus als das Nettoergebnis aus der konsolidierten Ergebnisrechnung (– 938,62 Mio. EUR). Im Nettofinanzierungssaldo waren Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus empfangenen sowie gewährten Darlehen und Vorschüssen (+ 0,28 Mio. EUR) sowie Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus der Investitionstätigkeit (– 0,76 Mio. EUR) berücksichtigt, die im Nettoergebnis nicht enthalten waren.

Weitere Unterschiede zwischen dem Nettofinanzierungssaldo und dem Nettoergebnis beruhten auf Abweichungen zwischen dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) (– 53,10 Mio. EUR) und dem Transferergebnis (B) (+ 32,05 Mio. EUR) vom korrespondierenden Geldfluss. Dafür verantwortlich waren im Wesentlichen folgende Positionen:

- Abweichungen bei den Erträgen aus der Verwaltungstätigkeit (A.II) von – 14,16 Mio. EUR: davon sonstige Erträge (– 14,07 Mio. EUR),
- Abweichungen beim Personalaufwand (A.III) von + 26,72 Mio. EUR: davon Bezüge (+ 29,69 Mio. EUR) und Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen und nicht konsumierte Urlaube (– 5,67 Mio. EUR),
- Abweichungen beim betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von + 12,22 Mio. EUR: davon Aufwand für Werkleistungen (+ 26,04 Mio. EUR), Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte (– 4,86 Mio. EUR), Dotierung sonstige Rückstellungen (– 3,37 Mio. EUR), Instandhaltung (– 2,96 Mio. EUR) und Aufwand aus Vorperioden (– 2,41 Mio. EUR) sowie
- Abweichungen bei den Erträgen aus Transfers (B.I) von + 31,30 Mio. EUR: davon Transfers von Unternehmen (+ 30,83 Mio. EUR).

Die höheren Erträge aus der Verwaltungstätigkeit im Vergleich zu den entsprechenden Auszahlungen waren lt. BMF auf die nicht-finanzierungswirksame Auflösung von Rückstellungen (– 14,08 Mio. EUR) zurückzuführen. Die geringeren Aufwendungen der Ergebnisrechnung im Vergleich zu den korrespondierenden Auszahlungen beim Personalaufwand, beim betrieb-

lichen Sachaufwand und bei den Transfererträgen waren insbesondere auf Verschiebungen im Rahmen der periodischen Abgrenzungen zurückzuführen. Im Bereich des Personalaufwands war die periodische Abgrenzung von Beamtenbezügen (+28,23 Mio. EUR) für die Abweichung verantwortlich, im Bereich des betrieblichen Sachaufwands war die periodische Abgrenzung von IT-Werkleistungen für die Abweichung verantwortlich (+26,31 Mio. EUR betrafen periodische Abgrenzungen im Zusammenhang mit der Bundesrechenzentrum GmbH) und im Bereich der Transfererträge war die periodische Abgrenzung von Ersätzen der Post AG und Telekom Austria AG für die Abweichung verantwortlich.

7.3 Voranschlagsvergleichsrechnungen

7.3.1 Ergebnishaushalt

Tabelle 7.3-1: UG 15 – Ergebnishaushalt 2015

Ergebnishaushalt

UG 15 Finanzverwaltung	Erfolg 2014	Voranschlag 2015	Erfolg 2015	Veränderung Erfolg 2014 : 2015		Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Erträge	169,38	157,15	178,85	+ 9,46	+ 5,6	+ 21,70	+ 13,8
Aufwendungen	1.474,57	1.193,84	1.117,56	– 357,01	– 24,2	– 76,28	– 6,4
Nettoergebnis	**– 1.305,19**	**– 1.036,69**	**– 938,71**	**+ 366,47**	**– 28,1**	**+ 97,97**	**– 9,5**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Erträge in der UG 15 „Finanzverwaltung“ 178,85 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 9,46 Mio. EUR (+ 5,6 %) und gegenüber dem Voranschlag um 21,70 Mio. EUR (+ 13,8 %) angestiegen.

Die Aufwendungen des Jahres 2015 waren mit 1,118 Mrd. EUR um 357,01 Mio. EUR (– 24,2 %) niedriger als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Aufwendungen um 76,28 Mio. EUR (– 6,4 %) niedriger.

Das Nettoergebnis der UG 15 „Finanzverwaltung“ lag 2015 bei – 938,71 Mio. EUR[3]. Es war um 366,47 Mio. EUR besser und damit um 28,1 % niedriger als jenes für 2014 (– 1,305 Mrd. EUR) und um 97,97 Mio. EUR bes-

3 Die Differenz zwischen dem Nettoergebnis der Voranschlagsvergleichsrechnung (- 938,71 Mio. EUR) und jenem der Abschlussrechnungen (- 938,62 Mio. EUR) in der UG 15 „Finanzverwaltung“ i.H.v. - 97.005,26 EUR ergibt sich aus der im Zuge der Konsolidierung auf Bundesebene nicht erfolgten Berücksichtigung der Personalämter in dieser Untergliederung.

ser und damit um 9,5 % niedriger als im Voranschlag (– 1,037 Mrd. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*grün und kursiv*) fassen die vom BMF bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 15 „Finanzverwaltung" (Tabelle I.2.11.1)**.

Tabelle 7.3-2: Ergebnishaushalt, UG 15 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Ergebnishaushalt					
UG 15 Finanzverwaltung		**Voranschlag 2015**	**Erfolg 2015**	**Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015**	
		in Mio. EUR			in %
	Erträge	**157,15**	**178,85**	**+ 21,70**	**+ 13,8**
	Aufwendungen	**1.193,84**	**1.117,56**	**– 76,28**	**– 6,4**
	Nettoergebnis	**– 1.036,69**	**– 938,71**	**+ 97,97**	
GB 15.01	**Steuerung & Services**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	141,97	158,56	+ 16,59	+ 11,7
	Finanzerträge	0,63	2,68	+ 2,05	+ 326,2
	Erträge	**142,60**	**161,24**	**+ 18,64**	**+ 13,1**
	Personalaufwand	74,74	64,85	– 9,89	– 13,2
	Transferaufwand	139,59	142,04	+ 2,45	+ 1,8
	Betrieblicher Sachaufwand	202,99	174,73	– 28,26	– 13,9
	Aufwendungen	**417,32**	**381,61**	**– 35,71**	**– 8,6**
GB 15.02	**Steuer- & Zollverwaltung**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	12,69	14,81	+ 2,11	+ 16,6
	Erträge	**12,69**	**14,81**	**+ 2,11**	**+ 16,6**
	Personalaufwand	617,15	589,70	– 27,45	– 4,4
	Transferaufwand	1,40	0,00	– 1,40	– 99,9
	Betrieblicher Sachaufwand	115,34	105,60	– 9,74	– 8,4
	Finanzaufwand	0,00	–	– 0,00	– 100,0
	Aufwendungen	**733,89**	**695,30**	**– 38,59**	**– 5,3**
GB 15.03	**Rechtsvertretung & Rechtsinstanz**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1,85	2,79	+ 0,93	+ 50,5
	Finanzerträge	0,01	0,02	+ 0,01	+ 93,5
	Erträge	**1,86**	**2,80**	**+ 0,94**	**+ 50,7**
	Personalaufwand	38,10	35,65	– 2,44	– 6,4
	Betrieblicher Sachaufwand	4,53	4,99	+ 0,47	+ 10,3
	Aufwendungen	**42,63**	**40,65**	**– 1,98**	**– 4,6**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mehrerträge im GB 15.01 „Steuerung & Services"

+ 16,59 Mio. EUR in der MVAG „Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mehrerträge aus der Auflösung von Rückstellungen durch die Einstellung einzelner Verfahren zugunsten Österreichs im Zollbereich (+ 11,34 Mio. EUR); weitere Mehrerträge aus „Kostenersätzen aufgrund von Doppelbesteuerungsabkommen" infolge eines im Jahr 2006 mit der Schweiz vereinbarten Fiskalausgleichs betreffend Einkünfte aus unselbständiger Arbeit von Österreichern (vorwiegend Grenzgänger) (+ 2,84 Mio. EUR).

Minderaufwendungen im GB 15.01 „Steuerung & Services"

– 28,26 Mio. EUR in der MVAG „Betrieblicher Sachaufwand"

Minderaufwendungen für IT-Werkleistungen der BRZ GmbH für Infrastrukturleistungen, Betriebsleistungen und Projektleistungen, welche insbesondere auf Verschiebungen im Rahmen der periodischen Abgrenzungen zurückzuführen sind und höhere Aufwendungen im Jahr 2014 bzw. geringere Aufwendungen im Jahr 2015 bewirkten (insgesamt – 11,82 Mio. EUR). Minderaufwendungen für die Instandhaltung von Gebäuden i.Z.m. dem „Generalplan" durch die zeitliche Verschiebung bzw. den Entfall einzelner Projekte (– 5,27 Mio. EUR). Minderaufwendungen für Schadensvergütungen aus Forderungen der Europäischen Kommission i.Z.m. dem Zollamt Wien, welche geringer als veranschlagt waren (– 1,89 Mio. EUR); weitere Minderaufwendungen für Leistungen der Buchhaltungsagentur infolge einer Gutschrift für Vorjahre (– 3,23 Mio. EUR).

Minderaufwendungen im GB 15.02 „Steuer– & Zollverwaltung"

– 27,45 Mio. EUR in der MVAG „Personalaufwand"

Minderaufwendungen für die Dotierung von Rückstellungen für Abfertigungen (– 2,90 Mio. EUR), Jubiläumszuwendungen (– 2,70 Mio. EUR) sowie für nicht konsumierte Urlaube (– 13,05 Mio. EUR) infolge einer Umstellung der Verbuchung der Auflösung von Rückstellungen innerhalb desselben Detailbudgets im Jahr 2014; weitere Minderaufwendungen bei den Bezügen von Vertragsbediensteten infolge sparsamer Personalbewirtschaftung (– 4,45 Mio. EUR).

7.3.2 Finanzierungshaushalt

Tabelle 7.3-3: UG 15 – Finanzierungshaushalt 2015

Finanzierungshaushalt							
UG 15 Finanzverwaltung	**Zahlungen 2014**	**Voranschlag 2015**	**Zahlungen 2015**	**Veränderung Zahlungen 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015**	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Einzahlungen	164,77	156,78	165,89	+ 1,13	+ 0,7	+ 9,12	+ 5,8
Auszahlungen	1.089,49	1.156,60	1.126,04	+ 36,55	+ 3,4	– 30,56	– 2,6
Nettofinanzierungssaldo	**– 924,72**	**– 999,83**	**– 960,15**	**– 35,42**	**+ 3,8**	**+ 39,68**	**– 4,0**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Einzahlungen in der UG 15 „Finanzverwaltung“ 165,89 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 1,13 Mio. EUR (+ 0,7 %) und gegenüber dem Voranschlag um 9,12 Mio. EUR (+ 5,8 %) angestiegen.

Die Auszahlungen des Jahres 2015 waren mit 1,126 Mrd. EUR um 36,55 Mio. EUR (+ 3,4 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Auszahlungen um 30,56 Mio. EUR (– 2,6 %) niedriger.

Der Nettofinanzierungssaldo der UG 15 „Finanzverwaltung“ lag 2015 bei – 960,15 Mio. EUR. Er war um 35,42 Mio. EUR schlechter und damit um 3,8 % höher als jener für 2014 (– 924,72 Mio. EUR) bzw. um 39,68 Mio. EUR besser und damit um 4,0 % niedriger als im Voranschlag (– 999,83 Mio. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*blau und kursiv*) fassen die vom BMF bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 15 „Finanzverwaltung“ (Tabelle I.2.11.1)**.

Tabelle 7.3-4: Finanzierungshaushalt, UG 15 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Finanzierungshaushalt					
UG 15 Finanzverwaltung		Voranschlag 2015	Zahlungen 2015	Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015	
		in Mio. EUR			in %
	Einzahlungen	**156,78**	**165,89**	**+ 9,12**	**+ 5,8**
	Auszahlungen	**1.156,60**	**1.126,04**	**– 30,56**	**– 2,6**
	Nettofinanzierungssaldo	**– 999,83**	**– 960,15**	**+ 39,68**	
GB 15.01	**Steuerung & Services**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	142,59	149,70	+ 7,11	+ 5,0
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,01	0,01	– 0,00	– 23,1
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,12	0,08	– 0,04	– 34,5
	Einzahlungen	**142,72**	**149,79**	**+ 7,07**	**+ 5,0**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	263,49	255,07	– 8,42	– 3,2
	Auszahlungen aus Transfers	139,59	141,29	+ 1,69	+ 1,2
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,31	0,17	– 0,13	– 44,2
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,17	0,06	– 0,11	– 63,9
	Auszahlungen	**403,56**	**396,59**	**– 6,97**	**– 1,7**
GB 15.02	**Steuer- & Zollverwaltung**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	11,23	12,64	+ 1,41	+ 12,6
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,01	0,01	+ 0,00	+ 3,6
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1,02	0,90	– 0,12	– 11,4
	Einzahlungen	**12,26**	**13,56**	**+ 1,30**	**+ 10,6**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	704,05	687,85	– 16,20	– 2,3
	Auszahlungen aus Transfers	1,20	0,00	– 1,20	– 99,9
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	5,45	0,57	– 4,88	– 89,5
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1,22	0,81	– 0,41	– 33,8
	Auszahlungen	**711,92**	**689,23**	**– 22,69**	**– 3,2**
GB 15.03	**Rechtsvertretung & Rechtsinstanz**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1,76	2,54	+ 0,78	+ 44,0
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,00	–	– 0,00	– 100,0
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,03	0,01	– 0,02	– 67,3
	Einzahlungen	**1,79**	**2,55**	**+ 0,75**	**+ 41,9**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	41,05	40,16	– 0,89	– 2,2
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,05	0,03	– 0,01	– 26,1
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,02	0,02	– 0,01	– 32,6
	Auszahlungen	**41,12**	**40,21**	**– 0,91**	**– 2,2**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Minderauszahlungen im GB 15.02 „Steuer- & Zollverwaltung"

– 16,20 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit"

Minderauszahlungen, da geplante Auszahlungen für die Errichtung von Revisionshallen nicht schlagend wurden. Durch Kooperation mit der ASFINAG bei Verkehrskontrollpunkten wurden für die Kontrolltätigkeiten im Zollbereich kostengünstigere Lösungen gefunden (– 4,65 Mio. EUR). Weitere Minderauszahlungen bei den Personalauszahlungen infolge sparsamer Personalbewirtschaftung (die VBÄ-Planwerte wurden bei fast allen haushaltsführenden Stellen der Steuer- und Zollverwaltung nicht ausgeschöpft) (insgesamt – 8,79 Mio. EUR).

7.3.3 Haushaltsrücklagen

Tabelle 7.3-5: UG 15 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015

Finanzierungshaushalt								
UG 15 Finanzverwaltung	**Anfangsbestand**	**Umbuchung**	**Entnahme**	**Auflösung**	**Zuführung**	**Endbestand**	**Veränderung 2014 : 2015**	
	in Mio. EUR							in %
Detailbudgetrücklagen	697,83	–	– 46,60	– 24,75	+ 59,69	686,18	– 11,65	– 1,7
Zweckgebundene Einzahlungsrücklagen	2,63	–	–	–	+ 0,50	3,13	+ 0,50	+ 19,1
Gesamtsumme	**700,46**	**–**	**– 46,60**	**– 24,75**	**+ 60,19**	**689,30**	**– 11,15**	**– 1,6**

Quellen: Rücklagengebarung, eigene Berechnung

Der Stand der Rücklagen in der UG 15 „Finanzverwaltung" belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 700,46 Mio. EUR und veränderte sich durch Entnahmen (46,60 Mio. EUR), Auflösungen (24,75 Mio. EUR) und Zuführungen (60,19 Mio. EUR) auf 689,30 Mio. EUR zum 31. Dezember 2015. Im Verhältnis zu den veranschlagten Auszahlungen (1,157 Mrd. EUR) entsprach der Stand zum 31. Dezember 2015 einem Anteil von 59,6 %. Im BFG 2015 war für die UG 15 eine Rücklagenverwendung von 31,60 Mio. EUR berücksichtigt, die in der mittelfristigen Finanzplanung nicht enthalten war und die Auszahlungsobergrenze für das Jahr 2015 (1,125 Mrd. EUR) erhöhte (siehe auch **TZ 7.4**).

7.4 Finanzrahmen

Ausgehend von den tatsächlichen Auszahlungen 2015 stellen sich die Auszahlungsobergrenzen für die UG 15 „Finanzverwaltung“ gemäß BFRG für die Finanzjahre 2016 bis 2020 wie folgt dar:

Tabelle 7.4–1: UG 15 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020

Finanzierungshaushalt

UG 15 Finanzverwaltung	Auszahlungen (Ist)	Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG					Veränderung		
	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2015 (Ist) : 2020		durchschnittlich jährlich
	in Mio. EUR							in %	
	1.126,04	**1.173,15**	**1.187,64**	**1.203,66**	**1.222,78**	**1.243,29**	**+ 117,25**	**+ 10,4**	**+ 2,0**
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze gesamt	*74.589,49*	*78.107,49*	*78.202,70*	*78.814,08*	*80.408,66*	*83.038,37*	*+ 8.448,88*	*+ 11,3*	*+ 2,2*
Anteil der UG 15	1,5 %	1,5 %	1,5 %	1,5 %	1,5 %	1,5 %	– 0,0 %-Punkte		–
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze Rubrik 0,1	*8.700,11*	*9.723,54*	*9.653,34*	*9.235,99*	*9.252,45*	*9.525,66*	*+ 825,56*	*+ 9,5*	*+ 1,8*
Anteil der UG 15	12,9 %	12,1 %	12,3 %	13,0 %	13,2 %	13,1 %	+ 0,1 %-Punkte		–

Quellen: HIS, BFRG 2016 - 2019, 2017 - 2020, eigene Berechnung

Bis zum Jahr 2020 soll die Auszahlungsobergrenze für die UG 15 „Finanzverwaltung“ um + 117,25 Mio. EUR (+ 10,4 %) auf 1,243 Mrd. EUR ansteigen. Dies entspricht einer Veränderungsrate gegenüber den tatsächlichen Auszahlungen 2015 von + 2,0 % im Jahresdurchschnitt. Im Jahr 2015 betrug der Anteil der UG 15 „Finanzverwaltung“ an den Gesamtauszahlungen 1,5 % und an den Auszahlungen der Rubrik 0,1 12,9 %. Der Anteil der UG 15 an der Gesamt–Auszahlungsobergrenze soll bis 2020 unverändert bei 1,5 % bleiben bzw. soll er innerhalb der Rubrik 0,1 auf 13,1 % ansteigen.

Laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 seien im Bereich der Finanzverwaltung insbesondere die folgenden Maßnahmen und Reformen geplant:

- Aufrechterhaltung der abgabenrechtlichen Prüfungs- und Kontrollmaßnahmen in den Bereichen Steuer und Zoll sowie intensive Bekämpfung von Steuerbetrug durch eine flächendeckende

Umsetzung der Betrugsbekämpfungsmaßnahmen des Steuerreformgesetzes 2015/2016;

- Gestaltung einer leistungsorientierten, effizienten und innovativen Organisation mit strategischem Fokus auf eine Automatisierungs- und Digitalisierungsoffensive;

- Beobachtung, Forcierung und aktive Förderung der Annahme des E-Government-Angebotes der Verwaltung sowie Umsetzung neuer E-Government-Projekte;

- Forcierung von Cloud-Lösungen für die Verwaltung (z.B. Storage Verbund für Großstrafverfahren des Bundes durch Kooperation BMI, BMJ und BMF, SAP-Virtualisierung) und Performanceverbesserungen im Bereich des Datawarehouse Zoll;

- Förderung von flexiblen Arbeitszeitmodellen durch Erweiterung des Kreises der Nutzer mobiler Arbeitsgeräte und Motivation von Frauen zur Bewerbung als Führungskraft sowie Ermöglichung von Führung in Teilzeit.

Zur Einhaltung der Auszahlungsobergrenzen führt der Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 folgende erforderliche Steuerungs– und Korrekturmaßnahmen an:

- Vermeidung bzw. Verringerung von Kosten und Entschädigungszahlungen nach dem Amtshaftungsgesetz durch Anstreben außergerichtlicher Vergleiche;

- Priorisierung insbesondere von ressortübergreifenden IT-Projekten (nach Dringlichkeit und Wichtigkeit) sowie ständige Optimierungsmaßnahmen im Betrieb insbesondere durch Vereinheitlichung der IT-Standards;

- ressortweite Umsetzung der „Bewirtschaftungsstrategien“ bei betrieblichem Sachaufwand (z.B. Fortführung des Umstiegs auf Leasing-Kfz, Flächenmanagement).

Die im BFRG 2017 bis 2020 vorgesehenen Auszahlungsobergrenzen für die Jahre 2017 bis 2019 wurden gegenüber dem bisher geltenden BFRG 2016 bis 2019 um insgesamt + 2,0 % bzw. um durchschnittlich + 23,61 Mio. EUR pro Jahr erhöht. Laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 werde aufgrund des thematischen Zusammenhangs mit dem Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz–Verfahren ab dem Jahr 2017 die Verrechnung der Zinsenstützungen von der UG 15 „Finanzverwaltung“ in die UG 45 „Bundesvermögen“ transferiert bzw. würde die Abweichung zum vorangegan-

genen Bundesfinanzrahmengesetz mit der Vollziehung des Gesetzes über die Förderung von Handwerkerleistungen zusammenhängen.

Im Folgenden wird ein Überblick über die Entwicklung der tatsächlichen Auszahlungen und der Auszahlungsobergrenzen von 2011 bis 2015 bzw. ein Vergleich der Auszahlungen zu den Auszahlungsobergrenzen des derzeit geltenden BFRG 2017 bis 2020 gegeben:

Tabelle 7.4–2: UG 15 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015

Finanzierungshaushalt

UG 15 Finanzverwaltung	BFRG bzw. Zahlungen					Veränderung			
	2011	2012	2013	2014	2015	2014 : 2015		2011 : 2015	
	in Mio. EUR					in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Auszahlungsobergrenze UG 15	1.232,90	1.219,02	1.193,78	1.089,52	1.125,00	+ 35,48	+ 3,3	– 107,90	– 8,8
Auszahlungen UG 15	1.099,36	1.143,24	1.139,46	1.089,49	1.126,04	+ 36,55	+ 3,4	+ 26,68	+ 2,4
Abweichung Auszahlungen : Obergrenze	**– 133,54**	**– 75,78**	**– 54,33**	**– 0,03**	**+ 1,04**				
Abweichung in %	**– 10,8 %**	**– 6,2 %**	**– 4,6 %**	**– 0,0 %**	**+ 0,1 %**				

Quellen: HIS, BFRG 2011 - 2014, 2012 - 2015, 2013 - 2016, 2014 - 2017, 2015 - 2018, eigene Berechnung

Während ursprünglich zwischen 2011 und 2015 eine Reduzierung der Auszahlungsobergrenze gemäß BFRG um insgesamt - 107,90 Mio. EUR (– 8,8 %) vorgesehen war, erhöhten sich die Auszahlungen zwischen 2011 und 2015 tatsächlich um + 26,68 Mio. EUR (+ 2,4 %). Im Jahr 2015 lagen die tatsächlichen Auszahlungen um + 1,04 Mio. EUR (+ 0,1 %) über jenen, die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen waren.

Tabelle 7.4–3: UG 15 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG

Finanzierungshaushalt

UG 15 Finanzverwaltung	Auszahlungen (Ist)		durchschnittliche jährliche Veränderung	BFRG	durchschnittliche jährliche Veränderung	Differenz der Veränderungsraten[1)]
	2011	2015	2011 : 2015	2020	2015 (Ist) : 2020 (BFRG)	
	in Mio. EUR		in %	in Mio. EUR	in %	in %-Punkten
	1.099,36	**1.126,04**	**+ 0,6**	**1.243,29**	**+ 2,0**	**+ 1,4**

1) Rundungsdifferenz möglich

Quellen: HIS, BFRG 2017 - 2020, eigene Berechnung

Die durchschnittliche jährliche Veränderung der Auszahlungen belief sich von 2011 bis 2015 auf + 0,6 %. Laut mittelfristiger Finanzplanung bis 2020 soll sie + 2,0 % betragen und somit um 1,4 Prozentpunkte stärker steigen als im Zeitraum 2011 bis 2015.

In diesem Zusammenhang weist der RH auf folgende im Jahr 2015 dem Nationalrat vorgelegte Berichte hin:

- Internes Kontrollsystem in der Haushaltsverrechnung des Bundes; Follow-up-Überprüfung (Reihe Bund 2015/14)

Das BMF hatte die Empfehlungen des RH, die dieser im Jahr 2012 zum Internen Kontrollsystem in der Haushaltsverrechnung des Bundes abgegeben hatte, nicht vollständig umgesetzt. Der RH kritisierte weiter die Nichtumsetzung der Verankerung des Prinzips der minimalen Rechte in den haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Bundes. Auch das System des Geschäftspartners für das Kreditoren– und Debitorenmanagement hatte das BMF noch nicht eingeführt, wenngleich dafür Mitte 2014 ein Umsetzungsprojekt gestartet wurde. Nur teilweise umgesetzt wurden Maßnahmen hinsichtlich einer Verbesserung der Risikoanalyse, IT–Sicherheit und IT–Entwicklung.

- Standortentwicklung der Zentralleitung des Bundesministeriums für Finanzen und Generalsanierung des Standorts Himmelpfortgasse 6 – 8; Follow–up–Überprüfung (Reihe Bund 2015/3)

Das BMF setzte die Empfehlungen des RH, die dieser im Jahr 2011 veröffentlicht hatte, teilweise um. Durchgeführte Maßnahmen erhöhten zwar die Transparenz und Nachvollziehbarkeit, die gesamten mit der Generalsanierung verbundenen Ausgaben erhöhten sich jedoch weiter von rd. 198,76 Mio. EUR (März 2011) auf rd. 206,34 Mio. EUR (März 2014). Darin enthalten waren 2,25 Mio. EUR, die auf eine neuerliche Nutzungsänderung (teilweise Museumsnutzung) – veranlasst vom BMF im Dezember 2012 rund zwei Monate vor Abschluss der Generalsanierung – zurückzuführen waren. Diese Nutzungsänderung verzögerte die Rückübersiedlung vom Ausweichobjekt Hintere Zollamtsstraße 2b um weitere rund drei Monate, was zu zusätzlichen Mietausgaben in Höhe von rd. 1,70 Mio. EUR führte. Die Nutzungsänderung wird überdies infolge des nicht kostendeckenden Museumsbetriebs eine finanzielle Belastung des BMF durch jährliche Subventionen zur Abgangsdeckung (z.B. voraussichtlich 2,55 Mio. EUR für 2014) bewirken.[4]

4 Laut Information des BMF im Zuge des Stellungnahmeverfahrens habe es die Empfehlung des RH, die dieser im Jahr 2011 veröffentlicht hatte, teilweise umgesetzt.

Der RH weist auch auf folgenden im Rahmen seiner Überprüfung der Abschlussrechnungen gemäß § 9 RHG 1948 veröffentlichten Bericht hin (Einzelheiten im **BRA 2015, Textteil Band 3**):

– Überprüfung des Prozesses „e-Rechnungen im Bund“

Seit 1. Jänner 2014 waren die Vertragspartner des Bundes verpflichtet, Abrechnungen ausschließlich mittels e-Rechnung einzubringen. Die zugrunde liegende gesetzliche Regelung sah aber eine Reihe von Ausnahmetatbeständen vor, weshalb in einigen Bereichen die Zahl der eingebrachten e-Rechnungen im Prüfungszeitraum sehr gering war.

Zur Einbringung von e-Rechnungen waren durch das BMF drei verschiedene technische Möglichkeiten vorgesehen, die es jedem Unternehmer ermöglichten, e-Rechnungen einzubringen. Der Rechnungsleger erhielt bei erfolgreicher Einbringung einer e–Rechnung eine Übernahmebestätigung, obwohl die Rechnung erst vom zuständigen haushaltsleitenden Organ übernommen werden musste und gegebenenfalls auch zurückgewiesen werden konnte. Zurückgewiesene e-Rechnungen wurden gelöscht, die Begründung der Zurückweisung nicht dokumentiert.

In der e-Rechnung strukturiert vorgesehene Rechnungsbestandteile mussten teilweise händisch erfasst werden; bis auf das Datum des Einlangens waren alle Inhalte der Rechnung bei der Verbuchung veränderbar.

Die Stichprobenprüfung zeigte, dass die vorgesehenen Soll-Prozesse und die IKS-Maßnahmen wirkungsvoll implementiert waren.

8 UG 16 „ÖFFENTLICHE ABGABEN“

UG 16 Öffentliche Abgaben - BMF	
zentrale Budgetbereiche	Bruttosteuern
	Finanzausgleich Abüberweisungen I
	Sonstige Abüberweisungen I
	EU Abüberweisungen II

Quelle: HIS

8.1 Vermögensrechnung

Tabelle 8.1–1: UG 16 – Vermögensrechnung[1)]

Vermögensrechnung						
UG 16 Öffentliche Abgaben		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
A + B	**Vermögen**	**4.440,80**	**4.972,54**	**+ 531,74**	**+ 12,0**	**100,0**
A	Langfristiges Vermögen	0,19	0,16	– 0,04	– 18,9	0,0
A.V	Langfristige Forderungen	0,19	0,16	– 0,04	– 18,9	0,0
B	Kurzfristiges Vermögen	4.440,61	4.972,38	+ 531,78	+ 12,0	100,0
B.II	Kurzfristige Forderungen	4.440,47	4.972,25	+ 531,78	+ 12,0	100,0
B.II.02	aus Abgaben	4.108,61	4.174,75	+ 66,14	+ 1,6	84,0
B.II.06	Sonstige kurzfristige Forderungen (nv)	328,65	795,45	+ 466,80	+ 142,0	16,0
	Aktive Rechnungsabgrenzung	326,98	792,79	+ 465,81	+ 142,5	15,9
B.IV	Liquide Mittel	0,14	0,14	– 0,00	– 3,3	0,0
C	**Nettovermögen (Ausgleichsposten)**	**2.142,53**	**2.446,07**	**+ 303,55**	**+ 14,2**	
C.IV	Jährliches Nettoergebnis (inkl. "Personal, das für Dritte leistet")	47.517,97	50.678,12	+ 3.160,15	+ 6,7	
C.V	Saldo aus der jährl. Eröffnungsbilanz	2.113,67	2.142,54	+ 28,88	+ 1,4	
C.VI	Bundesfinanzierung	– 47.489,11	– 50.374,59	– 2.885,48	+ 6,1	
D + E	**Fremdmittel**	**2.298,27**	**2.526,47**	**+ 228,20**	**+ 9,9**	**100,0**
E	Kurzfristige Fremdmittel	2.298,27	2.526,47	+ 228,20	+ 9,9	100,0
E.II	Kurzfristige Verbindlichkeiten	2.298,27	2.526,47	+ 228,20	+ 9,9	100,0
E.II.04	aus Abgaben	1.685,40	1.803,45	+ 118,05	+ 7,0	71,4
E.II.05	Verpflichtungen aus nicht voranschlagswirksamer Gebarung (durchlaufende Gebarung)	304,04	273,21	– 30,83	– 10,1	10,8
	Sonstige Verpflichtungen aus nicht voranschlagswirksamer Gebarung	304,04	273,21	– 30,83	– 10,1	10,8
E.II.06	Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	308,83	449,81	+ 140,97	+ 45,6	17,8
	Übrige sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	308,83	449,81	+ 140,97	+ 45,6	17,8

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Vermögensrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 betrug in der UG 16 „Öffentliche Abgaben" 4,973 Mrd. EUR und stieg gegenüber 31. Dezember 2014 um + 531,74 Mio. EUR (+ 12,0 %) an. Der Anteil des kurzfristigen Vermögens betrug 100,0 % und der des langfristigen Vermögens 0,0 %. Dem Vermögen standen Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 von 2,526 Mrd. EUR gegenüber, die im Vergleich zum 31. Dezember 2014 um + 228,20 Mio. EUR (+ 9,9 %) anwuchsen. Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 waren zu 100,0 % kurzfristig. Nachdem das Vermögen die Fremdmittel überstieg, ergab sich ein Nettovermögen (Ausgleichsposten) zum 31. Dezember 2015 von 2,446 Mrd. EUR (+ 303,55 Mio. EUR bzw. + 14,2 % gegenüber 31. Dezember 2014).

A. und B. Vermögen

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 (4,973 Mrd. EUR) setzte sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- B.II Kurzfristige Forderungen: 4,972 Mrd. EUR (100,0 %), davon 4,175 Mrd. EUR aus Abgaben und 795,45 Mio. EUR für Sonstige kurzfristige Forderungen (nicht veranschlagt) (Aktive Rechnungsabgrenzungen: 792,79 Mio. EUR).

Der Anstieg des Vermögens gegenüber 31. Dezember 2014 von + 531,74 Mio. EUR (+ 12,0 %) resultierte insbesondere aus Veränderungen bei Kurzfristigen Forderungen aus Abgaben (B.II.02) von + 66,14 Mio. EUR (+ 1,6 %) und Sonstigen kurzfristigen Forderungen (nicht veranschlagt) (B.II.06) von + 466,80 Mio. EUR (+ 142,0 %), davon Aktive Rechnungsabgrenzungen + 465,81 Mio. EUR.

Nach Angaben des BMF zeige die Position Kurzfristige Forderungen aus Abgaben den Bestand an einbringlichen Forderungen aus öffentlichen Abgaben. Die Sonstigen kurzfristigen Forderungen (nicht veranschlagt) würden vor allem die Aktiven Rechnungsabgrenzungen für die öffentlichen Abgaben enthalten. Dabei handle es sich laut BMF um eine pauschale Zeitabgrenzung für Erträge aus Abgaben, die mittels Rechnungsabgrenzung der Periode ihrer wirtschaftlichen Entstehung zugerechnet werden.

Die Kurzfristigen Forderungen aus Abgaben würden laut BMF von Jahr zu Jahr Schwankungen unterliegen, im mittelfristigen Durchschnitt sei ein Anstieg der Forderungen parallel zum Anstieg der Erträge (Steuereinnahmen) zu erwarten. Die Veränderung im Vergleich zum Vorjahr sei auf einen weniger starken Anstieg der Abgabenforderungen als erwartet (+ 144,10 Mio. EUR) sowie auf Veränderungen der Wertberichtigungen

(– 68,82 Mio. EUR) zurückzuführen. Die Erhöhung der Sonstigen kurzfristigen Forderungen (nicht veranschlagt) resultiere nach Angaben des BMF vor allem aus der Aktiven Rechnungsabgrenzung. Diese umfasse laut BMF Time-Adjustments[5] für die Lohnsteuer, Mineralölsteuer, Tabaksteuer, Umsatzsteuer und Normverbrauchsabgabe.

D. und E. Fremdmittel

Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 (2,526 Mrd. EUR) setzten sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- E.II Kurzfristige Verbindlichkeiten: 2,526 Mrd. EUR (100,0 %), davon 1,803 Mrd. EUR aus Abgaben, 273,21 Mio. EUR aus Verpflichtungen aus nicht voranschlagswirksamer Gebarung (durchlaufende Gebarung) und 449,81 Mio. EUR für Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten.

Der Anstieg der Fremdmittel gegenüber 31. Dezember 2014 von + 228,20 Mio. EUR (+ 9,9 %) war insbesondere auf Veränderungen bei Kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Abgaben (E.II.04) von + 118,05 Mio. EUR (+ 7,0 %), Verpflichtungen aus nicht voranschlagswirksamer Gebarung (durchlaufende Gebarung) (E.II.05) von – 30,83 Mio. EUR (– 10,1 %) sowie Sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten (E.II.06) von + 140,97 Mio. EUR (+ 45,6 %) zurückzuführen.

Nach Angaben des BMF würden die Kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Abgaben die auf den Konten der Steuerpflichtigen bestehenden und jederzeit abrufbaren Guthaben darstellen. Bei den Verpflichtungen aus nicht voranschlagswirksamer Gebarung (durchlaufende Gebarung) handle es sich um Finanzverwahrnisse[6]. Außerdem enthalte die Position den „nationalen EU-Beitrag“[7] (aushaftender Saldo per 31. Dezember 2015 134,55 Mio. EUR), vorgeschriebene und der EU zur Verfügung gestellte Beträge von besicherten Konten im Zusammenhang mit Zollabgaben (38,40 Mio. EUR), bezahlte Beträge von unbesicherten Konten sowie noch einzuziehende Beträge (offene

5 Bei den Time-Adjustments handelt es sich um Zahlungen in den Monaten Jänner und Februar, die jedoch wirtschaftlich dem vorangegangenen Finanzjahr zuzuordnen sind. Eine laufende Verrechnung dieser Beträge ist nach Angaben des BMF nicht möglich, weil die Beträge zum Entstehungszeitpunkt noch nicht hinreichend genau ermittelt werden können.

6 jederzeit abrufbare Guthaben von Abgabepflichtigen

7 Die EU finanziert ihren Gesamthaushalt gemäß Art. 311 AEUV im Wesentlichen durch sogenannte Eigenmittel. Entsprechend den gemeinschaftsrechtlichen Vorschriften leistet Österreich Beiträge zum EU-Haushalt. Der österreichische Anteil an der Finanzierung des EU-Haushalts wird als nationaler EU-Beitrag bezeichnet.

Forderungen) von unbesicherten Konten (94,53 Mio. EUR). Die Sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten würden vor allem Verbindlichkeiten für EU-Eigenmittelguthaben der Europäischen Union sowie Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit der Einhebung und Abfuhr von Kammerumlagen beinhalten.

Der Anstieg der Kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Abgaben sei auf den Anstieg der Abgabenguthaben zurückzuführen und resultiere aus dem parallelen Anstieg der Steuereinnahmen. Der Rückgang der Verpflichtungen aus nicht voranschlagswirksamer Gebarung (durchlaufende Gebarung) begründe sich durch die Finanzverwahrnisse sowie noch nicht an die Wirtschaftskammer überwiesene Zuschläge zum Dienstgeberbeitrag (DGB). Beim Dienstgeberzuschlag handle es sich um eine Kammerumlage, die im Wirtschaftskammergesetz (WKG) in den §§ 122 und 126 geregelt ist. Darüber hinaus sei es laut BMF zu einem Rückgang der Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit den Traditionellen Eigenmitteln gekommen, welche sowohl Zollabfertigungen als auch Nacherhebungen aufgrund von Finanzvergehen (Schmuggel) enthielten. Die Zahlungsanforderungen der Europäischen Kommission seien im Jahr 2015 geringer als die EU-Eigenmittelgutschriften gewesen, wodurch sich die Sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten im Vergleich zum Vorjahr erhöht hätten.

8.2 Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung

Tabelle 8.2-1: UG 16 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung[1)]

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 16 Öffentliche Abgaben		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
A	**Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (= A.I + A.II – A.III – A.IV)**	**+ 47.517,97**	**+ 50.678,12**	**+ 3.160,15**	**+ 6,7**	**+ 47.473,21**	**+ 50.371,96**	**+ 2.898,75**	**+ 6,1**	**– 306,15**
A.I	Erträge aus Abgaben netto	48.166,42	51.364,79	+ 3.198,37	+ 6,6	47.473,21	50.371,96	+ 2.898,75	+ 6,1	– 992,83
A.I.01	Abgaben - brutto	79.307,80	83.536,88	+ 4.229,07	+ 5,3	78.502,78	82.427,09	+ 3.924,31	+ 5,0	– 1.109,78
A.I.03	Ab-Überweisungen	– 31.141,38	– 32.172,08	– 1.030,71	+ 3,3	– 31.029,57	– 32.055,13	– 1.025,56	+ 3,3	+ 116,96
A.IV	Betrieblicher Sachaufwand	648,45	686,68	+ 38,22	+ 5,9					– 686,68
A.IV.13	Aufwendungen aus der Wertberichtigung und dem Abgang von Forderungen	579,17	686,68	+ 107,50	+ 18,6					– 686,68
A.IV.14	Sonstiger betrieblicher Sachaufwand	69,28		– 69,28	– 100,0					0,00

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 16 Öffentliche Abgaben		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
C	**Ergebnis aus d. operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers (= A + B)**	**+ 47.517,97**	**+ 50.678,12**	**+ 3.160,15**	**+ 6,7**	**+ 47.473,21**	**+ 50.371,96**	**+ 2.898,75**	**+ 6,1**	**– 306,15**
E	**Nettoergebnis (ER: C + D) / Nettofinanzierungssaldo (FR: C + D + C* + D*)**	**+ 47.517,97**	**+ 50.678,12**	**+ 3.160,15**	**+ 6,7**	**+ 47.473,21**	**+ 50.371,96**	**+ 2.898,75**	**+ 6,1**	**– 306,15**
	davon Erträge/ Einzahlungen	48.166,42	51.364,79	+ 3.198,37	+ 6,6	47.473,21	50.371,96	+ 2.898,75	+ 6,1	– 992,83
	davon Aufwendungen/ Auszahlungen	648,45	686,68	+ 38,22	+ 5,9					– 686,68
	davon Aufwand aus Vorperioden	69,28		– 69,28	– 100,0					0,00
	um Vorperioden bereinigtes Nettoergebnis	**+ 47.587,25**	**+ 50.678,12**	**+ 3.090,87**	**+ 6,5**	**+ 47.473,21**	**+ 50.371,96**	**+ 2.898,75**	**+ 6,1**	**– 306,15**

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Ergebnis- und Finanzierungsrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

In der UG 16 „Öffentliche Abgaben“ betrug das Nettoergebnis 2015 (E) der konsolidierten Ergebnisrechnung + 50,678 Mrd. EUR (+ 3,160 Mrd. EUR gegenüber 2014).

Die Erträge in der UG 16 machten 51,365 Mrd. EUR (Abgaben netto, A.I) und die Aufwendungen 686,68 Mio. EUR (betrieblicher Sachaufwand, A.IV) aus.

Das Nettoergebnis 2015 verbesserte sich um + 3,160 Mrd. EUR bzw. um + 6,7 % gegenüber 2014.

A. Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit

Die Erträge aus Abgaben netto (A.I) betrugen 51,365 Mrd. EUR und stammten insbesondere aus Abgaben - brutto (83,537 Mrd. EUR) und Ab-Überweisungen (– 32,172 Mrd. EUR).

Den Erträgen standen Aufwendungen für betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von 686,68 Mio. EUR gegenüber. Der betriebliche Sachaufwand entstand insbesondere für die Wertberichtigung und den Abgang von Forderungen (Wertberichtigungen zu Forderungen 68,82 Mio. EUR; Forderungsabschreibungen aus Abgaben 543,51 Mio. EUR; Forderungsabschreibungen Zoll 74,35 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMF würden die Erträge aus Abgaben – brutto vor allem aus Lohnsteuer und Umsatzsteuer, welche rd. ein Drittel des Abgabenaufkommens darstellen sowie der Körperschaftsteuer bestehen, welche

rd. ein Fünftel des Abgabenaufkommens darstelle. Die indirekten Abgaben würden sich auf rd. 15 % belaufen, wobei die Mineralölsteuer die größte Position darstellt. Nach Angaben des BMF seien die Ertragsanteile an Länder und Gemeinden gemäß Finanzausgleich als Ab-Überweisungen abgebildet. Diese würden insbesondere die Einkommen- und Vermögensteuern an Gemeinden (– 4,688 Mrd. EUR), die Sonstige Steuern an Gemeinden (– 4,898 Mrd. EUR), die Einkommen- und Vermögensteuern an Länder (– 8,699 Mrd. EUR) und die Sonstige Steuern an Länder (– 6,813 Mrd. EUR) beinhalten. Ebenso enthalten seien die Eigenmittelverpflichtungen Österreichs an die Europäische Union gemäß § 9 Abs. 2 Z 2 und 3 Finanzausgleichsgesetz (– 2,570 Mrd. EUR).

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung der Forderungsabschreibungen aus Abgaben für das Finanzjahr 2015 auf. Diese stellen den Hauptanteil (79,2 %) der Position betrieblicher Sachaufwand (A.IV) dar.

Tabelle 8.2-2: Zusammensetzung der Forderungsabschreibungen aus Abgaben für 2014 und 2015

Steuerart	Forderungsabschreibungen		Abweichung	
	2014	2015	in Mio. EUR	in %
Umsatzsteuer	329,98	294,61	– 35,37	– 10,7
Veranlagte Einkommensteuer	89,93	89,36	– 0,57	– 0,6
Körperschaftsteuer	51,30	45,56	– 5,74	– 11,2
Lohnsteuer	46,80	38,95	– 7,85	– 16,8
Nebenansprüche u. Kosteners. direkter Abgaben	38,50	30,46	– 8,04	– 20,9
Kapitalertragsteuern auf Dividenden (KeStG)	28,62	24,74	– 3,88	– 13,6
Geldstrafen	5,45	5,37	– 0,07	– 1,3
Kapitalertragsteuern auf Zinsen und sonst. Erträge	4,98	7,91	+ 2,93	+ 58,8
Normverbrauchsabgabe	2,87	1,74	– 1,13	– 39,5
Kraftfahrzeugsteuer	1,58	1,90	+ 0,33	+ 20,7
Resteingänge direkter Abgaben	1,48	0,27	– 1,21	– 82,0
Resteingänge indirekter und sonstiger Abgaben	0,55	0,14	– 0,40	– 74,0
Übrige Gebühren	0,49	1,90	+ 1,41	+ 288,8
Werbeabgabe	0,31	0,17	– 0,14	– 45,8
Grunderwerbsteuer	0,17	0,04	– 0,13	– 77,9
Kapitalverkehrsteuern	0,11	0,20	+ 0,09	+ 79,6
Flugabgabe	0,08	0,08	+ 0,00	+ 6,3
Glückspielabgabe	0,02	0,03	+ 0,02	+ 91,8
Energieabgabe	0,02	0,02	+ 0,01	+ 47,8
Spielbankenabgabe	0,01	0,00	– 0,01	– 100,0
Abgabe von land- und forstwirtschaftl. Betrieben	0,00	0,00	– 0,00	– 45,9
Abgabe von Zuwendungen	0,00	0,00	+ 0,00	–
Bestandsverträge Selbstbemessung	0,00	0,01	+ 0,01	–
Bodenwertabgabe	0,00	0,05	+ 0,04	+ 1.126,3
Summe	**603,24**	**543,51**	**– 59,73**	**– 9,9**

Quellen: HIS; Berechnung RH

Das Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit 2015 (Erträge aus Abgaben netto abzüglich betrieblicher Sachaufwand) verbesserte sich um 3,160 Mrd. EUR bzw. um 6,7 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten bei

- den Erträgen aus Abgaben netto (A.I) von + 3,198 Mrd. EUR: darunter Erträge aus Abgaben – brutto (+ 4,229 Mrd. EUR) sowie Ab-Überweisungen (– 1,031 Mrd. EUR) und

- dem betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von + 38,22 Mio. EUR: darunter Aufwendungen aus der Wertberichtigung und dem Abgang von Forderungen (+ 107,50 Mio. EUR) sowie Sonstiger betrieblicher Sachaufwand (– 69,28 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMF seien für den Anstieg der Abgaben – brutto vor allem der Zuwachs bei Lohnsteuer und Umsatzsteuer sowie bei der Kapitalertragsteuer auf Dividenden (verursacht durch diskretionäre Maßnahmen – Ankündigung der Steuersatzerhöhung) verantwortlich.

Die Abweichung der Ab-Überweisungen resultiere nach Angaben des BMF vor allem aus gestiegenen Ab-Überweisungen bei den Ertragsanteilen an Länder und Gemeinden sowie Mehraufwendungen für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft. Zum betrieblichen Sachaufwand gab das BMF an, dass die Höhe der Aufwendungen aus der Wertberichtigung und dem Abgang von Forderungen abhängig von Neuvorschreibungen und bestehenden Forderungen, der Solvenz der Schuldner in Folge ihrer Ertragslage, Aufgriffen bei der Betrugsbekämpfung, dem Schlagend-Werden einzelner Großfälle oder strittigen Abgabenbestimmungen sei. Der Sonstige betriebliche Sachaufwand sei zur Gänze auf die im Rahmen der Mängelbehebungen durchgeführten Umbuchungen auf die Position Aufwendungen aus Vorperioden zurückzuführen. Dabei würden Aufwendungen, welche das Finanzjahr 2014 betroffen hätten, jedoch erst im Finanzjahr 2015 erfasst worden seien, in die Position Aufwendungen aus Vorperioden umgebucht.

E. Nettoergebnis versus Nettofinanzierungssaldo

Der Nettofinanzierungssaldo aus der konsolidierten Finanzierungsrechnung fiel mit + 50,372 Mrd. EUR um – 306,15 Mio. EUR ungünstiger aus als das Nettoergebnis aus der konsolidierten Ergebnisrechnung (+ 50,678 Mrd. EUR).

Für diesen Unterschied verantwortlich waren im Wesentlichen folgende Positionen:

- Abweichungen bei den Erträgen aus Abgaben netto (A.I) von – 992,83 Mio. EUR: davon Erträge aus Abgaben – brutto (– 1,110 Mrd. EUR) sowie Ab-Überweisungen (+ 116,96 Mio. EUR) und

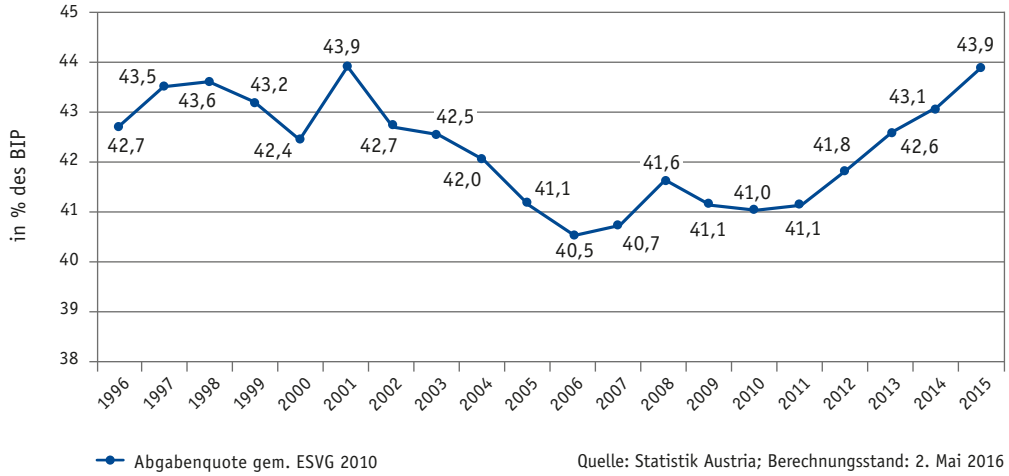
- Abweichungen beim betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von – 686,68 Mio. EUR (Aufwendungen aus der Wertberichtigung und dem Abgang von Forderungen).

In der Ergebnisrechnung erhöhen sich die Erträge jener Abgaben, deren Einhebung mittels Vorschreibung und nicht mittels direkter Abfuhr erfolgt, um die offenen Vorschreibungen, womit Ergebnis- und Finanzierungsrechnung zeitlich auseinander fallen. Der betriebliche Sachaufwand, für den es keine korrespondierenden Auszahlungen gab, ist auf die nicht-finanzierungswirksame Erfassung von Wertberichtigungen zu Forderungen bzw. Forderungsabschreibungen aus Abgaben und Zoll zurückzuführen.

8.3 UG-spezifische Entwicklungen

Folgende Abbildung zeigt die Entwicklung der Abgabenquote gemäß ESVG 2010 (Indikator 2)[8] der letzten 20 Jahre:

Abbildung 8.3-1: Entwicklung der Abgabenquote 1996 bis 2015



Quelle: Statistik Austria; Berechnungsstand: 2. Mai 2016

8 Einnahmen des Staates und der EU; Indikator 2: Steuern und Tatsächliche Sozialbeiträge (nur Pflichtbeiträge) nach Abzug uneinbringlicher Steuern und Sozialbeiträge

Die gesamtstaatliche Abgabenquote laut ESVG 2010 (Indikator 2) belief sich im Finanzjahr 2015 auf 43,9 % des BIP und stieg von 2014 (43,1 % des BIP) um 0,8 Prozentpunkte an. Das BIP stieg im selben Zeitraum nominell um 2,4 %.

Der Zuwachs der Abgabenquote im Jahr 2015 ergab sich aufgrund des gegenüber der BIP-Steigerung stärker gestiegenen Steueraufkommens und stärker gestiegener Sozialbeiträge. Die Steuern und tatsächlichen Sozialbeiträge, welche für die Berechnung der Abgabenquote, Indikator 2 herangezogen wurden, stiegen im Vergleich zum Jahr 2014 um + 6,222 Mrd. EUR bzw. + 4,4 %.[9]

Damit markierte die Abgabenquote im Jahr 2015 mit 43,9 % des BIP den höchsten Wert seit 2001, als sie ebenso bei 43,9 % des BIP lag.

8.4 Voranschlagsvergleichsrechnungen

8.4.1 Ergebnishaushalt

Tabelle 8.4-1: UG 16 – Ergebnishaushalt 2015

Ergebnishaushalt

UG 16 Öffentliche Abgaben	Erfolg 2014	Voranschlag 2015	Erfolg 2015	Veränderung Erfolg 2014 : 2015		Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Erträge	48.166,42	49.196,82	51.364,79	+ 3.198,37	+ 6,6	+ 2.167,98	+ 4,4
Aufwendungen	648,45	1.090,00	686,68	+ 38,22	+ 5,9	– 403,32	– 37,0
Nettoergebnis	**+ 47.517,97**	**+ 48.106,82**	**+ 50.678,12**	**+ 3.160,15**	**+ 6,7**	**+ 2.571,30**	**+ 5,3**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Erträge in der UG 16 „Öffentliche Abgaben“ 51,365 Mrd. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 3,198 Mrd. EUR (+ 6,6 %) und gegenüber dem Voranschlag um 2,168 Mrd. EUR (+ 4,4 %) angestiegen.

Die Aufwendungen des Jahres 2015 waren mit 686,68 Mio. EUR um 38,22 Mio. EUR (+ 5,9 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Aufwendungen um 403,32 Mio. EUR (– 37,0 %) niedriger.

9 Quelle: Statistik Austria, März 2016

Das Nettoergebnis der UG 16 „Öffentliche Abgaben“ lag 2015 bei + 50,678 Mrd. EUR. Es war um 3,160 Mrd. EUR besser und damit um 6,7 % höher als jenes für 2014 (+ 47,518 Mrd. EUR) und um 2,571 Mrd. EUR besser und damit um 5,3 % höher als im Voranschlag (+ 48,107 Mrd. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*grün und kursiv*) fassen die vom BMF bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 16 „Öffentliche Abgaben“ (Tabelle I.2.11.1)**.

Tabelle 8.4-2: Ergebnishaushalt, UG 16 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Ergebnishaushalt					
UG 16 Öffentliche Abgaben		**Voranschlag 2015**	**Erfolg 2015**	**Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015**	
		in Mio. EUR			in %
	Erträge	**49.196,82**	**51.364,79**	**+ 2.167,98**	**+ 4,4**
	Aufwendungen	**1.090,00**	**686,68**	**– 403,32**	**– 37,0**
	Nettoergebnis	**+ 48.106,82**	**+ 50.678,12**	**+ 2.571,30**	
GB 16.01	**Öffentliche Abgaben**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	49.196,82	51.364,79	+ 2.167,98	+ 4,4
	Erträge	**49.196,82**	**51.364,79**	**+ 2.167,98**	**+ 4,4**
	Betrieblicher Sachaufwand	1.090,00	686,68	– 403,32	– 37,0
	Aufwendungen	**1.090,00**	**686,68**	**– 403,32**	**– 37,0**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mehrerträge im GB 16.01 „Öffentliche Abgaben“

+ 2,168 Mrd. EUR in der MVAG „Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers”

Die wesentlichsten Mehrerträge gegenüber dem Voranschlag sind einerseits bei der Kapitalertragsteuer und der veranlagten Einkommensteuer und andererseits bei den Minderüberweisungen aus den Beiträgen zur Europäischen Union zu finden.

Die Einzahlungen und Ab-Überweisungen beim Finanzierungshaushalt der öffentlichen Abgaben werden gemäß § 32 Abs. 1 BHG auf die Erträge des Ergebnishaushalts durchgeschrieben und sind mit ihnen ident. Die Abweichungen der Erträge gegenüber dem Voranschlag setzen sich somit aus den Abweichungen der Einzahlungen zum Voranschlag im Finanzierungshaushalt (+ 1,175 Mrd. EUR) einerseits und der Abweichung der Erträge von den erfolgten Zahlungen (+ 992,83 Mio. EUR) andererseits zusammen.

Letztere sind einerseits durch das Einhebungsverfahren, das Vorschreibungen und Vorauszahlungen vorsieht (+ 643,97 Mio. EUR) und die Time-Adjustments gemäß § 30 BHG (+ 465,81 Mio. EUR) sowie andererseits durch die offenen, aber noch nicht im Zahlungsverkehr abgerufenen Forderungen der Europäischen Union (– 117,48 Mio. EUR) bedingt, denen geringere Verbindlichkeiten aus sonstigen Ab-Überweisungen (+ 526.858,22 EUR) gegenüberstehen.

Die Time-Adjustments gemäß § 30 BHG werden im Rahmen eines Mängelbehebungsverfahren gemäß § 9 Abs. 1 RHG verrechnet. Es handelt sich dabei um eine pauschale Zeitabgrenzung für Erträge aus Abgaben, welche nach § 32 Abs. 1 BHG zum Zeitpunkt der Einzahlung veranschlagt und verrechnet werden, deren Höhe jedoch frühestens am 8. März des nachfolgenden Haushaltsjahres feststeht. Der so abzugrenzende Betrag erhöhte die Erträge von Lohnsteuer, Mineralölsteuer, Tabaksteuer, Umsatzsteuer und Normverbrauchsabgabe um + 465,81 Mio. EUR.

Minderaufwendungen im GB 16.01 „Öffentliche Abgaben"

– 403,32 Mio. EUR in der MVAG „Betrieblicher Sachaufwand"

Minderaufwendungen: Der ausschließlich nicht finanzierungswirksame Aufwand der UG 16 wurde aufgrund mangelnder Erfahrungswerte zu hoch (1,090 Mrd. EUR) budgetiert. Die Abweichung ergibt sich vor allem durch den um 376,18 Mio. EUR überschätzten Aufwand an Wertberichtigungen.

8.4.2 Finanzierungshaushalt

Tabelle 8.4-3: UG 16 – Finanzierungshaushalt 2015

Finanzierungshaushalt							
UG 16 Öffentliche Abgaben	**Zahlungen 2014**	**Voranschlag 2015**	**Zahlungen 2015**	**Veränderung Zahlungen 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015**	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Einzahlungen	47.473,21	49.196,82	50.371,96	+ 2.898,75	+ 6,1	+ 1.175,15	+ 2,4
Auszahlungen	–	–	–	+ 0,00	–	+ 0,00	–
Nettofinanzierungssaldo	**+ 47.473,21**	**+ 49.196,82**	**+ 50.371,96**	**+ 2.898,75**	**+ 6,1**	**+ 1.175,15**	**+ 2,4**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Einzahlungen in der UG 16 „Öffentliche Abgaben" 50,372 Mrd. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 2,899 Mrd. EUR (+ 6,1 %) und gegenüber dem Voranschlag um 1,175 Mrd. EUR (+ 2,4 %) angestiegen.

Der Nettofinanzierungssaldo der UG 16 „Öffentliche Abgaben" lag 2015 bei + 50,372 Mrd. EUR. Er war um 2,899 Mrd. EUR besser und damit um 6,1 % höher als jener für 2014 (+ 47,473 Mrd. EUR) bzw. um 1,175 Mrd. EUR besser und damit um 2,4 % höher als im Voranschlag (+ 49,197 Mrd. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*blau und kursiv*) fassen die vom BMF bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 16 „Öffentliche Abgaben" (Tabelle I.2.8.1)**.

Tabelle 8.4-4: Finanzierungshaushalt, UG 16 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Finanzierungshaushalt					
UG 16 Öffentliche Abgaben		**Voranschlag 2015**	**Zahlungen 2015**	**Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015**	
		in Mio. EUR			in %
	Einzahlungen	**49.196,82**	**50.371,96**	**+ 1.175,15**	**+ 2,4**
GB 16.01	**Öffentliche Abgaben**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	49.196,82	50.371,96	+ 1.175,15	+ 2,4
	Einzahlungen	**49.196,82**	**50.371,96**	**+ 1.175,15**	**+ 2,4**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mehreinzahlungen im GB 16.01 „Öffentliche Abgaben"

+ 1,175 Mrd. EUR in der MVAG „Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Die Mehreinzahlungen in Höhe von 1.175,15 Mio. EUR setzten sich aus den Mehreinzahlungen bei den Bruttosteuern (+ 647,09 Mio. EUR) sowie den geringeren Ab-Überweisungen an Fonds, Gebietskörperschaften und die Europäische Union (insgesamt + 528,06 Mio. EUR) zusammen.

Durch die Verschlechterung der Wirtschaftsdaten blieben die Steuereinnahmen 2014 gegenüber der Planung um 1,1 % zurück. Dieser negative Basiseffekt in Höhe von rund 880 Mio. EUR wurde im Laufe des Haushaltsjahres 2015 durch einmalig wirkende Sondereffekte in Höhe von rund 1,4 Mrd. EUR mehr als wett gemacht, so dass 2015 Mehreinnahmen in Höhe von rund 647,1 Mio. EUR oder + 0,79 % (bzw. 532,9 Mio. EUR ohne Guthaben, die nicht veranschlagt werden) gegenüber dem Plansoll 2015 verbucht werden konnten.

Signifikante Mehrergebnisse, sowohl in absoluter Größe, als auch relativ zum Vorjahresaufkommen und zum Voranschlag, wurden bei der Kapitalertragsteuer auf Ausschüttungen und Dividenden und bei der Grunderwerbsteuer erzielt. Bei diesen Abgaben ist das exorbitante Mehrergebnis teilweise durch einen Vorzieheffekt (z.B. höhere Ausschüttung 2015 und geringere Ausschüttung 2016) und teilweise durch einen Einmaleffekt (Ausschüttung thesaurierter Gewinne vor der Steuersatzerhöhung) verursacht. Die Summe dieser beiden Abgaben liegt somit um rund 1,3 Mrd. EUR über den Werten im Bundesvoranschlag. Diese Maßnahmen, die letztendlich zur Einzahlungssteigerung im Jahr 2015 führten, waren zum Zeitpunkt der Veranschlagung noch nicht bekannt.

Zudem wurde das Aufkommen 2015 aufgrund von zwei Einmaleffekten um rund 100 Mio. EUR „aufgebessert: Gut 50 Mio. EUR bei der Stiftungseingangsteuer sowie knapp 50 Mio. EUR durch ein höchstgerichtliches Erkenntnis zur Gesellschaftssteuer, welches ein zurückliegendes Jahr betrifft.

8.4.3 Haushaltsrücklagen

Tabelle 8.4-5: UG 16 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015

Finanzierungshaushalt

UG 16 Öffentliche Ausgaben	Anfangs-bestand	Umbuchung	Entnahme	Auflösung	Zuführung	Endbestand	Veränderung 2014 : 2015	
	in Mio. EUR							in %
Detailbudgetrücklagen	2,91	–	–	–	+ 0,80	3,71	+ 0,80	+ 27,3
Gesamtsumme	**2,91**	**–**	**–**	**–**	**+ 0,80**	**3,71**	**+ 0,80**	**+ 27,3**

Quellen: Rücklagengebarung, eigene Berechnung

Der Stand der Rücklagen in der UG 16 „Öffentliche Abgaben“ belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 2,91 Mio. EUR und veränderte sich durch Zuführungen (0,80 Mio. EUR) auf 3,71 Mio. EUR zum 31. Dezember 2015.

8.5 Entwicklung der Einzahlungen in der UG 16 laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 zum Finanzrahmen

Im Finanzrahmen gemäß BFRG werden Auszahlungsobergrenzen festgelegt. Da die UG 16 „Öffentliche Abgaben“ ausschließlich einzahlungsseitig relevant ist, fehlen BFRG–Obergrenzen. Der Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 ging von folgender Entwicklung der Einzahlungen in der UG 16 „Öffentliche Abgaben“ für den Zeitraum bis 2020 aus:

Tabelle 8.5–1: UG 16 – Entwicklung der Einzahlungen bis 2020 gemäß Strategiebericht

Finanzierungshaushalt									
UG 16 Öffentliche Abgaben	**Zahlungen**	**Strategiebericht 2017 bis 2020**					**Veränderung**		
	2015	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**	**2020**	**2015 : 2020**		**durchschn. jährlich**
	in Mio. EUR							in %	
Veranlagte Einkommensteuer	3.617,31	4.300,00	4.000,00	4.200,00	4.400,00	4.600,00	+ 982,69	+ 27,2	+ 4,9
Lohnsteuer	27.272,36	24.800,00	25.700,00	27.100,00	28.600,00	30.200,00	+ 2.927,64	+ 10,7	+ 2,1
Kapitalertragsteuern (inkl. EU-Quellensteuer)	3.936,64	2.975,00	3.250,00	3.550,00	3.800,00	4.100,00	+ 163,36	+ 4,1	+ 0,8
Körperschaftsteuer	6.320,41	7.000,00	7.400,00	7.700,00	8.000,00	8.400,00	+ 2.079,59	+ 32,9	+ 5,9
Stabilitätsabgabe	554,37	560,00	560,00	386,00	386,00	386,00	– 168,37	– 30,4	– 7,0
Umsatzsteuer	26.013,22	28.300,00	29.300,00	30.200,00	31.100,00	32.000,00	+ 5.986,78	+ 23,0	+ 4,2
Verbrauchs- und Verkehrsteuern	12.886,88	12.938,00	13.097,00	13.307,00	13.467,00	13.677,00	+ 790,12	+ 6,1	+ 1,2
Sonstige Abgaben	1.825,89	1.727,00	1.743,00	1.807,00	1.847,00	1.887,00	+ 61,11	+ 3,3	+ 0,7
Summe öffentliche Abgaben, brutto	**82.427,09**	**82.600,00**	**85.050,00**	**88.250,00**	**91.600,00**	**95.250,00**	**+ 12.822,91**	**+ 15,6**	**+ 2,9**
Überweisungen an Länder, Gemeinden etc.	*– 29.602,97*	*– 30.190,00*	*– 30.687,00*	*– 31.919,00*	*– 33.198,00*	*– 34.486,00*	*– 4.883,03*	*+ 16,5*	*+ 3,1*
Nationaler EU-Beitrag	*– 2.452,16*	*– 3.000,00*	*– 3.000,00*	*– 3.100,00*	*– 3.200,00*	*– 3.300,00*	*– 847,84*	*+ 34,6*	*+ 6,1*
Summe öffentliche Abgaben, netto	**50.371,96**	**49.410,00**	**51.363,00**	**53.231,00**	**55.202,00**	**57.464,00**	**+ 7.092,04**	**+ 14,1**	**+ 2,7**

Quellen: HIS, Strategiebericht 2017 - 2020, eigene Berechnung

Demzufolge sollen die öffentlichen Abgaben (brutto) ausgehend von den Einzahlungen des Jahres 2015 um + 15,6 % auf rd. 95,250 Mrd. EUR im Jahr 2020 steigen. Abzüglich der Ab-Überweisungen an Länder, Gemeinden, EU etc. würden die Netto–Abgaben auf rd. 57,464 Mrd. EUR wachsen. Das entspräche brutto einer jährlichen durchschnittlichen Erhöhung um + 2,9 %, netto um + 2,7 %.

Tabelle 8.5–2: UG 16 – Entwicklung der Einzahlungen der Jahre 2011 bis 2015

Finanzierungshaushalt								
UG 16 Öffentliche Abgaben	**Zahlungen**					**Veränderung**		
	2011	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	**2011 : 2015**		**durchschn. jährlich**
	in Mio. EUR						in %	
Summe öffentliche Abgaben, brutto	**69.857,68**	**73.153,10**	**76.370,36**	**78.502,78**	**82.427,09**	**+ 12.569,41**	**+ 18,0**	**+ 4,2**
Überweisungen an Länder, Gemeinden etc.	*– 25.414,22*	*– 26.458,04*	*– 27.597,69*	*– 28.277,62*	*– 29.602,97*	*– 4.188,75*	*+ 16,5*	*+ 3,9*
Nationaler EU-Beitrag	*– 2.512,18*	*– 2.888,30*	*– 2.971,45*	*– 2.751,95*	*– 2.452,16*	*+ 60,02*	*– 2,4*	*– 0,6*
Summe öffentliche Abgaben, netto	**41.931,28**	**43.806,77**	**45.801,22**	**47.473,21**	**50.371,96**	**+ 8.440,68**	**+ 20,1**	**+ 4,7**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Die tatsächlichen Einzahlungen aus öffentlichen Abgaben (brutto) stiegen von 2011 bis 2015 um + 18,0 % bzw. durchschnittlich um + 4,2 %. Abzüglich der Ab-Überweisungen an Länder, Gemeinden, EU etc. wuchsen die Netto–Abgaben von 2011 bis 2015 um + 20,1 % bzw. jährlich durchschnittlich um + 4,7 %.

Die Einschätzung der weiteren Abgabenentwicklung gehe laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020, gestützt auf die mittelfristige Prognose des WIFO vom März 2016, davon aus, dass die Maßnahmen zur Gegenfinanzierung der Steuerreform 2015/2016 wie geplant wirken würden. Die Hälfte der Gegenfinanzierung werde durch die Bekämpfung des Steuer- und Sozialbetrugs aufgebracht. Steuerliche Strukturmaßnahmen und ein Solidaritätspaket würden mit rund 1,300 Mrd. EUR zur Gegenfinanzierung beitragen. Die öffentlichen Haushalte brächten laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 für die Gegenfinanzierung 1,100 Mrd. EUR durch Einsparungen bei der öffentlichen Verwaltung und bei Förderungen. Von der Steuerreform 2015/2016 würden positive Impulse für die Wirtschaft ausgehen, die neben der erwarteten leichten Belebung der Exportkonjunktur auch eine Belebung der inländischen Nachfrage bedingen würden, sodass sich positive Rückkoppelungseffekte für die Arbeitsmarktdynamik ergäben.

Zusätzlich zur Steuerreform 2015/2016 habe die Bundesregierung Maßnahmen beschlossen, die sowohl konjunkturell wirken als auch strukturell die Standortbedingungen verbessern würden (Wohnbauprogramm, Forschungsprämie, steuerliche Anreize für internationale Wissenschaftler und Forscher, pauschaler Zuzugsfreibetrag, Stärkung heimischer Unternehmen durch Senkung der Lohnnebenkosten, Crowdfunding etc.).

Der Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 nennt weiters folgende laufende bzw. geplante Maßnahmen und Reformen, um das Abgabenaufkommen zu sichern bzw. das Steuersystem stabil und nachhaltig zu gestalten:

- Schließung von Steuerlücken für mehr Steuergerechtigkeit;
- Ausbau des Netzwerks von Doppelbesteuerungsabkommen;
- Abbau von negativen Erwerbsanreizen im Abgabensystem im Sinne der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern.

Tabelle 8.5–3: UG 16 – Entwicklung der Bruttosteuern nach Steuerarten

Finanzierungshaushalt							
Steuerart	**Zahlungen 2014**	**Voranschlag 2015**	**Zahlungen 2015**	**Veränderung Zahlungen 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015**	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Lohnsteuer	25.942,26	27.300,00	27.272,36	+ 1.330,10	+ 5,1	– 27,64	– 0,1
Umsatzsteuer	25.471,52	26.300,00	26.013,22	+ 541,69	+ 2,1	– 286,78	– 1,1
Körperschaftsteuer	5.906,08	6.600,00	6.320,41	+ 414,33	+ 7,0	– 279,59	– 4,2
Mineralölsteuer	4.134,98	4.200,00	4.201,06	+ 66,08	+ 1,6	+ 1,06	+ 0,0
Veranlagte Einkommensteuer	3.383,95	3.500,00	3.617,31	+ 233,36	+ 6,9	+ 117,31	+ 3,4
Kapitalertragsteuer	2.769,47	2.700,00	3.863,09	+ 1.093,63	+ 39,5	+ 1.163,09	+ 43,1
Motorbezogene Versicherungssteuer	2.126,40	2.150,00	2.181,48	+ 55,08	+ 2,6	+ 31,48	+ 1,5
Tabaksteuer	1.713,17	1.840,00	1.776,28	+ 63,11	+ 3,7	– 63,72	– 3,5
Versicherungssteuer	1.101,13	1.080,00	1.122,10	+ 20,97	+ 1,9	+ 42,10	+ 3,9
Wohnbauförderungsbeitrag	935,53	970,00	965,00	+ 29,47	+ 3,2	– 5,00	– 0,5
Energieabgaben	849,99	900,00	931,30	+ 81,31	+ 9,6	+ 31,30	+ 3,5
Grunderwerbsteuer	866,81	880,00	1.014,28	+ 147,47	+ 17,0	+ 134,28	+ 15,3
Stabilitätsabgabe	586,40	640,00	554,37	– 32,03	– 5,5	– 85,63	– 13,4
Normverbrauchsabgabe	437,47	560,00	394,51	– 42,95	– 9,8	– 165,49	– 29,6
Sonstige	2.277,62	2.160,00	2.200,31	– 77,31	– 3,4	+ 40,31	+ 1,9
Bruttosteuern gesamt	**78.502,78**	**81.780,00**	**82.427,09**	**+ 3.924,31**	**+ 5,0**	**+ 647,09**	**+ 0,8**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Obwohl die Einzahlungen aus öffentlichen Abgaben 2015 aufgrund von einmaligen, in der Steuerreform 2015/2016 begründeten Vorzieheffekten im Bereich der Kapitalertragsteuer (+ 1,163 Mrd. EUR), der Grunderwerbsteuer (+ 134,28 Mio. EUR) und der veranlagten Einkommensteuer (+ 117,31 Mio. EUR) insgesamt brutto um 647,09 Mio. EUR über dem Voranschlag für 2015 lagen, blieben insbesondere die Körperschaftsteuer (- 279,59 Mio. EUR), die Umsatzsteuer (- 286,78 Mio. EUR), die Normverbrauchsabgabe (- 165,49 Mio. EUR) und die Stabilitätsabgabe (- 85,63 Mio. EUR) auch im Jahr 2015 hinter dem Voranschlag zurück.

Schon im BRA 2013 und im BRA 2014[10] hatte der RH auf das Risiko betreffend die Erreichung der veranschlagten Werte hingewiesen. Auch für die Zukunft weist der RH auf diese Risiken hin (siehe **BRA 2015, Textteil Band 1: Bund, TZ 4.3**):

10 siehe BRA 2013, TZ 4.3, S. 185 ff und BRA 2014, Textteil Band 1: Bund, TZ 4.3, S. 293 ff

Aufgrund der einmaligen Vorzieheffekte aus der Steuerreform 2015/2016 und dem zahlenmäßig bedeutsamen Zurückbleiben der Einzahlungen unter dem Voranschlag besteht aus Sicht des RH das Risikopotenzial auch für die Folgejahre und wird sich insbesondere durch die Risiken bei der Gegenfinanzierung der Steuerreform ab 2016 weiter beträchtlich erhöhen.

Der RH weist im Zusammenhang mit öffentlichen Abgaben auf folgende im Jahr 2015 bzw. bis Ende April 2016 dem Nationalrat vorgelegte Berichte hin:

– Löschung von Abgabenrückständen (Reihe Bund 2016/2)

Zum Jahresende 2013 waren rd. 7,674 Mrd. EUR der von den Finanzämtern vorgeschriebenen Abgaben nicht bezahlt; davon waren im Bundesrechnungsabschluss 2013 mit 4,128 Mrd. EUR mehr als die Hälfte wertberichtigt ausgewiesen. Ein erhebliches Abgabenausfallsrisiko bestand bei der Umsatzsteuer, bei Kleinbetrieben und der Rechtsform GmbH. Hinzu kamen fehlende Risikoinformationen für die Abgabenverwaltung und verspätete Erhebungs- und Außenprüfungsmaßnahmen. Der RH kritisierte, dass das BMF nur Einzelmaßnahmen setzte, jedoch über kein Gesamtkonzept für ein aktives Forderungsmanagement verfügte, welches geeignet wäre, drohende Forderungsausfälle bereits frühzeitig zu erkennen und damit Ausfallsrisiken bereits bei Entstehen des Abgabenanspruchs so gering wie möglich zu halten. Zudem ließen die geltenden Zielvorgaben und Kennzahlen für die Abgabensicherung der Finanzämter sowie die Tatsache, dass dem BMF weder der tatsächliche Ressourceneinsatz noch der Bedarf für die Einbringungstätigkeit bekannt war, keine zweckmäßige Steuerung zu.

– Gemeinnützigkeit im Steuerrecht (Reihe Bund 2015/15)

Der Förderungsbericht der Bundesregierung für das Jahr 2013 enthielt zwar Hinweise auf Begünstigungen wegen der steuerlichen Gemeinnützigkeit, allerdings informierte das BMF nicht über die Fördersummen, weil es zum finanziellen Volumen keine Angaben machte. Ebenso fehlten Angaben zu Begünstigungen wegen Gemeinnützigkeit in anderen Abgabengesetzen. Dadurch fehlten dem Gesetzgeber und der Bundesregierung, insbesondere dem BMF, die nötigen Grundlagen für politische Entscheidungen. Eine sorgfältige Prüfung und eine darauf aufbauende gezielte Steuerung, ob die bestehenden Begünstigungen weiter gewährt werden sollen, waren nicht möglich.

Für die Steuerbegünstigung i.Z.m. der Verfolgung gemeinnütziger Zwecke lag im BMF kein Konzept vor, das konkret formulierte Ziele und messbare Kriterien enthielt. Eine systematische Beobachtung, Messung und Analyse

der Wirkungen der Steuerbefreiung führte das BMF nicht durch. Dem BMF war daher die Höhe der für die öffentlichen Haushalte damit verbundenen Einnahmeausfälle nicht bekannt. Eine Evaluierung der Steuerbegünstigung i.Z.m. der Gemeinnützigkeit erfolgte bislang nicht.

- Eurofisc – ein multilaterales Frühwarnsystem der Mitgliedstaaten zur Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetrugs (Reihe Bund 2015/14 bzw. 2015/11)

Die Umsatzsteuer war für Österreich – ebenso wie für die anderen EU-Mitgliedstaaten – eine bedeutende Steuereinnahmequelle. Folglich kam der Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs – nicht zuletzt wegen des beträchtlichen Gebarungsumfangs – ein hoher Stellenwert zu. Die Europäische Kommission bezifferte für 2011 die EU–weite Umsatzsteuerlücke – Differenz zwischen den tatsächlichen und den erwarteten Umsatzsteuer–Einnahmen – mit rd. 193 Mrd. EUR, davon rd. 3,5 Mrd. EUR in Österreich. Die EU richtete daher u.a. das Netzwerk Eurofisc ein, um die behördliche Zusammenarbeit der Finanzverwaltungen der EU-Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung von Umsatzsteuerbetrug zu fördern und zu erleichtern. Österreich ist Mitglied in allen vier Arbeitsbereichen (Karussellbetrug; Transportmittel; Zollverfahren 42; Beobachtung).

Die nationale Implementierung von Eurofisc überprüfte der RH zusammen mit den Obersten Rechnungskontrollbehörden von Deutschland und Ungarn. Er kritisierte, dass aufgrund fehlender Evaluierungen mögliche Erfolge und Wirkungen der Teilnahme an Eurofisc weder in Österreich noch EU–weit bekannt waren. Im gesamten Eurofisc–Netzwerk war nicht feststellbar, zu welchen konkreten umsatzsteuerlichen Erfolgen die ausgetauschten Informationen führten. Der gesamte Informationsaustausch im Eurofisc–Netzwerk erfolgte nicht in einem Datenbanksystem, sondern mit Excel–Dateien. Die EU–Mitgliedstaaten sollten zu den erhaltenen Informationen Risikobeurteilungen vornehmen und als Feedback zurückmelden. Tatsächlich war in den Jahren 2011 bis 2013 bei insgesamt 445.933 ausgetauschten Informationen der Anteil an Rückmeldungen im Eurofisc–Netzwerk mit 48 % gering. Jener aus Österreich lag bei insgesamt 15.214 erhaltenen Informationen mit 21 % weit unter dem EU–weiten Wert. Auch die Treffsicherheit der ausgetauschten Informationen war gering. Der Anteil der als betrugsrelevant eingeschätzten Fälle lag in den Jahren 2011 bis 2013 EU–weit bei 12 %. Der Anteil der von Österreich als betrugsrelevant eingestuften Fälle war mit 1 % besonders gering.

- Gemeinsame Prüfung aller lohnabhängigen Abgaben (GPLA); Follow–up–Überprüfung (Reihe Bund 2015/3)

Die Krankenversicherungsträger, das BMF und der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger setzten den überwiegenden Teil der nachverfolgten Empfehlungen des RH aus dem Jahr 2012 zumindest teilweise um. Der Aufbau einer einheitlichen und strukturierten gemeinsamen Aus- und Weiterbildungsschiene trug zur Vereinheitlichung der GPLA–Ausbildung bei und schuf die Basis für ein abgestimmtes Fachwissen. Demgegenüber unterblieb die Vereinfachung und Harmonisierung der für die Bemessung der Lohnabgaben und Sozialversicherungsbeiträge geltenden Rechtsvorschriften. Dadurch blieben weit über die GPLA hinausgehende, zusätzliche Synergieeffekte ungenützt. Zudem waren die für die Kooperation der beteiligten Institutionen zentralen Empfehlungen hinsichtlich der Organisationsstrukturen der GPLA in der Finanzverwaltung sowie dem elektronischen Archiv – der Austauschplattform für prüfungsrelevante Informationen – noch nicht bzw. nur teilweise umgesetzt. Offen war auch noch die an die Finanzverwaltung hinsichtlich des Internen Kontrollsystems gerichtete Empfehlung, die Freigabe eigener Erledigungen der Teamexperten der GPLA–Prüfer-Teams automatisationsunterstützt zu unterbinden.

9 UG 20 „ARBEIT“

UG 20 Arbeit - BMASK	
zentrale Budgetbereiche	Leistungen/Beiträge BMASK
	Aktive Arbeitsmarktpolitik
	Arbeitsmarktadministration BMASK
	Arbeitsinspektion
	Arbeitsmarktadministration AMS

Quelle: HIS

9.1 Vermögensrechnung

Tabelle 9.1–1: UG 20 – Vermögensrechnung[1)]

Vermögensrechnung						
UG 20 Arbeit		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
A + B	**Vermögen**	**507,55**	**747,66**	**+ 240,11**	**+ 47,3**	**100,0**
A	Langfristiges Vermögen	413,06	532,41	+ 119,35	+ 28,9	71,2
A.I	Immaterielle Vermögenswerte	0,05	0,04	– 0,01	– 20,0	0,0
A.II	Sachanlagen	0,85	0,83	– 0,02	– 2,8	0,1
A.IV	Beteiligungen	411,66	531,42	+ 119,76	+ 29,1	71,1
A.IV.01	an verbundenen Unternehmen	411,66	531,42	+ 119,76	+ 29,1	71,1
	GB 20.01 Arbeitsmarkt	411,66	531,42	+ 119,76	+ 29,1	71,1
A.V	Langfristige Forderungen	0,50	0,12	– 0,37	– 75,1	0,0
B	Kurzfristiges Vermögen	94,49	215,25	+ 120,76	+ 127,8	28,8
B.II	Kurzfristige Forderungen	94,36	206,83	+ 112,46	+ 119,2	27,7
B.II.03	aus Lieferungen und Leistungen	62,09	7,17	– 54,93	– 88,5	1,0
	GB 20.01 Arbeitsmarkt	61,99	7,16	– 54,83	– 88,4	1,0
B.II.06	Sonstige kurzfristige Forderungen (nv)	32,27	199,57	+ 167,30	+ 518,4	26,7
	GB 20.01 Arbeitsmarkt	29,99	197,11	+ 167,13	+ 557,4	26,4
	Übrige sonstige kurzfristige Forderungen	23,07	190,07	+ 166,99	+ 723,8	25,4
B.IV	Liquide Mittel	0,12	8,42	+ 8,30	–	1,1
C	**Nettovermögen (Ausgleichsposten)**	**413,86**	**527,74**	**+ 113,88**	**+ 27,5**	
C.I	Neubewertungsrücklagen (Umbewertungskonto)	106,19	225,94	+ 119,76	+ 112,8	
	GB 20.01 Arbeitsmarkt	106,19	225,94	+ 119,76	+ 112,8	
C.IV	Jährliches Nettoergebnis (inkl. "Personal, das für Dritte leistet")	– 1.552,23	– 1.544,49	+ 7,75	– 0,5	
	GB 20.01 Arbeitsmarkt	– 1.521,99	– 1.514,09	+ 7,89	– 0,5	
	GB 20.02 Arbeitsinspektion	– 30,25	– 30,39	– 0,14	+ 0,5	
C.V	Saldo aus der jährl. Eröffnungsbilanz	610,20	307,54	– 302,65	– 49,6	
C.VI	Bundesfinanzierung	1.249,71	1.538,74	+ 289,03	+ 23,1	

Vermögensrechnung						
UG 20 Arbeit		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
D + E	**Fremdmittel**	**93,68**	**219,92**	**+ 126,23**	**+ 134,7**	**100,0**
D	Langfristige Fremdmittel	13,67	13,93	+ 0,26	+ 1,9	6,3
D.III	Langfristige Rückstellungen	13,67	13,93	+ 0,26	+ 1,9	6,3
E	Kurzfristige Fremdmittel	80,01	205,99	+ 125,97	+ 157,4	93,7
E.II	Kurzfristige Verbindlichkeiten	73,21	199,27	+ 126,05	+ 172,2	90,6
E.II.01	aus Lieferungen und Leistungen	54,15	7,19	– 46,96	– 86,7	3,3
	GB 20.01 Arbeitsmarkt	54,03	7,15	– 46,89	– 86,8	3,2
E.II.06	Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	16,49	191,68	+ 175,19	–	87,2
	GB 20.01 Arbeitsmarkt	14,18	189,29	+ 175,11	–	86,1
	Übrige sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	7,82	178,53	+ 170,70	–	81,2
E.III	Kurzfristige Rückstellungen	6,80	6,72	– 0,08	– 1,1	3,1

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Vermögensrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 betrug in der UG 20 „Arbeit" 747,66 Mio. EUR und stieg gegenüber 31. Dezember 2014 um + 240,11 Mio. EUR (+ 47,3 %) an. Der Anteil des kurzfristigen Vermögens betrug 28,8 % und der des langfristigen Vermögens 71,2 %. Dem Vermögen standen Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 von 219,92 Mio. EUR gegenüber, die im Vergleich zum 31. Dezember 2014 um + 126,23 Mio. EUR (+ 134,7 %) anwuchsen. Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 waren zu 93,7 % kurzfristig und zu 6,3 % langfristig. Nachdem das Vermögen die Fremdmittel überstieg, ergab sich ein Nettovermögen (Ausgleichsposten) zum 31. Dezember 2015 von 527,74 Mio. EUR (+ 113,88 Mio. EUR bzw. + 27,5 % gegenüber 31. Dezember 2014).

A. und B. Vermögen

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 (747,66 Mio. EUR) setzte sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- A.IV Beteiligungen: 531,42 Mio. EUR (71,1 %) für Beteiligungen an verbundenen Unternehmen,
- B.II Kurzfristige Forderungen: 206,83 Mio. EUR (27,7 %), davon 199,57 Mio. EUR für Sonstige kurzfristige Forderungen (nicht veranschlagt).

Der Anstieg des Vermögens gegenüber 31. Dezember 2014 von + 240,11 Mio. EUR (+ 47,3 %) resultierte insbesondere aus Veränderungen bei Beteiligungen an verbundenen Unternehmen (A.IV.01) von + 119,76 Mio. EUR (+ 29,1 %), Kurzfristigen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (B.II.03) von – 54,93 Mio. EUR (– 88,5 %) und Sonstigen kurzfristigen Forderungen (nicht veranschlagt) (B.II.06) von + 167,30 Mio. EUR (+ 518,4 %). Die ausgewiesenen Beteiligungen waren das Arbeitsmarktservice Österreich, die Insolvenz-Entgelt-Fonds Service GmbH und der Insolvenz-Entgelt-Fonds. Die Beteiligungswerte entsprachen den Jahresabschlüssen des Jahres 2014.[11]

Nach Angaben des BMASK seien diese Differenzen auf Buchungsroutinen des BMF zurückzuführen, die an der Schnittstelle zwischen AMS und BRZ zu einer Verlängerung der Forderungen und Verbindlichkeiten führen. Nach Angaben des BMASK seien die ausgewiesenen sonstigen kurzfristigen Forderungen (nicht veranschlagt) sowie die sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten nur zum Teil werthaltig. Das BMASK beurteile einen Betrag von 80,6 Mio. EUR der 197,1 Mio. EUR an sonstigen kurzfristigen Forderungen (nicht veranschlagt) und einen Betrag von unter 50 Mio. EUR von rd. 185,15 Mio. EUR an sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten (siehe auch Punkt D. und E. Fremdmittel) als werthaltig.[12]

D. und E. Fremdmittel

Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 (219,92 Mio. EUR) setzten sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- E.II Kurzfristige Verbindlichkeiten: 199,27 Mio. EUR (90,6 %), davon 191,68 Mio. EUR für Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten.

Der Anstieg der Fremdmittel gegenüber 31. Dezember 2014 von + 126,23 Mio. EUR (+ 134,7 %) war insbesondere auf Veränderungen bei Kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (E.II.01) von – 46,96 Mio. EUR (– 86,7 %) und Sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten (E.II.06) von + 175,19 Mio. EUR zurückzuführen.

11 Siehe **BRA 2015, Textteil Band 1: Bund, TZ 1.2.2.**

12 Gemäß § 101 BHG 2013 sind von den zuständigen haushaltsleitenden Organen Forderungen und Verbindlichkeiten zum Abschlussstichtag zu bewerten und nur mit den werthaltigen Anteilen in den Abschlussrechnungen auszuweisen. Der RH wird dieses Thema im Rahmen der § 9 Ordnungsmäßigkeits- und Belegprüfung der Haushaltsverrechnung des Bundes 2016 überprüfen.

9.2 Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung

Tabelle 9.2-1: UG 20 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung[1)]

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 20 Arbeit		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
A	**Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (= A.I + A.II – A.III – A.IV)**	**+ 5.090,89**	**+ 5.555,57**	**+ 464,68**	**+ 9,1**	**+ 5.370,89**	**+ 5.568,50**	**+ 197,61**	**+ 3,7**	**+ 12,93**
A.I	Erträge aus Abgaben netto	5.842,75	6.079,12	+ 236,37	+ 4,0	5.842,63	6.079,02	+ 236,39	+ 4,0	– 0,10
A.I.02	Abgabenähnliche Erträge	5.842,75	6.079,12	+ 236,37	+ 4,0	5.842,63	6.079,02	+ 236,39	+ 4,0	– 0,10
	GB 20.01 Arbeitsmarkt	5.842,75	6.079,12	+ 236,37	+ 4,0	5.842,63	6.079,02	+ 236,39	+ 4,0	– 0,10
A.II	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,45	1,02	+ 0,57	+ 125,4	0,42	0,52	+ 0,10	+ 23,5	– 0,50
A.III	Personalaufwand	83,39	83,94	+ 0,55	+ 0,7	82,82	83,34	+ 0,53	+ 0,6	– 0,60
A.III.01	Bezüge	64,24	64,85	+ 0,60	+ 0,9	64,27	64,95	+ 0,68	+ 1,1	+ 0,10
A.IV	Betrieblicher Sachaufwand	668,92	440,63	– 228,29	– 34,1	389,34	427,70	+ 38,35	+ 9,9	– 12,93
A.IV.06	Aufwand für Werkleistungen	385,32	424,45	+ 39,13	+ 10,2	384,79	423,53	+ 38,74	+ 10,1	– 0,92
	GB 20.01 Arbeitsmarkt	384,48	423,59	+ 39,11	+ 10,2	383,96	422,67	+ 38,71	+ 10,1	– 0,91
A.IV.14	Sonstiger betrieblicher Sachaufwand	272,13	4,74	– 267,39	– 98,3	0,30	0,27	– 0,02	– 7,5	– 4,47
	GB 20.01 Arbeitsmarkt	271,85	4,47	– 267,38	– 98,4	0,00	0,01	+ 0,01	+ 1.197,9	– 4,47
B	**Transferergebnis (= B.I – B.II)**	**– 6.643,13**	**– 7.100,06**	**– 456,93**	**+ 6,9**	**– 6.627,06**	**– 7.096,01**	**– 468,96**	**+ 7,1**	**+ 4,04**
B.I	Erträge aus Transfers	346,90	302,71	– 44,19	– 12,7	327,56	301,46	– 26,10	– 8,0	– 1,25
B.I.01	Erträge aus Transfers von öffentlichen Körperschaften und Rechtsträgern	319,32	277,63	– 41,68	– 13,1	319,32	277,63	– 41,68	– 13,1	0,00
	GB 20.01 Arbeitsmarkt	319,32	277,63	– 41,68	– 13,1	319,32	277,63	– 41,68	– 13,1	0,00
B.I.02	Erträge aus Transfers von ausländischen Körperschaften und Rechtsträgern	23,37	20,77	– 2,61	– 11,2	4,05	19,52	+ 15,47	+ 382,4	– 1,25
	GB 20.01 Arbeitsmarkt	23,37	20,77	– 2,61	– 11,2	4,05	19,52	+ 15,47	+ 382,4	– 1,25
B.I.02.02	Drittländern	23,37	20,77	– 2,61	– 11,2	4,05	19,52	+ 15,47	+ 382,4	– 1,25
B.II	Transferaufwand	6.990,03	7.402,76	+ 412,74	+ 5,9	6.954,62	7.397,47	+ 442,86	+ 6,4	– 5,29
B.II.01	Aufwand für Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger	2.237,38	2.401,80	+ 164,42	+ 7,3	2.236,42	2.402,54	+ 166,12	+ 7,4	+ 0,74
	GB 20.01 Arbeitsmarkt	2.237,38	2.401,80	+ 164,42	+ 7,3	2.236,42	2.402,54	+ 166,12	+ 7,4	+ 0,74
B.II.03	Aufwand für Transfers an Unternehmen	732,48	757,80	+ 25,33	+ 3,5	732,41	755,14	+ 22,73	+ 3,1	– 2,66
	GB 20.01 Arbeitsmarkt	732,48	757,80	+ 25,33	+ 3,5	732,41	755,14	+ 22,73	+ 3,1	– 2,66
B.II.05	Transfers an private Haushalte	4.001,95	4.231,47	+ 229,52	+ 5,7	3.967,57	4.228,10	+ 260,53	+ 6,6	– 3,37
	GB 20.01 Arbeitsmarkt	4.001,95	4.231,47	+ 229,52	+ 5,7	3.967,57	4.228,10	+ 260,53	+ 6,6	– 3,37
C	**Ergebnis aus d. operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers (= A + B)**	**– 1.552,23**	**– 1.544,49**	**+ 7,75**	**– 0,5**	**– 1.256,17**	**– 1.527,52**	**– 271,35**	**+ 21,6**	**+ 16,97**

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 20 Arbeit		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
C*	**Geldfluss aus empfangenen s. gewährten Darlehen und Vorschüssen**					**+ 0,01**	**+ 0,03**	**+ 0,03**	**+ 260,8**	**+ 0,03**
D*	**Geldfluss aus der Investitionstätigkeit**					**– 0,26**	**– 0,22**	**+ 0,05**	**– 17,3**	**– 0,22**
E	**Nettoergebnis (ER: C + D) / Nettofinanzierungssaldo (FR: C + D + C* + D*)**	**– 1.552,23**	**– 1.544,49**	**+ 7,75**	**– 0,5**	**– 1.256,42**	**– 1.527,70**	**– 271,28**	**+ 21,6**	**+ 16,79**
	davon Erträge/ Einzahlungen	6.190,10	6.382,85	+ 192,74	+ 3,1	6.170,73	6.381,11	+ 210,38	+ 3,4	– 1,74
	davon Aufwendungen/ Auszahlungen	7.742,34	7.927,33	+ 184,99	+ 2,4	7.427,15	7.908,81	+ 481,65	+ 6,5	– 18,52
	davon Erträge aus Vorperioden	0,03		– 0,03	– 100,0				–	0,00
	davon Aufwand aus Vorperioden	271,85	4,47	– 267,38	– 98,4				–	– 4,47
	um Vorperioden bereinigtes Nettoergebnis	**– 1.280,41**	**– 1.540,02**	**– 259,60**	**+ 20,3**	**– 1.256,42**	**– 1.527,70**	**– 271,28**	**+ 21,6**	**+ 12,32**

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Ergebnis- und Finanzierungsrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

In der UG 20 „Arbeit“ betrug das Nettoergebnis 2015 (E) der konsolidierten Ergebnisrechnung – 1,544 Mrd. EUR. Es setzte sich zusammen aus

- dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) von + 5,556 Mrd. EUR (+ 464,68 Mio. EUR gegenüber 2014) und
- dem Transferergebnis (B) von – 7,100 Mrd. EUR (– 456,93 Mio. EUR gegenüber 2014).

Die Erträge in der UG 20 machten 6,383 Mrd. EUR

- darunter 6,079 Mrd. EUR aus Abgaben netto (A.I), 1,02 Mio. EUR aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) und 302,71 Mio. EUR aus Transfers (B.I),

und die Aufwendungen 7,927 Mrd. EUR aus

- darunter 83,94 Mio. EUR aus Personalaufwand (A.III), 440,63 Mio. EUR aus betrieblichem Sachaufwand (A.IV) und 7,403 Mrd. EUR aus Transferaufwand (B.II).

Das Nettoergebnis 2015 verbesserte sich um 7,75 Mio. EUR bzw. um 0,5 % gegenüber 2014.

A. Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit

Die Erträge aus Abgaben netto (A.I) betrugen 6,079 Mrd. EUR und die Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) 1,02 Mio. EUR.

- Die Erträge aus Abgaben netto (A.I) stammten insbesondere aus Abgabenähnlichen Erträgen (6,079 Mrd. EUR).

Nach Angaben des BMASK handle es sich bei den Erträgen aus Abgaben netto um Arbeitslosenversicherungsbeiträge und die Auflösungsabgabe.

Den Erträgen standen Aufwendungen für Personal (A.III) von 83,94 Mio. EUR und betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von 440,63 Mio. EUR gegenüber.

- Die wesentlichen Positionen im Personalaufwand betrafen Bezüge (64,85 Mio. EUR).
- Der betriebliche Sachaufwand entstand insbesondere für Werkleistungen (424,45 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMASK resultiere der Aufwand für Werkleistungen im Wesentlichen aus den zugekauften Werkleistungen des AMS im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

Das Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit 2015 verbesserte sich um + 464,68 Mio. EUR bzw. um + 9,1 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten bei

- den Erträgen aus Abgaben netto (A.I) von + 236,37 Mio. EUR, die auf Abgabenähnliche Erträge (+ 236,37 Mio. EUR) entfielen und
- dem betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von – 228,29 Mio. EUR: darunter Aufwand für Werkleistungen (+ 39,13 Mio. EUR) und Sonstiger betrieblicher Sachaufwand (– 267,39 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMASK resultiere der Anstieg des Ergebnisses aus der operativen Verwaltungstätigkeit aus gestiegenen Erträgen aus Abgaben netto aufgrund einer höheren Anzahl unselbständig Beschäftigter (+ 33.745) und höheren Lohnzuwächsen. Der starke Rückgang beim sonstigen betrieblichen Sachaufwand resultiere nach Angaben des BMASK aus der im Jahr 2014 erfolgten Aufwandsbuchung im Zusammenhang mit der Korrektur der Ersatzforderungen des AMS (Forderungen aus der Rückzahlungsverpflichtung von zu Unrecht bezogenen Leistungen). Diese Korrektur wäre bereits im Jahr 2014 notwendig gewesen, da aufgrund einer fehlerhaften

IT-Schnittstelle zwischen AMS und dem Haushaltsverrechnungssystem des Bundes der Gesamtstand an Ersatzforderungen die getätigten Rückzahlungen nicht berücksichtigte.[13]

B. Transferergebnis

Die Erträge aus Transfers (B.I) betrugen 302,71 Mio. EUR. Den Erträgen stand ein Transferaufwand (B.II) von 7,403 Mrd. EUR gegenüber.

- Wesentliche Positionen der Erträge aus Transfers (B.I) waren Transfers von öffentlichen Körperschaften und Rechtsträgern (277,63 Mio. EUR).

- Der Transferaufwand entstand insbesondere für Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger (2,402 Mrd. EUR), Transfers an Unternehmen (757,80 Mio. EUR) und Transfers an private Haushalte (4,231 Mrd. EUR).

Nach Angaben des BMASK handle es sich bei den Erträgen aus Transfers von öffentlichen Körperschaften und Rechtsträgern im Wesentlichen um die Überweisungen aus der Auflösung der Arbeitsmarktrücklage zur Finanzierung der Arbeitsmarktförderung und des Insolvenz-Entgelt-Fonds (IEF) zur Finanzierung der Lehrlingsausbildung. Der Transferaufwand an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger bestünde im Wesentlichen aus der Überweisung von Pensionsversicherungsbeiträgen, der Überweisung für den Ersatz der Personal- und Sachausgaben des AMS, der Überweisung an die Arbeitsmarktrücklage, der Abgeltung der Krankenstandstage und der Einhebungsvergütung an die Krankenversicherungsträger und der Überweisung an den Insolvenz-Entgelt-Fonds gem. § 14 Arbeitsmarktpolitik-Finanzerungsgesetz (AMPFG). Der Transferaufwand an Unternehmen bestünde aus der aktiven Arbeitsmarktförderung, der Lehrlingsbeihilfe nach § 19c Berufsausbildungsgesetz (BAG), der Altersteilzeitbeihilfe, der Förderung von Maßnahmen von Älteren und Kurzarbeitsbeihilfen. Der Transferaufwand an private Haushalte resultiere aus Leistungen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz (AlVG), dem Überbrückungshilfengesetz (ÜHG) und dem Arbeitsmarktservicegesetz (AMSG).

Das Transferergebnis 2015 verschlechterte sich um 456,93 Mio. EUR bzw. um 6,9 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten bei

13 Siehe dazu im Detail BRA 2014, Textteil Band 3: Ordnungsmäßigkeits- und Belegprüfung der Haushaltsverrechnung des Bundes für das Jahr 2014 gemäß § 9 RHG 1948, TZ 54.

- den Erträgen aus Transfers (B.I) von – 44,19 Mio. EUR: darunter Transfers von öffentlichen Körperschaften und Rechtsträgern (– 41,68 Mio. EUR),

- dem Transferaufwand (B.II) von + 412,74 Mio. EUR: darunter Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger (+ 164,42 Mio. EUR), Transfers an Unternehmen (+ 25,33 Mio. EUR) und den Transfers an private Haushalte (+ 229,52 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMASK sänken die Erträge aus Transfers von öffentlichen Körperschaften und Rechtsträgern aufgrund des Wegfalls einer Verpflichtung der PVA gemäß § 16 AMPFG (finanzielle Bedeckung von beruflichen Maßnahmen der Rehabilitation). Weiters seien vom Insolvenz-Entgelt-Fonds weniger Mittel überwiesen worden, da ein geringerer Bedarf an Beiträgen und Förderungen zur Ausbildung und Beschäftigung von Jugendlichen und Lehrlingen bestünde (§ 13e Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz (IESG) - Beiträge zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung Jugendliche und § 19c Berufsausbildungsgesetz (BAG) - Beihilfen für die betriebliche Ausbildung von Lehrlingen). Mehrerträge kämen aus der Auflösung der Arbeitsmarktrücklage zur Ausfinanzierung des Förderbudgets 2015. Der Transferaufwand an Unternehmen sei durch eine Steigerung des Altersteilzeitgeldes und durch Maßnahmen für Ältere gekennzeichnet gewesen. Eine Senkung des Transferaufwands ergebe sich aus einer Verminderung der Arbeitsmarktförderung für Unternehmen, dem Wegfall der ESF-Finanzierung und der geringeren Lehrlingsbeihilfe. Der Grund für den gestiegenen Aufwand für Transfers an private Haushalte liege im Wesentlichen bei höheren Leistungen für das Arbeitslosengeld und die Notstandshilfe.

E. Nettoergebnis versus Nettofinanzierungssaldo

Aufgrund unterschiedlicher Systematiken zwischen Ergebnis- und Finanzierungsrechnung kommt es notwendigerweise zwischen Nettoergebnis und Nettofinanzierungssaldo zu Abweichungen, die im Folgenden erläutert werden.

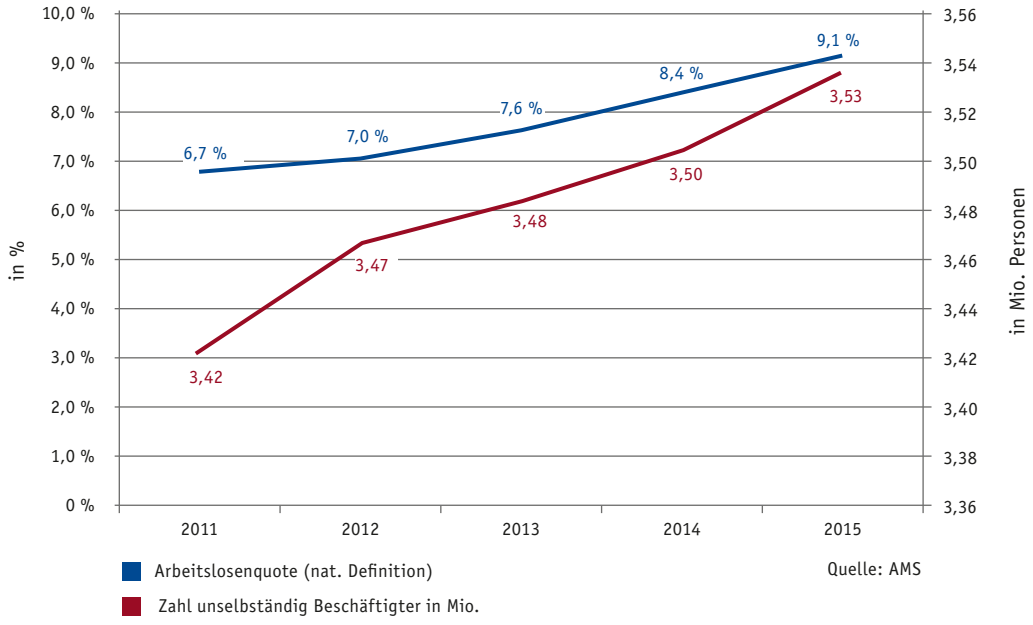
Der Nettofinanzierungssaldo aus der konsolidierten Finanzierungsrechnung fiel mit – 1,528 Mrd. EUR um + 16,79 Mio. EUR günstiger aus als das Nettoergebnis aus der konsolidierten Ergebnisrechnung (– 1,544 Mrd. EUR). Im Nettofinanzierungssaldo waren Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus empfangenen sowie gewährten Darlehen und Vorschüssen (+ 0,03 Mio. EUR) sowie Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus der Investitionstätigkeit (– 0,22 Mio. EUR) berücksichtigt, die im Nettoergebnis nicht enthalten waren.

Weitere Unterschiede zwischen dem Nettofinanzierungssaldo und dem Nettoergebnis beruhten auf Abweichungen zwischen dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) (+ 12,93 Mio. EUR) und dem Transferergebnis (B) (+ 4,04 Mio. EUR) vom korrespondierenden Geldfluss. Die Abweichung im Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) ist auf den Aufwand aus Vorperioden und den Aufwendungen aus der Wertberichtigung und dem Abgang von Forderungen zurückzuführen.

9.3 UG-spezifische Entwicklungen

Die nachfolgende Abbildung zeigt die Entwicklung der Arbeitslosenquote (nationale Definition) und der Zahl der Erwerbstätigen in Österreich in den letzten fünf Jahren:

Abbildung 9.3-1: Entwicklung des Arbeitsmarkts – nationale Definition



Im Jahr 2015 stieg die Arbeitslosenquote laut nationaler Definition auf 9,1 % (2014: 8,4 %). Waren im Jahr 2014 noch durchschnittlich rd. 319.357 Personen arbeitslos gemeldet, so waren es im Jahr 2015 rd. 354.332 (rd. + 34.974 Personen bzw. + 11,0 %). Gleichzeitig stieg die Zahl der unselbständig Beschäftigten um rd. 31.454 Personen (+ 1,0 %) auf rd. 3.534.854 Personen (2014: rd. 3.503.400).[14]

14 Quelle: AMS Arbeitsmarktdaten für Österreich, Abfrage vom 22. April 2016.

9.4 Voranschlagsvergleichsrechnungen

9.4.1 Ergebnishaushalt

Tabelle 9.4-1: UG 20 – Ergebnishaushalt 2015

Ergebnishaushalt							
UG 20 Arbeit	**Erfolg 2014**	**Voranschlag 2015**	**Erfolg 2015**	**Veränderung Erfolg 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015**	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Erträge	6.186,79	6.283,30	6.379,53	+ 192,74	+ 3,1	+ 96,23	+ 1,5
Aufwendungen	7.739,05	7.154,82	7.924,02	+ 184,96	+ 2,4	+ 769,20	+ 10,8
Nettoergebnis	**– 1.552,27**	**– 871,52**	**– 1.544,49**	**+ 7,78**	**– 0,5**	**– 672,96**	**+ 77,2**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Erträge in der UG 20 „Arbeit“ 6,380 Mrd. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 192,74 Mio. EUR (+ 3,1 %) und gegenüber dem Voranschlag um 96,23 Mio. EUR (+ 1,5 %) angestiegen.

Die Aufwendungen des Jahres 2015 waren mit 7,924 Mrd. EUR um 184,96 Mio. EUR (+ 2,4 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Aufwendungen um 769,20 Mio. EUR (+ 10,8 %) höher.

Das Nettoergebnis der UG 20 „Arbeit“ lag 2015 bei – 1,544 Mrd. EUR. Es war um 7,78 Mio. EUR besser und damit um 0,5 % niedriger als jenes für 2014 (– 1,552 Mrd. EUR) und um 672,96 Mio. EUR schlechter und damit um 77,2 % höher als im Voranschlag (– 871,52 Mio. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*grün und kursiv*) fassen die vom BMASK bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 20 „Arbeit“ (Tabelle I.2.11.1)**.

Tabelle 9.4-2: Ergebnishaushalt, UG 20 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Ergebnishaushalt					
UG 20 Arbeit		Voranschlag 2015	Erfolg 2015	Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015	
		in Mio. EUR			in %
	Erträge	**6.283,30**	**6.379,53**	**+ 96,23**	**+ 1,5**
	Aufwendungen	**7.154,82**	**7.924,02**	**+ 769,20**	**+ 10,8**
	Nettoergebnis	**– 871,52**	**– 1.544,49**	**– 672,96**	
GB 20.01	**Arbeitsmarkt**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	6.282,43	6.377,91	+ 95,48	+ 1,5
	Finanzerträge	0,00	–	– 0,00	– 100,0
	Erträge	**6.282,43**	**6.377,91**	**+ 95,48**	**+ 1,5**
	Personalaufwand	55,01	53,50	– 1,52	– 2,8
	Transferaufwand	6.697,43	7.402,76	+ 705,33	+ 10,5
	Betrieblicher Sachaufwand	369,73	435,74	+ 66,02	+ 17,9
	Aufwendungen	**7.122,17**	**7.892,00**	**+ 769,83**	**+ 10,8**
GB 20.02	**Arbeitsinspektion**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,86	1,62	+ 0,76	+ 87,8
	Erträge	**0,86**	**1,62**	**+ 0,76**	**+ 87,8**
	Personalaufwand	27,76	27,14	– 0,62	– 2,2
	Betrieblicher Sachaufwand	4,89	4,87	– 0,02	– 0,4
	Aufwendungen	**32,65**	**32,01**	**– 0,64**	**– 1,9**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mehrerträge im GB 20.01 „Arbeitsmarkt"

+ 95,48 Mio. EUR in der MVAG „Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mehrerträge aus der Auflösung der Arbeitsmarktrücklage gemäß § 51 Arbeitsmarktservicegesetz (AMSG) zur Ausfinanzierung des vom Verwaltungsrat des Arbeitsmarktservice Österreich (AMS) beschlossenen Förderbudgets 2015 (+ 121,50 Mio. EUR); Mehrerträge aus der nicht budgetierten Auflösungsabgabe (+ 65,65 Mio. EUR); Mehrerträge aus der gegenseitigen Grenzgängerverrechnung nach der EG-VO 883/04 mit der Schweiz (+ 13,27 Mio. EUR) infolge der höheren Ansprüche an die Mitgliedsstaaten.

Diese Mehrerträge wurden teilweise durch Mindererträge kompensiert:

Mindererträge durch die fehlende Verpflichtung der Pensionsversicherungsanstalt (PVA), eine über das Jahr 2014 hinausgehende Überweisung gemäß

§ 16 Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz (AMPFG) im Jahr 2015 zu vollziehen (– 55,00 Mio. EUR); Mindererträge vom Insolvenz-Entgelt-Fonds gemäß § 13e IESG, zur Finanzierung von Beihilfen gemäß § 19c Berufsausbildungsgesetz (BAG), infolge geringeren Bedarfs (– 20,78 Mio. EUR) sowie Mindererträge aus Arbeitslosenversicherungsbeiträgen aufgrund der geringeren Beitragsgrundlagen (– 30,25 Mio. EUR).

Mehraufwendungen im GB 20.01 „Arbeitsmarkt"

+ 705,33 Mio. EUR in der MVAG „Transferaufwand"

Mehraufwendungen für Leistungen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz (AlVG) einschließlich Sozialversicherungsbeiträge infolge deutlich höherer Arbeitslosigkeit (+ 659,73 Mio. EUR); Mehraufwendungen durch die teilweise Aufwendung (+ 56,42 Mio. EUR) der aus der Auflösung der Arbeitsmarktrücklage (+ 121,50 Mio. EUR) für die Arbeitsmarktförderung zur Verfügung gestandenen Mittel. Mehraufwendungen durch Mehrerträge aus der von den Betrieben zu entrichtenden Auflösungsabgabe, die gemäß §§ 2b Abs. 3 und 17 Abs. 2 AMPFG zu 50 % der Arbeitsmarktrücklage zuzuführen waren (+ 34,26 Mio. EUR).

Diese Mehraufwendungen wurden teilweise durch Minderaufwendungen kompensiert:

Minderaufwendungen infolge geringerer Mehrerträge aus Arbeitslosenversicherungsbeiträgen für beitragspflichtige Personen (58- und 59-Jährige), die gemäß §§ 14 und 15 AMPFG zu je 41 % dem Insolvenz–Entgelt–Fonds (– 2,81 Mio. EUR) und der Arbeitsmarktrücklage (– 2,81 Mio. EUR) zuzuführen waren. Minderaufwendungen für Umschulungsgeld (– 41,08 Mio. EUR) und für Krankengeldaufwand (– 3,50 Mio. EUR); Minderaufwendungen durch die fehlende Verpflichtung der PVA, eine Zuführung zur Arbeitsmarktrücklage zu vollziehen (– 55,00 Mio. EUR); Minderaufwendungen für Lehrlingsbeihilfen gemäß § 19c BAG infolge geringeren Bedarfs (– 20,78 Mio. EUR).

+ 66,02 Mio. EUR in der MVAG „Betrieblicher Sachaufwand"

Mehraufwendungen durch die teilweise Aufwendung (+ 62,87 Mio. EUR) der aus der Auflösung der Arbeitsmarktrücklage (+ 121,50 Mio. EUR) für die Arbeitsmarktförderung zur Verfügung gestandenen Mittel.

9.4.2 Finanzierungshaushalt

Tabelle 9.4-3: UG 20 – Finanzierungshaushalt 2015

Finanzierungshaushalt							
UG 20 Arbeit	**Zahlungen 2014**	**Voranschlag 2015**	**Zahlungen 2015**	**Veränderung Zahlungen 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015**	
	in Mio. EUR			in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Einzahlungen	6.167,42	6.282,24	6.377,74	+ 210,32	+ 3,4	+ 95,50	+ 1,5
Auszahlungen	7.423,84	7.147,20	7.905,44	+ 481,59	+ 6,5	+ 758,23	+ 10,6
Nettofinanzierungssaldo	**– 1.256,42**	**– 864,96**	**– 1.527,70**	**– 271,28**	**+ 21,6**	**– 662,74**	**+ 76,6**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Einzahlungen in der UG 20 „Arbeit" 6,378 Mrd. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 210,32 Mio. EUR (+ 3,4 %) und gegenüber dem Voranschlag um 95,50 Mio. EUR (+ 1,5 %) angestiegen.

Die Auszahlungen des Jahres 2015 waren mit 7,905 Mrd. EUR um 481,59 Mio. EUR (+ 6,5 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Auszahlungen um 758,23 Mio. EUR (+ 10,6 %) höher.

Der Nettofinanzierungssaldo der UG 20 „Arbeit" lag 2015 bei – 1,528 Mrd. EUR. Er war um 271,28 Mio. EUR schlechter und damit um 21,6 % höher als jener für 2014 (– 1,256 Mrd. EUR) bzw. um 662,74 Mio. EUR schlechter und damit um 76,6 % höher als im Voranschlag (– 864,96 Mio. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Erläuterungen (*blau und kursiv*) fassen die vom BMASK bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 20 „Arbeit" (Tabelle I.2.8.1)**.

Tabelle 9.4-4: Finanzierungshaushalt, UG 20 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Finanzierungshaushalt					
UG 20 Arbeit		Voranschlag 2015	Zahlungen 2015	Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015	
		in Mio. EUR			in %
	Einzahlungen	**6.282,24**	**6.377,74**	**+ 95,50**	**+ 1,5**
	Auszahlungen	**7.147,20**	**7.905,44**	**+ 758,23**	**+ 10,6**
	Nettofinanzierungssaldo	**– 864,96**	**– 1.527,70**	**– 662,74**	
GB 20.01	**Arbeitsmarkt**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	6.281,62	6.376,08	+ 94,46	+ 1,5
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,08	0,07	– 0,01	– 6,7
	Einzahlungen	**6.281,70**	**6.376,15**	**+ 94,45**	**+ 1,5**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	417,40	476,08	+ 58,68	+ 14,1
	Auszahlungen aus Transfers	6.697,43	7.397,47	+ 700,04	+ 10,5
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,08	0,06	– 0,01	– 18,5
	Auszahlungen	**7.114,91**	**7.873,62**	**+ 758,71**	**+ 10,7**
GB 20.02	**Arbeitsinspektion**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,49	1,55	+ 1,06	+ 218,6
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,00	–	– 0,00	– 100,0
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,06	0,04	– 0,01	– 25,2
	Einzahlungen	**0,54**	**1,59**	**+ 1,05**	**+ 193,2**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	32,07	31,59	– 0,48	– 1,5
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,17	0,22	+ 0,04	+ 24,3
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,06	0,02	– 0,04	– 72,2
	Auszahlungen	**32,30**	**31,82**	**– 0,48**	**– 1,5**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mehreinzahlungen im GB 20.01 „Arbeitsmarkt"

+ 94,46 Mio. EUR in der MVAG „Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mehreinzahlungen aus der Auflösung der Arbeitsmarktrücklage gemäß § 51 Arbeitsmarktservicegesetz (AMSG) zur Ausfinanzierung des vom Verwaltungsrat des Arbeitsmarktservice Österreich (AMS) beschlossenen Förderbudgets 2015 (+ 121,50 Mio. EUR); Mehreinzahlungen aus der nicht budgetierten Auflösungsabgabe (+ 65,65 Mio. EUR); Mehreinzahlungen aus der gegenseitigen Grenzgängerverrechnung nach der EG-VO 883/04 mit der Schweiz (+ 12,02 Mio. EUR) infolge der höheren Ansprüche an die Mitgliedsstaaten.

Diese Mehreinzahlungen wurden teilweise durch Mindereinzahlungen kompensiert:

Mindereinzahlungen durch die fehlende Verpflichtung der Pensionsversicherungsanstalt (PVA), eine über das Jahr 2014 hinausgehende Überweisung gemäß § 16 Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz (AMPFG) im Jahr 2015 zu vollziehen (– 55,00 Mio. EUR); Mindereinzahlungen vom Insolvenz-Entgelt-Fonds gemäß § 13e IESG, zur Finanzierung von Beihilfen gemäß § 19c Berufsausbildungsgesetz (BAG), infolge geringeren Bedarfs (– 20,78 Mio. EUR) sowie Mindereinzahlungen aus Arbeitslosenversicherungsbeträgen aufgrund der geringeren Beitragsgrundlagen (– 30,35 Mio. EUR).

Mehrauszahlungen im GB 20.01 „Arbeitsmarkt"

+ 58,68 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit"

Mehrauszahlungen durch die teilweise Verausgabung (+ 62,05 Mio. EUR) der aus der Auflösung der Arbeitsmarktrücklage (+ 121,50 Mio. EUR) für die Arbeitsmarktförderung zur Verfügung gestandenen Mittel.

+ 700,04 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus Transfers"

Mehrauszahlungen für Leistungen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz (AlVG) einschließlich Sozialversicherungsbeiträge infolge deutlich höherer Arbeitslosigkeit (+ 657,25 Mio. EUR); Mehrauszahlungen durch die teilweise Verausgabung (+ 52,61 Mio. EUR) der aus der Auflösung der Arbeitsmarktrücklage (121,50 Mio. EUR) für die Arbeitsmarktförderung zur Verfügung gestandenen Mittel. Weitere Mehrauszahlungen durch Mehreinnahmen aus der von den Betrieben zu entrichtenden Auflösungsabgabe, die gemäß §§ 2b Abs. 3 und 17 Abs. 2 AMPFG zu 50 % der Arbeitsmarktrücklage zuzuführen waren (+ 34,26 Mio. EUR).

Diese Mehrauszahlungen wurden teilweise durch Minderauszahlungen kompensiert:

Minderauszahlungen infolge geringerer Mehreinnahmen aus Arbeitslosenversicherungsbeiträgen für beitragspflichtige Personen (58- und 59-Jährige), die gemäß §§ 14 und 15 AMPFG zu je 41 % dem Insolvenz–Entgelt–Fonds (– 2,81 Mio. EUR) und der Arbeitsmarktrücklage (– 2,81 Mio. EUR) zuzufüh-

ren waren. Minderauszahlungen für Umschulungsgeld (– 41,07 Mio. EUR) und Krankengeldaufwand (– 3,50 Mio. EUR). Minderauszahlungen aufgrund der fehlenden Verpflichtung der PVA, eine Zuführung zur Arbeitsmarktrücklage zu vollziehen (– 55,00 Mio. EUR). Minderauszahlungen für Lehrlingsbeihilfen gemäß § 19c BAG infolge geringeren Bedarfs (– 20,78 Mio. EUR).

9.4.3 Haushaltsrücklagen

Tabelle 9.4-5: UG 20 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015

Finanzierungshaushalt								
UG 20 Arbeit	**Anfangs-bestand**	**Umbuchung**	**Entnahme**	**Auflösung**	**Zuführung**	**Endbestand**	**Veränderung 2014 : 2015**	
	in Mio. EUR							in %
Detailbudgetrücklagen	7,06	–	–	–	+ 2,68	9,74	+ 2,68	+ 37,9
Variable Auszahlungsrücklagen	90,93	–	–	–	+ 19,76	110,69	+ 19,76	+ 21,7
Gesamtsumme	**97,99**	**–**	**–**	**–**	**+ 22,44**	**120,43**	**+ 22,44**	**+ 22,9**

Quellen: Rücklagengebarung, eigene Berechnung

Der Stand der Rücklagen in der UG 20 „Arbeit“ belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 97,99 Mio. EUR und veränderte sich durch Zuführungen (22,44 Mio. EUR) auf 120,43 Mio. EUR zum 31. Dezember 2015. Im Verhältnis zu den veranschlagten Auszahlungen (7,147 Mrd. EUR) entsprach der Stand zum 31. Dezember 2015 einem Anteil von 1,7 %. Im BFG 2015 war für die UG 20 keine Rücklagenverwendung veranschlagt.

9.5 Finanzrahmen

Ausgehend von den tatsächlichen Auszahlungen 2015 stellen sich die Auszahlungsobergrenzen für die UG 20 „Arbeit“ gemäß BFRG für die Finanzjahre 2016 bis 2020 wie folgt dar:

Tabelle 9.5–1: UG 20 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020

Finanzierungshaushalt									
UG 20 Arbeit	Auszahlungen (Ist)	Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG					Veränderung		
	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2015 (Ist) : 2020		durchschnittlich jährlich
	in Mio. EUR							in %	
	7.905,44	**8.396,90**	**8.803,14**	**9.034,93**	**9.299,29**	**9.540,99**	**+ 1.635,55**	**+ 20,7**	**+ 3,8**
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze gesamt	*74.589,49*	*78.107,49*	*78.202,70*	*78.814,08*	*80.408,66*	*83.038,37*	*+ 8.448,88*	*+ 11,3*	*+ 2,2*
Anteil der UG 20	10,6 %	10,8 %	11,3 %	11,5 %	11,6 %	11,5 %	+ 0,9 %-Punkte		–
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze Rubrik 2	*38.119,06*	*39.508,75*	*40.660,13*	*41.839,49*	*43.309,95*	*44.834,52*	*+ 6.715,45*	*+ 17,6*	*+ 3,3*
Anteil der UG 20	20,7 %	21,3 %	21,7 %	21,6 %	21,5 %	21,3 %	+ 0,5 %-Punkte		–

Quellen: HIS, BFRG 2016 - 2019, 2017 - 2020, eigene Berechnung

Bis zum Jahr 2020 soll die Auszahlungsobergrenze für die UG 20 „Arbeit“ um + 1,636 Mrd. EUR (+ 20,7 %) auf 9,541 Mrd. EUR ansteigen. Dies entspricht einer Veränderungsrate gegenüber den tatsächlichen Auszahlungen 2015 von + 3,8 % im Jahresdurchschnitt. Im Jahr 2015 betrug der Anteil der UG 20 „Arbeit“ an den Gesamtauszahlungen 10,6 % und an den Auszahlungen der Rubrik 2 20,7 %. Der Anteil der UG 20 an der Gesamt–Auszahlungsobergrenze soll sich bis 2020 auf 11,5 % erhöhen bzw. soll er innerhalb der Rubrik 2 auf 21,3 % ansteigen.

Laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 seien folgende laufenden bzw. geplanten Maßnahmen und Reformen besonders wichtig für die budgetäre Zielerreichung:

- Bonus-Malus-Modell zur Ausweitung und Stabilisierung der Beschäftigung Älterer;
- Forcierung der (Re-)Integration von gesundheitlich beeinträchtigten Personen in den Arbeitsmarkt durch die einheitliche Begut-

achtungsstelle der Pensionsversicherungsanstalt bzw. Betreuung, Rehabilitation und Umschulung von Personen mit eingeschränkter Arbeitsfähigkeit durch das Arbeitsmarktservice bei fortlaufender Existenzsicherung;

- Arbeitsmarktpolitische Initiativen für die weitere Erhöhung der Erwerbsbeteiligung Älterer, insbesondere Intensivierung der Reintegration der Personen ab 50;

- Unterstützung der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt von Personen, die lange beim Arbeitsmarktservice vorgemerkt sind;

- Beihilfen und Maßnahmen für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte;

- Arbeitsmarktbezogene Angebote von Beratungs- und Betreuungseinrichtungen für Frauen und Wiedereinsteigerinnen;

- Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl an Ausbildungsplätzen für Jugendliche und junge Erwachsene, die am regulären Lehrstellenmarkt keine Lehrstelle finden, und Weiterentwicklung in Richtung eines Ausbildungsrechts und einer Ausbildungspflicht bis zum 18. Lebensjahr (Ausbildungspflicht unter Budgetvorbehalt; die Bedeckung werde im Zuge der legistischen und praktischen Umsetzung festgelegt).

Dafür seien als Steuerungs- und Korrekturmaßnahmen zur Einhaltung der Obergrenzen laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 Einsparungen bei den Ermessensauszahlungen, verringerte Leistungsbezüge in der Arbeitslosenversicherung durch Arbeitsmarktoffensive für Ältere und Personen mit langer Vormerkdauer beim Arbeitsmarktservice und veränderte Anreizstrukturen für kurzfristige Freistellungen von Arbeitskräften durch Unternehmen (Bonus-Malus-System) bzw. die Sicherstellung einer stringenten sparsamen Haushaltsführung erforderlich.

Die im BFRG 2017 bis 2020 vorgesehenen Auszahlungsobergrenzen für die Jahre 2017 bis 2019 wurden gegenüber dem bisher geltenden BFRG 2016 bis 2019 um insgesamt + 7,1 % bzw. um durchschnittlich + 601,94 Mio. EUR pro Jahr erhöht. Laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 seien die variablen Ausgaben entsprechend der konjunkturellen Prognose vom März 2016 und entsprechend der Ausgabenermächtigungen gemäß § 13 Arbeitsmarktpolitik–Finanzierungsgesetz angepasst worden. Im Jahr 2016 und 2017 seien im fixen Auszahlungsteil der UG 20 zusätzliche Mittel für Arbeitsmarktintegrationsmaßnahmen und eine Anpassung des AMS Personalstandes vorgesehen.

Im Folgenden wird ein Überblick über die Entwicklung der tatsächlichen Auszahlungen und der Auszahlungsobergrenzen von 2011 bis 2015 bzw. ein Vergleich der Auszahlungen zu den Auszahlungsobergrenzen des derzeit geltenden BFRG 2017 bis 2020 gegeben:

Tabelle 9.5–2: UG 20 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015

Finanzierungshaushalt									
UG 20 Arbeit	**BFRG bzw. Zahlungen**					**Veränderung**			
	2011	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	**2014 : 2015**		**2011 : 2015**	
	in Mio. EUR					in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Auszahlungsobergrenze UG 20	6.151,40	6.191,29	6.405,79	7.028,26	7.147,20	+ 118,95	+ 1,7	+ 995,80	+ 16,2
Auszahlungen UG 20	6.034,24	6.110,45	6.707,46	7.423,84	7.905,44	+ 481,59	+ 6,5	+ 1.871,20	+ 31,0
Abweichung Auszahlungen : Obergrenze	**– 117,16**	**– 80,84**	**+ 301,67**	**+ 395,58**	**+ 758,23**				
Abweichung in %	**– 1,9 %**	**– 1,3 %**	**+ 4,7 %**	**+ 5,6 %**	**+ 10,6 %**				

Quellen: HIS, BFRG 2011 - 2014, 2012 - 2015, 2013 - 2016, 2014 - 2017, 2015 - 2018, eigene Berechnung

Während ursprünglich zwischen 2011 und 2015 eine Erhöhung der Auszahlungsobergrenze gemäß BFRG um insgesamt + 995,80 Mio. EUR (+ 16,2 %) vorgesehen war, erhöhten sich die Auszahlungen zwischen 2011 und 2015 tatsächlich um + 1,871 Mrd. EUR (+ 31,0 %). Im Jahr 2015 lagen die tatsächlichen Auszahlungen um + 758,23 Mio. EUR (+ 10,6 %) über jenen, die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen waren. Dies hing in erster Linie damit zusammen, dass der Großteil der Auszahlungen in der UG 20 variabel ist, die bei ungünstiger Arbeitsmarktlage und gegebenen gesetzlichen Ansprüchen entsprechend ansteigen.

Tabelle 9.5–3: UG 20 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG

Finanzierungshaushalt						
UG 20 Arbeit	**Auszahlungen (Ist)**		**durchschnittliche jährliche Veränderung**	**BFRG**	**durchschnittliche jährliche Veränderung**	**Differenz der Veränderungs-raten[1)]**
	2011	**2015**	**2011 : 2015**	**2020**	**2015 (Ist) : 2020 (BFRG)**	
	in Mio. EUR		in %	in Mio. EUR	in %	in %-Punkten
	6.034,24	**7.905,44**	**+ 7,0**	**9.540,99**	**+ 3,8**	**– 3,2**
fix	*1.610,83*	*1.965,79*	*+ 5,1*	*1.955,79*	*– 0,1*	*– 5,2*
variabel	*4.423,42*	*5.939,65*	*+ 7,6*	*7.585,20*	*+ 5,0*	*– 2,6*

1) Rundungsdifferenz möglich

Quellen: HIS, BFRG 2017 - 2020, eigene Berechnung

Die durchschnittliche jährliche Veränderung der Auszahlungen belief sich von 2011 bis 2015 auf + 7,0 %. Laut mittelfristiger Finanzplanung bis 2020 soll sie + 3,8 % betragen und somit um 3,2 Prozentpunkte geringer steigen als im Zeitraum 2011 bis 2015.

Um die Auszahlungsobergrenzen in der UG 20 „Arbeit“ bis 2020 einhalten zu können, bedarf es aus Sicht des RH der Umsetzung quantifizierter struktureller Steuerungs- und Korrekturmaßnahmen.

In diesem Zusammenhang weist der RH auf folgende im Jahr 2015 bzw. bis April 2016 dem Nationalrat vorgelegte Berichte hin:

- Europäischer Sozialfonds (ESF) – Prüfbehörde (Reihe Bund 2015/15)

Das BMASK reorganisierte im Jahr 2011 mit hohem Aufwand die Prüfbehörde des Programms „Beschäftigung Österreich 2007–2013“ (Volumen 2007 bis 2013: rd. 1 Mrd. EUR, davon rd. 470 Mio. EUR aus dem Europäischen Sozialfonds – ESF), weil die Europäische Kommission im Herbst 2010 schwere Mängel in der Verwaltung und Kontrolle des Programms festgestellt hatte und in der Folge die ESF–Zahlungen für ein Jahr stoppte. Um einen Programmstillstand und ESF–Mittelverfall zu vermeiden, leisteten programmumsetzende Stellen des Bundes und der Länder Zwischenfinanzierungen von rd. 70 Mio. EUR aus nationalen Budgets. Der RH kritisierte, dass das BMASK es verabsäumt hatte, die Struktur der ESF–Umsetzung in Österreich – mit 21 zwischengeschalteten Stellen und 19 nachgeordneten

bzw. regionalen Einrichtungen sowie externen Dienstleistern – im Hinblick auf Kosten und Fehlerrisiken strategisch neu auszurichten.

- Europäischer Globalisierungsfonds – Projekt für Transportarbeiter NÖ/OÖ (Reihe Bund 2016/3)

Zur Unterstützung arbeitsloser Transportarbeiter in Niederösterreich und Oberösterreich gewährte die Europäische Kommission dem BMASK im Jahr 2011 rd. 3,64 Mio. EUR aus Mitteln des Europäischen Globalisierungsfonds (EGF). Das BMASK überschätzte das Teilnehmerinteresse und den Weiterbildungsbedarf vor Projektbeginn deutlich. Statt der geplanten 502 Personen nahmen bis Ende 2012 nur 134 Personen am Projekt teil. Der RH kritisierte das deutliche Missverhältnis zwischen den Kosten für die Projektdurchführung und den Projektergebnissen.

Außerdem weist der RH auf folgenden im Rahmen seiner Überprüfung der Abschlussrechnungen gemäß § 9 RHG 1948 veröffentlichten Bericht hin (Einzelheiten im **BRA 2015, Textteil Band 3**):

- Überprüfung des Prozesses Förderungen im Arbeitsmarkt

Der RH überprüfte den Verrechnungsprozess der Auszahlungen für Arbeitsmarktförderungen, wofür im Bundesvoranschlag 2015 1,060 Mrd. EUR vorgesehen waren. Die Auszahlungen 2015 betrugen 1,160 Mrd. EUR. Die Bedeckung der Mehrauszahlungen erfolgte durch eine Entnahme der Arbeitsmarktrücklage, die bereits in der Budgetplanung durch den Verwaltungsrat des AMS vorgesehen, aber nicht im Bundeshaushalt budgetiert war.

Der RH kritisierte, dass für den IT–Prozess der Förderungen im Arbeitsmarkt keine gesamthafte Risikoanalyse vorhanden war, welche die inhärenten Risiken des Verfahrens abbildete. Auch konnte das AMS keine vollständige Dokumentation des Rollen- und Berechtigungskonzepts in seinen eingesetzten IT–Systemen vorlegen. Die Verwendung von Telebanking für die Auszahlung von Förderungen stellte ein Sicherheitsrisiko dar und entsprach nicht dem Standardzahlungsprozess in der Haushaltsverrechnung des Bundes.

10 UG 21 „SOZIALES UND KONSUMENTENSCHUTZ“

UG 21 Soziales und Konsumentenschutz - BMASK	
zentrale Budgetbereiche	Pflegegeld, Pflegefonds
	Kriegsopferversorgung
	Maßnahmen für Behinderte, spezielle Förderprogramme
	Bundesamt für Soziales und Behindertenwesen
	Heeresversorgung, Impfschaden
	Opferfürsorge

Quelle: HIS

10.1 Vermögensrechnung

Tabelle 10.1–1: UG 21 – Vermögensrechnung[1)]

Vermögensrechnung						
UG 21 Soziales und Konsumentenschutz		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
A + B	**Vermögen**	**297,03**	**328,61**	**+ 31,58**	**+ 10,6**	**100,0**
A	Langfristiges Vermögen	115,59	135,82	+ 20,23	+ 17,5	41,3
A.I	Immaterielle Vermögenswerte	0,00	0,00	– 0,00	– 68,9	0,0
A.II	Sachanlagen	1,98	1,67	– 0,30	– 15,3	0,5
A.IV	Beteiligungen	113,64	134,04	+ 20,40	+ 18,0	40,8
A.IV.01	an verbundenen Unternehmen	113,64	134,04	+ 20,40	+ 18,0	40,8
	GB 21.04 Maßnahmen für Behinderte	90,05	102,83	+ 12,78	+ 14,2	31,3
A.V	Langfristige Forderungen	– 0,03	0,10	+ 0,13	– 430,3	0,0
B	Kurzfristiges Vermögen	181,45	192,80	+ 11,35	+ 6,3	58,7
B.II	Kurzfristige Forderungen	179,40	190,75	+ 11,35	+ 6,3	58,0
B.II.06	Sonstige kurzfristige Forderungen (nv)	158,74	167,53	+ 8,80	+ 5,5	51,0
	GB 21.02 Pflege	137,29	143,70	+ 6,41	+ 4,7	43,7
	Aktive Rechnungsabgrenzung	136,89	143,27	+ 6,38	+ 4,7	43,6
B.IV	Liquide Mittel	2,05	2,04	– 0,01	– 0,3	0,6
	GB 21.01 Steuerung und Services	2,05	– 97,98	– 100,04	–	– 29,8
	GB 21.02 Pflege	0,00	100,01	+ 100,01	–	30,4
C	**Nettovermögen (Ausgleichsposten)**	**261,00**	**284,55**	**+ 23,55**	**+ 9,0**	
C.I	Neubewertungsrücklagen (Umbewertungskonto)	11,94	31,94	+ 20,00	+ 167,4	
	GB 21.04 Maßnahmen für Behinderte	0,00	12,78	+ 12,78	–	
C.IV	Jährliches Nettoergebnis (inkl. "Personal, das für Dritte leistet")	– 2.712,31	– 2.736,67	– 24,36	+ 0,9	
	GB 21.01 Steuerung und Services	– 128,74	– 135,28	– 6,54	+ 5,1	
	GB 21.02 Pflege	– 2.375,79	– 2.412,04	– 36,25	+ 1,5	
	GB 21.03 Versorgungs- und Entschädigungsgesetze	– 147,10	– 133,60	+ 13,50	– 9,2	
	GB 21.04 Maßnahmen für Behinderte	– 60,68	– 55,76	+ 4,93	– 8,1	
C.V	Saldo aus der jährl. Eröffnungsbilanz	245,69	249,06	+ 3,37	+ 1,4	
C.VI	Bundesfinanzierung	2.715,68	2.740,22	+ 24,54	+ 0,9	

Vermögensrechnung

UG 21 Soziales und Konsumentenschutz		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
D + E	**Fremdmittel**	**36,03**	**44,06**	**+ 8,03**	**+ 22,3**	**100,0**
D	Langfristige Fremdmittel	15,75	16,44	+ 0,70	+ 4,4	37,3
D.II	Langfristige Verbindlichkeiten	0,21	0,23	+ 0,02	+ 11,2	0,5
D.III	Langfristige Rückstellungen	15,54	16,22	+ 0,67	+ 4,3	36,8
E	Kurzfristige Fremdmittel	20,29	27,62	+ 7,33	+ 36,2	62,7
E.II	Kurzfristige Verbindlichkeiten	11,55	19,06	+ 7,51	+ 65,0	43,3
E.III	Kurzfristige Rückstellungen	8,73	8,56	– 0,17	– 2,0	19,4

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Vermögensrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 betrug in der UG 21 „Soziales und Konsumentenschutz" 328,61 Mio. EUR und stieg gegenüber 31. Dezember 2014 um + 31,58 Mio. EUR (+ 10,6 %) an. Der Anteil des kurzfristigen Vermögens betrug 58,7 % und der des langfristigen Vermögens 41,3 %. Dem Vermögen standen Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 von 44,06 Mio. EUR gegenüber, die im Vergleich zum 31. Dezember 2014 um + 8,03 Mio. EUR (+ 22,3 %) anwuchsen. Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 waren zu 62,7 % kurzfristig und zu 37,3 % langfristig. Nachdem das Vermögen die Fremdmittel überstieg, ergab sich ein Nettovermögen (Ausgleichsposten) zum 31. Dezember 2015 von 284,55 Mio. EUR (+ 23,55 Mio. EUR bzw. + 9,0 % gegenüber 31. Dezember 2014).

A. und B. Vermögen

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 (328,61 Mio. EUR) setzte sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- A.IV Beteiligungen: 134,04 Mio. EUR (40,8 %) für Beteiligungen an verbundenen Unternehmen,
- B.II Kurzfristige Forderungen: 190,75 Mio. EUR (58,0 %), davon 167,53 Mio. EUR für Sonstige kurzfristige Forderungen (nicht veranschlagt) (Aktive Rechnungsabgrenzungen: 143,27 Mio. EUR).

Der Anstieg des Vermögens gegenüber 31. Dezember 2014 von + 31,58 Mio. EUR (+ 10,6 %) resultierte insbesondere aus Veränderungen bei Beteiligungen an verbundenen Unternehmen (A.IV.01) von + 20,40 Mio. EUR (+ 18,0 %). Nach Angaben des BMASK bestünde der Großteil der Beteiligungen an verbundenen Unternehmen im GB 21.04 „Maßnahmen für

Behinderte“. Der Wert in Höhe von 102,83 Mio. EUR ergebe sich aus der Beteiligung am Ausgleichstaxfonds (Buchwert: 96,77 Mio. EUR) und an der Erzbischof Ladislaus von Pyrker- und Erzherzog Albrecht Gasteiner Badestiftung (Buchwert: 6,06 Mio. EUR). Die kurzfristigen Forderungen in Höhe von 190,75 Mio. EUR beträfen hauptsächlich die Aktive Rechnungsabgrenzung in Höhe 143,27 Mio. EUR, wobei insbesondere im GB 21.02 „Pflege“ Aktive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von 143,27 Mio. EUR vorgenommen worden seien.

10.2 Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung

Tabelle 10.2-1: UG 21 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung[1)]

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 21 Soziales und Konsumentenschutz		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
A	**Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (= A.I + A.II – A.III – A.IV)**	**– 114,85**	**– 130,67**	**– 15,82**	**+ 13,8**	**– 110,56**	**– 126,48**	**– 15,92**	**+ 14,4**	**+ 4,19**
A.II	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	11,86	2,89	– 8,97	– 75,6	11,79	2,36	– 9,43	– 80,0	– 0,54
A.III	Personalaufwand	76,89	79,76	+ 2,87	+ 3,7	75,94	78,56	+ 2,62	+ 3,4	– 1,20
A.III.01	Bezüge	58,98	61,07	+ 2,08	+ 3,5	59,04	61,19	+ 2,15	+ 3,6	+ 0,12
	GB 21.01 Steuerung und Services	58,98	61,07	+ 2,08	+ 3,5	59,04	61,19	+ 2,15	+ 3,6	+ 0,12
A.IV	Betrieblicher Sachaufwand	49,81	53,80	+ 3,99	+ 8,0	46,40	50,28	+ 3,87	+ 8,3	– 3,52
B	**Transferergebnis (= B.I – B.II)**	**– 2.596,72**	**– 2.606,02**	**– 9,30**	**+ 0,4**	**– 2.599,33**	**– 2.608,38**	**– 9,04**	**+ 0,3**	**– 2,36**
B.I	Erträge aus Transfers	240,10	300,94	+ 60,85	+ 25,3	240,11	301,03	+ 60,92	+ 25,4	+ 0,09
B.I.05	Erträge aus Transfers innerhalb des Bundes	235,80	296,51	+ 60,71	+ 25,7	235,80	296,51	+ 60,71	+ 25,7	0,00
	GB 21.02 Pflege	235,80	296,51	+ 60,71	+ 25,7	235,80	296,51	+ 60,71	+ 25,7	0,00
B.II	Transferaufwand	2.836,82	2.906,96	+ 70,14	+ 2,5	2.839,44	2.909,41	+ 69,97	+ 2,5	+ 2,45
B.II.01	Aufwand für Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger	2.686,42	2.765,36	+ 78,94	+ 2,9	2.688,45	2.766,93	+ 78,48	+ 2,9	+ 1,57
	GB 21.02 Pflege	2.617,30	2.703,01	+ 85,71	+ 3,3	2.619,52	2.704,19	+ 84,67	+ 3,2	+ 1,18
	GB 21.04 Maßnahmen für Behinderte	59,35	53,50	– 5,85	– 9,9	59,35	53,50	– 5,85	– 9,9	0,00
B.II.05	Transfers an private Haushalte	146,97	138,18	– 8,79	– 6,0	148,08	139,06	– 9,01	– 6,1	+ 0,89
	GB 21.03 Versorgungs- und Entschädigungsgesetze	133,43	120,37	– 13,05	– 9,8	134,19	120,96	– 13,23	– 9,9	+ 0,59
C	**Ergebnis aus d. operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers (= A + B)**	**– 2.711,57**	**– 2.736,68**	**– 25,12**	**+ 0,9**	**– 2.709,89**	**– 2.734,85**	**– 24,96**	**+ 0,9**	**+ 1,83**
D	**Finanzergebnis (= D.I – D.II)**	**– 0,75**	**+ 0,01**	**+ 0,75**	**– 100,9**	**+ 0,02**	**+ 0,01**	**– 0,01**	**– 41,2**	**+ 0,01**
D.I	Finanzerträge	0,02	0,01	– 0,01	– 57,2	0,02	0,01	– 0,01	– 41,2	+ 0,01
D.II	Finanzaufwand	0,76		– 0,76	– 100,0				–	0,00

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 21 Soziales und Konsumentenschutz		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
C*	**Geldfluss aus empfangenen s. gewährten Darlehen und Vorschüssen**					**– 2,87**	**– 2,86**	**+ 0,01**	**– 0,5**	**– 2,86**
D*	**Geldfluss aus der Investitionstätigkeit**					**– 0,74**	**– 0,37**	**+ 0,37**	**– 50,4**	**– 0,37**
E	**Nettoergebnis (ER: C + D) / Nettofinanzierungssaldo (FR: C + D + C* + D*)**	**– 2.712,31**	**– 2.736,67**	**– 24,36**	**+ 0,9**	**– 2.713,48**	**– 2.738,07**	**– 24,59**	**+ 0,9**	**– 1,39**
	davon Erträge/Einzahlungen	251,97	303,84	+ 51,87	+ 20,6	252,16	303,68	+ 51,52	+ 20,4	– 0,16
	davon Aufwendungen/ Auszahlungen	2.964,28	3.040,52	+ 76,23	+ 2,6	2.965,63	3.041,75	+ 76,11	+ 2,6	+ 1,23
	davon Erträge aus Vorperioden	0,00	0,15	+ 0,15	–				–	– 0,15
	davon Aufwand aus Vorperioden	0,12	0,21	+ 0,09	+ 78,0				–	– 0,21
	um Vorperioden bereinigtes Nettoergebnis	**– 2.712,20**	**– 2.736,62**	**– 24,42**	**+ 0,9**	**– 2.713,48**	**– 2.738,07**	**– 24,59**	**+ 0,9**	**– 1,44**

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Ergebnis- und Finanzierungsrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

In der UG 21 „Soziales und Konsumentenschutz“ betrug das Nettoergebnis 2015 (E) der konsolidierten Ergebnisrechnung – 2,737 Mrd. EUR. Es setzte sich zusammen aus

- dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) von – 130,67 Mio. EUR (– 15,82 Mio. EUR gegenüber 2014),
- dem Transferergebnis (B) von – 2,606 Mrd. EUR (– 9,30 Mio. EUR gegenüber 2014) und
- dem Finanzergebnis (D) von + 0,01 Mio. EUR (+ 0,75 Mio. EUR gegenüber 2014).

Die Erträge in der UG 21 machten 303,84 Mio. EUR

- darunter 2,89 Mio. EUR aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II), 300,94 Mio. EUR aus Transfers (B.I) und 0,01 Mio. EUR aus Finanzerträgen (D.I)

und die Aufwendungen 3,041 Mrd. EUR aus

- darunter 79,76 Mio. EUR aus Personalaufwand (A.III), 53,80 Mio. EUR aus betrieblichem Sachaufwand (A.IV) und 2,907 Mrd. EUR aus Transferaufwand (B.II).

Das Nettoergebnis 2015 verschlechterte sich um 24,36 Mio. EUR bzw. um 0,9 % gegenüber 2014.

A. Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit

Die Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) betrugen 2,89 Mio. EUR.

Den Erträgen standen Aufwendungen für Personal (A.III) von 79,76 Mio. EUR und betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von 53,80 Mio. EUR gegenüber.

Die wesentlichen Positionen im Personalaufwand betrafen Bezüge (61,07 Mio. EUR) für die Bediensteten des GB 21.01 „Steuerung und Services".

B. Transferergebnis

Die Erträge aus Transfers (B.I) betrugen 300,94 Mio. EUR. Den Erträgen stand ein Transferaufwand (B.II) von 2,907 Mrd. EUR gegenüber.

- Wesentliche Positionen der Erträge aus Transfers (B.I) waren Transfers innerhalb des Bundes (296,51 Mio. EUR).

- Der Transferaufwand entstand insbesondere für Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger (2,765 Mrd. EUR) und Transfers an private Haushalte (138,18 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMASK handle es sich bei den Erträgen aus Transfers innerhalb des Bundes um Überweisungen von Geldmitteln durch das BMF gemäß Pflegefondsgesetz, wobei Länder und Gemeinden bei der Langzeitpflege durch die Gewährung von Zweckzuschüssen aus dem Pflegefonds vom Bund unterstützt würden. Der Transferaufwand für öffentliche Körperschaften und Rechtsträger resultiere vor allem aus dem GB 21.02 „Pflege" (2,703 Mrd. EUR) und beträfe großteils Kostenersätze an die Träger der gestzlichen Pensions- und Unfallversicherung für den Pflegegeldaufwand. Der Transferaufwand für private Haushalte beinhalte hauptsächlich Rentengebühren für Witwen bzw. Witwer, für die Kriegsopferversorung (KOV) und für die Heeresversorgung (HV).

Das Transferergebnis 2015 verschlechterte sich um 9,30 Mio. EUR bzw. um 0,4 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten bei

- den Erträgen aus Transfers (B.I) von + 60,85 Mio. EUR: darunter Transfers innerhalb des Bundes (+ 60,71 Mio. EUR) und

– dem Transferaufwand (B.II) von + 70,14 Mio. EUR: darunter Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger (+ 78,94 Mio. EUR).

Bei den erhöhten Transfers innerhalb des Bundes handle es sich nach Angaben des BMASK um Mehrerträge beim Umsatzsteueranteil für den Pflegefonds infolge der Abdeckung des Mehraufwands in der Langzeitpflege. Der Aufwand für Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger ginge auf einen Mehraufwand für den Aus- und Aufbau der Pflegedienstleistungen in der Langzeitpflege, den Mehraufwand durch verstärkte Beantragung von Pflegegeld aufgrund verbesserter Informationslage, den Wechsel der Leistungsbezieher in eine höhere Pflegegeldstufe sowie die Pflegeabrechnung 2014 zurück. Dem gegenüber stehe ein Minderaufwand bei den Zuwendungen an den Fonds für die 24h-Betreuung infolge einer Auflösung von Rücklagen im Unterstützungsfonds.

E. Nettoergebnis versus Nettofinanzierungssaldo

Aufgrund unterschiedlicher Systematiken zwischen Ergebnis- und Finanzierungsrechnung kommt es notwendigerweise zwischen Nettoergebnis und Nettofinanzierungssaldo zu Abweichungen, die im Folgenden erläutert werden.

Der Nettofinanzierungssaldo aus der konsolidierten Finanzierungsrechnung fiel mit – 2,738 Mrd. EUR um – 1,39 Mio. EUR ungünstiger aus als das Nettoergebnis aus der konsolidierten Ergebnisrechnung (– 2,737 Mrd. EUR). Im Nettofinanzierungssaldo waren Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus empfangenen sowie gewährten Darlehen und Vorschüssen (– 2,86 Mio. EUR) sowie Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus der Investitionstätigkeit (– 0,37 Mio. EUR) berücksichtigt, die im Nettoergebnis nicht enthalten waren.

Weitere Unterschiede zwischen dem Nettofinanzierungssaldo und dem Nettoergebnis beruhten auf Abweichungen zwischen dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) (+ 4,19 Mio. EUR), dem Transferergebnis (B) (– 2,36 Mio. EUR) und dem Finanzergebnis (D) (+ 0,01 Mio. EUR) vom korrespondierenden Geldfluss. Die höheren Erträge im Vergleich zu den Einzahlungen beim Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit resultierten aus der nicht-finanzierungswirksamen Auflösung von Personalrückstellungen. Durch Periodenabgrenzungen waren die Aufwendungen höher als die Auszahlungen des Transferergebnisses. Außerdem wirkten sich nicht-finanzierungswirksame Forderungsabschreibungen nur auf die Aufwendungen im Transferergebnis aus.

10.3 Voranschlagsvergleichsrechnungen

10.3.1 Ergebnishaushalt

Tabelle 10.3-1: UG 21 – Ergebnishaushalt 2015

Ergebnishaushalt							
UG 21 Soziales und Konsumentenschutz	**Erfolg 2014**	**Voranschlag 2015**	**Erfolg 2015**	**Veränderung Erfolg 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015**	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Erträge	251,97	312,95	303,84	+ 51,87	+ 20,6	– 9,11	– 2,9
Aufwendungen	2.964,28	3.001,82	3.040,52	+ 76,23	+ 2,6	+ 38,69	+ 1,3
Nettoergebnis	**– 2.712,31**	**– 2.688,87**	**– 2.736,67**	**– 24,36**	**+ 0,9**	**– 47,81**	**+ 1,8**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Erträge in der UG 21 „Soziales und Konsumentenschutz“ 303,84 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 51,87 Mio. EUR (+ 20,6 %) angestiegen und gegenüber dem Voranschlag um 9,11 Mio. EUR (– 2,9 %) gesunken.

Die Aufwendungen des Jahres 2015 waren mit 3,041 Mrd. EUR um 76,23 Mio. EUR (+ 2,6 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Aufwendungen um 38,69 Mio. EUR (+ 1,3 %) höher.

Das Nettoergebnis der UG 21 „Soziales und Konsumentenschutz“ lag 2015 bei – 2,737 Mrd. EUR. Es war um 24,36 Mio. EUR schlechter und damit um 0,9 % höher als jenes für 2014 (– 2,712 Mrd. EUR) und um 47,81 Mio. EUR schlechter und damit um 1,8 % höher als im Voranschlag (– 2,689 Mrd. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*grün und kursiv*) fassen die vom BMASK bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 21 „Soziales und Konsumentenschutz“ (Tabelle I.2.11.1)**.

Tabelle 10.3-2: Ergebnishaushalt, UG 21 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Ergebnishaushalt					
UG 21 Soziales und Konsumentenschutz		Voranschlag 2015	Erfolg 2015	Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015	
		in Mio. EUR			in %
	Erträge	**312,95**	**303,84**	**– 9,11**	**– 2,9**
	Aufwendungen	**3.001,82**	**3.040,52**	**+ 38,69**	**+ 1,3**
	Nettoergebnis	**– 2.688,87**	**– 2.736,67**	**– 47,81**	
GB 21.01	**Steuerung und Services**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	4,30	4,06	– 0,24	– 5,5
	Finanzerträge	0,00	0,00	– 0,00	– 98,9
	Erträge	**4,30**	**4,06**	**– 0,24**	**– 5,5**
	Personalaufwand	78,01	79,76	+ 1,75	+ 2,2
	Transferaufwand	10,40	13,44	+ 3,05	+ 29,3
	Betrieblicher Sachaufwand	33,86	46,14	+ 12,28	+ 36,3
	Finanzaufwand	0,00	–	– 0,00	–
	Aufwendungen	**122,26**	**139,34**	**+ 17,08**	**+ 14,0**
GB 21.02	**Pflege**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	304,40	297,54	– 6,86	– 2,3
	Erträge	**304,40**	**297,54**	**– 6,86**	**– 2,3**
	Transferaufwand	2.683,86	2.709,51	+ 25,64	+ 1,0
	Betrieblicher Sachaufwand	0,09	0,07	– 0,02	– 20,0
	Aufwendungen	**2.683,95**	**2.709,57**	**+ 25,62**	**+ 1,0**
GB 21.03	**Versorgungs- und Entschädigungsgesetze**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	4,24	2,17	– 2,07	– 48,8
	Finanzerträge	0,01	0,01	– 0,01	– 49,9
	Erträge	**4,26**	**2,18**	**– 2,08**	**– 48,8**
	Transferaufwand	132,49	128,86	– 3,63	– 2,7
	Betrieblicher Sachaufwand	7,01	6,91	– 0,10	– 1,4
	Aufwendungen	**139,51**	**135,78**	**– 3,73**	**– 2,7**
GB 21.04	**Maßnahmen für Behinderte**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,00	0,07	+ 0,07	–
	Finanzerträge	0,00	–	– 0,00	– 100,0
	Erträge	**0,00**	**0,07**	**+ 0,07**	**–**
	Transferaufwand	54,98	55,15	+ 0,17	+ 0,3
	Betrieblicher Sachaufwand	1,12	0,68	– 0,44	– 39,7
	Aufwendungen	**56,10**	**55,82**	**– 0,28**	**– 0,5**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mehraufwendungen im GB 21.01 „Steuerung und Services"

+ 12,28 Mio. EUR in der MVAG „Betrieblicher Sachaufwand"

Mehraufwendungen für die BRZ GmbH zur Abdeckung des laufenden Bedarfs sowie zur Finanzierung von diversen Projekten (insgesamt + 6,17 Mio. EUR); Mehraufwendungen für ärztliche Begutachtungen infolge eines Anstiegs der Anträge für den Behindertenpass sowie der Eintragungen für einen Behindertenparkplatz (+ 4,56 Mio. EUR). Weitere Mehraufwendungen entstanden durch Informationskampagnen, insbesondere zum Thema Barrierefreiheit und Schulstartpaket in den Printmedien (+ 1,05 Mio. EUR).

Mehraufwendungen im GB 21.02 „Pflege"

+ 25,64 Mio. EUR in der MVAG „Transferaufwand"

Mehraufwendungen für Pflegegeld bei der Pensionsversicherungsanstalt (+ 37,55 Mio. EUR) und beim Pensionsversicherungsbeitrag (+ 11,32 Mio. EUR) durch verstärkte Beantragung von Pflegegeld aufgrund verbesserter Informationslage, den Wechsel der Leistungsbezieher in eine höhere Pflegegeldstufe sowie durch die Pflegegeldabrechnung 2014; Mehraufwendungen bei den Zuwendungen an den Fonds für die 24h-Betreuung (+ 11,57 Mio. EUR) sowie beim Pflegekarenzgeld (+ 1,50 Mio. EUR) infolge einer steigenden Anzahl der Bezieher.

Diese Mehraufwendungen wurden teilweise durch Minderaufwendungen kompensiert:

Minderaufwendungen beim Landespflegegeld (– 21,40 Mio. EUR), bei der Sozialversicherungsanstalt der Bauern (– 10,91 Mio. EUR) sowie bei der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (– 0,26 Mio. EUR) infolge von geringerer Inanspruchnahme; weitere Minderaufwendungen bei Zahlungen gemäß Pflegefondsgesetz infolge der Anweisung des Vorschusses für das Jahr 2015 an das Land Wien (für den Aus– und Aufbau der Pflegedienstleistungen in der Langzeitpflege) bereits im Jahr 2014 (– 4,85 Mio. EUR).

10.3.2 Finanzierungshaushalt

Tabelle 10.3-3: UG 21 – Finanzierungshaushalt 2015

Finanzierungshaushalt							
UG 21 Soziales und Konsumentenschutz	**Zahlungen 2014**	**Voranschlag 2015**	**Zahlungen 2015**	**Veränderung Zahlungen 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015**	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Einzahlungen	252,16	311,84	303,68	+ 51,52	+ 20,4	– 8,16	– 2,6
Auszahlungen	2.965,63	3.000,23	3.041,75	+ 76,11	+ 2,6	+ 41,52	+ 1,4
Nettofinanzierungssaldo	**– 2.713,48**	**– 2.688,39**	**– 2.738,07**	**– 24,59**	**+ 0,9**	**– 49,68**	**+ 1,8**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Einzahlungen in der UG 21 „Soziales und Konsumentenschutz“ 303,68 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 51,52 Mio. EUR (+ 20,4 %) angestiegen und gegenüber dem Voranschlag um 8,16 Mio. EUR (– 2,6 %) gesunken.

Die Auszahlungen des Jahres 2015 waren mit 3,042 Mrd. EUR um 76,11 Mio. EUR (+ 2,6 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Auszahlungen um 41,52 Mio. EUR (+ 1,4 %) höher.

Der Nettofinanzierungssaldo der UG 21 „Soziales und Konsumentenschutz“ lag 2015 bei – 2,738 Mrd. EUR. Er war um 24,59 Mio. EUR schlechter und damit um 0,9 % höher als jener für 2014 (– 2,713 Mrd. EUR) bzw. um 49,68 Mio. EUR schlechter und damit um 1,8 % höher als im Voranschlag (– 2,688 Mrd. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*blau und kursiv*) fassen die vom BMASK bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 21 „Soziales und Konsumentenschutz“ (Tabelle I.2.8.1)**.

Tabelle 10.3-4: Finanzierungshaushalt, UG 21 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Finanzierungshaushalt					
UG 21 Soziales und Konsumentenschutz		Voranschlag 2015	Zahlungen 2015	Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015	
		in Mio. EUR			in %
	Einzahlungen	**311,84**	**303,68**	**– 8,16**	**– 2,6**
	Auszahlungen	**3.000,23**	**3.041,75**	**+ 41,52**	**+ 1,4**
	Nettofinanzierungssaldo	**– 2.688,39**	**– 2.738,07**	**– 49,68**	
GB 21.01	**Steuerung und Services**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	3,13	3,72	+ 0,59	+ 18,8
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	–	0,07	+ 0,07	–
	Einzahlungen	**3,13**	**3,79**	**+ 0,66**	**+ 21,0**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	109,17	122,38	+ 13,21	+ 12,1
	Auszahlungen aus Transfers	10,40	13,93	+ 3,54	+ 34,0
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,25	0,37	+ 0,12	+ 47,4
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,09	0,05	– 0,04	– 43,2
	Auszahlungen	**119,91**	**136,73**	**+ 16,82**	**+ 14,0**
GB 21.02	**Pflege**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	304,40	297,53	– 6,86	– 2,3
	Einzahlungen	**304,40**	**297,53**	**– 6,86**	**– 2,3**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,07	0,07	– 0,00	– 3,7
	Auszahlungen aus Transfers	2.685,53	2.710,72	+ 25,19	+ 0,9
	Auszahlungen	**2.685,60**	**2.710,79**	**+ 25,19**	**+ 0,9**
GB 21.03	**Versorgungs- und Entschädigungsgesetze**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	4,26	2,08	– 2,17	– 51,1
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,05	0,21	+ 0,15	+ 282,5
	Einzahlungen	**4,31**	**2,29**	**– 2,02**	**– 46,9**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	6,46	5,74	– 0,72	– 11,2
	Auszahlungen aus Transfers	129,01	129,45	+ 0,44	+ 0,3
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	3,14	3,08	– 0,06	– 2,0
	Auszahlungen	**138,62**	**138,27**	**– 0,35**	**– 0,3**
GB 21.04	**Maßnahmen für Behinderte**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,00	0,07	+ 0,07	–
	Einzahlungen	**0,00**	**0,07**	**+ 0,07**	**–**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1,12	0,65	– 0,47	– 42,2
	Auszahlungen aus Transfers	54,98	55,31	+ 0,33	+ 0,6
	Auszahlungen	**56,10**	**55,96**	**– 0,15**	**– 0,3**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mehrauszahlungen im GB 21.01 „Steuerung und Services"

+ 13,21 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit"

Mehrauszahlungen an die BRZ GmbH zur Abdeckung des laufenden Bedarfs sowie zur Finanzierung von diversen Projekten (insgesamt + 5,10 Mio. EUR); Mehrauszahlungen für ärztliche Begutachtungen infolge eines Anstiegs der Anträge für den Behindertenpass sowie der Eintragungen für einen Behindertenparkplatz (+ 4,73 Mio. EUR); Mehrauszahlungen bei den Personalausgaben, da die Gehaltserhöhung 2015 nicht budgetiert war und sich der Struktureffekt höher als angenommen ausgewirkt hat (+ 0,95 Mio. EUR). Weitere Mehrausgaben entstanden durch Informationskampagnen, insbesondere zum Thema Barrierefreiheit und Schulstartpaket in den Printmedien (+ 0,88 Mio. EUR).

Mehrauszahlungen im GB 21.02 „Pflege"

+ 25,19 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus Transfers"

Mehrauszahlungen für Pflegegeld bei der Pensionsversicherungsanstalt (+ 41,37 Mio. EUR) und beim Pensionsversicherungsbeitrag (+ 6,71 Mio. EUR) durch verstärkte Beantragung von Pflegegeld aufgrund verbesserter Informationslage, den Wechsel der Leistungsbezieher in eine höhere Pflegegeldstufe sowie durch die Pflegegeldabrechnung 2014; Mehrauszahlungen bei den Zuwendungen an den Fonds für die 24h-Betreuung (+ 11,57 Mio. EUR) sowie beim Pflegekarenzgeld (+ 1,53 Mio. EUR) infolge einer steigenden Anzahl der Bezieher.

Diese Mehrauszahlungen wurden teilweise durch Minderauszahlungen kompensiert:

Minderauszahlungen beim Landespflegegeld (– 21,40 Mio. EUR), bei der Sozialversicherungsanstalt der Bauern (– 7,31 Mio. EUR) sowie bei der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (– 2,21 Mio. EUR) infolge von geringerer Inanspruchnahme; weitere Minderauszahlungen bei Zahlungen gemäß Pflegefondsgesetz infolge der Anweisung des Vorschusses für das Jahr 2015 an das Land Wien (für den Aus– und Aufbau der Pflegedienstleistungen in der Langzeitpflege) bereits im Jahr 2014 (– 4,85 Mio. EUR).

10.3.3 Haushaltsrücklagen

Tabelle 10.3-5: UG 21 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015

Finanzierungshaushalt								
UG 21 Soziales und Konsumentenschutz	**Anfangs-bestand**	**Umbuchung**	**Entnahme**	**Auflösung**	**Zuführung**	**Endbestand**	**Veränderung 2014 : 2015**	
	in Mio. EUR							in %
Detailbudgetrücklagen	62,98	–	– 43,00	–	+ 1,36	21,34	– 41,64	– 66,1
Zweckgebundene Einzahlungsrücklagen	0,04	–	–	– 0,00	+ 0,00	0,05	+ 0,00	+ 8,7
Gesamtsumme	**63,02**	**–**	**– 43,00**	**– 0,00**	**+ 1,37**	**21,39**	**– 41,63**	**– 66,1**

Quellen: Rücklagengebarung, eigene Berechnung

Der Stand der Rücklagen in der UG 21 „Soziales und Konsumentenschutz" belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 63,02 Mio. EUR und veränderte sich durch Entnahmen (43,00 Mio. EUR), Auflösungen (0,00 Mio. EUR) und Zuführungen (1,37 Mio. EUR) auf 21,39 Mio. EUR zum 31. Dezember 2015. Im Verhältnis zu den veranschlagten Auszahlungen (3,000 Mrd. EUR) entsprach der Stand zum 31. Dezember 2015 einem Anteil von 0,7 %. Im BFG 2015 war für die UG 21 keine Rücklagenverwendung veranschlagt.

10.4 Finanzrahmen

Ausgehend von den tatsächlichen Auszahlungen 2015 stellen sich die Auszahlungsobergrenzen für die UG 21 „Soziales und Konsumentenschutz" gemäß BFRG für die Finanzjahre 2016 bis 2020 wie folgt dar:

Tabelle 10.4–1: UG 21 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020

Finanzierungshaushalt									
UG 21 Soziales und Konsumentenschutz	**Auszahlungen (Ist)**	**Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG**					**Veränderung**		
	2015	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**	**2020**	**2015 (Ist) : 2020**		**durch-schnittlich jährlich**
	in Mio. EUR							in %	
	3.041,75	**3.123,04**	**3.121,74**	**3.125,99**	**3.195,68**	**3.351,40**	**+ 309,65**	**+ 10,2**	**+ 2,0**
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze gesamt	*74.589,49*	*78.107,49*	*78.202,70*	*78.814,08*	*80.408,66*	*83.038,37*	*+ 8.448,88*	*+ 11,3*	*+ 2,2*
Anteil der UG 21	4,1 %	4,0 %	4,0 %	4,0 %	4,0 %	4,0 %	– 0,0 %-Punkte		–
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze Rubrik 2	*38.119,06*	*39.508,75*	*40.660,13*	*41.839,49*	*43.309,95*	*44.834,52*	*+ 6.715,45*	*+ 17,6*	*+ 3,3*
Anteil der UG 21	8,0 %	7,9 %	7,7 %	7,5 %	7,4 %	7,5 %	– 0,5 %-Punkte		–

Quellen: HIS, BFRG 2016 - 2019, 2017 - 2020, eigene Berechnung

Bis zum Jahr 2020 soll die Auszahlungsobergrenze für die UG 21 „Soziales und Konsumentenschutz“ um + 309,65 Mio. EUR (+ 10,2 %) auf 3,351 Mrd. EUR ansteigen. Dies entspricht einer Veränderungsrate gegenüber den tatsächlichen Auszahlungen 2015 von + 2,0 % im Jahresdurchschnitt. Im Jahr 2015 betrug der Anteil der UG 21 „Soziales und Konsumentenschutz“ an den Gesamtauszahlungen 4,1 % und an den Auszahlungen der Rubrik 2 8,0 %. Der Anteil der UG 21 an der Gesamt–Auszahlungsobergrenze soll bis 2020 auf 4,0 % zurückgehen bzw. innerhalb der Rubrik 2 auf 7,5 % sinken.

Laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 seien dies die wichtigsten laufenden bzw. geplanten Maßnahmen und Reformen für die budgetäre Zielerreichung:

- Maßnahmen zur treffsicheren und einheitlichen Einstufung im Pflegegeldbereich, z.B. bei Kindern und Jugendlichen;
- Erstellung einer jährlichen Pflegedienstleistungsstatistik auf Basis der Pflegedienstleistungsstatistik-Verordnung zur Sicherstellung von Transparenz über das österreichweite Angebot an Pflegeleistungen;
- finanzielle Unterstützung pflegender Angehöriger;
- Umsetzung der Demenzstrategie, z.B. im Hinblick auf Bewusstseinsbildung und Partizipation der Betroffenen;
- Weiterentwicklung des Pflegefonds als Steuerungsinstrument;
- Förderung der 24-Stunden-Betreuung;
- Laufende Überprüfung der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Behinderung 2012 bis 2020;
- Weiterentwicklung der Förderprogramme, insbesondere zur stärkeren Ausrichtung auf den Übergang „Schule-Beruf“ bzw. auf Programme zum späteren Pensionsantritt für Menschen mit Behinderung;
- Neugestaltung und Überprüfung der Förderungsmaßnahmen in Richtung besonderer Förderung für Frauen mit Behinderung.

Als Steuerungs- und Korrekturmaßnahme zur Einhaltung der Obergrenzen sei laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 eine stringente und sparsame Haushaltsführung erforderlich.

Die im BFRG 2017 bis 2020 vorgesehenen Auszahlungsobergrenzen für die Jahre 2017 bis 2019 wurden gegenüber dem bisher geltenden BFRG 2016 bis 2019 um insgesamt + 1,0 % bzw. um durchschnittlich + 32,24 Mio. EUR pro Jahr erhöht. Laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 sei dies auf den Mehrbedarf beim Pflegegeld und bei der 24-Stunden-Betreuung aufgrund einer veränderten Demografieprognose der Statistik Austria zurückzuführen.

Im Folgenden wird ein Überblick über die Entwicklung der tatsächlichen Auszahlungen und der Auszahlungsobergrenzen von 2011 bis 2015 bzw. ein Vergleich der Auszahlungen zu den Auszahlungsobergrenzen des derzeit geltenden BFRG 2017 bis 2020 gegeben:

Tabelle 10.4–2: UG 21 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015

Finanzierungshaushalt

UG 21 Soziales und Konsumentenschutz	BFRG bzw. Zahlungen					Veränderung			
	2011	2012	2013	2014	2015	2014 : 2015		2011 : 2015	
	in Mio. EUR					in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Auszahlungsobergrenze UG 21	2.331,40	3.005,35	2.900,78	2.923,32	3.002,23	+ 78,91	+ 2,7	+ 670,83	+ 28,8
Auszahlungen UG 21	2.454,31	2.986,93	2.930,07	2.965,63	3.041,75	+ 76,11	+ 2,6	+ 587,44	+ 23,9
Abweichung Auszahlungen : Obergrenze	**+ 122,91**	**– 18,43**	**+ 29,29**	**+ 42,31**	**+ 39,52**				
Abweichung in %	**+ 5,3 %**	**– 0,6 %**	**+ 1,0 %**	**+ 1,4 %**	**+ 1,3 %**				

Quellen: HIS, BFRG 2011 - 2014, 2012 - 2015, 2013 - 2016, 2014 - 2017, 2015 - 2018, eigene Berechnung

Während ursprünglich zwischen 2011 und 2015 eine Erhöhung der Auszahlungsobergrenze gemäß BFRG um insgesamt + 670,83 Mio. EUR (+ 28,8 %) vorgesehen war, erhöhten sich die Auszahlungen zwischen 2011 und 2015 tatsächlich um + 587,44 Mio. EUR (+ 23,9 %). Im Jahr 2015 lagen die tatsächlichen Auszahlungen um + 39,52 Mio. EUR (+ 1,3 %) über jenen, die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen waren.

Tabelle 10.4–3: UG 21 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG

Finanzierungshaushalt						
UG 21 Soziales und Konsumentenschutz	Auszahlungen (Ist)		durchschnittliche jährliche Veränderung	BFRG	durchschnittliche jährliche Veränderung	Differenz der Veränderungsraten[1)]
	2011	2015	2011 : 2015	2020	2015 (Ist) : 2020 (BFRG)	
	in Mio. EUR		in %	in Mio. EUR	in %	in %-Punkten
	2.454,31	3.041,75	+ 5,5	3.351,40	+ 2,0	– 3,6

1) Rundungsdifferenz möglich

Quellen: HIS, BFRG 2017 - 2020, eigene Berechnung

Die durchschnittliche jährliche Veränderung der Auszahlungen belief sich von 2011 bis 2015 auf + 5,5 %. Laut mittelfristiger Finanzplanung bis 2020 soll sie + 2,0 % betragen und somit um 3,6 Prozentpunkte geringer steigen als im Zeitraum 2011 bis 2015.

Um die Auszahlungsobergrenzen in der UG 21 „Soziales und Konsumentenschutz“ bis 2020 einhalten zu können, bedarf es aus Sicht des RH der Umsetzung quantifizierter struktureller Steuerungs- und Korrekturmaßnahmen.

In diesem Zusammenhang weist der RH auf folgende im Jahr 2016 dem Nationalrat vorgelegte Berichte hin:

- Instrumente zur finanziellen Steuerung der Krankenversicherung (Reihe Bund 2016/3)

Aufgrund eines stark negativen Reinvermögens mehrerer Krankenversicherungsträger und eines stark negativen Ausblicks unterstützte der Bund die gesetzliche Krankenversicherung zwischen 2009 und 2014 mit rd. 1,302 Mrd. EUR und gab eine aufwandsseitige Konsolidierung von rd. 1,725 Mrd. EUR vor. Obwohl die Ziele dieses Sanierungspakets erfüllt wurden, sah die Gebarungsvorschau bis 2017 wieder erhebliche Abgänge voraus. Der RH kritisierte, dass den Instrumenten der Gebarungsvorschau die erforderliche Glaubwürdigkeit für die Nutzung zur Steuerung fehlte.

Die 2009 für den Zeitraum bis 2013 festgelegten Finanzziele waren spätestens ab 2011 aufgrund der tatsächlichen Entwicklung nicht mehr zur Detailsteuerung der Krankenversicherungsträger geeignet. Dies galt auch für die im Jahr 2012 bis zum Jahr 2016 festgelegten Ausgabenobergrenzen. Dennoch wurden die Ausgabenobergrenzen unverändert in das Ziel-

steuerungssystem des Hauptverbands und der Krankenversicherungsträger übernommen. Diese Systeme verloren damit in wesentlichem Ausmaß ihre Wirkung als Steuerungsinstrumente.

– Ausgewählte Steuerungsbereiche in der Krankenversicherung (Reihe Bund 2016/3)

Der RH kritisierte, dass die operative Steuerung der für die Gestaltung der Finanzen der Krankenversicherungsträger wichtigsten Bereiche – ärztliche Hilfe und Heilmittel – nicht ausreichend war, um die Ziele der Gesundheitsreform 2012 erfüllen zu können bzw. eine nachhaltige Finanzierung sicherzustellen. Die Sozialversicherungsträger nutzten die verfügbaren Daten weder im Bereich der ärztlichen Hilfe noch im Heilmittelbereich ausreichend. Die Aufbereitungen der Daten waren teilweise fehlerhaft, wurden nur unregelmäßig durchgeführt und beantworteten wesentliche Fragen nicht. Die trägerübergreifende Steuerung der Verwaltungskosten war weitgehend ungeeignet.

– Pensionsrecht der Bediensteten der Sozialversicherungen; Follow-up-Überprüfung (Reihe Bund 2016/1)

Der Hauptverband setzte die vom RH in seinem Vorbericht im Jahr 2012 veröffentlichten Empfehlungen nur teilweise um. Der RH stellte kritisch fest, dass die vom Hauptverband 2014 durchgeführte Reform der Dienstordnung und Rechenvorschriften wesentlich von den Empfehlungen des RH abwich. Die Umsetzung der Empfehlungen des RH hätte bei einem Bedienstetenstand von 10.807 und dem Geldwert 2014 zu einem Einsparungspotenzial von rd. 1,15 Mrd. EUR im Zeitraum 2014 bis 2050 geführt. Die 2014 durchgeführte Reform der Dienstordnung bedeutete jedoch gemäß Modellrechnung für den gleichen Zeitraum lediglich ein Einsparungspotenzial von rd. 144 Mio. EUR, das entsprach nur rd. 12,6 % des vom RH empfohlenen Einsparungspotenzials.

11 UG 22 „PENSIONSVERSICHERUNG“

UG 22 Pensionsversicherung - BMASK	
zentrale Budgetbereiche	Bundesbeitrag PVA[1)], variabel
	Bundesbeitrag SVB[2)], variabel
	Bundesbeitrag SVA[3)], variabel
	Ausgleichszulagen PVA[1)], variabel
	Bundesbeitrag VAEB[4)], variabel
	Partnerleistung SVA[3)], variabel

1) Pensionsversicherungsanstalt
2) Sozialversicherungsanstalt der Bauern
3) Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft
4) Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau

Quelle: HIS

11.1 Vermögensrechnung

Tabelle 11.1–1: UG 22 – Vermögensrechnung[1)]

Vermögensrechnung						
UG 22 Pensionsversicherung		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
C	**Nettovermögen (Ausgleichsposten)**	**– 5,38**	**– 5,38**	**+ 0,00**	**– 0,1**	
C.IV	Jährliches Nettoergebnis (inkl. "Personal, das für Dritte leistet")	– 10.296,96	– 10.135,90	+ 161,07	– 1,6	
	GB 22.01 Bundesbeitrag und Partnerleistung, variabel	– 9.268,47	– 9.140,68	+ 127,79	– 1,4	
	GB 22.02 Ausgleichszulagen, variabel	– 1.017,68	– 989,74	+ 27,94	– 2,7	
	GB 22.03 Sonstige Leistungen zur PV, variabel	– 10,81	– 5,47	+ 5,34	– 49,4	
C.V	Saldo aus der jährl. Eröffnungsbilanz	72,27	– 5,38	– 77,66	– 107,4	
C.VI	Bundesfinanzierung	10.219,31	10.135,90	– 83,41	– 0,8	
D + E	**Fremdmittel**	**5,38**	**5,38**	**– 0,00**	**– 0,1**	**100,0**
E	Kurzfristige Fremdmittel	5,38	5,38	– 0,00	– 0,1	100,0
E.II	Kurzfristige Verbindlichkeiten	5,38	5,38	– 0,00	– 0,1	100,0

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Vermögensrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 betrugen in der UG 22 „Pensionsversicherung” 5,38 Mio. EUR und sanken gegenüber 31. Dezember 2014 um – 0,00 Mio. EUR (– 0,1 %). Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 waren zu 100,0 % kurzfristig. Daraus resultierte ein Nettovermögen (Ausgleichsposten) zum 31. Dezember 2015 von – 5,38 Mio. EUR (+ 0,00 Mio. EUR bzw. – 0,1 % gegenüber 31. Dezember 2014).

11.2 Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung

Tabelle 11.2-1: UG 22 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung[1)]

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 22 Pensionsversicherung		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
A	**Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (= A.I + A.II – A.III – A.IV)**	**+ 105,80**	**+ 258,40**	**+ 152,60**	**+ 144,2**	**+ 183,00**	**+ 38,08**	**– 144,92**	**– 79,2**	**– 220,32**
A.I	Erträge aus Abgaben netto	36,40	38,08	+ 1,68	+ 4,6	36,40	38,08	+ 1,68	+ 4,6	0,00
A.II	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	215,53		– 215,53	– 100,0	146,60		– 146,60	– 100,0	0,00
A.II.01	Erträge aus wirtschaftlicher Tätigkeit	146,60		– 146,60	– 100,0	146,60		– 146,60	– 100,0	0,00
	GB 22.01 Bundesbeitrag und Partnerleistung, variabel	141,09		– 141,09	– 100,0	141,09		– 141,09	– 100,0	0,00
A.II.03	Sonstige Erträge	68,93		– 68,93	– 100,0				–	0,00
	GB 22.01 Bundesbeitrag und Partnerleistung, variabel	64,17		– 64,17	– 100,0				–	0,00
A.IV	Betrieblicher Sachaufwand	146,13	– 220,32	– 366,45	– 250,8				–	+ 220,32
A.IV.14	Sonstiger betrieblicher Sachaufwand	146,13	– 220,32	– 366,45	– 250,8				–	+ 220,32
	GB 22.01 Bundesbeitrag und Partnerleistung, variabel	141,09	– 217,93	– 359,01	– 254,5				–	+ 217,93
B	**Transferergebnis (= B.I – B.II)**	**– 10.402,76**	**– 10.394,30**	**+ 8,46**	**– 0,1**	**– 10.402,76**	**– 10.173,98**	**+ 228,79**	**– 2,2**	**+ 220,32**
B.II	Transferaufwand	10.402,76	10.394,30	– 8,46	– 0,1	10.402,76	10.173,98	– 228,79	– 2,2	– 220,32
B.II.01	Aufwand für Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger	10.402,76	10.394,30	– 8,46	– 0,1	10.402,76	10.173,98	– 228,79	– 2,2	– 220,32
	GB 22.01 Bundesbeitrag und Partnerleistung, variabel	9.332,65	9.358,61	+ 25,96	+ 0,3	9.332,65	9.140,68	– 191,96	– 2,1	– 217,93
	GB 22.02 Ausgleichszulagen, variabel	1.022,44	990,31	– 32,13	– 3,1	1.022,44	989,74	– 32,70	– 3,2	– 0,57
C	**Ergebnis aus d. operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers (= A + B)**	**– 10.296,96**	**– 10.135,90**	**+ 161,07**	**– 1,6**	**– 10.219,76**	**– 10.135,90**	**+ 83,87**	**– 0,8**	**0,00**
E	**Nettoergebnis (ER: C + D) / Nettofinanzierungssaldo (FR: C + D + C* + D*)**	**– 10.296,96**	**– 10.135,90**	**+ 161,07**	**– 1,6**	**– 10.219,76**	**– 10.135,90**	**+ 83,87**	**– 0,8**	**0,00**
	davon Erträge/ Einzahlungen	251,93	38,08	– 213,85	– 84,9	183,00	38,08	– 144,92	– 79,2	0,00
	davon Aufwendungen/ Auszahlungen	10.548,89	10.173,98	– 374,92	– 3,6	10.402,76	10.173,98	– 228,79	– 2,2	0,00
	davon Erträge aus Vorperioden	68,93		– 68,93	– 100,0				–	0,00
	davon Aufwand aus Vorperioden	146,13	– 220,32	– 366,45	– 250,8				–	+ 220,32
	um Vorperioden bereinigtes Nettoergebnis	**– 10.219,76**	**– 10.356,22**	**– 136,46**	**+ 1,3**	**– 10.219,76**	**– 10.135,90**	**+ 83,87**	**– 0,8**	**+ 220,32**

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Ergebnis- und Finanzierungsrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

In der UG 22 „Pensionsversicherung“ betrug das Nettoergebnis 2015 (E) der konsolidierten Ergebnisrechnung – 10,136 Mrd. EUR. Es setzte sich zusammen aus

- dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) von + 258,40 Mio. EUR (+ 152,60 Mio. EUR gegenüber 2014) und
- dem Transferergebnis (B) von – 10,394 Mrd. EUR (+ 8,46 Mio. EUR gegenüber 2014).

Die Erträge in der UG 22 machten 38,08 Mio. EUR

aus Abgaben netto (A.I),

und die Aufwendungen 10,174 Mrd. EUR aus

- darunter – 220,32 Mio. EUR aus betrieblichem Sachaufwand (A.IV), 10,394 Mrd. EUR aus Transferaufwand (B.II).

Das Nettoergebnis 2015 verbesserte sich um 161,07 Mio. EUR bzw. um 1,6 % gegenüber 2014.

A. Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit

Die Erträge aus Abgaben netto (A.I) betrugen 38,08 Mio. EUR.

Der betriebliche Sachaufwand (A.IV) enthielt ausschließlich das Sachkonto 7229.000 „Aufwand aus Vorperioden“ und betrug im Jahr 2015 – 220,32 Mio. EUR.

Nach Angaben des BMASK bestehe der sonstige betriebliche Sachaufwand im GB 22.01 „Bundesbeitrag und Partnerleistung, variabel“ aus Abrechnungsresten aus Vorperioden. Laut Angaben des BMASK seien diese nicht periodengerecht abgegrenzt, da die Endabrechnungen der Pensionsversiche-

rungsträger nicht termingerecht vorgelegt wurden.[15] Die Abrechnungsreste würden sich aus den geleisteten Vorschüssen des Bundes und dem tatsächlichen Bedarf aus den endgültigen Erfolgsrechnungen der Pensionsversicherungsanstalten ergeben. Aus den Endabrechnungen im Jahr 2015 resultiere für das Jahr 2014 eine saldierte Rückführung von 220,32 Mio. EUR an den Bund. Im Jahr 2015 seien erstmalig Aufwendungen und Erträge, die Vorperioden betroffen hätten, auf dafür im betrieblichen Ergebnis vorgesehenen Sachkonten verbucht worden. Zusätzlich sei im Jahr 2015 die Buchungslogik dahingehend geändert worden, als dass erstmalig die Rückführung von bereits geleisteten Vorschüssen als Absetzungen bei den Aufwendungen gebucht worden sei, wodurch sich im Jahr 2015 ein Ertrag im betrieblichen Sachaufwand ergeben habe.

Das Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit 2015 verbesserte sich um + 152,60 Mio. EUR bzw. um + 144,2 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten bei

- den Erträgen aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) von – 215,53 Mio. EUR: darunter Erträge aus wirtschaftlicher Tätigkeit (– 146,60 Mio. EUR) und sonstige Erträge (– 68,93 Mio. EUR) sowie

- dem betrieblichen Sachaufwand (A.IV): – 366,45 Mio. EUR Sonstiger betrieblicher Sachaufwand.

Nach Angaben des BMASK hätten sich aufgrund der veränderten Buchungslogik und der unterschiedlichen Höhe der Abrechnungsreste gegenüber dem Vorjahr die genannten Abweichungen ergeben. Die Erträge aus wirtschaft-

15 Der Bund bezahlte an die vier Pensionsversicherungsträger unterjährig Vorschüsse. Die Pensionsversicherungsträger hatten bis Ende Mai des Folgejahres Zeit, ihre Jahresabschlüsse zu erstellen und auf Basis dieser dem BMASK eine Endabrechnung zu legen. Die Differenzen zwischen Vorschüssen und Endabrechnungen wurden daher regelmäßig erst im nächsten Jahr in den Abschlussrechnungen berücksichtigt. Dadurch war eine periodengerechte Erfassung der Aufwände und Erträge in der UG 22 „Pensionsversicherung" nicht gegeben. Um für das Abrechnungsjahr 2015 eine periodengerechte Darstellung zu gewährleisten, beauftragte der RH deshalb das BMASK mit einer Mängelbehebung gem. § 9 RHG i.V.m. § 36 RLV 2013, um die zu erwartenden Abrechnungsreste für die Transfers 2015 in den Abschlussrechnungen korrekt darzustellen und damit eine möglichst getreue Darstellung der finanziellen Lage des Bundes zu gewährleisten. Nachdem das BMASK als zuständiges haushaltsleitendes Organ der Aufforderung des RH zur Mängelbehebung nicht nachgekommen war, machte der RH von seinem Recht gem. § 36 RLV 2013 zur direkten Richtigstellung der Abschlussrechnungen durch das BMF Gebrauch. Das BMF teilte dem RH mit, es habe mangels Kenntnis der zu berichtigenden Beträge den Mangel in den Abschlussrechnungen des Bundes mit 31. März 2016 nicht beheben können. (Siehe **BRA 2015, Textteil Band 3: Ordnungsmäßigkeits- und Belegprüfung der Haushaltsverrechnung des Bundes für das Jahr 2015 gemäß § 9 RHG 1948, TZ 38)**.

licher Tätigkeit sowie die sonstigen Erträge im GB 22.01 „Bundesbeitrag und Partnerleistung, variabel“ hätten insbesondere Abrechnungen der Pensionsversicherungsanstalten von zu hoch geleisteten Vorschüssen auf den Bundesbeitrag und die Partnerleistungen aus dem Jahr 2013 beinhaltet, die im Jahr 2014 verrechnet worden seien. Der sonstige betriebliche Sachaufwand enthalte Abrechnungsreste aus Vorperioden aus Transferzahlungen.

B. Transferergebnis

Den Erträgen stand ein Transferaufwand (B.II) von 10,394 Mrd. EUR gegenüber, der für Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger (10,394 Mrd. EUR) entstand. Nach Angaben des BMASK handle es sich beim Transferaufwand für öffentliche Körperschaften und Rechtsträger um die Beitragszahlungen des Bundes an die Pensionsversicherungsanstalten. Gemäß § 80 Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG) zahle der Bund den Pensionsversicherungsanstalten für jedes Geschäftsjahr einen Beitrag in der Höhe des Betrages, um den die Aufwendungen der Anstalten ihre Erträge überstiegen. Zusätzlich übernähme der Bund für bestimmte Teilversicherte in der Pensionsversicherung eine Beitragsleistung.

Der Transferaufwand sollte erstmalig aufgrund der geänderten Buchungslogik einen periodenreinen Aufwand für Transfers an die Pensionsversicherungsanstalten beinhalten. Jedoch fehlen (wie zuvor in Punkt A. Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit beschrieben) aufgrund noch nicht erfolgter Abrechnungen für das Jahr 2015 etwaige Abrechnungsreste (oder -gutschriften).

E. Nettoergebnis versus Nettofinanzierungssaldo

Aufgrund unterschiedlicher Systematiken zwischen Ergebnis- und Finanzierungsrechnung kommt es notwendigerweise zwischen Nettoergebnis und Nettofinanzierungssaldo zu Abweichungen, die im Folgenden erläutert werden.

Der Nettofinanzierungssaldo aus der konsolidierten Finanzierungsrechnung entsprach mit – 10,136 Mrd. EUR dem Nettoergebnis aus der konsolidierten Ergebnisrechnung.

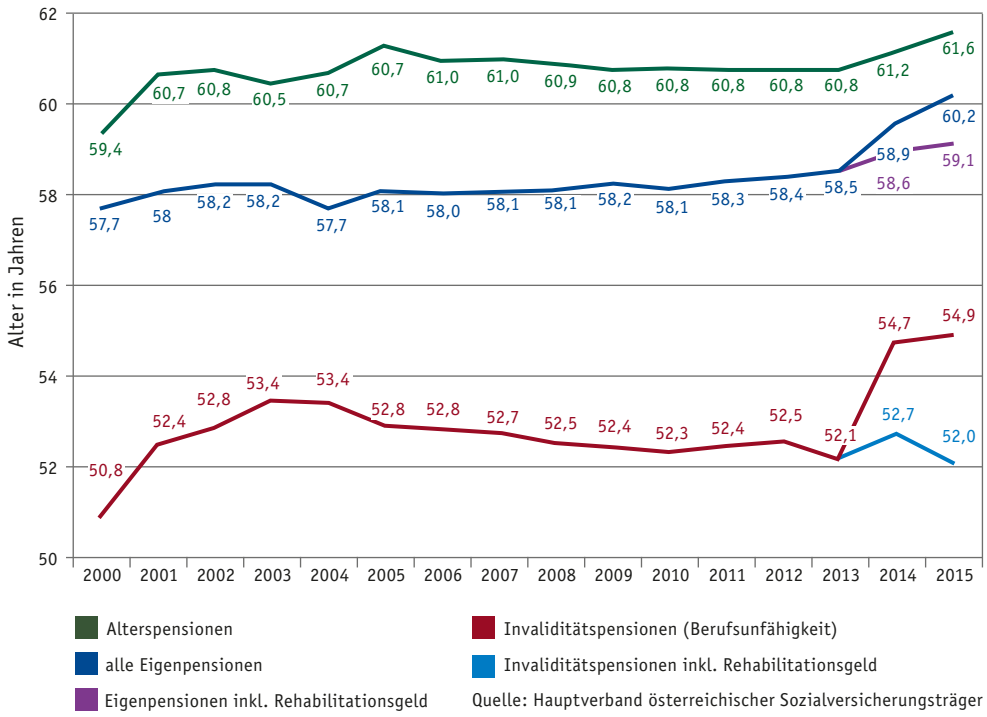
- Abweichungen beim betrieblichen Sachaufwand (A.IV): + 220,32 Mio. EUR Sonstiger betrieblicher Sachaufwand und
- Abweichungen beim Transferaufwand (B.II): – 220,32 Mio. EUR Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger.

Sowohl die Abweichungen beim betrieblichen Sachaufwand als auch beim Transferaufwand betrafen Periodenabgrenzungen aus den Abrechnungsresten des Bundes mit den Pensionsversicherungsanstalten aus den Vorjahren.

11.3 UG-spezifische Entwicklungen

Die nachfolgende Abbildung zeigt die Entwicklung des durchschnittlichen Pensionsantrittsalters seit dem Jahr 2000. In der Grafik ist die Entwicklung mit und ohne Berücksichtigung des Rehabilitationsgeldes gegenübergestellt, das mit 1. Jänner 2014 eingeführt wurde.

Abbildung 11.3-1: UG 22 – Entwicklung des Pensionsantrittsalters



Quelle: Hauptverband österreichischer Sozialversicherungsträger

Im Arbeitsprogramm der Österreichischen Bundesregierung 2013 – 2018[16] wird das Ziel angegeben, bis zum Jahr 2018 das faktische Pensionsalter von 58,4 Jahren im Jahr 2012 auf 60,1 Jahre im Jahr 2018 anzuheben. Im Jahr 2014 war ein leichter Anstieg des durchschnittlichen Pensionsantrittsalters zu sehen, der sich auch im Jahr 2015 weiter fortsetzte. Das durchschnittliche Pensionsantrittsalter (Eigenpensionen) erhöhte sich von 57,7 Jahren im Jahr 2000 auf 60,2 Jahre im Jahr 2015. Ein großer Teil dieses Anstiegs ist aller-

16 Siehe S.63

dings auf die Einführung des Rehabilitationsgeldes, das von den Krankenkassen administriert wird, zurückzuführen.[17] Ein Anspruch besteht, wenn

- Invalidität/Berufsunfähigkeit voraussichtlich im Ausmaß von mindestens sechs Monaten vorliegt und
- berufliche Maßnahmen der Rehabilitation nicht zweckmäßig oder nicht zumutbar sind.[18]

11.4 Voranschlagsvergleichsrechnungen

11.4.1 Ergebnishaushalt

Tabelle 11.4-1: UG 22 – Ergebnishaushalt 2015

Ergebnishaushalt

UG 22 Pensionsversicherung	Erfolg 2014	Voranschlag 2015	Erfolg 2015	Veränderung Erfolg 2014 : 2015		Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Erträge	251,93	37,90	38,08	– 213,85	– 84,9	+ 0,18	+ 0,5
Aufwendungen	10.548,89	10.680,00	10.173,98	– 374,92	– 3,6	– 506,02	– 4,7
Nettoergebnis	**– 10.296,96**	**– 10.642,10**	**– 10.135,90**	**+ 161,07**	**– 1,6**	**+ 506,20**	**– 4,8**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Erträge in der UG 22 „Pensionsversicherung“ 38,08 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 213,85 Mio. EUR (– 84,9 %) gesunken und gegenüber dem Voranschlag um 0,18 Mio. EUR (+ 0,5 %) angestiegen.

Die Aufwendungen des Jahres 2015 waren mit 10,174 Mrd. EUR um 374,92 Mio. EUR (– 3,6 %) niedriger als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Aufwendungen um 506,02 Mio. EUR (– 4,7 %) niedriger.

Das Nettoergebnis der UG 22 „Pensionsversicherung“ lag 2015 bei – 10,136 Mrd. EUR. Es war um 161,07 Mio. EUR besser und damit um 1,6 % niedriger als jenes für 2014 (– 10,297 Mrd. EUR) und um 506,20 Mio. EUR

17 Jene Personen, die sich für Rehabilitationsmaßnahmen qualifizieren, bekommen nunmehr von den Krankenkassen ein Rehabilitationsgeld ausbezahlt und bleiben somit (potentielle) Arbeitnehmer.

18 siehe Pensionsversicherungsanstalt: http://www.pensionsversicherung.at/portal27/portal/pvaportal/content/contentWindow?contentid=10007.707671&action=2.

besser und damit um 4,8 % niedriger als im Voranschlag (– 10,642 Mrd. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*grün und kursiv*) fassen die vom BMASK bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 22 „Pensionsversicherung" (Tabelle I.2.11.1)**.

Tabelle 11.4-2: Ergebnishaushalt, UG 22 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Ergebnishaushalt					
UG 22 Pensionsversicherung		**Voranschlag 2015**	**Erfolg 2015**	**Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015**	
		in Mio. EUR			in %
	Erträge	**37,90**	**38,08**	**+ 0,18**	**+ 0,5**
	Aufwendungen	**10.680,00**	**10.173,98**	**– 506,02**	**– 4,7**
	Nettoergebnis	**– 10.642,10**	**– 10.135,90**	**+ 506,20**	
GB 22.01	**Bundesbeitrag und Partnerleistung, variabel**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,01	–	– 0,01	– 100,0
	Erträge	**0,01**	**–**	**– 0,01**	**– 100,0**
	Transferaufwand	9.612,11	9.358,61	– 253,50	– 2,6
	Betrieblicher Sachaufwand	–	– 217,93	– 217,93	–
	Aufwendungen	**9.612,11**	**9.140,68**	**– 471,42**	**– 4,9**
GB 22.02	**Ausgleichszulagen, variabel**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,00	–	– 0,00	–
	Erträge	**0,00**	**–**	**– 0,00**	**–**
	Transferaufwand	1.018,67	990,31	– 28,37	– 2,8
	Betrieblicher Sachaufwand	–	– 0,57	– 0,57	–
	Aufwendungen	**1.018,67**	**989,74**	**– 28,93**	**– 2,8**
GB 22.03	**Sonstige Leistungen zur PV, variabel**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	37,89	38,08	+ 0,19	+ 0,5
	Erträge	**37,89**	**38,08**	**+ 0,19**	**+ 0,5**
	Transferaufwand	49,22	45,38	– 3,84	– 7,8
	Betrieblicher Sachaufwand	–	– 1,83	– 1,83	–
	Aufwendungen	**49,22**	**43,55**	**– 5,67**	**– 11,5**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Minderaufwendungen im GB 22.01 „Bundesbeitrag und Partnerleistung, variabel"

– 253,50 Mio. EUR in der MVAG „Transferaufwand"

Minderaufwendungen beim Bundesbeitrag zur Pensionsversicherungsanstalt (– 239,94 Mio. EUR) durch einen niedrigeren Pensionsaufwand infolge einer sinkenden Anzahl an Pensionen sowie durch Mehrüberweisungen vom AMS für Teilversicherte infolge der steigenden Zahl an Arbeitslosen; Minderaufwendungen beim Bundesbeitrag zur Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (– 14,43 Mio. EUR) sowie beim Bundesbeitrag zur Sozialversicherungsanstalt der Bauern (– 14,83 Mio. EUR).

Diese Minderaufwendungen wurden teilweise durch Mehraufwendungen bei der Partnerleistung zur Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (+ 15,30 Mio. EUR) kompensiert.

– 217,93 Mio. EUR in der MVAG „Betrieblicher Sachaufwand"

Minderaufwendungen: Der betriebliche Sachaufwand enthält Ergebnisse aus Vorperioden aus Transferzahlungen, weil diese nicht periodengerecht abgegrenzt werden können, da die Abrechnungen der Pensionsversicherungsträger nicht termingerecht vorgelegt werden können. Er setzt sich aus folgenden Abrechnungsresten aus dem Jahr 2014, die sich aus den geleisteten Vorschüssen des Bundes und dem tatsächlichen Bedarf aus den endgültigen Erfolgsrechnungen ergeben, zusammen:[19]

Forderungen an die Pensionsversicherungsanstalt (– 190,54 Mio. EUR),

Forderungen an die Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft - Bundesbeitrag (– 51,08 Mio. EUR).

Verbindlichkeiten gegenüber der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft - Partnerleistung (+ 14,55 Mio. EUR),

Verbindlichkeiten gegenüber der Sozialversicherungsanstalt der Bauern - Bundesbeitrag (+ 8,82 Mio. EUR).

19 siehe **BRA 2015, Textteil Band 3: Ordnungsmäßigkeits- und Belegprüfung der Haushaltsverrechnung des Bundes für das Jahr 2015 gemäß § 9 RHG 1948, TZ 38.**

Minderaufwendungen im GB 22.02 „Ausgleichszulagen, variabel"

– 28,37 Mio. EUR in der MVAG „Transferaufwand"

Minderaufwendungen für Ausgleichszulagen (Pensionsversicherungsanstalt: – 22,32 Mio. EUR; Sozialversicherungsanstalt der Bauern: – 8,29 Mio. EUR) durch eine geringere Zahl an Beziehern und eine niedrigere durchschnittliche Ausgleichszulage.

11.4.2 Finanzierungshaushalt

Tabelle 11.4-3: UG 22 – Finanzierungshaushalt 2015

Finanzierungshaushalt							
UG 22 Pensionsversicherung	**Zahlungen 2014**	**Voranschlag 2015**	**Zahlungen 2015**	**Veränderung Zahlungen 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015**	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Einzahlungen	183,00	37,90	38,08	– 144,92	– 79,2	+ 0,18	+ 0,5
Auszahlungen	10.402,76	10.680,00	10.173,98	– 228,79	– 2,2	– 506,02	– 4,7
Nettofinanzierungssaldo	**– 10.219,76**	**– 10.642,10**	**– 10.135,90**	**+ 83,87**	**– 0,8**	**+ 506,20**	**– 4,8**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Einzahlungen in der UG 22 „Pensionsversicherung" 38,08 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 144,92 Mio. EUR (– 79,2 %) gesunken und gegenüber dem Voranschlag um 0,18 Mio. EUR (+ 0,5 %) angestiegen.

Die Auszahlungen des Jahres 2015 waren mit 10,174 Mrd. EUR um 228,79 Mio. EUR (– 2,2 %) niedriger als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Auszahlungen um 506,02 Mio. EUR (– 4,7 %) niedriger.

Der Nettofinanzierungssaldo der UG 22 „Pensionsversicherung" lag 2015 bei – 10,136 Mrd. EUR. Er war um 83,87 Mio. EUR besser und damit um 0,8 % niedriger als jener für 2014 (– 10,220 Mrd. EUR) bzw. um 506,20 Mio. EUR besser und damit um 4,8 % niedriger als im Voranschlag (– 10,642 Mrd. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*blau und kursiv*) fassen die vom BMASK bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen.

Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 22 „Pensionsversicherung" (Tabelle I.2.8.1)**.

Tabelle 11.4-4: Finanzierungshaushalt, UG 22 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Finanzierungshaushalt					
UG 22 Pensionsversicherung		**Voranschlag 2015**	**Zahlungen 2015**	**Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015**	
		in Mio. EUR			in %
	Einzahlungen	**37,90**	**38,08**	**+ 0,18**	**+ 0,5**
	Auszahlungen	**10.680,00**	**10.173,98**	**– 506,02**	**– 4,7**
	Nettofinanzierungssaldo	**– 10.642,10**	**– 10.135,90**	**+ 506,20**	
GB 22.01	**Bundesbeitrag und Partnerleistung, variabel**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,01	–	– 0,01	– 100,0
	Einzahlungen	**0,01**	**–**	**– 0,01**	**– 100,0**
	Auszahlungen aus Transfers	9.612,11	9.140,68	– 471,42	– 4,9
	Auszahlungen	**9.612,11**	**9.140,68**	**– 471,42**	**– 4,9**
GB 22.02	**Ausgleichszulagen, variabel**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,00	–	– 0,00	– 100,0
	Einzahlungen	**0,00**	**–**	**– 0,00**	**– 100,0**
	Auszahlungen aus Transfers	1.018,67	989,74	– 28,93	– 2,8
	Auszahlungen	**1.018,67**	**989,74**	**– 28,93**	**– 2,8**
GB 22.03	**Sonstige Leistungen zur PV, variabel**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	37,89	38,08	+ 0,19	+ 0,5
	Einzahlungen	**37,89**	**38,08**	**+ 0,19**	**+ 0,5**
	Auszahlungen aus Transfers	49,22	43,55	– 5,67	– 11,5
	Auszahlungen	**49,22**	**43,55**	**– 5,67**	**– 11,5**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Minderauszahlungen im GB 22.01 „Bundesbeitrag und Partnerleistung, variabel"

– 471,42 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus Transfers"

Minderauszahlungen beim Bundesbeitrag zur Pensionsversicherungsanstalt (– 430,48 Mio. EUR) durch einen niedrigeren Pensionsaufwand infolge einer sinkenden Anzahl an Pensionen sowie durch Mehrüberweisungen vom AMS für Teilversicherte infolge der steigenden Zahl an Arbeitslosen; Minderauszahlungen beim Bundesbeitrag zur Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (– 65,52 Mio. EUR) durch die Verrech-

nung des Abrechnungsrestes 2014, der sich aus den geleisteten Vorschüssen des Bundes und dem tatsächlichen Bedarf aus der endgültigen Erfolgsrechnung ergibt, sowie durch höhere Beitragseinnahmen; weitere Minderauszahlungen entstanden beim Bundesbeitrag zur Sozialversicherungsanstalt der Bauern (– 6,01 Mio. EUR).

Diese Minderauszahlungen wurden teilweise durch Mehrauszahlungen bei der Partnerleistung zur Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (+ 29,85 Mio. EUR) infolge höherer Beitragseinnahmen sowie durch die Verrechnung des Abrechnungsrestes 2014 kompensiert.

Minderauszahlungen im GB 22.02 „Ausgleichszulagen, variabel"

– 28,93 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus Transfers"

Minderauszahlungen für Ausgleichszulagen (Pensionsversicherungsanstalt: – 23,37 Mio. EUR; Sozialversicherungsanstalt der Bauern: – 7,94 Mio. EUR) durch eine geringere Zahl an Beziehern und eine niedrigere durchschnittliche Ausgleichszulage.

11.4.3 Haushaltsrücklagen

Der Stand der Rücklagen in der UG 22 „Pensionsversicherung" belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 0,00 Mio. EUR und blieb im Vergleich zum 31. Dezember 2015 unverändert.

11.5 Finanzrahmen

Ausgehend von den tatsächlichen Auszahlungen 2015 stellen sich die Auszahlungsobergrenzen für die UG 22 „Pensionsversicherung" gemäß BFRG für die Finanzjahre 2016 bis 2020 wie folgt dar:

Tabelle 11.5–1: UG 22 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020

Finanzierungshaushalt									
UG 22 Pensionsversicherung	**Auszahlungen (Ist)**	**Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG**					**Veränderung**		
	2015	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**	**2020**	**2015 (Ist) : 2020**		**durchschnittlich jährlich**
	in Mio. EUR							in %	
	10.173,98	**10.772,40**	**11.279,80**	**11.850,00**	**12.514,00**	**13.258,30**	**+ 3.084,32**	**+ 30,3**	**+ 5,4**
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze gesamt	*74.589,49*	*78.107,49*	*78.202,70*	*78.814,08*	*80.408,66*	*83.038,37*	*+ 8.448,88*	*+ 11,3*	*+ 2,2*
Anteil der UG 22	13,6 %	13,8 %	14,4 %	15,0 %	15,6 %	16,0 %	+ 2,3 %-Punkte		–
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze Rubrik 2	*38.119,06*	*39.508,75*	*40.660,13*	*41.839,49*	*43.309,95*	*44.834,52*	*+ 6.715,45*	*+ 17,6*	*+ 3,3*
Anteil der UG 22	26,7 %	27,3 %	27,7 %	28,3 %	28,9 %	29,6 %	+ 2,9 %-Punkte		–

Quellen: HIS, BFRG 2016 - 2019, 2017 - 2020, eigene Berechnung

Bis zum Jahr 2020 soll die Auszahlungsobergrenze für die UG 22 „Pensionsversicherung“ um + 3,084 Mrd. EUR (+ 30,3 %) auf 13,258 Mrd. EUR ansteigen. Dies entspricht einer Veränderungsrate gegenüber den tatsächlichen Auszahlungen 2015 von + 5,4 % im Jahresdurchschnitt. Im Jahr 2015 betrug der Anteil der UG 22 „Pensionsversicherung“ an den Gesamtauszahlungen 13,6 % und an den Auszahlungen der Rubrik 2 26,7 %. Der Anteil der UG 22 an der Gesamt–Auszahlungsobergrenze soll sich bis 2020 auf 16,0 % erhöhen bzw. soll er innerhalb der Rubrik 2 auf 29,6 % ansteigen.

Laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 gebe es insbesondere folgende laufende bzw. geplante Maßnahmen und Reformen zur Zielerreichung:

- Jährliche Erhöhung der Pensionen und der Ausgleichszulagenrichtsätze in der Höhe des Anstiegs des Verbraucherpreisindex zur Kaufkrafterhaltung und Sicherung des Lebensstandards;
- Maßnahmen zur Reintegration vor der Pension mit dem Ziel eines längeren Verbleibs im Erwerbsleben (verbesserte Kooperation der beteiligten Institutionen, Schwerpunkte auf Frühintervention im Fall eines Krankenstandes, Verbreiterung der beruflichen Rehabilitation, Wiedereingliederung nach langem Krankenstand, Verbesserung der Rehabilitationsabläufe, neue und qualitative Methoden der Rehabilitation);

- Erhöhung des Ausgleichszulagenrichtsatzes auf 1.000 EUR für Alleinstehende mit 30 Beitragsjahren zur Vermeidung von Altersarmut;

- Erhöhung des faktischen Pensionsantrittsalters und der Beschäftigungsquoten der 55- bis 64-Jährigen nach festgelegten Pfaden bis 2018;

- Durchführung einer vertiefenden Gender Analyse.

Folgende Steuerungs- und Korrekturmaßnahmen zur Einhaltung der Auszahlungsobergrenzen seien laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 erforderlich:

- Änderung bei der Langzeitversichertenregelung mit 1. Jänner 2014: Anhebung des Pensionsantrittsalters bei den Männern von 60 auf 62 Jahre (jenes der Frauen von 55 auf 57 Jahre und schrittweise steigend auf 62 Jahre) sowie Einführung von Abschlägen von der Pension pro Jahr des Pensionsantrittes vor dem Regelpensionsalter;

- Stabilitätsgesetz 2012: Anhebung der Anspruchsvoraussetzungen für die Korridorpension mit 62 Jahren von 37,5 auf 40 Versicherungsjahre schrittweise bis 2017 für alle ab dem 1. Jänner 1955 geborenen Personen und Erhöhung des Abschlags pro Jahr des Pensionsantritts vor dem Realpensionsalter von 4,2 % auf 5,1 %;

- Umsetzung der im Programm der Bundesregierung festgelegten Pfade zur Erhöhung des faktischen Pensionsantrittsalters sowie der Beschäftigungsquoten der 55- bis 64-Jährigen;

- Umsetzung der Maßnahmen auf Basis der Zielsetzung „Reintegration vor Pension“ sowie Schaffung von Anreizen zu einem längeren Verbleib im Erwerbsleben.

Die im BFRG 2017 bis 2020 vorgesehenen Auszahlungsobergrenzen für die Jahre 2017 bis 2019 wurden gegenüber dem bisher geltenden BFRG 2016 bis 2019 um insgesamt – 6,2 % bzw. um durchschnittlich – 779,84 Mio. EUR pro Jahr vermindert. Laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 sei dies auf einen Minderbedarf aufgrund eines allgemein geringeren Pensionsaufwandes infolge der Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters, einer positiven Entwicklung bei den Beitragseinnahmen und niedrigeren Pensionsanpassungen aufgrund gesunkener Inflationsraten zurückzuführen.

Im Folgenden wird ein Überblick über die Entwicklung der tatsächlichen Auszahlungen und der Auszahlungsobergrenzen von 2011 bis 2015 bzw. ein Vergleich der Auszahlungen zu den Auszahlungsobergrenzen des derzeit geltenden BFRG 2017 bis 2020 gegeben:

Tabelle 11.5–2: UG 22 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015

Finanzierungshaushalt									
UG 22 Pensionsversicherung	**BFRG bzw. Zahlungen**					**Veränderung**			
	2011	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	**2014 : 2015**		**2011 : 2015**	
	in Mio. EUR					in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Auszahlungsobergrenze UG 22	9.109,00	10.024,00	9.966,20	10.194,00	10.680,00	+ 486,00	+ 4,8	+ 1.571,00	+ 17,2
Auszahlungen UG 22	9.113,77	9.795,31	9.793,09	10.402,76	10.173,98	– 228,79	– 2,2	+ 1.060,20	+ 11,6
Abweichung Auszahlungen : Obergrenze	**+ 4,77**	**– 228,69**	**– 173,11**	**+ 208,76**	**– 506,02**				
Abweichung in %	**+ 0,1 %**	**– 2,3 %**	**– 1,7 %**	**+ 2,0 %**	**– 4,7 %**				

Quellen: HIS, BFRG 2011 - 2014, 2012 - 2015, 2013 - 2016, 2014 - 2017, 2015 - 2018, eigene Berechnung

Während ursprünglich zwischen 2011 und 2015 eine Erhöhung der Auszahlungsobergrenze gemäß BFRG um insgesamt + 1,571 Mrd. EUR (+ 17,2 %) vorgesehen war, erhöhten sich die Auszahlungen zwischen 2011 und 2015 tatsächlich um + 1,060 Mrd. EUR (+ 11,6 %). Im Jahr 2015 lagen die tatsächlichen Auszahlungen um - 506,02 Mio. EUR (– 4,7 %) unter jenen, die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen waren.

Tabelle 11.5–3: UG 22 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG

Finanzierungshaushalt						
UG 22 Pensionsversicherung	**Auszahlungen (Ist)**		**durchschnittliche jährliche Veränderung**	**BFRG**	**durchschnittliche jährliche Veränderung**	**Differenz der Veränderungsraten[1)]**
	2011	**2015**	**2011 : 2015**	**2020**	**2015 (Ist) : 2020 (BFRG)**	
	in Mio. EUR		in %	in Mio. EUR	in %	in %-Punkten
	9.113,77	**10.173,98**	**+ 2,8**	**13.258,30**	**+ 5,4**	**+ 2,6**
variabel	*9.113,77*	*10.173,98*	*+ 2,8*	*13.258,30*	*+ 5,4*	*+ 2,6*

1) Rundungsdifferenz möglich

Quellen: HIS, BFRG 2017 - 2020, eigene Berechnung

Die durchschnittliche jährliche Veränderung der Auszahlungen belief sich von 2011 bis 2015 auf + 2,8 %. Laut mittelfristiger Finanzplanung bis 2020 soll sie + 5,4 % betragen und somit um 2,6 Prozentpunkte stärker steigen als im Zeitraum 2011 bis 2015.

Die effiziente Aufgabenwahrnehmung im Bereich der UG 22 „Pensionsversicherung“ sollte aus Sicht des RH durch quantifizierte strukturelle Steuerungs- und Korrekturmaßnahmen unterstützt werden.

In diesem Zusammenhang weist der RH auf folgenden im Jahr 2015 dem Nationalrat vorgelegten Bericht hin:

- Gewährung von Ausgleichszulagen in der Pensionsversicherung (Reihe Bund 2015/9)

Darin stellte der RH fest, dass trotz zahlreicher Änderungen von Rahmenbedingungen eine Strategie über die künftige Weiterentwicklung der Ausgleichszulage, die mit einem Gebarungsvolumen von rd. 1 Mrd. EUR im Jahr 2012 die bedeutendste einkommensabhängige Geldleistung im Sozialsystem Österreichs war, fehlte. Wesentliche Elemente der Steuerung waren nicht vorhanden. Die im Verhältnis zu anderen bedarfsorientierten Geldleistungen (Bedarfsorientierte Mindestsicherung, Notstandshilfe, Leistungen nach dem Kriegsopferversorgungsgesetz) anders ausgestalteten Regelungen – z.B. bei der Einkommensanrechnung – führten zu vermehrtem Verwaltungsaufwand und schwer nachvollziehbaren Differenzierungen. Die wirkungsorientierte Steuerung war im Hinblick auf die unterschiedlichen Auswirkungen der Ausgleichszulage in wesentlichen Dimensionen (Geschlechterverhältnis, Berufsgruppen, Bezieher inländischer und ausländischer Pensionen) noch nicht ausreichend aussagekräftig.

12 UG 23 „PENSIONEN - BEAMTINNEN UND BEAMTE“

UG 23 Pensionen - Beamtinnen und Beamte - BMF	
zentrale Budgetbereiche	Hoheitsverwaltung Ruhe- und Versorgungsgenüsse inkl. SV
	ÖBB Ruhe- und Versorgungsgenüsse inkl. SV
	Landeslehrer Ruhe- und Versorgungsgenüsse inkl. SV
	Post Ruhe- und Versorgungsgenüsse inkl. SV
	Ausgegliederte Institutionen Ruhe- und Versorgungsgenüsse inkl. SV
	Hoheitsverwaltung Pflegegeld

Quelle: HIS

12.1 Vermögensrechnung

Tabelle 12.1–1: UG 23 – Vermögensrechnung[1)]

Vermögensrechnung						
UG 23 Pensionen - Beamtinnen und Beamte		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
A + B	**Vermögen**	**1.966,22**	**863,95**	**– 1.102,27**	**– 56,1**	**100,0**
A	Langfristiges Vermögen	0,63	0,97	+ 0,34	+ 53,2	0,1
A.V	Langfristige Forderungen	0,63	0,97	+ 0,34	+ 53,2	0,1
B	Kurzfristiges Vermögen	1.965,59	862,98	– 1.102,61	– 56,1	99,9
B.II	Kurzfristige Forderungen	1.965,77	862,98	– 1.102,78	– 56,1	99,9
B.II.03	aus Lieferungen und Leistungen	– 18,06	0,00	+ 18,06	– 100,0	0,0
	GB 23.04 Landeslehrer	– 18,06	0,00	+ 18,06	– 100,0	0,0
B.II.06	Sonstige kurzfristige Forderungen (nv)	1.983,81	862,96	– 1.120,85	– 56,5	99,9
	GB 23.01 Hoheitsverwaltung und ausgegliederte Institutionen	583,97	590,75	+ 6,77	+ 1,2	68,4
	Aktive Rechnungsabgrenzung	570,26	580,46	+ 10,19	+ 1,8	67,2
	GB 23.02 Post	75,77	75,61	– 0,16	– 0,2	8,8
	Aktive Rechnungsabgrenzung	73,61	73,42	– 0,19	– 0,3	8,5
	GB 23.03 ÖBB	823,86	111,65	– 712,21	– 86,4	12,9
	Aktive Rechnungsabgrenzung	823,86	111,65	– 712,21	– 86,4	12,9
	GB 23.04 Landeslehrer	500,21	84,96	– 415,25	– 83,0	9,8
	Aktive Rechnungsabgrenzung	499,32	84,12	– 415,19	– 83,2	9,7
B.IV	Liquide Mittel	– 0,18	0,00	+ 0,18	– 100,0	0,0
C	**Nettovermögen (Ausgleichsposten)**	**162,72**	**167,63**	**+ 4,91**	**+ 3,0**	
C.IV	Jährliches Nettoergebnis (inkl. "Personal, das für Dritte leistet")	– 6.688,11	– 6.711,60	– 23,49	+ 0,4	
	GB 23.01 Hoheitsverwaltung und ausgegliederte Institutionen	– 2.713,04	– 2.733,04	– 20,00	+ 0,7	
	GB 23.02 Post	– 999,10	– 1.000,13	– 1,04	+ 0,1	
	GB 23.03 ÖBB	– 1.690,82	– 1.675,39	+ 15,43	– 0,9	
	GB 23.04 Landeslehrer	– 1.285,16	– 1.303,05	– 17,88	+ 1,4	
C.V	Saldo aus der jährl. Eröffnungsbilanz	107,56	164,30	+ 56,74	+ 52,8	
C.VI	Bundesfinanzierung	6.743,27	6.714,93	– 28,34	– 0,4	

Vermögensrechnung

UG 23 Pensionen - Beamtinnen und Beamte		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
D + E	**Fremdmittel**	**1.803,51**	**696,32**	**– 1.107,18**	**– 61,4**	**100,0**
E	Kurzfristige Fremdmittel	1.803,51	696,32	– 1.107,18	– 61,4	100,0
E.II	Kurzfristige Verbindlichkeiten	1.803,51	696,32	– 1.107,18	– 61,4	100,0
E.II.01	aus Lieferungen und Leistungen	47,12	0,00	– 47,12	– 100,0	0,0
	GB 23.02 Post	16,97	0,17	– 16,81	– 99,0	0,0
	GB 23.03 ÖBB	30,31	0,00	– 30,31	– 100,0	0,0
E.II.06	Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	1.775,95	715,31	– 1.060,64	– 59,7	102,7
	GB 23.01 Hoheitsverwaltung und ausgegliederte Institutionen	414,26	568,65	+ 154,39	+ 37,3	81,7
	Passive Rechnungsabgrenzungen	407,87	563,75	+ 155,88	+ 38,2	81,0
	GB 23.02 Post	94,56	25,86	– 68,70	– 72,7	3,7
	Passive Rechnungsabgrenzungen	93,71	24,97	– 68,74	– 73,4	3,6
	GB 23.03 ÖBB	794,88	58,18	– 736,70	– 92,7	8,4
	Passive Rechnungsabgrenzungen	794,83	58,12	– 736,71	– 92,7	8,3
	GB 23.04 Landeslehrer	472,25	62,62	– 409,63	– 86,7	9,0
	Passive Rechnungsabgrenzungen	436,19	62,06	– 374,12	– 85,8	8,9
	Übrige sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	36,06	0,56	– 35,51	– 98,5	0,1

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Vermögensrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 betrug in der UG 23 „Pensionen - Beamtinnen und Beamte" 863,95 Mio. EUR und sank gegenüber 31. Dezember 2014 um – 1,102 Mrd. EUR (– 56,1 %). Der Anteil des kurzfristigen Vermögens betrug 99,9 % und der des langfristigen Vermögens 0,1 %. Dem Vermögen standen Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 von 696,32 Mio. EUR gegenüber, die im Vergleich zum 31. Dezember 2014 um – 1,107 Mrd. EUR (– 61,4 %) zurückgingen. Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 waren zu 100,0 % kurzfristig. Nachdem das Vermögen die Fremdmittel überstieg, ergab sich ein Nettovermögen (Ausgleichsposten) zum 31. Dezember 2015 von 167,63 Mio. EUR (+ 4,91 Mio. EUR bzw. + 3,0 % gegenüber 31. Dezember 2014).

A. und B. Vermögen

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 (863,95 Mio. EUR) setzte sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- B.II Kurzfristige Forderungen: 862,96 Mio. EUR (99,9 %), für Sonstige kurzfristige Forderungen (nicht veranschlagt) (Aktive Rechnungsabgrenzungen: 849,65 Mio. EUR).

Der Rückgang des Vermögens gegenüber 31. Dezember 2014 von – 1,102 Mrd. EUR (– 56,1 %) resultiere laut Angaben des BMF insbesondere aus Veränderungen bei Kurzfristigen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (B.II.03) von 18,06 Mio. EUR (100,0 %), Sonstigen kurzfristigen Forderungen (nicht veranschlagt) (B.II.06) von – 1,121 Mrd. EUR (– 56,5 %), davon Aktive Rechnungsabgrenzungen – 1,117 Mrd. EUR. Nach Angaben des BMF resultiere der Anstieg der kurzfristigen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen im GB 23.04 „Landeslehrer“ (+ 18,06 Mio. EUR) aus Einzahlungen der Dienstgeberbeiträge der Landeslehrer. Im Gegensatz zum Jahr 2014 sei die Buchung der Dienstgeberbeiträge 2015 bereits im Dezember 2015 (die Buchung der Dienstgeberbeiträge 2014 erfolgte im Jänner 2015) durchgeführt worden. Der Rückgang der sonstigen kurzfristigen Forderungen (nicht veranschlagt) sei auf Veränderungen in der Aktiven Rechnungsabgrenzung insbesondere im GB 23.02 „ÖBB“ und im GB 23.04 „Landeslehrer“ zurückzuführen. Hier sei im Jahr 2013 eine Rechnungsabgrenzung für Pensionen sowie eine Rechnungsabgrenzung für die Lohnsteuer erfolgt, welche im Jahr 2015 wieder ausgebucht worden seien.

D. und E. Fremdmittel

Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 (696,32 Mio. EUR) setzten sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- E.II Kurzfristige Verbindlichkeiten: 696,32 Mio. EUR (100,0 %), darunter 715,31 Mio. EUR für Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten (Passive Rechnungsabgrenzungen: 708,90 Mio. EUR).

Der Rückgang der Fremdmittel gegenüber 31. Dezember 2014 von – 1,107 Mrd. EUR (– 61,4 %) war insbesondere auf Veränderungen bei Kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (E.II.01) von – 47,12 Mio. EUR (– 100,0 %), Sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten (E.II.06) von – 1,061 Mrd. EUR (– 59,7 %), davon Passive Rechnungsabgrenzungen von – 1,024 Mrd. EUR, zurückzuführen. Nach Angaben des BMF sei der Rückgang bei kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen im GB 23.02 „Post“ und im GB 23.03 „ÖBB“auf offene Kreditorenrechungen und Debitoren Ersatzschulden zurückzuführen. Der Rückgang der sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten sei auf Veränderungen in der Passiven Rechnungsabgrenzung insbesondere in den GB 23.02 „ÖBB“ und GB 23.04 „Landeslehrer“ zurückzuführen. Hier erfolgten im Jahr 2013 eine Rechnungsabgrenzung für Pensionen sowie eine Rechnungsabgrenzung für die Lohnsteuer welche im Jahr 2015 wieder ausgebucht worden seien.

12.2 Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung

Tabelle 12.2-1: UG 23 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung[1)]

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 23 Pensionen - Beamtinnen und Beamte		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
A	**Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (= A.I + A.II – A.III – A.IV)**	**+ 0,68**	**– 0,04**	**– 0,72**	**– 106,1**	**+ 1,12**	**+ 0,31**	**– 0,81**	**– 72,3**	**+ 0,35**
A.II	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1,33	0,53	– 0,80	– 60,3	1,33	0,53	– 0,80	– 60,3	+ 0,00
A.IV	Betrieblicher Sachaufwand	0,66	0,57	– 0,09	– 13,1	0,21	0,22	+ 0,01	+ 2,7	– 0,35
B	**Transferergebnis (= B.I – B.II)**	**– 6.688,79**	**– 6.711,56**	**– 22,77**	**+ 0,3**	**– 6.744,25**	**– 6.716,11**	**+ 28,14**	**– 0,4**	**– 4,55**
B.I	Erträge aus Transfers	2.247,68	2.290,10	+ 42,42	+ 1,9	2.254,48	2.295,04	+ 40,56	+ 1,8	+ 4,94
B.I.01	Erträge aus Transfers von öffentlichen Körperschaften und Rechtsträgern	101,68	108,25	+ 6,57	+ 6,5	101,58	108,24	+ 6,66	+ 6,6	– 0,01
	GB 23.01 Hoheitsverwaltung und ausgegliederte Institutionen	101,66	108,23	+ 6,57	+ 6,5	101,56	108,21	+ 6,65	+ 6,5	– 0,02
B.I.03	Erträge aus Transfers von Unternehmen	554,38	561,43	+ 7,05	+ 1,3	555,62	561,40	+ 5,78	+ 1,0	– 0,03
	GB 23.02 Post	209,02	206,67	– 2,35	– 1,1	208,77	206,65	– 2,12	– 1,0	– 0,01
	GB 23.03 ÖBB	327,92	337,42	+ 9,49	+ 2,9	328,07	337,67	+ 9,60	+ 2,9	+ 0,25
B.I.04	Erträge aus Transfers von privaten Haushalten und gemeinnützigen Einrichtungen	284,39	284,03	– 0,36	– 0,1	284,14	283,87	– 0,27	– 0,1	– 0,15
	GB 23.01 Hoheitsverwaltung und ausgegliederte Institutionen	106,87	107,86	+ 0,99	+ 0,9	106,96	107,79	+ 0,83	+ 0,8	– 0,07
	GB 23.03 ÖBB	94,25	93,44	– 0,81	– 0,9	94,10	93,43	– 0,67	– 0,7	– 0,01
B.I.05	Erträge aus Transfers innerhalb des Bundes	770,05	789,80	+ 19,75	+ 2,6	771,54	792,41	+ 20,87	+ 2,7	+ 2,60
	GB 23.01 Hoheitsverwaltung und ausgegliederte Institutionen	529,85	545,77	+ 15,91	+ 3,0	531,24	546,85	+ 15,60	+ 2,9	+ 1,08
	GB 23.04 Landeslehrer	240,19	244,03	+ 3,84	+ 1,6	240,29	245,56	+ 5,27	+ 2,2	+ 1,53
B.I.06	Erträge aus Sozialbeiträgen	537,18	546,59	+ 9,41	+ 1,8	541,61	549,13	+ 7,52	+ 1,4	+ 2,54
	GB 23.01 Hoheitsverwaltung und ausgegliederte Institutionen	537,13	546,59	+ 9,46	+ 1,8	541,55	549,12	+ 7,57	+ 1,4	+ 2,54
B.II	Transferaufwand	8.936,47	9.001,66	+ 65,19	+ 0,7	8.998,73	9.011,15	+ 12,42	+ 0,1	+ 9,49
B.II.01	Aufwand für Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger	1.557,05	1.577,69	+ 20,64	+ 1,3	1.614,65	1.585,21	– 29,43	– 1,8	+ 7,52
	GB 23.04 Landeslehrer	1.551,81	1.572,58	+ 20,77	+ 1,3	1.609,47	1.580,25	– 29,23	– 1,8	+ 7,66
B.II.03	Aufwand für Transfers an Unternehmen	3.052,21	3.044,30	– 7,91	– 0,3	3.051,47	3.044,28	– 7,19	– 0,2	– 0,02
	GB 23.02 Post	1.121,39	1.119,64	– 1,75	– 0,2	1.120,77	1.121,67	+ 0,90	+ 0,1	+ 2,04
	GB 23.03 ÖBB	1.930,82	1.924,67	– 6,16	– 0,3	1.930,70	1.922,61	– 8,09	– 0,4	– 2,06

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 23 Pensionen - Beamtinnen und Beamte		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
B.II.05	Transfers an private Haushalte	4.327,03	4.379,06	+ 52,04	+ 1,2	4.332,62	4.381,10	+ 48,49	+ 1,1	+ 2,04
	GB 23.01 Hoheitsverwaltung und ausgegliederte Institutionen	4.004,52	4.056,21	+ 51,70	+ 1,3	4.009,74	4.058,09	+ 48,35	+ 1,2	+ 1,87
	GB 23.02 Post	119,39	119,39	– 0,00	– 0,0	119,58	119,44	– 0,14	– 0,1	+ 0,05
	GB 23.03 ÖBB	180,44	180,05	– 0,39	– 0,2	180,44	180,05	– 0,39	– 0,2	0,00
C	**Ergebnis aus d. operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers (= A + B)**	**– 6.688,11**	**– 6.711,60**	**– 23,49**	**+ 0,4**	**– 6.743,13**	**– 6.715,80**	**+ 27,33**	**– 0,4**	**– 4,20**
C*	**Geldfluss aus empfangenen s. gewährten Darlehen und Vorschüssen**					**+ 0,02**	**+ 0,01**	**– 0,01**	**– 28,2**	**+ 0,01**
E	**Nettoergebnis (ER: C + D) / Nettofinanzierungssaldo (FR: C + D + C* + D*)**	**– 6.688,11**	**– 6.711,60**	**– 23,49**	**+ 0,4**	**– 6.743,11**	**– 6.715,78**	**+ 27,32**	**– 0,4**	**– 4,18**
	davon Erträge/ Einzahlungen	2.249,01	2.290,63	+ 41,62	+ 1,9	2.255,84	2.295,60	+ 39,76	+ 1,8	+ 4,97
	davon Aufwendungen/ Auszahlungen	8.937,12	9.002,23	+ 65,11	+ 0,7	8.998,95	9.011,38	+ 12,43	+ 0,1	+ 9,15
	davon Aufwand aus Vorperioden	0,00		– 0,00	– 100,0				–	0,00
	um Vorperioden bereinigtes Nettoergebnis	**– 6.688,11**	**– 6.711,60**	**– 23,49**	**+ 0,4**	**– 6.743,11**	**– 6.715,78**	**+ 27,32**	**– 0,4**	**– 4,18**

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Ergebnis- und Finanzierungsrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

In der UG 23 „Pensionen - Beamtinnen und Beamte“ betrug das Nettoergebnis 2015 (E) der konsolidierten Ergebnisrechnung – 6,712 Mrd. EUR. Es setzte sich zusammen aus

- dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) von – 0,04 Mio. EUR (– 0,72 Mio. EUR gegenüber 2014) und
- dem Transferergebnis (B) von – 6,712 Mrd. EUR (– 22,77 Mio. EUR gegenüber 2014).

Die Erträge in der UG 23 machten 2,291 Mrd. EUR

- darunter 0,53 Mio. EUR aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II), 2,290 Mrd. EUR aus Transfers (B.I),

und die Aufwendungen 9,002 Mrd. EUR aus,

- darunter 0,57 Mio. EUR aus betrieblichem Sachaufwand (A.IV), 9,002 Mrd. EUR aus Transferaufwand (B.II).

Das Nettoergebnis 2015 verschlechterte sich um 23,49 Mio. EUR bzw. um 0,4 % gegenüber 2014.

B. Transferergebnis

Die Erträge aus Transfers (B.I) betrugen 2,290 Mrd. EUR. Den Erträgen stand ein Transferaufwand (B.II) von 9,002 Mrd. EUR gegenüber.

- Wesentliche Positionen der Erträge aus Transfers (B.I) waren Transfers von öffentlichen Körperschaften und Rechtsträgern (108,25 Mio. EUR), Transfers von Unternehmen (561,43 Mio. EUR), Transfers von privaten Haushalten und gemeinnützigen Einrichtungen (284,03 Mio. EUR), Transfers innerhalb des Bundes (789,80 Mio. EUR) und Erträge aus Sozialbeiträgen (546,59 Mio. EUR).

- Der Transferaufwand entstand insbesondere für Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger (1,578 Mrd. EUR), Transfers an Unternehmen (3,044 Mrd. EUR) und Transfers an private Haushalte (4,379 Mrd. EUR).

Nach Angaben des BMF würden die Transfererträge vor allem die Pensionsbeiträge beinhalten, die Pensionsvorschussersätze und die Überweisungen von den Pensionsträgern für die pensionierten Beamten der Hoheitsverwaltung des Bundes, der Österreichischen Post AG, der Telekom Austria AG und der Österreichischen Postbus AG. Der Transferaufwand stamme von Pensionen und Dienstgeberbeiträgen zur Krankenversicherung für die pensionierten Beamten der Hoheitsverwaltung des Bundes, der Österreichischen Post AG, der Telekom Austria AG, der Österreichischen Postbus AG und der ÖBB. Außerdem beinhalte der Transferaufwand die Ersatzleistungen des Bundes an die Länder für die Pensionsausgaben der Landeslehrer.

Das Transferergebnis 2015 verschlechterte sich um 22,77 Mio. EUR bzw. um 0,3 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten bei

- den Erträgen aus Transfers (B.I) von + 42,42 Mio. EUR: darunter Transfers innerhalb des Bundes (+ 19,75 Mio. EUR),

– dem Transferaufwand (B.II) von + 65,19 Mio. EUR: darunter Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger (+ 20,64 Mio. EUR) und Transfers an private Haushalte (+ 52,04 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMF seien die gestiegenen Transfererträge innerhalb des Bundes vor allem im GB 23.01 „Hoheitsverwaltung und ausgegliederte Institutionen“ auf Mehrerträge bei den Dienstgeberbeiträgen der Beamten aufgrund der Entwicklung im Personalstand zurückzuführen. Die erhöhten Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger im GB 23.04 „Landeslehrer“ seien auf Mehraufwendungen bei den Ersätzen für die Pensionen der Landeslehrer zurückzuführen. Der Stand an Leisungsbeziehern sei zwar zurückgegangen, die durchschnittliche Ersatzleistung pro Anspruchsberechtigtem sei jedoch höher gewesen. Die höheren Transfers an private Haushalte im GB 23.01 „Hoheitsverwaltung und ausgegliederte Institutionen“ seien auf Mehraufwendungen bei Ruhebezügen und Versorgungsbezügen sowie beim Pflegegeld zurückzuführen.

E. Nettoergebnis versus Nettofinanzierungssaldo

Aufgrund unterschiedlicher Systematiken zwischen Ergebnis- und Finanzierungsrechnung kommt es notwendigerweise zwischen Nettoergebnis und Nettofinanzierungssaldo zu Abweichungen, die im Folgenden erläutert werden.

Der Nettofinanzierungssaldo aus der konsolidierten Finanzierungsrechnung fiel mit – 6,716 Mrd. EUR um – 4,18 Mio. EUR ungünstiger aus als das Nettoergebnis aus der konsolidierten Ergebnisrechnung (– 6,712 Mrd. EUR).

Weitere Unterschiede zwischen dem Nettofinanzierungssaldo und dem Nettoergebnis beruhten auf Abweichungen zwischen dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) (+ 0,35 Mio. EUR) und dem Transferergebnis (B) (– 4,55 Mio. EUR) vom korrespondierenden Geldfluss.

Die Auszahlungen im Finanzierungshaushalt lagen vor allem aufgrund von Periodenabgrenzungen über den Aufwendungen. Die Periodenabgrenzungen betrafen großteils die Ersätze für Pensionen der Landeslehrer.

12.3 Voranschlagsvergleichsrechnungen

12.3.1 Ergebnishaushalt

Tabelle 12.3-1: UG 23 – Ergebnishaushalt 2015

Ergebnishaushalt							
UG 23 Pensionen - Beamtinnen und Beamte	**Erfolg 2014**	**Voranschlag 2015**	**Erfolg 2015**	**Veränderung Erfolg 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015**	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Erträge	2.249,01	2.299,91	2.290,63	+ 41,62	+ 1,9	– 9,28	– 0,4
Aufwendungen	8.937,12	9.277,97	9.002,23	+ 65,11	+ 0,7	– 275,74	– 3,0
Nettoergebnis	**– 6.688,11**	**– 6.978,07**	**– 6.711,60**	**– 23,49**	**+ 0,4**	**+ 266,46**	**– 3,8**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Erträge in der UG 23 „Pensionen - Beamtinnen und Beamte“ 2,291 Mrd. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 41,62 Mio. EUR (+ 1,9 %) angestiegen und gegenüber dem Voranschlag um 9,28 Mio. EUR (– 0,4 %) gesunken.

Die Aufwendungen des Jahres 2015 waren mit 9,002 Mrd. EUR um 65,11 Mio. EUR (+ 0,7 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Aufwendungen um 275,74 Mio. EUR (– 3,0 %) niedriger.

Das Nettoergebnis der UG 23 „Pensionen - Beamtinnen und Beamte“ lag 2015 bei – 6,712 Mrd. EUR. Es war um 23,49 Mio. EUR schlechter und damit um 0,4 % höher als jenes für 2014 (– 6,688 Mrd. EUR) und um 266,46 Mio. EUR besser und damit um 3,8 % niedriger als im Voranschlag (– 6,978 Mrd. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*grün und kursiv*) fassen die vom BMF bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 23 „Pensionen - Beamtinnen und Beamte“ (Tabelle I.2.11.1)**.

Tabelle 12.3-2: Ergebnishaushalt, UG 23 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Ergebnishaushalt					
UG 23 Pensionen - Beamtinnen und Beamte		Voranschlag 2015	Erfolg 2015	Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015	
		in Mio. EUR			in %
	Erträge	**2.299,91**	**2.290,63**	**– 9,28**	**– 0,4**
	Aufwendungen	**9.277,97**	**9.002,23**	**– 275,74**	**– 3,0**
	Nettoergebnis	**– 6.978,07**	**– 6.711,60**	**+ 266,46**	
GB 23.01	**Hoheitsverwaltung und ausgegliederte Institutionen**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1.339,87	1.326,32	– 13,55	– 1,0
	Erträge	**1.339,87**	**1.326,32**	**– 13,55**	**– 1,0**
	Transferaufwand	4.204,11	4.058,93	– 145,19	– 3,5
	Betrieblicher Sachaufwand	1,33	0,43	– 0,90	– 67,9
	Aufwendungen	**4.205,44**	**4.059,35**	**– 146,09**	**– 3,5**
GB 23.02	**Post**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	245,04	240,46	– 4,58	– 1,9
	Erträge	**245,04**	**240,46**	**– 4,58**	**– 1,9**
	Transferaufwand	1.285,56	1.240,50	– 45,06	– 3,5
	Betrieblicher Sachaufwand	0,15	0,10	– 0,04	– 30,6
	Aufwendungen	**1.285,70**	**1.240,60**	**– 45,10**	**– 3,5**
GB 23.03	**ÖBB**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	400,27	430,86	+ 30,59	+ 7,6
	Erträge	**400,27**	**430,86**	**+ 30,59**	**+ 7,6**
	Transferaufwand	2.132,46	2.106,25	– 26,21	– 1,2
	Betrieblicher Sachaufwand	0,00	0,00	– 0,00	– 82,5
	Aufwendungen	**2.132,46**	**2.106,25**	**– 26,21**	**– 1,2**
GB 23.04	**Landeslehrer**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	314,73	292,98	– 21,74	– 6,9
	Erträge	**314,73**	**292,98**	**– 21,74**	**– 6,9**
	Transferaufwand	1.654,33	1.595,99	– 58,34	– 3,5
	Betrieblicher Sachaufwand	0,04	0,04	+ 0,00	+ 1,5
	Aufwendungen	**1.654,37**	**1.596,03**	**– 58,34**	**– 3,5**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mindererträge im GB 23.01 „Hoheitsverwaltung und ausgegliederte Institutionen"

– 13,55 Mio. EUR in der MVAG „Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mindererträge bei den Besonderen Pensionsbeiträgen durch den geringeren Nachkauf von Schul– und Studienzeiten.

Minderaufwendungen im GB 23.01 „Hoheitsverwaltung und ausgegliederte Institutionen"

– 145,19 Mio. EUR in der MVAG „Transferaufwand"

Minderaufwendungen bei den Ruhebezügen der Beamten der Hoheitsverwaltung (– 163,66 Mio. EUR) durch einen geringeren Stand an Leistungsbeziehern und eine geringere Höhe des durchschnittlichen Ruhebezuges.

Diese Minderaufwendungen wurden teilweise durch Mehraufwendungen bei den Ruhebezügen der Beamten der ausgegliederten Institutionen (+ 24,28 Mio. EUR) durch einen höheren Stand an Leistungsbeziehern und eine höhere Durchschnittsleistung kompensiert.

Minderaufwendungen im GB 23.02 „Post"

– 45,06 Mio. EUR in der MVAG „Transferaufwand"

Minderaufwendungen bei den Pensionen (– 37,92 Mio. EUR) und bei den Dienstgeber- und Dienstnehmerbeiträgen zur Krankenversicherung (– 6,71 Mio. EUR) durch einen geringeren Stand an Leistungsbeziehern und eine geringere Höhe der durchschnittlichen Pensionsleistung.

Mehrerträge im GB 23.03 „ÖBB"

+ 30,59 Mio. EUR in der MVAG „Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mehrerträge beim Deckungsbeitrag zum Pensionsaufwand (+ 16,87 Mio. EUR) und bei den Pensionssicherungsbeiträgen der aktiven ÖBB-Bediensteten (+ 15,36 Mio. EUR) durch die Entwicklung im Personalstand.

Minderaufwendungen im GB 23.03 „ÖBB"

– 26,21 Mio. EUR in der MVAG „Transferaufwand"

Minderaufwendungen bei den Pensionen (– 22,67 Mio. EUR) und bei den Dienstnehmerbeiträgen zur Krankenversicherung (– 2,29 Mio. EUR). Obwohl der Stand der Leistungsbezieher angestiegen war, war die durchschnittliche

Pensionsleistung geringer als angenommen. Weitere Minderaufwendungen entstanden beim Pflegegeld (– 1,49 Mio. EUR).

Mindererträge im GB 23.04 „Landeslehrer"

– 21,74 Mio. EUR in der MVAG „Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mindererträge bei den Dienstgeberbeiträgen der Beamten (– 14,55 Mio. EUR) und bei den Pensionssicherungsbeiträgen der Landeslehrer gemäß § 107a LDG (– 7,19 Mio. EUR). Die Dienstgeberbeiträge sind von den jeweiligen Dienstbehörden zu leisten. Die Berechnung für 2015 erfolgte auf Basis des Erfolgs 2014 und führte zu einer zu hohen Veranschlagung.

Minderaufwendungen im GB 23.04 „Landeslehrer"

– 58,34 Mio. EUR in der MVAG „Transferaufwand"

Minderaufwendungen bei den Ersätzen für Pensionen der Landeslehrer durch einen geringeren Stand an Leistungsbeziehern: Wien (– 10,78 Mio. EUR), Niederösterreich (– 4,85 Mio. EUR), Burgenland (– 7,43 Mio. EUR), Oberösterreich (– 6,97 Mio. EUR), Salzburg (– 3,23 Mio. EUR), Steiermark (– 8,90 Mio. EUR), Kärnten (– 8,78 Mio. EUR), Tirol (– 6,59 Mio. EUR) und Vorarlberg (– 1,59 Mio. EUR).

12.3.2 Finanzierungshaushalt

Tabelle 12.3-3: UG 23 – Finanzierungshaushalt 2015

Finanzierungshaushalt							
UG 23 Pensionen - Beamtinnen und Beamte	**Zahlungen 2014**	**Voranschlag 2015**	**Zahlungen 2015**	**Veränderung Zahlungen 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015**	
	in Mio. EUR			in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Einzahlungen	2.255,84	2.302,44	2.295,60	+ 39,76	+ 1,8	– 6,85	– 0,3
Auszahlungen	8.998,95	9.288,38	9.011,38	+ 12,43	+ 0,1	– 277,00	– 3,0
Nettofinanzierungssaldo	**– 6.743,11**	**– 6.985,94**	**– 6.715,78**	**+ 27,32**	**– 0,4**	**+ 270,15**	**– 3,9**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Einzahlungen in der UG 23 „Pensionen - Beamtinnen und Beamte" 2,296 Mrd. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um

39,76 Mio. EUR (+ 1,8 %) angestiegen und gegenüber dem Voranschlag um 6,85 Mio. EUR (– 0,3 %) gesunken.

Die Auszahlungen des Jahres 2015 waren mit 9,011 Mrd. EUR um 12,43 Mio. EUR (+ 0,1 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Auszahlungen um 277,00 Mio. EUR (– 3,0 %) niedriger.

Der Nettofinanzierungssaldo der UG 23 „Pensionen - Beamtinnen und Beamte“ lag 2015 bei – 6,716 Mrd. EUR. Er war um 27,32 Mio. EUR besser und damit um 0,4 % niedriger als jener für 2014 (– 6,743 Mrd. EUR) bzw. um 270,15 Mio. EUR besser und damit um 3,9 % niedriger als im Voranschlag (– 6,986 Mrd. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*blau und kursiv*) fassen die vom BMF bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 23 „Pensionen - Beamtinnen und Beamte“ (Tabelle I.2.8.1)**.

Tabelle 12.3-4: Finanzierungshaushalt, UG 23 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Finanzierungshaushalt					
UG 23 Pensionen - Beamtinnen und Beamte		Voranschlag 2015	Zahlungen 2015	Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015	
		in Mio. EUR			in %
	Einzahlungen	**2.302,44**	**2.295,60**	**– 6,85**	**– 0,3**
	Auszahlungen	**9.288,38**	**9.011,38**	**– 277,00**	**– 3,0**
	Nettofinanzierungssaldo	**– 6.985,94**	**– 6.715,78**	**+ 270,15**	
GB 23.01	**Hoheitsverwaltung und ausgegliederte Institutionen**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1.342,14	1.329,58	– 12,57	– 0,9
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,01	0,01	+ 0,00	+ 13,5
	Einzahlungen	**1.342,16**	**1.329,59**	**– 12,56**	**– 0,9**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1,04	0,22	– 0,82	– 78,9
	Auszahlungen aus Transfers	4.217,73	4.060,75	– 156,98	– 3,7
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,03	0,01	– 0,01	– 45,0
	Auszahlungen	**4.218,79**	**4.060,98**	**– 157,81**	**– 3,7**
GB 23.02	**Post**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	245,05	240,42	– 4,63	– 1,9
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,02	0,01	– 0,01	– 38,1
	Einzahlungen	**245,07**	**240,43**	**– 4,64**	**– 1,9**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,07	–	– 0,07	– 100,0
	Auszahlungen aus Transfers	1.279,03	1.242,58	– 36,45	– 2,8
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,02	–	– 0,02	– 100,0
	Auszahlungen	**1.279,12**	**1.242,58**	**– 36,53**	**– 2,9**
GB 23.03	**ÖBB**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	400,06	431,10	+ 31,04	+ 7,8
	Einzahlungen	**400,06**	**431,10**	**+ 31,04**	**+ 7,8**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,00	0,00	– 0,00	– 82,6
	Auszahlungen aus Transfers	2.130,94	2.104,05	– 26,89	– 1,3
	Auszahlungen	**2.130,94**	**2.104,05**	**– 26,89**	**– 1,3**
GB 23.04	**Landeslehrer**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	315,16	294,48	– 20,68	– 6,6
	Einzahlungen	**315,16**	**294,48**	**– 20,68**	**– 6,6**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,00	0,00	– 0,00	– 82,6
	Auszahlungen aus Transfers	1.659,52	1.603,77	– 55,76	– 3,4
	Auszahlungen	**1.659,52**	**1.603,77**	**– 55,76**	**– 3,4**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mindereinzahlungen im GB 23.01 „Hoheitsverwaltung und ausgegliederte Institutionen"

– 12,57 Mio. EUR in der MVAG „Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mindereinzahlungen bei den Dienstgeberbeiträgen der Beamten (– 9,36 Mio. EUR) und bei den Besonderen Pensionsbeiträgen (– 5,06 Mio. EUR) durch die Entwicklung im Personalstand und durch den geringeren Nachkauf von Schul– und Studienzeiten.

Minderauszahlungen im GB 23.01 „Hoheitsverwaltung und ausgegliederte Institutionen"

– 156,98 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus Transfers"

Minderauszahlungen bei den Ruhebezügen der Beamten der Hoheitsverwaltung (– 174,24 Mio. EUR) durch einen geringeren Stand an Leistungsbeziehern und eine geringere Höhe des durchschnittlichen Ruhebezuges.

Diese Minderauszahlungen wurden teilweise durch Mehrauszahlungen bei den Ruhebezügen der Beamten der ausgegliederten Institutionen (+ 23,88 Mio. EUR) durch einen höheren Stand an Leistungsbeziehern und eine höhere Durchschnittsleistung kompensiert.

Minderauszahlungen im GB 23.02 „Post"

– 36,45 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus Transfers"

Minderauszahlungen bei den Pensionen durch einen geringeren Stand an Leistungsbeziehern und eine geringere Höhe der durchschnittlichen Pensionsleistung.

Mehreinzahlungen im GB 23.03 „ÖBB"

+ 31,04 Mio. EUR in der MVAG „Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mehreinzahlungen beim Deckungsbeitrag zum Pensionsaufwand (+ 17,08 Mio. EUR) und bei den Pensionssicherungsbeiträgen der aktiven

ÖBB-Bediensteten (+ 15,56 Mio. EUR) durch die Entwicklung im Personalstand.

Minderauszahlungen im GB 23.03 „ÖBB"

– 26,89 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus Transfers"

Minderauszahlungen bei den Pensionen (– 19,33 Mio. EUR) und bei den Dienstnehmerbeiträgen (– 2,29 Mio. EUR). Obwohl der Stand der Leistungsbezieher angestiegen war, war die durchschnittliche Pensionsleistung geringer als angenommen. Weitere Minderauszahlungen entstanden beim Pflegegeld (– 5,36 Mio. EUR).

Mindereinzahlungen im GB 23.04 „Landeslehrer"

– 20,68 Mio. EUR in der MVAG „Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mindereinzahlungen bei den Dienstgeberbeiträgen der Beamten (– 13,03 Mio. EUR) und bei den Pensionssicherungsbeiträgen der Landeslehrer gemäß § 107a LDG (– 7,65 Mio. EUR). Die Dienstgeberbeiträge sind von den jeweiligen Dienstbehörden zu leisten. Die Berechnung für 2015 erfolgte auf Basis des Erfolgs 2014 und führte zu einer zu hohen Veranschlagung.

Minderauszahlungen im GB 23.04 „Landeslehrer"

– 55,76 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus Transfers"

Minderauszahlungen bei den Ersätzen für Pensionen der Landeslehrer durch einen geringeren Stand an Leistungsbeziehern: Wien (– 7,38 Mio. EUR), Niederösterreich (– 4,95 Mio. EUR), Burgenland (– 7,83 Mio. EUR), Oberösterreich (– 7,81 Mio. EUR), Salzburg (– 2,98 Mio. EUR), Steiermark (– 8,93 Mio. EUR), Kärnten (– 8,79 Mio. EUR), Tirol (– 6,15 Mio. EUR) und Vorarlberg (– 1,69 Mio. EUR).

12.3.3 Haushaltsrücklagen

Tabelle 12.3-5: UG 23 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015

Finanzierungshaushalt								
UG 23 Pensionen - Beamtinnen und Beamte	**Anfangs-bestand**	**Umbuchung**	**Entnahme**	**Auflösung**	**Zuführung**	**Endbestand**	**Veränderung 2014 : 2015**	
	in Mio. EUR							in %
Detailbudgetrücklagen	160,37	–	–	–	+ 295,24	455,61	+ 295,24	+ 184,1
Gesamtsumme	**160,37**	**–**	**–**	**–**	**+ 295,24**	**455,61**	**+ 295,24**	**+ 184,1**

Quellen: Rücklagengebarung, eigene Berechnung

Der Stand der Rücklagen in der UG 23 „Pensionen - Beamtinnen und Beamte“ belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 160,37 Mio. EUR und veränderte sich durch Zuführungen (295,24 Mio. EUR) auf 455,61 Mio. EUR zum 31. Dezember 2015. Im Verhältnis zu den veranschlagten Auszahlungen (9,288 Mrd. EUR) entsprach der Stand zum 31. Dezember 2015 einem Anteil von 4,9 %. Im BFG 2015 war für die UG 23 keine Rücklagenverwendung veranschlagt.

12.4 Finanzrahmen

Ausgehend von den tatsächlichen Auszahlungen 2015 stellen sich die Auszahlungsobergrenzen für die UG 23 „Pensionen - Beamtinnen und Beamte“ gemäß BFRG für die Finanzjahre 2016 bis 2020 wie folgt dar:

Tabelle 12.4–1: UG 23 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020

Finanzierungshaushalt									
UG 23 Pensionen - Beamtinnen und Beamte	**Auszahlungen (Ist)**	**Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG**					**Veränderung**		
	2015	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**	**2020**	**2015 (Ist) : 2020**		**durch-schnittlich jährlich**
	in Mio. EUR							in %	
	9.011,38	**9.099,33**	**9.520,65**	**9.702,97**	**10.104,00**	**10.414,89**	**+ 1.403,51**	**+ 15,6**	**+ 2,9**
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze gesamt	*74.589,49*	*78.107,49*	*78.202,70*	*78.814,08*	*80.408,66*	*83.038,37*	*+ 8.448,88*	*+ 11,3*	*+ 2,2*
Anteil der UG 23	12,1 %	11,6 %	12,2 %	12,3 %	12,6 %	12,5 %	+ 0,5 %-Punkte		–
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze Rubrik 2	*38.119,06*	*39.508,75*	*40.660,13*	*41.839,49*	*43.309,95*	*44.834,52*	*+ 6.715,45*	*+ 17,6*	*+ 3,3*
Anteil der UG 23	23,6 %	23,0 %	23,4 %	23,2 %	23,3 %	23,2 %	– 0,4 %-Punkte		–

Quellen: HIS, BFRG 2016 - 2019, 2017 - 2020, eigene Berechnung

Bis zum Jahr 2020 soll die Auszahlungsobergrenze für die UG 23 „Pensionen - Beamtinnen und Beamte“ um + 1,404 Mrd. EUR (+ 15,6 %) auf 10,415 Mrd. EUR ansteigen. Dies entspricht einer Veränderungsrate gegenüber den tatsächlichen Auszahlungen 2015 von + 2,9 % im Jahresdurchschnitt. Im Jahr 2015 betrug der Anteil der UG 23 „Pensionen - Beamtinnen und Beamte“ an den Gesamtauszahlungen 12,1 % und an den Auszahlungen der Rubrik 2 23,6 %. Der Anteil der UG 23 an der Gesamt–Auszahlungsobergrenze soll sich bis 2020 auf 12,5 % erhöhen bzw. soll er innerhalb der Rubrik 2 auf 23,2 % sinken.

Folgende im Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 angeführte laufende bzw. geplante Maßnahmen und Reformen seien besonders wichtig für die budgetäre Zielerreichung:

- Grundlegende Veränderungen aufgrund der Pensionsreformen der Jahre 2000, 2003 und 2004 in der Ermittlung der Leistungshöhe und den Zugangsmöglichkeiten zur Pension; einheitliches Pensionsrecht für alle Erwerbstätigen mit der Pensionsharmonisierung ab 1. Jänner 2005, auch für jene im öffentlichen Dienst; Adaptionen im Beamtenpensionsrecht und Verankerung von Reformmaßnahmen, wie höhere Abschläge und die Erhöhung der Anspruchsvoraussetzungen bei der Korridorpension spiegelgleich im Beamtenpensionsrecht;

- Pensionsanpassung für das Jahr 2016 von 1,2 %;

- Anwendung des Allgemeinen Pensionsgesetzes für ab 1. Jänner 1976 geborene Beamtinnen und Beamte;

- zusätzlicher Konsolidierungsbeitrag für Reduktion von Frühpensionierungen bei den ÖBB;

- die Anhebung des Beitragssatzes von 7 % auf 22,8 % für Überweisungsbeiträge gemäß § 308 - § 311 ASVG, BGBI. I Nr. 18/2016, soll Mehreinzahlungen von 52,00 Mio. EUR pro Jahr bringen.

Im Zusammenhang mit erforderlichen Steuerungs– und Korrekturmaßnahmen zur Einhaltung der Auszahlungsobergrenzen wird im Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 auf die fehlende materielle Steuerungskompetenz des BMF verwiesen. Das BMF könne daher keine Korrekturmaßnahmen zur Einhaltung der Obergrenzen setzen. Wenn die gesetzlichen Voraussetzungen zur Versetzung in den Ruhestand erfüllt seien und die jeweilige Dienstbehörde in den Ruhestand versetzt, seien die Ruhebezüge auszuzahlen. Daher sei eine umsichtige, vorausschauende und auf validen

Daten aufbauende Planung der Auszahlungsobergrenzen das wesentlichste Element, um Überschreitungen zu vermeiden.

Die im BFRG 2017 bis 2020 vorgesehenen Auszahlungsobergrenzen für die Jahre 2017 bis 2019 wurden gegenüber dem bisher geltenden BFRG 2016 bis 2019 um insgesamt – 4,1 % bzw. um durchschnittlich – 415,96 Mio. EUR pro Jahr vermindert. Laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 sei das BFRG auf Basis neuer Einschätzungen betreffend Pensionsstand und Pensionshöhe adaptiert und an den Erfolg 2015 angepasst worden. Wesentlichste gesetzliche Neuerung sei die Anhebung des Beitragssatzes von 7 % auf 22,8 % für Überweisungsbeiträge gemäß § 308 - § 311 ASVG, BGBI. I Nr. 18/2016 gewesen.

Im Folgenden wird ein Überblick über die Entwicklung der tatsächlichen Auszahlungen und der Auszahlungsobergrenzen von 2011 bis 2015 bzw. ein Vergleich der Auszahlungen zu den Auszahlungsobergrenzen des derzeit geltenden BFRG 2017 bis 2020 gegeben:

Tabelle 12.4–2: UG 23 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015

Finanzierungshaushalt

UG 23 Pensionen - Beamtinnen und Beamte	BFRG bzw. Zahlungen					Veränderung			
	2011	2012	2013	2014	2015	2014 : 2015		2011 : 2015	
	in Mio. EUR					in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Auszahlungsobergrenze UG 23	7.870,90	9.017,26	8.693,87	8.921,61	9.288,38	+ 366,77	+ 4,1	+ 1.417,48	+ 18,0
Auszahlungen UG 23	8.007,56	8.917,86	8.611,06	8.998,95	9.011,38	+ 12,43	+ 0,1	+ 1.003,83	+ 12,5
Abweichung Auszahlungen : Obergrenze	**+ 136,66**	**– 99,40**	**– 82,80**	**+ 77,34**	**– 277,00**				
Abweichung in %	**+ 1,7 %**	**– 1,1 %**	**– 1,0 %**	**+ 0,9 %**	**– 3,0 %**				

Quellen: HIS, BFRG 2011 - 2014, 2012 - 2015, 2013 - 2016, 2014 - 2017, 2015 - 2018, eigene Berechnung

Während ursprünglich zwischen 2011 und 2015 eine Erhöhung der Auszahlungsobergrenze gemäß BFRG um insgesamt + 1,417 Mrd. EUR (+ 18,0 %) vorgesehen war, erhöhten sich die Auszahlungen zwischen 2011 und 2015 tatsächlich um + 1,004 Mrd. EUR (+ 12,5 %). Im Jahr 2015 lagen die tatsächlichen Auszahlungen um - 277,00 Mio. EUR (– 3,0 %) unter jenen, die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen waren.

Tabelle 12.4–3: UG 23 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG

Finanzierungshaushalt						
UG 23 Pensionen - Beamtinnen und Beamte	Auszahlungen (Ist)		durchschnittliche jährliche Veränderung	BFRG	durchschnittliche jährliche Veränderung	Differenz der Veränderungsraten[1]
	2011	2015	2011 : 2015	2020	2015 (Ist) : 2020 (BFRG)	
	in Mio. EUR		in %	in Mio. EUR	in %	in %-Punkten
	8.007,56	9.011,38	+ 3,0	10.414,89	+ 2,9	– 0,1

1) Rundungsdifferenz möglich

Quellen: HIS, BFRG 2017 - 2020, eigene Berechnung

Die durchschnittliche jährliche Veränderung der Auszahlungen belief sich von 2011 bis 2015 auf + 3,0 %. Laut mittelfristiger Finanzplanung bis 2020 soll sie + 2,9 % betragen und somit um 0,1 Prozentpunkte geringer steigen als im Zeitraum 2011 bis 2015.

In diesem Zusammenhang weist der RH auf folgende im Jahr 2015 dem Nationalrat vorgelegte Berichte hin:

- Pensionsrecht der Bediensteten der ÖBB (Reihe Bund 2015/4)

Der RH zeigte auf, dass die Umsetzung seiner Empfehlungen ein Einsparungspotenzial von insgesamt rd. 920 Mio. EUR im Zeitraum 2015 bis 2050 beinhaltete. Diese Empfehlungen betrafen Abschläge bei vorzeitiger Ruhestandsversetzung, die Harmonisierung der Geltungsdauer des Verlustdeckels sowie die Festsetzung der jährlich steigenden pauschalierten Nebengebührenzulage und des sinkenden Pensionssicherungsbeitrags auf die Werte des Jahres 2014.

- Wirkungen rechtlicher und personalwirtschaftlicher Maßnahmen auf das Pensionsantrittsalter in ausgewählten Ressorts (Reihe Bund 2015/2)

Der RH stellte fest, dass im öffentlichen Dienst im Jahr 2011 lediglich 1 % der Frauen und 3 % der Männer die Alterspension – das ist der Übertritt in den Ruhestand im gesetzlichen Pensionsantrittsalter von 65 Jahren – in Anspruch nahmen. Die Pensionsausgaben betrugen allein im Jahr 2012 für die Beamten in den überprüften Ressorts (BMI, BMJ und BMASK), die vor Erreichen des Regelpensionsalters in den Ruhestand versetzt wurden, 142,87 Mio. EUR. Dies entsprach 3,78 % der Pensionsausgaben für Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes.

13 UG 24 „GESUNDHEIT“

UG 24 Gesundheit - BMG	
zentrale Budgetbereiche	Krankenanstaltenfinanzierung nach dem KAKuG[1)], variabel
	Leistungen an Sozialversicherungen
	Beteiligungen und Überweisungen (AGES[2)] und GÖG[3)])
	Abgeltung des Mehraufwandes durch FLAF[4)]-Zahlungen
	Gesundheitsförderung, -prävention und Maßnahmen gegen Suchtmittelmissbrauch

1) Krankenanstalten- und Kuranstaltengesetz

2) Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH

3) Gesundheit Österreich GmbH

4) Familienlastenausgleichsfonds

Quelle: HIS

13.1 Vermögensrechnung

Tabelle 13.1–1: UG 24 – Vermögensrechnung[1)]

Vermögensrechnung						
UG 24 Gesundheit		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
A + B	**Vermögen**	**12,57**	**13,48**	**+ 0,91**	**+ 7,2**	**100,0**
A	Langfristiges Vermögen	10,83	11,18	+ 0,35	+ 3,2	82,9
A.II	Sachanlagen	1,00	1,30	+ 0,30	+ 30,1	9,6
A.IV	Beteiligungen	9,74	9,74	0,00	0,0	72,3
A.V	Langfristige Forderungen	0,09	0,14	+ 0,05	+ 54,7	1,0
B	Kurzfristiges Vermögen	1,74	2,30	+ 0,56	+ 32,3	17,1
B.II	Kurzfristige Forderungen	1,74	2,30	+ 0,56	+ 32,3	17,1
B.IV	Liquide Mittel	0,00	0,00	– 0,00	– 4,7	0,0
C	**Nettovermögen (Ausgleichsposten)**	**– 0,09**	**– 81,94**	**– 81,85**	**–**	
C.IV	Jährliches Nettoergebnis (inkl. "Personal, das für Dritte leistet")	– 908,39	– 996,46	– 88,07	+ 9,7	
	GB 24.01 Steuerung und Services	– 108,48	– 114,80	– 6,32	+ 5,8	
	GB 24.02 Gesundheitssystemfinanzierung	– 772,85	– 851,63	– 78,78	+ 10,2	
	GB 24.03 Gesundheitsvorsorge u. Verbrauchergesundheit	– 27,06	– 30,03	– 2,97	+ 11,0	
C.V	Saldo aus der jährl. Eröffnungsbilanz	0,72	– 0,12	– 0,84	– 116,7	
C.VI	Bundesfinanzierung	907,59	914,64	+ 7,06	+ 0,8	
D + E	**Fremdmittel**	**12,65**	**95,42**	**+ 82,76**	**+ 654,1**	**100,0**
D	Langfristige Fremdmittel	6,02	6,02	– 0,00	– 0,0	6,3
D.II	Langfristige Verbindlichkeiten	0,13	0,13	0,00	0,0	0,1
D.III	Langfristige Rückstellungen	5,89	5,89	– 0,00	– 0,0	6,2

Vermögensrechnung

UG 24 Gesundheit		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
E	Kurzfristige Fremdmittel	6,63	89,40	+ 82,77	–	93,7
E.II	Kurzfristige Verbindlichkeiten	3,44	86,68	+ 83,24	–	90,8
E.II.06	Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	2,55	84,81	+ 82,27	–	88,9
	GB 24.02 Gesundheitssystemfinanzierung	0,00	81,99	+ 81,99	–	85,9
	Passive Rechnungsabgrenzungen	0,00	15,28	+ 15,28	–	16,0
	Übrige sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	0,00	66,71	+ 66,71	–	69,9
E.III	Kurzfristige Rückstellungen	3,20	2,72	– 0,48	– 14,9	2,8

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Vermögensrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 betrug in der UG 24 „Gesundheit" 13,48 Mio. EUR und stieg gegenüber 31. Dezember 2014 um + 0,91 Mio. EUR (+ 7,2 %) an. Der Anteil des kurzfristigen Vermögens betrug 17,1 % und der des langfristigen Vermögens 82,9 %. Dem Vermögen standen Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 von 95,42 Mio. EUR gegenüber, die im Vergleich zum 31. Dezember 2014 um + 82,76 Mio. EUR (+ 654,1 %) anwuchsen. Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 waren zu 93,7 % kurzfristig und zu 6,3 % langfristig. Nachdem die Fremdmittel das Vermögen überstiegen, ergab sich ein Nettovermögen (Ausgleichsposten) zum 31. Dezember 2015 von – 81,94 Mio. EUR (– 81,85 Mio. EUR gegenüber 31. Dezember 2014).

D. und E. Fremdmittel

Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 (95,42 Mio. EUR) setzten sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- E.II Kurzfristige Verbindlichkeiten: 86,68 Mio. EUR (90,8 %), davon 84,81 Mio. EUR für Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten.

Der Anstieg der Fremdmittel gegenüber 31. Dezember 2014 von + 82,76 Mio. EUR (+ 654,1 %) war insbesondere auf Veränderungen bei Sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten (E.II.06) von + 82,27 Mio. EUR, davon Passive Rechnungsabgrenzungen + 15,28 Mio. EUR, zurückzuführen. Nach Angaben des BMG seien im GB 24.02 „Gesundheitssystemfinanzierung" durch eine Umstellung der Periodenzuordnung die vorläufige Jahresabrechnung 2015 und die 4. Quartalszahlung für das Jahr 2015 aufwandsmäßig dem Jahr 2015 zugerechnet worden. In der Vermögensrechnung seien diese Zahlungen als kurzfristige Verbindlichkeiten ausgewiesen.

13.2 Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung

Tabelle 13.2-1: UG 24 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung[1)]

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 24 Gesundheit		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
A	**Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (= A.I + A.II – A.III – A.IV)**	**– 77,74**	**– 155,99**	**– 78,24**	**+ 100,6**	**– 76,28**	**– 86,80**	**– 10,52**	**+ 13,8**	**+ 69,19**
A.II	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	12,16	12,47	+ 0,31	+ 2,6	12,17	11,59	– 0,58	– 4,8	– 0,88
A.III	Personalaufwand	38,28	38,25	– 0,03	– 0,1	37,77	37,91	+ 0,14	+ 0,4	– 0,34
A.IV	Betrieblicher Sachaufwand	51,62	130,21	+ 78,59	+ 152,2	50,69	60,48	+ 9,79	+ 19,3	– 69,73
A.IV.14	Sonstiger betrieblicher Sachaufwand	14,57	87,14	+ 72,57	+ 498,0	14,19	17,96	+ 3,77	+ 26,6	– 69,19
	GB 24.02 Gesundheitssystem-finanzierung		69,13	+ 69,13	–				–	– 69,13
B	**Transferergebnis (= B.I – B.II)**	**– 830,65**	**– 840,47**	**– 9,83**	**+ 1,2**	**– 830,68**	**– 827,70**	**+ 2,98**	**– 0,4**	**+ 12,78**
B.I	Erträge aus Transfers	47,10	47,63	+ 0,54	+ 1,1	47,10	47,63	+ 0,54	+ 1,1	0,00
B.II	Transferaufwand	877,75	888,11	+ 10,36	+ 1,2	877,78	875,33	– 2,45	– 0,3	– 12,78
B.II.01	Aufwand für Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger	745,64	756,05	+ 10,41	+ 1,4	745,64	743,21	– 2,42	– 0,3	– 12,84
	GB 24.02 Gesundheitssystem-finanzierung	706,30	715,95	+ 9,65	+ 1,4	706,30	703,11	– 3,19	– 0,5	– 12,84
B.II.03	Aufwand für Transfers an Unternehmen	54,44	54,10	– 0,34	– 0,6	54,44	54,04	– 0,40	– 0,7	– 0,06
	GB 24.01 Steuerung und Services	54,44	54,10	– 0,34	– 0,6	54,44	54,04	– 0,40	– 0,7	– 0,06
B.II.05	Transfers an private Haushalte	74,41	74,37	– 0,04	– 0,1	74,41	74,36	– 0,05	– 0,1	– 0,01
	GB 24.02 Gesundheitssystem-finanzierung	66,55	66,55			66,55	66,55			0,00
C	**Ergebnis aus d. operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers (= A + B)**	**– 908,39**	**– 996,46**	**– 88,07**	**+ 9,7**	**– 906,97**	**– 914,50**	**– 7,53**	**+ 0,8**	**+ 81,96**
D	**Finanzergebnis (= D.I – D.II)**	**– 0,00**	**0,00**	**+ 0,00**	**– 100,0**	**– 0,00**	**0,00**	**+ 0,00**	**– 100,0**	**0,00**
D.II	Finanzaufwand	0,00		– 0,00	– 100,0	0,00		– 0,00	– 100,0	0,00
C*	**Geldfluss aus empfangenen s. gewährten Darlehen und Vorschüssen**					**– 0,01**	**+ 0,01**	**+ 0,02**	**– 240,3**	**+ 0,01**
D*	**Geldfluss aus der Investitionstätigkeit**					**– 0,21**	**– 0,62**	**– 0,41**	**+ 191,2**	**– 0,62**
E	**Nettoergebnis (ER: C + D) / Nettofinanzierungssaldo (FR: C + D + C* + D*)**	**– 908,39**	**– 996,46**	**– 88,07**	**+ 9,7**	**– 907,19**	**– 915,11**	**– 7,92**	**+ 0,9**	**+ 81,35**
	davon Erträge/Einzahlungen	59,26	60,11	+ 0,85	+ 1,4	59,32	59,27	– 0,04	– 0,1	– 0,84
	davon Aufwendungen/ Auszahlungen	967,65	1.056,57	+ 88,92	+ 9,2	966,51	974,39	+ 7,88	+ 0,8	– 82,18
	davon Erträge aus Vorperioden	0,00		– 0,00	– 100,0				–	0,00
	davon Aufwand aus Vorperioden	0,00	69,13	+ 69,13	–				–	– 69,13
	um Vorperioden bereinigtes Nettoergebnis	**– 908,39**	**– 927,33**	**– 18,93**	**+ 2,1**	**– 907,19**	**– 915,11**	**– 7,92**	**+ 0,9**	**+ 12,21**

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Ergebnis- und Finanzierungsrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

In der UG 24 „Gesundheit“ betrug das Nettoergebnis 2015 (E) der konsolidierten Ergebnisrechnung – 996,46 Mio. EUR. Es setzte sich zusammen aus

- dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) von – 155,99 Mio. EUR (– 78,24 Mio. EUR gegenüber 2014) und
- dem Transferergebnis (B) von – 840,47 Mio. EUR (– 9,83 Mio. EUR gegenüber 2014).

Die Erträge in der UG 24 machten 60,11 Mio. EUR

- darunter 12,47 Mio. EUR aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) und 47,63 Mio. EUR aus Transfers (B.I)

und die Aufwendungen 1,057 Mrd. EUR aus

- darunter 38,25 Mio. EUR aus Personalaufwand (A.III), 130,21 Mio. EUR aus betrieblichem Sachaufwand (A.IV) und 888,11 Mio. EUR aus Transferaufwand (B.II).

Das Nettoergebnis 2015 verschlechterte sich um 88,07 Mio. EUR bzw. um 9,7 % gegenüber 2014.

A. Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit

Die Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) betrugen 12,47 Mio. EUR.

Den Erträgen standen Aufwendungen für Personal (A.III) von 38,25 Mio. EUR und betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von 130,21 Mio. EUR gegenüber.

- Der betriebliche Sachaufwand entstand insbesondere für Sonstigen betrieblichen Sachaufwand (87,14 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMG enthielt der sonstige betriebliche Sachaufwand das Sachkonto 7229.000 „Aufwand aus Vorperioden“, auf dem nach einer Mängelbehebung des RH die 4. Quartalszahlung 2014 und die Jahresabrechnung 2014 der Zweckzuschüsse nach dem Bundesgesetz über Krankenanstalten und Kuranstalten[20] gebucht wurden.[21]

20 BGBl. Nr. 1/1957

21 Siehe dazu im Detail **BRA 2015, Textteil Band 3: Ordnungsmäßigkeits- und Belegprüfung der Haushaltsverrechnung des Bundes für das Jahr 2015 gemäß § 9 RHG 1948, TZ 2 und TZ 17**.

Das Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit 2015 verschlechterte sich um 78,24 Mio. EUR bzw. um 100,6 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten

- beim betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von + 78,59 Mio. EUR: darunter Sonstiger betrieblicher Sachaufwand (+ 72,57 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMG resultiere der Anstieg des sonstigen betrieblichen Sachaufwands aus der Mängelbehebung durch den RH.[22] Über dieses Mängelbehebungsverfahren wäre die vorläufige Jahresabrechnung 2015 (fällig im März 2016) in der Ergebnisrechnung für 2015 gebucht worden. Zusätzlich dazu seien nach einer weiteren Mängelbehebung des RH die 4. Quartalszahlung 2014 und die Jahresabrechnung 2014 der Zweckzuschüsse nach dem Bundesgesetz über Krankenanstalten und Kuranstalten im sonstigen betrieblichen Sachaufwand gebucht worden.[23]

B. Transferergebnis

Die Erträge aus Transfers (B.I) betrugen 47,63 Mio. EUR. Den Erträgen stand ein Transferaufwand (B.II) von 888,11 Mio. EUR gegenüber.

- Der Transferaufwand entstand insbesondere für Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger (756,05 Mio. EUR), Transfers an Unternehmen (54,10 Mio. EUR) und Transfers an private Haushalte (74,37 Mio. EUR).

Beim Transferaufwand für öffentliche Körperschaften und Rechtsträger handle es sich nach Angaben vom BMG vor allem um den finanziellen Beitrag des Bundes zur Krankenanstaltenfinanzierung gemäß Bundesgesetz über Krankenanstalten und Kuranstalten (KAKuG) und den Beitrag zur Sanierung der Gebietskrankenkassen (Kassenstrukturfonds). Der Transferaufwand für Unternehmen beinhalte die Basiszuwendung des Bundes an die Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH (AGES) gemäß Gesundheits- und Ernährungssicherheitsgesetz (GESG).[24] Im Transferaufwand für private Haushalte sei die Abgeltung des Mehraufwands durch FLAF-Zahlungen enthalten. Dabei würden die Mehrausgaben der gemeinnützigen Krankenanstalten bei Umstellung auf die generelle Dienstgeberbeitragspflicht vom Bund ersetzt.

22 Siehe dazu im Detail **BRA 2015, Textteil Band 3: Ordnungsmäßigkeits- und Belegprüfung der Haushaltsverrechnung des Bundes für das Jahr 2015 gemäß § 9 RHG 1948, TZ 2 und TZ 17**.

23 Siehe dazu im Detail **BRA 2015, Textteil Band 3: Ordnungsmäßigkeits- und Belegprüfung der Haushaltsverrechnung des Bundes für das Jahr 2015 gemäß § 9 RHG 1948, TZ 2 und TZ 17**.

24 BGBl. Nr. 63/2002

Das Transferergebnis 2015 verschlechterte sich um 9,83 Mio. EUR bzw. um 1,2 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten beim

- Transferaufwand (B.II) von + 10,36 Mio. EUR: darunter Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger (+ 10,41 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMG erhöhe sich der Transferaufwand an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger aufgrund gestiegener Zweckzuschüsse des Bundes zur Krankenanstaltenfinanzierung, durch die Umstellung auf eine periodengerechte Zuordnung, durch die Dotierung des Zahngesundheitsfonds und durch den gestiegenen Aufwandsersatz an die Krankenversicherung für die Bezieher von Leistungen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung. Andererseits verringere sich der Transferaufwand an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger durch die Nichtdotierung des Kassenstrukturfonds im Jahr 2015.

E. Nettoergebnis versus Nettofinanzierungssaldo

Aufgrund unterschiedlicher Systematiken zwischen Ergebnis- und Finanzierungsrechnung kommt es notwendigerweise zwischen Nettoergebnis und Nettofinanzierungssaldo zu Abweichungen, die im Folgenden erläutert werden.

Der Nettofinanzierungssaldo aus der konsolidierten Finanzierungsrechnung fiel mit – 915,11 Mio. EUR um + 81,35 Mio. EUR günstiger aus als das Nettoergebnis aus der konsolidierten Ergebnisrechnung (– 996,46 Mio. EUR). Im Nettofinanzierungssaldo waren Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus empfangenen sowie gewährten Darlehen und Vorschüssen (+ 0,01 Mio. EUR) sowie Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus der Investitionstätigkeit (– 0,62 Mio. EUR) berücksichtigt, die im Nettoergebnis nicht enthalten waren.

Weitere Unterschiede zwischen dem Nettofinanzierungssaldo und dem Nettoergebnis beruhten auf Abweichungen zwischen dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) (+ 69,19 Mio. EUR) und dem Transferergebnis (B) (+ 12,78 Mio. EUR) vom korrespondierenden Geldfluss. Dafür verantwortlich waren im Wesentlichen folgende Positionen:

- Abweichungen bei dem betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von – 69,73 Mio. EUR: davon Sonstiger betrieblicher Sachaufwand (– 69,19 Mio. EUR),

– Abweichungen bei dem Transferaufwand (B.II) von – 12,78 Mio. EUR: davon Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger (– 12,84 Mio. EUR).

Die Differenzen zwischen betrieblichem Sachaufwand bzw. Transferaufwand und dem korrespondierenden Geldfluss sind auf Periodenabgrenzungen zurückzuführen.

13.3 Voranschlagsvergleichsrechnungen

13.3.1 Ergebnishaushalt

Tabelle 13.3-1: UG 24 – Ergebnishaushalt 2015

Ergebnishaushalt

UG 24 Gesundheit	Erfolg 2014	Voranschlag 2015	Erfolg 2015	Veränderung Erfolg 2014 : 2015		Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Erträge	87,53	49,38	48,85	– 38,68	– 44,2	– 0,53	– 1,1
Aufwendungen	995,90	957,49	1.045,31	+ 49,41	+ 5,0	+ 87,82	+ 9,2
Nettoergebnis	**– 908,37**	**– 908,11**	**– 996,46**	**– 88,09**	**+ 9,7**	**– 88,35**	**+ 9,7**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Erträge in der UG 24 „Gesundheit“ 48,85 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 38,68 Mio. EUR (– 44,2 %) und gegenüber dem Voranschlag um 0,53 Mio. EUR (– 1,1 %) gesunken.

Die Aufwendungen des Jahres 2015 waren mit 1,045 Mrd. EUR um 49,41 Mio. EUR (+ 5,0 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Aufwendungen um 87,82 Mio. EUR (+ 9,2 %) höher.

Das Nettoergebnis der UG 24 „Gesundheit“ lag 2015 bei – 996,46 Mio. EUR. Es war um 88,09 Mio. EUR schlechter und damit um 9,7 % höher als jenes für 2014 (– 908,37 Mio. EUR) und um 88,35 Mio. EUR schlechter und damit um 9,7 % höher als im Voranschlag (– 908,11 Mio. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*grün und kursiv*) fassen die vom BMG bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen

finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 24 „Gesundheit" (Tabelle I.2.11.1)**.

Tabelle 13.3-2: Ergebnishaushalt, UG 24 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Ergebnishaushalt					
UG 24 Gesundheit		**Voranschlag 2015**	**Erfolg 2015**	**Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015**	
		in Mio. EUR			in %
	Erträge	**49,38**	**48,85**	**– 0,53**	**– 1,1**
	Aufwendungen	**957,49**	**1.045,31**	**+ 87,82**	**+ 9,2**
	Nettoergebnis	**– 908,11**	**– 996,46**	**– 88,35**	
GB 24.01	**Steuerung und Services**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	9,17	9,12	– 0,05	– 0,6
	Finanzerträge	0,00	–	– 0,00	– 100,0
	Erträge	**9,17**	**9,12**	**– 0,05**	**– 0,6**
	Personalaufwand	27,67	27,04	– 0,63	– 2,3
	Transferaufwand	58,67	58,45	– 0,22	– 0,4
	Betrieblicher Sachaufwand	27,50	38,43	+ 10,93	+ 39,7
	Finanzaufwand	0,00	–	– 0,00	–
	Aufwendungen	**113,84**	**123,91**	**+ 10,07**	**+ 8,8**
GB 24.02	**Gesundheitssystemfinanzierung**				
	Transferaufwand	777,60	782,50	+ 4,90	+ 0,6
	Betrieblicher Sachaufwand	–	69,13	+ 69,13	–
	Aufwendungen	**777,60**	**851,63**	**+ 74,03**	**+ 9,5**
GB 24.03	**Gesundheitsvorsorge u. Verbrauchergesundheit**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	40,22	39,74	– 0,48	– 1,2
	Erträge	**40,22**	**39,74**	**– 0,48**	**– 1,2**
	Transferaufwand	47,03	47,16	+ 0,14	+ 0,3
	Betrieblicher Sachaufwand	19,02	22,61	+ 3,58	+ 18,8
	Aufwendungen	**66,05**	**69,77**	**+ 3,72**	**+ 5,6**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mehraufwendungen im GB 24.01 „Steuerung und Services"

+ 10,93 Mio. EUR in der MVAG „Betrieblicher Sachaufwand"

Mehraufwendungen für die Aufrechterhaltung des laufenden IT-Betriebes inkl. der Adaptierung der Infrastruktur sowie für Miet- und Betriebskosten und für Ausgaben im Zusammenhang mit der Elektronischen Gesundheitsakte (ELGA) (insgesamt + 6,82 Mio. EUR); weitere Mehraufwendungen durch Zahlungen an die Gesundheit Österreich GmbH (GÖG) für die Leistungsanweisung 2015 und für gesundheitsrelevante Maßnahmen

(insgesamt + 3,51 Mio. EUR) sowie durch Zahlungen an die Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH (AGES) für den Geschäftsbereich Medizinmarktaufsicht (+ 0,60 Mio. EUR).

Mehraufwendungen im GB 24.02 „Gesundheitssystemfinanzierung"

+ 69,13 Mio. EUR in der MVAG „Betrieblicher Sachaufwand"

Mehraufwendungen durch die Darstellung der 4. Quartalszahlung 2014 als Aufwand aus Vorperioden und die Umbuchung der Zweckzuschüsse des Bundes zur Krankenanstaltenfinanzierung auf das Jahr 2015 im Zuge des Mängelbehebungsverfahrens gemäß § 9 RHG 1948 durch den RH.[25]

13.3.2 Finanzierungshaushalt

Tabelle 13.3-3: UG 24 – Finanzierungshaushalt 2015

Finanzierungshaushalt							
UG 24 Gesundheit	**Zahlungen 2014**	**Voranschlag 2015**	**Zahlungen 2015**	**Veränderung Zahlungen 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015**	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Einzahlungen	87,59	48,71	48,08	– 39,51	– 45,1	– 0,63	– 1,3
Auszahlungen	994,78	957,04	963,19	– 31,59	– 3,2	+ 6,15	+ 0,6
Nettofinanzierungssaldo	**– 907,19**	**– 908,33**	**– 915,11**	**– 7,92**	**+ 0,9**	**– 6,78**	**+ 0,7**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Einzahlungen in der UG 24 „Gesundheit" 48,08 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 39,51 Mio. EUR (– 45,1 %) und gegenüber dem Voranschlag um 0,63 Mio. EUR (– 1,3 %) gesunken.

Die Auszahlungen des Jahres 2015 waren mit 963,19 Mio. EUR um 31,59 Mio. EUR (– 3,2 %) niedriger als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Auszahlungen um 6,15 Mio. EUR (+ 0,6 %) höher.

Der Nettofinanzierungssaldo der UG 24 „Gesundheit" lag 2015 bei – 915,11 Mio. EUR. Er war um 7,92 Mio. EUR schlechter und damit um 0,9 % höher als jener für 2014 (– 907,19 Mio. EUR) bzw. um 6,78 Mio. EUR schlechter und damit um 0,7 % höher als im Voranschlag (– 908,33 Mio. EUR) angenommen.

25 Siehe dazu im Detail **BRA 2015, Textteil Band 3: Ordnungsmäßigkeits- und Belegprüfung der Haushaltsverrechnung des Bundes für das Jahr 2015 gemäß § 9 RHG 1948, TZ 2 und TZ 17**.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*blau und kursiv*) fassen die vom BMG bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 24 „Gesundheit" (Tabelle I.2.8.1)**.

Tabelle 13.3-4: Finanzierungshaushalt, UG 24 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Finanzierungshaushalt					
UG 24 Gesundheit		**Voranschlag 2015**	**Zahlungen 2015**	**Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015**	
		in Mio. EUR			in %
	Einzahlungen	**48,71**	**48,08**	**– 0,63**	**– 1,3**
	Auszahlungen	**957,04**	**963,19**	**+ 6,15**	**+ 0,6**
	Nettofinanzierungssaldo	**– 908,33**	**– 915,11**	**– 6,78**	
GB 24.01	**Steuerung und Services**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	8,42	8,27	– 0,15	– 1,8
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,00	–	– 0,00	– 100,0
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,08	0,05	– 0,03	– 37,5
	Einzahlungen	**8,50**	**8,32**	**– 0,18**	**– 2,1**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	54,34	64,62	+ 10,28	+ 18,9
	Auszahlungen aus Transfers	58,67	58,51	– 0,16	– 0,3
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,30	0,62	+ 0,32	+ 106,9
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,08	0,04	– 0,04	– 52,7
	Auszahlungen	**113,39**	**123,79**	**+ 10,40**	**+ 9,2**
GB 24.02	**Gesundheitssystemfinanzierung**				
	Auszahlungen aus Transfers	777,60	769,66	– 7,94	– 1,0
	Auszahlungen	**777,60**	**769,66**	**– 7,94**	**– 1,0**
GB 24.03	**Gesundheitsvorsorge u. Verbrauchergesundheit**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	40,21	39,76	– 0,45	– 1,1
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,00	–	– 0,00	– 100,0
	Einzahlungen	**40,22**	**39,76**	**– 0,45**	**– 1,1**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	19,01	22,58	+ 3,57	+ 18,8
	Auszahlungen aus Transfers	47,03	47,16	+ 0,13	+ 0,3
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,01	–	– 0,01	– 100,0
	Auszahlungen	**66,05**	**69,74**	**+ 3,69**	**+ 5,6**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mehrauszahlungen im GB 24.01 „Steuerung und Services"

+ 10,28 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit"

Mehrauszahlungen für die Aufrechterhaltung des laufenden IT-Betriebes inkl. der Adaptierung der Infrastruktur sowie für Miet- und Betriebskosten und für Ausgaben im Zusammenhang mit der Elektronischen Gesundheitsakte (ELGA) (insgesamt + 6,17 Mio. EUR); weitere Mehrausgaben durch Zahlungen an die Gesundheit Österreich GmbH (GÖG) für die Leistungsanweisung 2015 und für gesundheitsrelevante Maßnahmen (insgesamt + 3,51 Mio. EUR) sowie durch Zahlungen an die Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH (AGES) für den Geschäftsbereich Medizinmarktaufsicht (+ 0,60 Mio. EUR).

13.3.3 Haushaltsrücklagen

Tabelle 13.3-5: UG 24 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015

Finanzierungshaushalt								
UG 24 Gesundheit	**Anfangsbestand**	**Umbuchung**	**Entnahme**	**Auflösung**	**Zuführung**	**Endbestand**	**Veränderung 2014 : 2015**	
	in Mio. EUR							in %
Detailbudgetrücklagen	51,09	–	– 13,29	–	+ 1,64	39,44	– 11,65	– 22,8
Variable Auszahlungsrücklagen	3,10	–	–	–	–	3,10	0,00	0,0
Zweckgebundene Einzahlungsrücklagen	11,73	–	– 2,26	–	+ 0,00	9,47	– 2,26	– 19,2
Gesamtsumme	**65,91**	**–**	**– 15,55**	**–**	**+ 1,64**	**52,01**	**– 13,90**	**– 21,1**

Quellen: Rücklagengebarung, eigene Berechnung

Der Stand der Rücklagen in der UG 24 „Gesundheit“ belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 65,91 Mio. EUR und veränderte sich durch Entnahmen (15,55 Mio. EUR) und Zuführungen (1,64 Mio. EUR) auf 52,01 Mio. EUR zum 31. Dezember 2015. Im Verhältnis zu den veranschlagten Auszahlungen (957,04 Mio. EUR) entsprach der Stand zum 31. Dezember 2015 einem Anteil von 5,4 %. Im BFG 2015 war für die UG 24 keine Rücklagenverwendung veranschlagt.

13.4 Finanzrahmen

Ausgehend von den tatsächlichen Auszahlungen 2015 stellen sich die Auszahlungsobergrenzen für die UG 24 „Gesundheit“ gemäß BFRG für die Finanzjahre 2016 bis 2020 wie folgt dar:

Tabelle 13.4–1: UG 24 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020

Finanzierungshaushalt									
UG 24 Gesundheit	**Auszahlungen (Ist)**	**Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG**					**Veränderung**		
	2015	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**	**2020**	**2015 (Ist) : 2020**		**durch-schnittlich jährlich**
	in Mio. EUR							in %	
	963,19	**1.028,98**	**1.048,86**	**1.080,52**	**1.127,65**	**1.160,76**	**+ 197,57**	**+ 20,5**	**+ 3,8**
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze gesamt	*74.589,49*	*78.107,49*	*78.202,70*	*78.814,08*	*80.408,66*	*83.038,37*	*+ 8.448,88*	*+ 11,3*	*+ 2,2*
Anteil der UG 24	1,3 %	1,3 %	1,3 %	1,4 %	1,4 %	1,4 %	+ 0,1 %-Punkte		–
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze Rubrik 2	*38.119,06*	*39.508,75*	*40.660,13*	*41.839,49*	*43.309,95*	*44.834,52*	*+ 6.715,45*	*+ 17,6*	*+ 3,3*
Anteil der UG 24	2,5 %	2,6 %	2,6 %	2,6 %	2,6 %	2,6 %	+ 0,1 %-Punkte		–

Quellen: HIS, BFRG 2016 - 2019, 2017 - 2020, eigene Berechnung

Bis zum Jahr 2020 soll die Auszahlungsobergrenze für die UG 24 „Gesundheit“ um + 197,57 Mio. EUR (+ 20,5 %) auf 1,161 Mrd. EUR ansteigen. Dies entspricht einer Veränderungsrate gegenüber den tatsächlichen Auszahlungen 2015 von + 3,8 % im Jahresdurchschnitt. Im Jahr 2015 betrug der Anteil der UG 24 „Gesundheit“ an den Gesamtauszahlungen 1,3 % und an den Auszahlungen der Rubrik 2 2,5 %. Der Anteil der UG 24 an der Gesamt–Auszahlungsobergrenze soll sich bis 2020 auf 1,4 % erhöhen bzw. soll er innerhalb der Rubrik 2 auf 2,6 % ansteigen.

Laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 seien folgende laufende bzw. geplante Maßnahmen und Reformen besonders wichtig für die budgetäre Zielerreichung:

- Weiterentwicklung und Umsetzung des partnerschaftlichen Zielsteuerungssystems auf der Grundlage der entsprechenden Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG „Zielsteuerung-Gesundheit“, wobei im Rahmen der Finanzzielsteuerung ein bundesweiter Ausgaben-

dämpfungspfad für die öffentlichen Gesundheitsausgaben (ohne Langzeitpflege) bis 2016 vereinbart worden sei bzw. für die Jahre ab 2017 im Rahmen des Finanzausgleichs ein weiterer Ausgabendämpfungspfad verhandelt werden soll. Zur Einhaltung seien partnerschaftlich im Rahmen von Zielsteuerungsverträgen (Bund, Länder, Sozialversicherung) auf Bundes- und Landesebene Maßnahmen vereinbart und umgesetzt worden, dies sei auch für die Jahre 2017 bis 2020 geplant;

- Ausbau der öffentlichen Berichterstattung zur österreichweiten Qualitätsarbeit auf den Ebenen der Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität für den stationären und ambulanten Bereich, einschließlich für die Öffentlichkeit aufbereiteter Informationen;

- rechtliche und vertragliche Etablierung bzw. Weiterentwicklung wohnortnaher qualitätsgesicherter Primärversorgung unter Förderung der allgemeinmedizinischen Versorgung (Hausarzt);

- zielgerichtete Gesundheitsförderung auf der Basis einer nationalen Gesundheitsförderungsstrategie, Prävention, Stärkung von evidenzbasierter Früherkennung und Frühintervention, Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Ernährung (NAPe) und der Ergebnisse der entwickelten Kindergesundheitsstrategie;

- Ausrollung und Weiterentwicklung von ELGA (Elektronische Gesundheitsakte), Pilotierung von TEWEB (Telefon- und webbasierter Erstkontakt und Beratungsservice) sowie die Vorbereitung von Telegesundheitsservices (z.B. Telemonitoring) zur Prozessoptimierung und Hebung der Ergebnisqualität der Versorgung der Patientinnen und Patienten;

- Vervollständigung genderdifferenzierter Datenerhebung und Auswertung von Ergebnisqualitätsdaten als Grundlage dafür, dass für Frauen und Männer eine vergleichbare Ergebnisqualität erreicht wird;

- Weiterentwicklung des Lebensmittelrechts und der Kontrollsysteme sowie der wirkungsorientierten Steuerung der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH (AGES).

Folgende Steuerungs- und Korrekturmaßnahmen zur Einhaltung der Auszahlungsobergrenzen seien laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 erforderlich:

- Adaptierung und Umsetzung der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG „Zielsteuerung-Gesundheit“;

- Umsetzung und Weiterentwicklung einer kennzahlenbasierten Steuerung der Leistungen der AGES;
- Weiterführung des Aufbaus der notwendigen Expertise, um die Steuerung des gesamten Gesundheitssektors zu optimieren.

Die im BFRG 2017 bis 2020 vorgesehenen Auszahlungsobergrenzen für die Jahre 2017 bis 2019 wurden gegenüber dem bisher geltenden BFRG 2016 bis 2019 um insgesamt – 1,0 % bzw. um durchschnittlich – 11,49 Mio. EUR pro Jahr vermindert. Veränderungen ergäben sich laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 bei den variablen Auszahlungen für die Krankenanstaltenfinanzierung abhängig vom Steueraufkommen entsprechend den aktuellen Prognosen. Bei den fixen Auszahlungen würden sich insbesondere Änderungen durch Wiederdotierung des Krankenkassen-Strukturfonds sowie durch die Anpassung der Refundierungen an die soziale Krankenversicherung für Leistungen im Rahmen der Mindestsicherung ergeben.

Im Folgenden wird ein Überblick über die Entwicklung der tatsächlichen Auszahlungen und der Auszahlungsobergrenzen von 2011 bis 2015 bzw. ein Vergleich der Auszahlungen zu den Auszahlungsobergrenzen des derzeit geltenden BFRG 2017 bis 2020 gegeben:

Tabelle 13.4–2: UG 24 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015

Finanzierungshaushalt									
UG 24 Gesundheit	**BFRG bzw. Zahlungen**					**Veränderung**			
	2011	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	**2014 : 2015**		**2011 : 2015**	
	in Mio. EUR					in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Auszahlungsobergrenze UG 24	786,40	928,17	925,83	953,31	957,04	+ 3,73	+ 0,4	+ 170,64	+ 21,7
Auszahlungen UG 24	904,30	949,94	968,60	994,78	963,19	– 31,59	– 3,2	+ 58,90	+ 6,5
Abweichung Auszahlungen : Obergrenze	**+ 117,90**	**+ 21,77**	**+ 42,77**	**+ 41,47**	**+ 6,15**				
Abweichung in %	**+ 15,0 %**	**+ 2,3 %**	**+ 4,6 %**	**+ 4,3 %**	**+ 0,6 %**				

Quellen: HIS, BFRG 2011 - 2014, 2012 - 2015, 2013 - 2016, 2014 - 2017, 2015 - 2018, eigene Berechnung

Während ursprünglich zwischen 2011 und 2015 eine Erhöhung der Auszahlungsobergrenze gemäß BFRG um insgesamt + 170,64 Mio. EUR (+ 21,7 %) vorgesehen war, erhöhten sich die Auszahlungen zwischen 2011 und 2015 tatsächlich um + 58,90 Mio. EUR (+ 6,5 %). Im Jahr 2015 lagen die tatsächlichen Auszahlungen um + 6,15 Mio. EUR (+ 0,6 %) über jenen, die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen waren.

Tabelle 13.4–3: UG 24 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG

Finanzierungshaushalt						
UG 24 Gesundheit	**Auszahlungen (Ist)**		**durchschnittliche jährliche Veränderung**	**BFRG**	**durchschnittliche jährliche Veränderung**	**Differenz der Veränderungs-raten[1)]**
	2011	**2015**	**2011 : 2015**	**2020**	**2015 (Ist) : 2020 (BFRG)**	
	in Mio. EUR		in %	in Mio. EUR	in %	in %-Punkten
	904,30	**963,19**	**+ 1,6**	**1.160,76**	**+ 3,8**	**+ 2,2**
fix	*349,75*	*322,07*	*– 2,0*	*410,38*	*+ 5,0*	*+ 7,0*
variabel	*554,54*	*641,12*	*+ 3,7*	*750,39*	*+ 3,2*	*– 0,5*

1) Rundungsdifferenz möglich

Quellen: HIS, BFRG 2017 - 2020, eigene Berechnung

Die durchschnittliche jährliche Veränderung der Auszahlungen belief sich von 2011 bis 2015 auf + 1,6 %. Laut mittelfristiger Finanzplanung bis 2020 soll sie + 3,8 % betragen und somit um 2,2 Prozentpunkte stärker steigen als im Zeitraum 2011 bis 2015.

Der RH kritisierte bereits im Rahmen der Gesetzesbegutachtung zum Entwurf eines Gesundheitsreformgesetzes 2013, dass bestehende Zuständigkeiten nicht in Frage gestellt wurden und zersplitterte Kompetenzen unverändert blieben. Infolge dieser Kompetenzsplitterung fallen die Ausgaben-, Aufgaben- und Finanzierungsverantwortung weiterhin auseinander und es wurde keine gemeinsame Finanzierung erreicht. Der RH zeigte den dringenden Handlungsbedarf im Bereich des österreichischen Gesundheitssystems außerdem bei mehreren Gebarungsüberprüfungen auf. Dieser betraf insbesondere die komplexe bzw. fragmentierte verfassungsrechtliche Kompetenzverteilung und intransparente Finanzierungsstruktur, die zersplitterte Organisationsstruktur im Krankenanstaltenbereich sowie das unzureichende Personal- und Dienstrecht und Strukturprobleme im Sozialversicherungsbereich. Notwendige Maßnahmen zur Lösung dieser Kernprobleme waren beispielsweise eine verbesserte Standort-Abstimmung im Krankenanstaltenbereich, eine Bereinigung der Leistungsunterschiede im Bereich der Krankenversicherungsträger, eine einheitliche Leistungsverrechnung im Ambulanzbereich sowie eine einheitliche Dotierung der Landesgesundheitsfonds.

Die effiziente Aufgabenwahrnehmung im Bereich der UG 24 „Gesundheit“ sollte aus Sicht des RH durch quantifizierte strukturelle Steuerungs- und Korrekturmaßnahmen unterstützt werden.

In diesem Zusammenhang weist der RH auf folgende im Jahr 2015 bzw. bis Ende April 2016 dem Nationalrat vorgelegte Berichte hin:

– Einführung der Wirkungsorientierung in ausgewählten Bundesministerien (Reihe Bund 2016/5)

Alle drei überprüften Bundesministerien, darunter das BMG, hatten die Verankerung der Wirkungsorientierung in ihren Organisations– und Managementinstrumenten großteils abgeschlossen. Der RH kritisierte jedoch, dass die Transparenz über den zur Einführung der Wirkungsorientierung erforderlichen Ressourcenaufwand fehlte. Die finanziellen Erläuterungen zum BHG 2013 enthielten keine Angaben zu den erforderlichen finanziellen und personellen Ressourcen sowie zu den Gesamtkosten. Keines der drei überprüften Bundesministerien verfügte über einen Gesamtüberblick zu den von ihm tatsächlich eingesetzten Ressourcen.

– Instrumente zur finanziellen Steuerung der Krankenversicherung (Reihe Bund 2016/3)

Aufgrund eines stark negativen Reinvermögens mehrerer Krankenversicherungsträger und eines stark negativen Ausblicks unterstützte der Bund die gesetzliche Krankenversicherung zwischen 2009 und 2014 mit rd. 1,302 Mrd. EUR und gab eine aufwandsseitige Konsolidierung von rd. 1,725 Mrd. EUR vor. Obwohl die Ziele dieses Sanierungspakets erfüllt wurden, sah die Gebarungsvorschau bis 2017 wieder erhebliche Abgänge voraus. Der RH kritisierte, dass den Instrumenten der Gebarungsvorschau die erforderliche Glaubwürdigkeit für die Nutzung zur Steuerung fehlte.

Die 2009 für den Zeitraum bis 2013 festgelegten Finanzziele waren spätestens ab 2011 aufgrund der tatsächlichen Entwicklung nicht mehr zur Detailsteuerung der Krankenversicherungsträger geeignet. Dies galt auch für die im Jahr 2012 bis zum Jahr 2016 festgelegten Ausgabenobergrenzen. Dennoch wurden die Ausgabenobergrenzen unverändert in das Zielsteuerungssystem des Hauptverbands und der Krankenversicherungsträger übernommen. Diese Systeme verloren damit in wesentlichem Ausmaß ihre Wirkung als Steuerungsinstrumente.

– Ausgewählte Steuerungsbereiche in der Krankenversicherung (Reihe Bund 2016/3)

Der RH kritisierte, dass die operative Steuerung der für die Gestaltung der Finanzen der Krankenversicherungsträger wichtigsten Bereiche – ärztliche Hilfe und Heilmittel – nicht ausreichend war, um die Ziele der Gesund-

heitsreform 2012 erfüllen zu können bzw. eine nachhaltige Finanzierung sicherzustellen. Die Sozialversicherungsträger nutzten die verfügbaren Daten weder im Bereich der ärztlichen Hilfe noch im Heilmittelbereich ausreichend. Die Aufbereitungen der Daten waren teilweise fehlerhaft, wurden nur unregelmäßig durchgeführt und beantworteten wesentliche Fragen nicht. Die trägerübergreifende Steuerung der Verwaltungskosten war weitgehend ungeeignet.

– Rolle des Bundes in der österreichischen Krankenanstaltenplanung (Reihe Bund 2015/17)

Der RH stellte im Zuge seiner Überprüfung fest, dass sich der Einfluss des Bundes auf die österreichische Krankenanstaltenplanung im Wesentlichen auf die Vornahme einer Rahmenplanung im Einvernehmen mit den Ländern und der Sozialversicherung beschränkte. Die konkreten Planungen erfolgten auf Landesebene; der Bund konnte zu den Krankenanstaltenplänen der Länder nur unverbindliche Stellungnahmen abgeben.

Der RH kritisierte, dass zentrale Steuerungsmöglichkeiten durch Monitoring und Evaluierungen begrenzt waren. Auch die Einführung der „Zielsteuerung– Gesundheit“ im Jahr 2013 trug nicht zur Stärkung der Steuerungs– und Koordinationsfunktion des Bundes bei.

– Ärzteausbildung (Reihe Bund 2015/9)

Die grundsätzliche Ausgestaltung der Ärzteausbildung blieb in Österreich über Jahrzehnte hinweg im Wesentlichen unverändert. Für die nach jahrelangen Bemühungen im Jahr 2014 schließlich erfolgte Ärzteausbildungsreform fehlten wichtige Entscheidungsgrundlagen. Bis zur Ausbildungsreform blieben die Anerkennungen der Ausbildungsstätten (Krankenanstalten insgesamt oder Abteilungen/Kliniken) über Jahrzehnte hinweg gültig, ohne je evaluiert worden zu sein. In den vergangenen fünf Jahren führte die Österreichische Ärztekammer – entgegen den gesetzlichen Vorgaben – auch keine Überprüfungen der Ausbildungsqualität in den Ausbildungsstätten vor Ort mehr durch, wodurch diesbezüglich jegliche hoheitliche Ausbildungskontrolle fehlte.

In den überprüften Krankenanstalten wurde die gesetzlich vorgesehene dreistufige Ausbildungsverantwortung (Krankenanstaltenträger, Ärztlicher Leiter, Klinikvorstand/Abteilungsleiter) in unterschiedlichem Ausmaß, jedoch in keiner Krankenanstalt ausreichend wahrgenommen; durchgängig einheitlich strukturierte nachvollziehbare Ausbildungsprozesse fehlten. Wesentliche Qualitätssicherungsinstrumente (z.B. Logbuch, Ausbildungskonzept,

Ausbildungsplan) waren nur teilweise vorhanden, entsprechende Umsetzungs– und Kontrollmechanismen existierten ebenfalls kaum. In den überprüften Krankenanstalten war jedoch in den letzten Jahren das Bemühen um Verbesserungen der Ärzteausbildung erkennbar; so gab es insbesondere auch Anstrengungen, die Zusammenarbeit zwischen Ärzten und diplomiertem Pflegepersonal zu stärken und die Möglichkeiten des sogenannten mitverantwortlichen Tätigkeitsbereichs zu nutzen. Die aktuelle Reform der Ärzteausbildung sieht auch eine Reihe von Qualitätserfordernissen für die Ausbildung (etwa einen Ausbildungsplan) vor; ihre Umsetzung wird für die Krankenanstalten bzw. deren Träger eine große Herausforderung darstellen.

14 UG 25 „FAMILIEN UND JUGEND“

UG 25 Familien und Jugend - BMFJ	
zentrale Budgetbereiche	Einnahmen des FLAF[1)]
	Familienbeihilfe
	Transfers Sozialversicherungsträger
	Kinderbetreuungsgeld
	Fahrtbeihilfe, Freifahrten, Schulbücher
	Sonstige familienpolitische Maßnahmen des FLAF

1) Familienlastenausgleichsfonds

Quelle: HIS

14.1 Vermögensrechnung

Tabelle 14.1–1: UG 25 – Vermögensrechnung[1)]

Vermögensrechnung						
UG 25 Familien und Jugend		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
A + B	**Vermögen**	**3.708,45**	**3.440,45**	**– 268,01**	**– 7,2**	**100,0**
A	Langfristiges Vermögen	3.000,73	1.861,92	– 1.138,81	– 38,0	54,1
A.I	Immaterielle Vermögenswerte	0,00	0,00	– 0,00	– 100,0	0,0
A.II	Sachanlagen	0,23	0,57	+ 0,34	+ 148,9	0,0
A.IV	Beteiligungen	0,22	0,22	0,00	0,0	0,0
A.V	Langfristige Forderungen	3.000,27	1.861,13	– 1.139,15	– 38,0	54,1
A.V.05	Sonstige langfristige Forderungen (v)	2.999,68	1.860,29	– 1.139,39	– 38,0	54,1
	GB 25.02 Familienpolitische Maßnahmen und Jugend	2.999,68	1.860,29	– 1.139,39	– 38,0	54,1
	Übrige sonstige langfristige Forderungen	2.999,67	1.860,29	– 1.139,38	– 38,0	54,1
B	Kurzfristiges Vermögen	707,73	1.578,53	+ 870,80	+ 123,0	45,9
B.II	Kurzfristige Forderungen	707,72	1.578,52	+ 870,80	+ 123,0	45,9
B.II.03	aus Lieferungen und Leistungen	0,14	– 21,30	– 21,44	–	– 0,6
	GB 25.02 Familienpolitische Maßnahmen und Jugend	0,00	– 21,69	– 21,69	–	– 0,6
B.II.05	Sonstige kurzfristige Forderungen (v)	599,84	642,61	+ 42,77	+ 7,1	18,7
	GB 25.01 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	599,84	642,61	+ 42,77	+ 7,1	18,7
	Vorschüsse (v)	599,84	642,61	+ 42,77	+ 7,1	18,7
B.II.06	Sonstige kurzfristige Forderungen (nv)	109,39	958,43	+ 849,04	+ 776,2	27,9
	GB 25.01 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	112,71	136,78	+ 24,07	+ 21,4	4,0
	Übrige sonstige kurzfristige Forderungen	84,37	100,97	+ 16,61	+ 19,7	2,9
	GB 25.02 Familienpolitische Maßnahmen und Jugend	– 3,32	821,65	+ 824,97	–	23,9
	Übrige sonstige kurzfristige Forderungen	– 3,56	821,24	+ 824,80	–	23,9
B.IV	Liquide Mittel	0,01	0,01	+ 0,00	+ 14,1	0,0
	GB 25.01 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	– 340,00	0,00	+ 340,00	– 100,0	0,0
	GB 25.02 Familienpolitische Maßnahmen und Jugend	340,01	0,01	- 340,00	- 100,0	0,0

Vermögensrechnung

UG 25 Familien und Jugend		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
C	**Nettovermögen (Ausgleichsposten)**	**3.680,07**	**3.408,85**	**– 271,22**	**– 7,4**	
C.IV	Jährliches Nettoergebnis (inkl. "Personal, das für Dritte leistet")	– 51,92	– 33,67	+ 18,25	– 35,2	
	GB 25.01 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	44,40	40,93	– 3,46	– 7,8	
	GB 25.02 Familienpolitische Maßnahmen und Jugend	– 96,32	– 74,61	+ 21,71	– 22,5	
C.V	Saldo aus der jährl. Eröffnungsbilanz	4.001,24	3.680,05	– 321,18	– 8,0	
C.VI	Bundesfinanzierung	– 269,24	– 237,53	+ 31,71	– 11,8	
D + E	**Fremdmittel**	**28,38**	**31,59**	**+ 3,22**	**+ 11,3**	**100,0**
D	Langfristige Fremdmittel	1,79	1,86	+ 0,07	+ 3,7	5,9
D.III	Langfristige Rückstellungen	1,79	1,86	+ 0,07	+ 3,7	5,9
E	Kurzfristige Fremdmittel	26,59	29,74	+ 3,15	+ 11,8	94,1
E.II	Kurzfristige Verbindlichkeiten	26,02	29,07	+ 3,05	+ 11,7	92,0
E.III	Kurzfristige Rückstellungen	0,57	0,67	+ 0,10	+ 18,2	2,1

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Vermögensrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 betrug in der UG 25 „Familien und Jugend" 3,440 Mrd. EUR und sank gegenüber 31. Dezember 2014 um – 268,01 Mio. EUR (– 7,2 %). Der Anteil des kurzfristigen Vermögens betrug 45,9 % und der des langfristigen Vermögens 54,1 %. Dem Vermögen standen Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 von 31,59 Mio. EUR gegenüber, die im Vergleich zum 31. Dezember 2014 um + 3,22 Mio. EUR (+ 11,3 %) anwuchsen. Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 waren zu 94,1 % kurzfristig und zu 5,9 % langfristig. Nachdem das Vermögen die Fremdmittel überstieg, ergab sich ein Nettovermögen (Ausgleichsposten) zum 31. Dezember 2015 von 3,409 Mrd. EUR (– 271,22 Mio. EUR bzw. – 7,4 % gegenüber 31. Dezember 2014).

A. und B. Vermögen

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 (3,440 Mrd. EUR) setzte sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- A.V Langfristige Forderungen: 1,861 Mrd. EUR (54,1 %), davon 1,860 Mrd. EUR für Sonstige langfristige Forderungen (veranschlagt),
- B.II Kurzfristige Forderungen: 1,579 Mrd. EUR (45,9 %), davon 642,61 Mio. EUR für Sonstige kurzfristige Forderungen (veranschlagt), 958,43 Mio. EUR für Sonstige kurzfristige Forderungen (nicht veranschlagt).

Der Rückgang des Vermögens gegenüber 31. Dezember 2014 von – 268,01 Mio. EUR (– 7,2 %) resultierte insbesondere aus Veränderungen bei Sonstigen langfristigen Forderungen (veranschlagt) (A.V.05) von – 1,139 Mrd. EUR (– 38,0 %), Kurzfristigen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (B.II.03) von – 21,44 Mio. EUR, Sonstigen kurzfristigen Forderungen (veranschlagt) (B.II.05) von + 42,77 Mio. EUR (+ 7,1 %) und Sonstigen kurzfristigen Forderungen (nicht veranschlagt) (B.II.06) von + 849,04 Mio. EUR (+ 776,2 %). Bis zum Jahr 2014 waren sämtliche Forderungen des Bundes gegenüber dem Reservefonds als langristige Forderungen gebucht. Nach Angaben des BMFJ sei im Jahr 2015 aufgrund der unterschiedlichen Fälligkeitsstichtage der bestehenden Forderungen eine Aufteilung auf lang- und kurzfristige Forderungen erfolgt. Daraus ergäben sich einerseits der starke Rückgang bei den sonstigen langfristigen Forderungen (veranschlagt) und andererseits der starke Anstieg bei den sonstigen kurzfristigen Forderungen (nicht veranschlagt).

In den sonstigen kurzfristigen Forderungen (veranschlagt) seien die offenen Forderungen aus Unterhaltsvorschüssen in Höhe von 642,61 Mio. EUR enthalten.

14.2 Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung

Tabelle 14.2-1: UG 25 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung[1)]

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 25 Familien und Jugend		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
A	**Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (= A.I + A.II – A.III – A.IV)**	**+ 6.080,82**	**+ 6.260,91**	**+ 180,09**	**+ 3,0**	**+ 6.069,34**	**+ 6.223,03**	**+ 153,70**	**+ 2,5**	**– 37,88**
A.I	Erträge aus Abgaben netto	6.641,17	6.842,65	+ 201,48	+ 3,0	6.630,70	6.812,06	+ 181,36	+ 2,7	– 30,59
A.I.02	Abgabenähnliche Erträge	6.641,17	6.842,65	+ 201,48	+ 3,0	6.630,70	6.812,06	+ 181,36	+ 2,7	– 30,59
	GB 25.01 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	6.641,17	6.842,65	+ 201,48	+ 3,0	6.630,70	6.812,06	+ 181,36	+ 2,7	– 30,59
A.II	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,00	16,17	+ 16,17	–	0,00	0,00	– 0,00	– 22,6	– 16,17
A.II.03	Sonstige Erträge	0,00	16,17	+ 16,17	–	0,00	0,00	– 0,00	– 22,6	– 16,17
	GB 25.02 Familienpolitische Maßnahmen und Jugend	0,00	16,18	+ 16,18	–	0,00	0,00	– 0,00	– 22,6	– 16,18
A.III	Personalaufwand	8,37	7,85	– 0,52	– 6,2	6,25	7,65	+ 1,40	+ 22,4	– 0,20

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 25 Familien und Jugend		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
A.III	Personalaufwand	8,37	7,85	– 0,52	– 6,2	6,25	7,65	+ 1,40	+ 22,4	– 0,20
A.IV	Betrieblicher Sachaufwand	551,98	590,06	+ 38,07	+ 6,9	555,11	581,38	+ 26,26	+ 4,7	– 8,68
A.IV.08	Transporte durch Dritte	394,03	436,70	+ 42,67	+ 10,8	421,88	443,55	+ 21,67	+ 5,1	+ 6,85
	GB 25.01 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	393,96	436,54	+ 42,58	+ 10,8	421,81	443,39	+ 21,58	+ 5,1	+ 6,85
A.IV.13	Aufwendungen aus der Wertberichtigung und dem Abgang von Forderungen	19,70	10,96	– 8,74	– 44,4				–	– 10,96
	GB 25.01 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	19,70	10,95	– 8,74	– 44,4				–	– 10,95
A.IV.14	Sonstiger betrieblicher Sachaufwand	110,57	108,80	– 1,77	– 1,6	105,70	104,25	– 1,45	– 1,4	– 4,55
	GB 25.01 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	110,47	108,67	– 1,80	– 1,6	105,60	104,12	– 1,48	– 1,4	– 4,55
B	**Transferergebnis (= B.I – B.II)**	**– 6.134,89**	**– 6.296,95**	**– 162,06**	**+ 2,6**	**– 5.743,34**	**– 5.932,34**	**– 189,00**	**+ 3,3**	**+ 364,61**
B.I	Erträge aus Transfers	15,36	14,06	– 1,31	– 8,5	395,77	366,50	– 29,27	– 7,4	+ 352,44
B.I.01	Erträge aus Transfers von öffentlichen Körperschaften und Rechtsträgern	– 0,00	– 0,00			380,41	352,45	– 27,96	– 7,3	+ 352,45
	GB 25.02 Familienpolitische Maßnahmen und Jugend	– 0,00	– 0,00			380,41	352,45	– 27,96	– 7,3	+ 352,45
B.II	Transferaufwand	6.150,25	6.311,01	+ 160,75	+ 2,6	6.139,11	6.298,84	+ 159,73	+ 2,6	– 12,17
B.II.01	Aufwand für Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger	1.830,94	1.709,32	– 121,62	– 6,6	1.831,03	1.709,73	– 121,30	– 6,6	+ 0,41
	GB 25.01 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	1.757,30	1.644,81	– 112,49	– 6,4	1.757,39	1.645,22	– 112,17	– 6,4	+ 0,41
	GB 25.02 Familienpolitische Maßnahmen und Jugend	73,64	64,51	– 9,13	– 12,4	73,64	64,51	– 9,13	– 12,4	0,00
B.II.05	Transfers an private Haushalte	4.253,52	4.532,92	+ 279,39	+ 6,6	4.255,47	4.535,15	+ 279,68	+ 6,6	+ 2,23
	GB 25.01 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	4.245,23	4.523,68	+ 278,45	+ 6,6	4.247,18	4.525,91	+ 278,73	+ 6,6	+ 2,23
B.II.06	Aufwand für sonstige Transfers	63,11	66,09	+ 2,98	+ 4,7	49,93	51,28	+ 1,35	+ 2,7	– 14,81
	GB 25.01 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	63,11	66,09	+ 2,98	+ 4,7	49,93	51,28	+ 1,35	+ 2,7	– 14,81
C	**Ergebnis aus d. operativen Verwaltungs-tätigkeit und Transfers (= A + B)**	**– 54,07**	**– 36,04**	**+ 18,03**	**– 33,4**	**+ 326,00**	**+ 290,70**	**– 35,30**	**– 10,8**	**+ 326,73**
D	**Finanzergebnis (= D.I – D.II)**	**+ 2,14**	**+ 2,36**	**+ 0,22**	**+ 10,3**	**+ 2,01**	**+ 2,17**	**+ 0,16**	**+ 8,1**	**– 0,20**
D.I	Finanzerträge	2,14	2,36	+ 0,22	+ 10,3	2,01	2,17	+ 0,16	+ 8,1	– 0,20
C*	**Geldfluss aus empfangenen s. gewährten Darlehen und Vorschüssen**					**– 58,12**	**– 54,94**	**+ 3,18**	**– 5,5**	**– 54,94**
C.I*	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen					75,22	80,10	+ 4,89	+ 6,5	+ 80,10
	GB 25.01 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen				–	75,21	80,10	+ 4,89	+ 6,5	+ 80,10

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 25 Familien und Jugend		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
C.II*	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen					133,33	135,04	+ 1,71	+ 1,3	+ 135,04
	GB 25.01 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen				–	133,32	135,04	+ 1,72	+ 1,3	+ 135,04
D*	**Geldfluss aus der Investitionstätigkeit**					**– 0,18**	**– 0,42**	**– 0,24**	**+ 134,4**	**– 0,42**
E	**Nettoergebnis (ER: C + D) / Nettofinanzierungssaldo (FR: C + D + C* + D*)**	**– 51,92**	**– 33,67**	**+ 18,25**	**– 35,2**	**+ 269,71**	**+ 237,50**	**– 32,20**	**– 11,9**	**+ 271,18**
	davon Erträge/ Einzahlungen	6.658,68	6.875,24	+ 216,56	+ 3,3	7.103,69	7.260,84	+ 157,14	+ 2,2	+ 385,59
	davon Aufwendungen/ Auszahlungen	6.710,61	6.908,91	+ 198,31	+ 3,0	6.833,98	7.023,33	+ 189,35	+ 2,8	+ 114,42
	davon Erträge aus Vorperioden		16,12	+ 16,12	–				–	– 16,12
	davon Aufwand aus Vorperioden	4,52	4,95	+ 0,43	+ 9,4				–	– 4,95
	um Vorperioden bereinigtes Nettoergebnis	**– 47,40**	**– 44,84**	**+ 2,56**	**– 5,4**	**+ 269,71**	**+ 237,50**	**– 32,20**	**– 11,9**	**+ 282,34**

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Ergebnis- und Finanzierungsrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

In der UG 25 „Familien und Jugend“ betrug das Nettoergebnis 2015 (E) der konsolidierten Ergebnisrechnung – 33,67 Mio. EUR. Es setzte sich zusammen aus

- dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) von + 6,261 Mrd. EUR (+ 180,09 Mio. EUR gegenüber 2014),
- dem Transferergebnis (B) von – 6,297 Mrd. EUR (– 162,06 Mio. EUR gegenüber 2014) und
- dem Finanzergebnis (D) von + 2,36 Mio. EUR (+ 0,22 Mio. EUR gegenüber 2014).

Die Erträge in der UG 25 machten 6,875 Mrd. EUR

- darunter 6,843 Mrd. EUR aus Abgaben netto (A.I), 16,17 Mio. EUR aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II), 14,06 Mio. EUR aus Transfers (B.I) und 2,36 Mio. EUR aus Finanzerträgen (D.I)

und die Aufwendungen 6,909 Mrd. EUR aus,

- darunter 7,85 Mio. EUR aus Personalaufwand (A.III), 590,06 Mio. EUR aus betrieblichem Sachaufwand (A.IV) und 6,311 Mrd. EUR aus dem Transferaufwand (B.II).

Das Nettoergebnis 2015 verbesserte sich um 18,25 Mio. EUR bzw. um 35,2 % gegenüber 2014.

A. Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit

Die Erträge aus Abgaben netto (A.I) betrugen 6,843 Mrd. EUR und die Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) 16,17 Mio. EUR.

- Die Erträge aus Abgaben netto (A.I) stammten insbesondere aus Abgabenähnlichen Erträgen (6,843 Mrd. EUR) und beinhalteten u.a. Dienstgeberbeiträge, den Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie die Abgeltung für die Einkommensteuer.

Den Erträgen standen Aufwendungen für Personal (A.III) von 7,85 Mio. EUR und betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von 590,06 Mio. EUR gegenüber.

- Der betriebliche Sachaufwand entstand insbesondere für Transporte durch Dritte (436,70 Mio. EUR) und Sonstigen betrieblichen Sachaufwand (108,80 Mio. EUR).

Der betriebliche Sachaufwand beinhalte gemäß Angaben des BMFJ vor allem Fahrpreisersätze im Linien- und Gelegenheitsverkehr bei den Schülerfreifahrten. Der Sonstige betriebliche Sachaufwand resultiere aus der Abrechnung der Schulbücher.

Das Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit 2015 verbesserte sich um + 180,09 Mio. EUR bzw. um + 3,0 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten bei

- den Erträgen aus Abgaben netto (A.I): + 201,48 Mio. EUR Abgabenähnliche Erträge,
- den Erträgen aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II): + 16,17 Mio. EUR sonstige Erträge und
- dem betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von + 38,07 Mio. EUR: darunter Transporte durch Dritte (+ 42,67 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMFJ ergebe sich die Erhöhung der Abgabenähnlichen Erträge aus höheren Dienstgeberbeiträgen auf Grund eines höheren Brut-

tolohnaufkommens und höheren Erträgen beim Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer aufgrund konjunktureller Schwankungen. Die rd. 16,17 Mio. EUR aus sonstigen Erträgen würden Erträge aus Vorperioden im Zusammenhang mit der Verrechnung des Überschusses an den Reservefonds darstellen. Der Mehraufwand bei den Transporten durch Dritte entstünde durch höhere Fahrpreisersätze im Linien- und Gelegenheitsverkehr bei den Schüler- und Lehrlingsfreifahrten.

B. Transferergebnis

Die Erträge aus Transfers (B.I) betrugen 14,06 Mio. EUR. Den Erträgen stand ein Transferaufwand (B.II) von 6,311 Mrd. EUR gegenüber.

- Der Transferaufwand entstand insbesondere für Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger (1,709 Mrd. EUR), Transfers an private Haushalte (4,533 Mrd. EUR) und sonstigen Transfers (66,09 Mio. EUR).

Der Transferaufwand für öffentliche Körperschaften und Rechtsträger beinhalte nach Angaben des BMFJ unter anderem Pensionsbeiträge für Kindererziehungszeiten und den Teilersatz der Aufwendungen für das Wochengeld. Der Transferaufwand für private Haushalte ergebe sich aus den Aufwendungen für Familienbeihilfe und Kinderbetreuungsgeld. Die Höhe des Aufwands für sonstige Transfers ergebe sich aus der Überweisung an das BMF gemäß § 39g Familienlastenausgleichsgesetz (FLAG)[26] und der Überweisung an das BMG gemäß § 39e FLAG[27].

Das Transferergebnis 2015 verschlechterte sich um 162,06 Mio. EUR bzw. um 2,6 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten bei

- dem Transferaufwand (B.II) von + 160,75 Mio. EUR: darunter Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger (– 121,62 Mio. EUR) und Transfers an private Haushalte (+ 279,39 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMFJ sei der gesunkene Transferaufwand an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger hauptsächlich auf einen niedrigeren Transferaufwand an den Hauptverband der Österreichischen Sozialversi-

26 Aus Mitteln des FLAF waren dem BMF Beträge für den Verwaltungsaufwand bei Vollziehung des FLAG für die zusätzlichen Kosten der monatlichen Auszahlung der Familienbeihilfe und die Kosten für die technische Umsetzung der automationsunterstützten Auszahlung der Familienbeihilfe zu überweisen.

27 Aus Mitteln des FLAF waren dem BMG die Kosten für Untersuchungen nach dem Mutter-Kind-Pass und die Kosten für die Auflage des Mutter-Kind-Passes zu überweisen.

cherungsträger für Pensionsbeiträge für Kindererziehungszeiten zurückzuführen (105,74 Mio. EUR). Das BMFJ führte als weiteren Grund für den Rückgang des Transferaufwands einen geringeren Überschuss des FLAF und somit eine geringere Rückzahlung des Reservefonds (27,96 Mio. EUR) bei gleichzeitig gestiegenen Mehraufwendungen (20,11 Mio. EUR) im Bereich des Teilersatzes für das Wochengeld als Grund für den Rückgang an.

E. Nettoergebnis versus Nettofinanzierungssaldo

Aufgrund unterschiedlicher Systematiken zwischen Ergebnis- und Finanzierungsrechnung kommt es notwendigerweise zwischen Nettoergebnis und Nettofinanzierungssaldo zu Abweichungen, die im Folgenden erläutert werden.

Der Nettofinanzierungssaldo aus der konsolidierten Finanzierungsrechnung fiel mit + 237,50 Mio. EUR um + 271,18 Mio. EUR günstiger aus als das Nettoergebnis aus der konsolidierten Ergebnisrechnung (– 33,67 Mio. EUR). Im Nettofinanzierungssaldo waren Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus empfangenen sowie gewährten Darlehen und Vorschüssen (– 54,94 Mio. EUR) sowie Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus der Investitionstätigkeit (– 0,42 Mio. EUR) berücksichtigt, die im Nettoergebnis nicht enthalten waren. Darunter fielen insbesondere die folgenden Positionen:

- Einzahlungen des Geldflusses aus empfangenen sowie gewährten Darlehen und Vorschüssen von 80,10 Mio. EUR (+ 4,89 Mio. EUR gegenüber 2014): darunter Einzahlungen aus Sonstigen Forderungen (veranschlagt) (80,09 Mio. EUR),

- Auszahlungen des Geldflusses aus empfangenen sowie gewährten Darlehen und Vorschüssen von 135,04 Mio. EUR (+ 1,71 Mio. EUR gegenüber 2014): 135,04 Mio. EUR Auszahlungen aus Sonstigen Forderungen (veranschlagt).

Nach Angaben des BMFJ handle es sich bei den Einzahlungen des Geldflusses aus empfangenen sowie gewährten Darlehen und Vorschüssen um Rückzahlungen von Unterhaltsvorschüssen. Die Auszahlungen des Geldflusses aus empfangenen sowie gewährten Darlehen und Vorschüssen beinhalten die Auszahlungen aus der Gewährung von Unterhaltsvorschüssen.

Weitere Unterschiede zwischen dem Nettofinanzierungssaldo und dem Nettoergebnis beruhten auf Abweichungen zwischen dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) (– 37,88 Mio. EUR), dem Transferergebnis (B) (+ 364,61 Mio. EUR) und dem Finanzergebnis (D) (– 0,20 Mio. EUR) vom

korrespondierenden Geldfluss. Dafür verantwortlich waren im Wesentlichen folgende Positionen:

- Abweichungen bei den Erträgen aus Abgaben netto (A.I): – 30,59 Mio. EUR Abgabenähnliche Erträge,
- Abweichungen bei den Erträgen aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II): – 16,17 Mio. EUR sonstige Erträge,
- Abweichungen bei dem betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von – 8,68 Mio. EUR: davon Aufwendungen aus der Wertberichtigung und dem Abgang von Forderungen (– 10,96 Mio. EUR),
- Abweichungen bei den Erträgen aus Transfers (B.I): + 352,44 Mio. EUR Transfers von öffentlichen Körperschaften und Rechtsträgern und
- Abweichungen bei dem Transferaufwand (B.II) von – 12,17 Mio. EUR: davon sonstige Transfers (– 14,81 Mio. EUR).

Die Abweichungen bei den Erträgen aus Abgaben netto waren auf Periodenabgrenzungen zurückzuführen. Die Abweichungen bei den Erträgen aus der Verwaltungstätigkeit waren auf Periodenabgrenzungen im Zusammenhang mit der Verbuchung des Überschusses des FLAF an den Reservefonds zurückzuführen. Die Abweichungen beim betrieblichen Sachaufwand aus den Aufwendungen aus der Wertberichtigung und dem Abgang von Forderungen sind nicht-finanzierungswirksam und schlugen nur im Ergebnishaushalt zu Buche. Die Finanzierungsrechnung wies Einzahlungen aufgrund von nicht-ergebniswirksamen Rückzahlungen des Reservefonds aus, woraus eine Abweichung bei den Transfererträgen resultierte. Der Transferaufwand war höher als die korrespondierenden Auszahlungen aufgrund der nicht-finanzierungswirksamen Erfassung von Forderungsabschreibungen für gewährte Darlehen.

14.3 Voranschlagsvergleichsrechnungen

14.3.1 Ergebnishaushalt

Tabelle 14.3-1: UG 25 – Ergebnishaushalt 2015

Ergebnishaushalt							
UG 25 Familien und Jugend	**Erfolg 2014**	**Voranschlag 2015**	**Erfolg 2015**	**Veränderung Erfolg 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015**	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Erträge	6.658,68	7.321,04	6.875,24	+ 216,56	+ 3,3	– 445,79	– 6,1
Aufwendungen	6.710,61	6.930,16	6.908,91	+ 198,31	+ 3,0	– 21,24	– 0,3
Nettoergebnis	**– 51,92**	**+ 390,88**	**– 33,67**	**+ 18,25**	**– 35,2**	**– 424,55**	**– 108,6**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Erträge in der UG 25 „Familien und Jugend“ 6,875 Mrd. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 216,56 Mio. EUR (+ 3,3 %) angestiegen und gegenüber dem Voranschlag um 445,79 Mio. EUR (– 6,1 %) gesunken.

Die Aufwendungen des Jahres 2015 waren mit 6,909 Mrd. EUR um 198,31 Mio. EUR (+ 3,0 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Aufwendungen um 21,24 Mio. EUR (– 0,3 %) niedriger.

Das Nettoergebnis der UG 25 „Familien und Jugend“ lag 2015 bei – 33,67 Mio. EUR. Es war um 18,25 Mio. EUR besser und damit um – 35,2 % niedriger als jenes für 2014 (– 51,92 Mio. EUR). Im Voranschlag war für das Nettoergebnis noch ein Überhang an Erträgen von 390,88 Mio. EUR ausgewiesen. Im Vergleich zum erzielten Erfolg des Jahres fiel das Nettoergebnis – das einen negativen Saldo aufweist - um 424,55 Mio. EUR schlechter und damit um – 108,6 % niedriger aus.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*grün und kursiv*) fassen die vom BMFJ bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 25 „Familien und Jugend“ (Tabelle I.2.11.1)**.

Tabelle 14.3-2: Ergebnishaushalt, UG 25 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Ergebnishaushalt					
UG 25 Familien und Jugend		Voranschlag 2015	Erfolg 2015	Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015	
		in Mio. EUR			in %
	Erträge	**7.321,04**	**6.875,24**	**– 445,79**	**– 6,1**
	Aufwendungen	**6.930,16**	**6.908,91**	**– 21,24**	**– 0,3**
	Nettoergebnis	**+ 390,88**	**– 33,67**	**– 424,55**	
GB 25.01	**Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	6.855,61	6.856,69	+ 1,08	+ 0,0
	Finanzerträge	0,00	2,36	+ 2,36	–
	Erträge	**6.855,61**	**6.859,06**	**+ 3,45**	**+ 0,1**
	Transferaufwand	6.210,31	6.236,72	+ 26,41	+ 0,4
	Betrieblicher Sachaufwand	623,93	581,40	– 42,52	– 6,8
	Aufwendungen	**6.834,24**	**6.818,12**	**– 16,11**	**– 0,2**
GB 25.02	**Familienpolitische Maßnahmen und Jugend**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	465,42	16,18	– 449,24	– 96,5
	Finanzerträge	0,00	–	– 0,00	– 100,0
	Erträge	**465,42**	**16,18**	**– 449,24**	**– 96,5**
	Personalaufwand	10,30	7,85	– 2,45	– 23,8
	Transferaufwand	78,75	74,29	– 4,46	– 5,7
	Betrieblicher Sachaufwand	6,87	8,65	+ 1,78	+ 25,9
	Aufwendungen	**95,92**	**90,79**	**– 5,13**	**– 5,3**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mehraufwendungen im GB 25.01 „Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen"

+ 26,41 Mio. EUR in der MVAG „Transferaufwand"

Mehraufwendungen für Familienbeihilfen (+ 83,37 Mio. EUR) aufgrund einer Nachzahlung an die Gemeinde Wien (55,51 Mio. EUR) sowie einer höheren Anzahl an Anspruchsberechtigten. Mehraufwendungen für Kinderbetreuungsgeld (+ 26,58 Mio. EUR) durch steigende Geburtenzahlen sowie höhere Inanspruchnahme des einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeldes. Weitere Mehraufwendungen beim Teilersatz der Aufwendungen für das Wochengeld (+ 29,73 Mio. EUR) durch steigende Geburtenzahlen; Mehraufwendungen bei den Pensionsbeiträgen für Pflegepersonen von Schwerstbehinderten (+ 3,40 Mio. EUR).

Diese Mehraufwendungen wurden teilweise durch Minderaufwendungen für den Reservefonds für Familienbeihilfen (– 112,96 Mio. EUR) kompensiert,

da sich infolge der Mehraufwendungen der Überschuss des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen reduzierte.

Minderaufwendungen im GB 25.01 „Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen"

– 42,52 Mio. EUR in der MVAG „Betrieblicher Sachaufwand"

Minderaufwendungen, da Fahrpreisersatzabrechnungen für zurückliegende Zeiträume (inklusive Nachforderungen) der Verkehrsverbünde nicht im vollen Ausmaß eingelangt sind (– 26,94 Mio. EUR). Minderaufwendungen im Bereich der Schulbuchaktion wegen nicht erfolgter Schulbuchbestellungen durch die Schulen (– 6,33 Mio. EUR). Weitere Minderaufwendungen betrafen Wertberichtigungen bei den Unterhaltsvorschüssen (– 5,53 Mio. EUR) und Abgaben zum FLAF (– 4,83 Mio. EUR).

Mindererträge im GB 25.02 „Familienpolitische Maßnahmen und Jugend"

– 449,24 Mio. EUR in der MVAG „Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mindererträge, da die Schuldentilgung des Reservefonds für Familienbeihilfen gegenüber dem Bund nicht als Ertrag im Ergebnishaushalt, sondern als Rückgang der Forderung im Vermögenshaushalt verbucht wurde.[28]

28 Siehe **BRA 2015, Textteil Band 3: Überprüfung der Gebarung des Familienlastenausgleichsfonds sowie des Reservefonds zum Familienlastenausgleichsfonds gemäß § 9 RHG 1948.**

14.3.2 Finanzierungshaushalt

Tabelle 14.3-3: UG 25 – Finanzierungshaushalt 2015

Finanzierungshaushalt							
UG 25 Familien und Jugend	**Zahlungen 2014**	**Voranschlag 2015**	**Zahlungen 2015**	**Veränderung Zahlungen 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015**	
	in Mio. EUR			in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Einzahlungen	7.103,69	7.393,84	7.260,84	+ 157,14	+ 2,2	– 133,00	– 1,8
Auszahlungen	6.833,98	7.023,47	7.023,33	+ 189,35	+ 2,8	– 0,14	– 0,0
Nettofinanzierungssaldo	**+ 269,71**	**+ 370,37**	**+ 237,50**	**– 32,20**	**– 11,9**	**– 132,86**	**– 35,9**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Einzahlungen in der UG 25 „Familien und Jugend“ 7,261 Mrd. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 157,14 Mio. EUR (+ 2,2 %) angestiegen und gegenüber dem Voranschlag um 133,00 Mio. EUR (– 1,8 %) gesunken.

Die Auszahlungen des Jahres 2015 waren mit 7,023 Mrd. EUR um 189,35 Mio. EUR (+ 2,8 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Auszahlungen um 0,14 Mio. EUR (– 0,0 %) niedriger.

Der Nettofinanzierungssaldo der UG 25 „Familien und Jugend“ lag 2015 bei + 237,50 Mio. EUR. Er war um 32,20 Mio. EUR schlechter und damit um – 11,9 % niedriger als jener für 2014 (+ 269,71 Mio. EUR) bzw. um 132,86 Mio. EUR schlechter und damit um – 35,9 % niedriger als im Voranschlag (+ 370,37 Mio. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*blau und kursiv*) fassen die vom BMFJ bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 25 „Familien und Jugend“ (Tabelle I.2.8.1)**.

Tabelle 14.3-4: Finanzierungshaushalt, UG 25 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Finanzierungshaushalt					
UG 25 Familien und Jugend		Voranschlag 2015	Zahlungen 2015	Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015	
		in Mio. EUR			in %
	Einzahlungen	**7.393,84**	**7.260,84**	**– 133,00**	**– 1,8**
	Auszahlungen	**7.023,47**	**7.023,33**	**– 0,14**	**– 0,0**
	Nettofinanzierungssaldo	**+ 370,37**	**+ 237,50**	**– 132,86**	
GB 25.01	**Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	6.855,61	6.828,27	– 27,34	– 0,4
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	72,80	80,10	+ 7,30	+ 10,0
	Einzahlungen	**6.928,41**	**6.908,37**	**– 20,04**	**– 0,3**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	596,51	572,77	– 23,74	– 4,0
	Auszahlungen aus Transfers	6.196,81	6.224,55	+ 27,74	+ 0,4
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	135,10	135,04	– 0,06	– 0,0
	Auszahlungen	**6.928,41**	**6.932,36**	**+ 3,95**	**+ 0,1**
GB 25.02	**Familienpolitische Maßnahmen und Jugend**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	465,42	352,46	– 112,96	– 24,3
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,00	–	– 0,00	– 100,0
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,00	0,00	– 0,00	– 39,0
	Einzahlungen	**465,43**	**352,46**	**– 112,97**	**– 24,3**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	15,86	16,26	+ 0,40	+ 2,5
	Auszahlungen aus Transfers	78,75	74,29	– 4,46	– 5,7
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,36	0,42	+ 0,06	+ 17,2
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,10	–	– 0,10	– 100,0
	Auszahlungen	**95,06**	**90,97**	**– 4,09**	**– 4,3**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mindereinzahlungen im GB 25.01 „Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen"

– 27,34 Mio. EUR in der MVAG „Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mindereinzahlungen bei den Dienstgeberbeiträgen aufgrund eines niedrigeren Bruttolohnaufkommens (– 47,47 Mio. EUR).

Diese Mindereinzahlungen wurden teilweise durch Mehreinzahlungen bei den Anteilen an Einkommen- und Körperschaftssteuer (+ 18,19 Mio. EUR) kompensiert.

Minderauszahlungen im GB 25.01 „Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen"

– 23,74 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit"

Minderauszahlungen, da Fahrpreisersatzabrechnungen für zurückliegende Zeiträume (inklusive Nachforderungen) der Verkehrsverbünde nicht im vollen Ausmaß eingelangt sind (– 20,10 Mio. EUR); weitere Minderauszahlungen im Bereich der Schulbuchaktion infolge nicht erfolgter Schulbuchbestellungen durch die Schulen (– 5,92 Mio. EUR). Diese Mindereinzahlungen wurden teilweise durch Mehreinzahlungen kompensiert.

Mehrauszahlungen im GB 25.01 „Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen"

+ 27,74 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus Transfers"

Mehrauszahlungen für Familienbeihilfen (+ 85,61 Mio. EUR) aufgrund einer Nachzahlung an die Gemeinde Wien (+ 55,51 Mio. EUR) sowie einer höheren Anzahl an Anspruchsberechtigten. Mehrauszahlungen für Kinderbetreuungsgeld (+ 26,58 Mio. EUR) durch steigende Geburtenzahlen sowie höhere Inanspruchnahme des einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeldes. Weitere Mehrauszahlungen beim Teilersatz der Aufwendungen für das Wochengeld (+ 29,89 Mio. EUR) durch steigende Geburtenzahlen. Mehrauszahlungen bei der Selbstversicherung in der Pensionsversicherung nach § 18a ASVG durch die nachträgliche Einbringung von Anträgen infolge einer rechtlichen Änderung (+ 3,40 Mio. EUR).

Diese Mehrauszahlungen wurden teilweise durch Minderauszahlungen an den Reservefonds für Familienbeihilfen (– 112,96 Mio. EUR) kompensiert, da sich infolge der Mehrauszahlungen der Überschuss des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen reduzierte.

Mindereinzahlungen im GB 25.02 „Familienpolitische Maßnahmen und Jugend"

– 112,96 Mio. EUR in der MVAG „Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mindereinzahlungen durch einen geringeren Überschuss des Familienlastenausgleichsfonds (FLAF).[29]

29 Siehe **BRA 2015, Textteil Band 3: Überprüfung der Gebarung des Familienlastenausgleichsfonds sowie des Reservefonds zum Familienlastenausgleichsfonds gemäß § 9 RHG 1948**.

14.3.3 Haushaltsrücklagen

Tabelle 14.3-5: UG 25 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015

Finanzierungshaushalt								
UG 25 Familien und Jugend	**Anfangs-bestand**	**Umbuchung**	**Entnahme**	**Auflösung**	**Zuführung**	**Endbestand**	**Veränderung 2014 : 2015**	
	in Mio. EUR							in %
Detailbudgetrücklagen	6,18	–	– 0,35	–	+ 4,21	10,04	+ 3,86	+ 62,4
Zweckgebundene Einzahlungsrücklagen	23,98	–	– 23,98	–	–	–	– 23,98	– 100,0
Gesamtsumme	**30,17**	**–**	**– 24,33**	**–**	**+ 4,21**	**10,04**	**– 20,13**	**– 66,7**

Quellen: Rücklagengebarung, eigene Berechnung

Der Stand der Rücklagen in der UG 25 „Familien und Jugend" belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 30,17 Mio. EUR und veränderte sich durch Entnahmen (24,33 Mio. EUR) und Zuführungen (4,21 Mio. EUR) auf 10,04 Mio. EUR zum 31. Dezember 2015. Im Verhältnis zu den veranschlagten Auszahlungen (7,023 Mrd. EUR) entsprach der Stand zum 31. Dezember 2015 einem Anteil von 0,1 %. Im BFG 2015 war für die UG 25 keine Rücklagenverwendung veranschlagt.

14.4 Finanzrahmen

Ausgehend von den tatsächlichen Auszahlungen 2015 stellen sich die Auszahlungsobergrenzen für die UG 25 „Familien und Jugend" gemäß BFRG für die Finanzjahre 2016 bis 2020 wie folgt dar:

Tabelle 14.4–1: UG 25 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020

Finanzierungshaushalt									
UG 25 Familien und Jugend	**Auszahlungen (Ist)**	**Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG**					**Veränderung**		
	2015	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**	**2020**	**2015 (Ist) : 2020**		**durch-schnittlich jährlich**
	in Mio. EUR							in %	
	7.023,33	**7.073,10**	**6.875,93**	**7.035,09**	**7.059,33**	**7.098,18**	**+ 74,85**	**+ 1,1**	**+ 0,2**
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze gesamt	*74.589,49*	*78.107,49*	*78.202,70*	*78.814,08*	*80.408,66*	*83.038,37*	*+ 8.448,88*	*+ 11,3*	*+ 2,2*
Anteil der UG 25	9,4 %	9,1 %	8,8 %	8,9 %	8,8 %	8,5 %	– 0,9 %-Punkte		–
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze Rubrik 2	*38.119,06*	*39.508,75*	*40.660,13*	*41.839,49*	*43.309,95*	*44.834,52*	*+ 6.715,45*	*+ 17,6*	*+ 3,3*
Anteil der UG 25	18,4 %	17,9 %	16,9 %	16,8 %	16,3 %	15,8 %	– 2,6 %-Punkte		–

Quellen: HIS, BFRG 2016 - 2019, 2017 - 2020, eigene Berechnung

Bis zum Jahr 2020 soll die Auszahlungsobergrenze für die UG 25 „Familien und Jugend“ um + 74,85 Mio. EUR (+ 1,1 %) auf 7,098 Mrd. EUR ansteigen. Dies entspricht einer Veränderungsrate gegenüber den tatsächlichen Auszahlungen 2015 von + 0,2 % im Jahresdurchschnitt. Im Jahr 2015 betrug der Anteil der UG 25 „Familien und Jugend“ an den Gesamtauszahlungen 9,4 % und an den Auszahlungen der Rubrik 2 18,4 %. Der Anteil der UG 25 an der Gesamt–Auszahlungsobergrenze soll bis 2020 auf 8,5 % zurückgehen bzw. innerhalb der Rubrik 2 auf 15,8 % sinken.

Folgende im Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 angeführte laufende bzw. geplante Maßnahmen und Reformen seien besonders wichtig für die budgetäre Zielerreichung:

- Finanzieller Ausgleich der Unterhaltslast für die noch nicht selbsterhaltungsfähigen Kinder durch eine Anhebung der Familienbeihilfe in den nächsten Jahren;
- die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll durch Maßnahmen für eine steigende Väterbeteiligung und mehr Flexibilität bei der Weiterentwicklung zum Kinderbetreuungsgeldkonto und durch die gezielte Einbindung der Wirtschaft und die Durchführung bewusstseinsbildender Maßnahmen forciert werden;
- Österreich soll bis 2025 durch verschiedene Maßnahmen zum familienfreundlichsten Land Europas werden;
- Förderung von anonymen und kostenlosen Beratungsleistungen und Geldzuwendungen für Familien, die aufgrund eines besonderen Ereignisses in eine finanziell existenzbedrohende Notsituation geraten sind;
- Förderung von Elternbildung, Gewaltprävention, Projekten zur Eltern- und Kinderbegleitung in Scheidungs- und Trennungssituationen und Familienmediation soll Konflikten vorbeugen und den Kinderschutz verstärken;
- Implementierung von Jugendpolitik als Querschnittsmaterie durch Umsetzung und Weiterentwicklung der Jugendstrategie;
- Implementierung des EU-Programms ERASMUS+/Jugend zur Steigerung der Qualität von Jugendmobilität, Beschäftigungsfähigkeit und Erreichung der EU 2020-Ziele.

Zur Einhaltung der Obergrenzen sei laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 die Forcierung der Bestrebungen, die Verteilungsschlüssel für Leistungen zu reduzieren, die nicht ausschließlich familienrelevant sind, erforderlich, weil aufgrund der Auswirkungen des Arbeitsmarktpaketes der Schuldenstand des Reservefonds für Familienbeihilfen in den kommenden Jahren voraussichtlich wieder ansteigen werde.[30]

Die im BFRG 2017 bis 2020 vorgesehenen Auszahlungsobergrenzen für die Jahre 2017 bis 2019 wurden gegenüber dem bisher geltenden BFRG 2016 bis 2019 um insgesamt – 7,4 % bzw. um durchschnittlich – 561,46 Mio. EUR pro Jahr vermindert. Dies habe laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 mit folgenden Faktoren zu tun:

- Die Einzahlungen in den Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) hätten sich zum größten Teil aus den Dienstgeberbeiträgen zum FLAF ergeben, die im Hinblick auf die Senkung des Beitragssatzes ab dem Jahr 2017 vermindert worden seien, weshalb ab 2017 mit keinem Überschuss, sondern mit einem Abgang aus der Gebarung des FLAF zu rechnen sei;

- der Anstieg der kinderabhängigen Geldleistungen aus dem FLAF sei auf die steigende Geburtenrate zurückzuführen;

- zu Mehrauszahlungen komme es durch die Einführung des Kinderbetreuungsgeldkontos.

Im Folgenden wird ein Überblick über die Entwicklung der tatsächlichen Auszahlungen und der Auszahlungsobergrenzen von 2011 bis 2015 bzw. ein Vergleich der Auszahlungen zu den Auszahlungsobergrenzen des derzeit geltenden BFRG 2017 bis 2020 gegeben:

30 siehe **BRA 2015, Textteil Band 3, Überprüfung der Gebarung des Familienlastenausgleichsfonds sowie des Reservefonds zum Familienlastenausgleichsfonds gemäß § 9 RHG 1948.**

Tabelle 14.4–2: UG 25 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015

Finanzierungshaushalt									
UG 25 Familien und Jugend	**BFRG bzw. Zahlungen**					**Veränderung**			
	2011	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	**2014 : 2015**		**2011 : 2015**	
	in Mio. EUR					in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Auszahlungsobergrenze UG 25	6.391,30	6.405,60	6.566,38	6.801,49	7.023,47	+ 221,99	+ 3,3	+ 632,17	+ 9,9
Auszahlungen UG 25	6.293,91	6.371,41	6.570,26	6.833,98	7.023,33	+ 189,35	+ 2,8	+ 729,42	+ 11,6
Abweichung Auszahlungen : Obergrenze	**– 97,39**	**– 34,19**	**+ 3,88**	**+ 32,50**	**– 0,14**				
Abweichung in %	**– 1,5 %**	**– 0,5 %**	**+ 0,1 %**	**+ 0,5 %**	**– 0,0 %**				

Quellen: HIS, BFRG 2011 - 2014, 2012 - 2015, 2013 - 2016, 2014 - 2017, 2015 - 2018, eigene Berechnung

Während ursprünglich zwischen 2011 und 2015 eine Erhöhung der Auszahlungsobergrenze gemäß BFRG um insgesamt + 632,17 Mio. EUR (+ 9,9 %) vorgesehen war, erhöhten sich die Auszahlungen zwischen 2011 und 2015 tatsächlich um + 729,42 Mio. EUR (+ 11,6 %). Im Jahr 2015 lagen die tatsächlichen Auszahlungen um - 0,14 Mio. EUR (– 0,0 %) unter jenen, die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen waren.

Tabelle 14.4–3: UG 25 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG

Finanzierungshaushalt						
UG 25 Familien und Jugend	**Auszahlungen (Ist)**		**durchschnittliche jährliche Veränderung**	**BFRG**	**durchschnittliche jährliche Veränderung**	**Differenz der Veränderungs-raten[1)]**
	2011	**2015**	**2011 : 2015**	**2020**	**2015 (Ist) : 2020 (BFRG)**	
	in Mio. EUR		in %	in Mio. EUR	in %	in %-Punkten
	6.293,91	**7.023,33**	**+ 2,8**	**7.098,18**	**+ 0,2**	**– 2,6**

1) Rundungsdifferenz möglich

Quellen: HIS, BFRG 2017 - 2020, eigene Berechnung

Die durchschnittliche jährliche Veränderung der Auszahlungen belief sich von 2011 bis 2015 auf + 2,8 %. Laut mittelfristiger Finanzplanung bis 2020 soll sie + 0,2 % betragen und somit um 2,6 Prozentpunkte geringer steigen als im Zeitraum 2011 bis 2015.

Um die Auszahlungsobergrenzen in der UG 25 „Familien und Jugend“ bis 2020 einhalten zu können, bedarf es aus Sicht des RH der Umsetzung quantifizierter struktureller Steuerungs- und Korrekturmaßnahmen.

Der RH weist in diesem Zusammenhang auf folgenden im Jahr 2016 dem Nationalrat vorgelegten Bericht hin:

- Kinderbetreuung für 0– bis 6–Jährige; Follow–up–Überprüfung (Reihe Bund 2016/4)

Das BMFJ setzte die Empfehlungen des RH aus dem Jahr 2013 teilweise um. Es beobachtete insbesondere die Zielerreichung der Ausbauvereinbarungen 2008 und 2011, kontrollierte konsequent die Verrechnungsvorgaben der Ausbauvereinbarung 2011 und anerkannte nur noch vereinbarungskonforme Verwendungsnachweise. Das BMFJ übernahm neuerlich im Rahmen einer Art. 15a–Vereinbarung die Finanzierung von Landes– bzw. Gemeindeaufgaben, erhöhte den Bundesanteil für den Ausbau des Kinderbetreuungsangebots, erachtete die Berücksichtigung des regionalen Bedarfs weiterhin als Aufgabe der Länder und Gemeinden und nahm diese Verantwortung selbst wahr. Weiterhin offen waren beispielsweise die Empfehlungen des RH zur qualitativen Evaluierung der Ausbauvereinbarung in Bezug auf das Kinderbetreuungsangebot und der Gratispflichtkindergartenvereinbarung sowie zur Erhebung geeigneter Daten für Öffnungszeiten.

Außerdem weist der RH auf folgenden im Rahmen seiner Überprüfung der Abschlussrechnungen gemäß § 9 RHG 1948 veröffentlichten Bericht hin (Einzelheiten im **BRA 2015, Textteil Band 3**):

- Überprüfung der Gebarung des Familienlastenausgleichsfonds sowie des Reservefonds zum Familienlastenausgleichsfonds

Der Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) finanzierte im Jahr 2015 Leistungen in Höhe von rd. 6,580 Mrd. EUR. Im Familienbeihilfeverfahren, welches das BMF über die Finanzämter administrierte, bestanden wesentliche Lücken im Internen Kontrollsystem (IKS) der eingesetzten IT-Anwendung. Eine Risikoanalyse fehlte ebenso wie ein darauf aufbauendes IKS-Konzept. Beispielsweise war das Vier-Augen-Prinzip nur rudimentär verankert und teilweise wirkungslos umgesetzt. Die vorgesehenen Revisionserfordernisse deckten nicht alle kritischen Verfahren ab. Automatisierte Schnittstellen zu vorhandenen Datenquellen fehlten großteils.[31]

Die im Detailbudget 25.01.04 „Transfers Sozialversicherungsträger“ zur Auszahlung gebrachten Abrechnungen waren durch mangelhafte Abrechnungskontrollen gekennzeichnet, insbesondere unterließ das BMFJ fast vollständig die Prüfung der sachlichen Richtigkeit.

31 siehe **BRA 2015, Textteil Band 3: Überprüfung der Gebarung des Familienlastenausgleichsfonds sowie des Reservefonds zum Familienlastenausgleichsfonds gemäß § 9 RHG 1948, TZ 5, S. 113.**

Der gemeinsam mit dem FLAF errichtete Reservefonds für Familienbeihilfen war als ausgegliederter Rechtsträger nicht im Bundesbudget abgebildet und wies erhebliche Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund aus (rd. 2,660 Mrd. EUR zum 31. Dezember 2015), welche als Forderungen im Globalbudget 25.02 „Familienpolitische Maßnahmen und Jugend“ ausgewiesen waren. Das BMFJ prüfte die Werthaltigkeit dieser Forderung auch nach Aufforderung zur Mängelbehebung durch den RH nicht.

15 UG 30 „BILDUNG UND FRAUEN“

UG 30 Bildung und Frauen - BMBF	
zentrale Budgetbereiche	Pflichtschulen Primar- und Sekundarstufe I
	AHS-Sekundarstufe I
	Berufsbildende mittlere und höhere Schulen
	Räumliche Infrastruktur
	Ressourcen für private mittlere und höhere Schulen
	Lehrer/innenbildung
	Pflichtschulen Sekundarstufe II
	Regionale Schulverwaltung

Quelle: HIS

15.1 Vermögensrechnung

Tabelle 15.1–1: UG 30 – Vermögensrechnung[1)]

Vermögensrechnung						
UG 30 Bildung und Frauen		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
A + B	**Vermögen**	**983,14**	**962,11**	**– 21,03**	**– 2,1**	**100,0**
A	Langfristiges Vermögen	826,59	810,43	– 16,16	– 2,0	84,2
A.I	Immaterielle Vermögenswerte	0,07	0,09	+ 0,02	+ 31,7	0,0
A.II	Sachanlagen	813,35	800,77	– 12,58	– 1,5	83,2
A.II.02	Gebäude und Bauten	684,89	674,10	– 10,79	– 1,6	70,1
	GB 30.01 Steuerung und Services	684,89	674,08	– 10,81	– 1,6	70,1
A.II.04	Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung	107,58	106,86	– 0,72	– 0,7	11,1
	GB 30.02 Schule einschließlich Lehrpersonal	99,01	98,18	– 0,83	– 0,8	10,2
A.IV	Beteiligungen	5,01	2,68	– 2,33	– 46,5	0,3
A.V	Langfristige Forderungen	8,16	6,89	– 1,28	– 15,7	0,7
B	Kurzfristiges Vermögen	156,55	151,68	– 4,87	– 3,1	15,8
B.II	Kurzfristige Forderungen	151,59	146,95	– 4,64	– 3,1	15,3
B.II.06	Sonstige kurzfristige Forderungen (nv)	146,80	142,04	– 4,76	– 3,2	14,8
	GB 30.02 Schule einschließlich Lehrpersonal	116,30	115,50	– 0,80	– 0,7	12,0
	Aktive Rechnungsabgrenzung	108,18	107,60	– 0,58	– 0,5	11,2
B.III	Vorräte	4,66	4,44	– 0,22	– 4,7	0,5
B.IV	Liquide Mittel	0,31	0,30	– 0,01	– 4,1	0,0
C	**Nettovermögen (Ausgleichsposten)**	**– 80,47**	**– 182,71**	**– 102,24**	**+ 127,0**	
C.I	Neubewertungsrücklagen (Umbewertungskonto)	0,96	0,00	– 0,96	– 100,0	
C.IV	Jährliches Nettoergebnis (inkl. "Personal, das für Dritte leistet")	– 8.072,52	– 8.254,01	– 181,49	+ 2,2	
	GB 30.01 Steuerung und Services	– 1.015,50	– 1.020,22	– 4,72	+ 0,5	
	GB 30.02 Schule einschließlich Lehrpersonal	– 6.973,01	– 7.223,37	– 250,36	+ 3,6	
	GB 30.03 Kunst und Kultur	– 26,45	0,00	+ 26,45	– 100,0	
	GB 30.04 Ausgegliederte Kultureinrichtungen	– 49,26	0,00	+ 49,26	– 100,0	
	GB 30.05 Frauenangelegenheiten und Gleichstellung	– 8,30	– 10,43	– 2,12	+ 25,5	
C.V	Saldo aus der jährl. Eröffnungsbilanz	– 11,56	– 76,92	– 65,37	+ 565,6	
C.VI	Bundesfinanzierung	8.002,65	8.148,23	+ 145,58	+ 1,8	

Vermögensrechnung

UG 30 Bildung und Frauen		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
D + E	**Fremdmittel**	**1.063,61**	**1.144,82**	**+ 81,21**	**+ 7,6**	**100,0**
D	Langfristige Fremdmittel	849,68	820,20	– 29,48	– 3,5	71,6
D.II	Langfristige Verbindlichkeiten	89,87	1,59	– 88,28	– 98,2	0,1
D.II.03	aus Lieferungen und Leistungen	88,04	0,07	– 87,97	– 99,9	0,0
	GB 30.01 Steuerung und Services	87,97	0,00	– 87,97	– 100,0	0,0
D.III	Langfristige Rückstellungen	759,81	818,61	+ 58,81	+ 7,7	71,5
D.III.01	für Abfertigungen	360,43	376,91	+ 16,48	+ 4,6	32,9
	GB 30.02 Schule einschließlich Lehrpersonal	341,37	356,66	+ 15,29	+ 4,5	31,2
D.III.02	für Jubiläumszuwendungen	360,62	377,79	+ 17,17	+ 4,8	33,0
	GB 30.02 Schule einschließlich Lehrpersonal	324,09	339,57	+ 15,48	+ 4,8	29,7
D.III.05	Sonstige	38,76	63,92	+ 25,16	+ 64,9	5,6
	GB 30.02 Schule einschließlich Lehrpersonal	38,39	63,55	+ 25,16	+ 65,5	5,6
E	Kurzfristige Fremdmittel	213,94	324,62	+ 110,68	+ 51,7	28,4
E.II	Kurzfristige Verbindlichkeiten	197,49	298,13	+ 100,63	+ 51,0	26,0
E.II.01	aus Lieferungen und Leistungen	9,88	102,07	+ 92,20	+ 933,3	8,9
	GB 30.01 Steuerung und Services	2,92	91,74	+ 88,83	+ 3.044,5	8,0
E.II.06	Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	175,13	179,69	+ 4,56	+ 2,6	15,7
	GB 30.02 Schule einschließlich Lehrpersonal	154,03	158,36	+ 4,32	+ 2,8	13,8
	Passive Rechnungsabgrenzungen	147,85	151,79	+ 3,93	+ 2,7	13,3
E.III	Kurzfristige Rückstellungen	16,44	26,49	+ 10,05	+ 61,1	2,3

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Vermögensrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 betrug in der UG 30 „Bildung und Frauen" 962,11 Mio. EUR und sank gegenüber 31. Dezember 2014 um – 21,03 Mio. EUR (– 2,1 %). Der Anteil des kurzfristigen Vermögens betrug 15,8 % und der des langfristigen Vermögens 84,2 %. Dem Vermögen standen Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 von 1,145 Mrd. EUR gegenüber, die im Vergleich zum 31. Dezember 2014 um + 81,21 Mio. EUR (+ 7,6 %) anwuchsen. Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 waren zu 28,4 % kurzfristig und zu 71,6 % langfristig. Nachdem die Fremdmittel das Vermögen überstiegen, ergab sich ein Nettovermögen (Ausgleichsposten) zum 31. Dezember 2015 von – 182,71 Mio. EUR. Gegenüber 31. Dezember 2014 verschlechterte sich das Nettovermögen (Ausgleichsposten) um 102,24 Mio. EUR bzw. 127,0 %.

A. und B. Vermögen

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 (962,11 Mio. EUR) setzte sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- A.II Sachanlagen: 800,77 Mio. EUR (83,2 %), davon 674,10 Mio. EUR für Gebäude und Bauten sowie 106,86 Mio. EUR für Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung und

– B.II Kurzfristige Forderungen: 146,95 Mio. EUR (15,3 %), davon 142,04 Mio. EUR für Sonstige kurzfristige Forderungen (nicht veranschlagt) (Aktive Rechnungsabgrenzungen gesamt 131,61 Mio. EUR und im GB 30.02 „Schule einschließlich Lehrpersonal“: 107,60 Mio. EUR).

Der Rückgang des Vermögens gegenüber 31. Dezember 2014 von – 21,03 Mio. EUR (– 2,1 %) resultierte insbesondere aus Veränderungen bei Gebäuden und Bauten (A.II.02) von – 10,79 Mio. EUR (– 1,6 %). Nach Angaben des BMBF sei dieser Rückgang auf die jährliche Abschreibung zurückzuführen.

D. und E. Fremdmittel

Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 (1,145 Mrd. EUR) setzten sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

– D.III Langfristige Rückstellungen: 818,61 Mio. EUR (71,5 %), davon 376,91 Mio. EUR für Abfertigungen, 377,79 Mio. EUR für Jubiläumszuwendungen und 63,92 Mio. EUR für Sonstige langfristige Rückstellungen sowie

– E.II Kurzfristige Verbindlichkeiten: 298,13 Mio. EUR (26,0 %), davon 102,07 Mio. EUR aus Lieferungen und Leistungen und 179,69 Mio. EUR für Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten (Passive Rechnungsabgrenzungen gesamt: 171,21 Mio. EUR und im GB 30.02 „Schule einschließlich Lehrpersonal“: 151,79 Mio. EUR).

Der Anstieg der Fremdmittel gegenüber 31. Dezember 2014 von + 81,21 Mio. EUR (+ 7,6 %) war insbesondere auf Veränderungen bei Langfristigen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (D.II.03) von – 87,97 Mio. EUR (– 99,9 %), Kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (E.II.01) von + 92,20 Mio. EUR (+ 933,3 %), Rückstellungen für Abfertigungen (D.III.01) von + 16,48 Mio. EUR (+ 4,6 %), Rückstellungen für Jubiläumszuwendungen (D.III.02) von + 17,17 Mio. EUR (+ 4,8 %) und Sonstigen langfristigen Rückstellungen (D.III.05) von + 25,16 Mio. EUR (+ 64,9 %), zurückzuführen.

Nach Angaben des BMBF ergebe sich der Rückgang der Langfristigen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen aus der Umwandlung einer langfristigen Verbindlichkeit gegenüber der Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H. (BIG) in eine kurzfristige Verbindlichkeit. Dementsprechend seien die kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen angestiegen. Die höheren Rückstellungen im Vergleich zum Vorjahr seien laut BMBF vor allem auf die Neudotierung von Rückstellungen (25,16 Mio. EUR) für die Zeitkonten der Lehrer zurückzuführen. Diese Rückstellung sei erstmals im Finanzjahr 2015 gebildet worden.

15.2 Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung

Tabelle 15.2-1: UG 30 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung[1)]

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 30 Bildung und Frauen		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
A	**Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (= A.I + A.II – A.III – A.IV)**	**– 4.109,42**	**– 4.210,68**	**– 101,26**	**+ 2,5**	**– 3.952,47**	**– 4.082,90**	**– 130,42**	**+ 3,3**	**+ 127,78**
A.II	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	69,79	67,98	– 1,80	– 2,6	63,58	61,44	– 2,14	– 3,4	– 6,54
A.II.02	Erträge aus Kostenbeiträgen und Gebühren	55,04	54,46	– 0,59	– 1,1	54,99	54,53	– 0,46	– 0,8	+ 0,07
	GB 30.02 Schule einschließlich Lehrpersonal	50,95	50,49	– 0,46	– 0,9	50,66	50,56	– 0,10	– 0,2	+ 0,07
A.III	Personalaufwand	3.154,45	3.242,26	+ 87,81	+ 2,8	3.112,35	3.167,20	+ 54,85	+ 1,8	– 75,07
A.III.01	Bezüge	2.239,03	2.293,77	+ 54,74	+ 2,4	2.237,35	2.293,61	+ 56,27	+ 2,5	– 0,16
	GB 30.01 Steuerung und Services	176,34	182,47	+ 6,13	+ 3,5	176,63	182,62	+ 5,99	+ 3,4	+ 0,16
	GB 30.02 Schule einschließlich Lehrpersonal	2.060,04	2.111,30	+ 51,26	+ 2,5	2.058,94	2.110,99	+ 52,05	+ 2,5	– 0,31
A.III.02	Mehrdienstleistungen	238,13	231,94	– 6,20	– 2,6	235,66	224,16	– 11,50	– 4,9	– 7,78
	GB 30.02 Schule einschließlich Lehrpersonal	230,15	225,21	– 4,95	– 2,1	227,67	217,52	– 10,15	– 4,5	– 7,69
A.III.04	Gesetzlicher Sozialaufwand	585,35	597,76	+ 12,41	+ 2,1	584,53	596,17	+ 11,63	+ 2,0	– 1,59
	GB 30.02 Schule einschließlich Lehrpersonal	539,22	550,93	+ 11,71	+ 2,2	538,43	549,36	+ 10,93	+ 2,0	– 1,57
A.III.05	Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen und nicht konsumierte Urlaube	66,92	93,90	+ 26,98	+ 40,3	29,71	28,51	– 1,19	– 4,0	– 65,39
	GB 30.02 Schule einschließlich Lehrpersonal	60,43	86,24	+ 25,81	+ 42,7	26,47	25,55	– 0,92	– 3,5	– 60,68
A.IV	Betrieblicher Sachaufwand	1.024,75	1.036,40	+ 11,65	+ 1,1	903,71	977,14	+ 73,44	+ 8,1	– 59,26
A.IV.02	Mieten	479,41	481,45	+ 2,04	+ 0,4	395,02	479,23	+ 84,22	+ 21,3	– 2,21
	GB 30.01 Steuerung und Services	463,07	465,79	+ 2,72	+ 0,6	378,78	463,59	+ 84,81	+ 22,4	– 2,20
A.IV.03	Instandhaltung	64,96	69,28	+ 4,32	+ 6,7	66,39	67,93	+ 1,55	+ 2,3	– 1,35
	GB 30.01 Steuerung und Services	50,82	53,60	+ 2,78	+ 5,5	52,23	52,21	– 0,02	– 0,0	– 1,39
A.IV.06	Aufwand für Werkleistungen	113,12	113,40	+ 0,28	+ 0,2	113,74	113,11	– 0,62	– 0,5	– 0,29
	GB 30.01 Steuerung und Services	59,99	58,15	– 1,84	– 3,1	60,98	57,83	– 3,15	– 5,2	– 0,32
	GB 30.02 Schule einschließlich Lehrpersonal	48,49	50,74	+ 2,26	+ 4,7	47,83	50,79	+ 2,96	+ 6,2	+ 0,05
A.IV.07	Personalleihe und sonstige Dienstverhältnisse zum Bund	154,52	155,23	+ 0,71	+ 0,5	163,20	155,29	– 7,90	– 4,8	+ 0,06
	GB 30.01 Steuerung und Services	66,18	64,55	– 1,63	– 2,5	67,72	64,98	– 2,74	– 4,0	+ 0,43
	GB 30.02 Schule einschließlich Lehrpersonal	88,22	90,69	+ 2,47	+ 2,8	95,30	90,31	– 4,99	– 5,2	– 0,37

UG 30 Bildung und Frauen		Ergebnisrechnung (ER) 2014	2015	Veränderung 2014 : 2015		Finanzierungsrechnung (FR) 2014	2015	Veränderung 2014 : 2015		Abweichung 2015 ER : FR
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
A.IV.11	Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	43,60	43,33	– 0,27	– 0,6					– 43,33
	GB 30.01 Steuerung und Services	13,81	13,69	– 0,12	– 0,9					– 13,69
	GB 30.02 Schule einschließlich Lehrpersonal	29,75	29,64	– 0,11	– 0,4					– 29,64
A.IV.14	Sonstiger betrieblicher Sachaufwand	121,71	125,06	+ 3,34	+ 2,7	118,72	113,52	– 5,20	– 4,4	– 11,54
	GB 30.02 Schule einschließlich Lehrpersonal	88,13	95,66	+ 7,53	+ 8,5	87,65	87,82	+ 0,17	+ 0,2	– 7,84
B	**Transferergebnis (= B.I – B.II)**	**– 3.963,10**	**– 4.041,00**	**– 77,90**	**+ 2,0**	**– 3.974,09**	**– 4.040,98**	**– 66,89**	**+ 1,7**	**+ 0,02**
B.I	Erträge aus Transfers	44,87	44,24	– 0,63	– 1,4	44,89	44,24	– 0,65	– 1,4	+ 0,00
B.II	Transferaufwand	4.007,98	4.085,24	+ 77,27	+ 1,9	4.018,98	4.085,22	+ 66,24	+ 1,6	– 0,02
B.II.01	Aufwand für Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger	3.827,57	3.968,21	+ 140,64	+ 3,7	3.849,53	3.968,21	+ 118,68	+ 3,1	+ 0,00
	GB 30.02 Schule einschließlich Lehrpersonal	3.787,44	3.950,90	+ 163,46	+ 4,3	3.809,39	3.950,90	+ 141,51	+ 3,7	+ 0,00
	GB 30.04 Ausgegliederte Kultureinrichtungen	19,98		– 19,98	– 100,0	19,98		– 19,98	– 100,0	0,00
B.II.03	Aufwand für Transfers an Unternehmen	37,05	0,12	– 36,93	– 99,7	32,87	0,12	– 32,75	– 99,6	+ 0,00
	GB 30.04 Ausgegliederte Kultureinrichtungen	28,51		– 28,51	– 100,0	28,51		– 28,51	– 100,0	0,00
B.II.05	Transfers an private Haushalte	142,97	115,38	– 27,60	– 19,3	136,20	115,35	– 20,85	– 15,3	– 0,03
	GB 30.01 Steuerung und Services	107,52	104,98	– 2,53	– 2,4	107,54	104,97	– 2,57	– 2,4	– 0,01
	GB 30.03 Kunst und Kultur	20,37		– 20,37	– 100,0	13,57		– 13,57	– 100,0	0,00
C	**Ergebnis aus d. operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers (= A + B)**	**– 8.072,52**	**– 8.251,68**	**– 179,16**	**+ 2,2**	**– 7.926,56**	**– 8.123,87**	**– 197,31**	**+ 2,5**	**+ 127,81**
D	**Finanzergebnis (= D.I – D.II)**	**+ 0,00**	**– 2,33**	**– 2,33**	**– 106.232,7**	**+ 0,00**	**– 0,00**	**– 0,00**	**– 263,4**	**+ 2,33**
D.I	Finanzerträge	0,00	0,00	– 0,00	– 85,5	0,00	0,00	+ 0,00	+ 27,1	+ 0,00
D.II	Finanzaufwand	0,00	2,33	+ 2,33	+ 266.560,2	0,00	0,00	+ 0,00	+ 252,5	– 2,33
C*	**Geldfluss aus empfangenen s. gewährten Darlehen und Vorschüssen**					**+ 0,46**	**+ 0,52**	**+ 0,07**	**+ 14,3**	**+ 0,52**
D*	**Geldfluss aus der Investitionstätigkeit**					**– 28,00**	**– 29,56**	**– 1,56**	**+ 5,6**	**– 29,56**
E	**Nettoergebnis (ER: C + D) / Nettofinanzierungssaldo (FR: C + D + C* + D*)**	**– 8.072,52**	**– 8.254,01**	**– 181,49**	**+ 2,2**	**– 7.954,10**	**– 8.152,92**	**– 198,81**	**+ 2,5**	**+ 101,10**
	davon Erträge/ Einzahlungen	114,66	112,22	– 2,44	– 2,1	110,47	107,51	– 2,96	– 2,7	– 4,71
	davon Aufwendungen/ Auszahlungen	8.187,18	8.366,24	+ 179,06	+ 2,2	8.064,58	8.260,43	+ 195,85	+ 2,4	– 105,81
	davon Erträge aus Vorperioden	0,39		– 0,39	– 100,0					0,00
	davon Aufwand aus Vorperioden	2,71	1,12	– 1,58	– 58,4					– 1,12
	um Vorperioden bereinigtes Nettoergebnis	**– 8.070,21**	**– 8.252,89**	**– 182,68**	**+ 2,3**	**– 7.954,10**	**– 8.152,92**	**– 198,81**	**+ 2,5**	**+ 99,97**

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Ergebnis- und Finanzierungsrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

In der UG 30 „Bildung und Frauen“ betrug das Nettoergebnis 2015 (E) der konsolidierten Ergebnisrechnung – 8,254 Mrd. EUR. Es setzte sich zusammen aus

- dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) von – 4,211 Mrd. EUR (– 101,26 Mio. EUR gegenüber 2014),
- dem Transferergebnis (B) von – 4,041 Mrd. EUR (– 77,90 Mio. EUR gegenüber 2014) und
- dem Finanzergebnis (D) von – 2,33 Mio. EUR (– 2,33 Mio. EUR gegenüber 2014).

Die Erträge in der UG 30 machten 112,22 Mio. EUR

- darunter 67,98 Mio. EUR aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II), 44,24 Mio. EUR aus Transfers (B.I) sowie 445,42 EUR aus Finanzerträgen (D.I)

und die Aufwendungen 8,366 Mrd. EUR aus

- darunter 3,242 Mrd. EUR aus Personalaufwand (A.III), 1,036 Mrd. EUR aus betrieblichem Sachaufwand (A.IV), 4,085 Mrd. EUR aus Transferaufwand (B.II) sowie 2,33 Mio. EUR aus Finanzaufwand (D.II).

Das Nettoergebnis 2015 verschlechterte sich um 181,49 Mio. EUR bzw. um 2,2 % gegenüber 2014.

A. Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit

Die Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) betrugen 67,98 Mio. EUR.

Die Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) waren im Wesentlichen den Erträgen aus Kostenbeiträgen und Gebühren (54,46 Mio. EUR) zuzuordnen.

Nach Angaben des BMBF würden die Erträge aus Kostenbeiträgen und Gebühren hauptsächlich Erträge in der zweckgebundenen Gebarung der Bundesschulen (Arbeitsmittelbeiträge usw.) sowie Erträge von Betreuungs- und Nächtigungsbeiträgen für die Bundesheime beinhalten.

Den Erträgen standen Aufwendungen für Personal (A.III) von 3,242 Mrd. EUR und betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von 1,036 Mrd. EUR gegenüber.

- Die wesentlichen Positionen im Personalaufwand betrafen Bezüge (2,294 Mrd. EUR), Mehrdienstleistungen (231,94 Mio. EUR), den Gesetzlichen Sozialaufwand (597,76 Mio. EUR) sowie Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen und nicht konsumierte Urlaube (93,90 Mio. EUR).

- Der betriebliche Sachaufwand entstand insbesondere für Mieten (481,45 Mio. EUR), Instandhaltung (69,28 Mio. EUR), Werkleistungen (113,40 Mio. EUR), Personalleihe und sonstige Dienstverhältnisse zum Bund (155,23 Mio. EUR) sowie Sonstigen betrieblichen Sachaufwand (125,06 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMBF setze sich die Position Bezüge vor allem aus Aufwendungen für Personalkosten der Zentralstelle, der Landesschulräte, des Stadtschulrates für Wien, der Pädagogischen Hochschulen und des Lehrer– und Verwaltungspersonals zusammen. Die Mehrdienstleistungen und der Gesetzliche Sozialaufwand würden im Wesentlichen die Aufwendungen für Mehrdienstleistungen und die Dienstgeberbeiträge (Lehrer– und Verwaltungspersonal) beinhalten. Die Positionen Mieten und Instandhaltung würden sich nach Angaben des BMBF zum größten Teil aus den Aufwendungen für die Instandhaltung der räumlichen Infrastruktur zusammensetzen. Die Werkleistungen würden laut BMBF Aufwendungen für die Beauftragung von diversen Leistungen von Einzelpersonen, Firmen oder juristischen Personen beinhalten. Die Personalleihe und sonstige Dienstverhältnisse zum Bund würden zum größten Teil Aufwendungen aus den Bezügen für Bedienstete (Religionslehrer) von gesetzlich anerkannten Religionsgesellschaften und Vergütungen gem. § 19 Abs. 3 bis 5 Privatschulgesetz beinhalten. Der Sachaufwand für die Allgemein bildenden höheren Schulen (AHS) Sekundarstufe I und Sekundarstufe II, die Berufsbildenden mittleren und höheren Schulen (BMHS) und die Bundesschulheime zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs sei in der Position Sonstiger betrieblicher Sachaufwand enthalten.

Das Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit 2015 verschlechterte sich um 101,26 Mio. EUR bzw. um 2,5 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten beim

- Personalaufwand (A.III) von + 87,81 Mio. EUR: darunter Bezüge (+ 54,74 Mio. EUR), Gesetzlicher Sozialaufwand (+ 12,41 Mio. EUR) sowie Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen und nicht konsumierte Urlaube (+ 26,98 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMBF sei der Anstieg des Personalaufwands auf den Mehrbedarf bei Personalaufwendungen und Dienstgeberbeiträgen im Bereich der Allgemein bildenden höheren Schulen und Berufsbildenden mittleren und höheren Schulen zurückzuführen.

B. Transferergebnis

Die Erträge aus Transfers (B.I) betrugen 44,24 Mio. EUR. Den Erträgen stand ein Transferaufwand (B.II) von 4,085 Mrd. EUR gegenüber.

- Der Transferaufwand entstand insbesondere für Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger (3,968 Mrd. EUR) und Transfers an private Haushalte (115,38 Mio. EUR).

Das Transferergebnis 2015 verschlechterte sich um 77,90 Mio. EUR bzw. um 2,0 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten beim

- Transferaufwand (B.II) von + 77,27 Mio. EUR: darunter Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger (+ 140,64 Mio. EUR), Transfers an Unternehmen (– 36,93 Mio. EUR) und Transfers an private Haushalte (– 27,60 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMBF beinhalte der Transferaufwand an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger im Wesentlichen Aufwendungen für die Refundierung der Landeslehrerpersonalkosten gemäß Finanzausgleichsgesetz.[32] Der Transferaufwand an private Haushalte setze sich großteils aus Aufwendungen für Förderungen betreffend Schülerunterstützungen, Schülerbeihilfen, Gemeinnützige Einrichtungen, physische Personen sowie Bildungsmaßnahmen zusammen.

Die höheren Transferaufwendungen an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger würden sich laut BMBF einerseits bei den Mitteln gemäß Art. 15a B-VG für den Ausbau ganztägiger Schulformen, andererseits bei den Transferaufwendungen an die Länder gemäß § 4 Finanzausgleichsgesetz für die Gehaltserhöhung, den Ausbau der Tagesbetreuung, für den flächendeckenden Ausbau der Neuen Mittelschulen (NMS), für das neue Dienstrecht für Landeslehrpersonen (Aufnahmen, Überleitungen) sowie den verstärkten Zuzug von zu beschulenden Asylwerbern ergeben. Der Transferaufwand an Unternehmen und an private Haushalte sei laut BMBF vor allem aufgrund der Bundesministeriengesetz-Novelle 2014 (Übertragung

32 siehe **BRA 2015, Textteil Band 3: Ordnungsmäßigkeits- und Belegprüfung der Haushaltsverrechnung des Bundes für das Jahr 2015 gemäß § 9 RHG 1948, TZ 3**.

des Bereichs Kunst- und Kulturangelegenheiten in eine eigene Untergliederung) gesunken.

E. Nettoergebnis versus Nettofinanzierungssaldo

Der Nettofinanzierungssaldo aus der konsolidierten Finanzierungsrechnung fiel mit – 8,153 Mrd. EUR um + 101,10 Mio. EUR günstiger aus als das Nettoergebnis aus der konsolidierten Ergebnisrechnung (– 8,254 Mrd. EUR). Im Nettofinanzierungssaldo waren Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus empfangenen sowie gewährten Darlehen und Vorschüssen (+ 0,52 Mio. EUR) sowie Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus der Investitionstätigkeit (– 29,56 Mio. EUR) berücksichtigt, die im Nettoergebnis nicht enthalten waren.

Weitere Unterschiede zwischen dem Nettofinanzierungssaldo und dem Nettoergebnis beruhten auf Abweichungen zwischen dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) (+ 127,78 Mio. EUR), dem Transferergebnis (B) (+ 0,02 Mio. EUR) und dem Finanzergebnis (D) (+ 2,33 Mio. EUR) vom korrespondierenden Geldfluss. Dafür verantwortlich waren im Wesentlichen folgende Positionen:

- Abweichungen beim Personalaufwand (A.III) von – 75,07 Mio. EUR: davon Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen und nicht konsumierte Urlaube (– 65,39 Mio. EUR),

- Abweichungen beim betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von – 59,26 Mio. EUR: davon Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte (– 43,33 Mio. EUR) und Sonstiger betrieblicher Sachaufwand (– 11,54 Mio. EUR).

Der höhere Personalaufwand im Vergleich zu den Personalauszahlungen war vor allem auf die nicht-finanzierungswirksame Dotierung der Personalrückstellungen zurückzuführen. In der Position Betrieblicher Sachaufwand schlugen die nicht-finanzierungswirksamen Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte nur in der Ergebnisrechnung zu Buche. Die Aufwendungen des Sonstigen betrieblichen Sachaufwands waren im Vergleich zu den korrespondierenden Auszahlungen höher aufgrund der nicht-finanzierungswirksamen Dotierung von Rückstellungen für Prozesskosten (– 9,45 Mio. EUR) sowie der nicht-finanzierungswirksamen Umbuchung von Aufwendungen aus Vorperioden (– 1,12 Mio. EUR).

15.3 UG-spezifische Entwicklungen

In der nachfolgenden Tabelle werden wichtige Kennzahlen der Schulen in einem Fünf-Jahres-Vergleich dargestellt.

Tabelle 15.3-1: Bildungsstatistik Schuljahre 2010/11 bis 2014/15

Bildungsstatistik	2010/11	2011/12	2012/13	2013/14	2014/15	Veränderung			
						2010/11 auf 2014/15		2013/14 auf 2014/15	
	Anzahl						in %	Anzahl	in %
Schulen	6.178	6.120	6.049	6.015	6.013	– 165	– 2,7	– 2	– 0,0
Klassen	56.377	56.012	55.604	55.366	55.299	– 1.078	– 1,9	– 67	– 0,1
Schüler	1.166.525	1.153.912	1.142.726	1.134.863	1.129.046	– 37.479	– 3,2	– 5.817	– 0,5
Lehrer	124.921	124.972	124.862	125.011	125.632	+ 711	+ 0,6	+ 621	+ 0,5

Quelle: Statistik Austria (Schulstatistik Dezember 2015)

Im Schuljahr 2014/15 waren an Österreichs Schulen insgesamt 1.129.046 Schüler eingeschrieben. Im Vergleich der Schuljahre 2010/11 und 2014/15 ging die Anzahl der Schüler, bedingt durch den Geburtenrückgang ab Mitte der 1990er Jahre, um – 37.479 (– 3,2 %) zurück. Zwischen den Schuljahren 2013/14 und 2014/15 betrug der Rückgang – 5.817 (– 0,5 %). Gleichzeitig stieg die Anzahl der Lehrer in den Schuljahren 2010/11 bis 2014/15 um + 711 (+ 0,6 %) an, was auf zahlreiche Reformmaßnahmen im Bereich der schulischen Bildung zurückzuführen ist.

In der nachstehenden Tabelle wird die Anzahl der Schüler pro Schultyp dargestellt.

Tabelle 15.3-2: Anzahl der Schüler pro Schultyp für die Schuljahre 2013/14 und 2014/15

Schüler nach Schultype	2013/14	2014/15	Veränderung	
			2013/14 auf 2014/15	
	Anzahl			in %
Allgemein bildende Pflichtschulen	568.157	566.342	– 1.815	– 0,3
Allgemein bildende höhere Schulen	203.278	204.024	+ 746	+ 0,4
Sonstige allgemein bildende (Statut-)Schulen	9.142	9.490	+ 348	+ 3,8
Berufsbildende Pflichtschulen	127.934	123.232	– 4.702	– 3,7
Berufsbildende mittlere Schulen	46.196	45.523	– 673	– 1,5
Sonstige berufsbildende (Statut-)Schulen	7.932	8.240	+ 308	+ 3,9
Berufsbildende höhere Schulen	135.524	134.802	– 722	– 0,5
Mittlere Anstalten der Lehrerbildung und Erzieherbildung	3.982	3.919	– 63	– 1,6
Höhere Anstalten der Lehrerbildung und Erzieherbildung	11.792	12.217	+ 425	+ 3,6
Schulen im Gesundheitswesen	20.802	21.142	+ 340	+ 1,6
Akademien im Gesundheitswesen	124	115	– 9	– 7,3
Summe	**1.134.863**	**1.129.046**	**– 5.817**	**– 0,5**

Quelle: Statistik Austria (Schulstatistik Dezember 2015)

Zwischen den Schuljahren 2013/14 und 2014/15 kam es bei den Allgemein bildenden Pflichtschulen zu einem Rückgang von – 1.815 (– 0,3 %), der vor allem auf geringere Schülerzahlen bei den Hauptschulen zurückzuführen ist. Den höchsten Rückgang verzeichneten die Berufsbildenden Pflichtschulen – 4.702 (– 3,7 %). Der höchste Zuwachs hingegen fand bei den Allgemein bildenden höheren Schulen statt + 746 (+ 0,4 %), davon insbesondere in den Allgemein bildenden höheren Schulen, Langform – Unterstufe.

15.4 Voranschlagsvergleichsrechnungen

15.4.1 Ergebnishaushalt

Tabelle 15.4-1: UG 30 – Ergebnishaushalt 2015

Ergebnishaushalt							
UG 30 Bildung und Frauen	**Erfolg 2014**	**Voranschlag 2015**	**Erfolg 2015**	**Veränderung Erfolg 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015**	
	in Mio. EUR			in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Erträge	113,66	146,35	112,04	– 1,62	– 1,4	– 34,31	– 23,4
Aufwendungen	8.185,41	8.093,35	8.366,06	+ 180,65	+ 2,2	+ 272,71	+ 3,4
Nettoergebnis	**– 8.071,75**	**– 7.946,99**	**– 8.254,01**	**– 182,26**	**+ 2,3**	**– 307,02**	**+ 3,9**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Erträge in der UG 30 „Bildung und Frauen“ 112,04 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 1,62 Mio. EUR (– 1,4 %) und gegenüber dem Voranschlag um 34,31 Mio. EUR (– 23,4 %) gesunken.

Die Aufwendungen des Jahres 2015 waren mit 8,366 Mrd. EUR um 180,65 Mio. EUR (+ 2,2 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Aufwendungen um 272,71 Mio. EUR (+ 3,4 %) höher.

Das Nettoergebnis der UG 30 „Bildung und Frauen“ lag 2015 bei – 8,254 Mrd. EUR. Es war um 182,26 Mio. EUR schlechter und damit um 2,3 % höher als jenes für 2014 (– 8,072 Mrd. EUR) und um 307,02 Mio. EUR schlechter und damit um 3,9 % höher als im Voranschlag (– 7,947 Mrd. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*grün und kursiv*) fassen die vom BMBF bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen.

Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 30 „Bildung und Frauen“ (Tabelle I.2.11.1)**.

Tabelle 15.4-2: Ergebnishaushalt, UG 30 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Ergebnishaushalt					
UG 30 Bildung und Frauen		**Voranschlag 2015**	**Erfolg 2015**	**Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015**	
		in Mio. EUR			in %
	Erträge	**146,35**	**112,04**	**– 34,31**	**– 23,4**
	Aufwendungen	**8.093,35**	**8.366,06**	**+ 272,71**	**+ 3,4**
	Nettoergebnis	**– 7.946,99**	**– 8.254,01**	**– 307,02**	
GB 30.01	**Steuerung und Services**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	40,85	48,38	+ 7,53	+ 18,4
	Erträge	**40,85**	**48,38**	**+ 7,53**	**+ 18,4**
	Personalaufwand	251,13	248,13	– 2,99	– 1,2
	Transferaufwand	124,05	122,66	– 1,38	– 1,1
	Betrieblicher Sachaufwand	737,30	695,48	– 41,82	– 5,7
	Finanzaufwand	–	2,33	+ 2,33	–
	Aufwendungen	**1.112,47**	**1.068,60**	**– 43,87**	**– 3,9**
GB 30.02	**Schule einschließlich Lehrpersonal**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	105,50	63,66	– 41,84	– 39,7
	Erträge	**105,50**	**63,66**	**– 41,84**	**– 39,7**
	Personalaufwand	2.942,69	2.993,80	+ 51,11	+ 1,7
	Transferaufwand	3.702,12	3.956,69	+ 254,58	+ 6,9
	Betrieblicher Sachaufwand	325,91	336,53	+ 10,62	+ 3,3
	Finanzaufwand	0,01	0,00	– 0,01	– 65,9
	Aufwendungen	**6.970,73**	**7.287,03**	**+ 316,30**	**+ 4,5**
GB 30.05	**Frauenangelegenheiten und Gleichstellung**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,00	–	– 0,00	– 100,0
	Finanzerträge	0,00	0,00	– 0,00	– 55,5
	Erträge	**0,00**	**0,00**	**– 0,00**	**– 77,7**
	Transferaufwand	5,71	5,89	+ 0,18	+ 3,2
	Betrieblicher Sachaufwand	4,45	4,54	+ 0,09	+ 2,1
	Aufwendungen	**10,15**	**10,43**	**+ 0,28**	**+ 2,7**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Minderaufwendungen im GB 30.01 „Steuerung und Services“

– 41,82 Mio. EUR in der MVAG „Betrieblicher Sachaufwand”

Minderaufwendungen im Bereich der Schulraumbeschaffung i.Z.m. den tatsächlich eingetretenen Baufortschritten bzw. geänderten Fertigstellungs-

terminen sowie infolge von Gutschriften im Zuge der Abrechnung von Vorhaben (– 30,33 Mio. EUR); weitere Minderaufwendungen durch den Wegfall von Prüfungstaxen, durch Verzögerungen bei den Honorarauszahlungen sowie durch die Optimierung des Veranstaltungsangebotes (insgesamt – 5,05 Mio. EUR).

Mindererträge im GB 30.02 „Schule einschließlich Lehrpersonal"

– 41,84 Mio. EUR in der MVAG „Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mindererträge durch die Umstellung der Verbuchung der Auflösung von Rückstellungen im Jahr 2014. Bis inklusive dem Jahr 2013 wurden sämtliche Auflösungen von Rückstellungen als Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit dargestellt. Ab den Abschlussrechnungen des Finanzjahres 2014 werden die Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit nur mehr am Jahresende bebucht und in dieser Position die Veränderung im Vergleich zum Vorjahr erfasst. Unterjährige Auflösungen von Rückstellungen werden nicht als Ertrag, sondern als Aufwandsminderung dargestellt.

Mehraufwendungen im GB 30.02 „Schule einschließlich Lehrpersonal"

+ 51,11 Mio. EUR in der MVAG „Personalaufwand"

Mehraufwendungen für Personal (für Vertragsbedienstete und für Dienstgeberbeiträge) an AHS (+ 25,53 Mio. EUR), BHS (+ 15,28 Mio. EUR) und an Privatschulen (+ 10,78 Mio. EUR) durch verstärkte Neuaufnahmen und dadurch, dass zum Zeitpunkt der Erstellung des BVA davon ausgegangen wurde, dass die Realisierung neuer rechtssetzender Maßnahmen (Abänderung der LandeslehrerInnen-Controlling-Verordnung) einen dämpfenden Effekt auf die Personalaufwendungen gehabt hätte.

+ 254,58 Mio. EUR in der MVAG „Transferaufwand"

Mehraufwendungen für Transferzahlungen an die Länder gemäß Finanzausgleichsgesetz (FAG) im Pflichtschulbereich durch den flächendeckenden Ausbau der Neuen Mittelschule, den Ausbau der schulischen Tagesbetreuung sowie durch höhere Schülerzahlen infolge der Flüchtlingsbewegungen.

+ 10,62 Mio. EUR in der MVAG „Betrieblicher Sachaufwand"

Mehraufwendungen für Einrichtungsgegenstände, ADV-Geräte, Unterrichtsmaterialien, Energiekosten, etc. an den Bundesschulen.

15.4.2 Finanzierungshaushalt

Tabelle 15.4-3: UG 30 – Finanzierungshaushalt 2015

Finanzierungshaushalt							
UG 30 Bildung und Frauen	**Zahlungen 2014**	**Voranschlag 2015**	**Zahlungen 2015**	**Veränderung Zahlungen 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015**	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Einzahlungen	109,47	81,88	107,32	– 2,15	– 2,0	+ 25,44	+ 31,1
Auszahlungen	8.063,57	7.992,67	8.260,23	+ 196,66	+ 2,4	+ 267,56	+ 3,3
Nettofinanzierungssaldo	**– 7.954,10**	**– 7.910,80**	**– 8.152,92**	**– 198,81**	**+ 2,5**	**– 242,12**	**+ 3,1**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Einzahlungen in der UG 30 „Bildung und Frauen“ 107,32 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 2,15 Mio. EUR (– 2,0 %) gesunken und gegenüber dem Voranschlag um 25,44 Mio. EUR (+ 31,1 %) angestiegen.

Die Auszahlungen des Jahres 2015 waren mit 8,260 Mrd. EUR um 196,66 Mio. EUR (+ 2,4 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Auszahlungen um 267,56 Mio. EUR (+ 3,3 %) höher.

Der Nettofinanzierungssaldo der UG 30 „Bildung und Frauen“ lag 2015 bei – 8,153 Mrd. EUR. Er war um 198,81 Mio. EUR schlechter und damit um 2,5 % höher als jener für 2014 (– 7,954 Mrd. EUR) bzw. um 242,12 Mio. EUR schlechter und damit um 3,1 % höher als im Voranschlag (– 7,911 Mrd. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*blau und kursiv*) fassen die vom BMBF bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 30 „Bildung und Frauen“ (Tabelle I.2.8.1)**.

Tabelle 15.4-4: Finanzierungshaushalt, UG 30 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Finanzierungshaushalt					
UG 30 Bildung und Frauen		Voranschlag 2015	Zahlungen 2015	Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015	
		in Mio. EUR			in %
	Einzahlungen	**81,88**	**107,32**	**+ 25,44**	**+ 31,1**
	Auszahlungen	**7.992,67**	**8.260,23**	**+ 267,56**	**+ 3,3**
	Nettofinanzierungssaldo	**– 7.910,80**	**– 8.152,92**	**– 242,12**	
GB 30.01	**Steuerung und Services**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	34,32	47,47	+ 13,15	+ 38,3
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,02	0,02	+ 0,00	+ 0,8
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	2,08	1,80	– 0,28	– 13,6
	Einzahlungen	**36,41**	**49,28**	**+ 12,87**	**+ 35,3**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	964,90	917,74	– 47,16	– 4,9
	Auszahlungen aus Transfers	124,05	122,65	– 1,39	– 1,1
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	3,40	3,02	– 0,38	– 11,3
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	2,24	1,27	– 0,97	– 43,2
	Auszahlungen	**1.094,59**	**1.044,68**	**– 49,90**	**– 4,6**
GB 30.02	**Schule einschließlich Lehrpersonal**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	45,43	58,03	+ 12,60	+ 27,7
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,03	0,01	– 0,02	– 73,5
	Einzahlungen	**45,46**	**58,04**	**+ 12,57**	**+ 27,7**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	3.154,47	3.221,89	+ 67,42	+ 2,1
	Auszahlungen aus Transfers	3.702,11	3.956,69	+ 254,58	+ 6,9
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	31,36	26,57	– 4,79	– 15,3
	Auszahlungen	**6.887,94**	**7.205,15**	**+ 317,22**	**+ 4,6**
GB 30.05	**Frauenangelegenheiten und Gleichstellung**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,00	0,00	– 0,00	– 61,6
	Einzahlungen	**0,00**	**0,00**	**– 0,00**	**– 61,6**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	4,45	4,52	+ 0,08	+ 1,8
	Auszahlungen aus Transfers	5,71	5,88	+ 0,17	+ 3,0
	Auszahlungen	**10,15**	**10,40**	**+ 0,25**	**+ 2,5**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mehreinzahlungen im GB 30.01 „Steuerung und Services"

+ 13,15 Mio. EUR in der MVAG „Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mehreinzahlungen infolge des verspäteten Zahlungseinganges (im Jahr 2015 statt 2014) eines Ersatzes des Landes Wien (+ 9,15 Mio. EUR) sowie infolge höherer Einzahlungen von Studienbeiträgen, Transferzahlungen der EU, aus der Schulraumvermietung und von Spenden (insgesamt + 2,30 Mio. EUR).

Minderauszahlungen im GB 30.01 „Steuerung und Services"

– 47,16 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit"

Minderauszahlungen im Bereich der Schulraumbeschaffung i.Z.m. den tatsächlich eingetretenen Baufortschritten bzw. geänderten Fertigstellungsterminen sowie infolge von Gutschriften im Zuge der Abrechnung von Vorhaben (– 35,16 Mio. EUR); weitere Minderauszahlungen durch den Wegfall von Prüfungstaxen, durch Verzögerungen bei den Honorarauszahlungen sowie durch die Optimierung des Veranstaltungsangebotes (insgesamt – 8,22 Mio. EUR).

Mehreinzahlungen im GB 30.02 „Schule einschließlich Lehrpersonal"

+ 12,60 Mio. EUR in der MVAG „Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mehreinzahlungen bei den sonstigen Gebühren und Kostenersätzen (EU, Arbeitsmittelbeiträge), bei den Miet– und Pachtzinsen sowie für Gutachter- und Prüftätigkeit.

Mehrauszahlungen im GB 30.02 „Schule einschließlich Lehrpersonal"

+ 67,42 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit"

Mehrauszahlungen für Personalauszahlungen (für Vertragsbedienstete und für Dienstgeberbeiträge) an AHS (+ 22,00 Mio. EUR), BHS (+ 22,86 Mio. EUR) und an Privatschulen (+ 15,23 Mio. EUR) durch verstärkte Neuaufnahmen und dadurch, dass zum Zeitpunkt der Erstellung des BVA davon ausgegangen wurde, dass die Realisierung neuer rechtssetzender Maßnahmen (Abänderung der LandeslehrerInnen-Controllingverordnung) einen dämpfenden Effekt auf die Personalauszahlungen gehabt hätte.

+ 254,58 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus Transfers"

Mehrauszahlungen für Transferzahlungen an die Länder gemäß Finanzausgleichsgesetz (FAG) im Pflichtschulbereich durch den flächendeckenden Ausbau der Neuen Mittelschule, den Ausbau der schulischen Tagesbetreuung sowie durch höhere Schülerzahlen infolge der Flüchtlingsbewegungen.

15.4.3 Haushaltsrücklagen

Tabelle 15.4-5: UG 30 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015

Finanzierungshaushalt								
UG 30 Bildung und Frauen	**Anfangs-bestand**	**Umbuchung**	**Entnahme**	**Auflösung**	**Zuführung**	**Endbestand**	**Veränderung 2014 : 2015**	
	in Mio. EUR							in %
Detailbudgetrücklagen	30,41	– 0,02	– 3,63	–	+ 21,31	48,08	+ 17,66	+ 58,1
Zweckgebundene Einzahlungsrücklagen	39,89	– 0,94	– 13,10	–	+ 14,86	40,70	+ 0,82	+ 2,1
Gesamtsumme	**70,30**	**– 0,96**	**– 16,73**	**–**	**+ 36,17**	**88,78**	**+ 18,48**	**+ 26,3**

Quellen: Rücklagengebarung, eigene Berechnung

Der Stand der Rücklagen in der UG 30 „Bildung und Frauen“ belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 70,30 Mio. EUR und veränderte sich durch Entnahmen (16,73 Mio. EUR) und Zuführungen (36,17 Mio. EUR) auf 88,78 Mio. EUR zum 31. Dezember 2015 (unter Berücksichtigung der Umbuchungen in Höhe von – 0,96 Mio. EUR). Im Verhältnis zu den veranschlagten Auszahlungen (7,993 Mrd. EUR) entsprach der Stand zum 31. Dezember 2015 einem Anteil von 1,1 %. Im BFG 2015 war für die UG 30 keine Rücklagenverwendung veranschlagt.

15.5 Finanzrahmen

Ausgehend von den tatsächlichen Auszahlungen 2015 stellen sich die Auszahlungsobergrenzen für die UG 30 „Bildung und Frauen“ gemäß BFRG für die Finanzjahre 2016 bis 2020 wie folgt dar:

Tabelle 15.5–1: UG 30 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020

Finanzierungshaushalt									
UG 30 Bildung und Frauen	**Auszahlungen (Ist)**	**Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG**					**Veränderung**		
	2015	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**	**2020**	**2015 (Ist) : 2020**		**durch-schnittlich jährlich**
	in Mio. EUR							in %	
	8.260,23	**8.138,30**	**8.361,21**	**8.470,53**	**8.553,39**	**8.759,93**	**+ 499,70**	**+ 6,0**	**+ 1,2**
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze gesamt	*74.589,49*	*78.107,49*	*78.202,70*	*78.814,08*	*80.408,66*	*83.038,37*	*+ 8.448,88*	*+ 11,3*	*+ 2,2*
Anteil der UG 30	11,1 %	10,4 %	10,7 %	10,7 %	10,6 %	10,5 %	– 0,5 %- Punkte		–
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze Rubrik 3	*13.330,66*	*13.425,91*	*13.664,94*	*13.863,44*	*13.967,43*	*14.196,43*	*+ 865,77*	*+ 6,5*	*+ 1,3*
Anteil der UG 30	62,0 %	60,6 %	61,2 %	61,1 %	61,2 %	61,7 %	– 0,3 %- Punkte		–

Quellen: HIS, BFRG 2016 - 2019, 2017 - 2020, eigene Berechnung

Bis zum Jahr 2020 soll die Auszahlungsobergrenze für die UG 30 „Bildung und Frauen“ um + 499,70 Mio. EUR (+ 6,0 %) auf 8,760 Mrd. EUR ansteigen. Dies entspricht einer Veränderungsrate gegenüber den tatsächlichen Auszahlungen 2015 von + 1,2 % im Jahresdurchschnitt. Im Jahr 2015 betrug der Anteil der UG 30 „Bildung und Frauen“ an den Gesamtauszahlungen 11,1 % und an den Auszahlungen der Rubrik 3 62,0 %. Der Anteil der UG 30 an der Gesamt–Auszahlungsobergrenze soll bis 2020 auf 10,5 % zurückgehen bzw. innerhalb der Rubrik 3 auf 61,7 % sinken.

Laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 gebe es folgende laufende bzw. geplante Maßnahmen und Reformen zur Zielerreichung:

- Stufenweise Umsetzung der Bildungsreform (Elementarpädagogikpaket, Schuleingangsphase- und Volksschulpaket sowie sprachliche Förderung, Autonomiepaket, Modell-Regionen-Paket bzw. Schule der 6- bis 14-Jährigen, Schulorganisationspaket/Bildungsdirektion, Bildungsinnovationspaket);

- Fortsetzung des Ausbaus der ganztägigen Schulformen sowie Weiterführung der Neuen Mittelschule und der Oberstufe NEU;

- Fortsetzung und Ausbau von Maßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingssituation im Bildungsbereich (Sprachstartgruppen in Schulen, Mobile interkulturelle Teams, Übergangsstufe für berufsbildende mittlere und höhere Schulen, Basisbildung/Alphabetisierung);

- lebenslanges Lernen und Nachholen von Bildungsabschlüssen;

- Weiterführung der im Nationalen Aktionsplan für Gleichstellung definierten Aktivitäten bzw. zügige Umsetzung entsprechender Maßnahmen.

Zur Einhaltung der Auszahlungsobergrenzen seien laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 folgende Steuerungs– und Korrekturmaßnahmen erforderlich:

- Laufende Überprüfung der Aufgaben und Steigerung der Effizienz der Bildungsverwaltung, darunter verstärktes Controlling und Stärkung der Verantwortung an den Schulstandorten;

- Ausschöpfen von Effizienzpotenzialen in der Unterrichtsorganisation bzw. Restrukturierung der mit der Unterrichtsorganisation verbundenen Ressourcenallokation;

– verstärktes Ausschöpfen von Effizienzpotenzialen, unter anderem Beschränkung der Auszahlungen aus Förderungen auf Kernbereiche der in den Wirkungsbereich des Bildungsressorts fallenden Geschäfte.

Die im BFRG 2017 bis 2020 vorgesehenen Auszahlungsobergrenzen für die Jahre 2017 bis 2019 wurden gegenüber dem bisher geltenden BFRG 2016 bis 2019 um insgesamt – 0,4 % bzw. um durchschnittlich – 31,06 Mio. EUR pro Jahr vermindert. Laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 sei die UG 30 infolge der konsequent verfolgten Maßnahmen und Reformen im Zusammenhang mit dem strukturell bedingten hohen Anteil an Personalaufwendungen von der effektiven Entwicklung des Personalaufwandes überproportional betroffen. Diesem Umstand sei mit Blick auf die Bewältigung der Flüchtlingssituation ebenso Rechnung getragen worden, wie den Verpflichtungen des Bildungsressorts aus den Vereinbarungen gemäß Art. 15a B-VG. Dessen ungeachtet solle das Bildungsressort weitere Anstrengungen unternehmen, um den von der Bundesregierung verfolgten Budgetpfad einhalten zu können. Im Rahmen der Verhandlungen zum Finanzausgleich sowie der Umsetzung der Bildungsreform würden laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 im Herbst 2016 die tatsächlichen finanziellen Erfordernisse der UG 30 für die Jahre 2016 bis 2020 evaluiert und im Rahmen einer BFG- sowie einer Finanzrahmennovelle bedeckt werden.

Im Folgenden wird ein Überblick über die Entwicklung der tatsächlichen Auszahlungen und der Auszahlungsobergrenzen von 2011 bis 2015 bzw. ein Vergleich der Auszahlungen zu den Auszahlungsobergrenzen des derzeit geltenden BFRG 2017 bis 2020 gegeben:

Tabelle 15.5–2: UG 30 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015

Finanzierungshaushalt

UG 30 Bildung und Frauen	BFRG bzw. Zahlungen					Veränderung			
	2011	2012	2013	2014	2015	2014 : 2015		2011 : 2015	
	in Mio. EUR					in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Auszahlungsobergrenze UG 30	7.621,70	8.316,93	8.502,86	8.078,70	8.342,67	+ 263,97	+ 3,3	+ 720,97	+ 9,5
Auszahlungen UG 30	7.847,83	8.353,58	8.516,37	8.063,57	8.260,23	+ 196,66	+ 2,4	+ 412,40	+ 5,3
Abweichung Auszahlungen : Obergrenze	**+ 226,13**	**+ 36,65**	**+ 13,51**	**– 15,13**	**– 82,44**				
Abweichung in %	**+ 3,0 %**	**+ 0,4 %**	**+ 0,2 %**	**– 0,2 %**	**– 1,0 %**				

Quellen: HIS, BFRG 2011 - 2014, 2012 - 2015, 2013 - 2016, 2014 - 2017, 2015 - 2018, eigene Berechnung

Während ursprünglich zwischen 2011 und 2015 eine Erhöhung der Auszahlungsobergrenze gemäß BFRG um insgesamt + 720,97 Mio. EUR (+ 9,5 %) vorgesehen war, erhöhten sich die Auszahlungen zwischen 2011 und 2015 tatsächlich um + 412,40 Mio. EUR (+ 5,3 %). Im Jahr 2015 lagen die tatsächlichen Auszahlungen um - 82,44 Mio. EUR (– 1,0 %) unter jenen, die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen waren.

Tabelle 15.5–3: UG 30 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG

Finanzierungshaushalt						
UG 30 Bildung und Frauen	**Auszahlungen (Ist)**		**durchschnittliche jährliche Veränderung**	**BFRG**	**durchschnittliche jährliche Veränderung**	**Differenz der Veränderungsraten[1)]**
	2011	**2015**	**2011 : 2015**	**2020**	**2015 (Ist) : 2020 (BFRG)**	
	in Mio. EUR		in %	in Mio. EUR	in %	in %-Punkten
	7.847,83	**8.260,23**	**+ 1,3**	**8.759,93**	**+ 1,2**	**– 0,1**

1) Rundungsdifferenz möglich

Quellen: HIS, BFRG 2017 - 2020, eigene Berechnung

Die durchschnittliche jährliche Veränderung der Auszahlungen belief sich von 2011 bis 2015 auf + 1,3 %. Laut mittelfristiger Finanzplanung bis 2020 soll sie + 1,2 % betragen und somit um 0,1 Prozentpunkte geringer steigen als im Zeitraum 2011 bis 2015.

Um die Auszahlungsobergrenzen in der UG 30 „Bildung und Frauen“ bis 2020 einhalten zu können, bedarf es aus Sicht des RH der Umsetzung quantifizierter struktureller Steuerungs- und Korrekturmaßnahmen.

In diesem Zusammenhang weist der RH auf folgende im Jahr 2015 bzw. bis Ende April 2016 dem Nationalrat vorgelegte Berichte hin:

- Österreichisches Zentrum für Begabtenförderung und Begabungsforschung (ÖZBF) (Reihe Bund 2016/5)

Der Bund finanzierte das – 1999 als Verein gegründete – Österreichische Zentrum für Begabtenförderung und Begabungsforschung (ÖZBF) fast zur Gänze. Das BMBF und das BMWFW wendeten gemeinsam von 2010 bis 2014 pro Jahr zwischen rd. 875.600 EUR (2010) und rd. 912.600 EUR (2014) auf. Mehr als die Hälfte davon entfiel auf Aufwendungen für Personal, das dem Verein vom BMBF als lebende Subvention zur Verfügung gestellt wurde. Eine geeignete Rechtsgrundlage dafür fehlte. Die Zielvorgaben für das ÖZBF durch das BMBF und das BMWFW waren mangelhaft; eine Eva-

luierung der Wirkungen der dem ÖZBF gewährten Förderungen fand seit dessen Gründung nicht statt. Ebenso fehlte eine Strategie der beiden Ressorts hinsichtlich der künftigen Ausgestaltung der Begabungsförderungslandschaft in Österreich.

– Schüler mit Migrationshintergrund – Antworten des Schulsystems; Follow–up–Überprüfung (Reihe Bund 2016/5)

Das BMBF und der Stadtschulrat für Wien setzten nur teilweise die Empfehlungen des RH um, die er im Jahr 2013 (Reihe Bund 2013/6) veröffentlicht hatte. Die konzeptionelle Ausgestaltung der zielgruppenspezifischen Fördermaßnahmen für Schüler mit Migrationshintergrund mit messbaren Zielvorgaben und aussagekräftigen Kenngrößen zu ergänzen, setzten das BMBF und der Stadtschulrat für Wien nicht um.

Durch die Kompetenzverlagerung der Agenden zur sprachlichen Frühförderung an institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen vom BMBF zum BMI bzw. BMEIA im Rahmen der Verlängerung der betreffenden Art. 15a–Vereinbarung verringerten sich die Steuerungsmöglichkeiten des BMBF in Bezug auf die Länder noch weiter. Gemäß der Art. 15a–Vereinbarung hatte das BMBF zwar die Instrumente im Rahmen der sprachlichen Frühförderung zur Verfügung zu stellen, konnte jedoch deren Einsatz nicht sicherstellen.

Das BMBF erprobte – im Rahmen von Netzwerkprojekten – praktikable Lösungen zur direkten Datenweitergabe der Ergebnisse aus den Sprachstandfeststellungen und der darauf aufbauenden Sprachfördermaßnahmen von den institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen an die Volksschulen und setzte dadurch seine Bemühungen zur Vermeidung von Doppelerhebungen fort. Ab dem Schuljahr 2016/2017 soll eine österreichweite Lösung zur Datenweitergabe umgesetzt werden.

– Modellversuche Neue Mittelschule; Follow–up–Überprüfung (Reihe Bund 2016/5)

Das BMBF, die Landesschulräte für Salzburg und Vorarlberg sowie die Länder Salzburg und Vorarlberg setzten einen Großteil der Empfehlungen des RH, die er im Jahr 2013 zu den Modellversuchen Neue Mittelschule (NMS) veröffentlicht hatte, um bzw. mit ersten Umsetzungsmaßnahmen teilweise um.

Die Analyse des Mitteleinsatzes in der Sekundarstufe I (österreichweite Lehrerpersonalkosten je Schüler Schuljahr 2013/2014: Hauptschulen rd. 6.700 EUR, Neue Mittelschulen rd. 7.500 EUR, AHS–Unterstufen rd. 4.800 EUR)

war noch offen. Das BMBF nahm zwar an einer OECD–Vergleichsstudie zum Ressourceneinsatz im Schulwesen teil und veranlasste eine evidenzbasierte Evaluation der zusätzlich den NMS zur Verfügung gestellten Ressourcen durch die Schulaufsichtsorgane ab dem Schuljahr 2015/2016, Ergebnisse dazu lagen jedoch noch nicht vor.

Auch der Forschungsbericht „Evaluation der Neuen Mittelschule (NMS), Befunde aus den Anfangskohorten.“ vom März 2015 kam zum Schluss, dass die beträchtlichen zusätzlichen Ressourcen im Durchschnitt nicht die erwarteten Verbesserungen im Bereich der fachlichen Leistungen und überfachlichen Kompetenzen gebracht hatten. Im Hinblick auf die Ergebnisse des Forschungsberichts wären nach Ansicht des RH auch Szenarien zur Umsetzung der Konzeption der NMS mit geringerem Ressourceneinsatz in Betracht zu ziehen (bei Reduktion um zwei Stunden Einsparungspotenzial von rd. 60 Mio. EUR pro Schuljahr).

Die in Vorarlberg bestehenden Doppelgleisigkeiten in der Unterstützungsstruktur und der Entwicklungsbegleitung wurden im überprüften Zeitraum beseitigt. Die vom BMBF zur Verfügung gestellten Ressourcen wurden ausschließlich im Unterricht an den NMS verwendet. Das BMBF setzte auch die Empfehlung des RH um, als Übergangslösung in die jährlichen Stellenplan–Richtlinien der allgemein bildenden Pflichtschulen einen zweckgebundenen Zuschlag für den verschränkten Lehrpersoneneinsatz an den NMS einzuführen. Die langfristige Lösung, die im Hinblick auf eine Strukturbereinigung im Schulwesen darin bestand, die Aufgaben–, Ausgaben– und Finanzierungsverantwortung in einer Hand zu konzentrieren, war weiterhin offen.

– Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik (Reihe Bund 2016/2)

Für die Hochschule für Agrar– und Umweltpädagogik waren zwei Bundesministerien zuständig: Das BMLFUW für die Erhaltung und Finanzierung der Hochschule und das BMBF für studienrechtliche Angelegenheiten. Der RH kritisierte, dass es hierdurch zu Ineffizienzen und Doppelgleisigkeiten kam. Die Effektivität der eingesetzten Planungs– (Ziel– und Leistungspläne sowie Ressourcenpläne) und Steuerungsinstrumente (Balanced Scorecard) war nicht zur Gänze gegeben.

– Stiftung Österreichisches Institut für Schul- und Sportstättenbau (ÖISS) einschließlich „ÖISS“-Datensysteme Gesellschaft m.b.H. (Reihe Bund 2015/16)

Das Österreichische Institut für Schul– und Sportstättenbau (ÖISS) war eine gemeinnützige Stiftung des Bundes und der Länder zur Gewährleistung von

Qualitätsstandards im Schul– und Sportstättenbau in Österreich. Der RH kritisierte, dass das interne Kontrollsystem des ÖISS und das Bewusstsein für die Notwendigkeit von Kontrollschritten bei der Verwaltung von Fremdvermögen nicht ausreichend waren. Es bestanden Kontrolldefizite, Vorgaben der Satzung und Geschäftsordnung wurden nicht immer eingehalten.

– Schulbehörden in Oberösterreich und Tirol: Lehrerpersonalverwaltung (Reihe Bund 2015/13)

Zur Zeit der Gebarungsüberprüfung (Mai bis Juni 2014) waren in Oberösterreich in Summe 20 Behörden und in Tirol (ohne Übertragung der Diensthoheit über die Landeslehrer) 21 Behörden (ohne Schulleiter) mit den Agenden der Bundes– und Landeslehrer befasst. Daneben nahmen auch das BMBF und weitere Institutionen (z.B. Bundesrechenzentrum GmbH) Aufgaben bei der Lehrerpersonalverwaltung wahr. Der RH stellte kritisch fest, dass die Ausgestaltung der Zuständigkeiten – insbesondere im Bereich der Verwaltung des Landeslehrerpersonals – mit umfassenden gebietskörperschaftsübergreifenden Verschränkungen einem effizienten Verwaltungshandeln entgegen stand.

– Schulbehörden in Oberösterreich und Tirol: Landesschulräte (Reihe Bund 2015/13)

Die Ausgestaltung der Behördenstruktur der Landesschulräte war einzigartig im Verwaltungssystem des Bundes. Die politische Doppelspitze Präsident (Landeshauptmann) und Amtsführender Präsident hatte einen starken Landeseinfluss zur Folge. Der in den fünf einwohnerstärksten Ländern verfassungsrechtlich vorgesehene Vizepräsident des Landesschulrats hatte lediglich das Recht auf Akteneinsicht und Beratung. Das Kollegium (Bestellung der stimmberechtigten Mitglieder nach dem Stärkeverhältnis der politischen Parteien im Landtag) beschloss den Geschäftsverteilungsplan des Landesschulrats, erstattete gereihte Dreiervorschläge für die Bestellung des Landesschulratsdirektors, die Schulaufsicht und schulische Leitungsfunktionen. Es hatte damit maßgeblichen Einfluss auf den Landesschulrat sowie auf Führungspositionen im Schulbereich.

Die Länder gewährten seit Jahrzehnten an (Bundes–)Bedienstete der Landesschulräte verschiedene regelmäßige Vergütungen und Zulagen auf Basis von Landesregierungsbeschlüssen (2013: Oberösterreich rd. 170.000 EUR, Tirol rd. 58.000 EUR). Die zusätzlichen Vergütungen der Länder stellten einen Eingriff in die Diensthoheit des Bundes (bei Bundesbediensteten) dar; sie waren auch aus wirtschaftlichen Gründen abzulehnen.

– Finanzierung der Landeslehrer; Follow-up-Überprüfung (Reihe Bund 2015/12)

Das BMBF setzte einen Teil der Empfehlungen des RH, die er im Jahr 2012 zur Finanzierung der Landeslehrer veröffentlicht hatte, um. Der RH stellte fest, dass sich die grundlegende Struktur im Schulwesen nicht verändert hatte und die Empfehlung zur Konzentration der Aufgaben–, Ausgaben– und Finanzierungsverantwortung im Bereich der Landeslehrer in einer Hand weiterhin offen war. Der Rückforderungsanspruch des BMBF gegenüber den Ländern aus den Mehrkosten aufgrund der Überschreitung der Planstellen im Bereich der allgemein bildenden Pflichtschulen hätte sich im Schuljahr 2013/2014 bei Heranziehung der vom RH empfohlenen durchschnittlichen tatsächlichen Besoldungskosten um rd. 29 Mio. EUR bzw. für den überprüften Zeitraum um insgesamt rd. 121 Mio. EUR erhöht.

– Schulversuche (Reihe Bund 2015/1)

Der RH stellte fest, dass an rd. 50 % aller Schulstandorte (5.804) in Österreich Schulversuche stattfanden, im Schuljahr 2012/2013 insgesamt 5.367. Eine erhebliche Anzahl an Schulversuchen hatte das Erprobungsstadium bereits überschritten und war dauerhaft eingerichtet. Da die Bearbeitung der Schulversuche im BMBF und den Landesschulräten bzw. dem Stadtschulrat für Wien nicht einheitlich erfolgte, hatte das BMBF keinen gesamthaften Überblick über Schulversuche und konnte seine Steuerungsfunktion nur mangelhaft wahrnehmen. Außerdem hatte das BMBF keine Übersicht darüber, wie hoch die Ausgaben für Schulversuche waren. Dies lag einerseits am Auseinanderfallen der Aufgaben–, Ausgaben– und Finanzierungsverantwortung im Bereich der Pflichtschulen und andererseits an der Systematik der Ressourcenzuteilung an die Schulen. Bei den Schulversuchen bestand erhebliches Potenzial zur Reduktion des administrativen Aufwands bzw. für Effizienzsteigerungen. Die freiwerdenden Ressourcen könnten für die pädagogische Arbeit und zur Unterstützung bzw. Entlastung der Schulen verwendet werden.

16 UG 31 „WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG“

UG 31 Wissenschaft und Forschung - BMWFW	
zentrale Budgetbereiche	Universitäten
	Basisfinanzierung von Institutionen
	Fachhochschulen
	Services und Förderungen für Studierende
	Projekte und Programme
	Studienbeihilfenbehörde

Quelle: HIS

16.1 Vermögensrechnung

Tabelle 16.1–1: UG 31 – Vermögensrechnung[1)]

Vermögensrechnung						
UG 31 Wissenschaft und Forschung		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
A + B	**Vermögen**	**681,41**	**784,89**	**+ 103,48**	**+ 15,2**	**100,0**
A	Langfristiges Vermögen	622,74	730,69	+ 107,95	+ 17,3	93,1
A.I	Immaterielle Vermögenswerte	0,11	0,13	+ 0,02	+ 16,4	0,0
A.II	Sachanlagen	24,23	24,39	+ 0,16	+ 0,7	3,1
A.IV	Beteiligungen	597,56	705,67	+ 108,12	+ 18,1	89,9
A.IV.01	an verbundenen Unternehmen	595,10	700,50	+ 105,40	+ 17,7	89,2
	GB 31.02 Tertiäre Bildung	548,89	674,11	+ 125,21	+ 22,8	85,9
	GB 31.03 Forschung und Entwicklung	42,91	22,49	– 20,42	– 47,6	2,9
A.V	Langfristige Forderungen	0,84	0,50	– 0,35	– 41,2	0,1
B	Kurzfristiges Vermögen	58,67	54,20	– 4,47	– 7,6	6,9
B.II	Kurzfristige Forderungen	56,99	54,16	– 2,83	– 5,0	6,9
B.II.06	Sonstige kurzfristige Forderungen (nv)	56,76	54,00	– 2,77	– 4,9	6,9
	GB 31.02 Tertiäre Bildung	54,13	51,08	– 3,05	– 5,6	6,5
B.IV	Liquide Mittel	1,69	0,04	– 1,64	– 97,5	0,0
	GB 31.01 Steuerung und Services	– 0,01	– 27,39	– 27,38	+ 372.710,9	– 3,5
	GB 31.02 Tertiäre Bildung	1,60	27,40	+ 25,80	+ 1.607,5	3,5
C	**Nettovermögen (Ausgleichsposten)**	**609,64**	**707,20**	**+ 97,57**	**+ 16,0**	
C.I	Neubewertungsrücklagen (Umbewertungskonto)	0,00	133,19	+ 133,19	–	
	GB 31.02 Tertiäre Bildung	0,00	126,11	+ 126,11	–	
C.IV	Jährliches Nettoergebnis (inkl. "Personal, das für Dritte leistet")	– 3.989,84	– 4.116,57	– 126,73	+ 3,2	
	GB 31.01 Steuerung und Services	– 49,31	– 52,07	– 2,75	+ 5,6	
	GB 31.02 Tertiäre Bildung	– 3.499,09	– 3.574,46	– 75,38	+ 2,2	
	GB 31.03 Forschung und Entwicklung	– 441,44	– 490,04	– 48,60	+ 11,0	
C.V	Saldo aus der jährl. Eröffnungsbilanz	599,46	585,41	– 14,05	– 2,3	
C.VI	Bundesfinanzierung	4.000,02	4.105,17	+ 105,15	+ 2,6	

Vermögensrechnung

UG 31 Wissenschaft und Forschung		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
D + E	**Fremdmittel**	**71,78**	**77,69**	**+ 5,91**	**+ 8,2**	**100,0**
D	Langfristige Fremdmittel	11,55	11,91	+ 0,36	+ 3,1	15,3
D.II	Langfristige Verbindlichkeiten	0,10	0,10	0,00	0,0	0,1
D.III	Langfristige Rückstellungen	11,45	11,81	+ 0,36	+ 3,1	15,2
E	Kurzfristige Fremdmittel	60,22	65,77	+ 5,55	+ 9,2	84,7
E.II	Kurzfristige Verbindlichkeiten	56,69	62,26	+ 5,57	+ 9,8	80,1
E.II.06	Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	54,99	60,29	+ 5,30	+ 9,6	77,6
	GB 31.02 Tertiäre Bildung	52,90	51,93	– 0,97	– 1,8	66,9
E.III	Kurzfristige Rückstellungen	3,54	3,51	– 0,02	– 0,6	4,5

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Vermögensrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 betrug in der UG 31 „Wissenschaft und Forschung" 784,89 Mio. EUR und stieg gegenüber 31. Dezember 2014 um + 103,48 Mio. EUR (+ 15,2 %) an. Der Anteil des kurzfristigen Vermögens betrug 6,9 % und der des langfristigen Vermögens 93,1 %. Dem Vermögen standen Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 von 77,69 Mio. EUR gegenüber, die im Vergleich zum 31. Dezember 2014 um + 5,91 Mio. EUR (+ 8,2 %) anwuchsen. Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 waren zu 84,7 % kurzfristig und zu 15,3 % langfristig. Nachdem das Vermögen die Fremdmittel überstieg, ergab sich ein Nettovermögen (Ausgleichsposten) zum 31. Dezember 2015 von 707,20 Mio. EUR (+ 97,57 Mio. EUR bzw. + 16,0 % gegenüber 31. Dezember 2014).

A. und B. Vermögen

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 (784,89 Mio. EUR) setzte sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- A.IV Beteiligungen: 705,67 Mio. EUR (89,9 %), davon 700,50 Mio. EUR für Beteiligungen an verbundenen Unternehmen und
- B.II Kurzfristige Forderungen: 54,16 Mio. EUR (6,9 %), davon 54,00 Mio. EUR für Sonstige kurzfristige Forderungen (nicht veranschlagt).

Der Anstieg des Vermögens gegenüber 31. Dezember 2014 von + 103,48 Mio. EUR (+ 15,2 %) resultierte insbesondere aus Veränderungen bei Beteiligungen an verbundenen Unternehmen (A.IV.01) von + 105,40 Mio. EUR (+ 17,7 %).

Nach Angaben des BMWFW seien in der Position Beteiligungen an verbundenen Unternehmen die Universitäten, die im Zuständigkeitsbereich des BMWFW liegen, die Österreichische Mensen Betriebsgesellschaft mbH sowie die Österreichische Austauschdienst-Gesellschaft mit beschränkter Haftung enthalten. Die Sonstigen kurzfristigen Forderungen (nicht veranschlagt) würden vor allem die Aktive Rechnungsabgrenzung beinhalten, welche insbesondere die Abgrenzung der Beamtengehälter für Jänner 2016 enthalte.

D. und E. Fremdmittel

Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 (77,69 Mio. EUR) setzten sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- E.II Kurzfristige Verbindlichkeiten: 62,26 Mio. EUR (80,1 %), davon 60,29 Mio. EUR für Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten (Passive Rechnungsabgrenzungen: 55,86 Mio. EUR).

Die Sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten ergäben sich laut BMWFW überwiegend aus der Abgrenzung der Beamtengehälter.

16.2 Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung

Tabelle 16.2-1: UG 31 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung[1)]

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 31 Wissenschaft und Forschung		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
A	**Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (= A.I + A.II – A.III – A.IV)**	**– 595,40**	**– 585,83**	**+ 9,57**	**– 1,6**	**– 589,57**	**– 577,09**	**+ 12,49**	**– 2,1**	**+ 8,74**
A.II	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	– 5,56	2,16	+ 7,72	– 138,8	– 5,99	– 3,46	+ 2,53	– 42,2	– 5,62
A.III	Personalaufwand	507,05	504,14	– 2,91	– 0,6	505,94	502,92	– 3,01	– 0,6	– 1,22
A.III.01	Bezüge	423,20	417,21	– 5,98	– 1,4	422,75	417,36	– 5,39	– 1,3	+ 0,14
	GB 31.02 Tertiäre Bildung	392,15	385,15	– 7,00	– 1,8	391,55	385,28	– 6,27	– 1,6	+ 0,12
A.IV	Betrieblicher Sachaufwand	82,79	83,84	+ 1,06	+ 1,3	77,64	70,70	– 6,94	– 8,9	– 13,14
	GB 31.03 Forschung und Entwicklung	27,04	14,64	– 12,41	– 45,9	27,02	14,77	– 12,25	– 45,3	+ 0,14
B	**Transferergebnis (= B.I – B.II)**	**– 3.394,44**	**– 3.530,07**	**– 135,63**	**+ 4,0**	**– 3.389,27**	**– 3.523,70**	**– 134,43**	**+ 4,0**	**+ 6,37**
B.I	Erträge aus Transfers	465,01	458,11	– 6,89	– 1,5	470,34	462,76	– 7,58	– 1,6	+ 4,65
B.I.01	Erträge aus Transfers von öffentlichen Körperschaften und Rechtsträgern	464,08	457,66	– 6,42	– 1,4	469,42	462,36	– 7,05	– 1,5	+ 4,70
	GB 31.02 Tertiäre Bildung	464,08	457,66	– 6,42	– 1,4	469,42	462,36	– 7,06	– 1,5	+ 4,70
B.II	Transferaufwand	3.859,45	3.988,19	+ 128,74	+ 3,3	3.859,61	3.986,46	+ 126,86	+ 3,3	– 1,72
B.II.01	Aufwand für Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger	3.345,29	3.450,42	+ 105,13	+ 3,1	3.345,29	3.453,61	+ 108,32	+ 3,2	+ 3,20
	GB 31.02 Tertiäre Bildung	3.037,23	3.099,41	+ 62,18	+ 2,0	3.037,23	3.099,41	+ 62,18	+ 2,0	0,00
	GB 31.03 Forschung und Entwicklung	308,06	351,01	+ 42,95	+ 13,9	308,06	354,21	+ 46,14	+ 15,0	+ 3,20
B.II.03	Aufwand für Transfers an Unternehmen	195,06	208,36	+ 13,31	+ 6,8	195,06	203,31	+ 8,26	+ 4,2	– 5,05
	GB 31.02 Tertiäre Bildung	193,37	206,63	+ 13,26	+ 6,9	193,37	201,59	+ 8,22	+ 4,3	– 5,04
B.II.05	Transfers an private Haushalte	286,59	292,32	+ 5,74	+ 2,0	286,65	292,25	+ 5,60	+ 2,0	– 0,07
	GB 31.02 Tertiäre Bildung	245,09	247,63	+ 2,54	+ 1,0	245,09	247,63	+ 2,54	+ 1,0	– 0,00
C	**Ergebnis aus d. operativen Verwaltungs-tätigkeit und Transfers (= A + B)**	**– 3.989,84**	**– 4.115,90**	**– 126,06**	**+ 3,2**	**– 3.978,84**	**– 4.100,79**	**– 121,95**	**+ 3,1**	**+ 15,11**
D	**Finanzergebnis (= D.I – D.II)**	**– 0,00**	**– 0,67**	**– 0,67**	**+ 428.076,4**	**– 0,00**	**– 0,36**	**– 0,36**	**+ 231.173,2**	**+ 0,31**
D.I	Finanzerträge		0,01	+ 0,01	–		– 0,36	– 0,36	–	– 0,37
D.II	Finanzaufwand	0,00	0,68	+ 0,68	+ 432.392,5	0,00		– 0,00	– 100,0	– 0,68

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 31 Wissenschaft und Forschung		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
C*	**Geldfluss aus empfangenen s. gewährten Darlehen und Vorschüssen**					**+ 0,13**	**+ 0,42**	**+ 0,29**	**+ 234,3**	**+ 0,42**
D*	**Geldfluss aus der Investitionstätigkeit**					**– 3,76**	**– 4,42**	**– 0,66**	**+ 17,5**	**– 4,42**
E	**Nettoergebnis (ER: C + D) / Nettofinanzierungssaldo (FR: C + D + C* + D*)**	**– 3.989,84**	**– 4.116,57**	**– 126,73**	**+ 3,2**	**– 3.982,47**	**– 4.105,15**	**– 122,67**	**+ 3,1**	**+ 11,42**
	davon Erträge/ Einzahlungen	459,45	460,28	+ 0,83	+ 0,2	464,57	459,48	– 5,09	– 1,1	– 0,80
	davon Aufwendungen/ Auszahlungen	4.449,29	4.576,85	+ 127,56	+ 2,9	4.447,05	4.564,63	+ 117,58	+ 2,6	– 12,22
	davon Erträge aus Vorperioden	0,02		– 0,02	– 100,0				–	0,00
	davon Aufwand aus Vorperioden	0,02	9,15	+ 9,13	+ 52.088,5				–	– 9,15
	um Vorperioden bereinigtes Nettoergebnis	**– 3.989,84**	**– 4.107,42**	**– 117,58**	**+ 2,9**	**– 3.982,47**	**– 4.105,15**	**– 122,67**	**+ 3,1**	**+ 2,27**

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Ergebnis- und Finanzierungsrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

In der UG 31 „Wissenschaft und Forschung“ betrug das Nettoergebnis 2015 (E) der konsolidierten Ergebnisrechnung – 4,117 Mrd. EUR. Es setzte sich zusammen aus

- dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) von – 585,83 Mio. EUR (+ 9,57 Mio. EUR gegenüber 2014),
- dem Transferergebnis (B) von – 3,530 Mrd. EUR (– 135,63 Mio. EUR gegenüber 2014) und
- dem Finanzergebnis (D) von – 0,67 Mio. EUR (– 0,67 Mio. EUR gegenüber 2014).

Die Erträge in der UG 31 machten 460,28 Mio. EUR

- darunter 2,16 Mio. EUR aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II), 458,11 Mio. EUR aus Transfers (B.I) sowie 0,01 Mio. EUR aus Finanzerträgen (D.I)

und die Aufwendungen 4,577 Mrd. EUR aus

– darunter 504,14 Mio. EUR aus Personalaufwand (A.III), 83,84 Mio. EUR aus betrieblichem Sachaufwand (A.IV), 3,988 Mrd. EUR aus Transferaufwand (B.II) sowie 0,68 Mio. EUR aus Finanzaufwand (D.II).

Das Nettoergebnis 2015 verschlechterte sich um 126,73 Mio. EUR bzw. um 3,2 % gegenüber 2014.

A. Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit

Die Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) betrugen 2,16 Mio. EUR.

Den Erträgen standen Aufwendungen für Personal (A.III) von 504,14 Mio. EUR und betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von 83,84 Mio. EUR gegenüber.

– Die wesentlichen Positionen im Personalaufwand betrafen Bezüge (417,21 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMWFW enthalte die Position Bezüge insbesondere den Aufwand für die Bezüge der Beamten der Universitäten. Die Auszahlungen erfolgen über die Ämter der Universitäten und würden dem Bund von den Universitäten ersetzt.

B. Transferergebnis

Die Erträge aus Transfers (B.I) betrugen 458,11 Mio. EUR. Den Erträgen stand ein Transferaufwand (B.II) von 3,988 Mrd. EUR gegenüber.

– Wesentliche Positionen der Erträge aus Transfers (B.I) waren Transfers von öffentlichen Körperschaften und Rechtsträgern (457,66 Mio. EUR).

– Der Transferaufwand entstand insbesondere für Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger (3,450 Mrd. EUR), Transfers an Unternehmen (208,36 Mio. EUR) und Transfers an private Haushalte (292,32 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMWFW beinhalte die Position Transfererträge von öffentlichen Körperschaften und Rechtsträgern überwiegend die Erträge aus Einzahlungen der Universitäten für die Beamten, die über die Ämter der Universitäten abgerechnet werden. Der Transferaufwand an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger beinhalte den Personal- und Sachaufwand, die Hochschulraumstrukturmittel, Mittel für Generalsanierungen und Uni-

versitätsgebäude und Ersätze für die Studienbeiträge für die 21 vollrechtsfähigen Universitäten und die Donauuniversität Krems. Weiters sei in dieser Position der Aufwand für die Klinikbauten Wien, Graz und Innsbruck inkludiert. Bei den Transferaufwendungen an Unternehmen handle es sich um Fachhochschul-Förderungen (z.B. Fachhochschule Oberösterreich, FH Joanneum oder FH Wiener Neustadt). Der Transferaufwand an private Haushalte/Institutionen enthalte laut BMWFW die Studienförderung, Zuschüsse an Vereine, Studienabschluss–Stipendien, Studienunterstützungen (z.B. für Studientätigkeit im Ausland oder Stipendien für Bewerber aus dem Ausland) sowie laufende Transfers an sonstige juristische Personen (beispielsweise Österreichische Qualitätssicherungsagentur).

Das Transferergebnis 2015 verschlechterte sich um 135,63 Mio. EUR bzw. um 4,0 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten bei

- dem Transferaufwand (B.II) von + 128,74 Mio. EUR: darunter Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger (+ 105,13 Mio. EUR) und Transfers an Unternehmen (+ 13,31 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMWFW sei der Anstieg des Transferaufwands an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger auf den höheren Mittelabruf durch den FWF (Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung) für die Förderungs- und Stipendienprogramme (Einzelprogramme, Doktoratskollegs, Internationale Programme, Spezialforschungsprogramme) zurückzuführen. Außerdem seien aufgrund der abgeschlossenen Leistungsvereinbarung 2015 – 2017 an die Österreichische Akademie der Wissenschaften höhere Beträge überwiesen worden.

E. Nettoergebnis versus Nettofinanzierungssaldo

Der Nettofinanzierungssaldo aus der konsolidierten Finanzierungsrechnung fiel mit – 4,105 Mrd. EUR um + 11,42 Mio. EUR günstiger aus als das Nettoergebnis aus der konsolidierten Ergebnisrechnung (– 4,117 Mrd. EUR). Im Nettofinanzierungssaldo waren Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus empfangenen sowie gewährten Darlehen und Vorschüssen (+ 0,42 Mio. EUR) sowie Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus der Investitionstätigkeit (– 4,42 Mio. EUR) berücksichtigt, die im Nettoergebnis nicht enthalten waren.

Weitere Unterschiede zwischen dem Nettofinanzierungssaldo und dem Nettoergebnis beruhten auf Abweichungen zwischen dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) (+ 8,74 Mio. EUR), dem Transferergebnis (B) (+ 6,37 Mio. EUR) und dem Finanzergebnis (D) (+ 0,31 Mio. EUR) vom

korrespondierenden Geldfluss. Der höhere Aufwand aus der operativen Verwaltungstätigkeit im Vergleich zu den Auszahlungen resultierte aus der nicht-finanzierungswirksamen Erfassung von Aufwendungen aus Vorperioden im sonstigen betrieblichen Sachaufwand (+ 9,15 Mio. EUR). Die Abweichung zwischen Transfererträgen und Transfereinzahlungen betraf Ersätze der Universitäten und war auf Periodenabgrenzungen zurückzuführen. Hinsichtlich des Finanzergebnisses resultierte die Abweichung aus der nicht-finanzierungswirksamen Abschreibung von Beteiligungen.

16.3 Voranschlagsvergleichsrechnungen

16.3.1 Ergebnishaushalt

Tabelle 16.3-1: UG 31 – Ergebnishaushalt 2015

Ergebnishaushalt							
UG 31 Wissenschaft und Forschung	**Erfolg 2014**	**Voranschlag 2015**	**Erfolg 2015**	**Veränderung Erfolg 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015**	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Erträge	1,70	1,33	1,84	+ 0,15	+ 8,7	+ 0,51	+ 38,7
Aufwendungen	3.985,73	4.121,79	4.118,41	+ 132,68	+ 3,3	– 3,38	– 0,1
Nettoergebnis	**– 3.984,04**	**– 4.120,46**	**– 4.116,57**	**– 132,53**	**+ 3,3**	**+ 3,89**	**– 0,1**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Erträge in der UG 31 „Wissenschaft und Forschung“ 1,84 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 0,15 Mio. EUR (+ 8,7 %) und gegenüber dem Voranschlag um 0,51 Mio. EUR (+ 38,7 %) angestiegen.

Die Aufwendungen des Jahres 2015 waren mit 4,118 Mrd. EUR um 132,68 Mio. EUR (+ 3,3 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Aufwendungen um 3,38 Mio. EUR (– 0,1 %) niedriger.

Das Nettoergebnis der UG 31 „Wissenschaft und Forschung“ lag 2015 bei – 4,117 Mrd. EUR. Es war um 132,53 Mio. EUR schlechter und damit um 3,3 % höher als jenes für 2014 (– 3,984 Mrd. EUR) und um 3,89 Mio. EUR besser und damit um 0,1 % niedriger als im Voranschlag (– 4,120 Mrd. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*grün und kursiv*)

fassen die vom BMWFW bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 31 „Wissenschaft und Forschung" (Tabelle I.2.11.1)**.

Tabelle 16.3-2: Ergebnishaushalt, UG 31 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Ergebnishaushalt					
UG 31 Wissenschaft und Forschung		Voranschlag 2015	Erfolg 2015	Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015	
		in Mio. EUR			in %
	Erträge	**1,33**	**1,84**	**+ 0,51**	**+ 38,7**
	Aufwendungen	**4.121,79**	**4.118,41**	**– 3,38**	**– 0,1**
	Nettoergebnis	**– 4.120,46**	**– 4.116,57**	**+ 3,89**	
GB 31.01	**Steuerung und Services**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,62	0,64	+ 0,03	+ 4,4
	Erträge	**0,62**	**0,64**	**+ 0,03**	**+ 4,4**
	Personalaufwand	25,21	25,16	– 0,05	– 0,2
	Transferaufwand	3,87	3,87	– 0,01	– 0,2
	Betrieblicher Sachaufwand	25,67	23,68	– 1,99	– 7,8
	Aufwendungen	**54,76**	**52,71**	**– 2,05**	**– 3,7**
GB 31.02	**Tertiäre Bildung**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,18	0,12	– 0,06	– 32,9
	Finanzerträge	0,00	0,01	+ 0,00	+ 237,5
	Erträge	**0,19**	**0,13**	**– 0,06**	**– 30,0**
	Personalaufwand	7,68	7,41	– 0,28	– 3,6
	Transferaufwand	3.549,20	3.553,67	+ 4,47	+ 0,1
	Betrieblicher Sachaufwand	12,48	12,84	+ 0,36	+ 2,9
	Finanzaufwand	–	0,68	+ 0,68	–
	Aufwendungen	**3.569,37**	**3.574,59**	**+ 5,23**	**+ 0,1**
GB 31.03	**Forschung und Entwicklung**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,53	1,07	+ 0,54	+ 102,8
	Erträge	**0,53**	**1,07**	**+ 0,54**	**+ 102,8**
	Personalaufwand	21,23	19,20	– 2,02	– 9,5
	Transferaufwand	437,44	430,65	– 6,79	– 1,6
	Betrieblicher Sachaufwand	39,01	41,26	+ 2,25	+ 5,8
	Aufwendungen	**497,67**	**491,11**	**– 6,56**	**– 1,3**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Da es im Ergebnishaushalt der UG 31 „Wissenschaft und Forschung" in keinem Globalbudget auf MVAG-Ebene zu Über- bzw. Unterschreitungen von mehr als 10,00 Mio. EUR gegenüber dem Voranschlag kam, bestand für das BMWFW keine Begründungspflicht für die Abweichungen.

16.3.2 Finanzierungshaushalt

Tabelle 16.3-3: UG 31 – Finanzierungshaushalt 2015

Finanzierungshaushalt							
UG 31 Wissenschaft und Forschung	**Zahlungen 2014**	**Voranschlag 2015**	**Zahlungen 2015**	**Veränderung Zahlungen 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015**	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Einzahlungen	1,66	0,55	1,39	– 0,27	– 16,0	+ 0,85	+ 155,6
Auszahlungen	3.984,13	4.119,49	4.106,54	+ 122,41	+ 3,1	– 12,95	– 0,3
Nettofinanzierungssaldo	**– 3.982,47**	**– 4.118,95**	**– 4.105,15**	**– 122,67**	**+ 3,1**	**+ 13,80**	**– 0,3**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Einzahlungen in der UG 31 „Wissenschaft und Forschung“ 1,39 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 0,27 Mio. EUR (– 16,0 %) gesunken und gegenüber dem Voranschlag um 0,85 Mio. EUR (+ 155,6 %) angestiegen.

Die Auszahlungen des Jahres 2015 waren mit 4,107 Mrd. EUR um 122,41 Mio. EUR (+ 3,1 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Auszahlungen um 12,95 Mio. EUR (– 0,3 %) niedriger.

Der Nettofinanzierungssaldo der UG 31 „Wissenschaft und Forschung“ lag 2015 bei – 4,105 Mrd. EUR. Er war um 122,67 Mio. EUR schlechter und damit um 3,1 % höher als jener für 2014 (– 3,982 Mrd. EUR) bzw. um 13,80 Mio. EUR besser und damit um 0,3 % niedriger als im Voranschlag (– 4,119 Mrd. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*blau und kursiv*) fassen die vom BMWFW bekannt gegebenen Begründungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 31 „Wissenschaft und Forschung“ (Tabelle I.2.8.1)**.

Tabelle 16.3-4: Finanzierungshaushalt, UG 31 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Finanzierungshaushalt					
UG 31 Wissenschaft und Forschung		Voranschlag 2015	Zahlungen 2015	Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015	
		in Mio. EUR			in %
	Einzahlungen	**0,55**	**1,39**	**+ 0,85**	**+ 155,6**
	Auszahlungen	**4.119,49**	**4.106,54**	**– 12,95**	**– 0,3**
	Nettofinanzierungssaldo	**– 4.118,95**	**– 4.105,15**	**+ 13,80**	
GB 31.01	**Steuerung und Services**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,10	0,51	+ 0,41	+ 389,7
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,00	–	– 0,00	– 100,0
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,26	0,17	– 0,09	– 33,6
	Einzahlungen	**0,37**	**0,68**	**+ 0,31**	**+ 85,5**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	49,35	48,01	– 1,34	– 2,7
	Auszahlungen aus Transfers	3,87	3,86	– 0,02	– 0,4
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,37	0,08	– 0,29	– 79,0
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,40	0,12	– 0,27	– 69,4
	Auszahlungen	**53,99**	**52,07**	**– 1,92**	**– 3,6**
GB 31.02	**Tertiäre Bildung**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,01	– 0,29	– 0,29	– 5.862,8
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,00	–	– 0,00	– 100,0
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,02	0,37	+ 0,35	+ 2.061,5
	Einzahlungen	**0,02**	**0,08**	**+ 0,06**	**+ 244,9**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	19,74	20,73	+ 0,98	+ 5,0
	Auszahlungen aus Transfers	3.549,20	3.548,63	– 0,57	– 0,0
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,04	0,16	+ 0,11	+ 264,4
	Auszahlungen	**3.568,99**	**3.569,51**	**+ 0,52**	**+ 0,0**
GB 31.03	**Forschung und Entwicklung**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,15	0,63	+ 0,48	+ 326,4
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,01	–	– 0,01	– 100,0
	Einzahlungen	**0,15**	**0,63**	**+ 0,48**	**+ 309,8**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	55,08	46,80	– 8,28	– 15,0
	Auszahlungen aus Transfers	437,44	433,98	– 3,46	– 0,8
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	4,00	4,18	+ 0,19	+ 4,7
	Auszahlungen	**496,52**	**484,96**	**– 11,55**	**– 2,3**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Da es im Finanzierungshaushalt der UG 31 „Wissenschaft und Forschung“ in keinem Globalbudget auf MVAG-Ebene zu Über- bzw. Unterschreitungen von mehr als 10,00 Mio. EUR gegenüber dem Voranschlag kam, bestand für das BMWFW keine Begründungspflicht für die Abweichungen.

16.3.3 Haushaltsrücklagen

Tabelle 16.3-5: UG 31 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015

Finanzierungshaushalt								
UG 31 Wissenschaft und Forschung	**Anfangs-bestand**	**Umbuchung**	**Entnahme**	**Auflösung**	**Zuführung**	**Endbestand**	**Veränderung 2014 : 2015**	
	in Mio. EUR							in %
Detailbudgetrücklagen	566,30	–	– 194,56	–	+ 26,72	398,46	– 167,85	– 29,6
Zweckgebundene Einzahlungsrücklagen	1,48	–	– 0,13	–	+ 0,33	1,68	+ 0,20	+ 13,5
Gesamtsumme	**567,79**	**–**	**– 194,69**	**–**	**+ 27,05**	**400,14**	**– 167,65**	**– 29,5**

Quellen: Rücklagengebarung, eigene Berechnung

Der Stand der Rücklagen in der UG 31 „Wissenschaft und Forschung“ belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 567,79 Mio. EUR und veränderte sich durch Entnahmen (194,69 Mio. EUR) und Zuführungen (27,05 Mio. EUR) auf 400,14 Mio. EUR zum 31. Dezember 2015. Im Verhältnis zu den veranschlagten Auszahlungen (4,119 Mrd. EUR) entsprach der Stand zum 31. Dezember 2015 einem Anteil von 9,7 %. Im BFG 2015 war für die UG 31 eine Rücklagenverwendung von 169,06 Mio. EUR berücksichtigt, die in der mittelfristigen Finanzplanung nicht enthalten war und die Auszahlungsobergrenze für das Jahr 2015 (3,950 Mrd. EUR) erhöhte (siehe auch **TZ 16.4**).

16.4 Finanzrahmen

Ausgehend von den tatsächlichen Auszahlungen 2015 stellen sich die Auszahlungsobergrenzen für die UG 31 „Wissenschaft und Forschung“ gemäß BFRG für die Finanzjahre 2016 bis 2020 wie folgt dar:

Tabelle 16.4–1: UG 31 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020

Finanzierungshaushalt									
UG 31 Wissenschaft und Forschung	**Auszahlungen (Ist)**	**Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG**					**Veränderung**		
	2015	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**	**2020**	**2015 (Ist) : 2020**		**durch-schnittlich jährlich**
	in Mio. EUR							in %	
	4.106,54	**4.283,34**	**4.314,97**	**4.401,28**	**4.421,93**	**4.443,84**	**+ 337,30**	**+ 8,2**	**+ 1,6**
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze gesamt	*74.589,49*	*78.107,49*	*78.202,70*	*78.814,08*	*80.408,66*	*83.038,37*	*+ 8.448,88*	*+ 11,3*	*+ 2,2*
Anteil der UG 31	5,5 %	5,5 %	5,5 %	5,6 %	5,5 %	5,4 %	– 0,2 %-Punkte		–
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze Rubrik 3	*13.330,66*	*13.425,91*	*13.664,94*	*13.863,44*	*13.967,43*	*14.196,43*	*+ 865,77*	*+ 6,5*	*+ 1,3*
Anteil der UG 31	30,8 %	31,9 %	31,6 %	31,7 %	31,7 %	31,3 %	+ 0,5 %-Punkte		–

Quellen: HIS, BFRG 2016 - 2019, 2017 - 2020, eigene Berechnung

Bis zum Jahr 2020 soll die Auszahlungsobergrenze für die UG 31 „Wissenschaft und Forschung“ um + 337,30 Mio. EUR (+ 8,2 %) auf 4,444 Mrd. EUR ansteigen. Dies entspricht einer Veränderungsrate gegenüber den tatsächlichen Auszahlungen 2015 von + 1,6 % im Jahresdurchschnitt. Im Jahr 2015 betrug der Anteil der UG 31 „Wissenschaft und Forschung“ an den Gesamtauszahlungen 5,5 % und an den Auszahlungen der Rubrik 3 30,8 %. Der Anteil der UG 31 an der Gesamt–Auszahlungsobergrenze soll bis 2020 auf 5,4 % zurückgehen bzw. soll er innerhalb der Rubrik 3 auf 31,3 % ansteigen.

Die wichtigsten laufenden bzw. geplanten Maßnahmen und Reformen für die budgetäre Zielerreichung seien laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020:

- Umsetzung und Begleitung der Leistungsvereinbarungen mit den Universitäten 2016-2018 unter Beachtung der Ziele des gesamtösterreichischen Universitätsentwicklungsplans und je nach budgetären Möglichkeiten Setzen weiterer gesetzlicher Schritte zur Universitätsfinanzierung NEU, Umsetzung der Leistungsvereinbarungen 2015-2017 mit der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) und dem Institute of Science and Technology Austria (IST Austria);

- Vollziehung der novellierten Hochschulraum-Strukturmittelverordnung, Umsetzung von kompetitiv vergebenen Kooperationsprojekten in Höhe von insgesamt 97,5 Mio. EUR in den drei Bereichen Lehre, Forschung sowie Verwaltung;

- Umsetzung der Pädagogenbildung NEU;

- Beratung und Ausbau der Förderung von Studierenden;

- Verbreitung der Basis der Wissensgesellschaft durch Initiativen wie Young Science oder Sparkling Science ergänzt durch breit aufgestellte Dialogaktivitäten zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft, wobei der Aktivierung des Potentials der Universitäten im Bereich der „Dritten Mission“ eine besondere Rolle zukommen soll (Weiterbildung, Wissens- und Technologietransfer, Innovation, Wissenschafts-kommunikation sowie regionales, soziales bzw. gesellschaftliches Engagement);

- weitere Umsetzung der FTI (Forschung, Technologie und Innovation)–Strategie und Weiterentwicklung bzw. Umsetzung von Teilstrategien, wie zum Beispiel Open Innovation und Intellectual Property;

- Förderung exzellenter Forschung und Verankerung der österreichischen Wissenschafts- und Forschungscommunity im europäischen Forschungsraum;

- Beschluss und Umsetzung der Österreichischen ERA (European Research Area) Roadmap;

- (Re-)Investition im Bereich Großforschungsinfrastruktur sowie KMA–(Bau–)Investitionen.

Erforderliche Steuerungs- und Korrekturmaßnahmen zur Einhaltung bzw. zum Verhindern eines Überschreitens der Auszahlungsobergrenzen seien laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 strategische wie operative Maßnahmen zur Steigerung der Verwaltungseffizienz sowie der Effizienz und Effektivität der nach außen hin eingesetzten Budgetmittel und gegebenenfalls die Reduktion bzw. Einstellung von Förderungsmaßnahmen.

Die im BFRG 2017 bis 2020 vorgesehenen Auszahlungsobergrenzen für die Jahre 2017 bis 2019 wurden gegenüber dem bisher geltenden BFRG 2016 bis 2019 um insgesamt + 0,9 % bzw. um durchschnittlich + 38,82 Mio. EUR pro Jahr erhöht. Laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 würden sich die Beträge des neuen Finanzrahmens weitestgehend an jenen des alten orientieren, in zwei wesentlichen Punkten seien Erhöhungen erzielt worden: beim Budget für den klinischen Mehraufwand (Innsbruck, Graz, Wien) und für die Medizinische Fakultät Linz sowie zusätzliche Mittel für die Forschung.

Im Folgenden wird ein Überblick über die Entwicklung der tatsächlichen Auszahlungen und der Auszahlungsobergrenzen von 2011 bis 2015 bzw. ein Vergleich der Auszahlungen zu den Auszahlungsobergrenzen des derzeit geltenden BFRG 2017 bis 2020 gegeben:

Tabelle 16.4–2: UG 31 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015

Finanzierungshaushalt

UG 31 Wissenschaft und Forschung	BFRG bzw. Zahlungen					Veränderung			
	2011	2012	2013	2014	2015	2014 : 2015		2011 : 2015	
	in Mio. EUR					in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Auszahlungsobergrenze UG 31	3.686,10	3.847,53	4.022,02	3.931,11	3.950,43	+ 19,32	+ 0,5	+ 264,33	+ 7,2
Auszahlungen UG 31	3.632,27	3.777,58	3.900,38	3.984,13	4.106,54	+ 122,41	+ 3,1	+ 474,27	+ 13,1
Abweichung Auszahlungen : Obergrenze	**– 53,83**	**– 69,95**	**– 121,63**	**+ 53,03**	**+ 156,11**				
Abweichung in %	**– 1,5 %**	**– 1,8 %**	**– 3,0 %**	**+ 1,3 %**	**+ 4,0 %**				

Quellen: HIS, BFRG 2011 - 2014, 2012 - 2015, 2013 - 2016, 2014 - 2017, 2015 - 2018, eigene Berechnung

Während ursprünglich zwischen 2011 und 2015 eine Erhöhung der Auszahlungsobergrenze gemäß BFRG um insgesamt + 264,33 Mio. EUR (+ 7,2 %) vorgesehen war, erhöhten sich die Auszahlungen zwischen 2011 und 2015 tatsächlich um + 474,27 Mio. EUR (+ 13,1 %). Im Jahr 2015 lagen die tatsächlichen Auszahlungen um + 156,11 Mio. EUR (+ 4,0 %) über jenen, die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen waren.

Tabelle 16.4–3: UG 31 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG

Finanzierungshaushalt						
UG 31 Wissenschaft und Forschung	Auszahlungen (Ist)		durchschnittliche jährliche Veränderung	BFRG	durchschnittliche jährliche Veränderung	Differenz der Veränderungsraten[1]
	2011	2015	2011 : 2015	2020	2015 (Ist) : 2020 (BFRG)	
	in Mio. EUR		in %	in Mio. EUR	in %	in %-Punkten
	3.632,27	4.106,54	+ 3,1	4.443,84	+ 1,6	– 1,5

1) Rundungsdifferenz möglich

Quellen: HIS, BFRG 2017 - 2020, eigene Berechnung

Die durchschnittliche jährliche Veränderung der Auszahlungen belief sich von 2011 bis 2015 auf + 3,1 %. Laut mittelfristiger Finanzplanung bis 2020 soll sie + 1,6 % betragen und somit um 1,5 Prozentpunkte geringer steigen als im Zeitraum 2011 bis 2015.

Die Umsetzung von quantifizierten strukturellen Steuerungs- und Korrekturmaßnahmen bzw. entsprechender Konsolidierungsmaßnahmen in der UG 31 „Wissenschaft und Forschung“ ist aus Sicht des RH erforderlich, um die Auszahlungsobergrenzen bis 2020 einhalten zu können.

In diesem Zusammenhang weist der RH auf folgende im Jahr 2015 bzw. bis Ende April 2016 dem Nationalrat vorgelegte Berichte hin:

- Einführung der Wirkungsorientierung in ausgewählten Bundesministerien (Reihe Bund 2016/5)

Alle drei überprüften Bundesministerien, darunter das BMWFW, hatten die Verankerung der Wirkungsorientierung in ihren Organisations– und Managementinstrumenten großteils abgeschlossen. Der RH kritisierte jedoch, dass die Transparenz über den zur Einführung der Wirkungsorientierung erforderlichen Ressourcenaufwand fehlte. Die finanziellen Erläuterungen zum BHG 2013 enthielten keine Angaben zu den erforderlichen finanziellen und personellen Ressourcen sowie zu den Gesamtkosten. Keines der

drei überprüften Bundesministerien verfügte über einen Gesamtüberblick zu den von ihm tatsächlich eingesetzten Ressourcen.

– Österreichisches Zentrum für Begabtenförderung und Begabungsforschung (ÖZBF) (Reihe Bund 2016/5)

Der Bund finanzierte das – 1999 als Verein gegründete – Österreichische Zentrum für Begabtenförderung und Begabungsforschung (ÖZBF) fast zur Gänze. Das BMBF und das BMWFW wendeten gemeinsam von 2010 bis 2014 pro Jahr zwischen rd. 875.600 EUR (2010) und rd. 912.600 EUR (2014) auf. Mehr als die Hälfte davon entfiel auf Aufwendungen für Personal, das dem Verein vom BMBF als lebende Subvention zur Verfügung gestellt wurde. Eine geeignete Rechtsgrundlage dafür fehlte. Die Zielvorgaben für das ÖZBF durch das BMBF und das BMWFW waren mangelhaft; eine Evaluierung der Wirkungen der dem ÖZBF gewährten Förderungen fand seit dessen Gründung nicht statt. Ebenso fehlte eine Strategie der beiden Ressorts hinsichtlich der künftigen Ausgestaltung der Begabungsförderungslandschaft in Österreich.

– Internes Kontrollsystem im Bereich der Finanzverwaltung an der Technischen Universität Graz und an der Universität Salzburg (Reihe Bund 2016/5)

An beiden überprüften Universitäten war ein umfassendes Internes Kontrollsystem – auch für den Bereich der Finanzverwaltung – erst im Aufbau. Die TU Graz verfügte bereits über eine Reihe von internen Vorschriften und Regelungen. An beiden überprüften Universitäten bestand das Risikopotenzial, dass wegen fehlender IT-technischer Sperren bei der Verbuchung von Verbindlichkeiten sowohl die Vorerfassung als auch die Buchung – bei entsprechenden Berechtigungen – von ein und derselben Person durchgeführt werden könnten. Die Ressourcenausstattung der Finanzverwaltung ermöglichte es jedoch an beiden überprüften Universitäten, die entscheidenden, die ausführenden und die kontrollierenden Funktionen voneinander zu trennen. Eine Überprüfung von ausgewählten Geschäftsprozessen der Finanzverwaltung (Verbuchung von Verbindlichkeiten, Abwicklung von Barzahlungsgeschäften und Veranlagungen) zeigte an beiden Universitäten Mängel im Bereich des Internen Kontrollsystems auf.

– Medizinische Fakultät Linz – Planung (Reihe Bund 2015/17)

Die nach der Entschließung des Nationalrats veröffentlichte und vom Bund beauftragte Ärztebedarfsstudie enthielt zahlreiche strukturelle Empfehlungen zur nachhaltigen Sicherung des österreichischen Gesundheitswesens. Keine davon betraf jedoch die Errichtung einer neuen medizinischen

Universität oder Fakultät. Die dennoch – als fünfter Standort medizinischer Universitätsausbildung in Österreich – errichtete Medizinische Fakultät der Universität Linz soll bis 2027 rd. 630 Mio. EUR kosten. Davon stammen rd. 187 Mio. EUR vom Land Oberösterreich und von den oberösterreichischen Gemeinden, obwohl diese Gebietskörperschaften nach der Bundesverfassung für die Finanzierung von Universitäten nicht zuständig waren.

– Leistungsvereinbarungen; Follow–up–Überprüfung (Reihe Bund 2015/15)

Das BMWFW, die Universität für Bodenkultur Wien und die Universität Klagenfurt kamen einem Großteil der Empfehlungen des RH, die dieser im Jahr 2012 zu Leistungsvereinbarungen veröffentlicht hatte, nach bzw. hatten deren Umsetzung zugesagt. Mit dem Kosten– und Leistungsrechnungs-Verordnungsentwurf, den Maßnahmen in Richtung kapazitätsorientierter, studierendenbezogener Universitätsfinanzierung sowie den konkreten Vorhaben und Maßnahmen zum Thema Betreuungsrelationen in den Leistungsvereinbarungen 2013 – 2015 soll die Steuerung des BMWFW verbessert werden. Die Universität für Bodenkultur Wien und die Universität Klagenfurt verbesserten die Steuerung, was die Zielvereinbarungen betraf. An der Universität Klagenfurt waren die Empfehlungen des RH zum rechtzeitigen und zeitnahen Abschluss der Zielvereinbarungen allerdings noch nicht umgesetzt.

– FFG und FWF – Interne Kontrollsysteme (Reihe Bund 2015/7)

Der RH stellte fest, dass in der FFG Optimierungspotenzial in einzelnen Prozessschritten der Förderungsabwicklung und bei der Berechnung von Kosten und Nutzen des IKS bestand. Weiters stellte er fest, dass das IKS des FWF in einigen Bereichen, z.B. bei der Risikoanalyse, mangelhaft war. Insbesondere kritisierte der RH das Fehlen einer Internen Revision, welche die Abläufe hinsichtlich der Erfüllung der Zielvorgaben sowie die Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit bzw. die Zuverlässigkeit des IKS überprüft hätte.

– Technische Universität Wien – Finanzsituation (Reihe Bund 2015/6)

Die Technische Universität (TU) Wien musste im Jahr 2011 einen Frühwarnbericht an das BMWFW erstellen, weil in den Jahren davor ihre Auszahlungen für Personal, Bauten und Geräteausstattung gleichzeitig und verstärkt angestiegen waren. Im Personalbereich wendete die TU Wien den Kollektivvertrag so großzügig an, dass dies allein bis zu dessen vollem Inkrafttreten zu vermeidbaren Mehraufwendungen von rd. 720.000 EUR führte. Die vom Bund finanzierten Personalauszahlungen konnte die TU Wien zwar ab 2012 stabilisieren, dies ging jedoch ausschließlich zu Lasten

des lehrenden und forschenden Personals, während sich die Ausgaben für das allgemeine Personal im Jahr 2013 wieder erhöhten.

– Akademisches StartUp Netzwerk Oberösterreich (Akostart OÖ) (Reihe Bund 2015/6)

Der Verein Akademisches StartUp Netzwerk Oberösterreich (Akostart OÖ) förderte akademische Unternehmensgründungen und die Gründung von Hochschul-Spin-offs. Er verfügte nur über geringe private Einnahmen und war stark von öffentlichen Mitteln abhängig. In der Vereinsführung, in der Verwaltung sowie hinsichtlich der Informationen über die betreuten Start-up-Projekte bestanden Verbesserungspotenziale. Durch die Vernetzung der Ressourcen der beteiligten Hochschulen wurden die Kräfte im Hochschulbereich gebündelt und dadurch ein Mehrwert für die Unterstützung des Gründungsprozesses von akademischen Start-ups geschaffen. Aus den seit 2011 in die Betreuung aufgenommenen 58 Start-up-Projekten war eine beträchtliche Anzahl an Unternehmensgründungen erwachsen, wobei nur geringe Mittel eingesetzt wurden. Sieben der 22 Unternehmensgründungen schufen bislang 48 zusätzliche Arbeitsplätze.

17 UG 32 „KUNST UND KULTUR“

UG 32 Kunst und Kultur - BKA	
zentrale Budgetbereiche	Bundestheater
	Bundesmuseen
	Kunstförderung
	Denkmalschutz
	Besondere Kultureinrichtungen
	Kulturförderung

Quelle: HIS

17.1 Vermögensrechnung

Tabelle 17.1–1: UG 32 – Vermögensrechnung[1)]

Vermögensrechnung						
UG 32 Kunst und Kultur		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
A + B	**Vermögen**	**199,35**	**219,80**	**+ 20,45**	**+ 10,3**	**100,0**
A	Langfristiges Vermögen	197,23	218,08	+ 20,84	+ 10,6	99,2
A.II	Sachanlagen	88,21	88,91	+ 0,70	+ 0,8	40,5
A.II.05	Kulturgüter	86,81	87,55	+ 0,74	+ 0,9	39,8
	GB 32.03 Kultureinrichtungen	60,96	60,96	0,00	0,0	27,7
A.IV	Beteiligungen	108,99	129,14	+ 20,15	+ 18,5	58,8
A.IV.01	an verbundenen Unternehmen	107,32	127,47	+ 20,15	+ 18,8	58,0
	GB 32.03 Kultureinrichtungen	81,49	101,78	+ 20,28	+ 24,9	46,3
A.V	Langfristige Forderungen	0,04	0,03	– 0,01	– 13,6	0,0
B	Kurzfristiges Vermögen	2,11	1,72	– 0,40	– 18,8	0,8
B.II	Kurzfristige Forderungen	1,99	1,59	– 0,40	– 20,0	0,7
B.III	Vorräte	0,12	0,12	+ 0,00	+ 0,7	0,1
B.IV	Liquide Mittel	0,01	0,01	+ 0,00	+ 0,8	0,0
C	**Nettovermögen (Ausgleichsposten)**	**188,45**	**211,47**	**+ 23,02**	**+ 12,2**	
C.I	Neubewertungsrücklagen (Umbewertungskonto)	12,82	35,95	+ 23,13	+ 180,3	
	GB 32.03 Kultureinrichtungen	12,74	35,87	+ 23,13	+ 181,5	
C.IV	Jährliches Nettoergebnis (inkl. "Personal, das für Dritte leistet")	– 375,77	– 420,23	– 44,46	+ 11,8	
	GB 32.01 Kunst	– 75,21	– 91,58	– 16,37	+ 21,8	
	GB 32.02 Kultur	– 67,52	– 66,19	+ 1,33	– 2,0	
	GB 32.03 Kultureinrichtungen	– 233,04	– 262,47	– 29,42	+ 12,6	
C.V	Saldo aus der jährl. Eröffnungsbilanz	183,42	174,71	– 8,70	– 4,7	
C.VI	Bundesfinanzierung	367,98	421,04	+ 53,06	+ 14,4	
D + E	**Fremdmittel**	**10,89**	**8,32**	**– 2,57**	**– 23,6**	**100,0**
D	Langfristige Fremdmittel	4,68	4,45	– 0,23	– 4,9	53,5
D.III	Langfristige Rückstellungen	4,68	4,45	– 0,23	– 4,9	53,5
E	Kurzfristige Fremdmittel	6,21	3,87	– 2,34	– 37,7	46,5
E.II	Kurzfristige Verbindlichkeiten	4,14	1,99	– 2,15	– 51,9	23,9
E.III	Kurzfristige Rückstellungen	2,07	1,88	– 0,19	– 9,4	22,5

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Vermögensrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 betrug in der UG 32 „Kunst und Kultur" 219,80 Mio. EUR und stieg gegenüber 31. Dezember 2014 um + 20,45 Mio. EUR (+ 10,3 %) an. Der Anteil des kurzfristigen Vermögens betrug 0,8 % und der des langfristigen Vermögens 99,2 %. Dem Vermögen standen Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 von 8,32 Mio. EUR gegenüber, die im Vergleich zum 31. Dezember 2014 um – 2,57 Mio. EUR (– 23,6 %) zurückgingen. Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 waren zu 46,5 % kurzfristig und zu 53,5 % langfristig. Nachdem das Vermögen die Fremdmittel überstieg, ergab sich ein Nettovermögen (Ausgleichsposten) zum 31. Dezember 2015 von 211,47 Mio. EUR (+ 23,02 Mio. EUR bzw. + 12,2 % gegenüber 31. Dezember 2014).

A. und B. Vermögen

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 (219,80 Mio. EUR) setzte sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- A.II Sachanlagen: 88,91 Mio. EUR (40,5 %), davon 87,55 Mio. EUR für Kulturgüter und
- A.IV Beteiligungen: 129,14 Mio. EUR (58,8 %), davon 127,47 Mio. EUR für Beteiligungen an verbundenen Unternehmen.

Der Anstieg des Vermögens gegenüber 31. Dezember 2014 von + 20,45 Mio. EUR (+ 10,3 %) resultierte insbesondere aus Veränderungen bei Beteiligungen an verbundenen Unternehmen (A.IV.01) von + 20,15 Mio. EUR (+ 18,8 %).

Nach Angaben des BKA handle es sich bei den Beteiligungen an verbundenen Unternehmen unter anderem um die Albertina (41,81 Mio. EUR), die Bundestheaterholding (11,50 Mio. EUR) und verschiedene Museen, wie beispielsweise das MAK – Österreichisches Museum für angewandte Kunst (11,53 Mio. EUR) oder das Naturhistorische Museum (9,23 Mio. EUR). Die Veränderung der Beteiligungen an verbundenen Unternehmen resultiere vor allem aus einer Zuschreibung bei der Albertina (+ 20,56 Mio. EUR), sowie einigen Abschreibungen (z.B. Naturhistorisches Museum – 0,86 Mio. EUR; Österreichische Nationalbibliothek – 0,79 Mio. EUR).

17.2 Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung

Tabelle 17.2-1: UG 32 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung[1)]

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 32 Kunst und Kultur		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
A	**Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (= A.I + A.II – A.III – A.IV)**	**– 47,47**	**– 46,05**	**+ 1,42**	**– 3,0**	**– 41,56**	**– 46,19**	**– 4,63**	**+ 11,1**	**– 0,14**
A.II	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	10,97	11,76	+ 0,79	+ 7,2	10,91	11,30	+ 0,39	+ 3,6	– 0,46
A.III	Personalaufwand	31,66	29,25	– 2,40	– 7,6	26,14	29,25	+ 3,11	+ 11,9	– 0,00
A.IV	Betrieblicher Sachaufwand	26,78	28,56	+ 1,77	+ 6,6	26,33	28,24	+ 1,91	+ 7,2	– 0,32
B	**Transferergebnis (= B.I – B.II)**	**– 316,23**	**– 372,16**	**– 55,94**	**+ 17,7**	**– 325,57**	**– 373,86**	**– 48,29**	**+ 14,8**	**– 1,70**
B.I	Erträge aus Transfers	1,56	3,37	+ 1,81	+ 116,3	1,56	3,37	+ 1,81	+ 116,3	0,00
B.II	Transferaufwand	317,79	375,54	+ 57,75	+ 18,2	327,13	377,24	+ 50,11	+ 15,3	+ 1,70
B.II.01	Aufwand für Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger	111,30	113,64	+ 2,34	+ 2,1	111,30	113,64	+ 2,34	+ 2,1	0,00
	GB 32.03 Kultureinrichtungen	109,05	111,51	+ 2,46	+ 2,3	109,05	111,51	+ 2,46	+ 2,3	0,00
B.II.03	Aufwand für Transfers an Unternehmen	142,22	179,75	+ 37,53	+ 26,4	146,41	179,83	+ 33,42	+ 22,8	+ 0,08
	GB 32.03 Kultureinrichtungen	120,64	149,02	+ 28,37	+ 23,5	120,64	149,10	+ 28,46	+ 23,6	+ 0,09
B.II.05	Transfers an private Haushalte	63,97	81,78	+ 17,81	+ 27,8	69,14	83,38	+ 14,25	+ 20,6	+ 1,60
	GB 32.01 Kunst	46,66	61,87	+ 15,21	+ 32,6	51,83	63,47	+ 11,64	+ 22,5	+ 1,60
C	**Ergebnis aus d. operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers (= A + B)**	**– 363,69**	**– 418,21**	**– 54,52**	**+ 15,0**	**– 367,13**	**– 420,05**	**– 52,92**	**+ 14,4**	**– 1,84**
D	**Finanzergebnis (= D.I – D.II)**	**– 12,08**	**– 2,02**	**+ 10,06**	**– 83,3**	**0,00**	**– 0,00**	**– 0,00**	**–**	**+ 2,02**
D.II	Finanzaufwand	12,08	2,02	– 10,06	– 83,3		0,00	+ 0,00	–	– 2,02
D.II.05	Aufwendungen aus der Bewertung von Beteiligungen	12,08	2,02	– 10,06	– 83,3					– 2,02
C*	**Geldfluss aus empfangenen s. gewährten Darlehen und Vorschüssen**					**– 0,01**	**– 0,03**	**– 0,02**	**+ 217,7**	**– 0,03**
D*	**Geldfluss aus der Investitionstätigkeit**					**– 0,84**	**– 1,02**	**– 0,18**	**+ 22,0**	**– 1,02**
E	**Nettoergebnis (ER: C + D) / Nettofinanzierungssaldo (FR: C + D + C* + D*)**	**– 375,77**	**– 420,23**	**– 44,46**	**+ 11,8**	**– 367,97**	**– 421,10**	**– 53,13**	**+ 14,4**	**– 0,87**
	davon Erträge/Einzahlungen	12,53	15,13	+ 2,60	+ 20,8	12,47	14,68	+ 2,21	+ 17,7	– 0,45
	davon Aufwendungen/ Auszahlungen	388,30	435,36	+ 47,06	+ 12,1	380,44	435,78	+ 55,33	+ 14,5	+ 0,42
	davon Erträge aus Vorperioden	0,00		– 0,00	– 100,0					0,00
	davon Aufwand aus Vorperioden	– 0,00		+ 0,00	– 100,0					0,00
	um Vorperioden bereinigtes Nettoergebnis	**– 375,77**	**– 420,23**	**– 44,46**	**+ 11,8**	**– 367,97**	**– 421,10**	**– 53,13**	**+ 14,4**	**– 0,87**

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Ergebnis- und Finanzierungsrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

In der UG 32 „Kunst und Kultur“ betrug das Nettoergebnis 2015 (E) der konsolidierten Ergebnisrechnung – 420,23 Mio. EUR. Es setzte sich zusammen aus

- dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) von – 46,05 Mio. EUR (+ 1,42 Mio. EUR gegenüber 2014),
- dem Transferergebnis (B) von – 372,16 Mio. EUR (– 55,94 Mio. EUR gegenüber 2014) und
- dem Finanzergebnis (D) von – 2,02 Mio. EUR (+ 10,06 Mio. EUR gegenüber 2014).

Die Erträge in der UG 32 machten 15,13 Mio. EUR

- darunter 11,76 Mio. EUR aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) sowie 3,37 Mio. EUR aus Transfers (B.I)

und die Aufwendungen 435,36 Mio. EUR aus

- darunter 29,25 Mio. EUR aus Personalaufwand (A.III), 28,56 Mio. EUR aus betrieblichem Sachaufwand (A.IV), 375,54 Mio. EUR aus Transferaufwand (B.II) sowie 2,02 Mio. EUR aus Finanzaufwand (D.II).

Das Nettoergebnis 2015 verschlechterte sich um 44,46 Mio. EUR bzw. um 11,8 % gegenüber 2014.

B. Transferergebnis

Die Erträge aus Transfers (B.I) betrugen 3,37 Mio. EUR. Den Erträgen stand ein Transferaufwand (B.II) von 375,54 Mio. EUR gegenüber.

- Der Transferaufwand entstand insbesondere für Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger (113,64 Mio. EUR), Transfers an Unternehmen (179,75 Mio. EUR) und Transfers an private Haushalte (81,78 Mio. EUR).

Das Transferergebnis 2015 verschlechterte sich um 55,94 Mio. EUR bzw. um 17,7 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten beim

- Transferaufwand (B.II) von + 57,75 Mio. EUR: darunter Transfers an Unternehmen (+ 37,53 Mio. EUR) und Transfers an private Haushalte (+ 17,81 Mio. EUR).

Der Transferaufwand an Unternehmen beinhaltete die Transferzahlungen an die Bundestheaterholding GmbH, die Burgtheater GmbH, die Wiener Staatsoper GmbH sowie die Volksoper Wien GmbH. Im Transferaufwand an private Haushalte waren vor allem Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Österreichischen Filminstitut (19,00 Mio. EUR), der Bundesbeitrag zum Salzburger Festspielfonds (4,90 Mio. EUR) sowie diverse einzelne Subventionen enthalten.

D. Finanzergebnis

Der Finanzaufwand (D.II) betrug 2,02 Mio. EUR.

Das Finanzergebnis verbesserte sich um 10,06 Mio. EUR bzw. um 83,3 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten beim

- Finanzaufwand (D.II) von – 10,06 Mio. EUR für die Bewertung von Beteiligungen.

Dieser Rückgang der Aufwendungen aus der Bewertung von Beteiligungen war auf die geringeren Abschreibung im Vergleich zum Vorjahr zurückzuführen (2015: 2,02 Mio. EUR; 2014: 12,08 Mio. EUR).

E. Nettoergebnis versus Nettofinanzierungssaldo

Der Nettofinanzierungssaldo aus der konsolidierten Finanzierungsrechnung fiel mit – 421,10 Mio. EUR um – 0,87 Mio. EUR ungünstiger aus als das Nettoergebnis aus der konsolidierten Ergebnisrechnung (– 420,23 Mio. EUR). Im Nettofinanzierungssaldo waren Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus empfangenen sowie gewährten Darlehen und Vorschüssen (– 0,03 Mio. EUR) sowie Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus der Investitionstätigkeit (– 1,02 Mio. EUR) berücksichtigt, die im Nettoergebnis nicht enthalten waren.

Weitere Unterschiede zwischen dem Nettofinanzierungssaldo und dem Nettoergebnis beruhten auf Abweichungen zwischen dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) (– 0,14 Mio. EUR), dem Transferergebnis (B) (– 1,70 Mio. EUR) und dem Finanzergebnis (D) (+ 2,02 Mio. EUR) vom korrespondierenden Geldfluss.

Das Transferergebnis beinhaltete höhere Auszahlungen als Aufwendungen aufgrund von Periodenabgrenzungen. Das Finanzergebnis wies Aufwendungen in Höhe von 2,02 Mio. EUR aus, jedoch keine korrespondierenden Auszahlungen. Dies war auf die nicht-finanzierungswirksame Bewertung der Beteiligungen zurückzuführen.

17.3 Voranschlagsvergleichsrechnungen

17.3.1 Ergebnishaushalt

Tabelle 17.3-1: UG 32 – Ergebnishaushalt 2015

Ergebnishaushalt							
UG 32 Kunst und Kultur	**Erfolg 2014**	**Voranschlag 2015**	**Erfolg 2015**	**Veränderung Erfolg 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015**	
	in Mio. EUR			in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Erträge	2,12	6,20	4,43	+ 2,30	+ 108,4	– 1,77	– 28,6
Aufwendungen	378,74	441,02	424,66	+ 45,92	+ 12,1	– 16,36	– 3,7
Nettoergebnis	**– 376,62**	**– 434,82**	**– 420,23**	**– 43,61**	**+ 11,6**	**+ 14,59**	**– 3,4**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Erträge in der UG 32 „Kunst und Kultur“ 4,43 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 2,30 Mio. EUR (+ 108,4 %) angestiegen und gegenüber dem Voranschlag um 1,77 Mio. EUR (– 28,6 %) gesunken.

Die Aufwendungen des Jahres 2015 waren mit 424,66 Mio. EUR um 45,92 Mio. EUR (+ 12,1 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Aufwendungen um 16,36 Mio. EUR (– 3,7 %) niedriger.

Das Nettoergebnis der UG 32 „Kunst und Kultur“ lag 2015 bei – 420,23 Mio. EUR. Es war um 43,61 Mio. EUR schlechter und damit um 11,6 % höher als jenes für 2014 (– 376,62 Mio. EUR) und um 14,59 Mio. EUR besser und damit um 3,4 % niedriger als im Voranschlag (– 434,82 Mio. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*grün und kursiv*) fassen die vom BKA bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 32 „Kunst und Kultur“ (Tabelle I.2.11.1)**.

Tabelle 17.3-2: Ergebnishaushalt, UG 32 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Ergebnishaushalt					
UG 32 Kunst und Kultur		Voranschlag 2015	Erfolg 2015	Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015	
		in Mio. EUR			in %
	Erträge	**6,20**	**4,43**	**– 1,77**	**– 28,6**
	Aufwendungen	**441,02**	**424,66**	**– 16,36**	**– 3,7**
	Nettoergebnis	**– 434,82**	**– 420,23**	**+ 14,59**	
GB 32.01	**Kunst**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,01	0,00	– 0,01	– 92,1
	Erträge	**0,01**	**0,00**	**– 0,01**	**– 92,1**
	Transferaufwand	89,54	89,22	– 0,32	– 0,4
	Betrieblicher Sachaufwand	2,65	2,23	– 0,43	– 16,0
	Finanzaufwand	–	0,13	+ 0,13	–
	Aufwendungen	**92,19**	**91,58**	**– 0,62**	**– 0,7**
GB 32.02	**Kultur**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	6,18	4,43	– 1,76	– 28,4
	Erträge	**6,18**	**4,43**	**– 1,76**	**– 28,4**
	Personalaufwand	18,89	18,77	– 0,12	– 0,7
	Transferaufwand	29,85	25,80	– 4,05	– 13,6
	Betrieblicher Sachaufwand	27,79	26,05	– 1,74	– 6,2
	Aufwendungen	**76,53**	**70,61**	**– 5,91**	**– 7,7**
GB 32.03	**Kultureinrichtungen**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,00	0,00	– 0,00	– 81,4
	Erträge	**0,00**	**0,00**	**– 0,00**	**– 81,4**
	Personalaufwand	0,04	0,06	+ 0,02	+ 46,8
	Transferaufwand	272,00	260,52	– 11,47	– 4,2
	Betrieblicher Sachaufwand	0,27	–	– 0,27	– 100,0
	Finanzaufwand	–	1,89	+ 1,89	–
	Aufwendungen	**272,30**	**262,47**	**– 9,84**	**– 3,6**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Minderaufwendungen im GB 32.03 „Kultureinrichtungen"

– 11,47 Mio. EUR in der MVAG „Transferaufwand"

Minderaufwendungen für Investitionen im Bereich der Bundesmuseen und der Österreichischen Nationalbibliothek durch geänderte Planungen.

17.3.2 Finanzierungshaushalt

Tabelle 17.3-3: UG 32 – Finanzierungshaushalt 2015

Finanzierungshaushalt							
UG 32 Kunst und Kultur	**Zahlungen 2014**	**Voranschlag 2015**	**Zahlungen 2015**	**Veränderung Zahlungen 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015**	
	in Mio. EUR			in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Einzahlungen	2,06	6,20	3,99	+ 1,93	+ 93,5	– 2,21	– 35,6
Auszahlungen	370,04	441,75	425,09	+ 55,06	+ 14,9	– 16,65	– 3,8
Nettofinanzierungssaldo	**– 367,97**	**– 435,54**	**– 421,10**	**– 53,13**	**+ 14,4**	**+ 14,44**	**– 3,3**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Einzahlungen in der UG 32 „Kunst und Kultur“ 3,99 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 1,93 Mio. EUR (+ 93,5 %) angestiegen und gegenüber dem Voranschlag um 2,21 Mio. EUR (– 35,6 %) gesunken.

Die Auszahlungen des Jahres 2015 waren mit 425,09 Mio. EUR um 55,06 Mio. EUR (+ 14,9 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Auszahlungen um 16,65 Mio. EUR (– 3,8 %) niedriger.

Der Nettofinanzierungssaldo der UG 32 „Kunst und Kultur“ lag 2015 bei – 421,10 Mio. EUR. Er war um 53,13 Mio. EUR schlechter und damit um 14,4 % höher als jener für 2014 (– 367,97 Mio. EUR) bzw. um 14,44 Mio. EUR besser und damit um 3,3 % niedriger als im Voranschlag (– 435,54 Mio. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*blau und kursiv*) fassen die vom BKA bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 32 „Kunst und Kultur“ (Tabelle I.2.8.1)**.

Tabelle 17.3-4: Finanzierungshaushalt, UG 32 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Finanzierungshaushalt					
UG 32 Kunst und Kultur		Voranschlag 2015	Zahlungen 2015	Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015	
		in Mio. EUR			in %
Einzahlungen		**6,20**	**3,99**	**– 2,21**	**– 35,6**
Auszahlungen		**441,75**	**425,09**	**– 16,65**	**– 3,8**
Nettofinanzierungssaldo		**– 435,54**	**– 421,10**	**+ 14,44**	
GB 32.01	**Kunst**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,01	0,00	– 0,01	– 99,2
	Einzahlungen	**0,01**	**0,00**	**– 0,01**	**– 99,2**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	2,65	2,21	– 0,44	– 16,6
	Auszahlungen aus Transfers	89,54	90,82	+ 1,28	+ 1,4
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,68	0,75	+ 0,07	+ 10,1
	Auszahlungen	**92,87**	**93,78**	**+ 0,91**	**+ 1,0**
GB 32.02	**Kultur**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	6,18	3,99	– 2,19	– 35,5
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,01	0,00	– 0,00	– 97,0
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,00	0,00	+ 0,00	+ 44,7
	Einzahlungen	**6,19**	**3,99**	**– 2,20**	**– 35,5**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	46,23	44,54	– 1,70	– 3,7
	Auszahlungen aus Transfers	29,86	25,80	– 4,06	– 13,6
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,45	0,27	– 0,18	– 40,2
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,03	0,03	+ 0,01	+ 34,3
	Auszahlungen	**76,57**	**70,64**	**– 5,93**	**– 7,7**
GB 32.03	**Kultureinrichtungen**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,00	0,00	– 0,00	– 81,4
	Einzahlungen	**0,00**	**0,00**	**– 0,00**	**– 81,4**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,31	0,06	– 0,25	– 81,9
	Auszahlungen aus Transfers	272,00	260,61	– 11,38	– 4,2
	Auszahlungen	**272,30**	**260,67**	**– 11,63**	**– 4,3**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Minderauszahlungen im GB 32.03 „Kultureinrichtungen"

– 11,38 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus Transfers"

Minderauszahlungen für Investitionen im Bereich der Bundesmuseen und der Österreichischen Nationalbibliothek durch geänderte Planungen.

17.3.3 Haushaltsrücklagen

Tabelle 17.3-5: UG 32 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015

Finanzierungshaushalt

UG 32 Kunst und Kultur	Anfangs-bestand	Umbuchung	Entnahme	Auflösung	Zuführung	Endbestand	Veränderung 2014 : 2015	
	in Mio. EUR							in %
Detailbudgetrücklagen	4,13	+ 0,02	–	–	+ 18,12	22,27	+ 18,14	+ 439,5
Zweckgebundene Einzahlungsrücklagen	1,54	+ 0,94	–	–	+ 0,58	3,06	+ 1,53	+ 99,1
Gesamtsumme	**5,67**	**+ 0,96**	**–**	**–**	**+ 18,71**	**25,33**	**+ 19,66**	**+ 347,0**

Quellen: Rücklagengebarung, eigene Berechnung

Der Stand der Rücklagen in der UG 32 „Kunst und Kultur“ belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 5,67 Mio. EUR und veränderte sich durch Zuführungen (18,71 Mio. EUR) auf 25,33 Mio. EUR zum 31. Dezember 2015 (unter Berücksichtigung der Umbuchungen in Höhe von + 0,96 Mio. EUR). Im Verhältnis zu den veranschlagten Auszahlungen (441,75 Mio. EUR) entsprach der Stand zum 31. Dezember 2015 einem Anteil von 5,7 %. Im BFG 2015 war für die UG 32 keine Rücklagenverwendung veranschlagt.

17.4 Finanzrahmen

Ausgehend von den tatsächlichen Auszahlungen 2015 stellen sich die Auszahlungsobergrenzen für die UG 32 „Kunst und Kultur“ gemäß BFRG für die Finanzjahre 2016 bis 2020 wie folgt dar:

Tabelle 17.4–1: UG 32 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020

Finanzierungshaushalt

UG 32 Kunst und Kultur	Auszahlungen (Ist)	Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG					Veränderung	
	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2015 (Ist) : 2020	durch-schnittlich jährlich
	in Mio. EUR						in %	
	425,09	**446,60**	**449,08**	**451,96**	**452,44**	**452,98**	**+ 27,89**	**+ 6,6**	**+ 1,3**
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze gesamt	*74.589,49*	*78.107,49*	*78.202,70*	*78.814,08*	*80.408,66*	*83.038,37*	*+ 8.448,88*	*+ 11,3*	*+ 2,2*
Anteil der UG 32	0,6 %	0,6 %	0,6 %	0,6 %	0,6 %	0,5 %	– 0,0 %-Punkte		–
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze Rubrik 3	*13.330,66*	*13.425,91*	*13.664,94*	*13.863,44*	*13.967,43*	*14.196,43*	*+ 865,77*	*+ 6,5*	*+ 1,3*
Anteil der UG 32	3,2 %	3,3 %	3,3 %	3,3 %	3,2 %	3,2 %	+ 0,0 %-Punkte		–

Quellen: HIS, BFRG 2016 - 2019, 2017 - 2020, eigene Berechnung

Bis zum Jahr 2020 soll die Auszahlungsobergrenze für die UG 32 „Kunst und Kultur“ um + 27,89 Mio. EUR (+ 6,6 %) auf 452,98 Mio. EUR ansteigen. Dies entspricht einer Veränderungsrate gegenüber den tatsächlichen Auszahlungen 2015 von + 1,3 % im Jahresdurchschnitt. Im Jahr 2015 betrug der Anteil der UG 32 „Kunst und Kultur“ an den Gesamtauszahlungen 0,6 % und an den Auszahlungen der Rubrik 3 3,2 %. Der Anteil der UG 32 an der Gesamt–Auszahlungsobergrenze soll bis 2020 auf 0,5 % zurückgehen bzw. soll er innerhalb der Rubrik 3 unverändert bei 3,2 % bleiben.

Laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 seien folgende laufende bzw. geplante Maßnahmen und Reformen besonders wichtig für die budgetäre Zielerreichung:

- Verstärkte Kunst- und Kulturvermittlung gegenüber der jüngeren Generation und gegenüber Personen mit Migrationshintergrund - insbesondere soll der freie Eintritt für Jugendliche in Bundesmuseen aufrecht erhalten bleiben;

- Förderungsschwerpunkte im Bereich der zeitgenössischen Kunst: Chancengleichheit der Geschlechter im Vergabeprozess, Mobilität der Kunstschaffenden, Künstlerischen Film, Buchpreise und Literatur;

- Umsetzung des Projekts „Haus der Geschichte Österreich“ mit Vermittlungs-schwerpunkt Erinnerungsjahr 1918;

- Einrichtung einer strategischen Managementholding der Bundestheater;

- gebietskörperschaftsübergreifende Abstimmung zur Optimierung der Standards im Bereich des Kulturgüter- und Denkmalschutzes, um das kulturelle Erbe Österreichs bzw. das Weltkulturerbe in Österreich nachhaltig abzusichern;

- partnerschaftliche Zielsteuerung im Bereich Baukultur auf Basis von in einem breiten Beteiligungsprozess erarbeiteten Leitlinien;

- gebietskörperschaftsübergreifende Koordination, um sukzessive Synergien und Kooperationen in der Förderungsadministration herbeiführen zu können.

Zur Einhaltung der Obergrenzen bzw. zur Erreichung der Budgetziele seien als Steuerungs- und Korrekturmaßnahmen laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 Maßnahmen bei den Auszahlungen für Förderungen und gestaltbare Verwaltungsaufgaben, die Finanzierung der ausgegliederten Einrichtungen, Bundesbeteiligungen und Stiftungen sowie Optimierungsmaßnahmen von Kulturinstitutionen unerlässlich.

Die im BFRG 2017 bis 2020 vorgesehenen Auszahlungsobergrenzen für die Jahre 2017 bis 2019 wurden gegenüber dem bisher geltenden BFRG 2016 bis 2019 um insgesamt + 1,5 % bzw. um durchschnittlich + 6,67 Mio. EUR pro Jahr erhöht. Die Abweichungen würden laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 mit der Anpassung der Mittel im Bereich Denkmalschutz, der Weiterführung des Förderungsschwerpunktes zeitgenössische Kunst und der Absicherung des Betriebes des Leopoldmuseums zusammenhängen.

Im Folgenden wird ein Überblick über die Entwicklung der tatsächlichen Auszahlungen und der Auszahlungsobergrenzen von 2011 bis 2015 gegeben bzw. die tatsächlichen Auszahlungen 2015 den Auszahlungsobergrenzen des derzeit geltenden BFRG 2017 bis 2020 gegenübergestellt:

Tabelle 17.4–2: UG 32 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015

Finanzierungshaushalt

UG 32 Kunst und Kultur	BFRG bzw. Zahlungen					Veränderung			
	2011	2012	2013	2014	2015	2014 : 2015		2011 : 2015	
	in Mio. EUR					in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Auszahlungsobergrenze UG 32	0,00	0,00	0,00	368,59	442,75	+ 74,16	+ 20,1	+ 442,75	–
Auszahlungen UG 32	0,00	0,00	0,00	370,04	425,09	+ 55,06	+ 14,9	+ 425,09	–
Abweichung Auszahlungen : Obergrenze	**+ 0,00**	**+ 0,00**	**+ 0,00**	**+ 1,45**	**– 17,65**				
Abweichung in %	**–**	**–**	**–**	**+ 0,4 %**	**– 4,0 %**				

Quellen: HIS, BFRG 2011 - 2014, 2012 - 2015, 2013 - 2016, 2014 - 2017, 2015 - 2018, eigene Berechnung

Aufgrund der Novellen zum Bundesministeriengesetz und den damit verbundenen Verschiebungen des Budgetbereichs Kunst und Kultur (2010: UG 32 „Kunst und Kultur“, 2011 – 2014 UG 30 „Unterricht, Kunst und Kultur“, seit 2014 wieder UG 32 „Kunst und Kultur“) sind die Auszahlungen der Vorjahre nur bedingt mit 2015 vergleichbar. Im Jahr 2015 lagen die tatsächlichen Auszahlungen um - 17,65 Mio. EUR (– 4,0 %) unter jenen, die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen waren.

Der RH weist auf folgenden im Jahr 2016 dem Nationalrat vorgelegten Bericht hin:

- MAK – Österreichisches Museum für angewandte Kunst; Follow-up-Überprüfung (Reihe Bund 2016/2)

Das MAK setzte die überprüften Empfehlungen überwiegend um und konnte dadurch seine Aufgabenerfüllung und sein Kontrollsystem verbessern. Verbesserungsbedarf hatte das MAK jedoch weiterhin beim Festlegen steuerungsrelevanter, aussagekräftiger Ziele und der Zielerreichung. Das BKA setzte keine der zwei überprüften Empfehlungen um. Insbesondere hatte es in die Rahmenzielvereinbarung mit dem MAK keine operativen Ziele aufgenommen. Seit dem Auslaufen der Rahmenzielvereinbarung im Jahr 2013 hatte das BKA keine neue Rahmenzielvereinbarung abgeschlossen und war somit seiner Steuerungsaufgabe nicht nachgekommen.[33]

33 Laut Information des BMF im Zuge des Stellungnahmeverfahrens bereite das BKA aktuell eine neue Rahmenzielvereinbarung 2017 – 2019 mit allen Bundesmuseen/der ÖNB und somit auch mit dem MAK vor, wobei bei der Gestaltung die Empehlungen des RH umgesetzt würden. Der Erstentwurf des BKA sei derzeit Grundlage weiterführender Gespräche mit den Geschäftsführungen.

18 UG 33 „WIRTSCHAFT (FORSCHUNG)“

UG 33 Wirtschaft (Forschung) - BMWFW	
zentrale Budgetbereiche	Innovation, Technologietransfer
	Kooperation Wissenschaft-Wirtschaft
	Gründung innovativer Unternehmen

Quelle: HIS

18.1 Vermögensrechnung

Tabelle 18.1–1: UG 33 – Vermögensrechnung[1)]

Vermögensrechnung

UG 33 Wirtschaft (Forschung)		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
A + B	**Vermögen**	**9,65**	**15,92**	**+ 6,27**	**+ 64,9**	**100,0**
A	Langfristiges Vermögen	9,50	10,97	+ 1,47	+ 15,5	68,9
A.IV	Beteiligungen	9,50	10,97	+ 1,47	+ 15,5	68,9
B	Kurzfristiges Vermögen	0,15	4,95	+ 4,80	+ 3.149,3	31,1
B.II	Kurzfristige Forderungen	0,15	4,95	+ 4,80	+ 3.149,3	31,1
C	**Nettovermögen (Ausgleichsposten)**	**7,07**	**10,24**	**+ 3,16**	**+ 44,7**	
C.I	Neubewertungsrücklagen (Umbewertungskonto)	0,00	1,47	+ 1,47	–	
C.IV	Jährliches Nettoergebnis (inkl. "Personal, das für Dritte leistet")	– 120,27	– 108,02	+ 12,25	– 10,2	
C.V	Saldo aus der jährl. Eröffnungsbilanz	17,45	7,07	– 10,38	– 59,5	
C.VI	Bundesfinanzierung	109,89	109,71	– 0,18	– 0,2	
D + E	**Fremdmittel**	**2,58**	**5,68**	**+ 3,10**	**+ 120,2**	**100,0**
E	Kurzfristige Fremdmittel	2,58	5,68	+ 3,10	+ 120,2	100,0

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Vermögensrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 betrug in der UG 33 „Wirtschaft (Forschung)” 15,92 Mio. EUR und stieg gegenüber 31. Dezember 2014 um + 6,27 Mio. EUR (+ 64,9 %) an. Der Anteil des kurzfristigen Vermögens betrug 31,1 % und der des langfristigen Vermögens 68,9 %. Dem Vermögen standen Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 von 5,68 Mio. EUR gegenüber, die im Vergleich zum 31. Dezember 2014 um + 3,10 Mio. EUR (+ 120,2 %) anwuchsen. Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 waren zu 100,0 % kurzfristig. Nachdem das Vermögen die Fremdmittel überstieg, ergab sich ein Nettovermögen (Ausgleichsposten) zum 31. Dezember 2015 von 10,24 Mio. EUR (+ 3,16 Mio. EUR bzw. + 44,7 % gegenüber 31. Dezember 2014).

18.2 Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung

Tabelle 18.2-1: UG 33 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung[1)]

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 33 Wirtschaft (Forschung)		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
A	**Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (= A.I + A.II – A.III – A.IV)**	**– 2,14**	**+ 1,00**	**+ 3,14**	**– 146,6**	**– 2,16**	**– 3,87**	**– 1,71**	**+ 79,4**	**– 4,87**
A.II	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit		4,95	+ 4,95	–					– 4,95
A.IV	Betrieblicher Sachaufwand	2,14	3,95	+ 1,81	+ 84,6	2,16	3,87	+ 1,71	+ 79,4	– 0,08
B	**Transferergebnis (= B.I – B.II)**	**– 117,90**	**– 109,02**	**+ 8,88**	**– 7,5**	**– 115,84**	**– 105,73**	**+ 10,11**	**– 8,7**	**+ 3,29**
B.II	Transferaufwand	117,90	109,02	– 8,88	– 7,5	115,84	105,73	– 10,11	– 8,7	– 3,29
B.II.03	Aufwand für Transfers an Unternehmen	107,33	96,67	– 10,66	– 9,9	105,15	93,49	– 11,66	– 11,1	– 3,17
C	**Ergebnis aus d. operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers (= A + B)**	**– 120,04**	**– 108,02**	**+ 12,02**	**– 10,0**	**– 118,00**	**– 109,60**	**+ 8,40**	**– 7,1**	**– 1,58**
D	**Finanzergebnis (= D.I – D.II)**	**– 0,23**	**0,00**	**+ 0,23**	**– 100,0**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**–**	**0,00**
D.II	Finanzaufwand	0,23		– 0,23	– 100,0					0,00
E	**Nettoergebnis (ER: C + D) / Nettofinanzierungssaldo (FR: C + D + C* + D*)**	**– 120,27**	**– 108,02**	**+ 12,25**	**– 10,2**	**– 118,00**	**– 109,60**	**+ 8,40**	**– 7,1**	**– 1,58**
	davon Erträge/ Einzahlungen		4,95	+ 4,95	–					– 4,95
	davon Aufwendungen/ Auszahlungen	120,27	112,97	– 7,30	– 6,1	118,00	109,60	– 8,40	– 7,1	– 3,37

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Ergebnis- und Finanzierungsrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

In der UG 33 „Wirtschaft (Forschung)“ betrug das Nettoergebnis 2015 (E) der konsolidierten Ergebnisrechnung – 108,02 Mio. EUR. Es setzte sich zusammen aus

- dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) von + 1,00 Mio. EUR (+ 3,14 Mio. EUR gegenüber 2014) und
- dem Transferergebnis (B) von – 109,02 Mio. EUR (+ 8,88 Mio. EUR gegenüber 2014).

Die Erträge in der UG 33 machten 4,95 Mio. EUR

- darunter 4,95 Mio. EUR aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II)

und die Aufwendungen 112,97 Mio. EUR aus

- darunter 3,95 Mio. EUR aus betrieblichem Sachaufwand (A.IV) sowie 109,02 Mio. EUR aus Transferaufwand (B.II).

Das Nettoergebnis 2015 verbesserte sich um 12,25 Mio. EUR bzw. um 10,2 % gegenüber 2014.

B. Transferergebnis

Der Transferaufwand (B.II) betrug 109,02 Mio. EUR.

- Der Transferaufwand entstand insbesondere für Transfers an Unternehmen (96,67 Mio. EUR).

Das Transferergebnis 2015 verbesserte sich um 8,88 Mio. EUR bzw. um 7,5 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten beim

- Transferaufwand (B.II) von – 8,88 Mio. EUR: darunter Transfers an Unternehmen (– 10,66 Mio. EUR) sowie Transfers an private Haushalte (+ 1,78 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMWFW setze sich der Transferaufwand an Unternehmen aus Aufwendungen an die Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft mbH (65,06 Mio. EUR), Aufwendungen an die Austria Wirtschaftsservice GmbH (30,46 Mio. EUR) und aus Aufwendungen an übrige Unternehmen (1,14 Mio. EUR) zusammen. Der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr resultiere laut BMWFW aus geringeren Anforderungen bei diversen Förderprogrammen der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft mbH (z.B. Dienstleistungsinitiative, Forschungskompetenzen für die Wirtschaft, High Tech Start Up), der Austria Wirtschaftsservice GmbH (Cleantech Fonds, Kreativwirtschaft) und der Austrian Business Agency. Daher hätten sich geringere abgerechnete Projektkosten bei den geförderten Projekten für das Finanzjahr 2015 ergeben.

E. Nettoergebnis versus Nettofinanzierungssaldo

Der Nettofinanzierungssaldo aus der konsolidierten Finanzierungsrechnung fiel mit – 109,60 Mio. EUR um – 1,58 Mio. EUR ungünstiger aus als das Nettoergebnis aus der konsolidierten Ergebnisrechnung (– 108,02 Mio. EUR).

Unterschiede zwischen dem Nettofinanzierungssaldo und dem Nettoergebnis beruhten auf Abweichungen zwischen dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) (– 4,87 Mio. EUR) und dem Transferergebnis (B) (+ 3,29 Mio. EUR) vom korrespondierenden Geldfluss.

Die Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit beinhalteten Sonstige Erträge in Höhe von 4,95 Mio. EUR, jedoch keine korrespondierenden Einzahlungen. Dies war auf eine Rückforderung des BMWFW gegenüber der Austria Wirtschaftsservice GmbH (AWS) zurückzuführen, welche ertragswirksam im Dezember 2015 erfasst wurde und die entsprechende Einzahlung erst im Februar 2016 stattfand. Die Transfererträge überstiegen die Transfereinzahlungen aufgrund von Periodenabgrenzungen im Zusammenhang mit Programmen der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft mbH (+ 5,00 Mio. EUR) und Förderungen der Austria Wirtschaftsservice GmbH (– 2,27 Mio. EUR).

18.3 Voranschlagsvergleichsrechnungen

18.3.1 Ergebnishaushalt

Tabelle 18.3-1: UG 33 – Ergebnishaushalt 2015

Ergebnishaushalt

UG 33 Wirtschaft (Forschung)	Erfolg 2014	Voranschlag 2015	Erfolg 2015	Veränderung Erfolg 2014 : 2015		Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Erträge	–	0,00	4,95	+ 4,95	–	+ 4,95	+ 247.332,7
Aufwendungen	120,27	101,60	112,97	– 7,30	– 6,1	+ 11,37	+ 11,2
Nettoergebnis	**– 120,27**	**– 101,60**	**– 108,02**	**+ 12,25**	**– 10,2**	**– 6,42**	**+ 6,3**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Erträge in der UG 33 „Wirtschaft (Forschung)“ 4,95 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 4,95 Mio. EUR und gegenüber dem Voranschlag um 4,95 Mio. EUR angestiegen.

Die Aufwendungen des Jahres 2015 waren mit 112,97 Mio. EUR um 7,30 Mio. EUR (– 6,1 %) niedriger als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Aufwendungen um 11,37 Mio. EUR (+ 11,2 %) höher.

Das Nettoergebnis der UG 33 „Wirtschaft (Forschung)“ lag 2015 bei – 108,02 Mio. EUR. Es war um 12,25 Mio. EUR besser und damit um 10,2 % niedriger als jenes für 2014 (– 120,27 Mio. EUR) und um 6,42 Mio. EUR schlechter und damit um 6,3 % höher als im Voranschlag (– 101,60 Mio. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*grün und kursiv*) fassen die vom BMWFW bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 33 „Wirtschaft (Forschung)“ (Tabelle I.2.11.1)**.

Tabelle 18.3-2: Ergebnishaushalt, UG 33 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Ergebnishaushalt					
UG 33 Wirtschaft (Forschung)		Voranschlag 2015	Erfolg 2015	Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015	
		in Mio. EUR			in %
Erträge		**0,00**	**4,95**	**+ 4,95**	**+ 247.332,7**
Aufwendungen		**101,60**	**112,97**	**+ 11,37**	**+ 11,2**
Nettoergebnis		**– 101,60**	**– 108,02**	**– 6,42**	
GB 33.01	**Wirtschaft (Forschung)**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,00	4,95	+ 4,95	+ 494.765,3
	Finanzerträge	0,00	–	– 0,00	– 100,0
	Erträge	**0,00**	**4,95**	**+ 4,95**	**+ 247.332,7**
	Transferaufwand	99,81	109,02	+ 9,21	+ 9,2
	Betrieblicher Sachaufwand	1,79	3,95	+ 2,16	+ 120,5
	Aufwendungen	**101,60**	**112,97**	**+ 11,37**	**+ 11,2**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Da es im Ergebnishaushalt der UG 33 „Wirtschaft (Forschung)“ in keinem Globalbudget auf MVAG-Ebene zu Über- bzw. Unterschreitungen von mehr als 10,00 Mio. EUR gegenüber dem Voranschlag kam, bestand für das BMWFW keine Begründungspflicht für die Abweichungen.

18.3.2 Finanzierungshaushalt

Tabelle 18.3-3: UG 33 – Finanzierungshaushalt 2015

Finanzierungshaushalt							
UG 33 Wirtschaft (Forschung)	**Zahlungen 2014**	**Voranschlag 2015**	**Zahlungen 2015**	**Veränderung Zahlungen 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015**	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Einzahlungen	–	0,00	–	+ 0,00	–	– 0,00	– 100,0
Auszahlungen	118,00	101,60	109,60	– 8,40	– 7,1	+ 8,00	+ 7,9
Nettofinanzierungssaldo	**– 118,00**	**– 101,60**	**– 109,60**	**+ 8,40**	**– 7,1**	**– 8,00**	**+ 7,9**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Die Auszahlungen des Jahres 2015 waren mit 109,60 Mio. EUR um 8,40 Mio. EUR (– 7,1 %) niedriger als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Auszahlungen um 8,00 Mio. EUR (+ 7,9 %) höher.

Der Nettofinanzierungssaldo der UG 33 „Wirtschaft (Forschung)“ lag 2015 bei – 109,60 Mio. EUR. Er war um 8,40 Mio. EUR besser und damit um 7,1 % niedriger als jener für 2014 (– 118,00 Mio. EUR) bzw. um 8,00 Mio. EUR schlechter und damit um 7,9 % höher als im Voranschlag (– 101,60 Mio. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*blau und kursiv*) fassen die vom BMWFW bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 33 „Wirtschaft (Forschung)“ (Tabelle I.2.8.1)**.

Tabelle 18.3-4: Finanzierungshaushalt, UG 33 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Finanzierungshaushalt					
UG 33 Wirtschaft (Forschung)		Voranschlag 2015	Zahlungen 2015	Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015	
		in Mio. EUR			in %
Einzahlungen		**0,00**	**–**	**– 0,00**	**– 100,0**
Auszahlungen		**101,60**	**109,60**	**+ 8,00**	**+ 7,9**
Nettofinanzierungssaldo		**– 101,60**	**– 109,60**	**– 8,00**	
GB 33.01	**Wirtschaft (Forschung)**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,00	–	– 0,00	– 100,0
	Einzahlungen	**0,00**	**–**	**– 0,00**	**– 100,0**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1,79	3,87	+ 2,08	+ 116,0
	Auszahlungen aus Transfers	99,81	105,73	+ 5,92	+ 5,9
	Auszahlungen	**101,60**	**109,60**	**+ 8,00**	**+ 7,9**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Da es im Finanzierungshaushalt der UG 33 „Wirtschaft (Forschung)“ in keinem Globalbudget auf MVAG-Ebene zu Über- bzw. Unterschreitungen von mehr als 10,00 Mio. EUR gegenüber dem Voranschlag kam, bestand für das BMWFW keine Begründungspflicht für die Abweichungen.

18.3.3 Haushaltsrücklagen

Tabelle 18.3-5: UG 33 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015

Finanzierungshaushalt								
UG 33 Wirtschaft (Forschung)	Anfangs-bestand	Umbuchung	Entnahme	Auflösung	Zuführung	Endbestand	Veränderung 2014 : 2015	
	in Mio. EUR							in %
Detailbudgetrücklagen	53,17	–	– 8,00	–	+ 0,00	45,18	– 8,00	– 15,0
Gesamtsumme	**53,17**	**–**	**– 8,00**	**–**	**+ 0,00**	**45,18**	**– 8,00**	**– 15,0**

Quellen: Rücklagengebarung, eigene Berechnung

Der Stand der Rücklagen in der UG 33 „Wirtschaft (Forschung)“ belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 53,17 Mio. EUR und veränderte sich durch Entnahmen (8,00 Mio. EUR) und Zuführungen (1.556,42 EUR) auf 45,18 Mio. EUR zum 31. Dezember 2015. Im Verhältnis zu den veranschlagten Auszahlungen (101,60 Mio. EUR) entsprach der Stand zum 31. Dezember 2015 einem Anteil von 44,5 %. Im BFG 2015 war für die UG 33 keine Rücklagenverwendung veranschlagt.

18.4 Finanzrahmen

Ausgehend von den tatsächlichen Auszahlungen 2015 stellen sich die Auszahlungsobergrenzen für die UG 33 „Wirtschaft (Forschung)“ gemäß BFRG für die Finanzjahre 2016 bis 2020 wie folgt dar:

Tabelle 18.4–1: UG 33 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020

Finanzierungshaushalt									
UG 33 Wirtschaft (Forschung)	Auszahlungen (Ist)	Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG					Veränderung		
	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2015 (Ist) : 2020		durchschnittlich jährlich
	in Mio. EUR						in %		
	109,60	**101,59**	**101,59**	**101,59**	**101,59**	**101,59**	**– 8,01**	**– 7,3**	**– 1,5**
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze gesamt	*74.589,50*	*78.107,49*	*78.202,70*	*78.814,08*	*80.408,66*	*83.038,37*	*+ 8.448,88*	*+ 11,3*	*+ 2,2*
Anteil der UG 33	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	– 0,0 %-Punkte		–
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze Rubrik 3	*13.330,66*	*13.425,91*	*13.863,44*	*13.863,44*	*14.196,43*	*14.196,43*	*+ 865,77*	*+ 6,5*	*+ 1,3*
Anteil der UG 33	0,8 %	0,8 %	0,7 %	0,7%	0,7 %	0,7 %	– 0,1 %-Punkte		–

Quellen: HIS, BFRG 2016 - 2019, 2017 - 2020, eigene Berechnung

Bis zum Jahr 2020 soll die Auszahlungsobergrenze für die UG 33 „Wirtschaft (Forschung)“ um - 8,01 Mio. EUR (– 7,3 %) auf 101,59 Mio. EUR sinken. Dies entspricht einer Veränderungsrate gegenüber den tatsächlichen Auszahlungen 2015 von – 1,5 % im Jahresdurchschnitt. Für die Jahre 2016 bis 2020 wird durchgehend eine konstante Auszahlungsobergrenze vorgesehen. Im Jahr 2015 betrug der Anteil der UG 33 „Wirtschaft (Forschung)“ an den Gesamtauszahlungen 0,1 % und an den Auszahlungen der Rubrik 3 0,8 %. Der Anteil der UG 33 an der Gesamt–Auszahlungsobergrenze soll bis 2020 unverändert bei 0,1 % bleiben bzw. soll er innerhalb der Rubrik 3 auf 0,7 % sinken.

Laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 konzentriere das BMWFW seine Aktivitäten auf jene innovativen Felder, in denen die Voraussetzungen für eine langfristige internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft und eine Sicherung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze sowie des Wirtschaftsstandortes Österreich geschaffen werden. Das Hauptaugenmerk für laufende und geplante Maßnahmen bzw. Reformen würde dabei auf folgenden Schwerpunkten liegen:

- Förderung der Zusammenarbeit von Wirtschaft und wissenschaftlicher Forschung (Kompetenzzentren, Christian Doppler-Forschungsgesellschaft, Technologiecluster etc.), besonders auch durch internationale FTI- Kooperationen sowie Intensivierung der Förderung der Zusammenarbeit von Wirtschaft und wissenschaftlicher Forschung im Bereich Life Sciences durch Unterstützung von Wissensüberleitung;

- Unterstützung von internationalen Forschungs- und Technologiekooperationen;

- Stärkung der Risikokapitalfinanzierung in Österreich, Unterstützung der Gründung von jungen technologieorientierten Unternehmen und Steigerung ihrer Überlebensrate;

- Forcierung des Technologietransfers und der Patentverwertung durch entsprechende Förderprogramme;

- Impulse in Richtung Kreativwirtschaft;

- Schwerpunkt für „smart and digital services“ im Sinne der „Digital Roadmap“ (innovative Dienstleistungen).

Die Einhaltung der Obergrenzen werde laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 durch eine mehrjährige Budgetplanung unter Berücksichtigung von Evaluierungsergebnissen und des tatsächlichen Fördermittelbedarfs gewährleistet.

Die im BFRG 2017 bis 2020 vorgesehenen Auszahlungsobergrenzen für die Jahre 2017 bis 2019 wurden gegenüber dem bisher geltenden BFRG 2016 bis 2019 nicht verändert.

Im Folgenden wird ein Überblick über die Entwicklung der tatsächlichen Auszahlungen und der Auszahlungsobergrenzen von 2011 bis 2015 bzw. ein Vergleich der Auszahlungen zu den Auszahlungsobergrenzen des derzeit geltenden BFRG 2017 bis 2020 gegeben:

Tabelle 18.4–2: UG 33 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015

Finanzierungshaushalt									
UG 33 Wirtschaft (Forschung)	BFRG bzw. Zahlungen					Veränderung			
	2011	2012	2013	2014	2015	2014 : 2015		2011 : 2015	
	in Mio. EUR					in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Auszahlungsobergrenze UG 33	96,90	100,80	97,90	101,60	101,60	+ 0,00	–	+ 4,70	+ 4,9
Auszahlungen UG 33	106,17	109,96	99,52	118,00	109,60	– 8,40	– 7,1	+ 3,43	+ 3,2
Abweichung Auszahlungen : Obergrenze	**+ 9,27**	**+ 9,16**	**+ 1,62**	**+ 16,40**	**+ 8,00**				
Abweichung in %	**+ 9,6 %**	**+ 9,1 %**	**+ 1,7 %**	**+ 16,1 %**	**+ 7,9 %**				

Quellen: HIS, BFRG 2011 - 2014, 2012 - 2015, 2013 - 2016, 2014 - 2017, 2015 - 2018, eigene Berechnung

Während ursprünglich zwischen 2011 und 2015 eine Erhöhung der Auszahlungsobergrenze gemäß BFRG um insgesamt + 4,70 Mio. EUR (+ 4,9 %) vorgesehen war, erhöhten sich die Auszahlungen zwischen 2011 und 2015 tatsächlich um + 3,43 Mio. EUR (+ 3,2 %). Im Jahr 2015 lagen die tatsächlichen Auszahlungen um + 8,00 Mio. EUR (+ 7,9 %) über jenen, die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen waren.

Tabelle 18.4–3: UG 33 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG

Finanzierungshaushalt						
UG 33 Wirtschaft (Forschung)	Auszahlungen (Ist)		durchschnittliche jährliche Veränderung	BFRG	durchschnittliche jährliche Veränderung	Differenz der Veränderungsraten[1]
	2011	2015	2011 : 2015	2020	2015 (Ist) : 2020 (BFRG)	
	in Mio. EUR		in %	in Mio. EUR	in %	in %-Punkten
	106,17	**109,60**	**+ 0,8**	**101,59**	**– 1,5**	**– 2,3**

1) Rundungsdifferenz möglich

Quellen: HIS, BFRG 2017 - 2020, eigene Berechnung

Die durchschnittliche jährliche Veränderung der Auszahlungen belief sich von 2011 bis 2015 auf + 0,8 %. Laut mittelfristiger Finanzplanung bis 2020 soll sie – 1,5 % betragen und somit um 2,3 Prozentpunkte zurückgehen.

Da die tatsächlichen Auszahlungen bereits seit mehreren Jahren über der jeweiligen geplanten Auszahlungsobergrenze lagen, ist aus Sicht des RH nicht zu erkennen, wie (nach allfälligem Aufbrauch vorhandener Rücklagen) ohne entsprechende Maßnahmen die geltende Auszahlungsobergrenze eingehalten werden kann. Es bedarf daher aus Sicht des RH der Umsetzung

quantifizierter struktureller Steuerungs- und Korrekturmaßnahmen, um die Auszahlungsobergrenzen in der UG 33 „Wirtschaft (Forschung)“ bis 2020 einhalten zu können.

Der RH weist auf folgende im Jahr 2015 dem Nationalrat vorgelegte Berichte hin:

- Research Center Pharmaceutical Engineering GmbH (Reihe Bund 2015/11)

Die Research Center Pharmaceutical Engineering GmbH in Graz hat sich seit ihrer Gründung im Jahr 2008 erfolgreich auf die Entwicklung wissenschaftlicher Grundlagen für die Herstellung komplexer Medikamente spezialisiert. Durch eine weitere Forcierung der Drittmitteleinwerbung könnte der finanzielle Spielraum ausgebaut und die Abhängigkeit von öffentlichen Mitteln verringert werden. Das Interne Kontrollsystem und das Controlling wiesen Mängel auf: Die Research Center Pharmaceutical Engineering GmbH erstellte keine Risikoanalysen für ihre wesentlichen Risikobereiche. Ein durchgängiges Vier–Augen–Prinzip war nicht vorhanden.

- Akademisches StartUp Netzwerk Oberösterreich (Akostart OÖ) (Reihe Bund 2015/6)

Der Verein Akademisches StartUp Netzwerk Oberösterreich (Akostart OÖ) förderte akademische Unternehmensgründungen und die Gründung von Hochschul-Spin-offs. Er verfügte nur über geringe private Einnahmen und war stark von öffentlichen Mitteln abhängig. In der Vereinsführung, in der Verwaltung sowie hinsichtlich der Informationen über die betreuten Start-up-Projekte bestanden Verbesserungspotenziale. Durch die Vernetzung der Ressourcen der beteiligten Hochschulen wurden die Kräfte im Hochschulbereich gebündelt und dadurch ein Mehrwert für die Unterstützung des Gründungsprozesses von akademischen Start-ups geschaffen. Aus den seit 2011 in die Betreuung aufgenommenen 58 Start-up-Projekten war eine beträchtliche Anzahl an Unternehmensgründungen erwachsen, wobei nur geringe Mittel eingesetzt wurden. Sieben der 22 Unternehmensgründungen schufen bislang 48 zusätzliche Arbeitsplätze.

19 UG 34 „VERKEHR, INNOVATION UND TECHNOLOGIE (FORSCHUNG)“

UG 34 Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung) - BMVIT	
zentrale Budgetbereiche	FTI-Förderung
	FTI-Infrastruktur
	Internationale Kooperation

Quelle: HIS

19.1 Vermögensrechnung

Tabelle 19.1–1: UG 34 – Vermögensrechnung[1)]

Vermögensrechnung						
UG 34 Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
A + B	**Vermögen**	**11,98**	**10,70**	**– 1,29**	**– 10,7**	**100,0**
A	Langfristiges Vermögen	7,73	6,52	– 1,20	– 15,6	61,0
A.V	Langfristige Forderungen	7,73	6,52	– 1,20	– 15,6	61,0
B	Kurzfristiges Vermögen	4,26	4,18	– 0,08	– 1,9	39,0
B.II	Kurzfristige Forderungen	4,26	4,18	– 0,08	– 1,9	39,0
C	**Nettovermögen (Ausgleichsposten)**	**– 168,24**	**– 193,95**	**– 25,70**	**+ 15,3**	
C.IV	Jährliches Nettoergebnis (inkl. "Personal, das für Dritte leistet")	– 589,41	– 453,97	+ 135,44	– 23,0	
C.V	Saldo aus der jährl. Eröffnungsbilanz	12,18	– 168,24	– 180,42	– 1.481,0	
C.VI	Bundesfinanzierung	408,99	428,26	+ 19,28	+ 4,7	
D + E	**Fremdmittel**	**180,23**	**204,64**	**+ 24,42**	**+ 13,5**	**100,0**
D	Langfristige Fremdmittel	176,56	197,43	+ 20,86	+ 11,8	96,5
D.III	Langfristige Rückstellungen	176,56	197,43	+ 20,86	+ 11,8	96,5
D.III.05	Sonstige	176,56	197,43	+ 20,86	+ 11,8	96,5
E	Kurzfristige Fremdmittel	3,66	7,22	+ 3,55	+ 97,1	3,5
E.II	Kurzfristige Verbindlichkeiten	3,42	7,22	+ 3,79	+ 110,7	3,5
E.III	Kurzfristige Rückstellungen	0,24	0,00	– 0,24	– 100,0	0,0

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Vermögensrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 betrug in der UG 34 „Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)” 10,70 Mio. EUR und sank gegenüber 31. Dezember 2014 um – 1,29 Mio. EUR (– 10,7 %). Der Anteil des kurzfristigen Vermögens betrug 39,0 % und der des langfristigen Vermögens 61,0 %. Dem Vermögen standen Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 von 204,64 Mio. EUR gegenüber, die im Vergleich zum 31. Dezember 2014 um + 24,42 Mio. EUR (+ 13,5 %) anwuchsen. Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 waren zu

3,5 % kurzfristig und zu 96,5 % langfristig. Nachdem die Fremdmittel das Vermögen überstiegen, ergab sich ein Nettovermögen (Ausgleichsposten) zum 31. Dezember 2015 von – 193,95 Mio. EUR. Gegenüber 31. Dezember 2014 verschlechterte sich das Nettovermögen (Ausgleichsposten) um 25,70 Mio. EUR bzw. 15,3 %.

D. und E. Fremdmittel

Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 (204,64 Mio. EUR) setzten sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- D.III Langfristige Rückstellungen: 197,43 Mio. EUR (96,5 %) für Sonstige langfristige Rückstellungen.

Der Anstieg der Fremdmittel gegenüber 31. Dezember 2014 von + 24,42 Mio. EUR (+ 13,5 %) war insbesondere auf Veränderungen bei Sonstigen langfristigen Rückstellungen (D.III.05) von + 20,86 Mio. EUR (+ 11,8 %) zurückzuführen. Nach Angaben des BMVIT sei diese Veränderung insbesondere auf den Zinseffekt (20,67 Mio. EUR) der im Jahr 2014 gebildeten Rückstellung für die Nuclear Engineering Seibersdorf (NES GmbH) zurückzuführen. Dies resultiere daraus, dass langfristige Rückstellungen im Entstehungszeitpunkt einer Abzinsung zu unterwerfen seien und eine jährliche Aufstockung um den Zinseffekt erfolge.

19.2 Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung

Tabelle 19.2-1: UG 34 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung[1)]

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 34 Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
A	**Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (= A.I + A.II – A.III – A.IV)**	**– 185,43**	**– 26,33**	**+ 159,10**	**– 85,8**	**– 7,47**	**– 6,66**	**+ 0,81**	**– 10,9**	**+ 19,67**
A.II	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,82	2,09	+ 1,27	+ 155,7		0,21	+ 0,21	–	– 1,88
A.IV	Betrieblicher Sachaufwand	186,24	28,41	– 157,83	– 84,7	7,47	6,86	– 0,61	– 8,1	– 21,55
A.IV.14	Sonstiger betrieblicher Sachaufwand	176,75	21,17	– 155,58	– 88,0	0,17	0,28	+ 0,12	+ 68,7	– 20,89
B	**Transferergebnis (= B.I – B.II)**	**– 404,05**	**– 427,67**	**– 23,62**	**+ 5,8**	**– 402,86**	**– 422,23**	**– 19,37**	**+ 4,8**	**+ 5,45**
B.I	Erträge aus Transfers	0,02	0,10	+ 0,08	+ 506,3	0,02	0,10	+ 0,08	+ 506,3	0,00
B.II	Transferaufwand	404,07	427,77	+ 23,70	+ 5,9	402,88	422,33	+ 19,45	+ 4,8	– 5,45
B.II.02	Aufwand für Transfers an ausländische Körperschaften und Rechtsträger	56,76	61,63	+ 4,87	+ 8,6	56,79	61,68	+ 4,89	+ 8,6	+ 0,05
B.II.02.01	EU-Mitgliedstaaten	56,63	61,41	+ 4,78	+ 8,4	56,66	61,42	+ 4,76	+ 8,4	+ 0,00
B.II.03	Aufwand für Transfers an Unternehmen	333,03	356,67	+ 23,64	+ 7,1	333,71	352,23	+ 18,52	+ 5,6	– 4,43
C	**Ergebnis aus d. operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers (= A + B)**	**– 589,48**	**– 454,00**	**+ 135,48**	**– 23,0**	**– 410,33**	**– 428,88**	**– 18,55**	**+ 4,5**	**+ 25,11**
D	**Finanzergebnis (= D.I – D.II)**	**+ 0,07**	**+ 0,03**	**– 0,04**	**– 53,8**	**+ 0,07**	**+ 0,03**	**– 0,04**	**– 54,2**	**0,00**
D.I	Finanzerträge	0,07	0,03	– 0,04	– 53,8	0,07	0,03	– 0,04	– 54,2	0,00
C*	**Geldfluss aus empfangenen s. gewährten Darlehen und Vorschüssen**					**+ 0,69**	**+ 1,18**	**+ 0,49**	**+ 71,1**	**+ 1,18**
E	**Nettoergebnis (ER: C + D) / Nettofinanzierungssaldo (FR: C + D + C* + D*)**	**– 589,41**	**– 453,97**	**+ 135,44**	**– 23,0**	**– 409,57**	**– 427,67**	**– 18,10**	**+ 4,4**	**+ 26,29**
	davon Erträge/ Einzahlungen	0,90	2,22	+ 1,32	+ 146,5	0,77	1,52	+ 0,74	+ 96,1	– 0,70
	davon Aufwendungen/ Auszahlungen	590,31	456,18	– 134,13	– 22,7	410,35	429,19	+ 18,84	+ 4,6	– 26,99
	davon Erträge aus Vorperioden	0,81	0,56	– 0,25	– 30,9				–	– 0,56
	um Vorperioden bereinigtes Nettoergebnis	**– 590,22**	**– 454,53**	**+ 135,70**	**– 23,0**	**– 409,57**	**– 427,67**	**– 18,10**	**+ 4,4**	**+ 26,85**

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Ergebnis- und Finanzierungsrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

In der UG 34 „Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)“ betrug das Nettoergebnis 2015 (E) der konsolidierten Ergebnisrechnung – 453,97 Mio. EUR. Es setzte sich zusammen aus

- dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) von – 26,33 Mio. EUR (+ 159,10 Mio. EUR gegenüber 2014),
- dem Transferergebnis (B) von – 427,67 Mio. EUR (– 23,62 Mio. EUR gegenüber 2014) und
- dem Finanzergebnis (D) von + 0,03 Mio. EUR (– 0,04 Mio. EUR gegenüber 2014).

Die Erträge in der UG 34 machten 2,22 Mio. EUR

- darunter 2,09 Mio. EUR aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II), 0,10 Mio. EUR aus Transfers (B.I) sowie 0,03 Mio. EUR aus Finanzerträgen (D.I)

und die Aufwendungen 456,18 Mio. EUR aus

- darunter 28,41 Mio. EUR aus betrieblichem Sachaufwand (A.IV) sowie 427,77 Mio. EUR aus Transferaufwand (B.II).

Das Nettoergebnis 2015 verbesserte sich um 135,44 Mio. EUR bzw. um 23,0 % gegenüber 2014.

A. Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit

Die Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) betrugen 2,09 Mio. EUR.

Den Erträgen standen Aufwendungen für betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von 28,41 Mio. EUR gegenüber.

Das Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit 2015 verbesserte sich um 159,10 Mio. EUR bzw. um 85,8 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten bei

- dem betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von – 157,83 Mio. EUR: darunter Sonstiger betrieblicher Sachaufwand (– 155,58 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMVIT sei der Sonstige betriebliche Sachaufwand im Vergleich zum Vorjahr gesunken, da 2014 die Rückstellung, die für erwartete Aufwendungen zur Dekontaminierung von radiologischen Altlasten auf dem Gelände der Nuclear Engineering Seibersdorf (NES) für die Jahre 2024 bis 2035 gebildet würde, in Höhe von 176,56 Mio. EUR dotiert würde. Im aktuellen Jahr sei laut BMVIT im Sonstigen betrieblichen Sachaufwand lediglich der Zinseffekt aus dieser langfristigen Rückstellung erfasst worden (+ 20,67 Mio. EUR).

B. Transferergebnis

Die Erträge aus Transfers (B.I) betrugen 0,10 Mio. EUR. Den Erträgen stand ein Transferaufwand (B.II) von 427,77 Mio. EUR gegenüber.

- Der Transferaufwand entstand insbesondere für Transfers an ausländische Körperschaften und Rechtsträger (61,63 Mio. EUR) sowie Transfers an Unternehmen (356,67 Mio. EUR).

Das Transferergebnis 2015 verschlechterte sich um 23,62 Mio. EUR bzw. um 5,8 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten bei

- dem Transferaufwand (B.II) von + 23,70 Mio. EUR: darunter Transfers an Unternehmen (+ 23,64 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMVIT beinhalte der Transferaufwand an ausländische Körperschaften und Rechtsträger im Wesentlichen die Beiträge an die European Space Agency (ESA) (17,96 Mio. EUR Pflichtprogramme und 37,63 Mio. EUR Wahlprogramme) und an die European Organisation for the Exploitation of Meteorological Satellites (EUMETSAT) (5,82 Mio. EUR). Der Transferaufwand an Unternehmen setze sich aus Transfers an die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH (FFG), an das Austrian Institute of Technology (AIT) und an die Nuclear Engineering Seibersdorf GmbH (NES) zusammen. Die Erhöhung des Transferaufwands an Unternehmen sei laut BMVIT auf höhere Transferzahlungen an die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH zurückzuführen. Diesen höheren Transferzahlungen lägen unterschiedliche Laufzeiten von Vorhaben sowie bedarfsgerechte Auszahlungen der einzelnen Tranchen zugrunde.

E. Nettoergebnis versus Nettofinanzierungssaldo

Der Nettofinanzierungssaldo aus der konsolidierten Finanzierungsrechnung fiel mit – 427,67 Mio. EUR um + 26,29 Mio. EUR günstiger aus als das Nettoergebnis aus der konsolidierten Ergebnisrechnung (– 453,97 Mio. EUR). Im Nettofinanzierungssaldo waren Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus

empfangenen sowie gewährten Darlehen und Vorschüssen (+ 1,18 Mio. EUR) berücksichtigt, die im Nettoergebnis nicht enthalten waren.

Weitere Unterschiede zwischen dem Nettofinanzierungssaldo und dem Nettoergebnis beruhten auf Abweichungen zwischen dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) (+ 19,67 Mio. EUR) und dem Transferergebnis (B) (+ 5,45 Mio. EUR) vom korrespondierenden Geldfluss. Dafür verantwortlich waren im Wesentlichen folgende Positionen:

- Abweichungen beim betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von – 21,55 Mio. EUR: davon Sonstiger betrieblicher Sachaufwand (– 20,89 Mio. EUR).

Der Sonstige betriebliche Sachaufwand überstieg die korrespondierenden Auszahlungen aufgrund der Dotierung des Zinseffekts (20,67 Mio. EUR) für die im Jahr 2014 gebildete Rückstellung für die Nuclear Engineering Seibersdorf GmbH (NES). Die Transferaufwendungen überstiegen die Transferauszahlungen vor allem aufgrund von Periodenabgrenzungen betreffend die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH (FFG) (4,06 Mio. EUR) sowie aufgrund von Wertberichtigungen und Abschreibungen zu Forderungen (1,01 Mio. EUR).

19.3 Voranschlagsvergleichsrechnungen

19.3.1 Ergebnishaushalt

Tabelle 19.3-1: UG 34 – Ergebnishaushalt 2015

Ergebnishaushalt

UG 34 Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	Erfolg 2014	Voranschlag 2015	Erfolg 2015	Veränderung Erfolg 2014 : 2015		Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Erträge	0,90	0,01	2,22	+ 1,32	+ 146,5	+ 2,21	+ 44.238,2
Aufwendungen	590,31	432,70	456,18	– 134,13	– 22,7	+ 23,49	+ 5,4
Nettoergebnis	**– 589,41**	**– 432,69**	**– 453,97**	**+ 135,44**	**– 23,0**	**– 21,28**	**+ 4,9**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Erträge in der UG 34 „Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)“ 2,22 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 1,32 Mio. EUR (+ 146,5 %) und gegenüber dem Voranschlag um 2,21 Mio. EUR angestiegen.

Die Aufwendungen des Jahres 2015 waren mit 456,18 Mio. EUR um 134,13 Mio. EUR (– 22,7 %) niedriger als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Aufwendungen um 23,49 Mio. EUR (+ 5,4 %) höher.

Das Nettoergebnis der UG 34 „Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)“ lag 2015 bei – 453,97 Mio. EUR. Es war um 135,44 Mio. EUR besser und damit um 23,0 % niedriger als jenes für 2014 (– 589,41 Mio. EUR) und um 21,28 Mio. EUR schlechter und damit um 4,9 % höher als im Voranschlag (– 432,69 Mio. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*grün und kursiv*) fassen die vom BMVIT bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 34 „Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)“ (Tabelle I.2.11.1)**.

Tabelle 19.3-2: Ergebnishaushalt, UG 34 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Ergebnishaushalt					
UG 34 Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)		**Voranschlag 2015**	**Erfolg 2015**	**Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015**	
		in Mio. EUR			in %
	Erträge	**0,01**	**2,22**	**+ 2,21**	**+ 44.238,2**
	Aufwendungen	**432,70**	**456,18**	**+ 23,49**	**+ 5,4**
	Nettoergebnis	**– 432,69**	**– 453,97**	**– 21,28**	
GB 34.01	**Forschung, Technologie und Innovation**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,00	2,19	+ 2,18	+ 72.770,3
	Finanzerträge	0,00	0,03	+ 0,03	+ 1.440,0
	Erträge	**0,01**	**2,22**	**+ 2,21**	**+ 44.238,2**
	Transferaufwand	421,87	427,77	+ 5,90	+ 1,4
	Betrieblicher Sachaufwand	10,83	28,41	+ 17,58	+ 162,4
	Aufwendungen	**432,70**	**456,18**	**+ 23,49**	**+ 5,4**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mehraufwendungen im GB 34.01 „Forschung, Technologie und Innovation"

+ 17,58 Mio. EUR in der MVAG „Betrieblicher Sachaufwand"

Mehraufwendungen aus dem Zinseffekt der langfristigen Rückstellung, die für erwartete Aufwendungen zur Dekontaminierung von radiologischen Altlasten auf dem Gelände der Nuclear Engineering Seibersdorf (NES GmbH) für die Jahre 2024 bis 2035 gebildet wurde.

19.3.2 Finanzierungshaushalt

Tabelle 19.3-3: UG 34 – Finanzierungshaushalt 2015

Finanzierungshaushalt							
UG 34 Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	**Zahlungen 2014**	**Voranschlag 2015**	**Zahlungen 2015**	**Veränderung Zahlungen 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015**	
	in Mio. EUR			in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Einzahlungen	0,77	2,01	1,52	+ 0,74	+ 96,1	– 0,49	– 24,5
Auszahlungen	410,35	429,20	429,19	+ 18,84	+ 4,6	– 0,01	– 0,0
Nettofinanzierungssaldo	**– 409,57**	**– 427,19**	**– 427,67**	**– 18,10**	**+ 4,4**	**– 0,48**	**+ 0,1**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Einzahlungen in der UG 34 „Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)" 1,52 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 0,74 Mio. EUR (+ 96,1 %) angestiegen und gegenüber dem Voranschlag um 0,49 Mio. EUR (– 24,5 %) gesunken.

Die Auszahlungen des Jahres 2015 waren mit 429,19 Mio. EUR um 18,84 Mio. EUR (+ 4,6 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Auszahlungen um 0,01 Mio. EUR (– 0,0 %) niedriger.

Der Nettofinanzierungssaldo der UG 34 „Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)" lag 2015 bei – 427,67 Mio. EUR. Er war um 18,10 Mio. EUR schlechter und damit um 4,4 % höher als jener für 2014 (– 409,57 Mio. EUR) bzw. um 0,48 Mio. EUR schlechter und damit um 0,1 % höher als im Voranschlag (– 427,19 Mio. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*blau und kursiv*) fassen die vom BMVIT bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur

Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 34 „Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)“ (Tabelle I.2.8.1)**.

Tabelle 19.3-4: Finanzierungshaushalt, UG 34 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Finanzierungshaushalt					
UG 34 Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)		**Voranschlag 2015**	**Zahlungen 2015**	**Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015**	
		in Mio. EUR			in %
Einzahlungen		**2,01**	**1,52**	**– 0,49**	**– 24,5**
Auszahlungen		**429,20**	**429,19**	**– 0,01**	**– 0,0**
Nettofinanzierungssaldo		**– 427,19**	**– 427,67**	**– 0,48**	
GB 34.01	**Forschung, Technologie und Innovation**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,01	0,34	+ 0,33	+ 6.631,8
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,00	–	– 0,00	– 100,0
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	2,00	1,18	– 0,82	– 41,1
	Einzahlungen	**2,01**	**1,52**	**– 0,49**	**– 24,5**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	10,83	6,86	– 3,97	– 36,6
	Auszahlungen aus Transfers	418,37	422,33	+ 3,96	+ 0,9
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,00	–	– 0,00	– 100,0
	Auszahlungen	**429,20**	**429,19**	**– 0,01**	**– 0,0**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Da es im Finanzierungshaushalt der UG 34 „Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)“ in keinem Globalbudget auf MVAG-Ebene zu Über- bzw. Unterschreitungen von mehr als 10,00 Mio. EUR gegenüber dem Voranschlag kam, bestand für das BMVIT keine Begründungspflicht für die Abweichungen.

19.3.3 Haushaltsrücklagen

Tabelle 19.3-5: UG 34 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015

Finanzierungshaushalt								
UG 34 Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	**Anfangsbestand**	**Umbuchung**	**Entnahme**	**Auflösung**	**Zuführung**	**Endbestand**	**Veränderung 2014 : 2015**	
	in Mio. EUR							in %
Detailbudgetrücklagen	361,80	–	–	–	+ 0,00	361,80	+ 0,00	+ 0,0
Gesamtsumme	**361,80**	**–**	**–**	**–**	**+ 0,00**	**361,80**	**+ 0,00**	**+ 0,0**

Quellen: Rücklagengebarung, eigene Berechnung

Der Stand der Rücklagen in der UG 34 „Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)“ belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 361,80 Mio. EUR und veränderte sich durch Zuführungen (108,23 EUR) zum 31. Dezember 2015 kaum. Im Verhältnis zu den veranschlagten Auszahlungen (429,20 Mio. EUR) entsprach der Stand zum 31. Dezember 2015 einem Anteil von 84,3 %. Im BFG 2015 war für die UG 34 keine Rücklagenverwendung veranschlagt.

19.4 Finanzrahmen

Ausgehend von den tatsächlichen Auszahlungen 2015 stellen sich die Auszahlungsobergrenzen für die UG 34 „Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)“ gemäß BFRG für die Finanzjahre 2016 bis 2020 wie folgt dar:

Tabelle 19.4–1: UG 34 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020

Finanzierungshaushalt									
UG 34 Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	**Auszahlungen (Ist)**	**Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG**					**Veränderung**		
	2015	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**	**2020**	**2015 (Ist) : 2020**		**durchschnittlich jährlich**
	in Mio. EUR							in %	
	429,19	**428,08**	**428,08**	**428,08**	**428,08**	**428,08**	**– 1,11**	**– 0,3**	**– 0,1**
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze gesamt	*74.589,49*	*78.107,49*	*78.202,70*	*78.814,08*	*80.408,66*	*83.038,37*	*+ 8.448,88*	*+ 11,3*	*+ 2,2*
Anteil der UG 34	0,6 %	0,5 %	0,5 %	0,5 %	0,5 %	0,5 %	– 0,1 %-Punkte		–
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze Rubrik 3	*13.330,66*	*13.425,91*	*13.664,94*	*13.863,44*	*13.967,43*	*14.196,43*	*+ 865,77*	*+ 6,5*	*+ 1,3*
Anteil der UG 34	3,2 %	3,2 %	3,1 %	3,1 %	3,1 %	3,0 %	– 0,2 %-Punkte		–

Quellen: HIS, BFRG 2016 - 2019, 2017 - 2020, eigene Berechnung

Bis zum Jahr 2020 soll die Auszahlungsobergrenze für die UG 34 „Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)“ um - 1,11 Mio. EUR (– 0,3 %) auf 428,08 Mio. EUR sinken. Dies entspricht einer Veränderungsrate gegenüber den tatsächlichen Auszahlungen 2015 von – 0,1 % im Jahresdurchschnitt. Für die Jahre 2016 bis 2020 wird durchgehend eine konstante Auszahlungsobergrenze vorgesehen. Im Jahr 2015 betrug der Anteil der UG 34 „Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)“ an den Gesamtauszahlungen 0,6 % und an den Auszahlungen der Rubrik 3 3,2 %. Der Anteil der UG 34 an der Gesamt–Auszahlungsobergrenze soll bis 2020 auf 0,5 % zurückgehen bzw. innerhalb der Rubrik 3 auf 3,0 % sinken.

Laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 solle die unternehmensorientierte und außeruniversitäre Forschung und Technologieentwicklung zur Erhöhung der Anzahl der Unternehmen im Sektor Forschung und

experimentelle Entwicklung sowie zur Steigerung der Anzahl der Beschäftigten in Forschung und experimenteller Entwicklung (F&E) im Unternehmenssektor mit folgenden Maßnahmen gefördert werden. Die wichtigsten laufenden bzw. geplanten Maßnahmen und Reformen seien daher laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020:

- Förderung von Spitzentechnologie in den BMVIT-Schwerpunkten; der Anteil an Frauen beim wissenschaftlichen und höherqualifizierten nicht-wissenschaftlichen Personal im Unternehmenssektor inklusive des kooperativen Bereichs in Forschung und experimenteller Entwicklung soll angehoben werden;

- Weiterführung des Kompetenzzentrenprogrammes COMET (gemeinsam mit dem BMWFW);

- Stiftungsprofessuren als Beitrag zur vertiefenden Weiterentwicklung von Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, um Forschungskompetenz und Lehrangebot in Forschungsthemen, die für den Innovationsstandort von besonderer Bedeutung sind, nachhaltig aufzubauen;

- Schwerpunkt Industrie 4.0, mit dem ein tiefgreifender und vielschichtiger industrieller Strukturwandel zu einem wettbewerbsfähigen Industriestandort erfolgen soll;

- vertiefende Zusammenarbeit mit den einschlägigen High-Tech Programmen der EU.

Zur Sicherstellung der Einhaltung der Auszahlungsobergrenzen setze das BMVIT laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 das bereits vor mehreren Jahren begonnene Projekt der Mehrjahresplanung fort. Dieses Planungstool werde neben der Ermittlung von Bewilligungsbudgets auch für die Ermittlung der notwendigen Vorbelastungen und der Sicherstellung der Liquidität in der UG 34 herangezogen.

Die im BFRG 2017 bis 2020 vorgesehenen Auszahlungsobergrenzen für die Jahre 2017 bis 2019 wurden gegenüber dem bisher geltenden BFRG 2016 bis 2019 nicht verändert.

Im Folgenden wird ein Überblick über die Entwicklung der tatsächlichen Auszahlungen und der Auszahlungsobergrenzen von 2011 bis 2015 bzw. ein Vergleich der Auszahlungen zu den Auszahlungsobergrenzen des derzeit geltenden BFRG 2017 bis 2020 gegeben:

Tabelle 19.4–2: UG 34 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015

Finanzierungshaushalt									
UG 34 Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	**BFRG bzw. Zahlungen**					**Veränderung**			
	2011	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	**2014 : 2015**		**2011 : 2015**	
	in Mio. EUR					in %		in Mio. EUR	in %
Auszahlungsobergrenze UG 34	350,80	382,40	406,10	424,20	429,20	+ 5,00	+ 1,2	+ 78,40	+ 22,3
Auszahlungen UG 34	349,89	339,59	369,92	410,35	429,19	+ 18,84	+ 4,6	+ 79,30	+ 22,7
Abweichung Auszahlungen : Obergrenze	**– 0,91**	**– 42,81**	**– 36,18**	**– 13,85**	**– 0,01**				
Abweichung in %	**– 0,3 %**	**– 11,2 %**	**– 8,9 %**	**– 3,3 %**	**– 0,0 %**				

Quellen: HIS, BFRG 2011 - 2014, 2012 - 2015, 2013 - 2016, 2014 - 2017, 2015 - 2018, eigene Berechnung

Während ursprünglich zwischen 2011 und 2015 eine Erhöhung der Auszahlungsobergrenze gemäß BFRG um insgesamt + 78,40 Mio. EUR (+ 22,3 %) vorgesehen war, erhöhten sich die Auszahlungen zwischen 2011 und 2015 tatsächlich um + 79,30 Mio. EUR (+ 22,7 %). Im Jahr 2015 lagen die tatsächlichen Auszahlungen um - 0,01 Mio. EUR (– 0,0 %) unter jenen, die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen waren.

Tabelle 19.4–3: UG 34 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG

Finanzierungshaushalt						
UG 34 Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	**Auszahlungen (Ist)**		**durchschnittliche jährliche Veränderung**	**BFRG**	**durchschnittliche jährliche Veränderung**	**Differenz der Veränderungsraten[1)]**
	2011	**2015**	**2011 : 2015**	**2020**	**2015 (Ist) : 2020 (BFRG)**	
	in Mio. EUR		in %	in Mio. EUR	in %	in %-Punkten
	349,89	**429,19**	**+ 5,2**	**428,08**	**– 0,1**	**– 5,3**

1) Rundungsdifferenz möglich

Quellen: HIS, BFRG 2017 - 2020, eigene Berechnung

Die durchschnittliche jährliche Veränderung der Auszahlungen belief sich von 2011 bis 2015 auf + 5,2 %. Laut mittelfristiger Finanzplanung bis 2020 soll sie – 0,1 % betragen und somit um 5,3 Prozentpunkte zurückgehen.

Um die Auszahlungsobergrenzen in der UG 34 „Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)“ bis 2020 einhalten zu können, bedarf es aus Sicht des RH der Umsetzung quantifizierter struktureller Steuerungs- und Korrekturmaßnahmen.

20 UG 40 „WIRTSCHAFT“

UG 40 Wirtschaft – BMWFW	
zentrale Budgetbereiche	Wirtschaftsförderung
	Unternehmensbezogene Arbeitsmarktförderung
	Eich– und Vermessungswesen
	Bau und Liegenschaftsmanagement
	Burghauptmannschaft Österreich
	Bundesimmobilienverwaltung
	Bundeswettbewerbsbehörde
	Beschlusswesen

Quelle: HIS

20.1 Vermögensrechnung

Tabelle 20.1–1: UG 40 – Vermögensrechnung[1)]

Vermögensrechnung						
UG 40 Wirtschaft		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
A + B	**Vermögen**	**8.592,06**	**8.670,17**	**+ 78,11**	**+ 0,9**	**100,0**
A	Langfristiges Vermögen	8.567,02	8.642,26	+ 75,24	+ 0,9	99,7
A.I	Immaterielle Vermögenswerte	1,57	1,29	– 0,28	– 18,1	0,0
A.II	Sachanlagen	5.555,27	5.529,14	– 26,13	– 0,5	63,8
A.II.01	Grundstücke und Grundstückseinrichtungen	1.747,05	1.747,04	– 0,01	– 0,0	20,1
	GB 40.04 Historische Objekte	1.747,05	1.747,04	– 0,01	– 0,0	20,1
A.II.02	Gebäude und Bauten	320,52	319,39	– 1,13	– 0,4	3,7
	GB 40.04 Historische Objekte	320,52	319,39	– 1,13	– 0,4	3,7
A.II.05	Kulturgüter	3.475,16	3.449,58	– 25,57	– 0,7	39,8
	GB 40.04 Historische Objekte	3.472,13	3.446,49	– 25,64	– 0,7	39,8
A.IV	Beteiligungen	2.888,84	3.031,25	+ 142,41	+ 4,9	35,0
A.IV.01	an verbundenen Unternehmen	2.888,84	3.031,25	+ 142,41	+ 4,9	35,0
	GB 40.02 Transferleistungen an die Wirtschaft	2.888,84	3.031,25	+ 142,41	+ 4,9	35,0
A.V	Langfristige Forderungen	121,34	80,58	– 40,76	– 33,6	0,9
A.V.05	Sonstige langfristige Forderungen (v)	115,30	75,18	– 40,13	– 34,8	0,9
	GB 40.01 Steuerung und Services	110,97	0,52	– 110,45	– 99,5	0,0
	Übrige sonstige langfristige Forderungen	110,63	0,22	– 110,42	– 99,8	0,0
	GB 40.02 Transferleistungen an die Wirtschaft	0,00	70,29	+ 70,29	–	0,8
	Übrige sonstige langfristige Forderungen	0,00	70,29	+ 70,29	–	0,8
B	Kurzfristiges Vermögen	25,04	27,91	+ 2,88	+ 11,5	0,3
B.II	Kurzfristige Forderungen	24,39	27,26	+ 2,86	+ 11,7	0,3
B.III	Vorräte	0,59	0,57	– 0,01	– 2,2	0,0
B.IV	Liquide Mittel	0,06	0,08	+ 0,03	+ 46,9	0,0
C	**Nettovermögen (Ausgleichsposten)**	**8.086,33**	**8.202,79**	**+ 116,46**	**+ 1,4**	
C.I	Neubewertungsrücklagen (Umbewertungskonto)	238,52	380,93	+ 142,41	+ 59,7	
	GB 40.02 Transferleistungen an die Wirtschaft	238,52	380,93	+ 142,41	+ 59,7	
C.IV	Jährliches Nettoergebnis (inkl. "Personal, das für Dritte leistet")	– 108,14	– 136,23	– 28,09	+ 26,0	
	GB 40.01 Steuerung und Services	– 74,11	– 76,26	– 2,15	+ 2,9	
	GB 40.02 Transferleistungen an die Wirtschaft	102,36	61,45	– 40,92	– 40,0	
	GB 40.03 Eich- und Vermessungswesen	– 74,00	– 74,47	– 0,48	+ 0,6	
	GB 40.04 Historische Objekte	– 62,39	– 46,95	+ 15,44	– 24,8	
C.V	Saldo aus der jährl. Eröffnungsbilanz	7.868,84	7.847,73	– 21,11	– 0,3	
C.VI	Bundesfinanzierung	87,11	110,37	+ 23,25	+ 26,7	

Vermögensrechnung						
UG 40 Wirtschaft		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
D + E	**Fremdmittel**	**505,73**	**467,38**	**– 38,34**	**– 7,6**	**100,0**
D	Langfristige Fremdmittel	466,15	426,17	– 39,98	– 8,6	91,2
D.II	Langfristige Verbindlichkeiten	114,45	74,18	– 40,27	– 35,2	15,9
D.II.04	Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	114,45	74,18	– 40,27	– 35,2	15,9
	GB 40.01 Steuerung und Services	110,63	0,22	– 110,42	– 99,8	0,0
	Übrige sonstige langfristige Verbindlichkeiten	110,63	0,22	– 110,42	– 99,8	0,0
	GB 40.02 Transferleistungen an die Wirtschaft	0,00	70,29	+ 70,29	–	15,0
	Übrige sonstige langfristige Verbindlichkeiten	0,00	70,29	+ 70,29	–	15,0
D.III	Langfristige Rückstellungen	351,70	351,98	+ 0,28	+ 0,1	75,3
D.III.05	Sonstige	324,73	324,73	0,00	0,0	69,5
	GB 40.04 Historische Objekte	324,73	324,73	0,00	0,0	69,5
E	Kurzfristige Fremdmittel	39,58	41,22	+ 1,64	+ 4,1	8,8
E.II	Kurzfristige Verbindlichkeiten	29,02	31,35	+ 2,34	+ 8,1	6,7
E.III	Kurzfristige Rückstellungen	10,56	9,86	– 0,70	– 6,6	2,1

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Vermögensrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 betrug in der UG 40 „Wirtschaft" 8,670 Mrd. EUR und stieg gegenüber 31. Dezember 2014 um + 78,11 Mio. EUR (+ 0,9 %) an. Der Anteil des kurzfristigen Vermögens betrug 0,3 % und der des langfristigen Vermögens 99,7 %. Dem Vermögen standen Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 von 467,38 Mio. EUR gegenüber, die im Vergleich zum 31. Dezember 2014 um – 38,34 Mio. EUR (– 7,6 %) zurückgingen. Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 waren zu 8,8 % kurzfristig und zu 91,2 % langfristig. Nachdem das Vermögen die Fremdmittel überstieg, ergab sich ein Nettovermögen (Ausgleichsposten) zum 31. Dezember 2015 von 8,203 Mrd. EUR (+ 116,46 Mio. EUR bzw. + 1,4 % gegenüber 31. Dezember 2014).

A. und B. Vermögen

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 (8,670 Mrd. EUR) setzte sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- A.II Sachanlagen: 5,529 Mrd. EUR (63,8 %), davon 1,747 Mrd. EUR für Grundstücke und Grundstückseinrichtungen, 319,39 Mio. EUR für Gebäude und Bauten, 3,450 Mrd. EUR für Kulturgüter. Als Sachanlagen waren vor allem historische Gebäude sowie Parks und landwirtschaftliche Grundstücke erfasst, die die Burghauptmannschaft Österreich verwaltete.

- A.IV Beteiligungen: 3,031 Mrd. EUR (35,0 %) für Beteiligungen an verbundenen Unternehmen (insbesondere ERP[34]-Fonds und Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H.);

- A.V Langfristige Forderungen: 80,58 Mio. EUR (0,9 %), davon 75,18 Mio. EUR für Sonstige langfristige Forderungen (veranschlagt) insbesondere resultierend aus Bankgarantien für die Unternehmensbezogene Arbeitsmarktförderung und den Bereich Bergbau.

Der Anstieg des Vermögens gegenüber 31. Dezember 2014 von + 78,11 Mio. EUR (+ 0,9 %) resultierte insbesondere aus Veränderungen bei Kulturgütern (A.II.05) von – 25,57 Mio. EUR (– 0,7 %), Beteiligungen an verbundenen Unternehmen (A.IV.01) von + 142,41 Mio. EUR (+ 4,9 %) und Sonstigen langfristigen Forderungen (veranschlagt) (A.V.05) von – 40,13 Mio. EUR (– 34,8 %) bei gleichzeitiger Erhöhung anderer Positionen von jeweils unter 10 Mio. EUR. Nach Angaben des BMWFW beruhe der Wertverlust der Kulturgüter vor allem auf Abschreibungen von den von der Burghauptmannschaft Österreich verwalteten Gebäuden. Bei den Sonstigen langfristigen Forderungen buche das BMWFW gemäß eigener Angaben die aus Bankgarantien resultierenden Forderungen für die Unternehmensbezogene Arbeitsmarktförderung und für den Bereich Bergbau vom GB 40.01 „Steuerung und Services“ auf das GB 40.02 „Transferleistungen an die Wirtschaft“ um.

D. und E. Fremdmittel

Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 (467,38 Mio. EUR) setzten sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- D.II Langfristige Verbindlichkeiten: 74,18 Mio. EUR (15,9 %) für Sonstige langfristige Verbindlichkeiten, die mit den langfristigen Forderungen resultierend aus Bankgarantien für die Unternehmensbezogene Arbeitsmarktförderung und den Bereich Bergbau korrespondierten;

- D.III Langfristige Rückstellungen: 351,98 Mio. EUR (75,3 %), davon 324,73 Mio. EUR für Sonstige langfristige Rückstellungen, die aufgrund eines durch einen langfristigen Mietvertrag eingeschränkten Nutzungsrechts des Vienna International Centers und der Halle M gebildet wurden.[35]

34 European Recovery Program

35 Der RH wird die Höhe der Rückstellung in der Prüfung der Abschlussrechnungen 2016 gemäß § 9 RHG 1948 prüfen.

Der Rückgang der Fremdmittel gegenüber 31. Dezember 2014 von – 38,34 Mio. EUR (– 7,6 %) war insbesondere auf Veränderungen bei Sonstigen langfristigen Verbindlichkeiten (D.II.04) von – 40,27 Mio. EUR (– 35,2 %) zurückzuführen. Nach Angaben des BMWFW wären davon die langfristigen Verbindlichkeiten für die Unternehmensbezogene Arbeitsmarktförderung und für den Bereich Bergbau betroffen, die mit den langfristigen Forderungen resultierend aus Bankgarantien korrespondierten.

20.2 Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung

Tabelle 20.2-1: UG 40 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung[1)]

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 40 Wirtschaft		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
A	**Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (= A.I + A.II – A.III – A.IV)**	**– 62,92**	**– 106,05**	**– 43,13**	**+ 68,6**	**– 8,97**	**– 52,75**	**– 43,79**	**+ 488,2**	**+ 53,30**
A.II	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	222,51	180,13	– 42,38	– 19,0	220,88	178,12	– 42,76	– 19,4	– 2,01
A.II.01	Erträge aus wirtschaftlicher Tätigkeit	209,70	155,85	– 53,85	– 25,7	209,69	154,97	– 54,71	– 26,1	– 0,88
	GB 40.02 Transferleistungen an die Wirtschaft	182,97	127,89	– 55,09	– 30,1	183,03	127,89	– 55,14	– 30,1	– 0,00
A.II.04	Vergütungen innerhalb des Bundes	0,09	12,65	+ 12,56	–	0,09	12,65	+ 12,56	–	– 0,00
	GB 40.04 Historische Objekte	0,05	14,45	+ 14,40	–	0,05	14,45	+ 14,40	–	– 0,00
A.III	Personalaufwand	140,52	144,38	+ 3,85	+ 2,7	140,20	143,34	+ 3,14	+ 2,2	– 1,04
A.III.01	Bezüge	108,48	110,49	+ 2,01	+ 1,9	108,36	110,66	+ 2,29	+ 2,1	+ 0,16
	GB 40.01 Steuerung und Services	55,24	56,28	+ 1,04	+ 1,9	55,05	56,36	+ 1,31	+ 2,4	+ 0,08
A.IV	Betrieblicher Sachaufwand	144,91	141,81	– 3,10	– 2,1	89,65	87,54	– 2,11	– 2,4	– 54,27
A.IV.11	Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	54,60	54,45	– 0,15	– 0,3				–	– 54,45
	GB 40.04 Historische Objekte	51,36	51,31	– 0,05	– 0,1				–	– 51,31
B	**Transferergebnis (= B.I – B.II)**	**– 96,14**	**– 99,79**	**– 3,65**	**+ 3,8**	**– 98,72**	**– 101,34**	**– 2,62**	**+ 2,7**	**– 1,55**
B.I	Erträge aus Transfers	0,91	11,29	+ 10,38	+ 1.142,8	0,91	11,29	+ 10,38	+ 1.138,5	+ 0,00
B.I.03	Erträge aus Transfers von Unternehmen	0,29	10,68	+ 10,39	+ 3.615,0	0,29	10,68	+ 10,39	+ 3.590,2	– 0,00
	GB 40.02 Transferleistungen an die Wirtschaft		10,36	+ 10,36	–		10,36	+ 10,36	–	0,00
B.II	Transferaufwand	97,05	111,08	+ 14,03	+ 14,5	99,63	112,63	+ 13,00	+ 13,0	+ 1,55
B.II.03	Aufwand für Transfers an Unternehmen	70,60	83,59	+ 12,99	+ 18,4	71,02	84,80	+ 13,78	+ 19,4	+ 1,22
	GB 40.02 Transferleistungen an die Wirtschaft	70,64	83,63	+ 12,99	+ 18,4	71,07	84,70	+ 13,64	+ 19,2	+ 1,08

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 40 Wirtschaft		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
C	**Ergebnis aus d. operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers (= A + B)**	**– 159,06**	**– 205,84**	**– 46,78**	**+ 29,4**	**– 107,69**	**– 154,09**	**– 46,40**	**+ 43,1**	**+ 51,75**
D	**Finanzergebnis (= D.I – D.II)**	**+ 50,92**	**+ 69,61**	**+ 18,69**	**+ 36,7**	**+ 65,28**	**+ 69,61**	**+ 4,33**	**+ 6,6**	**+ 0,00**
D.I	Finanzerträge	65,29	69,61	+ 4,32	+ 6,6	65,28	69,61	+ 4,33	+ 6,6	+ 0,00
D.I.02	Dividenden und ähnliche Gewinnausschüttungen	65,00	69,46	+ 4,46	+ 6,9	65,00	69,46	+ 4,46	+ 6,9	0,00
	GB 40.02 Transferleistungen an die Wirtschaft	65,00	69,46	+ 4,46	+ 6,9	65,00	69,46	+ 4,46	+ 6,9	0,00
D.II	Finanzaufwand	14,37	0,00	– 14,37	– 100,0		0,00	+ 0,00	–	0,00
D.II.05	Aufwendungen aus der Bewertung von Beteiligungen	14,37		– 14,37	– 100,0				–	0,00
	GB 40.02 Transferleistungen an die Wirtschaft	14,37		– 14,37	– 100,0				–	0,00
C*	**Geldfluss aus empfangenen s. gewährten Darlehen und Vorschüssen**					**+ 0,78**	**+ 0,68**	**– 0,10**	**– 12,3**	**+ 0,68**
D*	**Geldfluss aus der Investitionstätigkeit**					**– 28,03**	**– 27,62**	**+ 0,41**	**– 1,5**	**– 27,62**
E	**Nettoergebnis (ER: C + D) / Nettofinanzierungssaldo (FR: C + D + C* + D*)**	**– 108,14**	**– 136,23**	**– 28,09**	**+ 26,0**	**– 69,66**	**– 111,42**	**– 41,76**	**+ 60,0**	**+ 24,81**
	davon Erträge/ Einzahlungen	288,70	261,03	– 27,67	– 9,6	288,20	260,01	– 28,19	– 9,8	– 1,02
	davon Aufwendungen/ Auszahlungen	396,84	397,26	+ 0,42	+ 0,1	357,86	371,43	+ 13,57	+ 3,8	– 25,83
	davon Erträge aus Vorperioden	0,23	– 0,00	– 0,23	– 100,0				–	+ 0,00
	davon Aufwand aus Vorperioden	0,38	0,19	– 0,19	– 49,4				–	– 0,19
	um Vorperioden bereinigtes Nettoergebnis	**– 108,00**	**– 136,04**	**– 28,05**	**+ 26,0**	**– 69,66**	**– 111,42**	**– 41,76**	**+ 60,0**	**+ 24,62**

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Ergebnis- und Finanzierungsrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

In der UG 40 „Wirtschaft“ betrug das Nettoergebnis 2015 (E) der konsolidierten Ergebnisrechnung – 136,23 Mio. EUR. Es setzte sich zusammen aus

- dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) von – 106,05 Mio. EUR (– 43,13 Mio. EUR gegenüber 2014),
- dem Transferergebnis (B) von – 99,79 Mio. EUR (– 3,65 Mio. EUR gegenüber 2014) und
- dem Finanzergebnis (D) von + 69,61 Mio. EUR (+ 18,69 Mio. EUR gegenüber 2014).

Die Erträge in der UG 40 machten 261,03 Mio. EUR

- darunter 180,13 Mio. EUR aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II), 11,29 Mio. EUR aus Transfers (B.I), 69,61 Mio. EUR aus Finanzerträgen (D.I)

und die Aufwendungen 397,26 Mio. EUR aus,

- darunter 144,38 Mio. EUR aus Personalaufwand (A.III), 141,81 Mio. EUR aus betrieblichem Sachaufwand (A.IV), 111,08 Mio. EUR aus Transferaufwand (B.II), 5,00 EUR aus Finanzaufwand (D.II).

Das Nettoergebnis 2015 verschlechterte sich um 28,09 Mio. EUR bzw. um 26,0 % gegenüber 2014.

A. Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit

Die Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) betrugen 180,13 Mio. EUR.

- Die Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) waren im Wesentlichen den Erträgen aus wirtschaftlicher Tätigkeit (155,85 Mio. EUR) zuzuordnen.

Die Erträge aus wirtschaftlicher Tätigkeit setzten sich vorwiegend aus Erträgen aus Flächen-, Feld-, Förder- und Speicherzinsen sowie aus Freischürf- und Massengebühren im GB 40.02 „Transferleistungen an die Wirtschaft“ zusammen.

Den Erträgen standen Aufwendungen für Personal (A.III) von 144,38 Mio. EUR und betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von 141,81 Mio. EUR gegenüber.

- Die wesentlichen Positionen im Personalaufwand betrafen Bezüge (110,49 Mio. EUR).

- Der betriebliche Sachaufwand entstand insbesondere für Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte (54,45 Mio. EUR).

Der größte Anteil der Bezüge entfiel auf das GB 40.01 „Steuerung und Services“ für Bedienstete im Bereich der Zentralleitung, der Bundesmobilienverwaltung, der Beschussämter Wien und Ferlach sowie der Bun-

deswettbewerbsbehörde. Die Abschreibungen entstanden vorwiegend im GB 40.04 „Historische Objekte“ für von der Burghauptmannschaft Österreich verwaltete Gebäude.

Das Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit 2015 verschlechterte sich um 43,13 Mio. EUR bzw. um 68,6 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten bei

- den Erträgen aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) von – 42,38 Mio. EUR: darunter Erträge aus wirtschaftlicher Tätigkeit (– 53,85 Mio. EUR) und Vergütungen innerhalb des Bundes (+ 12,56 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMWFW seien die Erträge aus wirtschaftlicher Tätigkeit vor allem im Bereich des Förderzinses für Erdöl und Erdgas zurückgegangen, was auf niedrigere tatsächliche Produktionsmengen und eine negative Entwicklung der Importwerte für Erdöl und Erdgas zurückzuführen sei. Die Vergütungen innerhalb des Bundes seien aufgrund des Inkrafttretens der Leistungsabgeltungs-Verordnung im Jahr 2015 betreffend die Abgeltung der Nutzung von Objekten durch die Bundesministerien und Obersten Organe angestiegen, die die Burghauptmannschaft Österreich verwaltet habe.

B. Transferergebnis

Die Erträge aus Transfers (B.I) betrugen 11,29 Mio. EUR. Den Erträgen stand ein Transferaufwand (B.II) von 111,08 Mio. EUR gegenüber.

- Der Transferaufwand entstand insbesondere für Transfers an Unternehmen (83,59 Mio. EUR). Dies betraf vor allem Förderungsaktionen der Österreichischen Hotel- und Tourismusbank Gesellschaft m.b.H., Zahlungen an die Austria Wirtschaftsservice GmbH und den Gründerfonds, Förderungen gemäß Wärme- und Kälte-Leitungsausbaugesetz, die Förderung des Filmstandorts Österreich, der Austrian Business Agency sowie der Tiergarten Schönbrunn GmbH.

Das Transferergebnis 2015 verschlechterte sich um 3,65 Mio. EUR bzw. um 3,8 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten bei

- den Erträgen aus Transfers (B.I) von + 10,38 Mio. EUR: darunter Transfers von Unternehmen (+ 10,39 Mio. EUR) und
- dem Transferaufwand (B.II) von + 14,03 Mio. EUR: darunter Transfers an Unternehmen (+ 12,99 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMWFW seien die Transfers von Unternehmen infolge von Erträgen gemäß § 29 Ökostromgesetz 2012 im Zusammenhang mit nicht ausgenutzten Investitionszuschüssen gestiegen, die für Zwecke des Wärme-Kälte-Leitungsausbaugesetzes einzusetzen waren. Die Transfers an Unternehmen seien im Wesentlichen wegen der Förderung des Leitungsausbaus im Rahmen des Wärme-Kälte-Leitungsausbaugesetzes und einer höheren Schadloshaltung bei der Österreichischen Hotel- und Tourismusbank Gesellschaft m.b.H. gestiegen.

D. Finanzergebnis

Die Finanzerträge (D.I) betrugen 69,61 Mio. EUR. Den Erträgen stand ein Finanzaufwand (D.II) von 5,00 EUR gegenüber.

- Wesentliche Positionen der Finanzerträge (D.I) stammten aus der Dividende der Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H. (69,46 Mio. EUR).

Das Finanzergebnis verbesserte sich um 18,69 Mio. EUR bzw. um 36,7 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten beim

- Finanzaufwand (D.II) von – 14,37 Mio. EUR für die Bewertung von Beteiligungen.

Nach Angaben des BMWFW bliebe der Finanzaufwand 2015 hinter jenem des Jahres 2014 zurück, weil im Jahr 2015 keine Abschreibung von Beteiligungen erfolgt sei. Im Jahr 2014 nahm das BMWFW entsprechende Abschreibungen beim ERP-Fonds und beim Bundeswohnbaufonds vor.

E. Nettoergebnis versus Nettofinanzierungssaldo

Der Nettofinanzierungssaldo aus der konsolidierten Finanzierungsrechnung fiel mit – 111,42 Mio. EUR um 24,81 Mio. EUR günstiger aus als das Nettoergebnis aus der konsolidierten Ergebnisrechnung (– 136,23 Mio. EUR). Im Nettofinanzierungssaldo waren Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus empfangenen sowie gewährten Darlehen und Vorschüssen (+ 0,68 Mio. EUR) sowie Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus der Investitionstätigkeit (– 27,62 Mio. EUR) berücksichtigt, die im Nettoergebnis nicht enthalten waren.

Weitere Unterschiede zwischen dem Nettofinanzierungssaldo und dem Nettoergebnis vom korrespondierenden Geldfluss beruhten auf Abweichungen zwischen dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) (+ 53,30 Mio. EUR), dem Transferergebnis (B) (– 1,55 Mio. EUR) und einer

geringen Abweichung beim Finanzergebnis (D)[36]. Dafür verantwortlich waren im Wesentlichen folgende Positionen:

- Abweichungen beim betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von – 54,27 Mio. EUR: davon Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte (– 54,45 Mio. EUR).

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte schlugen nur in der Ergebnisrechnung zu Buche. Die Finanzierungsrechnung war hievon nicht betroffen.

20.3 Voranschlagsvergleichsrechnungen

20.3.1 Ergebnishaushalt

Tabelle 20.3-1: UG 40 – Ergebnishaushalt 2015

Ergebnishaushalt							
UG 40 Wirtschaft	**Erfolg 2014**	**Voranschlag 2015**	**Erfolg 2015**	**Veränderung Erfolg 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015**	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Erträge	276,77	311,40	250,81	– 25,96	– 9,4	– 60,59	– 19,5
Aufwendungen	384,82	399,24	387,04	+ 2,22	+ 0,6	– 12,19	– 3,1
Nettoergebnis	**– 108,06**	**– 87,83**	**– 136,23**	**– 28,18**	**+ 26,1**	**– 48,40**	**+ 55,1**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Erträge in der UG 40 „Wirtschaft“ 250,81 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um – 25,96 Mio. EUR (– 9,4 %) und gegenüber dem Voranschlag um – 60,59 Mio. EUR (– 19,5 %) gesunken.

Die Aufwendungen des Jahres 2015 waren mit 387,04 Mio. EUR um + 2,22 Mio. EUR (+ 0,6 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Aufwendungen um – 12,19 Mio. EUR (– 3,1 %) niedriger.

Das Nettoergebnis der UG 40 „Wirtschaft“ lag 2015 bei – 136,23 Mio. EUR. Es war um 28,18 Mio. EUR bzw. um 26,1 % schlechter als jenes für 2014 (– 108,06 Mio. EUR) und um 48,40 Mio. EUR bzw. um 55,1 % schlechter als im Voranschlag (– 87,83 Mio. EUR) angenommen.

36 + 3.522,86 EUR

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*grün und kursiv*) fassen die vom BMWFW bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 40 „Wirtschaft" (Tabelle I.2.11.1)**.

Tabelle 20.3-2: Ergebnishaushalt, UG 40 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Ergebnishaushalt					
UG 40 Wirtschaft		**Voranschlag 2015**	**Erfolg 2015**	**Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015**	
		in Mio. EUR			in %
	Erträge	**311,40**	**250,81**	**– 60,59**	**– 19,5**
	Aufwendungen	**399,24**	**387,04**	**– 12,19**	**– 3,1**
	Nettoergebnis	**– 87,83**	**– 136,23**	**– 48,40**	
GB 40.01	**Steuerung und Services**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1,25	3,47	+ 2,22	+ 178,2
	Finanzerträge	0,00	0,00	– 0,00	– 88,5
	Erträge	**1,25**	**3,47**	**+ 2,22**	**+ 177,6**
	Personalaufwand	61,02	61,09	+ 0,07	+ 0,1
	Transferaufwand	0,03	– 0,04	– 0,07	– 239,4
	Betrieblicher Sachaufwand	22,44	18,68	– 3,76	– 16,7
	Aufwendungen	**83,49**	**79,73**	**– 3,76**	**– 4,5**
GB 40.02	**Transferleistungen an die Wirtschaft**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	208,05	139,21	– 68,84	– 33,1
	Finanzerträge	69,50	69,60	+ 0,10	+ 0,1
	Erträge	**277,55**	**208,81**	**– 68,74**	**– 24,8**
	Transferaufwand	120,13	111,10	– 9,03	– 7,5
	Betrieblicher Sachaufwand	31,35	36,27	+ 4,92	+ 15,7
	Aufwendungen	**151,48**	**147,36**	**– 4,11**	**– 2,7**
GB 40.03	**Eich- und Vermessungswesen**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	7,82	9,44	+ 1,62	+ 20,8
	Erträge	**7,82**	**9,44**	**+ 1,62**	**+ 20,8**
	Personalaufwand	67,50	63,86	– 3,64	– 5,4
	Transferaufwand	0,04	0,02	– 0,02	– 46,5
	Betrieblicher Sachaufwand	18,84	20,03	+ 1,20	+ 6,4
	Aufwendungen	**86,38**	**83,91**	**– 2,46**	**– 2,8**
GB 40.04	**Historische Objekte**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	24,79	29,08	+ 4,30	+ 17,3
	Finanzerträge	0,00	0,00	+ 0,00	+ 72,4
	Erträge	**24,79**	**29,09**	**+ 4,30**	**+ 17,3**
	Personalaufwand	7,63	7,46	– 0,17	– 2,3
	Transferaufwand	0,00	0,00	– 0,00	– 8,2
	Betrieblicher Sachaufwand	70,27	68,58	– 1,69	– 2,4
	Finanzaufwand	0,00	0,00	– 0,00	– 99,8
	Aufwendungen	**77,90**	**76,03**	**– 1,87**	**– 2,4**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mindererträge im GB 40.02 „Transferleistungen an die Wirtschaft"

– 68,84 Mio. EUR in der MVAG „Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mindererträge beim Förderzins für Erdöl und Erdgas infolge niedrigerer tatsächlicher Produktionsmengen und einer stark negativen Entwicklung der Importwerte für Erdöl und Erdgas (– 79,51 Mio. EUR).

Diese Mindererträge wurden teilweise durch Mehrerträge, die zur Förderung des Leitungsausbaus im Rahmen des Wärme- und Kälteleitungsausbaugesetzes zu verwenden waren, kompensiert (+ 10,36 Mio. EUR).

20.3.2 Finanzierungshaushalt

Tabelle 20.3-3: UG 40 – Finanzierungshaushalt 2015

Finanzierungshaushalt							
UG 40 Wirtschaft	**Zahlungen 2014**	**Voranschlag 2015**	**Zahlungen 2015**	**Veränderung Zahlungen 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015**	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Einzahlungen	276,21	312,28	249,71	– 26,51	– 9,6	– 62,58	– 20,0
Auszahlungen	345,87	364,64	361,13	+ 15,25	+ 4,4	– 3,51	– 1,0
Nettofinanzierungssaldo	**– 69,66**	**– 52,36**	**– 111,42**	**– 41,76**	**+ 60,0**	**– 59,06**	**+ 112,8**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Einzahlungen in der UG 40 „Wirtschaft" 249,71 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um – 26,51 Mio. EUR (– 9,6 %) und gegenüber dem Voranschlag um – 62,58 Mio. EUR (– 20,0 %) gesunken.

Die Auszahlungen des Jahres 2015 waren mit 361,13 Mio. EUR um + 15,25 Mio. EUR (+ 4,4 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Auszahlungen um – 3,51 Mio. EUR (– 1,0 %) niedriger.

Der Nettofinanzierungssaldo der UG 40 „Wirtschaft" lag 2015 bei – 111,42 Mio. EUR. Er war um 41,76 Mio. EUR bzw. um 60,0 % schlechter als jener für 2014 (– 69,66 Mio. EUR) und um 59,06 Mio. EUR bzw. um 112,8 % schlechter als im Voranschlag (– 52,36 Mio. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*blau und kursiv*) fassen die vom BMWFW bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 40 „Wirtschaft" (Tabelle I.2.8.1)**.

Tabelle 20.3-4: Finanzierungshaushalt, UG 40 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Finanzierungshaushalt

UG 40 Wirtschaft		Voranschlag 2015	Zahlungen 2015	Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015	
		in Mio. EUR			in %
Einzahlungen		**312,28**	**249,71**	**– 62,58**	**– 20,0**
Auszahlungen		**364,64**	**361,13**	**– 3,51**	**– 1,0**
Nettofinanzierungssaldo		**– 52,36**	**– 111,42**	**– 59,06**	
GB 40.01	**Steuerung und Services**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1,23	2,22	+ 0,99	+ 80,4
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,01	–	– 0,01	– 100,0
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,22	0,15	– 0,07	– 31,1
	Einzahlungen	**1,46**	**2,37**	**+ 0,91**	**+ 62,6**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	80,39	78,93	– 1,46	– 1,8
	Auszahlungen aus Transfers	0,03	0,10	+ 0,07	+ 241,5
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,42	1,57	+ 1,15	+ 274,6
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,30	0,12	– 0,18	– 59,2
	Auszahlungen	**81,14**	**80,72**	**– 0,42**	**– 0,5**
GB 40.02	**Transferleistungen an die Wirtschaft**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	277,55	208,88	– 68,67	– 24,7
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,00	–	– 0,00	– 100,0
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,53	0,64	+ 0,11	+ 19,8
	Einzahlungen	**278,09**	**209,52**	**– 68,57**	**– 24,7**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	31,01	35,38	+ 4,37	+ 14,1
	Auszahlungen aus Transfers	120,13	112,51	– 7,62	– 6,3
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,00	–	– 0,00	– 100,0
	Auszahlungen	**151,14**	**147,89**	**– 3,26**	**– 2,2**
GB 40.03	**Eich- und Vermessungswesen**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	7,81	9,03	+ 1,22	+ 15,6
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,01	0,00	– 0,01	– 79,2
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,12	0,16	+ 0,04	+ 34,6
	Einzahlungen	**7,94**	**9,19**	**+ 1,25**	**+ 15,7**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	82,62	81,71	– 0,91	– 1,1
	Auszahlungen aus Transfers	0,04	0,03	– 0,01	– 33,7
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,72	1,66	+ 0,94	+ 129,3
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,18	0,14	– 0,04	– 21,1
	Auszahlungen	**83,56**	**83,53**	**– 0,03**	**– 0,0**

Finanzierungshaushalt					
UG 40 Wirtschaft		Voranschlag 2015	Zahlungen 2015	Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015	
		in Mio. EUR			in %
Einzahlungen		**312,28**	**249,71**	**– 62,58**	**– 20,0**
Auszahlungen		**364,64**	**361,13**	**– 3,51**	**– 1,0**
Nettofinanzierungssaldo		**– 52,36**	**– 111,42**	**– 59,06**	
GB 40.04	**Historische Objekte**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	24,78	28,62	+ 3,84	+ 15,5
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,01	–	– 0,01	– 100,0
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,02	0,02	+ 0,00	+ 5,7
	Einzahlungen	**24,80**	**28,63**	**+ 3,83**	**+ 15,4**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	21,30	24,57	+ 3,27	+ 15,3
	Auszahlungen aus Transfers	0,00	0,00	– 0,00	– 8,2
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	27,48	24,40	– 3,08	– 11,2
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,02	0,02	– 0,00	– 11,1
	Auszahlungen	**48,80**	**48,99**	**+ 0,19**	**+ 0,4**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mindereinzahlungen im GB 40.02 „Transferleistungen an die Wirtschaft"

– 68,67 Mio. EUR in der MVAG „Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mindereinzahlungen beim Förderzins für Erdöl und Erdgas infolge niedrigerer tatsächlicher Produktionsmengen und einer stark negativen Entwicklung der Importwerte für Erdöl und Erdgas (– 79,51 Mio. EUR).

Diese Mindereinzahlungen wurden teilweise durch Mehreinzahlungen, die zur Förderung des Leitungsausbaus im Rahmen des Wärme- und Kälteleitungsausbaugesetzes zu verwenden waren, kompensiert (+ 10,36 Mio. EUR).

20.3.3 Haushaltsrücklagen

Tabelle 20.3-5: UG 40 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015

Finanzierungshaushalt								
UG 40 Wirtschaft	Anfangsbestand	Umbuchung	Entnahme	Auflösung	Zuführung	Endbestand	Veränderung 2014 : 2015	
	in Mio. EUR							in %
Detailbudgetrücklagen	378,23	–	– 24,86	–	+ 6,32	359,69	– 18,54	– 4,9
Zweckgebundene Einzahlungsrücklagen	0,64	–	–	–	+ 0,09	0,73	+ 0,09	+ 14,3
Gesamtsumme	**378,87**	**–**	**– 24,86**	**–**	**+ 6,41**	**360,42**	**– 18,45**	**– 4,9**

Quellen: Rücklagengebarung, eigene Berechnung

Der Stand der Rücklagen in der UG 40 „Wirtschaft“ belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 378,87 Mio. EUR und veränderte sich durch Entnahmen (24,86 Mio. EUR) und Zuführungen (6,41 Mio. EUR) auf 360,42 Mio. EUR zum 31. Dezember 2015. Die Entnahmen erfolgten insbesondere für Projekte des Fördermodells „Filmstandort Österreich“ (7,50 Mio. EUR), die Teilnahme Österreichs an der Weltausstellung in Mailand (4,13 Mio. EUR) und die Internationalisierung touristischer Märkte (4,00 Mio. EUR).

Im Verhältnis zu den veranschlagten Auszahlungen (364,64 Mio. EUR) entsprach der Stand zum 31. Dezember 2015 einem Anteil von 98,8 %. Im BFG 2015 war für die UG 40 keine Rücklagenverwendung veranschlagt.

20.4 Finanzrahmen

Ausgehend von den tatsächlichen Auszahlungen 2015 stellen sich die Auszahlungsobergrenzen für die UG 40 „Wirtschaft“ gemäß BFRG für die Finanzjahre 2016 bis 2020 wie folgt dar:

Tabelle 20.4–1: UG 40 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020

Finanzierungshaushalt									
UG 40 Wirtschaft	**Auszahlungen (Ist)**	**Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG**					**Veränderung**		
	2015	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**	**2020**	**2015 (Ist) : 2020**		**durchschnittlich jährlich**
	in Mio. EUR							in %	
	361,13	**332,12**	**336,63**	**326,77**	**330,07**	**333,83**	**– 27,29**	**– 7,6**	**– 1,6**
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze gesamt	*74.589,49*	*78.107,49*	*78.202,70*	*78.814,08*	*80.408,66*	*83.038,37*	*+ 8.448,88*	*+ 11,3*	*+ 2,2*
Anteil der UG 40	0,5 %	0,4 %	0,4 %	0,4 %	0,4 %	0,4 %	– 0,1 %-Punkte		–
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze Rubrik 4	*9.187,15*	*9.307,94*	*9.478,90*	*9.546,94*	*9.519,10*	*9.640,82*	*+ 453,68*	*+ 4,9*	*+ 1,0*
Anteil der UG 40	3,9 %	3,6 %	3,6 %	3,4 %	3,5 %	3,5 %	– 0,5 %-Punkte		–

Quellen: HIS, BFRG 2016 - 2019, 2017 - 2020, eigene Berechnung

Bis zum Jahr 2020 soll die Auszahlungsobergrenze für die UG 40 „Wirtschaft“ um – 27,29 Mio. EUR (– 7,6 %) auf 333,83 Mio. EUR sinken. Dies entspricht einer Veränderungsrate gegenüber den tatsächlichen Auszahlungen 2015 von – 1,6 % im Jahresdurchschnitt. Im Jahr 2015 betrug der Anteil der UG 40 „Wirtschaft“ an den Gesamtauszahlungen 0,5 % und an den Auszahlungen der Rubrik 4 3,9 %. Der Anteil der UG 40 an der Gesamt–

Auszahlungsobergrenze soll bis 2020 auf 0,4 % zurückgehen bzw. innerhalb der Rubrik 4 auf 3,5 % sinken.

Laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 seien folgende laufende bzw. geplante Maßnahmen und Reformen besonders wichtig für die budgetäre Zielerreichung:

- Unterstützung von Unternehmensinvestitionen und –gründungen;
- Sicherung des österreichischen Wirtschaftsstandortes durch Maßnahmen in quantitäts– und qualitätsorientierten Betriebsansiedlungsangelegenheiten;
- Schaffung von optimalen außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen;
- Entbürokratisierung im Sinne eines bürgernahen Staates;
- „Streamlining“ (Straffung, Verschlankung) der Gewerbeordnung und Modernisierung der Berufsbilder für die Lehrlingsausbildung und Verbesserung bei der Durchlässigkeit im Ausbildungssystem sowie bei Lehre mit Matura;
- Bereitstellung der Geodaten– und Messtechnikinfrastruktur;
- Umsetzung der Tourismusstrategie;
- Erhaltung des kulturhistorischen Gebäudebestandes;
- Umsetzung des Energieeffizienzgesetzes und Zusammenarbeit mit der Monitoringstelle;
- Erarbeitung einer Energie– und Klimastrategie 2030;
- Intensivierung und Fokussierung der Ökostromförderung;
- Umsetzung der Rohstoffstrategie.

Als erforderliche Steuerungs– und Korrekturmaßnahmen führt der Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 an, dass notwendige Adaptierungen in den einzelnen Detailbudgets erfolgen würden. Dazu würden laufend Evaluierungen sowie die Setzung möglicher Reorganisationsmaßnahmen durchgeführt.

Die im BFRG 2017 bis 2020 vorgesehenen Auszahlungsobergrenzen für die Jahre 2017 bis 2019 wurden gegenüber dem bisher geltenden BFRG 2016 bis 2019 um insgesamt + 1,1 % bzw. um durchschnittlich + 3,67 Mio. EUR pro Jahr erhöht. Laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 seien die Auszahlungsobergrenzen für die Jahre 2016 und 2017 wegen der Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel zur Präsentation der heimischen Wirtschaft im Rahmen der Weltausstellung EXPO Astana sowie für betriebliche Investitionen erhöht worden.

Im Folgenden wird ein Überblick über die Entwicklung der tatsächlichen Auszahlungen und der Auszahlungsobergrenzen von 2011 bis 2015 bzw. ein Vergleich der Auszahlungen zu den Auszahlungsobergrenzen des derzeit geltenden BFRG 2017 bis 2020 gegeben:

Tabelle 20.4–2: UG 40 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015

Finanzierungshaushalt

UG 40 Wirtschaft	BFRG bzw. Zahlungen					Veränderung			
	2011	2012	2013	2014	2015	2014 : 2015		2011 : 2015	
	in Mio. EUR					in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Auszahlungsobergrenze UG 40	386,10	445,50	421,37	360,73	364,64	+ 3,92	+ 1,1	– 21,46	– 5,6
Auszahlungen UG 40	408,74	460,00	401,64	345,87	361,13	+ 15,25	+ 4,4	– 47,61	– 11,6
Abweichung Auszahlungen : Obergrenze	**+ 22,64**	**+ 14,50**	**– 19,73**	**– 14,85**	**– 3,51**				
Abweichung in %	**+ 5,9 %**	**+ 3,3 %**	**– 4,7 %**	**– 4,1 %**	**– 1,0 %**				

Quellen: HIS, BFRG 2011 - 2014, 2012 - 2015, 2013 - 2016, 2014 - 2017, 2015 - 2018, eigene Berechnung

Während ursprünglich zwischen 2011 und 2015 eine Reduzierung der Auszahlungsobergrenze gemäß BFRG um insgesamt – 21,46 Mio. EUR (– 5,6 %) vorgesehen war, reduzierten sich die Auszahlungen zwischen 2011 und 2015 tatsächlich um – 47,61 Mio. EUR (– 11,6 %). Im Jahr 2015 lagen die tatsächlichen Auszahlungen um – 3,51 Mio. EUR (– 1,0 %) unter jenen, die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen waren.

Tabelle 20.4–3: UG 40 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG

Finanzierungshaushalt						
UG 40 Wirtschaft	Auszahlungen (Ist)		durchschnittliche jährliche Veränderung	BFRG	durchschnittliche jährliche Veränderung	Differenz der Veränderungsraten[1)]
	2011	2015	2011 : 2015	2020	2015 (Ist) : 2020 (BFRG)	
	in Mio. EUR		in %	in Mio. EUR	in %	in %-Punkten
	408,74	361,13	– 3,0	333,83	– 1,6	+ 1,5

1) Rundungsdifferenz möglich

Quellen: HIS, BFRG 2017 - 2020, eigene Berechnung

Die durchschnittliche jährliche Veränderung der Auszahlungen belief sich von 2011 bis 2015 auf – 3,0 %. Laut mittelfristiger Finanzplanung bis 2020 soll sie – 1,6 % betragen und somit um rd. 1,5 Prozentpunkte geringer sinken als im Zeitraum 2011 bis 2015.

Die effiziente Aufgabenwahrnehmung im Bereich der UG 40 „Wirtschaft“ sollte aus Sicht des RH durch quantifizierte strukturelle Steuerungs- und Korrekturmaßnahmen unterstützt werden.

In diesem Zusammenhang weist der RH auf folgenden im Jahr 2015 dem Nationalrat vorgelegten Bericht hin:

- Internes Kontrollsystem bei Direktvergaben in ausgewählten Ressorts BMVIT und BMWFW (Reihe Bund 2015/6)

Die überprüften Ressorts beschafften Waren und Dienstleistungen überwiegend mittels Direktvergaben: Der Anteil der Direktvergaben am gesamten Vergabevolumen der beiden Ministerien (Zentralstellen ohne nachgeordnete Dienststellen) lag pro Jahr bei etwa 10 Mio. EUR im BMVIT bzw. 11 Mio. EUR im Wirtschaftsressort (betreffend die Zentralstelle des damaligen BMWFJ, UG 25, 33, 40); das waren 63 % (BMVIT) bzw. 73 % (Wirtschaftsressort) des Vergabevolumens der Zentralstelle.

Ein ressortweiter Überblick über das Beschaffungsvolumen bestand weder im BMVIT noch im Wirtschaftsressort: Die Ressorts erfassten Beschaffungen nicht systematisch und konnten diese daher weder hinsichtlich des Volumens und der Anzahl noch hinsichtlich weiterer Kriterien, wie etwa der Vergabeart oder Leistungskategorien Produktgruppen, standardisiert auswerten. Daten für ein Controlling lagen daher nicht vor. Auf Basis dieser Datenlage konnten sie auch den Informationspflichten gegenüber dem Parlament und internationalen Meldepflichten nicht in qualitativ angemessener

Weise nachkommen. Das Fehlen eines Gesamtüberblicks über die Beschaffungsvolumina und ihre Entwicklung über die Zeit barg ein Risiko, Fehlentwicklungen nicht rechtzeitig zu erkennen.

21 UG 41 „VERKEHR, INNOVATION UND TECHNOLOGIE“

UG 41 Verkehr, Innovation und Technologie – BMVIT	
zentrale Budgetbereiche	Verkehrs und Nachrichtenwesen
	– Schiene
	– Gesamtverkehr und Beteiligungen
	– Wasser
	– Telekommunikation
	– Straße
	– Luft
	– Fernmeldebehörden/Funküberwachung
	Österreichisches Patentamt

Quelle: HIS

21.1 Vermögensrechnung

Tabelle 21.1–1: UG 41 – Vermögensrechnung[1)]

Vermögensrechnung						
UG 41 Verkehr, Innovation und Technologie		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
A + B	**Vermögen**	**7.266,88**	**7.283,97**	**+ 17,09**	**+ 0,2**	**100,0**
A	Langfristiges Vermögen	7.231,63	7.240,10	+ 8,47	+ 0,1	99,4
A.I	Immaterielle Vermögenswerte	2,93	3,00	+ 0,07	+ 2,3	0,0
A.II	Sachanlagen	1.323,18	1.318,34	– 4,84	– 0,4	18,1
A.II.01	Grundstücke und Grundstückseinrichtungen	1.219,36	1.214,70	– 4,65	– 0,4	16,7
	GB 41.02 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	1.219,36	1.214,70	– 4,65	– 0,4	16,7
A.II.05	Kulturgüter	75,29	75,29	0,00	0,0	1,0
	GB 41.02 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	75,29	75,29	0,00	0,0	1,0
A.IV	Beteiligungen	5.904,80	5.918,14	+ 13,33	+ 0,2	81,2
A.IV.01	an verbundenen Unternehmen	5.828,43	5.840,36	+ 11,93	+ 0,2	80,2
	GB 41.02 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5.828,43	5.840,36	+ 11,93	+ 0,2	80,2
A.IV.02	an assoziierten Unternehmen	76,31	77,70	+ 1,39	+ 1,8	1,1
	GB 41.02 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	76,31	77,70	+ 1,39	+ 1,8	1,1
A.V	Langfristige Forderungen	0,72	0,62	– 0,10	– 13,9	0,0
B	Kurzfristiges Vermögen	35,25	43,87	+ 8,62	+ 24,5	0,6
B.II	Kurzfristige Forderungen	27,35	34,62	+ 7,28	+ 26,6	0,5
B.IV	Liquide Mittel	7,90	9,25	+ 1,35	+ 17,1	0,1
C	**Nettovermögen (Ausgleichsposten)**	**– 8.117,91**	**– 10.160,09**	**– 2.042,18**	**+ 25,2**	
C.I	Neubewertungsrücklagen (Umbewertungskonto)	804,90	818,23	+ 13,33	+ 1,7	
	GB 41.02 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	804,90	818,23	+ 13,33	+ 1,7	
C.IV	Jährliches Nettoergebnis (inkl. "Personal, das für Dritte leistet")	– 4.132,60	– 5.169,28	– 1.036,68	+ 25,1	
	GB 41.01 Steuerung und Services	– 74,69	– 111,29	– 36,60	+ 49,0	
	GB 41.02 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	– 4.057,91	– 5.057,99	– 1.000,08	+ 24,6	
C.V	Saldo aus der jährl. Eröffnungsbilanz	– 7.535,17	– 8.922,91	– 1.387,74	+ 18,4	
C.VI	Bundesfinanzierung	2.744,96	3.113,86	+ 368,91	+ 13,4	

Vermögensrechnung						
UG 41 Verkehr, Innovation und Technologie		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
D + E	**Fremdmittel**	**15.384,79**	**17.444,06**	**+ 2.059,27**	**+ 13,4**	**100,0**
D	Langfristige Fremdmittel	14.706,72	16.420,75	+ 1.714,03	+ 11,7	94,1
D.II	Langfristige Verbindlichkeiten	14.695,00	16.408,70	+ 1.713,70	+ 11,7	94,1
D.II.04	Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	14.695,00	16.408,70	+ 1.713,70	+ 11,7	94,1
	GB 41.02 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	14.695,00	16.408,70	+ 1.713,70	+ 11,7	94,1
	Übrige sonstige langfristige Verbindlichkeiten	14.695,00	16.408,70	+ 1.713,70	+ 11,7	94,1
D.III	Langfristige Rückstellungen	11,72	12,05	+ 0,33	+ 2,8	0,1
E	Kurzfristige Fremdmittel	678,07	1.023,31	+ 345,24	+ 50,9	5,9
E.II	Kurzfristige Verbindlichkeiten	638,67	978,27	+ 339,60	+ 53,2	5,6
E.II.01	aus Lieferungen und Leistungen	26,09	2,59	– 23,50	– 90,1	0,0
	GB 41.02 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	25,70	1,89	– 23,80	– 92,6	0,0
E.II.06	Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	605,70	968,63	+ 362,93	+ 59,9	5,6
	GB 41.02 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	600,41	963,01	+ 362,60	+ 60,4	5,5
	Übrige sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	599,60	962,53	+ 362,93	+ 60,5	5,5
E.III	Kurzfristige Rückstellungen	39,39	45,04	+ 5,64	+ 14,3	0,3

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Vermögensrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 betrug in der UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie" 7,284 Mrd. EUR und stieg gegenüber 31. Dezember 2014 um + 17,09 Mio. EUR (+ 0,2 %) an. Der Anteil des kurzfristigen Vermögens betrug 0,6 % und der des langfristigen Vermögens 99,4 %. Dem Vermögen standen Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 von 17,444 Mrd. EUR gegenüber, die im Vergleich zum 31. Dezember 2014 um + 2,059 Mrd. EUR (+ 13,4 %) anwuchsen. Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 waren zu 5,9 % kurzfristig und zu 94,1 % langfristig. Nachdem die Fremdmittel das Vermögen überstiegen, ergab sich ein Nettovermögen (Ausgleichsposten) zum 31. Dezember 2015 von – 10,160 Mrd. EUR (Rückgang um 2,042 Mrd. EUR bzw. 25,2 % gegenüber 31. Dezember 2014).

A. und B. Vermögen

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 (7,284 Mrd. EUR) setzte sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- A.II Sachanlagen: 1,318 Mrd. EUR (18,1 %), davon 1,215 Mrd. EUR für Grundstücke und Grundstückseinrichtungen (insbesondere bebaute Grundstücke sowie Grün- und Wasserflächen) und 75,29 Mio. EUR für Kulturgüter;

– A.IV Beteiligungen: 5,918 Mrd. EUR (81,2 %), davon 5,840 Mrd. EUR für Beteiligungen an verbundenen Unternehmen (z.B. Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-AG, Österreichische Bundesbahnen-Holding AG), 77,70 Mio. EUR für Beteiligungen an assoziierten Unternehmen (z.B. Raab-Oedenburg-Ebenfurter-Eisenbahn AG, Kärntner Betriebsansiedlungs- und Beteiligungsges. mbH).

Der Anstieg des Vermögens gegenüber 31. Dezember 2014 von + 17,09 Mio. EUR (+ 0,2 %) resultierte insbesondere aus Veränderungen bei Beteiligungen an verbundenen Unternehmen (A.IV.01) von + 11,93 Mio. EUR (+ 0,2 %) durch eine Aufwertung der Graz Köflacher Bahn- und Busbetrieb GmbH.

D. und E. Fremdmittel

Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 (17,444 Mrd. EUR) setzten sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

– D.II Langfristige Verbindlichkeiten: 16,409 Mrd. EUR (94,1 %) für Sonstige langfristige Verbindlichkeiten und

– E.II Kurzfristige Verbindlichkeiten: 978,27 Mio. EUR (5,6 %), davon 968,63 Mio. EUR für Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten.

Die Sonstigen kurz- und langfristigen Verbindlichkeiten standen vor allem im Zusammenhang mit Zahlungen an die ÖBB-Infrastruktur AG gemäß § 42 Bundesbahngesetz. In den Sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten waren darüber hinaus Verbindlichkeiten von 283,03 Mio. EUR gegenüber dem Land Wien im Zusammenhang mit der Übernahme von 50 % der Investitionskosten des U-Bahn-Baus enthalten.[37]

Der Anstieg der Fremdmittel gegenüber 31. Dezember 2014 von + 2,059 Mrd. EUR (+ 13,4 %) war insbesondere auf Veränderungen bei Sonstigen langfristigen Verbindlichkeiten (D.II.04) von + 1,714 Mrd. EUR (+ 11,7 %), Kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (E.II.01) von – 23,50 Mio. EUR (– 90,1 %) und Sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten (E.II.06) von + 362,93 Mio. EUR (+ 59,9 %) zurückzuführen.

Nach Angaben des BMVIT ergebe sich der Anstieg der Sonstigen langfristigen Verbindlichkeiten insbesondere aus der systemimmanenten Dynamik der Annuitätenzuschüsse zu Investitionen der ÖBB-Infrastruktur AG, basie-

37 siehe **BRA 2015, Textteil Band 3: Ordnungsmäßigkeits- und Belegprüfung der Haushaltsverrechnung des Bundes für das Jahr 2015 gemäß § 9 RHG 1948, TZ 45.**

rend auf dem Zuschussvertrag gemäß § 42 Abs. 2 Bundesbahngesetz. Dies erkläre zum Teil auch die Erhöhung der Sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten. Darüber hinaus seien diese Verbindlichkeiten aufgrund der Einbuchung der ausstehenden Zahlungen des Bundes an das Land Wien im Zusammenhang mit der Übernahme von 50 % der Investitionskosten des U-Bahn-Baus gestiegen.[38] Der Rückgang der kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen habe sich vor allem auf die Verbindlichkeiten des Bundes gegenüber der Schieneninfrastruktur-Dienstleistungsgesellschaft mbH betreffend die Verkehrsdiensteverträge zwischen der Schieneninfrastruktur-Dienstleistungsgesellschaft mbH und der ÖBB-Personenverkehr AG bezogen, die im Jahr 2014 aus der Diskrepanz zwischen Leistungszeitraum und Zahlungszeitpunkt entstanden seien (zeitliche Abgrenzung). Im Jahr 2015 sei diese Diskrepanz nicht gegeben gewesen.

21.2 Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung

Tabelle 21.2-1: UG 41 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung[1)]

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 41 Verkehr, Innovation und Technologie		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
A	**Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (= A.I + A.II – A.III – A.IV)**	**– 686,31**	**– 747,06**	**– 60,74**	**+ 8,9**	**– 681,32**	**– 762,91**	**– 81,59**	**+ 12,0**	**– 15,85**
A.I	Erträge aus Abgaben netto	3,49	3,66	+ 0,17	+ 4,8	3,49	3,45	– 0,05	– 1,3	– 0,21
A.II	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	153,15	157,69	+ 4,54	+ 3,0	139,13	146,13	+ 7,00	+ 5,0	– 11,57
A.II.02	Erträge aus Kostenbeiträgen und Gebühren	73,67	78,63	+ 4,96	+ 6,7	73,58	78,86	+ 5,28	+ 7,2	+ 0,23
A.II.03	Sonstige Erträge	78,77	78,04	– 0,73	– 0,9	64,84	66,48	+ 1,64	+ 2,5	– 11,56
	GB 41.02 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	71,49	73,67	+ 2,18	+ 3,1	64,61	65,97	+ 1,36	+ 2,1	– 7,70
A.III	Personalaufwand	64,97	66,85	+ 1,88	+ 2,9	64,05	66,03	+ 1,98	+ 3,1	– 0,82
A.III.01	Bezüge	48,72	50,68	+ 1,95	+ 4,0	48,90	50,81	+ 1,91	+ 3,9	+ 0,13
A.IV	Betrieblicher Sachaufwand	777,98	841,56	+ 63,57	+ 8,2	759,88	846,45	+ 86,57	+ 11,4	+ 4,89
A.IV.06	Aufwand für Werkleistungen	747,39	806,87	+ 59,49	+ 8,0	739,62	829,66	+ 90,04	+ 12,2	+ 22,78
	GB 41.02 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	739,18	798,99	+ 59,81	+ 8,1	731,54	821,67	+ 90,13	+ 12,3	+ 22,67

38 siehe **BRA 2015, Textteil Band 3: Ordnungsmäßigkeits- und Belegprüfung der Haushaltsverrechnung des Bundes für das Jahr 2015 gemäß § 9 RHG 1948, TZ 45.**

UG 41 Verkehr, Innovation und Technologie		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				Abweichung 2015 ER : FR
		2014	2015	Veränderung 2014 : 2015		2014	2015	Veränderung 2014 : 2015		
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
B	**Transferergebnis (= B.I – B.II)**	**– 3.591,29**	**– 4.517,23**	**– 925,94**	**+ 25,8**	**– 2.198,58**	**– 2.441,67**	**– 243,09**	**+ 11,1**	**+ 2.075,56**
B.I	Erträge aus Transfers	139,06	138,38	– 0,69	– 0,5	138,97	138,46	– 0,51	– 0,4	+ 0,09
B.I.05	Erträge aus Transfers innerhalb des Bundes	98,58	93,58	– 5,00	– 5,1	98,58	93,58	– 5,00	– 5,1	0,00
	GB 41.02 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	98,58	93,58	– 5,00	– 5,1	98,58	93,58	– 5,00	– 5,1	0,00
B.II	Transferaufwand	3.730,35	4.655,60	+ 925,25	+ 24,8	2.337,55	2.580,13	+ 242,58	+ 10,4	– 2.075,47
B.II.01	Aufwand für Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger	167,02	537,86	+ 370,83	+ 222,0	167,05	255,27	+ 88,23	+ 52,8	– 282,58
	GB 41.01 Steuerung und Services	37,59	65,93	+ 28,34	+ 75,4	37,36	66,13	+ 28,77	+ 77,0	+ 0,20
	GB 41.02 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	129,43	471,92	+ 342,49	+ 264,6	129,69	189,14	+ 59,45	+ 45,8	– 282,78
B.II.03	Aufwand für Transfers an Unternehmen	3.560,88	4.114,49	+ 553,61	+ 15,5	2.167,93	2.321,41	+ 153,48	+ 7,1	– 1.793,08
	GB 41.02 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	3.560,88	4.114,52	+ 553,64	+ 15,5	2.167,92	2.321,44	+ 153,52	+ 7,1	– 1.793,08
C	**Ergebnis aus d. operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers (= A + B)**	**– 4.277,61**	**– 5.264,28**	**– 986,68**	**+ 23,1**	**– 2.879,90**	**– 3.204,57**	**– 324,68**	**+ 11,3**	**+ 2.059,71**
D	**Finanzergebnis (= D.I – D.II)**	**+ 145,01**	**+ 95,00**	**– 50,00**	**– 34,5**	**+ 145,01**	**+ 95,00**	**– 50,01**	**– 34,5**	**– 0,00**
D.I	Finanzerträge	145,01	95,00	– 50,00	– 34,5	145,01	95,00	– 50,01	– 34,5	– 0,00
D.I.02	Dividenden und ähnliche Gewinnausschüttungen	145,00	95,00	– 50,00	– 34,5	145,00	95,00	– 50,00	– 34,5	0,00
	GB 41.02 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	145,00	95,00	– 50,00	– 34,5	145,00	95,00	– 50,00	– 34,5	0,00
C*	**Geldfluss aus empfangenen s. gewährten Darlehen und Vorschüssen**					**+ 0,06**	**+ 0,10**	**+ 0,04**	**+ 69,6**	**+ 0,10**
D*	**Geldfluss aus der Investitionstätigkeit**					**– 7,86**	**– 3,42**	**+ 4,44**	**– 56,5**	**– 3,42**
E	**Nettoergebnis (ER: C + D) / Nettofinanzierungssaldo (FR: C + D + C* + D*)**	**– 4.132,60**	**– 5.169,28**	**– 1.036,68**	**+ 25,1**	**– 2.742,69**	**– 3.112,89**	**– 370,20**	**+ 13,5**	**+ 2.056,39**
	davon Erträge/ Einzahlungen	440,71	394,73	– 45,98	– 10,4	426,76	384,08	– 42,68	– 10,0	– 10,65
	davon Aufwendungen/ Auszahlungen	4.573,31	5.564,01	+ 990,70	+ 21,7	3.169,45	3.496,97	+ 327,53	+ 10,3	– 2.067,04
	davon Erträge aus Vorperioden	0,00		– 0,00	– 100,0				–	0,00
	davon Aufwand aus Vorperioden	0,00		– 0,00	– 100,0				–	0,00
	um Vorperioden bereinigtes Nettoergebnis	**– 4.132,60**	**– 5.169,28**	**– 1.036,68**	**+ 25,1**	**– 2.742,69**	**– 3.112,89**	**– 370,20**	**+ 13,5**	**+ 2.056,39**

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Ergebnis- und Finanzierungsrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

In der UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“ betrug das Nettoergebnis 2015 (E) der konsolidierten Ergebnisrechnung – 5,169 Mrd. EUR. Es setzte sich zusammen aus

- dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) von – 747,06 Mio. EUR (– 60,74 Mio. EUR gegenüber 2014),
- dem Transferergebnis (B) von – 4,517 Mrd. EUR (– 925,94 Mio. EUR gegenüber 2014) und
- dem Finanzergebnis (D) von + 95,00 Mio. EUR (– 50,00 Mio. EUR gegenüber 2014).

Die Erträge in der UG 41 machten 394,73 Mio. EUR,

- darunter 3,66 Mio. EUR aus Abgaben netto (A.I), 157,69 Mio. EUR aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II), 138,38 Mio. EUR aus Transfers (B.I) und 95,00 Mio. EUR aus Finanzerträgen (D.I)

und die Aufwendungen 5,564 Mrd. EUR aus,

- darunter 66,85 Mio. EUR aus Personalaufwand (A.III), 841,56 Mio. EUR aus betrieblichem Sachaufwand (A.IV) und 4,656 Mrd. EUR aus Transferaufwand (B.II).

Das Nettoergebnis 2015 verschlechterte sich um 1,037 Mrd. EUR bzw. um 25,1 % gegenüber 2014.

A. Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit

Die Erträge aus Abgaben netto (A.I) betrugen 3,66 Mio. EUR und die Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) 157,69 Mio. EUR.

- Die Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) waren im Wesentlichen den Erträgen aus Kostenbeiträgen und Gebühren (78,63 Mio. EUR) und den Sonstigen Erträgen (78,04 Mio. EUR) zuzuordnen.

Unter die Kostenbeiträge und Gebühren fielen Patentgebühren und Gebühren im Detailbudget Fernmeldebehörden/Funküberwachungen. Die Sonstigen Erträge stammten im wesentlichen aus Erträgen und Geldstrafen gemäß Straßenverkehrsordnung und Güterbeförderungsgesetz.

Den Erträgen standen Aufwendungen für Personal (A.III) von 66,85 Mio. EUR und betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von 841,56 Mio. EUR gegenüber.

- Die wesentlichen Positionen im Personalaufwand betrafen Bezüge (50,68 Mio. EUR).

- Der betriebliche Sachaufwand entstand insbesondere für Werkleistungen (806,87 Mio. EUR), der vor allem aus den Verkehrsdiensteverträgen betreffend den Schienenpersonenverkehr zwischen der Schieneninfrastruktur-Dienstleistungsgesellschaft mbH und der ÖBB-Personenverkehr AG sowie aus den Verkehrsdiensteverträgen mit den Privatbahnen resultierte.

Das Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit 2015 verschlechterte sich um 60,74 Mio. EUR bzw. um 8,9 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten beim

- betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von + 63,57 Mio. EUR: darunter Aufwand für Werkleistungen (+ 59,49 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMVIT sei gegenüber dem Jahr 2014 ein höherer Aufwand bei den Verkehrsdiensteverträgen mit der ÖBB-Personenverkehr AG gemäß § 11 VDV aufgrund von Bonuszahlungen im Bereich Qualitätsmanagement, Wertsicherung und Zusatzbestellungen entstanden.

B. Transferergebnis

Die Erträge aus Transfers (B.I) betrugen 138,38 Mio. EUR. Den Erträgen stand ein Transferaufwand (B.II) von 4,656 Mrd. EUR gegenüber.

- Die größte Position der Erträge aus Transfers (B.I) betraf Transfers innerhalb des Bundes (93,58 Mio. EUR). Diese ergaben sich aus Erträgen aus Katastrophenfonds-Zuteilungen des BMF an das BMVIT.

- Der Transferaufwand entstand insbesondere für

  - Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger (537,86 Mio. EUR) insbesondere resultierend aus dem Zuschuss für den U-Bahn-Bau (361,02 Mio. EUR[39]), aus Transferaufwendungen an den Klima- und Energiefonds (65,80 Mio. EUR), aus Zuschüssen an Wien und das Burgenland

39 Im Aufwand des Jahres 2015 war die erstmalige Erfassung der Verbindlichkeiten (283,03 Mio. EUR) enthalten, weshalb der Aufwand die Auszahlung 2015 von 78,00 Mio. EUR deutlich überstieg.

gemäß § 10 Abs. 3 und 4 Bundesstraßengesetz (48,69 Mio. EUR), aus Zahlungen für Planungen von Hochwasserschutzmaßnahmen im Land Niederösterreich bzw. Zahlungen im Zuge der Art. 15a-Fördermaßnahmen für den Hochwasserschutz entlang der Donau (45,42 Mio. EUR) sowie

– Transfers an Unternehmen (4,114 Mrd. EUR) im Wesentlichen betreffend den Zuschuss an die ÖBB-Infrastruktur AG gemäß § 42 Bundesbahngesetz für Betrieb, Bereitstellung, Instandhaltung, Planung und Bau von Schieneninfrastruktur (3,643 Mrd. EUR), die Kapitalzufuhr an die Brenner Basistunnel BBT SE gemäß § 8a ASFINAG-Gesetz („Querfinanzierung") (145,83 Mio. EUR) und die Schienengüterverkehrsförderung (109,54 Mio. EUR).

Das Transferergebnis 2015 verschlechterte sich um 925,94 Mio. EUR bzw. um 25,8 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten bei

– dem Transferaufwand (B.II) von + 925,25 Mio. EUR: darunter Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger (+ 370,83 Mio. EUR) und Transfers an Unternehmen (+ 553,61 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMVIT seien die Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger aufgrund höherer Zuschüsse an Wien und Burgenland gemäß § 10 Abs. 3 und 4 Bundesstraßengesetz sowie aus dem Aufwand an die Gemeinden für das Absiedlungsprojekt Eferdinger Becken und die Art. 15a-Vorhaben zum Hochwasserschutz gestiegen. Zusätzlich habe der Transferaufwand die bis 31. Dezember 2015 entstandenen Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Wien für den U-Bahn-Bau enthalten. Die Aufwendungen aus Transfers an den Klima- und Energiefonds seien um + 28,28 Mio. EUR über jenen des Jahres 2014 gelegen. Die höheren Transfers an Unternehmen seien im Zusammenhang mit dem Anstieg der Verbindlichkeiten aus Annuitätenzuschüssen zur ÖBB-Infrastruktur AG gestanden.

D. Die Finanzerträge (D.I) betrugen 95,00 Mio. EUR.

– Die Finanzerträge (D.I) stammten aus Dividenden und ähnlichen Gewinnausschüttungen (95,00 Mio. EUR).

Das Finanzergebnis verschlechterte sich um 50,00 Mio. EUR bzw. um 34,5 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten bei

– den Finanzerträgen (D.I) aus Dividenden und ähnlichen Gewinnausschüttungen (– 50,00 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMVIT habe die Dividende der ASFINAG 95,00 Mio. EUR[40] betragen. Sie sei gegenüber 2014 um – 50,00 Mio. EUR zurückgegangen.

E. Nettoergebnis versus Nettofinanzierungssaldo

Der Nettofinanzierungssaldo aus der konsolidierten Finanzierungsrechnung fiel mit – 3,113 Mrd. EUR um 2,056 Mrd. EUR günstiger aus als das Nettoergebnis aus der konsolidierten Ergebnisrechnung (– 5,169 Mrd. EUR). Im Nettofinanzierungssaldo waren Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus empfangenen sowie gewährten Darlehen und Vorschüssen (+ 0,10 Mio. EUR) sowie Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus der Investitionstätigkeit (– 3,42 Mio. EUR) berücksichtigt, die im Nettoergebnis nicht enthalten waren.

Weitere Unterschiede zwischen dem Nettofinanzierungssaldo und dem Nettoergebnis beruhten auf Abweichungen vom korrespondierenden Geldfluss zwischen dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) (– 15,85 Mio. EUR), dem Transferergebnis (B) (+ 2,076 Mrd. EUR) und einer geringen Abweichung beim Finanzergebnis (D)[41]. Dafür verantwortlich waren im Wesentlichen folgende Positionen:

- Abweichungen bei den Erträgen aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) von – 11,57 Mio. EUR: davon Sonstige Erträge (– 11,56 Mio. EUR),
- Abweichungen beim betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von + 4,89 Mio. EUR: davon Aufwand für Werkleistungen (+ 22,78 Mio. EUR),

40 Darin waren 55 Mio. EUR aus dem zweiten Teil der Dividendenausschüttung des Jahres 2014 und 40 Mio. EUR aus dem ersten Teil der Dividendenausschüttung des Jahres 2015 enthalten.

In der 33. Ordentlichen Hauptversammlung der ASFINAG am 26. Mai 2015 wurde beschlossen, eine Dividende für das Jahr 2015 in Höhe von 100,00 Mio. EUR an das BMVIT in zwei Teilbeträgen auszuschütten. Dabei legte die Hauptversammlung fest, dass der erste Teilbetrag über 40 Mio. EUR am 17. November 2015 und der zweite Teilbetrag über 60 Mio. EUR am 17. Februar 2016 zu überweisen wäre.

Der RH stellte im Rahmen einer laufenden Gebarungsüberprüfung fest, dass das BMVIT den avisierten zweiten Teilbetrag über 60 Mio. EUR in der Ergebnisrechnung 2015 nicht berücksichtigt hatte. Der RH wird das Thema „Verbuchung der ASFINAG-Dividenden“ in die Prüfung der Abschlussrechnungen gemäß § 9 RHG für den BRA 2016 aufnehmen.

41 – 211,52 EUR

– Abweichungen beim Transferaufwand (B.II) von – 2,075 Mrd. EUR: davon Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger (– 282,58 Mio. EUR), Transfers an Unternehmen (– 1,793 Mrd. EUR).

Die Sonstigen Erträge bzw. die Aufwendungen für Werkleistungen unterschieden sich von den korrespondierenden Einzahlungen bzw. Auszahlungen aufgrund unterschiedlicher Periodenabgrenzungen. Die Transferauszahlungen an Unternehmen lagen unter den Transferaufwendungen aufgrund des gewählten Finanzierungsmodells der Zuschüsse an die ÖBB-Infrastruktur AG (siehe **TZ 21.3**), und die Auszahlungen für Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger lagen unter den Aufwendungen aufgrund der erstmaligen Erfassung der Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Wien aus dem U-Bahn-Bau.[42]

21.3 UG-spezifische Entwicklungen

Zuschussvertrag zur Schieneninfrastruktur der ÖBB

Die bedeutendsten Mittelverwendungen in der UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“ betrafen die Zuschüsse gemäß § 42 Abs. 1 und 2 Bundesbahngesetz (BBG), die auf Basis eines Vertrags zwischen dem BMVIT im Einvernehmen mit dem BMF und der ÖBB–Infrastruktur AG gewährt werden. Im BRA 2010 (TZ 3.7.2, S. 200 ff.) berichtete der RH erstmals über die Vereinbarungen zwischen dem BMVIT im Einvernehmen mit dem BMF und der ÖBB-Infrastruktur AG, welche die Umsetzung der von der ÖBB-Infrastruktur AG jährlich zu erstellenden sechsjährigen Rahmenpläne über die geplanten Investitionen in die Schienenverkehrsinfrastruktur regelten („Zuschussverträge“). Die Verträge unterschieden zwischen Zuschüssen für den Betrieb der Schieneninfrastruktur und deren Bereitstellung an die Nutzer (§ 42 Abs. 1 BBG) und Zuschüssen für die Instandhaltung, zur Planung und zum Bau von Schieneninfrastruktur (§ 42 Abs. 2 BBG). Im Jahr 2015 erfolgten aus dieser Position Zahlungen in Höhe von 1,850 Mrd. EUR, davon Zuschüsse in Höhe von 671,20 Mio. EUR gemäß Abs. 1 und Zuschüsse in Höhe von 1,179 Mrd. EUR gemäß Abs. 2.

Der Bund hatte sich im Zuschussvertrag 2014 bis 2019[43] verpflichtet, gemäß § 42 Abs. 2 BBG 75 %[44] der jährlich getätigten Investitionen in Form einer auf 30 Jahre umgelegten Annuität verteilt zu tragen, wobei als Zinssatz der

42 siehe **BRA 2015, Textteil Band 3: Ordnungsmäßigkeits- und Belegprüfung der Haushaltsverrechnung des Bundes für das Jahr 2015 gemäß § 9 RHG 1948, TZ 45**.

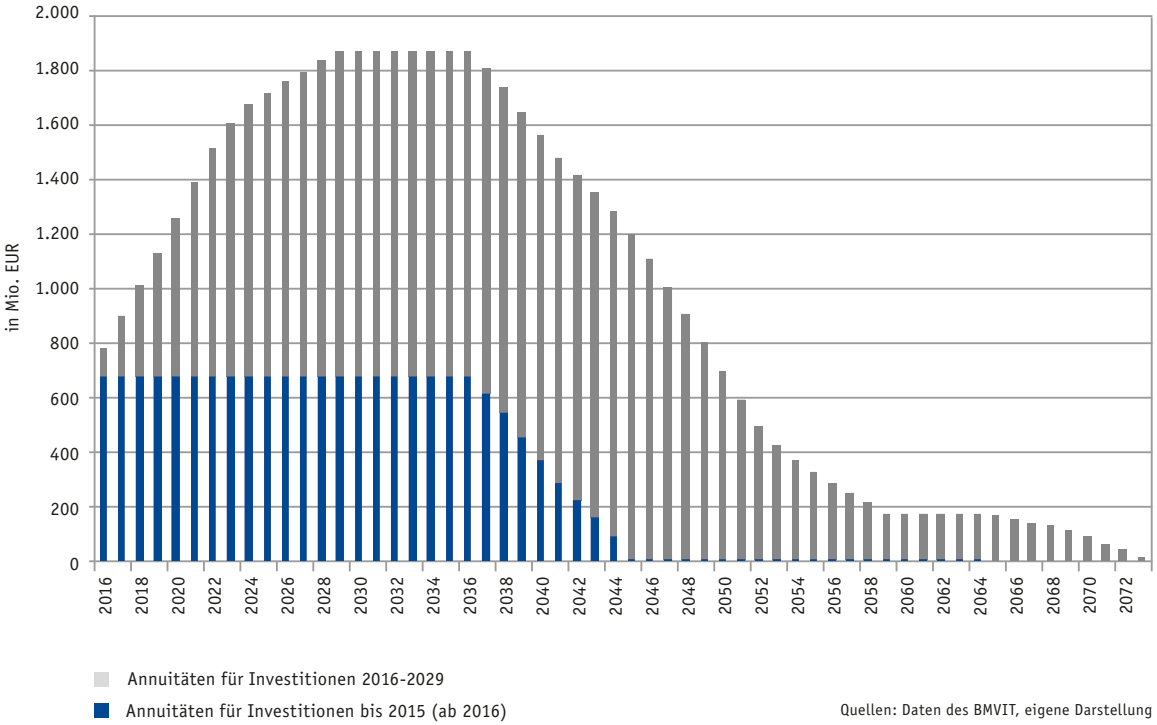
43 Unterzeichnet am 19. August 2015

44 80 % ab 2017

jeweils aktuelle Satz für Langfristfinanzierungen der ÖBB-Infrastruktur AG herangezogen wurde (2015: 673,40 Mio. EUR; Zuschussvertrag gemäß § 42 Abs. 2 BBG, lit. 6a). Zur Finanzierung des österreichischen Anteils am Brenner Basistunnel trug der Bund 100 % der Kosten in Form einer auf 50 Jahre umgelegten Annuität (2015: 4,90 Mio. EUR; Zuschussvertrag gemäß § 42 Abs. 2 BBG, lit. 6b) bei. Der Bund zahlte damit jeweils nur ein Dreißigstel (bzw. Fünfzigstel) der jeweiligen jährlichen Investitionen (zuzüglich Finanzierungskosten). Solange neu investiert wurde, stiegen somit die Verbindlichkeiten aus den Investitionen eines Jahres stärker als die jährlichen Zahlungen, d.h. die Zahlungen wurden teilweise in die Zukunft verschoben. Zusätzlich umfasste der jährliche Zuschuss gemäß Abs. 2 einen Anteil für Inspektion/Wartung, Entstörung und Instandsetzung der von der ÖBB-Infrastruktur AG zu betreibenden Schieneninfrastruktur (2015: 501,00 Mio. EUR; Zuschussvertrag gemäß § 42 Abs. 2 BBG, lit. 6c).[45]

Die folgende Abbildung zeigt die Annuitäten des Bundes, die sich ab dem Jahr 2016 für die in den Rahmenplänen vereinbarten Infrastrukturinvestitionen ergaben.

Abbildung 21.3-1: Annuitäten des Bundes ab 2016 für Infrastrukturinvestitionen



Quellen: Daten des BMVIT, eigene Darstellung

45 Insgesamt betrugen im Jahr 2015 die Annuitätenzuschüsse (gemäß § 42 Abs. 2 BBG, lit. 6a und 6b) 678,20 Mio. EUR und die Nicht-Annuitätenzuschüsse (gemäß § 42 Abs. 1 BBG und § 42 Abs. 2 BBG, lit. 6c) 1,172 Mrd. EUR.

Aus den Annuitäten für die bis zum 31. Dezember 2015 bereits getätigten Investitionen der ÖBB-Infrastruktur AG ergaben sich nicht fällige Verbindlichkeiten von 17,087 Mrd. EUR (blaue Balken).

Aus den zukünftig geplanten Annuitäten aufgrund der Investitionen zu allen Projekten, die im Rahmenplan 2014 bis 2019 vereinbart wurden, bis zu deren Fertigstellung – auch wenn die Investitionen erst nach 2015 getätigt werden – entstanden nicht fällige Verpflichtungen von 39,271 Mrd. EUR (graue Balken). Aus den Nicht-Annuitätenzuschüssen[46] entstanden weitere nicht fällige Verpflichtungen von 5,499 Mrd. EUR für den Betrieb der Schieneninfrastruktur und deren Bereitstellung an die Nutzer (Zuschussvertrag gemäß § 42 Abs. 1 BBG) sowie für Inspektion/Wartung, Entstörung und Instandsetzung (Zuschussvertrag gemäß § 42 Abs. 2 BBG, lit. 6c), sodass der Gesamtstand an nicht fälligen Verpflichtungen per 31. Dezember 2015 44,771 Mrd. EUR betrug.

21.4 Voranschlagsvergleichsrechnungen

21.4.1 Ergebnishaushalt

Tabelle 21.4-1: UG 41 – Ergebnishaushalt 2015

Ergebnishaushalt

UG 41 Verkehr, Innovation und Technologie	Erfolg 2014	Voranschlag 2015	Erfolg 2015	Veränderung Erfolg 2014 : 2015		Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Erträge	436,35	277,08	390,44	– 45,91	– 10,5	+ 113,36	+ 40,9
Aufwendungen	4.568,96	5.676,84	5.559,66	+ 990,70	+ 21,7	– 117,18	– 2,1
Nettoergebnis	**– 4.132,61**	**– 5.399,77**	**– 5.169,22**	**– 1.036,61**	**+ 25,1**	**+ 230,54**	**– 4,3**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Erträge in der UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“ 390,44 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um – 45,91 Mio. EUR (– 10,5 %) gesunken und gegenüber dem Voranschlag um + 113,36 Mio. EUR (+ 40,9 %) angestiegen.

Die Aufwendungen des Jahres 2015 waren mit 5,560 Mrd. EUR um + 990,70 Mio. EUR (+ 21,7 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Aufwendungen um – 117,18 Mio. EUR (– 2,1 %) niedriger.

46 Zuschüsse gemäß § 42 Abs. 1 BBG und § 42 Abs. 2 BBG, lit. 6c

UG 41

Das Nettoergebnis der UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“ lag 2015 bei – 5,169 Mrd. EUR.[47] Es war um 1,037 Mrd. EUR bzw. um 25,1 % schlechter als jenes für 2014 (– 4,133 Mrd. EUR) und um 230,54 Mio. EUR bzw. um 4,3 % besser als im Voranschlag (– 5,400 Mrd. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*grün und kursiv*) fassen die vom BMVIT bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“ (Tabelle I.2.11.1)**.

Tabelle 21.4-2: Ergebnishaushalt, UG 41 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Ergebnishaushalt					
UG 41 Verkehr, Innovation und Technologie		Voranschlag 2015	Erfolg 2015	Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015	
		in Mio. EUR			in %
	Erträge	**277,08**	**390,44**	**+ 113,36**	**+ 40,9**
	Aufwendungen	**5.676,84**	**5.559,66**	**– 117,18**	**– 2,1**
	Nettoergebnis	**– 5.399,77**	**– 5.169,22**	**+ 230,54**	
GB 41.01	**Steuerung und Services**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	33,13	44,45	+ 11,32	+ 34,2
	Finanzerträge	–	0,00	+ 0,00	–
	Erträge	**33,13**	**44,45**	**+ 11,32**	**+ 34,2**
	Personalaufwand	63,34	59,20	– 4,14	– 6,5
	Transferaufwand	65,49	66,32	+ 0,83	+ 1,3
	Betrieblicher Sachaufwand	40,55	30,16	– 10,39	– 25,6
	Aufwendungen	**169,38**	**155,68**	**– 13,70**	**– 8,1**
GB 41.02	**Verkehrs- und Nachrichtenwesen**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	198,91	250,98	+ 52,07	+ 26,2
	Finanzerträge	45,04	95,00	+ 49,96	+ 110,9
	Erträge	**243,95**	**345,98**	**+ 102,04**	**+ 41,8**
	Personalaufwand	4,26	3,41	– 0,84	– 19,8
	Transferaufwand	4.690,71	4.589,29	– 101,42	– 2,2
	Betrieblicher Sachaufwand	812,49	811,27	– 1,22	– 0,2
	Finanzaufwand	0,00	–	– 0,00	– 100,0
	Aufwendungen	**5.507,46**	**5.403,97**	**– 103,49**	**– 1,9**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

47 Die Differenz zwischen dem Nettoergebnis der Voranschlagsvergleichsrechnung (– 5.169,22 Mio. EUR) und jenem der konsolidierten Abschlussrechnungen (– 5.169,28 Mio. EUR) in der UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“ i.H.v. 60.725,66 EUR ergibt sich aus der im Zuge der Konsolidierung auf Bundesebene nicht erfolgten Berücksichtigung der Personalämter in dieser Untergliederung.

Mehrerträge im GB 41.01 „Steuerung und Services"

+ 11,32 Mio. EUR in der MVAG „Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mehrerträge aus der Auflösung von Rückstellungen für Prozesskosten für Amtshaftungsfälle (+ 3,39 Mio. EUR); Mehrerträge durch Refundierungen von Bezügen der Post- und Telekombediensteten infolge der Beschäftigung im Fernmeldebereich und im Bereich der Schifffahrtsaufsicht (+ 1,06 Mio. EUR); weitere Mehrerträge beim Österreichischen Patentamt durch eine mengenmäßige Ausweitung der Transaktionen bei den Patent– und Markenschutzgebühren (+ 6,06 Mio. EUR).

Minderaufwendungen im GB 41.01 „Steuerung und Services"

– 10,39 Mio. EUR in der MVAG „Betrieblicher Sachaufwand"

Minderaufwendungen für die Dotierung von Rückstellungen für Prozesskosten für Amtshaftungsfälle, da weniger Fälle als veranschlagt zu verrechnen waren (– 4,44 Mio. EUR). Weitere Minderaufwendungen im Bereich „Zentralstelle", um Mittel zur Bedeckung des Mehraufwands der Schieneninfrastruktur-Dienstleistungsgesellschaft mbH *umschichten zu können (– 2,50 Mio. EUR) sowie zur Umsetzung des restriktiven Budgetvollzugs (– 1,60 Mio. EUR).*

Mehrerträge im GB 41.02 „Verkehrs– und Nachrichtenwesen"

+ 52,07 Mio. EUR in der MVAG „Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mehrerträge gemäß § 8a ASFINAG-Gesetz infolge eines erhöhten Verkehrsaufkommens zur Querfinanzierung des Brenner Basistunnels (+ 18,19 Mio. EUR); Mehrerträge bei Strafgeldern, bei den Wunschkennzeichen und bei der theoretischen Fahrprüfung (insgesamt + 17,30 Mio. EUR); weitere Mehrerträge durch den Ausbau neuer Technologien am Funksektor (+ 13,25 Mio. EUR).

+ 49,96 Mio. EUR in der MVAG „Finanzerträge"

Mehrerträge aus einer Dividende der ASFINAG.

Minderaufwendungen im GB 41.02 „Verkehrs– und Nachrichtenwesen"

– 101,42 Mio. EUR in der MVAG „Transferaufwand"

Minderaufwendungen bei den Zahlungen an die ÖBB-Infrastruktur AG (– 517,60 Mio. EUR), die sich einerseits durch die Stornierung der eingebuchten Verbindlichkeit (Phase 4-Beleg) für die Annuitätenzuschüsse an die OBB-Infrastruktur AG für Investitionen in die Schieneninfrastruktur gemäß § 42 Abs. 2 Bundesbahngesetz und anderseits durch Minderaufwendungen infolge des aktuellen Baufortschritts (– 22,40 Mio. EUR) ergaben. Weitere Minderaufwendungen entstanden für den Hochwasserschutz (– 26,82 Mio. EUR) infolge von Projektverzögerungen.

Diese Minderaufwendungen wurden teilweise durch Mehraufwendungen für die Einbuchung der Verbindlichkeiten für den Ausbau der der Wiener U-Bahn (+ 283,03 Mio. EUR), für eine Kapitalzufuhr an die Brenner Basistunnel BBT SE infolge des aktuellen Baufortschritts (+ 125,83 Mio. EUR) sowie zur Bedeckung von Zuschüssen an Wien und das Burgenland für die Errichtung von Bundesstraßen gemäß § 10 Abs. 3 und 4 Bundesstraßengesetz (BStG) (+ 48,69 Mio. EUR) kompensiert.

21.4.2 Finanzierungshaushalt

Tabelle 21.4-3: UG 41 – Finanzierungshaushalt 2015

Finanzierungshaushalt

UG 41 Verkehr, Innovation und Technologie	Zahlungen 2014	Voranschlag 2015	Zahlungen 2015	Veränderung Zahlungen 2014 : 2015		Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Einzahlungen	422,41	277,10	379,76	– 42,64	– 10,1	+ 102,67	+ 37,1
Auszahlungen	3.165,09	3.349,36	3.492,65	+ 327,56	+ 10,3	+ 143,29	+ 4,3
Nettofinanzierungssaldo	**– 2.742,69**	**– 3.072,26**	**– 3.112,89**	**– 370,20**	**+ 13,5**	**– 40,62**	**+ 1,3**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Einzahlungen in der UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie" 379,76 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um – 42,64 Mio. EUR (– 10,1 %) gesunken und gegenüber dem Voranschlag um + 102,67 Mio. EUR (+ 37,1 %) angestiegen.

Die Auszahlungen des Jahres 2015 waren mit 3,493 Mrd. EUR um + 327,56 Mio. EUR (+ 10,3 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Auszahlungen um + 143,29 Mio. EUR (+ 4,3 %) höher.

Der Nettofinanzierungssaldo der UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“ lag 2015 bei – 3,113 Mrd. EUR. Er war um 370,20 Mio. EUR bzw. um 13,5 % schlechter als jener für 2014 (– 2,743 Mrd. EUR) und um 40,62 Mio. EUR bzw. um 1,3 % schlechter als im Voranschlag (– 3,072 Mrd. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*blau und kursiv*) fassen die vom BMVIT bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“ (Tabelle I.2.8.1)**.

Tabelle 21.4-4: Finanzierungshaushalt, UG 41 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Finanzierungshaushalt					
UG 41 Verkehr, Innovation und Technologie		**Voranschlag 2015**	**Zahlungen 2015**	**Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015**	
		in Mio. EUR			in %
	Einzahlungen	**277,10**	**379,76**	**+ 102,67**	**+ 37,1**
	Auszahlungen	**3.349,36**	**3.492,65**	**+ 143,29**	**+ 4,3**
	Nettofinanzierungssaldo	**– 3.072,26**	**– 3.112,89**	**– 40,62**	
GB 41.01	**Steuerung und Services**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	32,84	40,65	+ 7,81	+ 23,8
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,01	0,00	– 0,01	– 94,0
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,07	0,08	+ 0,01	+ 14,3
	Einzahlungen	**32,91**	**40,73**	**+ 7,82**	**+ 23,7**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	86,11	78,84	– 7,27	– 8,4
	Auszahlungen aus Transfers	65,49	66,51	+ 1,02	+ 1,6
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,93	0,94	+ 0,01	+ 1,4
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,20	0,04	– 0,15	– 77,6
	Auszahlungen	**152,73**	**146,34**	**– 6,39**	**– 4,2**
GB 41.02	**Verkehrs- und Nachrichtenwesen**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	243,91	338,08	+ 94,17	+ 38,6
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,02	0,90	+ 0,88	+ 5.195,5
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,26	0,06	– 0,20	– 77,5
	Einzahlungen	**244,18**	**339,03**	**+ 94,85**	**+ 38,8**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	791,12	829,32	+ 38,20	+ 4,8
	Auszahlungen aus Transfers	2.402,91	2.513,62	+ 110,71	+ 4,6
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	2,49	3,38	+ 0,88	+ 35,4
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,11	–	– 0,11	– 100,0
	Auszahlungen	**3.196,63**	**3.346,31**	**+ 149,68**	**+ 4,7**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mehreinzahlungen im GB 41.02 „Verkehrs– und Nachrichtenwesen"

+ 94,17 Mio. EUR in der MVAG „Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mehreinzahlungen aus einer Dividende der ASFINAG (+ 50,02 Mio. EUR); Mehreinzahlungen gemäß § 8a ASFINAG-Gesetz infolge eines erhöhten Verkehrsaufkommens zur Querfinanzierung des Brenner Basistunnels (+ 18,21 Mio. EUR); Mehreinzahlungen bei Strafgeldern, bei den Wunschkennzeichen und bei der theoretischen Fahrprüfung (insgesamt + 12,16 Mio. EUR); weitere Mehreinzahlungen durch den Ausbau neuer Technologien am Funksektor (+ 13,55 Mio. EUR).

Mehrauszahlungen im GB 41.02 „Verkehrs– und Nachrichtenwesen"

+ 38,20 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit"

Mehrauszahlungen bei den Verkehrsdienstverträgen mit der ÖBB-Personenverkehrs AG (+ 52,30 Mio. EUR) und mit diversen Privatbahnen (+ 9,90 Mio. EUR) aufgrund von Bonuszahlungen, Wertsicherungen und Zusatzbestellungen.

Diese Mehrauszahlungen wurden teilweise durch Minderauszahlungen aufgrund der geringeren Inanspruchnahme von Zuschüssen gemäß Fernsprechentgeltzuschussgesetz (FeZG) (– 16,83 Mio. EUR) kompensiert.

+ 110,71 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus Transfers"

Mehrauszahlungen für eine Kapitalzufuhr an die Brenner Basistunnel BBT SE infolge des aktuellen Baufortschritts (+ 125,83 Mio. EUR) sowie zur Bedeckung von Zuschüssen an Wien und das Burgenland für die Errichtung von Bundesstraßen gemäß § 10 Abs. 3 und 4 Bundesstraßengesetz (BStG) (+ 48,69 Mio. EUR).

Diese Mehrauszahlungen wurden teilweise durch Minderauszahlungen an die ÖBB-Infrastruktur AG (– 22,40 Mio. EUR), da baufortschrittsbedingt ein geringerer Investitionsbedarf gegeben war, sowie durch Minderauszahlungen für den Hochwasserschutz (– 26,82 Mio. EUR) infolge von Projektverzögerungen kompensiert.

21.4.3 Haushaltsrücklagen

Tabelle 21.4-5: UG 41 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015

Finanzierungshaushalt								
UG 41 Verkehr, Innovation und Technologie	**Anfangs-bestand**	**Umbuchung**	**Entnahme**	**Auflösung**	**Zuführung**	**Endbestand**	**Veränderung 2014 : 2015**	
	in Mio. EUR							in %
Detailbudgetrücklagen	1.724,02	–	– 51,49	–	+ 89,73	1.762,26	+ 38,24	+ 2,2
Zweckgebundene Einzahlungsrücklagen	265,96	–	– 108,39	–	+ 29,11	186,69	– 79,27	– 29,8
Gesamtsumme	**1.989,98**	**–**	**– 159,88**	**–**	**+ 118,84**	**1.948,95**	**– 41,03**	**– 2,1**

Quellen: Rücklagengebarung, eigene Berechnung

Der Stand der Rücklagen in der UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“ belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 1,990 Mrd. EUR und veränderte sich durch Entnahmen (159,88 Mio. EUR) und Zuführungen (118,84 Mio. EUR) auf 1,949 Mrd. EUR zum 31. Dezember 2015. Die Entnahmen erfolgten für die Finanzierung des Brenner-Basistunnels (107,64 Mio. EUR), zur Bedeckung von Zuschüssen an Wien und Burgenland gemäß § 10 Abs. 3 und 4 BStG (48,69 Mio. EUR) sowie für die Anschaffung von Messgeräten, Peilanlagen und Antennen bzw. für Standortsanierungen (2,80 Mio. EUR).

Im Verhältnis zu den veranschlagten Auszahlungen (3,349 Mrd. EUR) entsprach der Stand zum 31. Dezember 2015 einem Anteil von 58,2 %. Im BFG 2015 war für die UG 41 keine Rücklagenverwendung veranschlagt.

21.5 Finanzrahmen

Ausgehend von den tatsächlichen Auszahlungen 2015 stellen sich die Auszahlungsobergrenzen für die UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“ gemäß BFRG für die Finanzjahre 2016 bis 2020 wie folgt dar:

Tabelle 21.5–1: UG 41 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020

Finanzierungshaushalt									
UG 41 Verkehr, Innovation und Technologie	**Auszahlungen (Ist)**	**Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG**					**Veränderung**		
	2015	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**	**2020**	**2015 (Ist) : 2020**		**durchschnittlich jährlich**
	in Mio. EUR							in %	
	3.492,65	**3.528,77**	**3.716,23**	**3.913,42**	**4.094,21**	**4.208,44**	**+ 715,78**	**+ 20,5**	**+ 3,8**
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze gesamt	*74.589,49*	*78.107,49*	*78.202,70*	*78.814,08*	*80.408,66*	*83.038,37*	*+ 8.448,88*	*+ 11,3*	*+ 2,2*
Anteil der UG 41	4,7 %	4,5 %	4,8 %	5,0 %	5,1 %	5,1 %	+ 0,4 %-Punkte		–
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze Rubrik 4	*9.187,15*	*9.307,94*	*9.478,90*	*9.546,94*	*9.519,10*	*9.640,82*	*+ 453,68*	*+ 4,9*	*+ 1,0*
Anteil der UG 41	38,0 %	37,9 %	39,2 %	41,0 %	43,0 %	43,7 %	+ 5,6 %-Punkte		–

Quellen: HIS, BFRG 2016 - 2019, 2017 - 2020, eigene Berechnung

Bis zum Jahr 2020 soll die Auszahlungsobergrenze für die UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“ um + 715,78 Mio. EUR (+ 20,5 %) auf 4,208 Mrd. EUR ansteigen. Dies entspricht einer Veränderungsrate gegenüber den tatsächlichen Auszahlungen 2015 von + 3,8 % im Jahresdurchschnitt. Im Jahr 2015 betrug der Anteil der UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“ an den Gesamtauszahlungen 4,7 % und an den Auszahlungen der Rubrik 4 38,0 %. Der Anteil der UG 41 an der Gesamt–Auszahlungsobergrenze soll sich bis 2020 auf 5,1 % erhöhen bzw. soll er innerhalb der Rubrik 4 auf 43,7 % ansteigen.

Laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 seien folgende laufende bzw. geplante Maßnahmen und Reformen besonders wichtig für die budgetäre Zielerreichung:

- Erarbeitung und Weiterentwicklung verkehrspolitischer Rahmenbedingungen, insbesondere zur Förderung umweltfreundlicher Verkehrsträger und einer nachhaltigen Mobilität; Abschluss von Verträgen mit Eisenbahn-Infrastrukturunternehmen bzw. Eisenbahn-Verkehrsunternehmen betreffend Bereitstellung der Infra-

struktur bzw. Erbringung von Verkehrsdiensten, insbesondere Bereitstellung von Mitteln zur Finanzierung der Infrastruktur sowie für Leistungen auf Basis der Verkehrsdiensteverträge;

- Entwicklung eines vertakteten Grundangebotes im Nahverkehr unter Berücksichtigung von Qualitätsvorgaben und Verbesserung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen;

- Identifizierung und Umsetzung von Maßnahmen zur Senkung der Kosten bei den Investitionsprogrammen zur Schieneninfrastruktur;

- Weiterentwicklung und Umsetzung der Maßnahmen zur Verkehrssicherheit auf Grundlage des Österreichischen Verkehrssicherheitsprogramms 2011-2020 unter Berücksichtigung des Konzepts der „Vision Zero"; Steigerung der Verkehrssicherheit auch durch umfassende Sicherheitsuntersuchungen und intensive LKW-Kontrollen;

- Durchführung spezifischer Genderanalysen zur Vervollständigung bzw. Weiterentwicklung entsprechender Wissens- und Datengrundlagen;

- weitere Identifizierung und Umsetzung von Verwaltungsreformen im BMVIT insbesondere mit dem Ziel der Konzentration auf Kernaufgaben und der Kompetenzbereinigung zwischen Bund und Ländern;

- Umsetzung der Maßnahmen, die auf Basis der Breitbandstrategie 2020 sowie des Masterplans zur Förderung des Breitbandausbaus entwickelt wurden.

Als erforderliche Steuerungs– und Korrekturmaßnahmen zur Einhaltung der Auszahlungsobergrenzen nennt der Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 eine konsequente Weiterverfolgung und Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen im Rahmen des Budgetvollzugs. Dazu würden Einsparungen im Sach– und Personalaufwand durch Umsetzung von Verwaltungsreformmaßnahmen (z. B. Neuausrichtung des Patentamts, Kompetenzbereinigungen zwischen Bund und Ländern in den Bereichen Beteiligungen und Nebenbahnen, Finanzierung der Privatbahnen etc.) sowie ein zielgerichteter Einsatz der Fördermittel zählen. Weiters erfolge eine konsequente Umsetzung der Kostensenkungs– und Rationalisierungsprogramme und der damit verbundenen Zuschüsse des Bundes in Bezug auf das Investitionsprogramm und den laufenden Betrieb der ÖBB-Infrastruktur.

Die im BFRG 2017 bis 2020 vorgesehenen Auszahlungsobergrenzen für die Jahre 2017 bis 2019 wurden gegenüber dem bisher geltenden BFRG 2016

bis 2019 um insgesamt + 0,2 % bzw. um durchschnittlich + 8,77 Mio. EUR pro Jahr erhöht.

Im Folgenden wird ein Überblick über die Entwicklung der tatsächlichen Auszahlungen und der Auszahlungsobergrenzen von 2011 bis 2015 bzw. ein Vergleich der Auszahlungen zu den Auszahlungsobergrenzen des derzeit geltenden BFRG 2017 bis 2020 gegeben:

Tabelle 21.5–2: UG 41 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015

Finanzierungshaushalt

UG 41 Verkehr, Innovation und Technologie	BFRG bzw. Zahlungen					Veränderung			
	2011	2012	2013	2014	2015	2014 : 2015		2011 : 2015	
	in Mio. EUR					in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Auszahlungsobergrenze UG 41	2.706,90	2.970,59	2.914,07	3.170,43	3.349,36	+ 178,93	+ 5,6	+ 642,46	+ 23,7
Auszahlungen UG 41	2.741,73	2.814,47	2.952,86	3.165,09	3.492,65	+ 327,56	+ 10,3	+ 750,92	+ 27,4
Abweichung Auszahlungen : Obergrenze	**+ 34,83**	**– 156,12**	**+ 38,80**	**– 5,34**	**+ 143,29**				
Abweichung in %	**+ 1,3 %**	**– 5,3 %**	**+ 1,3 %**	**– 0,2 %**	**+ 4,3 %**				

Quellen: HIS, BFRG 2011 - 2014, 2012 - 2015, 2013 - 2016, 2014 - 2017, 2015 - 2018, eigene Berechnung

Während ursprünglich zwischen 2011 und 2015 eine Erhöhung der Auszahlungsobergrenze gemäß BFRG um insgesamt + 642,46 Mio. EUR (+ 23,7 %) vorgesehen war, erhöhten sich die Auszahlungen zwischen 2011 und 2015 tatsächlich um + 750,92 Mio. EUR (+ 27,4 %). Im Jahr 2015 lagen die tatsächlichen Auszahlungen um + 143,29 Mio. EUR (+ 4,3 %) über jenen, die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen waren.

Tabelle 21.5–3: UG 41 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG

Finanzierungshaushalt

UG 41 Verkehr, Innovation und Technologie	Auszahlungen (Ist)		durchschnittliche jährliche Veränderung	BFRG	durchschnittliche jährliche Veränderung	Differenz der Veränderungsraten[1)]
	2011	2015	2011 : 2015	2020	2015 (Ist) : 2020 (BFRG)	
	in Mio. EUR		in %	in Mio. EUR	in %	in %-Punkten
	2.741,73	**3.492,65**	**+ 6,2**	**4.208,44**	**+ 3,8**	**– 2,4**

1) Rundungsdifferenz möglich

Quellen: HIS, BFRG 2017 - 2020, eigene Berechnung

Die durchschnittliche jährliche Veränderung der Auszahlungen belief sich von 2011 bis 2015 auf + 6,2 %. Laut mittelfristiger Finanzplanung bis 2020 soll sie + 3,8 % betragen und somit um 2,4 Prozentpunkte geringer steigen als im Zeitraum 2011 bis 2015.

Um die Auszahlungsobergrenzen in der UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“ bis 2020 einhalten zu können, bedarf es aus Sicht des RH der Umsetzung quantifizierter struktureller Steuerungs- und Korrekturmaßnahmen.

In diesem Zusammenhang weist der RH auf folgende im Jahr 2015 bzw. bis Ende April 2016 dem Nationalrat vorgelegte Berichte hin:

- Graz–Köflacher Bahn und Busbetrieb GmbH (Reihe Bund 2016/5)

Die Graz–Köflacher Bahn und Busbetrieb GmbH (GKB) erzielte in den Jahren 2010 bis 2014 jährlich Gewinne. Die Einnahmen stammten zu rund drei Viertel aus direkten staatlichen Förderungen bzw. aus Abgeltungen der öffentlichen Hand für die Erbringung von Verkehrsleistungen. Das Land Steiermark prüfte bisher nicht umfassend die Angemessenheit dieser Zahlungen.

Die GKB–Beamten hatten neben einer ASVG–Pension Anspruch auf eine Zusatzpension. Der Bund finanzierte diese 1998 mit rd. 124 Mio. EUR in einer Pensionskasse. Nach 1998 wurden vom Bund zusätzlich die Finanzierung der Administrativpensionen für GKB–Beamte mit 16 Mio. EUR und die Abfertigungen der GKB–Beamten – zwischen 2003 und 2014 rd. 10 Mio. EUR – übernommen. Zwischen 2008 und 2014 fielen 18,40 Mio. EUR an Nachschussverpflichtungen für die Pensionskassenzahlungen an die GKB–Beamten an, die der Bund (BMVIT) anstatt der GKB finanzierte.

- Triebfahrzeugdisposition und Triebfahrzeugbeschaffungen der ÖBB-Unternehmensgruppe in Österreich (Reihe Bund 2015/17)

Die Triebfahrzeug–Flotte der ÖBB–Unternehmensgruppe umfasste Mitte 2014 1.654 Triebfahrzeuge. Sie setzte sich aus 775 Elektroloks, 346 Dieselloks, 314 Elektro–Triebwagen, 51 Railjet–Garnituren sowie 168 Diesel–Triebwagen zusammen. Im Zeitraum November 2009 bis September 2011 war unklar, welche Konzernstrategie die Grundlage für Triebfahrzeugbeschaffungen und die Triebfahrzeugdisposition der operativ tätigen Teilgesellschaften bildete. Im Hinblick auf Triebfahrzeugbeschaffungen fehlte eine abgestimmte Strategiekaskade zwischen der Konzernstrategie und den Teilstrategien der operativ tätigen Teilgesellschaften. Im März 2014 startete

die ÖBB–Holding AG ein Konzernprojekt „Triebfahrzeugstrategie 2035“, das jedoch infolge konzerninterner Verzögerungen im Oktober 2014 noch nicht abgeschlossen war.

Die Produktivität der Triebfahrzeug–Umlaufplanung nahm im Zeitraum 2009 bis 2013 bei Elektro–Streckenloks um rd. 21 % zu, bei Diesel–Streckenloks um rd. 14 % ab. Das Konzernprojekt „Neuordnung Produktion“ bewirkte bis Ende 2013 Rationalisierungserfolge von rd. 85 Mio. EUR. Bei der Beschaffung von 100 Elektrotriebwagen für den Nah– und Regionalverkehr waren keine Überlegungen dokumentiert, ob der gewählte Abruf aus einer bestehenden Rahmenvereinbarung wirtschaftlicher war als eine Neuausschreibung. Aufgrund nachträglicher Bestelländerungen fielen Mehrkosten von 4,45 Mio. EUR an.

Aufgrund unklarer strategischer Festlegungen stornierte die ÖBB–Personenverkehr AG erst drei Jahre nach erfolgter Bestellung und Anzahlung die Beschaffung von 16 Railjet–Garnituren und gewährte damit dem Hersteller de facto drei Jahre lang ein zinsenloses Darlehen in Höhe von rd. 52,8 Mio. EUR. Die Triebfahrzeuge der ÖBB–Unternehmensgruppe hatten zum Teil bereits die wirtschaftlich bzw. technisch zweckmäßige Nutzungsdauer erreicht, was den Anstieg der Instandhaltungsaufwendungen im Zeitraum 2009 bis 2013 um rd. + 51 Mio. EUR (42,5 %) mitbedingte.

Für das Zugsicherungssystem ETCS lag Mitte 2014 keine von der ÖBB–Holding AG beschlossene Gesamtstrategie vor, obwohl das BMVIT eine solche Anfang 2013 ausdrücklich bis Mitte 2013 angefordert hatte.

– Salzburg Hauptbahnhof – Bahnhofsumbau (Reihe Bund 2015/16)

Die ÖBB–Infrastruktur AG baute den Salzburger Hauptbahnhof bei laufendem Betrieb in der geplanten Zeit von Anfang 2009 bis Ende 2014 um. Der RH stellte kritisch fest, dass bei der Wahrnehmung der Bauherrnaufgaben durch die ÖBB–Infrastruktur AG Mängel auftraten. Für die erste, später nicht mehr realisierbare, Vorentwurfsplanung des Architekten entstand der ÖBB–Infrastruktur AG ein verlorener Aufwand von rd. 184.000 EUR. Die Menge für den Mehrverbrauch Verpressgut vervielfachte sich außergewöhnlich (um das rd. 866–Fache von 5.000 kg auf 4,33 Mio. kg). Die ÖBB–Immobilienmanagement GmbH erarbeitete für die Verpachtung der Geschäftslokale weder ein schriftliches Vermarktungskonzept noch stellte sie Rentabilitätsbetrachtungen an.

– Schieneninfrastruktur-Dienstleistungsgesellschaft mbH (SCHIG) – Aufgabenübertragung durch das BMVIT (Reihe Bund 2015/15)

Der RH kritisierte, dass die Anzahl der an die SCHIG übertragenen Aufgaben in den Jahren 2005 bis 2014 stieg. Die SCHIG übernahm damit sukzessive auch Kernaufgaben des BMVIT. Die an die SCHIG übertragenen Aufgaben hätten grundsätzlich von Mitarbeitern des BMVIT wahrgenommen werden können. Das BMVIT konterkarierte durch die Auslagerung von Aufgaben das Einsparungsziel des Bundes, welches die Aufnahme von neuen Mitarbeitern stark einschränkte. Das BMVIT ersetzte die einzusparenden Personalausgaben durch Ausgaben an ausgegliederte bzw. externe Unternehmen. Damit war die Transparenz des Personalplans beeinträchtigt und der Personalplan des Bundes verlor seine Steuerungsfunktion.

Durch die Übertragung von Aufgaben der öffentlichen Hand an ausgegliederte Rechtsträger – wie an das Unternehmen SCHIG – und durch die Beschränkung des Interpellationsrechts bei solchen Unternehmen war die parlamentarische Kontrolle eingeschränkt.

– Nachhaltiger Güterverkehr – Intermodale Vernetzung; Follow-up-Überprüfung (Reihe Bund 2015/12)

Das BMVIT kam dem überwiegenden Teil der Empfehlungen des RH nach. Die Wirkungsziele im Hinblick auf den Beitrag des multimodalen Verkehrs für eine Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf Schiene bzw. Wasserstraße waren nur unzureichend definiert. Die gesetzten Ziele waren mit den zur Zeit der Gebarungsüberprüfung eingesetzten Mitteln und Maßnahmen nicht erreichbar. Bei den infolge der Empfehlung des RH durchgeführten Abrechnungskontrollen der Förderungen im Güterverkehr bei Privatbahnen stellte die SCHIG für die Jahre 2011 und 2012 Unregelmäßigkeiten in der Höhe von zumindest rd. 1,44 Mio. EUR fest.

– Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (Reihe Bund 2015/11)

Der österreichische Verkehrssicherheitsfonds nahm jährlich rd. 3 Mio. EUR aus Wunschkennzeichen und spezifischen Verkehrsstrafen ein, die zweckgewidmet für Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit im Straßenverkehr zu verwenden waren. Er verfügte über Rücklagen in der Höhe von rd. 8,2 Mio. EUR, die laut Finanzprognose des Fonds in den kommenden Jahren großteils nicht für die laufende Finanzierung gebraucht und auf einem Geschäftskonto mit einem Zinssatz von 0,25 % verwahrt würden.

Der Verkehrssicherheitsfonds finanzierte Kampagnen zur Bewusstseinsbildung. Das Vergabeverfahren zur Kampagne „Alkohol im Straßenverkehr“ im Jahr 2009 erweckte den Anschein, dahingehend beeinflusst worden zu sein, ein bestimmtes Unternehmen zu beauftragen. Bei der Umsetzung der

Kampagne kam es zu einer Kostenüberschreitung des ursprünglich vereinbarten Kostenrahmens von 3,5 Mio. EUR um rd. 1 Mio. EUR. Die Schaltungskosten für Advertorials[48] mit einem Foto der damaligen Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie im Rahmen der Kampagne betrugen in Summe rd. 1,35 Mio. EUR.

– Internes Kontrollsystem bei Direktvergaben in ausgewählten Ressorts BMVIT und BMWFW (Reihe Bund 2015/6)

Die überprüften Ressorts beschafften Waren und Dienstleistungen überwiegend mittels Direktvergaben: Der Anteil der Direktvergaben am gesamten Vergabevolumen der beiden Ministerien (Zentralstellen ohne nachgeordnete Dienststellen) lag pro Jahr bei etwa 10 Mio. EUR im BMVIT bzw. 11 Mio. EUR im Wirtschaftsressort (betreffend die Zentralstelle des damaligen BMWFJ, UG 25, 33, 40); das waren 63 % (BMVIT) bzw. 73 % (Wirtschaftsressort) des Vergabevolumens der Zentralstelle.

Ein ressortweiter Überblick über das Beschaffungsvolumen bestand weder im BMVIT noch im Wirtschaftsressort: Die Ressorts erfassten Beschaffungen nicht systematisch und konnten diese daher weder hinsichtlich des Volumens und der Anzahl noch hinsichtlich weiterer Kriterien, wie etwa der Vergabeart oder Leistungskategorien/ Produktgruppen, standardisiert auswerten. Daten für ein Controlling lagen daher nicht vor. Auf Basis dieser Datenlage konnten sie auch den Informationspflichten gegenüber dem Parlament und internationalen Meldepflichten nicht in qualitativ angemessener Weise nachkommen. Das Fehlen eines Gesamtüberblicks über die Beschaffungsvolumina und ihre Entwicklung über die Zeit barg ein Risiko, Fehlentwicklungen nicht rechtzeitig zu erkennen.

– Österreichisches Patentamt; Follow-up-Überprüfung (Reihe Bund 2015/6)

Das BMVIT und das Österreichische Patentamt kamen dem überwiegenden Teil der Empfehlungen des RH nach bzw. mit ersten Umsetzungsmaßnahmen teilweise nach. Das Patentamt reduzierte zwar seinen Personalstand, aber das Projekt des BMVIT zur Aufgabenkritik und Reorganisation des Patentamts war noch nicht abgeschlossen. Dadurch blieben die erhöhten Aufwendungen (laut Vorbericht rd. 700.000 EUR jährlich) für die Doppelstruktur aus dem hoheitlichen und dem teilrechtsfähigen Bereich weiterhin aufrecht. Eine kostendeckende Gebührenstruktur wurde nur im Bereich bestimmter

48 Ein Advertorial – gebildet als Kofferwort aus englisch advertisement (Anzeige) und editorial (Leitartikel) – ist die redaktionelle Aufmachung einer Werbeanzeige, die den Anschein eines redaktionellen Beitrags erwecken soll.

Service- und Informationsleistungen angestrebt. Offen blieben weiters die Empfehlungen des RH zur Steuerung des Patentamts auf Basis der vorhandenen Kosten- und Leistungsrechnung und zur Einstellung der Nebenbeschäftigungen von Bediensteten des Patentamts in der serv.ip[49].

49 serv.ip, das für „Service of Industrial Property“ steht, ist ein privatwirtschaftlicher Informationsdienstleister und ein wirtschaftlich unabhängiger, ausgegliederter Teilbereich des Österreichischen Patentamtes.

22 UG 42 „LAND-, FORST- UND WASSERWIRTSCHAFT“

UG 42 Land–, Forst– und Wasserwirtschaft – BMLFUW	
zentrale Budgetbereiche	Ländliche Entwicklung
	Marktordnungsmaßnahmen und Fischerei
	Forst–, Wasserressourcen und Naturmanagement
	Landwirtschaftliche Schulen (Dienststellen/Landwirtschaft)
	Bundesämter für Wein (Dienststellen/Wein)
	Forschung und Sonstige Maßnahmen

Quelle: HIS

22.1 Vermögensrechnung

Tabelle 22.1–1: UG 42 – Vermögensrechnung[1)]

Vermögensrechnung						
UG 42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
A + B	**Vermögen**	**24.547,67**	**24.589,48**	**+ 41,81**	**+ 0,2**	**100,0**
A	Langfristiges Vermögen	24.523,85	24.555,57	+ 31,71	+ 0,1	99,9
A.I	Immaterielle Vermögenswerte	0,55	0,44	– 0,10	– 19,1	0,0
A.II	Sachanlagen	24.209,06	24.242,35	+ 33,30	+ 0,1	98,6
A.II.01	Grundstücke und Grundstückseinrichtungen	24.011,17	24.042,33	+ 31,17	+ 0,1	97,8
	GB 42.01 Steuerung und Services	22.588,74	22.588,04	– 0,70	– 0,0	91,9
	GB 42.02 Landwirtschaft und ländlicher Raum	91,05	92,66	+ 1,61	+ 1,8	0,4
	GB 42.03 Forst-, Wasserressourcen und Naturgefahrenmanagement	1.331,38	1.361,63	+ 30,25	+ 2,3	5,5
A.II.02	Gebäude und Bauten	161,20	164,07	+ 2,87	+ 1,8	0,7
	GB 42.01 Steuerung und Services	73,25	73,25	+ 0,00	+ 0,0	0,3
	GB 42.02 Landwirtschaft und ländlicher Raum	68,75	71,31	+ 2,56	+ 3,7	0,3
A.IV	Beteiligungen	311,82	311,78	– 0,04	– 0,0	1,3
A.IV.01	an verbundenen Unternehmen	310,95	310,95	0,00	0,0	1,3
	GB 42.01 Steuerung und Services	310,95	310,95	0,00	0,0	1,3
A.V	Langfristige Forderungen	2,42	0,98	– 1,44	– 59,4	0,0
B	Kurzfristiges Vermögen	23,82	33,92	+ 10,10	+ 42,4	0,1
B.II	Kurzfristige Forderungen	20,83	30,41	+ 9,58	+ 46,0	0,1
B.II.06	Sonstige kurzfristige Forderungen (nv)	17,11	27,69	+ 10,58	+ 61,8	0,1
	GB 42.02 Landwirtschaft und ländlicher Raum	– 6,80	3,55	+ 10,35	– 152,2	0,0
	Aktive Rechnungsabgrenzung	– 7,19	3,09	+ 10,28	– 142,9	0,0
B.III	Vorräte	2,85	3,38	+ 0,53	+ 18,6	0,0
B.IV	Liquide Mittel	0,14	0,13	– 0,02	– 11,0	0,0

Vermögensrechnung						
UG 42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
C	**Nettovermögen (Ausgleichsposten)**	**24.464,15**	**24.497,70**	**+ 33,55**	**+ 0,1**	
C.I	Neubewertungsrücklagen (Umbewertungskonto)	2,84	2,84	0,00	0,0	
C.IV	Jährliches Nettoergebnis (inkl. "Personal, das für Dritte leistet")	– 1.948,57	– 1.503,35	+ 445,22	– 22,8	
	GB 42.01 Steuerung und Services	– 150,22	– 132,54	+ 17,68	– 11,8	
	GB 42.02 Landwirtschaft und ländlicher Raum	– 1.688,02	– 1.296,25	+ 391,77	– 23,2	
	GB 42.03 Forst-, Wasserressourcen und Naturgefahrenmanagement	– 110,33	– 74,57	+ 35,76	– 32,4	
C.V	Saldo aus der jährl. Eröffnungsbilanz	24.508,53	24.489,67	– 18,85	– 0,1	
C.VI	Bundesfinanzierung	1.901,35	1.508,54	– 392,81	– 20,7	
D + E	**Fremdmittel**	**83,52**	**91,78**	**+ 8,26**	**+ 9,9**	**100,0**
D	Langfristige Fremdmittel	40,60	40,24	– 0,36	– 0,9	43,8
D.II	Langfristige Verbindlichkeiten	5,29	3,73	– 1,56	– 29,5	4,1
D.III	Langfristige Rückstellungen	35,31	36,51	+ 1,20	+ 3,4	39,8
E	Kurzfristige Fremdmittel	42,92	51,53	+ 8,62	+ 20,1	56,2
E.II	Kurzfristige Verbindlichkeiten	30,59	39,09	+ 8,50	+ 27,8	42,6
E.II.06	Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	13,85	23,94	+ 10,09	+ 72,9	26,1
	GB 42.02 Landwirtschaft und ländlicher Raum	3,85	14,34	+ 10,49	+ 272,1	15,6
	Passive Rechnungsabgrenzungen	3,50	13,70	+ 10,20	+ 291,8	14,9
E.III	Kurzfristige Rückstellungen	12,33	12,44	+ 0,11	+ 0,9	13,6

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Vermögensrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 betrug in der UG 42 „Land-, Forst- und Wasserwirtschaft" 24,589 Mrd. EUR und stieg gegenüber 31. Dezember 2014 um + 41,81 Mio. EUR (+ 0,2 %) an. Der Anteil des kurzfristigen Vermögens betrug 0,1 % und der des langfristigen Vermögens 99,9 %. Dem Vermögen standen Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 von 91,78 Mio. EUR gegenüber, die im Vergleich zum 31. Dezember 2014 um + 8,26 Mio. EUR (+ 9,9 %) anwuchsen. Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 waren zu 56,2 % kurzfristig und zu 43,8 % langfristig. Nachdem das Vermögen die Fremdmittel überstieg, ergab sich ein Nettovermögen (Ausgleichsposten) zum 31. Dezember 2015 von 24,498 Mrd. EUR (+ 33,55 Mio. EUR bzw. + 0,1 % gegenüber 31. Dezember 2014).

A. und B. Vermögen

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 (24,589 Mrd. EUR) setzte sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- A.II Sachanlagen: 24,242 Mrd. EUR (98,6 %), davon 24,042 Mrd. EUR für Grundstücke und Grundstückseinrichtungen (vor allem forstwirtschaftlich genutzte, bebaute und unbebaute Grundstücke, die von der Österreichischen Bundesforste AG verwaltet werden, mit Buchwert von 22,588 Mrd. EUR), 164,07 Mio. EUR für Gebäude und Bauten (vor allem Massivbauten und Hütten, die von der Österreichischen Bundesforste AG verwaltet werden, sowie Schulgebäude);

- A.IV Beteiligungen: 311,78 Mio. EUR (1,3 %), davon 310,95 Mio. EUR für Beteiligungen an verbundenen Unternehmen (z.B. Österreichische Bundesforste AG, Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften GmbH, Spanische Hofreitschule – Bundesgestüt Piber Gesellschaft öffentlichen Rechts, Agrarmarkt Austria (AMA) und Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH (AGES)).

Der Anstieg des Vermögens gegenüber 31. Dezember 2014 von + 41,81 Mio. EUR (+ 0,2 %) resultierte insbesondere aus Veränderungen bei Grundstücken und Grundstückseinrichtungen (A.II.01) von + 31,17 Mio. EUR (+ 0,1 %) und Sonstigen kurzfristigen Forderungen (nicht veranschlagt) (B.II.06) von + 10,58 Mio. EUR (+ 61,8 %), wobei Aktive Rechnungsabgrenzungen um insgesamt + 11,13 Mio. EUR zunahmen. Nach Angaben des BMLFUW seien die Buchwerte der Grundstücke und Grundstückseinrichtungen hauptsächlich aufgrund von Nachaktivierungen unbebauter Grundstücke beim Öffentlichen Wassergut gestiegen. Die höheren Aktiven Rechnungsabgrenzungen stünden im Zusammenhang mit Vorauszahlungen beim INVEKOS-Vertrag und bei der Beschaffung von Orthofotos.

D. und E. Fremdmittel

Der Anstieg der Fremdmittel gegenüber 31. Dezember 2014 von + 8,26 Mio. EUR (+ 9,9 %) war insbesondere auf Veränderungen bei Sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten (E.II.06) von + 10,09 Mio. EUR (+ 72,9 %), wobei Passive Rechnungsabgrenzungen um insgesamt + 10,37 Mio. EUR zunahmen, zurückzuführen. Nach Angaben des BMLFUW beruhen die höheren Verbindlichkeiten auf unterschiedlichen Zeitpunkten der Leistungserbringung und der Zahlung (z.B. beim INVEKOS-Vertrag sowie der Beschaffung von Orthofotos).

22.2 Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung

Tabelle 22.2-1: UG 42 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung[1)]

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
A	**Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (= A.I + A.II – A.III – A.IV)**	**– 273,51**	**– 240,84**	**+ 32,66**	**– 11,9**	**– 240,11**	**– 239,11**	**+ 1,00**	**– 0,4**	**+ 1,73**
A.I	Erträge aus Abgaben netto		0,16	+ 0,16	–		0,16	+ 0,16	–	0,00
A.II	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	33,92	55,37	+ 21,46	+ 63,3	43,53	46,49	+ 2,96	+ 6,8	– 8,88
A.II.03	Sonstige Erträge	– 8,59	10,00	+ 18,58	– 216,4	2,04	1,95	– 0,08	– 4,1	– 8,05
	GB 42.01 Steuerung und Services	– 17,98	1,25	+ 19,23	– 106,9	1,22	0,84	– 0,37	– 30,7	– 0,41
A.III	Personalaufwand	179,82	183,14	+ 3,31	+ 1,8	176,77	180,92	+ 4,15	+ 2,3	– 2,22
A.III.01	Bezüge	135,04	138,82	+ 3,78	+ 2,8	135,14	138,94	+ 3,80	+ 2,8	+ 0,12
	GB 42.01 Steuerung und Services	66,44	68,17	+ 1,73	+ 2,6	66,52	68,29	+ 1,77	+ 2,7	+ 0,11
	GB 42.02 Landwirtschaft und ländlicher Raum	49,66	51,12	+ 1,46	+ 2,9	49,68	51,13	+ 1,45	+ 2,9	+ 0,01
A.IV	Betrieblicher Sachaufwand	127,60	113,24	– 14,36	– 11,3	106,88	104,85	– 2,03	– 1,9	– 8,39
A.IV.14	Sonstiger betrieblicher Sachaufwand	22,06	10,86	– 11,21	– 50,8	11,41	10,78	– 0,63	– 5,5	– 0,07
	GB 42.02 Landwirtschaft und ländlicher Raum	18,92	7,85	– 11,07	– 58,5	8,48	7,97	– 0,51	– 6,0	+ 0,12
B	**Transferergebnis (= B.I – B.II)**	**– 1.693,23**	**– 1.285,77**	**+ 407,46**	**– 24,1**	**– 1.693,22**	**– 1.283,20**	**+ 410,02**	**– 24,2**	**+ 2,57**
B.I	Erträge aus Transfers	171,52	159,37	– 12,15	– 7,1	171,52	159,37	– 12,14	– 7,1	+ 0,00
B.I.05	Erträge aus Transfers innerhalb des Bundes	169,90	157,72	– 12,19	– 7,2	169,90	157,72	– 12,19	– 7,2	0,00
	GB 42.02 Landwirtschaft und ländlicher Raum	17,65	– 0,07	– 17,73	– 100,4	17,65	– 0,07	– 17,73	– 100,4	0,00
	GB 42.03 Forst-, Wasserressourcen und Naturgefahrenmanagement	148,79	157,79	+ 9,00	+ 6,0	148,79	157,79	+ 9,00	+ 6,0	0,00
B.II	Transferaufwand	1.864,75	1.445,15	– 419,60	– 22,5	1.864,74	1.442,57	– 422,17	– 22,6	– 2,57
B.II.01	Aufwand für Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger	1.570,58	1.178,42	– 392,16	– 25,0	1.570,57	1.176,64	– 393,93	– 25,1	– 1,78
	GB 42.02 Landwirtschaft und ländlicher Raum	1.562,96	1.173,05	– 389,91	– 24,9	1.562,97	1.171,25	– 391,72	– 25,1	– 1,80
B.II.03	Aufwand für Transfers an Unternehmen	79,03	72,05	– 6,98	– 8,8	79,03	71,18	– 7,85	– 9,9	– 0,87
	GB 42.01 Steuerung und Services	69,65	67,67	– 1,99	– 2,9	69,65	66,80	– 2,85	– 4,1	– 0,87
B.II.05	Transfers an private Haushalte	211,54	186,02	– 25,52	– 12,1	211,53	186,09	– 25,44	– 12,0	+ 0,07
	GB 42.03 Forst-, Wasserressourcen und Naturgefahrenmanagement	206,50	181,15	– 25,35	– 12,3	206,49	181,22	– 25,27	– 12,2	+ 0,07

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
C	**Ergebnis aus d. operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers (= A + B)**	**– 1.966,73**	**– 1.526,62**	**+ 440,12**	**– 22,4**	**– 1.933,34**	**– 1.522,31**	**+ 411,03**	**– 21,3**	**+ 4,31**
D	**Finanzergebnis (= D.I – D.II)**	**+ 18,17**	**+ 23,27**	**+ 5,10**	**+ 28,1**	**+ 23,50**	**+ 23,06**	**– 0,44**	**– 1,9**	**– 0,20**
D.I	Finanzerträge	24,13	23,36	– 0,77	– 3,2	24,13	23,36	– 0,77	– 3,2	– 0,00
D.II	Finanzaufwand	5,96	0,09	– 5,87	– 98,4	0,63	0,30	– 0,33	– 52,8	+ 0,20
C*	**Geldfluss aus empfangenen s. gewährten Darlehen und Vorschüssen**					**+ 0,08**	**+ 0,08**	**+ 0,00**	**+ 2,8**	**+ 0,08**
D*	**Geldfluss aus der Investitionstätigkeit**					**– 8,05**	**– 8,78**	**– 0,73**	**+ 9,0**	**– 8,78**
E	**Nettoergebnis (ER: C + D) / Nettofinanzierungssaldo (FR: C + D + C* + D*)**	**– 1.948,57**	**– 1.503,35**	**+ 445,22**	**– 22,8**	**– 1.917,81**	**– 1.507,94**	**+ 409,86**	**– 21,4**	**– 4,59**
	davon Erträge/ Einzahlungen	229,57	238,26	+ 8,70	+ 3,8	239,61	229,71	– 9,90	– 4,1	– 8,55
	davon Aufwendungen/ Auszahlungen	2.178,13	1.741,61	– 436,52	– 20,0	2.157,41	1.737,65	– 419,76	– 19,5	– 3,96
	davon Erträge aus Vorperioden	0,12		– 0,12	– 100,0				–	0,00
	davon Aufwand aus Vorperioden	10,48		– 10,48	– 100,0				–	0,00
	um Vorperioden bereinigtes Nettoergebnis	**– 1.938,21**	**– 1.503,35**	**+ 434,86**	**– 22,4**	**– 1.917,81**	**– 1.507,94**	**+ 409,86**	**– 21,4**	**– 4,59**

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Ergebnis- und Finanzierungsrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

In der UG 42 „Land-, Forst- und Wasserwirtschaft“ betrug das Nettoergebnis 2015 (E) der konsolidierten Ergebnisrechnung – 1,503 Mrd. EUR. Es setzte sich zusammen aus

- dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) von – 240,84 Mio. EUR (+ 32,66 Mio. EUR gegenüber 2014),
- dem Transferergebnis (B) von – 1,286 Mrd. EUR (+ 407,46 Mio. EUR gegenüber 2014) und
- dem Finanzergebnis (D) von + 23,27 Mio. EUR (+ 5,10 Mio. EUR gegenüber 2014).

Die Erträge in der UG 42 machten 238,26 Mio. EUR,

- darunter 0,16 Mio. EUR aus Abgaben netto (A.I), 55,37 Mio. EUR aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II), 159,37 Mio. EUR aus Transfers (B.I) und 23,36 Mio. EUR aus Finanzerträgen (D.I)

und die Aufwendungen 1,742 Mrd. EUR aus,

- darunter 183,14 Mio. EUR aus Personalaufwand (A.III), 113,24 Mio. EUR aus betrieblichem Sachaufwand (A.IV), 1,445 Mrd. EUR aus Transferaufwand (B.II) und 0,09 Mio. EUR aus Finanzaufwand (D.II).

Das Nettoergebnis 2015 verbesserte sich um 445,22 Mio. EUR bzw. um 22,8 % gegenüber 2014.

A. Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit

Die Erträge aus Abgaben netto (A.I) betrugen 0,16 Mio. EUR und die Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) 55,37 Mio. EUR.

Den Erträgen standen Aufwendungen für Personal (A.III) von 183,14 Mio. EUR und betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von 113,24 Mio. EUR gegenüber.

- Die wesentlichen Positionen im Personalaufwand betrafen Bezüge der Bediensteten des BMLFUW, der nachgeordneten Dienststellen und der Beamten der ausgegliederten Organisationseinheiten (138,82 Mio. EUR).

Das Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit 2015 verbesserte sich um 32,66 Mio. EUR bzw. um 11,9 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten bei

- den Erträgen aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) von + 21,46 Mio. EUR: darunter Sonstige Erträge (+ 18,58 Mio. EUR) und

- dem betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von – 14,36 Mio. EUR: darunter Sonstiger betrieblicher Sachaufwand (– 11,21 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMLFUW seien die Sonstigen Erträge aufgrund der Nachbuchung von Wertaufholungen von Anlagen der Jahre 2013 und 2014 bei der Österreichischen Bundesforste AG gestiegen. Der Sonstige betriebliche

Sachaufwand sei überwiegend infolge des Wegfalls der im Jahr 2014 vorgenommenen Berichtigung von Verbindlichkeiten der Vorjahre im Zusammenhang mit dem INVEKOS-Vertrag zurückgegangen.

B. Transferergebnis

Die Erträge aus Transfers (B.I) betrugen 159,37 Mio. EUR. Den Erträgen stand ein Transferaufwand (B.II) von 1,445 Mrd. EUR gegenüber.

- Eine wesentliche Positionen der Erträge aus Transfers (B.I) betraf Transfers innerhalb des Bundes (157,72 Mio. EUR). Darunter fielen Erträge aus Überweisungen des BMF für Maßnahmen des Katastrophenfonds (Beseitigung und Vorbeugung von Hochwasser- und Lawinenschäden, Finanzierung von passiven Hochwasserschutzmaßnahmen, Erhebung der Wassergüte).

- Der Transferaufwand entstand insbesondere für Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger (1,178 Mrd. EUR), Transfers an Unternehmen (72,05 Mio. EUR) und Transfers an private Haushalte (186,02 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMLFUW entstehe der Transferaufwand für öffentliche Körperschaften und Rechtsträger vorwiegend aus den Überweisungen an die AMA für die Entwicklung des ländlichen Raums und für Marktordnungsmaßnahmen. Darin seien sowohl variable Mittel der EU (aus dem Europäischen Landschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) und aus dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL)) als auch Bundesmittel (Kofinanzierungsanteile) enthalten. Die Transfers an Unternehmen haben zur Basisabgeltung der AGES, des Bundesforschungs- und Ausbildungszentrums für Wald, Naturgefahren und Landschaft sowie der AMA gedient. Die Transfers an private Haushalte haben sich insbesondere aus Aufwendungen für Schutzbauwerke der Bundeswasserbauverwaltung, den Einsatz von Katastrophenfondsmittel im Bereich der Bundesflüsse und Interessentengewässer sowie der Wildbach- und Lawinenverbauung ergeben.

Das Transferergebnis 2015 verbesserte sich um 407,46 Mio. EUR bzw. um 24,1 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten bei

- den Erträgen aus Transfers (B.I) von – 12,15 Mio. EUR: darunter Transfers innerhalb des Bundes (– 12,19 Mio. EUR) und

– dem Transferaufwand (B.II) von – 419,60 Mio. EUR: darunter Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger (– 392,16 Mio. EUR) sowie Transfers an private Haushalte (– 25,52 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMLFUW seien die Erträge aus Transfers innerhalb des Bundes aufgrund des Wegfalls der zweckgebundenen Dürrehilfemaßnahme aus Mitteln des Katastrophenfonds zurückgegangen. Der Rückgang der Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger resultiere aus einer geänderten Auszahlungsmodalität bei den Direktzahlungen und der Ländlichen Entwicklung in der EU-Finanzperiode 2014 bis 2020.[50] Die Veränderung der Transfers an private Haushalte sei hauptsächlich im Zusammenhang mit der Berichtigung der Aufwendungen im Rahmen der Bundesflüsse vom betrieblichen Sachaufwand zum Transferaufwand gestanden.

E. Nettoergebnis versus Nettofinanzierungssaldo

Der Nettofinanzierungssaldo aus der konsolidierten Finanzierungsrechnung fiel mit – 1,508 Mrd. EUR um 4,59 Mio. EUR ungünstiger aus als das Nettoergebnis aus der konsolidierten Ergebnisrechnung (– 1,503 Mrd. EUR). Im Nettofinanzierungssaldo waren Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus empfangenen sowie gewährten Darlehen und Vorschüssen (+ 0,08 Mio. EUR) sowie Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus der Investitionstätigkeit (– 8,78 Mio. EUR) berücksichtigt, die im Nettoergebnis nicht enthalten waren.

Weitere Unterschiede zwischen dem Nettofinanzierungssaldo und dem Nettoergebnis beruhten auf Abweichungen zwischen dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) (+ 1,73 Mio. EUR), dem Transferergebnis (B) (+ 2,57 Mio. EUR) und dem Finanzergebnis (D) (– 0,20 Mio. EUR) vom korrespondierenden Geldfluss.

50 Anstelle der in den Jahren davor üblichen Herbstauszahlung erfolgte im November/Dezember 2015 lediglich eine Vorschusszahlung; die endgültige Auszahlung erfolgte im April 2016.

22.3 Voranschlagsvergleichsrechnungen

22.3.1 Ergebnishaushalt

Tabelle 22.3-1: UG 42 – Ergebnishaushalt 2015

Ergebnishaushalt

UG 42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	Erfolg 2014	Voranschlag 2015	Erfolg 2015	Veränderung Erfolg 2014 : 2015		Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Erträge	209,31	181,95	215,38	+ 6,07	+ 2,9	+ 33,43	+ 18,4
Aufwendungen	2.158,92	2.155,29	1.718,73	– 440,19	– 20,4	– 436,55	– 20,3
Nettoergebnis	**– 1.949,61**	**– 1.973,34**	**– 1.503,35**	**+ 446,26**	**– 22,9**	**+ 469,99**	**– 23,8**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Erträge in der UG 42 „Land-, Forst- und Wasserwirtschaft“ 215,38 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um + 6,07 Mio. EUR (+ 2,9 %) und gegenüber dem Voranschlag um + 33,43 Mio. EUR (+ 18,4 %) angestiegen.

Die Aufwendungen des Jahres 2015 waren mit 1,719 Mrd. EUR um – 440,19 Mio. EUR (– 20,4 %) niedriger als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Aufwendungen um – 436,55 Mio. EUR (– 20,3 %) niedriger.

Das Nettoergebnis der UG 42 „Land-, Forst- und Wasserwirtschaft“ lag 2015 bei – 1,503 Mrd. EUR. Es war um 446,26 Mio. EUR bzw. um 22,9 % besser als jenes für 2014 (– 1,950 Mrd. EUR) und um 469,99 Mio. EUR bzw. um 23,8 % besser als im Voranschlag (– 1,973 Mrd. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*grün und kursiv*) fassen die vom BMLFUW bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 42 „Land-, Forst- und Wasserwirtschaft“ (Tabelle I.2.11.1)**.

Tabelle 22.3-2: Ergebnishaushalt, UG 42 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Ergebnishaushalt					
UG 42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft		**Voranschlag 2015**	**Erfolg 2015**	**Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015**	
		in Mio. EUR			in %
	Erträge	**181,95**	**215,38**	**+ 33,43**	**+ 18,4**
	Aufwendungen	**2.155,29**	**1.718,73**	**– 436,55**	**– 20,3**
	Nettoergebnis	**– 1.973,34**	**– 1.503,35**	**+ 469,99**	
GB 42.01	**Steuerung und Services**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,62	1,99	+ 1,37	+ 219,6
	Finanzerträge	23,51	23,36	– 0,15	– 0,7
	Erträge	**24,14**	**25,35**	**+ 1,21**	**+ 5,0**
	Personalaufwand	67,06	64,79	– 2,27	– 3,4
	Transferaufwand	67,45	68,43	+ 0,99	+ 1,5
	Betrieblicher Sachaufwand	25,77	24,62	– 1,15	– 4,5
	Finanzaufwand	0,00	0,04	+ 0,04	–
	Aufwendungen	**160,28**	**157,89**	**– 2,39**	**– 1,5**
GB 42.02	**Landwirtschaft und ländlicher Raum**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	15,31	22,48	+ 7,16	+ 46,8
	Finanzerträge	0,01	0,00	– 0,01	– 99,8
	Erträge	**15,33**	**22,48**	**+ 7,15**	**+ 46,7**
	Personalaufwand	72,94	70,55	– 2,39	– 3,3
	Transferaufwand	1.635,98	1.189,22	– 446,76	– 27,3
	Betrieblicher Sachaufwand	55,29	58,91	+ 3,62	+ 6,5
	Finanzaufwand	0,44	0,05	– 0,39	– 88,3
	Aufwendungen	**1.764,64**	**1.318,72**	**– 445,92**	**– 25,3**
GB 42.03	**Forst-, Wasserressourcen und Naturgefahrenmanagement**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	142,48	167,56	+ 25,08	+ 17,6
	Finanzerträge	0,01	0,00	– 0,01	– 85,4
	Erträge	**142,49**	**167,56**	**+ 25,07**	**+ 17,6**
	Personalaufwand	28,34	26,45	– 1,89	– 6,7
	Transferaufwand	128,64	187,49	+ 58,85	+ 45,7
	Betrieblicher Sachaufwand	73,38	28,18	– 45,20	– 61,6
	Finanzaufwand	0,00	–	– 0,00	– 100,0
	Aufwendungen	**230,37**	**242,13**	**+ 11,76**	**+ 5,1**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Minderaufwendungen im GB 42.02 „Landwirtschaft und ländlicher Raum"

– 446,76 Mio. EUR in der MVAG „Transferaufwand"

Minderaufwendungen bei den Mitteln des Europäischen Landwirtschaftsfonds (– 128,04 Mio. EUR), bei den Kofinanzierungsmitteln des Bundes (– 75,33 Mio. EUR) sowie bei anderen diversen Beihilfen und Prämien (– 247,88 Mio. EUR) durch Änderungen der Auszahlungsmodalitäten bei

den Direktzahlungen und den Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung in der neuen EU-Finanzperiode 2014 bis 2020. Anstelle der üblichen Herbstauszahlungen erfolgte im November/Dezember 2015 lediglich eine Vorschusszahlung, die endgültige Auszahlung erfolgte im April 2016.

Mehrerträge im GB 42.03 „Forst-, Wasserressourcen und Naturgefahrenmanagement"

+ 25,08 Mio. EUR in der MVAG „Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mehrerträge für Wildbach- und Lawinenverbauungsprojekte (+ 11,86 Mio. EUR) sowie für Schutzwasserbau (+ 9,50 Mio. EUR) durch die Bereitstellung von zusätzlichen Bundesmitteln aus dem Katastrophenfonds.

Mehraufwendungen im GB 42.03 „Forst-, Wasserressourcen und Naturgefahrenmanagement"

+ 58,85 Mio. EUR in der MVAG „Transferaufwand"

Mehraufwendungen für Wildbach– und Lawinenverbauungsprojekte (+ 10,56 Mio. EUR) für Sofortmaßnahmen und Folgeprojekte i.Z.m. den schweren lokalen Unwetterereignissen von Juni bis August 2015. Mehraufwendungen im Bereich Schutzwasserbau (+ 48,55 Mio. EUR) durch die Verschiebung der Aufwendungen für den Bereich Schutzwasserbau von der MVAG „Betrieblicher Sachaufwand" auf die MVAG „Transferaufwand".

Minderaufwendungen im GB 42.03 „Forst-, Wasserressourcen und Naturgefahrenmanagement"

– 45,20 Mio. EUR in der MVAG „Betrieblicher Sachaufwand"

Minderaufwendungen im Bereich Schutzwasserbau durch die Verschiebung der Aufwendungen für den Bereich Schutzwasserbau von der MVAG „Betrieblicher Sachaufwand" in die MVAG „Transferaufwand".

Daraus resultierten entsprechende Mehraufwendungen in der MVAG „Transferaufwand" (siehe oben).

22.3.2 Finanzierungshaushalt

Tabelle 22.3-3: UG 42 – Finanzierungshaushalt 2015

Finanzierungshaushalt							
UG 42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	**Zahlungen 2014**	**Voranschlag 2015**	**Zahlungen 2015**	**Veränderung Zahlungen 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015**	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Einzahlungen	220,47	181,80	207,94	– 12,53	– 5,7	+ 26,14	+ 14,4
Auszahlungen	2.138,28	2.144,79	1.715,88	– 422,40	– 19,8	– 428,91	– 20,0
Nettofinanzierungssaldo	**– 1.917,81**	**– 1.962,99**	**– 1.507,94**	**+ 409,86**	**– 21,4**	**+ 455,04**	**– 23,2**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Einzahlungen in der UG 42 „Land-, Forst- und Wasserwirtschaft“ 207,94 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um – 12,53 Mio. EUR (– 5,7 %) gesunken und gegenüber dem Voranschlag um + 26,14 Mio. EUR (+ 14,4 %) angestiegen.

Die Auszahlungen des Jahres 2015 waren mit 1,716 Mrd. EUR um – 422,40 Mio. EUR (– 19,8 %) niedriger als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Auszahlungen um – 428,91 Mio. EUR (– 20,0 %) niedriger.

Der Nettofinanzierungssaldo der UG 42 „Land-, Forst- und Wasserwirtschaft“ lag 2015 bei – 1,508 Mrd. EUR. Er war um 409,86 Mio. EUR bzw. um 21,4 % besser als jener für 2014 (– 1,918 Mrd. EUR) und um 455,04 Mio. EUR bzw. um 23,2 % besser als im Voranschlag (– 1,963 Mrd. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*blau und kursiv*) fassen die vom BMLFUW bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 42 „Land-, Forst- und Wasserwirtschaft“ (Tabelle I.2.8.1)**.

Tabelle 22.3-4: Finanzierungshaushalt, UG 42 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Finanzierungshaushalt					
UG 42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft		Voranschlag 2015	Zahlungen 2015	Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015	
		in Mio. EUR			in %
	Einzahlungen	**181,80**	**207,94**	**+ 26,14**	**+ 14,4**
	Auszahlungen	**2.144,79**	**1.715,88**	**– 428,91**	**– 20,0**
	Nettofinanzierungssaldo	**– 1.962,99**	**– 1.507,94**	**+ 455,04**	
GB 42.01	**Steuerung und Services**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	23,89	25,81	+ 1,93	+ 8,1
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,00	0,00	– 0,00	– 85,9
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,13	0,09	– 0,03	– 24,2
	Einzahlungen	**24,01**	**25,91**	**+ 1,89**	**+ 7,9**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	90,24	87,58	– 2,66	– 2,9
	Auszahlungen aus Transfers	67,45	67,56	+ 0,12	+ 0,2
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	1,03	1,06	+ 0,04	+ 3,4
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,21	0,06	– 0,15	– 70,2
	Auszahlungen	**158,93**	**156,27**	**– 2,66**	**– 1,7**
GB 42.02	**Landwirtschaft und ländlicher Raum**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	15,22	17,85	+ 2,63	+ 17,2
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,07	0,02	– 0,04	– 66,0
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,00	0,06	+ 0,06	+ 1.974,7
	Einzahlungen	**15,29**	**17,93**	**+ 2,64**	**+ 17,3**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	127,30	124,75	– 2,55	– 2,0
	Auszahlungen aus Transfers	1.635,98	1.187,42	– 448,55	– 27,4
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,78	5,43	+ 4,66	+ 599,1
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,00	0,04	+ 0,04	+ 1.907,8
	Auszahlungen	**1.764,05**	**1.317,64**	**– 446,41**	**– 25,3**
GB 42.03	**Forst-, Wasserressourcen und Naturgefahrenmanagement**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	142,49	163,97	+ 21,48	+ 15,1
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,01	0,09	+ 0,08	+ 1.366,8
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	–	0,04	+ 0,04	–
	Einzahlungen	**142,50**	**164,10**	**+ 21,60**	**+ 15,2**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	93,05	51,97	– 41,07	– 44,1
	Auszahlungen aus Transfers	128,64	187,59	+ 58,94	+ 45,8
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,12	2,39	+ 2,27	+ 1.879,1
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	–	0,02	+ 0,02	–
	Auszahlungen	**221,81**	**241,97**	**+ 20,16**	**+ 9,1**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Minderauszahlungen im GB 42.02 „Landwirtschaft und ländlicher Raum"

– 448,55 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus Transfers"

Minderauszahlungen bei den Mitteln des Europäischen Landwirtschaftsfonds (– 129,04 Mio. EUR), bei den Kofinanzierungsmitteln des Bundes (– 75,93 Mio. EUR) sowie bei anderen diversen Beihilfen und Prämien (– 247,88 Mio. EUR) durch Änderungen der Auszahlungsmodalitäten bei den Direktzahlungen und den Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung in der neuen EU-Finanzperiode 2014 bis 2020. Anstelle der üblichen Herbstauszahlungen erfolgte im November/Dezember 2015 lediglich eine Vorschusszahlung, die endgültige Auszahlung erfolgte im April 2016.

Mehreinzahlungen im GB 42.03 „Forst-, Wasserressourcen und Naturgefahrenmanagement"

+ 21,48 Mio. EUR in der MVAG „Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mehreinzahlungen für Wildbach- und Lawinenverbauungsprojekte (+ 9,53 Mio. EUR) sowie für Schutzwasserbau (+ 9,50 Mio. EUR) durch die Bereitstellung von zusätzlichen Bundesmitteln aus dem Katastrophenfonds.

Minderauszahlungen im GB 42.03 „Forst-, Wasserressourcen und Naturgefahrenmanagement"

– 41,07 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit"

Minderauszahlungen im Bereich Schutzwasserbau durch die Verschiebung der Auszahlungen für den Bereich Schutzwasserbau von der MVAG „Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit" in die MVAG „Auszahlungen aus Transfers".

Daraus resultierten entsprechende Mehrauszahlungen in der MVAG „Auszahlungen aus Transfers" (siehe sogleich).

Mehrauszahlungen im GB 42.03 „Forst-, Wasserressourcen und Naturgefahrenmanagement"

+ 58,94 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus Transfers"

Mehrauszahlungen in den Bereichen Schutzwasserbau (+ 48,63 Mio. EUR) sowie für Wildbach– und Lawinenverbauungsprojekte (+ 10,56 Mio. EUR) für Sofortmaßnahmen und Folgeprojekte i.Z.m. den schweren lokalen Unwetterereignissen von Juni bis August 2015.

22.3.3 Haushaltsrücklagen

Tabelle 22.3-5: UG 42 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015

Finanzierungshaushalt

UG 42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	Anfangs-bestand	Umbuchung	Entnahme	Auflösung	Zuführung	Endbestand	Veränderung 2014 : 2015	
	in Mio. EUR							in %
Detailbudgetrücklagen	84,48	–	– 5,61	–	+ 83,74	162,60	+ 78,12	+ 92,5
Variable Auszahlungsrücklagen	206,98	–	–	– 80,13	+ 376,92	503,77	+ 296,79	+ 143,4
Zweckgebundene Einzahlungsrücklagen	9,93	–	– 2,39	–	+ 3,03	10,56	+ 0,63	+ 6,4
Gesamtsumme	**301,39**	**–**	**– 8,01**	**– 80,13**	**+ 463,69**	**676,94**	**+ 375,55**	**+ 124,6**

Quellen: Rücklagengebarung, eigene Berechnung

Der Stand der Rücklagen in der UG 42 „Land-, Forst- und Wasserwirtschaft“ belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 301,39 Mio. EUR und veränderte sich durch Entnahmen (8,01 Mio. EUR), Auflösungen (80,13 Mio. EUR) und Zuführungen (463,69 Mio. EUR) auf 676,94 Mio. EUR zum 31. Dezember 2015. Die Zuführungen resultierten aus der Zahlungsverschiebung bei den Mitteln für die ländliche Entwicklung aufgrund von Änderungen der Auszahlungsmodalitäten in der EU-Finanzperiode 2014 bis 2020. Im Verhältnis zu den veranschlagten Auszahlungen (2,145 Mrd. EUR) entsprach der Stand zum 31. Dezember 2015 einem Anteil von 31,6 %. Im BFG 2015 war für die UG 42 keine Rücklagenverwendung veranschlagt.

22.4 Finanzrahmen

Ausgehend von den tatsächlichen Auszahlungen 2015 stellen sich die Auszahlungsobergrenzen für die UG 42 „Land-, Forst- und Wasserwirtschaft“ gemäß BFRG für die Finanzjahre 2016 bis 2020 wie folgt dar:

Tabelle 22.4–1: UG 42 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020

Finanzierungshaushalt									
UG 42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	Auszahlungen (Ist)	Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG					Veränderung		
	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2015 (Ist) : 2020		durchschnittlich jährlich
	in Mio. EUR						in %		
	1.715,88	**2.135,37**	**2.138,64**	**2.155,94**	**2.160,21**	**2.164,78**	**+ 448,90**	**+ 26,2**	**+ 4,8**
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze gesamt	*74.589,49*	*78.107,49*	*78.202,70*	*78.814,08*	*80.408,66*	*83.038,37*	*+ 8.448,88*	*+ 11,3*	*+ 2,2*
Anteil der UG 42	2,3 %	2,7 %	2,7 %	2,7 %	2,7 %	2,6 %	+ 0,3 %-Punkte		–
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze Rubrik 4	*9.187,15*	*9.307,94*	*9.478,90*	*9.546,94*	*9.519,10*	*9.640,82*	*+ 453,68*	*+ 4,9*	*+ 1,0*
Anteil der UG 42	18,7 %	22,9 %	22,6 %	22,6 %	22,7 %	22,5 %	+ 3,8 %-Punkte		–

Quellen: HIS, BFRG 2016 - 2019, 2017 - 2020, eigene Berechnung

Bis zum Jahr 2020 soll die Auszahlungsobergrenze für die UG 42 „Land-, Forst- und Wasserwirtschaft“ um + 448,90 Mio. EUR (+ 26,2 %) auf 2,165 Mrd. EUR ansteigen. Dies entspricht einer Veränderungsrate gegenüber den tatsächlichen Auszahlungen 2015 von + 4,8 % im Jahresdurchschnitt. Im Jahr 2015 betrug der Anteil der UG 42 „Land-, Forst- und Wasserwirtschaft“ an den Gesamtauszahlungen 2,3 % und an den Auszahlungen der Rubrik 4 18,7 %. Der Anteil der UG 42 an der Gesamt–Auszahlungsobergrenze soll sich bis 2020 auf 2,6 % erhöhen bzw. soll er innerhalb der Rubrik 4 auf 22,5 % ansteigen.

Laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 seien dies die wichtigsten laufenden bzw. geplanten Maßnahmen und Reformen für die budgetäre Zielerreichung:

- Umsetzung der Programme im Bereich der 1. und 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) einschließlich Maßnahmen zur Chancengleichheit von Männern und Frauen im ländlichen Raum;
- Bildungsschwerpunkte im höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulwesen;

- Umsetzung der EU-Hochwasserrichtlinie, Errichtung und Instandhaltung von Schutzbauten, Schutzwald und Einzugsgebietsbewirtschaftung sowie Stärkung der Risikokommunikation über Naturgefahren;

- Erstellung, Steuerung und Umsetzung der Maßnahmenprogramme gemäß nationalem Gewässerbewirtschaftungsplan (NGP);

- Umsetzung des neuen nationalen Waldprogramms (Waldstrategie 2020+), Forcierung der Maßnahmen zur Anpassung der Wälder an den Klimawandel, Verbesserung der forstlichen Ausbildung durch eine Ausweitung der Forstwarteausbildung sowie Verbesserung des Nachhaltigkeitsmonitorings durch Umstellung der nationalen Waldinventur auf eine fortlaufende („permanente“) Erhebung.

Als erforderliche Steuerungs– und Korrekturmaßnahmen zur Einhaltung der Auszahlungsobergrenzen nennt der Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 die Anpassung der nationalen Förderinstrumente, die Umsetzung der Reorganisation in den Dienststellen sowie die Wildbach- und Lawinenverbauung – Umsetzung der Strategie 2020.

Die im BFRG 2017 bis 2020 vorgesehenen Auszahlungsobergrenzen für die Jahre 2017 bis 2019 wurden gegenüber dem bisher geltenden BFRG 2016 bis 2019 um insgesamt – 0,1 % bzw. um durchschnittlich – 2,04 Mio. EUR pro Jahr vermindert. Laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 bestünden keine wesentlichen Abweichungen gegenüber dem vorangegangenen BFRG.

Im Folgenden wird ein Überblick über die Entwicklung der tatsächlichen Auszahlungen und der Auszahlungsobergrenzen von 2011 bis 2015 bzw. ein Vergleich der Auszahlungen zu den Auszahlungsobergrenzen des derzeit geltenden BFRG 2017 bis 2020 gegeben:

Tabelle 22.4–2: UG 42 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015

Finanzierungshaushalt

UG 42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	BFRG bzw. Zahlungen					Veränderung			
	2011	2012	2013	2014	2015	2014 : 2015		2011 : 2015	
	in Mio. EUR					in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Auszahlungsobergrenze UG 42	2.094,60	2.144,59	2.093,50	2.226,27	2.144,79	– 81,49	– 3,7	+ 50,19	+ 2,4
Auszahlungen UG 42	2.033,77	2.108,94	2.126,40	2.138,28	1.715,88	– 422,40	– 19,8	– 317,89	– 15,6
Abweichung Auszahlungen : Obergrenze	**– 60,83**	**– 35,66**	**+ 32,91**	**– 87,99**	**– 428,91**				
Abweichung in %	**– 2,9 %**	**– 1,7 %**	**+ 1,6 %**	**– 4,0 %**	**– 20,0 %**				

Quellen: HIS, BFRG 2011 - 2014, 2012 - 2015, 2013 - 2016, 2014 - 2017, 2015 - 2018, eigene Berechnung

Während ursprünglich zwischen 2011 und 2015 eine Erhöhung der Auszahlungsobergrenze gemäß BFRG um insgesamt + 50,19 Mio. EUR (+ 2,4 %) vorgesehen war, reduzierten sich die Auszahlungen zwischen 2011 und 2015 tatsächlich um – 317,89 Mio. EUR (– 15,6 %). Im Jahr 2015 lagen die tatsächlichen Auszahlungen um – 428,91 Mio. EUR (– 20,0 %) unter jenen, die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen waren.

Tabelle 22.4–3: UG 42 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG

Finanzierungshaushalt						
UG 42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	**Auszahlungen (Ist)**		**durchschnittliche jährliche Veränderung**	**BFRG**	**durchschnittliche jährliche Veränderung**	**Differenz der Veränderungsraten[1)]**
	2011	**2015**	**2011 : 2015**	**2020**	**2015 (Ist) : 2020 (BFRG)**	
	in Mio. EUR		in %	in Mio. EUR	in %	in %-Punkten
	2.033,77	**1.715,88**	**– 4,2**	**2.164,78**	**+ 4,8**	**+ 8,9**
fix	*810,74*	*813,81*	*+ 0,1*	*882,10*	*+ 1,6*	*+ 1,5*
variabel	*1.223,03*	*902,07*	*– 7,3*	*1.282,68*	*+ 7,3*	*+ 14,6*

1) Rundungsdifferenz möglich

Quellen: HIS, BFRG 2017 - 2020, eigene Berechnung

Die durchschnittliche jährliche Veränderung der Auszahlungen belief sich von 2011 bis 2015 auf – 4,2 %. Laut mittelfristiger Finanzplanung bis 2020 soll sie + 4,8 % betragen und somit um 8,9 Prozentpunkte ansteigen.

Die effiziente Aufgabenwahrnehmung im Bereich der UG 42 „Land–, Forst– und Wasserwirtschaft“ sollte aus Sicht des RH durch quantifizierte strukturelle Steuerungs- und Korrekturmaßnahmen unterstützt werden.

In diesem Zusammenhang weist der RH auf folgende im Jahr 2016 dem Nationalrat vorgelegte Berichte hin:

- Agrarumweltprogramm ÖPUL 2007; Follow–up–Überprüfung (Reihe Bund 2016/3)

Das BMLFUW kam den Empfehlungen des RH nur zum Teil nach. Das BMLFUW legte insbesondere bisher keine Wirkungsindikatoren für eine gezieltere Ergebnis– und Wirkungsmessung im Rahmen der Begleitung und Bewertung des ÖPUL 2015 fest. Ebenso unterblieb eine Differenzierung von Zustandsverbesserung und Zustandserhaltung bei der Zieldefinition des ÖPUL 2015. In der Periode 2014 bis 2020 waren für das ÖPUL 2015 öffent-

liche Mittel von insgesamt 3,234 Mrd. EUR vorgesehen. Die darin enthaltenen nationalen Kofinanzierungsmittel in Höhe von 1,597 Mrd. EUR lagen um 198,59 Mio. EUR über dem für eine vollständige Ausschöpfung der EU–Mittel erforderlichen Betrag von 1,398 Mrd. EUR. Für das ÖPUL 2007 hatte die freiwillig höhere nationale Kofinanzierung rd. 410 Mio. EUR betragen.

– Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik (Reihe Bund 2016/2)

Für die Hochschule für Agrar– und Umweltpädagogik waren zwei Bundesministerien zuständig: Das BMLFUW für die Erhaltung und Finanzierung der Hochschule und das BMBF für studienrechtliche Angelegenheiten. Der RH kritisierte, dass es hierdurch zu Ineffizienzen und Doppelgleisigkeiten kam. Die Effektivität der eingesetzten Planungs– (Ressourcen–, Ziel– und Leistungspläne) und Steuerungsinstrumente (Balanced Scorecard) war nicht zur Gänze gegeben.

23 UG 43 „UMWELT“

UG 43 Umwelt – BMLFUW	
zentrale Budgetbereiche	Siedlungswasserwirtschaft
	Umweltförderung im Inland
	Altlastensanierung
	Nachhaltiger Natur– und Umweltschutz
	Emissionshandel
	Klima– und Energiefonds
	Strahlenschutz
	Abfallwirtschaft und Chemie
	JI/CDM–Programm

Quelle: HIS

23.1 Vermögensrechnung

Tabelle 23.1–1: UG 43 – Vermögensrechnung[1)]

Vermögensrechnung						
UG 43 Umwelt		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
A + B	**Vermögen**	**2.143,70**	**2.145,70**	**+ 2,00**	**+ 0,1**	**100,0**
A	Langfristiges Vermögen	2.134,42	2.131,82	– 2,60	– 0,1	99,4
A.I	Immaterielle Vermögenswerte	444,05	444,06	+ 0,02	+ 0,0	20,7
	GB 43.01 Allgemeine Umweltschutzpolitik	444,05	444,06	+ 0,02	+ 0,0	20,7
A.II	Sachanlagen	1,06	0,96	– 0,10	– 9,0	0,0
A.IV	Beteiligungen	1.494,76	1.494,76	0,00	0,0	69,7
A.IV.01	an verbundenen Unternehmen	1.491,99	1.491,99	0,00	0,0	69,5
	GB 43.02 Abfall- und Siedlungswasserwirtschaft und Chemie	1.484,97	1.484,97	0,00	0,0	69,2
A.V	Langfristige Forderungen	194,55	192,03	– 2,52	– 1,3	8,9
A.V.05	Sonstige langfristige Forderungen (v)	194,55	192,03	– 2,52	– 1,3	8,9
	GB 43.02 Abfall- und Siedlungswasserwirtschaft und Chemie	193,16	190,76	– 2,39	– 1,2	8,9
	Übrige sonstige langfristige Forderungen	193,16	190,74	– 2,41	– 1,3	8,9
B	Kurzfristiges Vermögen	9,28	13,88	+ 4,60	+ 49,6	0,6
B.II	Kurzfristige Forderungen	9,28	13,88	+ 4,60	+ 49,6	0,6
C	**Nettovermögen (Ausgleichsposten)**	**1.896,51**	**1.925,70**	**+ 29,19**	**+ 1,5**	
C.I	Neubewertungsrücklagen (Umbewertungskonto)	0,00	0,00	0,00	0,0	
C.IV	Jährliches Nettoergebnis (inkl. "Personal, das für Dritte leistet")	– 433,89	– 226,46	+ 207,43	– 47,8	
	GB 43.01 Allgemeine Umweltschutzpolitik	– 264,78	– 186,51	+ 78,27	– 29,6	
	GB 43.02 Abfall- und Siedlungswasserwirtschaft und Chemie	– 169,11	– 39,95	+ 129,15	– 76,4	
C.V	Saldo aus der jährl. Eröffnungsbilanz	1.894,66	1.896,51	+ 1,85	+ 0,1	
C.VI	Bundesfinanzierung	435,74	255,65	– 180,09	– 41,3	

Vermögensrechnung						
UG 43 Umwelt		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
D + E	**Fremdmittel**	**247,19**	**220,00**	**– 27,19**	**– 11,0**	**100,0**
D	Langfristige Fremdmittel	227,74	218,19	– 9,55	– 4,2	99,2
D.II	Langfristige Verbindlichkeiten	193,16	190,74	– 2,41	– 1,3	86,7
D.II.04	Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	193,16	190,74	– 2,41	– 1,3	86,7
	GB 43.02 Abfall- und Siedlungswasserwirtschaft und Chemie	193,16	190,74	– 2,41	– 1,3	86,7
	Übrige sonstige langfristige Verbindlichkeiten	193,16	190,74	– 2,41	– 1,3	86,7
D.III	Langfristige Rückstellungen	34,58	27,45	– 7,13	– 20,6	12,5
E	Kurzfristige Fremdmittel	19,46	1,82	– 17,64	– 90,7	0,8
E.II	Kurzfristige Verbindlichkeiten	0,75	1,69	+ 0,95	+ 126,7	0,8
E.III	Kurzfristige Rückstellungen	18,71	0,12	– 18,59	– 99,3	0,1
E.III.01	für Prozesskosten	18,71	0,12	– 18,59	– 99,3	0,1
	GB 43.01 Allgemeine Umweltschutzpolitik	18,71	0,12	– 18,59	– 99,3	0,1

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Vermögensrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 betrug in der UG 43 „Umwelt" 2,146 Mrd. EUR und stieg gegenüber 31. Dezember 2014 um + 2,00 Mio. EUR (+ 0,1 %) an. Der Anteil des kurzfristigen Vermögens betrug 0,6 % und der des langfristigen Vermögens 99,4 %. Dem Vermögen standen Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 von 220,00 Mio. EUR gegenüber, die im Vergleich zum 31. Dezember 2014 um – 27,19 Mio. EUR (– 11,0 %) zurückgingen. Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 waren zu 0,8 % kurzfristig und zu 99,2 % langfristig. Nachdem das Vermögen die Fremdmittel überstieg, ergab sich ein Nettovermögen (Ausgleichsposten) zum 31. Dezember 2015 von 1,926 Mrd. EUR (+ 29,19 Mio. EUR bzw. + 1,5 % gegenüber 31. Dezember 2014).

A. und B. Vermögen

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 (2,146 Mrd. EUR) setzte sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- A.I Immaterielle Vermögenswerte: 444,06 Mio. EUR (20,7 %) in Form von Emissionszertifikaten;
- A.IV Beteiligungen: 1,495 Mrd. EUR (69,7 %), davon 1,492 Mrd. EUR für Beteiligungen an verbundenen Unternehmen (vor allem Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds sowie Umweltbundesamt GmbH);

– A.V Langfristige Forderungen: 192,03 Mio. EUR (8,9 %) für Sonstige langfristige Forderungen (veranschlagt) (resultierend aus Bankgarantien für grenzüberschreitende Verbringungen gemäß Art. 6 EG Abfallverbringungs-Verordnung).

D. und E. Fremdmittel

Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 (220,00 Mio. EUR) setzten sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

– D.II Langfristige Verbindlichkeiten: 190,74 Mio. EUR (86,7 %) für Sonstige langfristige Verbindlichkeiten (Bankgarantien);

Der Rückgang der Fremdmittel gegenüber 31. Dezember 2014 von – 27,19 Mio. EUR (– 11,0 %) war insbesondere auf Veränderungen bei Rückstellungen für Prozesskosten (E.III.01) von – 18,59 Mio. EUR (– 99,3 %) zurückzuführen.

23.2 Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung

Tabelle 23.2-1: UG 43 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung[1)]

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 43 Umwelt		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
A	**Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (= A.I + A.II – A.III – A.IV)**	**– 3,86**	**+ 49,85**	**+ 53,70**	**– 1.392,8**	**– 8,55**	**+ 22,83**	**+ 31,38**	**– 367,1**	**– 27,01**
A.II	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	56,07	107,59	+ 51,52	+ 91,9	54,05	81,32	+ 27,27	+ 50,4	– 26,27
A.II.01	Erträge aus wirtschaftlicher Tätigkeit	53,34	78,60	+ 25,25	+ 47,3	53,34	78,60	+ 25,25	+ 47,3	0,00
	GB 43.01 Allgemeine Umweltschutzpolitik	53,34	78,60	+ 25,25	+ 47,3	53,34	78,60	+ 25,25	+ 47,3	0,00
A.II.03	Sonstige Erträge	2,01	25,76	+ 23,74	+ 1.179,0				–	– 25,76
	GB 43.02 Abfall- und Siedlungswasserwirtschaft und Chemie		18,59	+ 18,59	–				–	– 18,59
A.IV	Betrieblicher Sachaufwand	59,93	57,75	– 2,18	– 3,6	62,60	58,49	– 4,11	– 6,6	+ 0,74
A.IV.06	Aufwand für Werkleistungen	55,11	53,65	– 1,46	– 2,7	57,83	55,50	– 2,33	– 4,0	+ 1,85
	GB 43.01 Allgemeine Umweltschutzpolitik	33,22	25,47	– 7,75	– 23,3	35,94	25,80	– 10,14	– 28,2	+ 0,34
B	**Transferergebnis (= B.I – B.II)**	**– 429,11**	**– 276,31**	**+ 152,80**	**– 35,6**	**– 426,96**	**– 278,48**	**+ 148,48**	**– 34,8**	**– 2,17**
B.I	Erträge aus Transfers	251,98	342,17	+ 90,18	+ 35,8	252,10	341,69	+ 89,59	+ 35,5	– 0,48
B.I.05	Erträge aus Transfers innerhalb des Bundes	204,73	296,07	+ 91,34	+ 44,6	204,73	296,07	+ 91,34	+ 44,6	0,00
	GB 43.02 Abfall- und Siedlungswasserwirtschaft und Chemie	204,73	296,07	+ 91,34	+ 44,6	204,73	296,07	+ 91,34	+ 44,6	0,00

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 43 Umwelt		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
B.II	Transferaufwand	681,10	618,48	– 62,61	– 9,2	679,06	620,17	– 58,90	– 8,7	+ 1,69
B.II.01	Aufwand für Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger	53,23	53,84	+ 0,62	+ 1,2	53,06	53,84	+ 0,78	+ 1,5	0,00
	GB 43.01 Allgemeine Umweltschutzpolitik	53,23	53,82	+ 0,59	+ 1,1	53,06	53,82	+ 0,76	+ 1,4	0,00
B.II.05	Transfers an private Haushalte	586,89	530,97	– 55,92	– 9,5	586,87	530,97	– 55,90	– 9,5	+ 0,00
	GB 43.01 Allgemeine Umweltschutzpolitik	189,09	157,98	– 31,11	– 16,5	189,08	157,98	– 31,09	– 16,4	+ 0,00
	GB 43.02 Abfall- und Siedlungswasserwirtschaft und Chemie	397,80	372,99	– 24,81	– 6,2	397,80	372,99	– 24,81	– 6,2	+ 0,00
C	**Ergebnis aus d. operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers (= A + B)**	**– 432,97**	**– 226,47**	**+ 206,50**	**– 47,7**	**– 435,51**	**– 255,65**	**+ 179,86**	**– 41,3**	**– 29,18**
D	**Finanzergebnis (= D.I – D.II)**	**– 0,92**	**+ 0,01**	**+ 0,93**	**– 100,9**	**+ 0,02**	**+ 0,01**	**– 0,01**	**– 44,0**	**0,00**
D.I	Finanzerträge	0,02	0,01	– 0,01	– 44,0	0,02	0,01	– 0,01	– 44,0	0,00
D.II	Finanzaufwand	0,94		– 0,94	– 100,0				–	0,00
D*	**Geldfluss aus der Investitionstätigkeit**					**– 0,26**	**– 0,08**	**+ 0,18**	**– 69,2**	**– 0,08**
E	**Nettoergebnis (ER: C + D) / Nettofinanzierungssaldo (FR: C + D + C* + D*)**	**– 433,89**	**– 226,46**	**+ 207,43**	**– 47,8**	**– 435,76**	**– 255,72**	**+ 180,04**	**– 41,3**	**– 29,26**
	davon Erträge/Einzahlungen	308,07	449,77	+ 141,70	+ 46,0	306,17	423,02	+ 116,85	+ 38,2	– 26,75
	davon Aufwendungen/Auszahlungen	741,96	676,23	– 65,73	– 8,9	741,93	678,74	– 63,19	– 8,5	+ 2,51
	davon Erträge aus Vorperioden	– 0,00		+ 0,00	– 100,0				–	0,00
	davon Aufwand aus Vorperioden		0,85	+ 0,85	–				–	– 0,85
	um Vorperioden bereinigtes Nettoergebnis	**– 433,89**	**– 225,62**	**+ 208,27**	**– 48,0**	**– 435,76**	**– 255,72**	**+ 180,04**	**– 41,3**	**– 30,11**

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Ergebnis- und Finanzierungsrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

In der UG 43 „Umwelt“ betrug das Nettoergebnis 2015 (E) der konsolidierten Ergebnisrechnung – 226,46 Mio. EUR. Es setzte sich zusammen aus

- dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) von + 49,85 Mio. EUR (+ 53,70 Mio. EUR gegenüber 2014),
- dem Transferergebnis (B) von – 276,31 Mio. EUR (+ 152,80 Mio. EUR gegenüber 2014) und
- dem Finanzergebnis (D) von + 0,01 Mio. EUR (+ 0,93 Mio. EUR gegenüber 2014).

Die Erträge in der UG 43 machten 449,77 Mio. EUR,

- darunter 107,59 Mio. EUR aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II), 342,17 Mio. EUR aus Transfers (B.I) und 0,01 Mio. EUR aus Finanzerträgen (D.I)

und die Aufwendungen 676,23 Mio. EUR aus,

- darunter 57,75 Mio. EUR aus betrieblichem Sachaufwand (A.IV) und 618,48 Mio. EUR aus Transferaufwand (B.II).

Das Nettoergebnis 2015 verbesserte sich um 207,43 Mio. EUR bzw. um 47,8 % gegenüber 2014.

A. Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit

Die Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) betrugen 107,59 Mio. EUR.

- Die Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) waren zum überwiegenden Teil den Erträgen aus wirtschaftlicher Tätigkeit (78,60 Mio. EUR) für den Emissionshandel (Erlöse aus den Versteigerungen von Emissionszertifikaten) zuzuordnen.

Den Erträgen standen Aufwendungen für betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von 57,75 Mio. EUR gegenüber.

- Der betriebliche Sachaufwand entstand insbesondere für Werkleistungen (53,65 Mio. EUR), hauptsächlich in den Bereichen Umweltförderung im Inland, nachhaltiger Natur- und Umweltschutz, Abfallwirtschaft und Chemie und Altlastensanierung.

Das Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit 2015 verbesserte sich um 53,70 Mio. EUR gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten bei

- den Erträgen aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) von + 51,52 Mio. EUR: darunter Erträge aus wirtschaftlicher Tätigkeit (+ 25,25 Mio. EUR) und Sonstige Erträge (+ 23,74 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMLFUW seien die höheren Erträge aus wirtschaftlicher Tätigkeit im Zusammenhang mit Versteigerungen von Emissionszer-

tifikaten sowie höheren Sonstigen Erträgen aus der Auflösung einer Prozesskostenrückstellung entstanden.

B. Transferergebnis

Die Erträge aus Transfers (B.I) betrugen 342,17 Mio. EUR. Den Erträgen stand ein Transferaufwand (B.II) von 618,48 Mio. EUR gegenüber.

- Eine wesentliche Position der Erträge aus Transfers (B.I) betraf Transfers innerhalb des Bundes (296,07 Mio. EUR), die das BMF aus Steueranteilen für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft an die UG 43 „Umwelt“ überwies.

- Der Transferaufwand entstand insbesondere für Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger (53,84 Mio. EUR), vor allem an den Klima- und Energiefonds, sowie für Transfers an private Haushalte (530,97 Mio. EUR) insbesondere für die Siedlungswasserwirtschaft, Umweltförderung im Inland, Altlastensanierung und den nachhaltigen Natur- und Umweltschutz.

Das Transferergebnis 2015 verbesserte sich um 152,80 Mio. EUR bzw. um 35,6 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten bei

- den Erträgen aus Transfers (B.I) von + 90,18 Mio. EUR: darunter Transfers innerhalb des Bundes (+ 91,34 Mio. EUR) und

- dem Transferaufwand (B.II) von – 62,61 Mio. EUR: darunter Transfers an private Haushalte (– 55,92 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMLFUW seien die Erträge aus Transfers innerhalb des Bundes nach dem Rückgang im Jahr 2014 wieder angestiegen. Im Jahr 2014 seien im Bereich der Abfall- und Siedlungswasserwirtschaft teilweise statt der Überweisung von Steueranteilen durch das BMF Rücklagen verwendet worden. Der Transferaufwand an private Haushalte habe sich vermindert, nachdem im Bereich der Förderungen für thermische Sanierung der Auszahlungsbedarf zurückgegangen sei. Ebenfalls rückläufig sei der Auszahlungsbedarf im Rahmen der Altlastensanierung gemäß der Projektfortschritte gewesen.

E. Nettoergebnis versus Nettofinanzierungssaldo

Der Nettofinanzierungssaldo aus der konsolidierten Finanzierungsrechnung fiel mit – 255,72 Mio. EUR um 29,26 Mio. EUR ungünstiger aus als das

Nettoergebnis aus der konsolidierten Ergebnisrechnung (– 226,46 Mio. EUR). Im Nettofinanzierungssaldo waren Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus der Investitionstätigkeit (– 0,08 Mio. EUR) berücksichtigt, die im Nettoergebnis nicht enthalten waren.

Weitere Unterschiede zwischen dem Nettofinanzierungssaldo und dem Nettoergebnis beruhten auf Abweichungen zwischen dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) (– 27,01 Mio. EUR) und dem Transferergebnis (B) (– 2,17 Mio. EUR) vom korrespondierenden Geldfluss. Dafür verantwortlich war im Wesentlichen die folgende Position:

- Abweichungen bei den Erträgen aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) von – 26,27 Mio. EUR: davon Sonstige Erträge (– 25,76 Mio. EUR) resultierend aus der Auflösung einer Prozesskostenrückstellung, die sich nur auf den Saldo der Ergebnis- nicht aber jenen der Finanzierungsrechnung auswirkte.

23.3 Voranschlagsvergleichsrechnungen

23.3.1 Ergebnishaushalt

Tabelle 23.3-1: UG 43 – Ergebnishaushalt 2015

Ergebnishaushalt							
UG 43 Umwelt	**Erfolg 2014**	**Voranschlag 2015**	**Erfolg 2015**	**Veränderung Erfolg 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015**	
	in Mio. EUR			in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Erträge	308,07	549,68	449,77	+ 141,70	+ 46,0	– 99,91	– 18,2
Aufwendungen	741,96	642,94	676,23	– 65,73	– 8,9	+ 33,29	+ 5,2
Nettoergebnis	**– 433,89**	**– 93,25**	**– 226,46**	**+ 207,43**	**– 47,8**	**– 133,21**	**+ 142,8**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Erträge in der UG 43 „Umwelt“ 449,77 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um + 141,70 Mio. EUR (+ 46,0 %) angestiegen und gegenüber dem Voranschlag um – 99,91 Mio. EUR (– 18,2 %) gesunken.

Die Aufwendungen des Jahres 2015 waren mit 676,23 Mio. EUR um – 65,73 Mio. EUR (– 8,9 %) niedriger als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Aufwendungen um + 33,29 Mio. EUR (+ 5,2 %) höher.

Das Nettoergebnis der UG 43 „Umwelt“ lag 2015 bei – 226,46 Mio. EUR. Es war um 207,43 Mio. EUR bzw. um 47,8 % besser als jenes für 2014

(– 433,89 Mio. EUR) und um 133,21 Mio. EUR bzw. um 142,8 % schlechter als im Voranschlag (– 93,25 Mio. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*grün und kursiv*) fassen die vom BMLFUW bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 43 „Umwelt" (Tabelle I.2.11.1)**.

Tabelle 23.3-2: Ergebnishaushalt, UG 43 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Ergebnishaushalt					
UG 43 Umwelt		**Voranschlag 2015**	**Erfolg 2015**	**Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015**	
		in Mio. EUR			in %
	Erträge	**549,68**	**449,77**	**– 99,91**	**– 18,2**
	Aufwendungen	**642,94**	**676,23**	**+ 33,29**	**+ 5,2**
	Nettoergebnis	**– 93,25**	**– 226,46**	**– 133,21**	
GB 43.01	**Allgemeine Umweltschutzpolitik**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	213,37	87,87	– 125,49	– 58,8
	Finanzerträge	–	0,00	+ 0,00	–
	Erträge	**213,37**	**87,88**	**– 125,49**	**– 58,8**
	Transferaufwand	189,58	245,23	+ 55,65	+ 29,4
	Betrieblicher Sachaufwand	52,33	29,15	– 23,17	– 44,3
	Aufwendungen	**241,90**	**274,38**	**+ 32,48**	**+ 13,4**
GB 43.02	**Abfall- und Siedlungswasserwirtschaft und Chemie**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	336,32	361,89	+ 25,57	+ 7,6
	Finanzerträge	0,00	0,01	+ 0,00	+ 213,4
	Erträge	**336,32**	**361,89**	**+ 25,58**	**+ 7,6**
	Transferaufwand	369,49	373,25	+ 3,77	+ 1,0
	Betrieblicher Sachaufwand	31,55	28,59	– 2,95	– 9,4
	Aufwendungen	**401,03**	**401,85**	**+ 0,81**	**+ 0,2**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mindererträge im GB 43.01 „Allgemeine Umweltschutzpolitik"

– 125,49 Mio. EUR in der MVAG „Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mindererträge aus den Versteigerungserlösen von Emissionszertifikaten durch die Versteigerung von wesentlich weniger Zertifikaten zu erheblich niedrigeren Zertifikatspreisen als bei der Budgetierung angenommen wurde.

Mehraufwendungen im GB 43.01 „Allgemeine Umweltschutzpolitik"

+ 55,65 Mio. EUR in der MVAG „Transferaufwand"

Mehraufwendungen für die Abwicklung der ursprünglich in der UG 40 „Wirtschaft" vorgesehenen Mittel für die „Thermische Sanierung" (+ 40,00 Mio. EUR) in der UG 43; Mehraufwendungen durch Projektfortschritte und entsprechende Abwicklungskosten von Umweltförderungsprogrammen im Inland (+ 13,02 Mio. EUR).

Minderaufwendungen im GB 43.01 „Allgemeine Umweltschutzpolitik"

– 23,17 Mio. EUR in der MVAG „Betrieblicher Sachaufwand"

Minderaufwendungen für internationale Klimaschutzprogramme, die als Betrieblicher Sachaufwand veranschlagt waren und deren Abrechnung korrekterweise als Transferaufwand zu erfolgen hatte (– 9,09 Mio. EUR). Weitere Minderaufwendungen resultierten aus Einsparungen, die zur Bedeckung von Umweltförderungsprogrammen im Inland herangezogen wurden (– 9,36 Mio. EUR).

Mehrerträge im GB 43.02 „Abfall– und Siedlungswasserwirtschaft und Chemie"

+ 25,57 Mio. EUR in der MVAG „Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mehrerträge durch die Auflösung einer Rückstellung für Prozesskosten durch den Wegfall des Rückstellungsgrundes (+ 18,59 Mio. EUR) sowie durch Projektfortschritte in der Siedlungswasserwirtschaft (+ 5,70 Mio. EUR).

23.3.2 Finanzierungshaushalt

Tabelle 23.3-3: UG 43 – Finanzierungshaushalt 2015

Finanzierungshaushalt							
UG 43 Umwelt	**Zahlungen 2014**	**Voranschlag 2015**	**Zahlungen 2015**	**Veränderung Zahlungen 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015**	
	in Mio. EUR			in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Einzahlungen	306,17	549,68	423,02	+ 116,85	+ 38,2	– 126,67	– 23,0
Auszahlungen	741,93	643,01	678,74	– 63,19	– 8,5	+ 35,72	+ 5,6
Nettofinanzierungssaldo	**– 435,76**	**– 93,33**	**– 255,72**	**+ 180,04**	**– 41,3**	**– 162,39**	**+ 174,0**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Einzahlungen in der UG 43 „Umwelt“ 423,02 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um + 116,85 Mio. EUR (+ 38,2 %) angestiegen und gegenüber dem Voranschlag um – 126,67 Mio. EUR (– 23,0 %) gesunken.

Die Auszahlungen des Jahres 2015 waren mit 678,74 Mio. EUR um – 63,19 Mio. EUR (– 8,5 %) niedriger als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Auszahlungen um + 35,72 Mio. EUR (+ 5,6 %) höher.

Der Nettofinanzierungssaldo der UG 43 „Umwelt“ lag 2015 bei – 255,72 Mio. EUR. Er war um 180,04 Mio. EUR bzw. um 41,3 % besser als jener für 2014 (– 435,76 Mio. EUR) und um 162,39 Mio. EUR bzw. um 174,0 % schlechter als im Voranschlag (– 93,33 Mio. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*blau und kursiv*) fassen die vom BMLFUW bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 43 „Umwelt“ (Tabelle I.2.8.1)**.

Tabelle 23.3-4: Finanzierungshaushalt, UG 43 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Finanzierungshaushalt					
UG 43 Umwelt		Voranschlag 2015	Zahlungen 2015	Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015	
		in Mio. EUR			in %
	Einzahlungen	**549,68**	**423,02**	**– 126,67**	**– 23,0**
	Auszahlungen	**643,01**	**678,74**	**+ 35,72**	**+ 5,6**
	Nettofinanzierungssaldo	**– 93,33**	**– 255,72**	**– 162,39**	
GB 43.01	**Allgemeine Umweltschutzpolitik**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	213,37	80,70	– 132,67	– 62,2
	Einzahlungen	**213,37**	**80,70**	**– 132,67**	**– 62,2**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	52,13	28,42	– 23,71	– 45,5
	Auszahlungen aus Transfers	189,58	246,92	+ 57,34	+ 30,2
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,28	0,08	– 0,19	– 70,5
	Auszahlungen	**241,98**	**275,42**	**+ 33,44**	**+ 13,8**
GB 43.02	**Abfall- und Siedlungswasserwirtschaft und Chemie**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	336,32	342,31	+ 6,00	+ 1,8
	Einzahlungen	**336,32**	**342,31**	**+ 6,00**	**+ 1,8**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	31,55	30,07	– 1,48	– 4,7
	Auszahlungen aus Transfers	369,49	373,25	+ 3,76	+ 1,0
	Auszahlungen	**401,03**	**403,31**	**+ 2,28**	**+ 0,6**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mindereinzahlungen im GB 43.01 „Allgemeine Umweltschutzpolitik"

– 132,67 Mio. EUR in der MVAG „Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mindereinzahlungen aus den Versteigerungserlösen von Emissionszertifikaten durch die Versteigerung von wesentlich weniger Zertifikaten zu erheblich niedrigeren Zertifikatspreisen als bei der Budgetierung angenommen wurde.

Minderauszahlungen im GB 43.01 „Allgemeine Umweltschutzpolitik"

– 23,71 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit"

Minderauszahlungen für internationale Klimaschutzprogramme, die als Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit veranschlagt waren und deren Abrechnung korrekterweise als Auszahlungen aus Transfers zu erfol-

gen hatte (– 9,09 Mio. EUR). Weitere Minderauszahlungen resultierten aus Einsparungen, die zur Bedeckung von Umweltförderungsprogrammen im Inland herangezogen wurden (– 9,36 Mio. EUR).

Mehrauszahlungen im GB 43.01 „Allgemeine Umweltschutzpolitik"

+ 57,34 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus Transfers"

Mehrauszahlungen für die Abwicklung der ursprünglich in der UG 40 „Wirtschaft" vorgesehenen Mittel für die „Thermischen Sanierung" (+ 40,00 Mio. EUR) in der UG 43; Mehrauszahlungen durch Projektfortschritte und entsprechende Abwicklungskosten von Umweltförderungsprogrammen im Inland (+ 13,02 Mio. EUR).

23.3.3 Haushaltsrücklagen

Tabelle 23.3-5: UG 43 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015

Finanzierungshaushalt

UG 43 Umwelt	Anfangsbestand	Umbuchung	Entnahme	Auflösung	Zuführung	Endbestand	Veränderung 2014 : 2015	
	in Mio. EUR							in %
Detailbudgetrücklagen	465,63	–	– 21,61	–	+ 0,32	444,34	– 21,29	– 4,6
Zweckgebundene Einzahlungsrücklagen	258,08	–	–	–	+ 11,28	269,36	+ 11,28	+ 4,4
Gesamtsumme	**723,71**	**–**	**– 21,61**	**–**	**+ 11,60**	**713,70**	**– 10,01**	**– 1,4**

Quellen: Rücklagengebarung, eigene Berechnung

Der Stand der Rücklagen in der UG 43 „Umwelt" belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 723,71 Mio. EUR und veränderte sich durch Entnahmen (21,61 Mio. EUR) und Zuführungen (11,60 Mio. EUR) auf 713,70 Mio. EUR zum 31. Dezember 2015. Im Verhältnis zu den veranschlagten Auszahlungen (643,01 Mio. EUR) entsprach der Stand zum 31. Dezember 2015 einem Anteil von 111,0 %. Im BFG 2015 war für die UG 43 eine Rücklagenverwendung von 21,50 Mio. EUR (davon 20,00 Mio. EUR für Klimaschutzmaßnahmen) berücksichtigt, die in der mittelfristigen Finanzplanung nicht enthalten war und die Auszahlungsobergrenze für das Jahr 2015 (621,51 Mio. EUR) erhöhte (siehe auch **TZ 23.4**).

23.4 Finanzrahmen

Ausgehend von den tatsächlichen Auszahlungen 2015 stellen sich die Auszahlungsobergrenzen für die UG 43 „Umwelt“ gemäß BFRG für die Finanzjahre 2016 bis 2020 wie folgt dar:

Tabelle 23.4–1: UG 43 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020

Finanzierungshaushalt									
UG 43 Umwelt	Auszahlungen (Ist)	Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG					Veränderung		
	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2015 (Ist) : 2020		durchschnittlich jährlich
	in Mio. EUR						in Mio. EUR	in %	in %
	678,74	**615,47**	**608,16**	**600,52**	**591,71**	**582,48**	**– 96,26**	**– 14,2**	**– 3,0**
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze gesamt	*74.589,49*	*78.107,49*	*78.202,70*	*78.814,08*	*80.408,66*	*83.038,37*	*+ 8.448,88*	*+ 11,3*	*+ 2,2*
Anteil der UG 43	0,9 %	0,8 %	0,8 %	0,8 %	0,7 %	0,7 %	– 0,2 %-Punkte		–
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze Rubrik 4	*9.187,15*	*9.307,94*	*9.478,90*	*9.546,94*	*9.519,10*	*9.640,82*	*+ 453,68*	*+ 4,9*	*+ 1,0*
Anteil der UG 43	7,4 %	6,6 %	6,4 %	6,3 %	6,2 %	6,0 %	– 1,3 %-Punkte		–

Quellen: HIS, BFRG 2016 - 2019, 2017 - 2020, eigene Berechnung

Bis zum Jahr 2020 soll die Auszahlungsobergrenze für die UG 43 „Umwelt“ um - 96,26 Mio. EUR (– 14,2 %) auf 582,48 Mio. EUR sinken. Dies entspricht einer Veränderungsrate gegenüber den tatsächlichen Auszahlungen 2015 von – 3,0 % im Jahresdurchschnitt. Im Jahr 2015 betrug der Anteil der UG 43 „Umwelt“ an den Gesamtauszahlungen 0,9 % und an den Auszahlungen der Rubrik 4 7,4 %. Der Anteil der UG 43 an der Gesamt–Auszahlungsobergrenze soll bis 2020 auf 0,7 % zurückgehen bzw. innerhalb der Rubrik 4 auf 6,0 % sinken.

Laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 seien folgende laufende bzw. geplante Maßnahmen und Reformen besonders wichtig für die budgetäre Zielerreichung:

- Erstellung und Koordination der Umsetzung des „Maßnahmenprogramms 2015 und Folgejahre“ nach dem Klimaschutzgesetz, Fortführung von klimarelevanten Förderungen, Impulsprogrammen und Anreizsystemen, Umsetzung der Klimawandel–Anpassungsstrategie, nationale Koordination der Umsetzung der EU–Klima– und Energiestrategie;

- Umsetzung des Masterplans green jobs/Umwelttechnologie und Umsetzung des Nationalen Aktionsplans für nachhaltige öffentliche Beschaffung;
- Weiterentwicklung und Umsetzung der luftrelevanten Gesetze und deren Verordnungen auf Basis neuer EU–rechtlicher Vorgaben;
- Sicherstellung von Investitionen für Neuerrichtung und Werterhaltung der Wasserinfrastruktur und einer für die Bevölkerung zumutbaren und sozialverträglichen Gebührengestaltung;
- Umsetzung und Weiterentwicklung des Maßnahmenpakets Naturschutz/biologische Vielfalt;
- verstärkte Überprüfung der Einhaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen betreffend das Inverkehrbringen gefährlicher chemischer Produkte.

Der Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 nennt keine erforderlichen Steuerungs– und Korrekturmaßnahmen zur Einhaltung der Auszahlungsobergrenzen in der UG 43 „Umwelt“.

Die im BFRG 2017 bis 2020 vorgesehenen Auszahlungsobergrenzen für die Jahre 2017 bis 2019 wurden gegenüber dem bisher geltenden BFRG 2016 bis 2019 nicht verändert.

Im Folgenden wird ein Überblick über die Entwicklung der tatsächlichen Auszahlungen und der Auszahlungsobergrenzen von 2011 bis 2015 bzw. ein Vergleich der Auszahlungen zu den Auszahlungsobergrenzen des derzeit geltenden BFRG 2017 bis 2020 gegeben:

Tabelle 23.4–2: UG 43 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015

Finanzierungshaushalt									
UG 43 Umwelt	**BFRG bzw. Zahlungen**					**Veränderung**			
	2011	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	**2014 : 2015**		**2011 : 2015**	
	in Mio. EUR					in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Auszahlungsobergrenze UG 43	795,60	1.007,45	658,25	520,98	621,51	+ 100,53	+ 19,3	– 174,09	– 21,9
Auszahlungen UG 43	677,99	735,45	794,74	741,93	678,74	– 63,19	– 8,5	+ 0,74	+ 0,1
Abweichung Auszahlungen : Obergrenze	**– 117,61**	**– 272,00**	**+ 136,49**	**+ 220,95**	**+ 57,22**				
Abweichung in %	**– 14,8 %**	**– 27,0 %**	**+ 20,7 %**	**+ 42,4 %**	**+ 9,2 %**				

Quellen: HIS, BFRG 2011 - 2014, 2012 - 2015, 2013 - 2016, 2014 - 2017, 2015 - 2018, eigene Berechnung

Während ursprünglich zwischen 2011 und 2015 eine Reduzierung der Auszahlungsobergrenze gemäß BFRG um insgesamt - 174,09 Mio. EUR (– 21,9 %) vorgesehen war, erhöhten sich die Auszahlungen zwischen 2011 und 2015 tatsächlich um + 0,74 Mio. EUR (+ 0,1 %). Im Jahr 2015 lagen die tatsächlichen Auszahlungen um + 57,22 Mio. EUR (+ 9,2 %) über jenen, die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen waren.

Tabelle 23.4–3: UG 43 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG

Finanzierungshaushalt						
UG 43 Umwelt	Auszahlungen (Ist)		durchschnittliche jährliche Veränderung	BFRG	durchschnittliche jährliche Veränderung	Differenz der Veränderungsraten[1]
	2011	2015	2011 : 2015	2020	2015 (Ist) : 2020 (BFRG)	
	in Mio. EUR		in %	in Mio. EUR	in %	in %-Punkten
	677,99	678,74	+ 0,0	582,48	– 3,0	– 3,0

1) Rundungsdifferenz möglich

Quellen: HIS, BFRG 2017 - 2020, eigene Berechnung

Die durchschnittliche jährliche Veränderung der Auszahlungen belief sich von 2011 bis 2015 auf + 0,0 %. Laut mittelfristiger Finanzplanung bis 2020 soll sie – 3,0 % betragen und somit um 3,0 Prozentpunkte zurückgehen.

Um die Auszahlungsobergrenzen in der UG 43 „Umwelt“ bis 2020 einhalten zu können, bedarf es aus Sicht des RH der Umsetzung quantifizierter struktureller Steuerungs- und Korrekturmaßnahmen.

In diesem Zusammenhang weist der RH auf folgenden im Jahr 2015 dem Nationalrat vorgelegten Bericht hin:

- Betriebliche Umweltförderungen des Bundes und der Länder (Reihe Bund 2015/17)

Der RH kritisierte, dass im Bereich der betrieblichen Umweltförderungen auf Bundes– und Landesebene mehrere Förderprogramme/Fördertöpfe für weitgehend gleiche Förderziele und Fördergegenstände nebeneinander bestanden. Ein gebietskörperschaftsübergreifender Gesamtüberblick über die eingesetzten Fördermittel und erzielten Wirkungen je Fördermaßnahme war nicht gegeben. Die Vielfalt der Förderprogramme wie auch ihre Heterogenität in Aufbau, Inhalt und Begrifflichkeit machten die Förderlandschaft intransparent.

24 UG 44 „FINANZAUSGLEICH“

UG 44 Finanzausgleich – BMF	
zentrale Budgetbereiche	Katastrophenfonds
	Zuschüsse für Krankenanstalten
	Finanzkraftstärkung der Gemeinden
	Transfers an Länder und Gemeinden
	Finanzzuweisungen in Nahverkehrsangelegenheiten
	Bedarfszuweisung an Länder

Quelle: HIS

24.1 Vermögensrechnung

Tabelle 24.1–1: UG 44 – Vermögensrechnung[1)]

Vermögensrechnung						
UG 44 Finanzausgleich		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
C	**Nettovermögen (Ausgleichsposten)**	**– 0,39**	**0,00**	**+ 0,39**	**– 100,0**	
C.IV	Jährliches Nettoergebnis (inkl. "Personal, das für Dritte leistet")	– 300,01	– 308,99	– 8,98	+ 3,0	
	GB 44.01 Transfers an Länder und Gemeinden	– 326,18	– 331,60	– 5,42	+ 1,7	
	GB 44.02 Katastrophenfonds	26,17	22,61	– 3,56	– 13,6	
C.V	Saldo aus der jährl. Eröffnungsbilanz	– 0,16	– 0,39	– 0,23	+ 142,5	
C.VI	Bundesfinanzierung	299,78	309,38	+ 9,60	+ 3,2	
D + E	**Fremdmittel**	**0,39**	**0,00**	**– 0,39**	**– 100,0**	**–**
E	Kurzfristige Fremdmittel	0,39	0,00	– 0,39	– 100,0	–
E.II	Kurzfristige Verbindlichkeiten	0,39	0,00	– 0,39	– 100,0	–

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Vermögensrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

In der UG 44 „Finanzausgleich“ gab es zum 31. Dezember 2015 kein Vermögen und keine Fremdmittel. Die Fremdmittel, die zum 31. Dezember 2014 noch 0,39 Mio. EUR betrugen, gingen um 100,0 % zurück.

24.2 Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung

Tabelle 24.2-1: UG 44 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung[1)]

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 44 Finanzausgleich		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
A	**Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (= A.I + A.II – A.III – A.IV)**	**+ 0,71**	**+ 51,57**	**+ 50,86**	**+ 7.116,8**	**+ 0,71**	**+ 51,57**	**+ 50,86**	**+ 7.116,8**	**0,00**
A.II	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,71	51,57	+ 50,86	+ 7.116,8	0,71	51,57	+ 50,86	+ 7.116,8	0,00
A.II.03	Sonstige Erträge		51,57	+ 51,57	–		51,57	+ 51,57	–	0,00
	GB 44.01 Transfers an Länder und Gemeinden		51,57	+ 51,57	–		51,57	+ 51,57	–	0,00
B	**Transferergebnis (= B.I – B.II)**	**– 300,72**	**– 360,56**	**– 59,84**	**+ 19,9**	**– 300,72**	**– 360,56**	**– 59,84**	**+ 19,9**	**0,00**
B.I	Erträge aus Transfers	575,05	536,65	– 38,40	– 6,7	575,05	536,65	– 38,40	– 6,7	0,00
B.I.05	Erträge aus Transfers innerhalb des Bundes	575,05	536,16	– 38,89	– 6,8	575,05	536,16	– 38,89	– 6,8	0,00
	GB 44.01 Transfers an Länder und Gemeinden	150,68	155,10	+ 4,43	+ 2,9	150,68	155,10	+ 4,43	+ 2,9	0,00
	GB 44.02 Katastrophenfonds	424,37	381,06	– 43,32	– 10,2	424,37	381,06	– 43,32	– 10,2	0,00
B.II	Transferaufwand	875,78	897,21	+ 21,44	+ 2,4	875,78	897,21	+ 21,44	+ 2,4	0,00
B.II.01	Aufwand für Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger	583,84	623,13	+ 39,30	+ 6,7	583,84	623,13	+ 39,30	+ 6,7	0,00
	GB 44.01 Transfers an Länder und Gemeinden	477,58	538,28	+ 60,70	+ 12,7	477,58	538,28	+ 60,70	+ 12,7	0,00
	GB 44.02 Katastrophenfonds	106,26	84,86	– 21,41	– 20,1	106,26	84,86	– 21,41	– 20,1	0,00
B.II.06	Aufwand für sonstige Transfers	272,12	254,93	– 17,19	– 6,3	272,12	254,93	– 17,19	– 6,3	0,00
	GB 44.02 Katastrophenfonds	272,12	254,93	– 17,19	– 6,3	272,12	254,93	– 17,19	– 6,3	0,00
C	**Ergebnis aus d. operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers (= A + B)**	**– 300,01**	**– 308,99**	**– 8,98**	**+ 3,0**	**– 300,01**	**– 308,99**	**– 8,98**	**+ 3,0**	**0,00**
E	**Nettoergebnis (ER: C + D) / Nettofinanzierungssaldo (FR: C + D + C* + D*)**	**– 300,01**	**– 308,99**	**– 8,98**	**+ 3,0**	**– 300,01**	**– 308,99**	**– 8,98**	**+ 3,0**	**0,00**
	davon Erträge/ Einzahlungen	575,77	588,23	+ 12,46	+ 2,2	575,77	588,23	+ 12,46	+ 2,2	0,00
	davon Aufwendungen/ Auszahlungen	875,78	897,21	+ 21,44	+ 2,4	875,78	897,21	+ 21,44	+ 2,4	0,00

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Ergebnis- und Finanzierungsrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

In der UG 44 „Finanzausgleich“ betrug das Nettoergebnis 2015 (E) der konsolidierten Ergebnisrechnung – 308,99 Mio. EUR. Es setzte sich zusammen aus

- dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) von + 51,57 Mio. EUR (+ 50,86 Mio. EUR gegenüber 2014) und
- dem Transferergebnis (B) von – 360,56 Mio. EUR (– 59,84 Mio. EUR gegenüber 2014).

Die Erträge in der UG 44 machten 588,23 Mio. EUR,

- darunter 51,57 Mio. EUR aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II), 536,65 Mio. EUR aus Transfers (B.I)

und die Aufwendungen 897,21 Mio. EUR aus,

- darunter 897,21 Mio. EUR aus Transferaufwand (B.II).

Das Nettoergebnis 2015 verschlechterte sich um 8,98 Mio. EUR bzw. um 3,0 % gegenüber 2014.

A. Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit

Die Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) betrugen 51,57 Mio. EUR und waren den Sonstigen Erträgen zuzuordnen. Es handelte sich dabei um nicht in Anspruch genommene Mittel des Katastrophenfonds, die den maximalen Betrag der Rücklagenzuführung (30,00 Mio. EUR) überstiegen („Abschöpfung“).

Das Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit 2015 verbesserte sich um 50,86 Mio. EUR gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten bei

- den Erträgen aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) von + 50,86 Mio. EUR: darunter Sonstige Erträge (+ 51,57 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMF seien im Jahr 2015 die oben genannten Erträge aus nicht in Anspruch genommenen Mitteln des Katastrophenfonds („Abschöpfung“) entstanden. Im Jahr 2014 sei keine „Abschöpfung“ erfolgt.

B. Transferergebnis

Die Erträge aus Transfers (B.I) betrugen 536,65 Mio. EUR. Den Erträgen stand ein Transferaufwand (B.II) von 897,21 Mio. EUR gegenüber.

- Eine wesentliche Position der Erträge aus Transfers (B.I) betraf Transfers innerhalb des Bundes (536,16 Mio. EUR) im Zusammenhang mit der Dotierung des Katastrophenfonds durch die für die Bemessung maßgeblichen Abgaben (381,06 Mio. EUR) und der Dotierung für die Krankenanstaltenfinanzierung durch den Umsatzsteueranteil (155,10 Mio. EUR).

- Der Transferaufwand entstand insbesondere für Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger (623,13 Mio. EUR) und für sonstige Transfers (254,93 Mio. EUR).

Die Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger resultierten aus Überweisungen gemäß FAG 2008 in Höhe von 538,28 Mio. EUR (Krankenanstaltenfinanzierung, Finanzkraftstärkung, Kinderbetreuung und Personennahverkehr) sowie aus Aufwendungen aus dem Katastrophenfonds in Höhe von 84,86 Mio. EUR (Katastropheneinsatzgeräte der Feuerwehren sowie Beseitigung von Schäden im Vermögen privater Personen, der Gemeinden und der Länder). Die Sonstigen Transfers erfolgten für Vorbeugungsmaßnahmen gegen Hochwasser- und Lawinenschäden an das BMLFUW (157,79 Mio. EUR) und an das BMVIT (90,58 Mio. EUR).

Das Transferergebnis 2015 verschlechterte sich um 59,84 Mio. EUR bzw. um 19,9 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten bei

- den Erträgen aus Transfers (B.I) von – 38,40 Mio. EUR: darunter Transfers innerhalb des Bundes (– 38,89 Mio. EUR) und

- dem Transferaufwand (B.II) von + 21,44 Mio. EUR: darunter Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger (+ 39,30 Mio. EUR) sowie sonstige Transfers (– 17,19 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMF nähmen die Erträge aus Transfers gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen aufgrund eines geringeren Bedarfs[51] und der damit einhergehenden geringeren Dotierung des Katastrophenfonds ab. Die Transferaufwendungen an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger seien im GB 44.01 „Transfers an Länder und Gemeinden“ um + 60,70 Mio. EUR insbe-

51 Der geringere Bedarf ergab sich zum Teil aus dem Wegfall der zweckgebundenen Dürrehilfemaßnahmen.

sondere aufgrund eines neuen Zweckzuschusses für die Wohnbauförderung gemäß § 23 Abs. 4c FAG 2008 (+ 30,00 Mio. EUR), eines höheren Zweckzuschusses für Kinderbetreuungseinrichtungen gemäß einer Novelle zum FAG 2008 (+ 15,01 Mio. EUR) und aufgrund einer im Jahr 2011 getroffenen Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Oberösterreich zur Errichtung des Oberösterreichischen Musiktheaters in Linz (+ 6,00 Mio. EUR) angestiegen. Im GB 44.02 „Katastrophenfonds" seien die Transfers an öffentliche Körperschaften hingegen um – 21,41 Mio. EUR aufgrund eines niedrigeren Bedarfes für die Beseitigung von Schäden im Vermögen der Gemeinden und Länder gesunken. Der Wegfall der Aufwendungen für Dürreschäden im Jahr 2015 habe die sonstigen Transferaufwendungen entsprechend vermindert.

E. Nettoergebnis versus Nettofinanzierungssaldo

Der Nettofinanzierungssaldo aus der konsolidierten Finanzierungsrechnung entsprach mit – 308,99 Mio. EUR dem Nettoergebnis aus der konsolidierten Ergebnisrechnung.

24.3 Voranschlagsvergleichsrechnungen

24.3.1 Ergebnishaushalt

Tabelle 24.3-1: UG 44 – Ergebnishaushalt 2015

Ergebnishaushalt

UG 44 Finanzausgleich	Erfolg 2014	Voranschlag 2015	Erfolg 2015	Veränderung Erfolg 2014 : 2015		Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Erträge	575,77	584,82	588,23	+ 12,46	+ 2,2	+ 3,40	+ 0,6
Aufwendungen	875,78	988,67	897,21	+ 21,44	+ 2,4	– 91,46	– 9,3
Nettoergebnis	**– 300,01**	**– 403,85**	**– 308,99**	**– 8,98**	**+ 3,0**	**+ 94,86**	**– 23,5**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Erträge in der UG 44 „Finanzausgleich" 588,23 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um + 12,46 Mio. EUR (+ 2,2 %) und gegenüber dem Voranschlag um + 3,40 Mio. EUR (+ 0,6 %) angestiegen.

Die Aufwendungen des Jahres 2015 waren mit 897,21 Mio. EUR um + 21,44 Mio. EUR (+ 2,4 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Aufwendungen um – 91,46 Mio. EUR (– 9,3 %) niedriger.

Das Nettoergebnis der UG 44 „Finanzausgleich“ lag 2015 bei – 308,99 Mio. EUR. Es war um 8,98 Mio. EUR bzw. um 3,0 % schlechter als jenes für 2014 (– 300,01 Mio. EUR) und um 94,86 Mio. EUR bzw. um 23,5 % besser als im Voranschlag (– 403,85 Mio. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*grün und kursiv*) fassen die vom BMF bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 44 „Finanzausgleich“ (Tabelle I.2.11.1)**.

Tabelle 24.3-2: Ergebnishaushalt, UG 44 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Ergebnishaushalt					
UG 44 Finanzausgleich		**Voranschlag 2015**	**Erfolg 2015**	**Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015**	
		in Mio. EUR			in %
	Erträge	**584,82**	**588,23**	**+ 3,40**	**+ 0,6**
	Aufwendungen	**988,67**	**897,21**	**– 91,46**	**– 9,3**
	Nettoergebnis	**– 403,85**	**– 308,99**	**+ 94,86**	
GB 44.01	**Transfers an Länder und Gemeinden**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	155,61	206,68	+ 51,06	+ 32,8
	Finanzerträge	0,00	–	– 0,00	– 100,0
	Erträge	**155,61**	**206,68**	**+ 51,06**	**+ 32,8**
	Transferaufwand	559,46	538,28	– 21,19	– 3,8
	Aufwendungen	**559,46**	**538,28**	**– 21,19**	**– 3,8**
GB 44.02	**Katastrophenfonds**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	429,21	381,55	– 47,66	– 11,1
	Finanzerträge	0,00	–	– 0,00	– 100,0
	Erträge	**429,21**	**381,55**	**– 47,66**	**– 11,1**
	Transferaufwand	429,21	358,94	– 70,27	– 16,4
	Aufwendungen	**429,21**	**358,94**	**– 70,27**	**– 16,4**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mehrerträge im GB 44.01 „Transfers an Länder und Gemeinden"

+ 51,06 Mio. EUR in der MVAG „Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers "

Mehrerträge bei den Sonstigen Erträgen: Nicht durch Zahlungen in Anspruch genommene Mittel des Katastrophenfonds sind gemäß § 5 Abs. 1 Katastrophenfondsgesetz (KatFG) 1996 jährlich einer Rücklage zuzuführen, die mit 30 Mio. EUR begrenzt ist. Darüber hinaus gehende Mittel sind gemäß § 48 Abs. 1 BHG 2013 „abzuschöpfen"; sie werden im GB 44.01 „Transfers an Länder und Gemeinden" vereinnahmt und so dem allgemeinen Bundeshaushalt zugeführt.

Minderaufwendungen im GB 44.01 „Transfers an Länder und Gemeinden"

– 21,19 Mio. EUR in der MVAG „Transferaufwand"

Minderaufwendungen infolge geringerer Gewährung von Bedarfszuweisungen an die potentiell anspruchsberechtigten Länder aufgrund einer im geringeren Umfang vorgenommenen Umstellung von Glücksspielautomaten im Rahmen der Umsetzung der Glücksspielreform 2011 (– 13,40 Mio. EUR); weitere Minderaufwendungen infolge eines geringeren Bedarfs der Länder für Kinderbetreuungseinrichtungen (– 4,71 Mio. EUR).

Mindererträge im GB 44.02 „Katastrophenfonds"

– 47,66 Mio. EUR in der MVAG „Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mindererträge bei den Anteilen an Einkommen- und Körperschaftsteuer: Der über die Aufwendungen einschließlich Rücklagenzuführung hinausgehende Betrag ist gemäß § 48 Abs. 1 BHG 2013 für den allgemeinen Bundeshaushalt „abzuschöpfen". Diese überschüssigen Mittel werden im GB 44.01„Transfers an Länder und Gemeinden" *vereinnahmt und so dem allgemeinen Bundeshaushalt zugeführt.*

Minderaufwendungen im GB 44.02 „Katastrophenfonds"

– 70,27 Mio. EUR in der MVAG „Transferaufwand"

Minderaufwendungen für Vorbeugungsmaßnahmen gegen Hochwasser- und Lawinenschäden (– 34,65 Mio. EUR) sowie für die Beseitigung von Schäden im Vermögen der Gemeinden (– 19,54 Mio. EUR), der Länder (– 8,87 Mio. EUR) und an Landesstraßen B (– 9,26 Mio. EUR) infolge niedrigerer Anforderungen als angenommen.

24.3.2 Finanzierungshaushalt

Tabelle 24.3-3: UG 44 – Finanzierungshaushalt 2015

Finanzierungshaushalt							
UG 44 Finanzausgleich	**Zahlungen 2014**	**Voranschlag 2015**	**Zahlungen 2015**	**Veränderung Zahlungen 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015**	
	in Mio. EUR			in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Einzahlungen	575,77	584,82	588,23	+ 12,46	+ 2,2	+ 3,40	+ 0,6
Auszahlungen	875,78	988,67	897,21	+ 21,44	+ 2,4	– 91,46	– 9,3
Nettofinanzierungssaldo	**– 300,01**	**– 403,85**	**– 308,99**	**– 8,98**	**+ 3,0**	**+ 94,86**	**– 23,5**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Einzahlungen in der UG 44 „Finanzausgleich" 588,23 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um + 12,46 Mio. EUR (+ 2,2 %) und gegenüber dem Voranschlag um + 3,40 Mio. EUR (+ 0,6 %) angestiegen.

Die Auszahlungen des Jahres 2015 waren mit 897,21 Mio. EUR um + 21,44 Mio. EUR (+ 2,4 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Auszahlungen um – 91,46 Mio. EUR (– 9,3 %) niedriger.

Der Nettofinanzierungssaldo der UG 44 „Finanzausgleich" lag 2015 bei – 308,99 Mio. EUR. Er war um 8,98 Mio. EUR bzw. um 3,0 % schlechter als jener für 2014 (– 300,01 Mio. EUR) und um 94,86 Mio. EUR bzw. um 23,5 % besser als im Voranschlag (– 403,85 Mio. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*blau und kursiv*) fassen die vom BMF bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen

finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 44 „Finanzausgleich" (Tabelle I.2.8.1)**.

Tabelle 24.3-4: Finanzierungshaushalt, UG 44 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Finanzierungshaushalt					
UG 44 Finanzausgleich		Voranschlag 2015	Zahlungen 2015	Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015	
		in Mio. EUR			in %
Einzahlungen		**584,82**	**588,23**	**+ 3,40**	**+ 0,6**
Auszahlungen		**988,67**	**897,21**	**– 91,46**	**– 9,3**
Nettofinanzierungssaldo		**– 403,85**	**– 308,99**	**+ 94,86**	
GB 44.01	**Transfers an Länder und Gemeinden**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	155,61	206,68	+ 51,06	+ 32,8
	Einzahlungen	**155,61**	**206,68**	**+ 51,06**	**+ 32,8**
	Auszahlungen aus Transfers	559,46	538,28	– 21,19	– 3,8
	Auszahlungen	**559,46**	**538,28**	**– 21,19**	**– 3,8**
GB 44.02	**Katastrophenfonds**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	429,21	381,55	– 47,66	– 11,1
	Einzahlungen	**429,21**	**381,55**	**– 47,66**	**– 11,1**
	Auszahlungen aus Transfers	429,21	358,94	– 70,27	– 16,4
	Auszahlungen	**429,21**	**358,94**	**– 70,27**	**– 16,4**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mehreinzahlungen im GB 44.01 „Transfers an Länder und Gemeinden"

+ 51,06 Mio. EUR in der MVAG „Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mehreinzahlungen bei den Sonstigen Erträgen: Nicht durch Zahlungen in Anspruch genommene Mittel des Katastrophenfonds sind gemäß § 5 Abs. 1 Katastrophenfondsgesetz (KatFG) 1996 jährlich einer Rücklage zuzuführen, die mit 30 Mio. EUR begrenzt ist. Darüber hinaus gehende Mittel sind gemäß § 48 Abs. 1 BHG 2013 „abzuschöpfen"; sie werden im GB 44.01 „Transfers an Länder und Gemeinden" vereinnahmt und so dem allgemeinen Bundeshaushalt zugeführt.

Minderauszahlungen im GB 44.01 „Transfers an Länder und Gemeinden"

– 21,19 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus Transfers"

Minderauszahlungen infolge geringerer Gewährung von Bedarfszuweisungen an die potentiell anspruchsberechtigten Länder aufgrund einer im geringeren Umfang vorgenommenen Umstellung von Glücksspielautomaten im Rahmen der Umsetzung der Glücksspielreform 2011 (– 13,40 Mio. EUR); weitere Minderauszahlungen infolge eines geringeren Bedarfs der Länder für Kinderbetreuungseinrichtungen (– 4,71 Mio. EUR).

Mindereinzahlungen im GB 44.02 „Katastrophenfonds"

– 47,66 Mio. EUR in der MVAG „Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mindereinzahlungen bei den Anteilen an Einkommen- und Körperschaftsteuer: Der über die Aufwendungen einschließlich Rücklagenzuführung hinausgehende Betrag ist gemäß § 48 Abs. 1 BHG 2013 für den allgemeinen Bundeshaushalt „abzuschöpfen". Diese überschüssigen Mittel werden im GB 44.01„Transfers an Länder und Gemeinden" vereinnahmt und so dem allgemeinen Bundeshaushalt zugeführt.

Minderauszahlungen im GB 44.02 „Katastrophenfonds"

– 70,27 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus Transfers"

Minderauszahlungen für Vorbeugungsmaßnahmen gegen Hochwasser– und Lawinenschäden (– 34,65 Mio. EUR) sowie für die Beseitigung von Schäden im Vermögen der Gemeinden (– 19,54 Mio. EUR), der Länder (– 8,87 Mio. EUR) und an Landesstraßen B (– 9,26 Mio. EUR) infolge niedrigerer Anforderungen als angenommen.

24.3.3 Haushaltsrücklagen

Tabelle 24.3-5: UG 44 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015

Finanzierungshaushalt

UG 44 Finanzausgleich	Anfangs-bestand	Umbuchung	Entnahme	Auflösung	Zuführung	Endbestand	Veränderung 2014 : 2015	
	in Mio. EUR							in %
Detailbudgetrücklagen	96,40	–	– 0,29	–	+ 54,17	150,29	+ 53,89	+ 55,9
Variable Auszahlungsrücklagen	1,74	–	–	–	–	1,74	0,00	0,0
Zweckgebundene Einzahlungsrücklagen	50,63	–	–	–	+ 22,61	73,24	+ 22,61	+ 44,7
Gesamtsumme	**148,76**	**–**	**– 0,29**	**–**	**+ 76,79**	**225,27**	**+ 76,50**	**+ 51,4**

Quellen: Rücklagengebarung, eigene Berechnung

Der Stand der Rücklagen in der UG 44 „Finanzausgleich“ belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 148,76 Mio. EUR und veränderte sich durch Entnahmen (0,29 Mio. EUR) und Zuführungen (76,79 Mio. EUR) auf 225,27 Mio. EUR zum 31. Dezember 2015. Im Verhältnis zu den veranschlagten Auszahlungen (988,67 Mio. EUR) entsprach der Stand zum 31. Dezember 2015 einem Anteil von 22,8 %. Im BFG 2015 war für die UG 44 keine Rücklagenverwendung veranschlagt.

24.4 Finanzrahmen

Ausgehend von den tatsächlichen Auszahlungen 2015 stellen sich die Auszahlungsobergrenzen für die UG 44 „Finanzausgleich“ gemäß BFRG für die Finanzjahre 2016 bis 2020 wie folgt dar:

Tabelle 24.4–1: UG 44 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020

Finanzierungshaushalt

UG 44 Finanzausgleich	Auszahlungen (Ist)	Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG					Veränderung	
	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2015 (Ist) : 2020	durch-schnittlich jährlich
	in Mio. EUR							in %
	897,21	**984,10**	**969,30**	**967,67**	**954,46**	**994,11**	**+ 96,89**	**+ 10,8**	**+ 2,1**
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze gesamt	*74.589,49*	*78.107,49*	*78.202,70*	*78.814,08*	*80.408,66*	*83.038,37*	*+ 8.448,88*	*+ 11,3*	*+ 2,2*
Anteil der UG 44	1,2 %	1,3 %	1,2 %	1,2 %	1,2 %	1,2 %	– 0,0 %-Punkte		–
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze Rubrik 4	*9.187,15*	*9.307,94*	*9.478,90*	*9.546,94*	*9.519,10*	*9.640,82*	*+ 453,68*	*+ 4,9*	*+ 1,0*
Anteil der UG 44	9,8 %	10,6 %	10,2 %	10,1 %	10,0 %	10,3 %	+ 0,5 %-Punkte		–

Quellen: HIS, BFRG 2016 - 2019, 2017 - 2020, eigene Berechnung

Bis zum Jahr 2020 soll die Auszahlungsobergrenze für die UG 44 „Finanzausgleich“ um + 96,89 Mio. EUR (+ 10,8 %) auf 994,11 Mio. EUR ansteigen. Dies entspricht einer Veränderungsrate gegenüber den tatsächlichen Auszahlungen 2015 von + 2,1 % im Jahresdurchschnitt. Im Jahr 2015 betrug der Anteil der UG 44 „Finanzausgleich“ an den Gesamtauszahlungen 1,2 % und an den Auszahlungen der Rubrik 4 9,8 %. Der Anteil der UG 44 an der Gesamt–Auszahlungsobergrenze soll bis 2020 unverändert bei 1,2 % bleiben bzw. soll er innerhalb der Rubrik 4 auf 10,3 % ansteigen.

Die wichtigsten laufenden bzw. geplanten Maßnahmen und Reformen für die budgetäre Zielerreichung seien laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020:

- Konsequente Umsetzung der Fiskalregeln für das zulässige Defizit („Schuldenbremse“ in Form des strukturelles Defizits), für das Ausgabenwachstum (Ausgabenbremse) und für die Rückführung des öffentlichen Schuldenstandes (Schuldenquotenanpassung);

- grundsätzliche Reform des Finanzausgleichs, wobei die Ergebnisse der Arbeitsgruppen der Finanzausgleichspartner in einen Vorschlag für ein neues Finanzausgleichsgesetz münden würden, auf dessen Basis im Jahr 2016 das Finanzausgleichsgesetz 2017 vorbereitet werde;

- Verbesserung des Kinderbetreuungsangebotes in den Ländern.

Im Zusammenhang mit möglichen erforderlichen Steuerungs– und Korrekturmaßnahmen zur Einhaltung der Auszahlungsobergrenzen geht der Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 davon aus, dass keine Maßnahmen zur Einhaltung der Obergrenzen erforderlich seien, weil es sich bei den Auszahlungen der UG 44 fast zur Gänze um aufkommensabhängige und somit variable Transfers handle.

Die im BFRG 2017 bis 2020 vorgesehenen Auszahlungsobergrenzen für die Jahre 2017 bis 2019 wurden gegenüber dem bisher geltenden BFRG 2016 bis 2019 um insgesamt + 1,3 % bzw. um durchschnittlich + 12,58 Mio. EUR pro Jahr erhöht. Dies sei laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 überwiegend bedingt durch die Erhöhung der aufkommensabhängigen Transfers.

Im Folgenden wird ein Überblick über die Entwicklung der tatsächlichen Auszahlungen und der Auszahlungsobergrenzen von 2011 bis 2015 bzw.

ein Vergleich der Auszahlungen zu den Auszahlungsobergrenzen des derzeit geltenden BFRG 2017 bis 2020 gegeben:

Tabelle 24.4–2: UG 44 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015

Finanzierungshaushalt									
UG 44 Finanzausgleich	BFRG bzw. Zahlungen					Veränderung			
	2011	2012	2013	2014	2015	2014 : 2015		2011 : 2015	
	in Mio. EUR					in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Auszahlungsobergrenze UG 44	650,80	770,35	804,00	1.014,00	988,67	– 25,33	– 2,5	+ 337,87	+ 51,9
Auszahlungen UG 44	689,28	708,68	880,34	875,78	897,21	+ 21,44	+ 2,4	+ 207,93	+ 30,2
Abweichung Auszahlungen : Obergrenze	**+ 38,48**	**– 61,68**	**+ 76,34**	**– 138,23**	**– 91,46**				
Abweichung in %	**+ 5,9 %**	**– 8,0 %**	**+ 9,5 %**	**– 13,6 %**	**– 9,3 %**				

Quellen: HIS, BFRG 2011 - 2014, 2012 - 2015, 2013 - 2016, 2014 - 2017, 2015 - 2018, eigene Berechnung

Während ursprünglich zwischen 2011 und 2015 eine Erhöhung der Auszahlungsobergrenze gemäß BFRG um insgesamt + 337,87 Mio. EUR (+ 51,9 %) vorgesehen war, erhöhten sich die Auszahlungen zwischen 2011 und 2015 tatsächlich um + 207,93 Mio. EUR (+ 30,2 %). Im Jahr 2015 lagen die tatsächlichen Auszahlungen um - 91,46 Mio. EUR (– 9,3 %) unter jenen, die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen waren.

Tabelle 24.4–3: UG 44 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG

Finanzierungshaushalt						
UG 44 Finanzausgleich	Auszahlungen (Ist)		durchschnittliche jährliche Veränderung	BFRG	durchschnittliche jährliche Veränderung	Differenz der Veränderungsraten[1]
	2011	2015	2011 : 2015	2020	2015 (Ist) : 2020 (BFRG)	
	in Mio. EUR		in %	in Mio. EUR	in %	in %-Punkten
	689,28	**897,21**	**+ 6,8**	**994,11**	**+ 2,1**	**– 4,7**
fix	*51,28*	*156,51*	*+ 32,2*	*32,82*	*– 26,8*	*– 59,0*
variabel	*638,00*	*740,70*	*+ 3,8*	*961,28*	*+ 5,4*	*+ 1,5*

1) Rundungsdifferenz möglich

Quellen: HIS, BFRG 2017 - 2020, eigene Berechnung

Die durchschnittliche jährliche Veränderung der Auszahlungen belief sich von 2011 bis 2015 auf + 6,8 %. Laut mittelfristiger Finanzplanung bis 2020 soll sie + 2,1 % betragen und somit um 4,7 Prozentpunkte geringer steigen als im Zeitraum 2011 bis 2015.

Der RH weist darauf hin, dass der Bund zunehmend Aufgaben finanziert, die nach der Kompetenzaufteilung gemäß der Bundesverfassung Länderkompetenzen sind, wie insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung, Mindestsicherung und des Wohnbaus. Dies führt nach Ansicht des RH zu einer Verschlechterung der Transparenz der Mittelverwendung und fördert das Auseinanderfallen von Aufgaben–, Ausgaben– und Finanzierungskompetenzen. Der RH erachtet daher eine Reform der Finanzbeziehungen zwischen den Gebietskörperschaften zur Zusammenführung der Kompetenzen als dringend erforderlich.

Im Zusammenhang mit der Notwendigkeit einer Verwaltungsreform weist der RH auf sein Positionspapier vom Juni 2016, Reihe 2016/2 hin, das Reformvorschläge enthält, die auf konkreten Prüfungsfeststellungen basieren.

Der RH weist auf folgende im Jahr 2015 bzw. bis Ende April 2016 dem Nationalrat vorgelegte Berichte hin:

- Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich (Reihe Bund 2016/4)

Der RH stellte in seinem Bericht fest, dass die Aufteilung der Gemeindeertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben zum überwiegenden Teil auf der Grundlage des abgestuften Bevölkerungsschlüssels und der Volkszahl erfolgte. Große Gemeinden erhielten pro Einwohner grundsätzlich mehr Ertragsanteile aus dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel als kleine. Verteilungskriterien, die sich am Ausgleich regionaler Unterschiede oder an den tatsächlichen Aufgaben und Leistungen der Gemeinden orientierten, wurden gar nicht oder nur unzureichend berücksichtigt. Ein strategisch konzeptives Grundgerüst im Rahmen des Finanzausgleichs fehlte ebenso wie klare Ziele für den abgestuften Bevölkerungsschlüssel.

- Zahlungsströme zwischen den Gebietskörperschaften mit dem Schwerpunkt Bedarfszuweisungen in den Ländern Niederösterreich und Steiermark (Reihe Bund 2016/4)

Bedarfszuweisungen sind Gemeindemittel, die von den Ländern zu verteilen waren, um etwa bei finanziellen Notlagen von Gemeinden ausgleichend einzugreifen. Der RH kritisierte, dass die Verteilung der Bedarfszuweisungen vielfach nach der Finanzkraft von Gemeinden erfolgte. Die Finanzkraft berücksichtigte nur die Einnahmenseite. Die Struktur der Ausgaben, die Möglichkeit der Bedeckung neuer Vorhaben aus eigenen Mitteln

und vorhandene Einsparungspotenziale in der Gemeindegebarung blieben dabei unberücksichtigt.

Verteilungswirkungen, die mit den Bedarfszuweisungen erreicht werden sollen, waren nicht festgelegt. Der gegenwärtige Verteilungsmechanismus begünstigte vielmehr Kleinstgemeinden, weil Abgänge weitgehend ausgeglichen und Investitionen teilweise abgedeckt wurden.

Der Bund zahlte im Jahr 2013 aufgrund des Finanzausgleichsgesetzes 2008 (FAG 2008) 21,987 Mrd. EUR an die Länder und 9,172 Mrd. EUR an die Gemeinden. Im Zeitraum 2008 bis 2013 stiegen die Zahlungen des Bundes an die Länder außerhalb des FAG 2008 mit 26,7 % stärker als jene im Rahmen des FAG 2008 (+ 17,5 %). Dadurch verlor das FAG zunehmend seine Bedeutung zur Regelung des Verteilungsmechanismus zwischen Bund und Ländern. Zudem bestanden bei den vom Bund im Rahmen des FAG 2008 getätigten Zahlungen regionale Unterschiede. Diese Entwicklungen verdeutlichten beispielhaft die Notwendigkeit für eine grundlegende Neuausrichtung des Finanzausgleichs unter Einbeziehung sämtlicher Finanzierungsregelungen zwischen den Gebietskörperschaften, um eine konsistente finanzielle Steuerung der Finanzströme zu gewährleisten.

- Haftungsobergrenzen im Bereich der Länder und Gemeinden (Reihe Bund 2015/7)

Im Rahmen seiner Überprüfung stellte der RH fest, dass im Zusammenhang mit der Verpflichtung von Bund, Ländern und Gemeinden gemäß Österreichischem Stabilitätspakt (ÖStP), ihre Haftungen zu beschränken, keine gesamtstaatliche Haftungsobergrenze festgelegt worden war, auch fehlte eine einheitliche Vorgangsweise bei Ermittlung der Haftungsobergrenzen. Dies führte dazu, dass für die Länder und Gemeinden insgesamt 17 Haftungsobergrenzen bestanden, die sich nach der Höhe, den Ermittlungsgrundlagen und –methoden sowie dem Geltungsumfang und –zeitraum unterschieden. Dadurch war eine Vergleichbarkeit der Länder nicht gegeben und die eigentliche Intention der Regelung zur Haftungsbegrenzung im ÖStP 2012, nämlich einen Beitrag zum gesamtstaatlichen Gleichgewicht und zu nachhaltig gesicherten Haushalten zu leisten, nicht verwirklicht worden. Überdies bewirkten die Unterschiede, dass den Haftungsobergrenzen jegliche Aussagekraft für eine gesamtstaatliche Steuerung fehlte.

25 UG 45 „BUNDESVERMÖGEN“

UG 45 Bundesvermögen – BMF	
zentrale Budgetbereiche	Bundesvermögensverwaltung:
	– Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)
	– Besondere Zahlungsverpflichtungen
	– Kapitalbeteiligungen
	– Unbewegliche Bundesvermögen
	– Bundesdarlehen
	Haftungen:
	– Ausfuhrförderungsgesetz (AusfFG)
	– Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz (AFFG)
	– Sonstige Finanzhaftungen

Quelle: HIS

25.1 Vermögensrechnung

Tabelle 25.1–1: UG 45 – Vermögensrechnung[1)]

Vermögensrechnung						
UG 45 Bundesvermögen		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
A + B	**Vermögen**	**15.481,24**	**15.544,55**	**+ 63,32**	**+ 0,4**	**100,0**
A	Langfristiges Vermögen	13.952,42	14.067,56	+ 115,14	+ 0,8	90,5
A.II	Sachanlagen	30,91	36,14	+ 5,23	+ 16,9	0,2
A.IV	Beteiligungen	11.919,52	11.994,82	+ 75,31	+ 0,6	77,2
A.IV.01	an verbundenen Unternehmen	7.335,21	7.365,40	+ 30,18	+ 0,4	47,4
	GB 45.02 Bundesvermögensverwaltung	7.335,21	7.365,40	+ 30,18	+ 0,4	47,4
A.IV.02	an assoziierten Unternehmen	148,54	145,55	– 2,99	– 2,0	0,9
	GB 45.02 Bundesvermögensverwaltung	148,54	145,55	– 2,99	– 2,0	0,9
A.IV.03	Sonstige	4.435,77	4.483,88	+ 48,11	+ 1,1	28,8
	GB 45.02 Bundesvermögensverwaltung	4.435,77	4.483,88	+ 48,11	+ 1,1	28,8
A.V	Langfristige Forderungen	2.001,98	2.036,59	+ 34,60	+ 1,7	13,1
A.V.01	aus gewährten Darlehen	1.701,28	1.697,28	– 4,00	– 0,2	10,9
	GB 45.02 Bundesvermögensverwaltung	1.701,28	1.697,28	– 4,00	– 0,2	10,9
A.V.04	aus Finanzhaftungen	244,76	242,03	– 2,73	– 1,1	1,6
	GB 45.01 Haftungen des Bundes	244,76	242,03	– 2,73	– 1,1	1,6
A.V.05	Sonstige langfristige Forderungen (v)	22,04	65,79	+ 43,75	+ 198,5	0,4
	GB 45.02 Bundesvermögensverwaltung	22,04	65,79	+ 43,75	+ 198,5	0,4
	Aktive Rechnungsabgrenzungen	22,04	64,26	+ 42,22	+ 191,6	0,4
B	Kurzfristiges Vermögen	1.528,82	1.477,00	– 51,82	– 3,4	9,5
B.II	Kurzfristige Forderungen	812,31	806,58	– 5,73	– 0,7	5,2
B.II.04	aus Finanzhaftungen	596,16	648,28	+ 52,12	+ 8,7	4,2
	GB 45.01 Haftungen des Bundes	596,16	648,28	+ 52,12	+ 8,7	4,2
B.II.06	Sonstige kurzfristige Forderungen (nv)	208,40	153,36	– 55,03	– 26,4	1,0
	GB 45.01 Haftungen des Bundes	189,77	179,92	– 9,85	– 5,2	1,2
	Übrige sonstige kurzfristige Forderungen	189,77	179,92	– 9,85	– 5,2	1,2
	GB 45.02 Bundesvermögensverwaltung	18,62	– 26,56	– 45,18	– 242,6	– 0,2
	Aktive Rechnungsabgrenzung	16,53	– 29,14	– 45,66	– 276,3	– 0,2
B.IV	Liquide Mittel	716,51	670,41	– 46,10	– 6,4	4,3
B.IV.01	Kassa, Bankguthaben bei Kreditinstituten und Banken	716,51	670,41	– 46,10	– 6,4	4,3
	GB 45.01 Haftungen des Bundes	689,79	642,65	– 47,15	– 6,8	4,1

Vermögensrechnung

UG 45 Bundesvermögen		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
C	**Nettovermögen (Ausgleichsposten)**	**13.064,95**	**12.835,65**	**– 229,31**	**– 1,8**	
C.I	Neubewertungsrücklagen (Umbewertungskonto)	276,88	308,26	+ 31,38	+ 11,3	
	GB 45.02 Bundesvermögensverwaltung	276,88	308,26	+ 31,38	+ 11,3	
C.II	Fremdwährungsumrechnungsrücklagen	– 1,33	– 0,47	+ 0,86	– 64,6	
C.IV	Jährliches Nettoergebnis (inkl. "Personal, das für Dritte leistet")	379,67	61,03	– 318,64	– 83,9	
	GB 45.01 Haftungen des Bundes	188,51	– 59,93	– 248,43	– 131,8	
	GB 45.02 Bundesvermögensverwaltung	191,16	120,96	– 70,20	– 36,7	
C.V	Saldo aus der jährl. Eröffnungsbilanz	12.204,79	12.840,77	+ 635,98	+ 5,2	
C.VI	Bundesfinanzierung	204,95	– 373,94	– 578,89	– 282,5	
D + E	**Fremdmittel**	**2.416,28**	**2.708,91**	**+ 292,62**	**+ 12,1**	**100,0**
D	Langfristige Fremdmittel	2.245,26	2.493,18	+ 247,92	+ 11,0	92,0
D.II	Langfristige Verbindlichkeiten	966,65	1.022,08	+ 55,43	+ 5,7	37,7
D.II.04	Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	960,64	1.017,05	+ 56,40	+ 5,9	37,5
	GB 45.01 Haftungen des Bundes	301,78	322,64	+ 20,85	+ 6,9	11,9
	Passive Rechnungsabgrenzungen	301,78	322,64	+ 20,85	+ 6,9	11,9
	GB 45.02 Bundesvermögensverwaltung	658,86	694,41	+ 35,55	+ 5,4	25,6
	Übrige sonstige langfristige Verbindlichkeiten	658,86	694,41	+ 35,55	+ 5,4	25,6
D.III	Langfristige Rückstellungen	1.278,62	1.471,10	+ 192,48	+ 15,1	54,3
D.III.03	für Haftungen	1.278,62	1.471,10	+ 192,48	+ 15,1	54,3
	GB 45.01 Haftungen des Bundes	1.278,62	1.471,10	+ 192,48	+ 15,1	54,3
E	Kurzfristige Fremdmittel	171,02	215,72	+ 44,71	+ 26,1	8,0
E.II	Kurzfristige Verbindlichkeiten	162,01	206,30	+ 44,29	+ 27,3	7,6
E.II.06	Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	152,00	198,75	+ 46,74	+ 30,8	7,3
	GB 45.01 Haftungen des Bundes	50,31	54,09	+ 3,78	+ 7,5	2,0
	Passive Rechnungsabgrenzungen	50,31	54,09	+ 3,78	+ 7,5	2,0
	GB 45.02 Bundesvermögensverwaltung	101,69	144,66	+ 42,96	+ 42,2	5,3
	Übrige sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	101,65	144,65	+ 43,00	+ 42,3	5,3
E.III	Kurzfristige Rückstellungen	9,01	9,43	+ 0,42	+ 4,7	0,3

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Vermögensrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 betrug in der UG 45 „Bundesvermögen" 15,545 Mrd. EUR und stieg gegenüber 31. Dezember 2014 um + 63,32 Mio. EUR (+ 0,4 %) an. Der Anteil des kurzfristigen Vermögens betrug 9,5 % und der des langfristigen Vermögens 90,5 %. Dem Vermögen standen Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 von 2,709 Mrd. EUR gegenüber, die im Vergleich zum 31. Dezember 2014 um + 292,62 Mio. EUR (+ 12,1 %) anwuchsen. Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 waren zu 8,0 % kurzfristig und zu 92,0 % langfristig. Nachdem das Vermögen die Fremdmittel überstieg, ergab sich ein Nettovermögen (Ausgleichsposten) zum 31. Dezember 2015 von 12,836 Mrd. EUR (– 229,31 Mio. EUR bzw. – 1,8 % gegenüber 31. Dezember 2014).

A. und B. Vermögen

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 (15,545 Mrd. EUR) setzte sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- A.IV Beteiligungen: 11,995 Mrd. EUR (77,2 %), davon
  - 7,365 Mrd. EUR für Beteiligungen an verbundenen Unternehmen[52] (z.B. Österreichische Nationalbank, Österreichische Bundes- und Industriebeteiligungen GmbH[53], Verbund AG, Bundesrechenzentrum GmbH, Felbertauernstraße AG, Großglockner Hochalpenstraßen AG)
  - 145,55 Mio. EUR für Beteiligungen an assoziierten Unternehmen (Österreichisches Konferenzzentrum Wien AG, CEE Special Situation Fund, Planai–Hochwurzen–Bahnen GmbH)
  - 4,484 Mrd. EUR für Sonstige Beteiligungen (z.B. Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM), Europäische Investitionsbank, Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Internationale Bank für Wiederaufbau, Internationale Finanz-Corporation und diverse andere Entwicklungsfonds und -banken);
- A.V Langfristige Forderungen: 2,037 Mrd. EUR (13,1 %), davon
  - 1,697 Mrd. EUR aus gewährten Darlehen betreffend insbesondere die Forderung aus Griechenlanddarlehen (1,557 Mrd. EUR);
  - 242,03 Mio. EUR aus Finanzhaftungen betreffend Schadenszahlungen aus dem Ausfuhrförderungsverfahren (AusfFG-Verfahren) für Garantien sowie Wechselbürgschaften oder Garantien für Projekte der Oesterreichischen Entwicklungsbank, aus denen eine Legalzession resultierte;
  - 65,79 Mio. EUR für Sonstige langfristige Forderungen (veranschlagt) (Aktive Rechnungsabgrenzungen insgesamt: 64,26 Mio. EUR), die insbesondere im Zusammenhang mit Abgrenzungen aufgrund der Zahlungen im Rahmen von Kooperationsvereinbarungen mit Internationalen Finanzinstitutionen sowie aufgrund der im Jahr 2015 neu eingegangenen Verpflichtungen im Rahmen des IFI[54]-Beitragsgesetzes 2014 entstanden waren (62,83 Mio. EUR);

52 Hält der Bund an der Beteiligung einen Anteil von mindestens 50 % handelt es sich um ein „verbundenes Unternehmen“, bei einem Anteil von mindestens 20 % und unter 50 % handelt es sich um ein „assoziiertes Unternehmen“ und bei einem Anteil unter 20 % um eine „sonstige Beteiligung“.

53 vormals Österreichische Industrieholding AG

54 Internationale Finanzinstitutionen

- B.II Kurzfristige Forderungen: 806,58 Mio. EUR (5,2 %), davon
  - 648,28 Mio. EUR aus Finanzhaftungen aus dem AusfFG-Verfahren (siehe langfristige Forderungen aus Finanzhaftungen);
  - 153,36 Mio. EUR für Sonstige kurzfristige Forderungen (nicht veranschlagt) insbesondere aus Haftungen gemäß Ausfuhrförderungsgesetz (AusfFG) resultierend aus Verzugszinsen in Zusammenhang mit Umschuldungen gegenüber dem Irak, Argentinien und Myanmar (179,92 Mio. EUR);
- B.IV Liquide Mittel (Kassa, Bankguthaben bei Kreditinstituten und Banken): 670,41 Mio. EUR (4,3 %) insbesondere für das Verrechnungskonto des Bundes gemäß § 7 AusfFG bei der Oesterreichischen Kontrollbank AG für die Eingänge aus Haftungsentgelten und Schadenszahlungen bzw. für Schadensauszahlungen; wurde eine Obergrenze überschritten, war der übersteigende Betrag an die Bundeskasse abzuführen;

Der Anstieg des Vermögens gegenüber 31. Dezember 2014 von + 63,32 Mio. EUR (+ 0,4 %) resultierte insbesondere aus Veränderungen bei Beteiligungen an verbundenen Unternehmen (A.IV.01) von + 30,18 Mio. EUR (+ 0,4 %), Sonstigen Beteiligungen (A.IV.03) von + 48,11 Mio. EUR (+ 1,1 %), Sonstigen langfristigen Forderungen (veranschlagt) (A.V.05) von + 43,75 Mio. EUR (+ 198,5 %), davon Aktive Rechnungsabgrenzungen insgesamt + 42,22 Mio. EUR, Kurzfristigen Forderungen aus Finanzhaftungen (B.II.04) von + 52,12 Mio. EUR (+ 8,7 %), Sonstigen kurzfristigen Forderungen (nicht veranschlagt) (B.II.06) von – 55,03 Mio. EUR (– 26,4 %), davon Aktive Rechnungsabgrenzungen insgesamt – 45,66 Mio. EUR, Kassa, Bankguthaben bei Kreditinstituten und Banken (B.IV.01) von – 46,10 Mio. EUR (– 6,4 %).

Nach Angaben des BMF seien die Buchwerte der Beteiligungen an verbundenen Unternehmen (insbesondere Zuschreibungen zur Verbund AG, Großglockner Hochalpenstraßen AG, Bundesrechenzentrum GmbH, Felbertauernstraße AG und Kapitalerhöhung bei der Bundespensionskasse AG) und Sonstigen Beteiligungen an ausländischen Unternehmen aufgrund von Kapitalerhöhungen und Folgebewertungen (insbesondere Internationale Finanz-Corporation, Internationale Bank für Wiederaufbau und Inter-Amerikanische Entwicklungsbank) gestiegen. Die Sonstigen langfristigen Forderungen, darunter insbesondere die Aktiven Rechnungsabgrenzungen, seien 2015 über dem Wert 2014 infolge der zeitlichen Abgrenzung von Transferaufwand für die im Jahr 2015 neu eingegangenen Verpflichtungen gemäß IFI-Beitragsgesetz 2014 sowie für Kooperationsvereinbarungen mit Internationalen Finanzinstitutionen gelegen. Dagegen seien die Sonstigen

kurzfristigen Forderungen (Aktive Rechnungsabgrenzung) zurückgegangen, nachdem die entsprechenden Abgrenzungen im Jahr 2015 vermehrt langfristige Forderungen betroffen hätten. Der Wert der Kurzfristigen Forderungen aus Finanzhaftungen sei gestiegen, weil der Wertberichtigungsbedarf bei Haftungen aus den AusfFG-Verfahren zurückgegangen sei. Der wertmäßige Rückgang der Vermögensposition Kassa, Bankguthaben bei Kreditinstituten und Banken sei vor allem auf den Kontostand gemäß § 7 AusfFG, der bei Erreichen einer Obergrenze abgeschöpft habe werden müssen, bzw. auf geringere Haftungsentgelte für Garantien und Wechselbürgschaften zurückzuführen.

D. und E. Fremdmittel

Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 (2,709 Mrd. EUR) setzten sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- D.II Langfristige Verbindlichkeiten: 1,022 Mrd. EUR (37,7 %), davon 1,017 Mrd. EUR für Sonstige langfristige Verbindlichkeiten
  - gegenüber der OeNB für die Rücklieferung von Münzen (399,01 Mio. EUR)
  - betreffend Passive Rechnungsabgrenzungen (insgesamt 322,64 Mio. EUR) insbesondere für Upfront[55]-Haftungsentgelte gemäß AusfFG und gemäß Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz (AFFG) für längerfristige Kapitalmarkttransaktionen der Oesterreichischen Kontrollbank AG sowie Haftungsentgelte der ÖBB-Infrastruktur AG, ASFINAG und Eurofima;
  - gegenüber Internationalen Finanzinstitutionen (295,40 Mio. EUR): Internationale Entwicklungsorganisation, Afrikanische Entwicklungsbank, Globale Umweltfazilität, Asiatische Entwicklungsbank;
- D.III Langfristige Rückstellungen: 1,471 Mrd. EUR (54,3 %) für Haftungen gemäß AusfFG, gemäß AFFG, gegenüber der Austria Wirtschaftsservice GmbH und gegenüber der Österreichischen Hotel- und Tourismusbank GmbH;
- E.II Kurzfristige Verbindlichkeiten: 206,30 Mio. EUR (7,6 %), davon 198,75 Mio. EUR für Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten

55 Haftungsnehmer besitzen ein Wahlrecht, ob sie das gesamte Haftungsentgelt sofort (= Upfront) oder verteilt über die Haftungsdauer bezahlen.

- gegenüber Internationalen Finanzinstitutionen (138,84 Mio. EUR): Internationale Entwicklungsorganisation, Afrikanische Entwicklungsbank, Globale Umweltfazilität, Asiatische Entwicklungsbank;

- betreffend Passive Rechnungsabgrenzungen (insgesamt 54,10 Mio. EUR) Haftungsentgelte gemäß AFFG, ÖBB-Infrastruktur AG, ASFINAG und Eurofima;

Der Anstieg der Fremdmittel gegenüber 31. Dezember 2014 von + 292,62 Mio. EUR (+ 12,1 %) war insbesondere auf Veränderungen bei Sonstigen langfristigen Verbindlichkeiten (D.II.04) von + 56,40 Mio. EUR (+ 5,9 %), Sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten (E.II.06) von + 46,74 Mio. EUR (+ 30,8 %) und Rückstellungen für Haftungen (D.III.03) von + 192,48 Mio. EUR (+ 15,1 %) zurückzuführen.

Nach Angaben des BMF seien die Sonstigen lang- und kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber internationalen Finanzinstitutionen aufgrund der Hinterlegung von Bundesschatzscheinen bei der OeNB im Rahmen der 17. Wiederauffüllung der Internationalen Entwicklungsorganisation gemäß IFI-Beitragsgesetz 2014 angestiegen. Aufgrund der Einlösungspläne der hinterlegten Bundesschatzscheine sei es zu einer Verschiebung von den langfristigen zu den kurzfristigen Verbindlichkeiten gekommen. Außerdem hätten die langfristigen Passiven Rechnungsabgrenzungen (in der Position Sonstige langfristige Verbindlichkeiten) für Haftungsentgelte im AusfFG- und AFFG-Bereich aufgrund einer steigenden Fristigkeit der Kredittransaktionen zugenommen. Die Rückstellungen für Haftungen seien im Bereich der Kursrisikogarantien gemäß AFFG um + 232,55 Mio. EUR gestiegen. Damit berücksichtigte das BMF in Umsetzung einer RH–Empfehlung neben Kursverlustabrechnungen in der Vergangenheit auch solche, die für die unmittelbare Zukunft geplant sind (4 Jahre Vergangenheit, 2 Jahre Zukunft)[56]. Dagegen sei aufgrund einer günstigen Schadensentwicklung eine Auflösung von Rückstellungen im AusfFG-Bereich von – 44,00 Mio. EUR möglich gewesen. Höhere Rückstellungen seien nach Angaben des BMF auch für die Austria Wirtschaftsservice GmbH und die Österreichische Hotel- und Tourismusbank GmbH gebildet worden.

56 siehe Reihe Bund 2016/5, Haftungen des Bundes für Exportförderungen; Follow–up–Überprüfung, TZ 28.

25.2 Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung

Tabelle 25.2-1: UG 45 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung[1)]

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 45 Bundesvermögen		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
A	**Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (= A.I + A.II – A.III – A.IV)**	**+ 333,29**	**+ 328,66**	**– 4,64**	**– 1,4**	**+ 250,99**	**+ 465,13**	**+ 214,14**	**+ 85,3**	**+ 136,48**
A.II	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	392,72	596,60	+ 203,89	+ 51,9	300,59	500,49	+ 199,90	+ 66,5	– 96,11
A.II.02	Erträge aus Kostenbeiträgen und Gebühren	208,53	220,29	+ 11,75	+ 5,6	242,17	251,73	+ 9,56	+ 3,9	+ 31,44
	GB 45.01 Haftungen des Bundes	208,53	220,29	+ 11,75	+ 5,6	242,17	251,73	+ 9,56	+ 3,9	+ 31,44
A.II.03	Sonstige Erträge	164,94	348,14	+ 183,20	+ 111,1	39,59	224,99	+ 185,39	+ 468,3	– 123,16
	GB 45.01 Haftungen des Bundes	127,30	325,89	+ 198,59	+ 156,0	38,76	220,89	+ 182,13	+ 469,9	– 105,00
	GB 45.02 Bundesvermögensverwaltung	37,64	22,25	– 15,39	– 40,9	0,83	4,09	+ 3,26	+ 391,9	– 18,16
A.IV	Betrieblicher Sachaufwand	59,42	267,95	+ 208,52	+ 350,9	49,60	35,36	– 14,24	– 28,7	– 232,59
A.IV.06	Aufwand für Werkleistungen	39,26	27,04	– 12,22	– 31,1	40,51	26,72	– 13,80	– 34,1	– 0,32
	GB 45.02 Bundesvermögensverwaltung	22,42	11,27	– 11,15	– 49,7	23,67	10,95	– 12,72	– 53,7	– 0,32
A.IV.13	Aufwendungen aus der Wertberichtigung und dem Abgang von Forderungen	5,75	40,42	+ 34,68	+ 603,4				–	– 40,42
	GB 45.01 Haftungen des Bundes	5,46	40,42	+ 34,97	+ 640,8				–	– 40,42
A.IV.14	Sonstiger betrieblicher Sachaufwand	14,42	200,48	+ 186,07	+ 1.290,7	9,08	8,64	– 0,44	– 4,9	– 191,84
	GB 45.01 Haftungen des Bundes	4,59	194,74	+ 190,15	+ 4.140,7	0,83	0,33	– 0,50	– 60,6	– 194,41
B	**Transferergebnis (= B.I – B.II)**	**– 483,84**	**– 717,24**	**– 233,40**	**+ 48,2**	**– 414,53**	**– 395,84**	**+ 18,68**	**– 4,5**	**+ 321,40**
B.I	Erträge aus Transfers	23,95	16,86	– 7,09	– 29,6	23,95	16,86	– 7,09	– 29,6	0,00
B.II	Transferaufwand	507,79	734,10	+ 226,31	+ 44,6	438,48	412,70	– 25,78	– 5,9	– 321,40
B.II.02	Aufwand für Transfers an ausländische Körperschaften und Rechtsträger	352,94	347,29	– 5,65	– 1,6	340,10	264,15	– 75,95	– 22,3	– 83,13
	GB 45.02 Bundesvermögensverwaltung	352,94	347,29	– 5,65	– 1,6	340,10	264,15	– 75,95	– 22,3	– 83,13
B.II.02.01	EU-Mitgliedstaaten	55,00		– 55,00	– 100,0	55,00		– 55,00	– 100,0	0,00
B.II.02.02	Drittländer	297,94	347,29	+ 49,35	+ 16,6	285,10	264,15	– 20,95	– 7,3	– 83,13
B.II.03	Aufwand für Transfers an Unternehmen	97,05	148,13	+ 51,08	+ 52,6	98,04	148,22	+ 50,18	+ 51,2	+ 0,09
	GB 45.01 Haftungen des Bundes	84,27	134,41	+ 50,14	+ 59,5	84,27	134,41	+ 50,14	+ 59,5	0,00
B.II.06	Aufwand für sonstige Transfers	57,76	238,64	+ 180,89	+ 313,2				–	– 238,64
	GB 45.01 Haftungen des Bundes	57,76	238,64	+ 180,89	+ 313,2				–	– 238,64
C	**Ergebnis aus d. operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers (= A + B)**	**– 150,55**	**– 388,58**	**– 238,04**	**+ 158,1**	**– 163,53**	**+ 69,29**	**+ 232,82**	**– 142,4**	**+ 457,87**

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 45 Bundesvermögen		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
D	**Finanzergebnis (= D.I – D.II)**	**+ 530,21**	**+ 449,61**	**– 80,60**	**– 15,2**	**+ 530,41**	**+ 420,07**	**– 110,33**	**– 20,8**	**– 29,54**
D.I	Finanzerträge	570,71	467,27	– 103,44	– 18,1	530,41	420,07	– 110,33	– 20,8	– 47,19
D.I.02	Dividenden und ähnliche Gewinnausschüttungen	516,83	409,05	– 107,78	– 20,9	516,83	409,05	– 107,78	– 20,9	0,00
	GB 45.02 Bundesvermögensverwaltung	516,83	409,05	– 107,78	– 20,9	516,83	409,05	– 107,78	– 20,9	0,00
D.I.05	Bewertung von Beteiligungen	40,29	47,21	+ 6,92	+ 17,2				–	– 47,21
	GB 45.02 Bundesvermögensverwaltung	40,29	47,21	+ 6,92	+ 17,2				–	– 47,21
D.II	Finanzaufwand	40,50	17,65	– 22,84	– 56,4				–	– 17,65
D.II.05	Aufwendungen aus der Bewertung von Beteiligungen	40,50	17,65	– 22,84	– 56,4				–	– 17,65
	GB 45.02 Bundesvermögensverwaltung	40,50	17,65	– 22,84	– 56,4				–	– 17,65
C*	**Geldfluss aus empfangenen s. gewährten Darlehen und Vorschüssen**					**– 32,20**	**– 207,62**	**– 175,41**	**+ 544,7**	**– 207,62**
C.I*	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen					73,93	– 126,84	– 200,78	– 271,6	– 126,84
	GB 45.01 Haftungen des Bundes				–	68,84	– 130,88	– 199,72	– 290,1	– 130,88
C.II*	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen					106,14	80,77	– 25,36	– 23,9	+ 80,77
	GB 45.01 Haftungen des Bundes				–	106,14	80,77	– 25,37	– 23,9	+ 80,77
D*	**Geldfluss aus der Investitionstätigkeit**					**– 390,70**	**+ 48,43**	**+ 439,13**	**– 112,4**	**+ 48,43**
D.I*	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit					78,57	69,25	– 9,32	– 11,9	+ 69,25
	GB 45.02 Bundesvermögensverwaltung				–	78,57	69,25	– 9,32	– 11,9	+ 69,25
D.II*	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit					469,27	20,82	– 448,45	– 95,6	+ 20,82
	GB 45.02 Bundesvermögensverwaltung				–	469,27	20,82	– 448,45	– 95,6	+ 20,82
E	**Nettoergebnis (ER: C + D) / Nettofinanzierungssaldo (FR: C + D + C* + D*)**	**+ 379,67**	**+ 61,03**	**– 318,64**	**– 83,9**	**– 56,03**	**+ 330,17**	**+ 386,20**	**– 689,3**	**+ 269,14**
	davon Erträge/Einzahlungen	987,38	1.080,73	+ 93,35	+ 9,5	1.007,45	879,82	– 127,63	– 12,7	– 200,90
	davon Aufwendungen/ Auszahlungen	607,71	1.019,70	+ 411,98	+ 67,8	1.063,48	549,65	– 513,83	– 48,3	– 470,05
	davon Erträge aus Vorperioden	2,23	1,59	– 0,63	– 28,4				–	– 1,59
	davon Aufwand aus Vorperioden	3,76	194,41	+ 190,65	+ 5.072,0				–	– 194,41
	um Vorperioden bereinigtes Nettoergebnis	**+ 381,20**	**+ 253,84**	**– 127,36**	**– 33,4**	**– 56,03**	**+ 330,17**	**+ 386,20**	**– 689,3**	**+ 76,33**

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Ergebnis- und Finanzierungsrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

In der UG 45 „Bundesvermögen“ betrug das Nettoergebnis 2015 (E) der konsolidierten Ergebnisrechnung + 61,03 Mio. EUR. Es setzte sich zusammen aus

- dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) von + 328,66 Mio. EUR (– 4,64 Mio. EUR gegenüber 2014),
- dem Transferergebnis (B) von – 717,24 Mio. EUR (– 233,40 Mio. EUR gegenüber 2014) und
- dem Finanzergebnis (D) von + 449,61 Mio. EUR (– 80,60 Mio. EUR) gegenüber 2014.

Die Erträge in der UG 45 machten 1,081 Mrd. EUR,

- darunter 596,60 Mio. EUR aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II), 16,86 Mio. EUR aus Transfers (B.I), 467,27 Mio. EUR aus Finanzerträgen (D.I);

und die Aufwendungen 1,020 Mrd. EUR aus,

- darunter 267,95 Mio. EUR aus betrieblichem Sachaufwand (A.IV), 734,10 Mio. EUR aus Transferaufwand (B.II), 17,65 Mio. EUR aus Finanzaufwand (D.II).

Das Nettoergebnis 2015 verschlechterte sich um 318,64 Mio. EUR bzw. um 83,9 % gegenüber 2014.

A. Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit

Die Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) betrugen 596,60 Mio. EUR.

- Die Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) waren im Wesentlichen den Erträgen aus Kostenbeiträgen und Gebühren (220,29 Mio. EUR) und den Sonstigen Erträgen (348,14 Mio. EUR) zuzuordnen.

Die Erträge aus Kostenbeiträgen und Gebühren beinhalteten Haftungsentgelte gemäß AFFG, AusfFG sowie von sonstigen Finanzhaftungen (z.B. ÖBB, ASFINAG). Die Sonstigen Erträge entstanden aus der Auflösung von Rückstellungen, der Auflösung von Wertberichtigungen im Zusammenhang mit dem AusfFG und aus der Abschöpfung des Kontos gemäß § 7 AusfFG an die Bundeskasse.

Den Erträgen standen Aufwendungen für betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von 267,95 Mio. EUR gegenüber.

- Der betriebliche Sachaufwand entstand insbesondere für Sonstigen betrieblichen Sachaufwand (200,48 Mio. EUR). Darunter fiel vor allem die Ausbuchung der Abschöpfung des Kontos gemäß § 7 AusfFG als „Aufwand aus Vorperioden".

Das Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit 2015 verschlechterte sich um 4,64 Mio. EUR bzw. um 1,4 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten bei

- den Erträgen aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) von + 203,89 Mio. EUR: darunter Erträge aus Kostenbeiträgen und Gebühren (+ 11,75 Mio. EUR) und Sonstige Erträge (+ 183,20 Mio. EUR) und

- dem betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von + 208,52 Mio. EUR: darunter Aufwand für Werkleistungen (– 12,22 Mio. EUR), Aufwendungen aus der Wertberichtigung und dem Abgang von Forderungen (+ 34,68 Mio. EUR) und Sonstiger betrieblicher Sachaufwand (+ 186,07 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMF seien die Erträge aus Kostenbeiträgen und Gebühren aufgrund neu übernommener Haftungen (OeEB[57]-Garantien) und höherer AFFG-Haftungsentgelte gestiegen. Dem stünden Rückgänge der Haftungsentgelte gemäß AusfFG für Garantien und Wechselbürgschaften gegenüber. Der Anstieg der Sonstigen Erträge beruhe vor allem auf der im Vergleich zum Jahr 2014 höheren Abschöpfung des Kontos gemäß § 7 AusfFG und auf der höheren Auflösung von Wertberichtigungen zu AusfFG-Forderungen. Jedoch seien die Erträge aus Liegenschaftsverkäufen/-erlösen zurückgegangen. Die Zunahme des Sonstigen betrieblichen Sachaufwands sei auf die Abschöpfung des Kontos gemäß § 7 AusfFG zurückzuführen, wodurch ein „Aufwand aus Vorperioden" entstanden sei. Wenngleich der Bedarf an Wertberichtigungen zu AusfFG-Forderungen gesunken sei, seien die Aufwendungen aus Abschreibungen dieser Forderungen infolge der Russland/Ukraine-Krise und eines Großschadensfalles in Libyen gestiegen. Der Aufwand für Werkleistungen nehme gegenüber dem Jahr 2014 insbesondere infolge eines Rückgangs an Transaktionskosten in Zusammenhang mit Nachbesserungszahlungen der Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H. bei Liegeschaftsverkaufserlösen ab.

57 Oesterreichische Entwicklungsbank AG

B. Transferergebnis

Die Erträge aus Transfers (B.I) betrugen 16,86 Mio. EUR. Den Erträgen stand ein Transferaufwand (B.II) von 734,10 Mio. EUR gegenüber.

- Der Transferaufwand entstand insbesondere
  - für Transfers an ausländische Körperschaften und Rechtsträger (347,29 Mio. EUR) betreffend Programme Internationaler Finanzinstitutionen und betreffend das Außenwirtschaftsprogramm. Weiters erfolgten Kapitaltransfers an und Bundesschatzschein-Erläge für Internationale Finanzinstitutionen,
  - für Transfers an Unternehmen (134,41 Mio. EUR) insbesondere für die Abwicklung des AFFG-Verfahren sowie Aufwendungen zur Schadloshaltung der Austria Wirtschaftsservice GmbH und
  - für sonstige Transfers (238,64 Mio. EUR) im Zusammenhang mit der Dotierung von Rückstellungen für Haftungen betreffend Kursrisikogarantien gemäß AFFG.

Das Transferergebnis 2015 verschlechterte sich um 233,40 Mio. EUR bzw. um 48,2 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten beim

- Transferaufwand (B.II) von + 226,31 Mio. EUR: darunter Transfers an Unternehmen (+ 51,08 Mio. EUR) und sonstige Transfers (+ 180,89 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMF seien die Transfers an Unternehmen aufgrund einer Novelle des AFFG im Jahr 2015, derzufolge Haftungsentgelte für die Übernahme von Haftungen seither zweckgebunden zur Abdeckung von Kursverlusten zu verwenden sind, gestiegen. Ein Zuschlag zum Haftungsentgelt ermögliche zusätzlich zu Kursverlusten aus CHF-Zinsenzahlungen auch Kapitaltilgungen von CHF-Verbindlichkeiten abzudecken. Die Erhöhung der sonstigen Transfers resultiere vor allem aus der veränderten Berechnung der AFFG-Rückstellung auf Basis eines sechsjährigen Durchschnitts (4 Jahre Vergangenheit, 2 Jahre Zukunft).

D. Finanzergebnis

Die Finanzerträge (D.I) betrugen 467,27 Mio. EUR. Den Erträgen stand ein Finanzaufwand (D.II) von 17,65 Mio. EUR gegenüber.

- Wesentliche Positionen der Finanzerträge (D.I) stammten aus Dividenden und ähnlichen Gewinnausschüttungen (409,05 Mio. EUR) von der Österreichischen Bundes- und Industriebeteiligungen GmbH (125,00 Mio. EUR), der Verbund AG (51,38 Mio. EUR), der Oesterreichischen Nationalbank (Gewinnabfuhr: 224,20 Mio. EUR, Dividende 1,2 Mio. EUR) und der Monopolverwaltungsgesellschaft mbH (1,45 Mio. EUR).

- Der Finanzaufwand (D.II) entstand aus der Bewertung von Beteiligungen (17,65 Mio. EUR).

Das Finanzergebnis verschlechterte sich um 80,60 Mio. EUR bzw. um 15,2 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten bei

- den Finanzerträgen (D.I) von – 103,44 Mio. EUR: davon aus Dividenden und ähnlichen Gewinnausschüttungen (– 107,78 Mio. EUR),

- dem Finanzaufwand (D.II) von – 22,84 Mio. EUR für die Bewertung von Beteiligungen.

Nach Angaben des BMF seien die Dividenden bei der Verbund AG (– 125,80 Mio. EUR) und der Österreichischen Bundes- und Industriebeteiligungen GmbH (– 29,00 Mio. EUR) zurückgegangen, die Gewinnabfuhr der Oesterreichischen Nationalbank (+ 48,78 Mio. EUR) habe hingegen zugenommen. Im Jahr 2015 sei ein Finanzaufwand aus der Bewertung von Beteiligungen in Höhe von 17,65 Mio. EUR entstanden, wovon der CEE Special Situation Fund, der DOLMA Fund[58], der Gemeinsame Rohstofffonds, die Internationale Bank für Wiederaufbau, die Internationale Finanz-Corporation, die Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur und der Rift Valley Fund[59] betroffen gewesen seien. Dieser Finanzaufwand sei unter dem Aufwand aus der Bewertung von Beteiligungen des Jahres 2014 in Höhe von 40,50 Mio. EUR gelegen.

58 Durch die Beteiligung am DOLMA Fund soll die Private Equity Industrie in Nepal gefördert werden.

59 Der Rift Valley Fund ist ein überregionaler Investment Fonds, der zur Entwicklung und Förderung von KMUs in sieben Ländern Ostafrikas (Uganda, Äthiopien, Kenia, Tansania, Südsudan, Ruanda und Burundi) beitragen soll.

E. Nettoergebnis versus Nettofinanzierungssaldo

Der Nettofinanzierungssaldo aus der konsolidierten Finanzierungsrechnung fiel mit + 330,17 Mio. EUR um 269,14 Mio. EUR günstiger aus als das Nettoergebnis aus der konsolidierten Ergebnisrechnung (+ 61,03 Mio. EUR). Im Nettofinanzierungssaldo waren Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus empfangenen sowie gewährten Darlehen und Vorschüssen (– 207,62 Mio. EUR) sowie Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus der Investitionstätigkeit (+ 48,43 Mio. EUR) berücksichtigt, die im Nettoergebnis nicht enthalten waren. Darunter fielen insbesondere die folgenden Positionen:

- Einzahlungen des Geldflusses aus empfangenen sowie gewährten Darlehen und Vorschüssen von – 126,84 Mio. EUR (– 200,78 Mio. EUR gegenüber 2014): darunter aus Forderungen aus Finanzhaftungen (– 130,88 Mio. EUR) für Rückflüsse aus Schadensfällen aus Garantien und Wechselbürgschaften im Rahmen des AusfFG-Verfahrens;

- Auszahlungen des Geldflusses aus empfangenen sowie gewährten Darlehen und Vorschüssen von 80,77 Mio. EUR (– 25,36 Mio. EUR gegenüber 2014) für Auszahlungen aus Forderungen aus Finanzhaftungen für Schadenszahlungen aus Garantien und Wechselbürgschaften im Rahmen des AusfFG-Verfahrens;

- Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit von 69,25 Mio. EUR (– 9,32 Mio. EUR gegenüber 2014) aus Sachanlagen für Liegenschaftsverkäufe des BMLVS und der Strategischen Immobilien Verwertungs-, Beratungs- und EntwicklungsgmbH (SIVBEG) sowie Nachbesserungszahlungen der Bundesimmobilienges.m.b.H. aus Liegenschaftsveräußerungen;

- Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit von 20,82 Mio. EUR aus Beteiligungen insbesondere für Projektmittelanforderungen von Entwicklungsbanken.

Weitere Unterschiede zwischen dem Nettofinanzierungssaldo und dem Nettoergebnis beruhten auf Abweichungen zwischen dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) (+ 136,48 Mio. EUR), dem Transferergebnis (B) (+ 321,40 Mio. EUR) und dem Finanzergebnis (D) (– 29,54 Mio. EUR) vom korrespondierenden Geldfluss. Dafür verantwortlich waren im Wesentlichen folgende Positionen:

- Abweichungen bei den Erträgen aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) von – 96,11 Mio. EUR: davon Erträge aus Kostenbeiträgen und Gebühren (+ 31,44 Mio. EUR), Sonstige Erträge (– 123,16 Mio. EUR);

- Abweichungen beim betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von – 232,59 Mio. EUR: davon Aufwendungen aus der Wertberichtigung und dem Abgang von Forderungen (– 40,42 Mio. EUR) und Sonstiger betrieblicher Sachaufwand (– 191,84 Mio. EUR);

- Abweichungen beim Transferaufwand (B.II) von – 321,40 Mio. EUR: davon Transfers an ausländische Körperschaften und Rechtsträger (– 83,13 Mio. EUR) und sonstige Transfers (– 238,64 Mio. EUR);

- Abweichungen bei den Finanzerträgen (D.I) von – 47,19 Mio. EUR aus der Bewertung von Beteiligungen in ausländischen Währungen im Zuge der Folgebewertung aufgrund der Fremdwährungsumrechnung zum 31. Dezember 2015;

- Abweichungen beim Finanzaufwand (D.II) von – 17,65 Mio. EUR für die Bewertung von Beteiligungen.

Die Abweichungen bei den Erträgen aus Kostenbeiträgen und Gebühren (Haftungsentgelte), bei den Transferaufwendungen an ausländische Körperschaften und Rechtsträger (Finanzierung von Programmen Internationaler Finanzinstitutionen) sowie beim Sonstigen betrieblichen Sachaufwand (Abschöpfung des Kontos gemäß § 7 AusfFG) von den korrespondierenden Positionen in der Finanzierungsrechnung waren auf unterschiedliche zeitliche Abgrenzungen zurückzuführen. Die Aufwendungen aus der Wertberichtigung und dem Abgang von Forderungen, die Sonstigen Erträge und Sonstigen Transferaufwendungen (für Auflösung bzw. Dotierung von Rückstellungen sowie Wertberichtigungen) sowie die Finanzerträge und der Finanzaufwand aus der Bewertung von Beteiligungen führten zu keinen Ein- und Auszahlungen. Die Finanzierungsrechnung war hievon nicht berührt.

25.3 UG-spezifische Entwicklungen – Hilfsprogramme für Griechenland

Bisheriger Beitrag Österreichs an den Hilfsprogrammen für Griechenland

Nach Angaben des BMF habe der Bund an Griechenland seit 2010 im Rahmen der zugesagten bilateralen Darlehen (erstes Hilfspaket) 1,557 Mrd. EUR ausbezahlt. Die kumulierten Zinseinnahmen dafür würden sich per 31. Dezember 2015 auf 108,21 Mio. EUR belaufen. Durch mehrere Änderungen der Konditionen und die Entwicklung des 3-Monats-Euribor seien die jährlichen Zinszahlungen aber rückläufig gewesen. Die Rückzahlung der Kapitalraten sei beginnend mit dem Jahr 2020 bis 2041 vereinbart.

Zwischen 2012 und 2014 sei im Rahmen der Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) ein zweites Finanzhilfeprogramm abgewickelt worden, für dessen Finanzierung der Bund Haftungen auf Grundlage des Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetzes übernommen habe. Nach Auslaufen des EFSF-Programms für Griechenland am 30. Juni 2015 habe sich nach Angaben des BMF das rechnerische Risiko Österreichs an den EFSF-Auszahlungen auf rund 3,9 Mrd. EUR belaufen (Kapital ohne Zinsen und ohne Übergarantien).

Der Bund habe grundsätzlich keine direkten Haftungen gegenüber den Empfängern von EFSF-Darlehen (Irland, Portugal, Griechenland) übernommen, sondern für Kapitalmarktfinanzierungen der EFSF. Unter Zugrundelegung sämtlicher Bestandteile (Kapital, Zinsen und Übergarantien) belaufe sich der vom BMF ermittelte rechnerische Haftungsanteil an den EFSF-Finanzierungen für Griechenland per 31. Dezember 2015 auf 6,505 Mrd. EUR (2014: 7,647 Mrd. EUR). Ein Zahlungsausfall Griechenlands gegenüber der EFSF führe nicht automatisch dazu, dass Österreichs Haftungen schlagend werden. Ein Schlagendwerden wäre dann der Fall, wenn die EFSF selbst den Zugang zu den Finanzmärkten verlieren würde. Das BMF gehe aber angesichts der hohen Bonität und des Rückhalts der Mitgliedstaaten der Eurozone nicht davon aus.

25.4 Voranschlagsvergleichsrechnungen

25.4.1 Ergebnishaushalt

Tabelle 25.4-1: UG 45 – Ergebnishaushalt 2015

Ergebnishaushalt							
UG 45 Bundesvermögen	**Erfolg 2014**	**Voranschlag 2015**	**Erfolg 2015**	**Veränderung Erfolg 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015**	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Erträge	987,38	1.015,61	1.080,73	+ 93,35	+ 9,5	+ 65,12	+ 6,4
Aufwendungen	607,71	642,25	1.019,70	+ 411,98	+ 67,8	+ 377,45	+ 58,8
Nettoergebnis	**+ 379,67**	**+ 373,36**	**+ 61,03**	**– 318,64**	**– 83,9**	**– 312,33**	**– 83,7**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Erträge in der UG 45 „Bundesvermögen“ 1,081 Mrd. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um + 93,35 Mio. EUR (+ 9,5 %) und gegenüber dem Voranschlag um + 65,12 Mio. EUR (+ 6,4 %) angestiegen.

Die Aufwendungen des Jahres 2015 waren mit 1,020 Mrd. EUR um + 411,98 Mio. EUR (+ 67,8 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Aufwendungen um + 377,45 Mio. EUR (+ 58,8 %) höher.

Das Nettoergebnis der UG 45 „Bundesvermögen" lag 2015 bei + 61,03 Mio. EUR. Es war um 318,64 Mio. EUR bzw. um 83,9 % schlechter als jenes für 2014 (+ 379,67 Mio. EUR) und um 312,33 Mio. EUR bzw. um 83,7 % schlechter als im Voranschlag (+ 373,36 Mio. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*grün und kursiv*) fassen die vom BMF bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 45 „Bundesvermögen" (Tabelle I.2.11.1)**.

Tabelle 25.4-2: Ergebnishaushalt, UG 45 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Ergebnishaushalt					
UG 45 Bundesvermögen		**Voranschlag 2015**	**Erfolg 2015**	**Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015**	
		in Mio. EUR			in %
	Erträge	**1.015,61**	**1.080,73**	**+ 65,12**	**+ 6,4**
	Aufwendungen	**642,25**	**1.019,70**	**+ 377,45**	**+ 58,8**
	Nettoergebnis	**+ 373,36**	**+ 61,03**	**– 312,33**	
GB 45.01	**Haftungen des Bundes**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	469,38	562,74	+ 93,36	+ 19,9
	Finanzerträge	15,00	1,32	– 13,68	– 91,2
	Erträge	**484,38**	**564,05**	**+ 79,68**	**+ 16,4**
	Transferaufwand	156,36	373,05	+ 216,70	+ 138,6
	Betrieblicher Sachaufwand	74,50	250,93	+ 176,43	+ 236,8
	Aufwendungen	**230,86**	**623,98**	**+ 393,12**	**+ 170,3**
GB 45.02	**Bundesvermögensverwaltung**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	22,39	50,73	+ 28,34	+ 126,6
	Finanzerträge	508,84	465,95	– 42,89	– 8,4
	Erträge	**531,23**	**516,67**	**– 14,56**	**– 2,7**
	Transferaufwand	390,17	361,04	– 29,13	– 7,5
	Betrieblicher Sachaufwand	21,22	17,02	– 4,20	– 19,8
	Finanzaufwand	–	17,65	+ 17,65	–
	Aufwendungen	**411,39**	**395,71**	**– 15,67**	**– 3,8**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mehrerträge im GB 45.01 „Haftungen des Bundes"

+ 93,36 Mio. EUR in der MVAG „Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mehrerträge bei den Sonstigen Erträgen (+ 189,80 Mio. EUR) durch die zum Zeitpunkt der Budgetplanung nicht vorhersehbare Höhe der Abschöpfung gemäß § 7 Abs. 4 AusfFG; weitere Mehrerträge bei den Sonstigen Erträgen gemäß AusfFG (+ 6,17 Mio. EUR) durch höhere Zinsen auf Schadensfälle. Mehrerträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen zu AusfFG-Haftungen durch das Absinken des Wertberichtigungsbedarfs (+ 67,10 Mio. EUR); Mehrerträge aus der Auflösung von Rückstellungen zu AusfFG-Haftungen durch das Absinken des Rückstellungsbedarfs (+ 45,81 Mio. EUR); weitere Mehrerträge bei den Haftungsentgelten für OeEB-Garantien (+ 6,70 Mio. EUR) sowie Mehrerträge aus AFFG-Haftungsentgelten (+ 61,30 Mio. EUR) durch die Einführung eines Zuschlags zum Haftungsentgelt per 1. Jänner 2015.

Diese Mehrerträge wurden teilweise durch Mindererträge kompensiert:

Mindererträge bei den Haftungsentgelten für AusfFG-Garantien (– 71,08 Mio. EUR) und für AusfFG-Wechselbürgschaften (– 32,72 Mio. EUR) aufgrund der mäßigeren Nachfrage nach Haftungsübernahmen bei Großprojekten und im Bereich Wechselbürgschaften; weitere Mindererträge aus der Auflösung von Rückstellungen (– 149,00 Mio. EUR) durch eine Änderung der Rückstellungsberechnung für Haftungen gemäß AFFG sowie Mindererträge bei Kursgewinnen (– 40,44 Mio. EUR), da die Novelle des AFFG erst nach Budgeterstellung in Kraft trat und dementsprechend nicht im Bundesvoranschlag Berücksichtigung fand.

Mindererträge im GB 45.01 „Haftungen des Bundes"

– 13,68 Mio. EUR in der MVAG „Finanzerträge"

Mindererträge für die Eigenverzinsung des Kontos gemäß § 7 AusfFG wegen des niedrigeren Zinsniveaus als bei Budgeterstellung angenommen wurde.

Mehraufwendungen im GB 45.01 „Haftungen des Bundes"

+ 216,70 Mio. EUR in der MVAG „Transferaufwand"

Mehraufwendungen für die Dotierung von Rückstellungen für Haftungen. Diese Dotierung ist von zahlreichen Parametern abhängig, die zum Zeitpunkt der Budgetierung nicht vorhersehbar waren (+ 238,64 Mio. EUR).

Diese Mehraufwendungen wurden teilweise durch Minderaufwendungen bei den Kosten gemäß § 7 Abs. 2 AusfFG infolge geringerer Schadensfälle (– 1,93 Mio. EUR) sowie durch Minderaufwendungen für Schuldenerleichterungsaktionen durch Zinssatzreduktion, infolge der nicht absehbaren noch niedrigeren Zinsentwicklung und aufgrund des sukzessive abnehmenden Volumens von Umschuldungen mit Schuldenerleichterungen (insgesamt – 13,44 Mio. EUR) kompensiert.

+ 176,43 Mio. EUR in der MVAG „Betrieblicher Sachaufwand"

Mehraufwendungen für die Änderung von Verbindlichkeiten/Forderungen aus Haftungen im AusfFG-Verfahren durch die Ausbuchung der Abschöpfung gemäß § 7 Abs. 4 AusfFG (+ 189,79 Mio. EUR); weitere Mehraufwendungen für Forderungsabschreibungen aus Haftungen wegen Uneinbringlichkeit im AusfFG-Verfahren (+ 5,42 Mio. EUR).

Diese Mehraufwendungen wurden teilweise durch Minderaufwendungen kompensiert:

Minderaufwendungen bei der Kapitalertragsteuer für die Eigenverzinsung des Kontos gemäß § 7 AusfFG (– 5,18 Mio. EUR) durch das gesunkene Zinsniveau; weitere Minderaufwendungen beim Bankanteil an Haftungsentgelten (– 9,23 Mio. EUR), da die Einnahmen aus Haftungsentgelten geringer als veranschlagt waren. Minderaufwendungen bei den Wertberichtigungen zu AusfFG-Haftungen (– 9,00 Mio. EUR) infolge des gesunkenen Wertberichtigungsbedarfs.

Mehrerträge im GB 45.02 „Bundesvermögensverwaltung"

+ 28,34 Mio. EUR in der MVAG „Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mehrerträge durch Nachbesserungszahlungen für Liegenschaftsverkäufe (+ 17,89 Mio. EUR) sowie durch höhere Fruchtgenussrechtszahlungen durch die Österreichische Bundesforste AG (+ 5,39 Mio. EUR) und die Schloss Schönbrunn Kultur- und BetriebsgmbH (+ 4,01 Mio. EUR).

Mindererträge im GB 45.02 „Bundesvermögensverwaltung"

– 42,89 Mio. EUR in der MVAG „Finanzerträge"

Mindererträge aufgrund geringerer Dividendenausschüttungen der Verbund AG (– 117,62 Mio. EUR), der Österreichischen Bundes- und Industriebeteiligungen GmbH (– 90,00 Mio. EUR) sowie der Bundesrechenzentrum GmbH (– 3,00 Mio. EUR) infolge zu optimistischer Gewinnerwartungen.

Diese Mindererträge wurden teilweise durch Mehrerträge aus der Gewinnabfuhr der Oesterreichischen Nationalbank für das Geschäftsjahr 2014 infolge höherer Beteiligungserträge sowie geringerer Aufwendungen für die Altersvorsorge (+ 124,20 Mio. EUR) kompensiert. Weitere Mehrerträge entstanden aus der Bewertung von Beteiligungen in ausländischen Währungen im Zuge der Folgebewertung zum 30. April 2016 aufgrund der Fremdwährungsumrechnung zum 31. Dezember 2015 (+ 47,21 Mio. EUR).

Minderaufwendungen im GB 45.02 „Bundesvermögensverwaltung"

– 29,13 Mio. EUR in der MVAG „Transferaufwand"

Minderaufwendungen für Zuschüsse an Griechenland i.R. des Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetzes infolge von Verzögerungen in der Programmabwicklung (– 42,00 Mio. EUR).

Diese Minderaufwendungen wurden teilweise durch Mehraufwendungen (+ 12,35 Mio. EUR), die infolge der Umstellung der Verrechnung der Kooperationsabkommen mit den Internationalen Finanzinstitutionen von der UG 15 „Finanzverwaltung" auf die UG 45 entstanden, kompensiert.

Mehraufwendungen im GB 45.02 „Bundesvermögensverwaltung"

+ 17,65 Mio. EUR in der MVAG „Finanzaufwand"

Mehraufwendungen aus der erfolgswirksamen Folgebewertung von Beteiligungen zum 30. April 2016, wovon der CEE Special Situation Fund, der DOLMA Fund, der Gemeinsame Rohstofffonds, die Internationale Bank für Wiederaufbau, die Internationale Finanz-Corporation, die Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur und der Rift Valley Fund betroffen waren.

25.4.2 Finanzierungshaushalt

Tabelle 25.4-3: UG 45 – Finanzierungshaushalt 2015

Finanzierungshaushalt							
UG 45 Bundesvermögen	**Zahlungen 2014**	**Voranschlag 2015**	**Zahlungen 2015**	**Veränderung Zahlungen 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015**	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Einzahlungen	1.007,45	1.112,54	879,82	– 127,63	– 12,7	– 232,71	– 20,9
Auszahlungen	1.063,48	1.023,30	549,65	– 513,83	– 48,3	– 473,64	– 46,3
Nettofinanzierungssaldo	**– 56,03**	**+ 89,24**	**+ 330,17**	**+ 386,20**	**– 689,3**	**+ 240,93**	**+ 270,0**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Einzahlungen in der UG 45 „Bundesvermögen" 879,82 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um – 127,63 Mio. EUR (– 12,7 %) und gegenüber dem Voranschlag um – 232,71 Mio. EUR (– 20,9 %) gesunken.

Die Auszahlungen des Jahres 2015 waren mit 549,65 Mio. EUR um – 513,83 Mio. EUR (– 48,3 %) niedriger als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Auszahlungen um – 473,64 Mio. EUR (– 46,3 %) niedriger.

Der Nettofinanzierungssaldo der UG 45 „Bundesvermögen" lag 2015 bei + 330,17 Mio. EUR. Er war um 386,20 Mio. EUR bzw. um 689,3 % besser als jener für 2014 (– 56,03 Mio. EUR) und um 240,93 Mio. EUR bzw. um 270,0 % besser als im Voranschlag (+ 89,24 Mio. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*blau und kursiv*) fassen die vom BMF bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen.

Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 45 „Bundesvermögen" (Tabelle I.2.8.1)**.

Tabelle 25.4-4: Finanzierungshaushalt, UG 45 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Finanzierungshaushalt					
UG 45 Bundesvermögen		Voranschlag 2015	Zahlungen 2015	Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015	
		in Mio. EUR			in %
Einzahlungen		**1.112,54**	**879,82**	**– 232,71**	**– 20,9**
Auszahlungen		**1.023,30**	**549,65**	**– 473,64**	**– 46,3**
Nettofinanzierungssaldo		**+ 89,24**	**+ 330,17**	**+ 240,93**	
GB 45.01	**Haftungen des Bundes**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	322,87	490,50	+ 167,63	+ 51,9
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	240,01	– 130,88	– 370,89	– 154,5
	Einzahlungen	**562,88**	**359,61**	**– 203,26**	**– 36,1**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	30,50	16,10	– 14,41	– 47,2
	Auszahlungen aus Transfers	156,35	134,41	– 21,94	– 14,0
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	454,01	80,77	– 373,23	– 82,2
	Auszahlungen	**640,86**	**231,28**	**– 409,58**	**– 63,9**
GB 45.02	**Bundesvermögensverwaltung**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	531,23	446,93	– 84,30	– 15,9
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	14,00	69,25	+ 55,25	+ 394,6
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	4,43	4,04	– 0,40	– 8,9
	Einzahlungen	**549,66**	**520,21**	**– 29,45**	**– 5,4**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	21,22	19,26	– 1,95	– 9,2
	Auszahlungen aus Transfers	340,98	278,29	– 62,69	– 18,4
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	19,87	20,82	+ 0,95	+ 4,8
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,37	0,00	– 0,37	– 99,8
	Auszahlungen	**382,44**	**318,37**	**– 64,06**	**– 16,8**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mehreinzahlungen im GB 45.01 „Haftungen des Bundes"

+ 167,63 Mio. EUR in der MVAG „Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mehreinzahlungen bei den Sonstigen Erträgen (+ 189,79 Mio. EUR) durch die zum Zeitpunkt der Budgetplanung nicht vorhersehbare Höhe der Abschöpfung gemäß § 7 Abs. 4 AusfFG; weitere Mehreinzahlungen bei den Sonstigen Erträgen gemäß AusfFG (+ 16,02 Mio. EUR) durch höhere Zinsen auf Schadensfälle. Mehreinzahlungen bei den Haftungsentgelten für OeEB-Garantien (+ 6,70 Mio. EUR) durch die höhere Nachfrage nach Haftungsübernahmen der OeEB. Mehreinzahlungen bei AFFG-Haftungsentgelten (+ 70,66 Mio. EUR) durch die Einführung des per 1. Jänner 2015 eingeführten Zuschlags zum Haftungsentgelt sowie bei neu übernommenen Haftungen (+ 24,84 Mio. EUR), insbesondere im Infrastrukturbereich, aufgrund des bei Haftungsübernahme für die gesamte Laufzeit fälligen Haftungsentgelts.

Diese Mehreinzahlungen wurden teilweise durch Mindereinzahlungen kompensiert:

Mindereinzahlungen bei den Haftungsentgelten für AusfFG-Garantien (– 55,39 Mio. EUR) und für AusfFG-Wechselbürgschaften (– 32,72 Mio. EUR) aufgrund der mäßigeren Nachfrage nach Haftungsübernahmen bei Großprojekten und im Bereich Wechselbürgschaften; weitere Mindereinzahlungen bei der Eigenverzinsung des Kontos gemäß § 7 AusfFG (– 13,73 Mio. EUR) wegen des niedrigeren Zinsniveaus als bei Budgeterstellung angenommen wurde. Mindereinzahlungen aus Kursgewinnen (– 38,44 Mio. EUR), da die Novelle des AFFG erst nach Budgeterstellung in Kraft trat und dementsprechend nicht im Bundesvoranschlag Berücksichtigung fand.

Mindereinzahlungen im GB 45.01 „Haftungen des Bundes"

– 370,89 Mio. EUR in der MVAG „Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen"

Mindereinzahlungen bei den Garantien gemäß AusfFG (– 364,25 Mio. EUR), da keine Rückflüsse aus größeren Altschadensfällen vereinnahmt wurden. Weitere Mindereinzahlungen durch geringere Rückflüssen auf Schadensfälle aus Wechselbürgschaften (– 5,30 Mio. EUR).

Minderauszahlungen im GB 45.01 „Haftungen des Bundes"

– 14,41 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit"

Minderauszahlungen bei der Kapitalertragsteuer für die Eigenverzinsung des Kontos gemäß § 7 AusfFG (– 5,18 Mio. EUR) durch das gesunkene Zinsniveau; weitere Minderauszahlungen beim Bankanteil an Haftungsentgelten (– 9,23 Mio. EUR), da die Einnahmen aus Haftungsentgelten geringer als veranschlagt waren.

– 21,94 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus Transfers"

Minderauszahlungen für Schuldenerleichterungsaktionen durch Zinssatzreduktion, infolge der nicht absehbaren noch niedrigeren Zinsentwicklung und aufgrund des sukzessive abnehmenden Volumens von Umschuldungen mit Schuldenerleichterungen (insgesamt – 13,44 Mio. EUR). Weitere Minderauszahlungen für Schadloshaltungszahlungen infolge höherer Garantieentgelt-Einzahlungen und Rückflüsse bei der Austria Wirtschaftsservice GmbH (– 11,47 Mio. EUR).

– 373,23 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen"

Minderauszahlungen, weil die Schadensentwicklung des AusfFG-Verfahrens besser als erwartet verlief. Zum Zeitpunkt der Budgetierung wurden aufgrund der aktuellen politischen Ereignisse und der prognostizierten Konjunkturabflachung höhere Schadenszahlungen erwartet.

Mindereinzahlungen im GB 45.02 „Bundesvermögensverwaltung"

– 84,30 Mio. EUR in der MVAG „Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mindereinzahlungen aufgrund geringerer Dividendenausschüttungen der Verbund AG (– 117,62 Mio. EUR), der Österreichischen Bundes- und Industriebeteiligungen GmbH (– 90,00 Mio. EUR) sowie der Bundesrechenzentrum GmbH (– 3,00 Mio. EUR) infolge zu optimistischer Gewinnerwartungen; weitere Mindereinzahlungen bei den Einschmelzerlösen von vor 1989 ausgegebenen Silbermünzen infolge sinkender Rücklieferungen (– 3,90 Mio. EUR) sowie durch den Wegfall des Pensions- und Pensionssicherungsbeitrages der Oesterreichischen Nationalbank (– 3,49 Mio. EUR).

Diese Mindereinzahlungen wurden teilweise durch Mehreinzahlungen aus der Gewinnabfuhr der Oesterreichischen Nationalbank für das Geschäftsjahr 2014 infolge höherer Beteiligungserträge sowie geringerer Aufwendungen für die Altersvorsorge (+ 124,20 Mio. EUR) und durch höhere Fruchtgenussrechtszahlungen von der Österreichischen Bundesforste AG (+ 5,39 Mio. EUR) und der Schloss Schönbrunn Kultur- und BetriebsgmbH (+ 4,01 Mio. EUR) kompensiert.

Mehreinzahlungen im GB 45.02 „Bundesvermögensverwaltung"

+ 55,25 Mio. EUR in der MVAG „Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit"

Mehreinzahlungen durch Nachbesserungszahlungen seitens der Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H. (+ 17,02 Mio. EUR) infolge höherer Erlöse aus Liegenschaftsverkäufen sowie durch höhere Erlöse aus dem Verkauf militärischer Liegenschaften (+ 36,78 Mio. EUR).

Minderauszahlungen im GB 45.02 „Bundesvermögensverwaltung"

– 62,69 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus Transfers"

Minderauszahlungen für Kapitaltransfers an Drittländer (IFIS) durch geringere Abrufe des österreichischen Beitrags zum Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) (– 23,06 Mio. EUR); weitere Minderauszahlungen für Zuschüsse an Griechenland i.R. des Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetzes infolge von Verzögerungen in der Programmabwicklung (– 42,00 Mio. EUR).

25.4.3 Haushaltsrücklagen

Tabelle 25.4-5: UG 45 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015

Finanzierungshaushalt

UG 45 Bundesvermögen	Anfangsbestand	Umbuchung	Entnahme	Auflösung	Zuführung	Endbestand	Veränderung 2014 : 2015	
	in Mio. EUR							in %
Detailbudgetrücklagen	2.364,52	–	– 4,80	–	+ 339,51	2.699,23	+ 334,71	+ 14,2
Variable Auszahlungsrücklagen	18,67	–	–	–	+ 0,01	18,68	+ 0,01	+ 0,0
Zweckgebundene Einzahlungsrücklagen	689,81	–	–	–	+ 0,06	689,87	+ 0,06	+ 0,0
Gesamtsumme	**3.073,01**	**–**	**– 4,80**	**–**	**+ 339,58**	**3.407,78**	**+ 334,78**	**+ 10,9**

Quellen: Rücklagengebarung, eigene Berechnung

Der Stand der Rücklagen in der UG 45 „Bundesvermögen“ belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 3,073 Mrd. EUR und veränderte sich durch Entnahmen (4,80 Mio. EUR) und Zuführungen (339,58 Mio. EUR) auf 3,408 Mrd. EUR zum 31. Dezember 2015. Die Zuführungen resultierten vor allem aus geringer als angenommenen Schadensfällen im Bereich das Ausfuhrförderungsverfahrens.

Im Verhältnis zu den veranschlagten Auszahlungen (1,023 Mrd. EUR) entsprach der Stand zum 31. Dezember 2015 einem Anteil von 333,0 %. Im BFG 2015 war für die UG 45 eine Rücklagenverwendung von 3,00 Mio. EUR berücksichtigt, die in der mittelfristigen Finanzplanung nicht enthalten war und die Auszahlungsobergrenze für das Jahr 2015 (1,020 Mrd. EUR) erhöhte (siehe auch **TZ 25.5**).

25.5 Finanzrahmen

Ausgehend von den tatsächlichen Auszahlungen 2015 stellen sich die Auszahlungsobergrenzen für die UG 45 „Bundesvermögen“ gemäß BFRG für die Finanzjahre 2016 bis 2020 wie folgt dar:

Tabelle 25.5–1: UG 45 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020

Finanzierungshaushalt									
UG 45 Bundesvermögen	**Auszahlungen (Ist)**	**Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG**					**Veränderung**		
	2015	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**	**2020**	**2015 (Ist) : 2020**		**durchschnittlich jährlich**
	in Mio. EUR							in %	
	549,65	**1.035,45**	**1.043,17**	**1.043,87**	**1.049,67**	**1.019,43**	**+ 469,78**	**+ 85,5**	**+ 13,1**
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze gesamt	*74.589,49*	*78.107,49*	*78.202,70*	*78.814,08*	*80.408,66*	*83.038,37*	*+ 8.448,88*	*+ 11,3*	*+ 2,2*
Anteil der UG 45	0,7 %	1,3 %	1,3 %	1,3 %	1,3 %	1,2 %	+ 0,5 %-Punkte		–
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze Rubrik 4	*9.187,15*	*9.307,94*	*9.478,90*	*9.546,94*	*9.519,10*	*9.640,82*	*+ 453,68*	*+ 4,9*	*+ 1,0*
Anteil der UG 45	6,0 %	11,1 %	11,0 %	10,9 %	11,0 %	10,6 %	+ 4,6 %-Punkte		–

Quellen: HIS, BFRG 2016 - 2019, 2017 - 2020, eigene Berechnung

Bis zum Jahr 2020 soll die Auszahlungsobergrenze für die UG 45 „Bundesvermögen“ um + 469,78 Mio. EUR (+ 85,5 %) auf 1,019 Mrd. EUR ansteigen. Dies entspricht einer Veränderungsrate gegenüber den tatsächlichen Aus-

zahlungen 2015 von + 13,1 % im Jahresdurchschnitt. Im Jahr 2015 betrug der Anteil der UG 45 „Bundesvermögen“ an den Gesamtauszahlungen 0,7 % und an den Auszahlungen der Rubrik 4 6,0 %. Der Anteil der UG 45 an der Gesamt–Auszahlungsobergrenze soll sich bis 2020 auf 1,2 % erhöhen bzw. soll er innerhalb der Rubrik 4 auf 10,6 % ansteigen.

Laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 seien folgende laufende bzw. geplante Maßnahmen und Reformen besonders wichtig für die budgetäre Zielerreichung:

- Positionierung in den zuständigen Gremien für eine strikte Einhaltung der Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits und/oder makroökonomischer Ungleichgewichte;
- Unterstützung der regionalen Diversifizierung durch gezielten und abgestimmten Einsatz des Außenwirtschaftsförderungsinstrumentariums sowie Einräumung von Haftungen der Republik Österreich für Exportgeschäfte, Projektfinanzierungen und Investitionen bzw. für deren Finanzierung;
- Nominierung von Bundesvertreterinnen in Aufsichtsräte von Unternehmen, die dem Beteiligungsmanagement des BMF unterliegen und an denen der Bund mit zumindest 50 % beteiligt ist;
- Einflussnahme auf die Politiken, Strategien und Investitionen der Internationalen Finanzinstitutionen durch Beiträge, Programme und Interventionen (einschließlich der Berücksichtigung der Herstellung der Gender–Chancengleichheit sowohl in der institutionellen Struktur der IFIs als auch in deren Operationen);
- Unterstützung von Hilfsprogrammen für Flüchtlinge im Nahen Osten und Nordafrika im Rahmen der Entwicklungsagentur der Weltbank, der International Development Agency (IDA).

Als erforderliche Steuerungs– und Korrekturmaßnahmen zur Einhaltung der Auszahlungsobergrenzen nennt der Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 die Optimierung der nationalen Kostenersätze und internationalen Zuschüsse, die laufende Weiterentwicklung der Instrumente des Ausfuhrförderungsgesetzes und des Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetzes sowie einen zielgerichteten Einsatz der Zuschüsse zur Darstellung gestützter Exportfinanzierungen im Wege der Oesterreichischen Kontrollbank (OeKB).

Die im BFRG 2017 bis 2020 vorgesehenen Auszahlungsobergrenzen für die Jahre 2017 bis 2019 wurden gegenüber dem bisher geltenden BFRG 2016

bis 2019 um insgesamt + 1,1 % bzw. um durchschnittlich + 11,19 Mio. EUR pro Jahr erhöht. Für die Abweichungen seien laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 die Wahrnehmung der Entwicklungszusammenarbeit als staatliche Gesamtverantwortung, der Transfer der Verrechnung der Zinsenstützungen aufgrund des thematischen Zusammenhangs mit dem AFFG-Verfahren von der UG 15 „Finanzverwaltung“ in die UG 45 “Bundesvermögen“ sowie Zahlungen im Zusammenhang mit einer österreichischen Beteiligung zur Asiatischen Infrastruktur–Investitionsbank (AIIB) verantwortlich.

Im Folgenden wird ein Überblick über die Entwicklung der tatsächlichen Auszahlungen und der Auszahlungsobergrenzen von 2011 bis 2015 bzw. ein Vergleich der Auszahlungen zu den Auszahlungsobergrenzen des derzeit geltenden BFRG 2017 bis 2020 gegeben:

Tabelle 25.5–2: UG 45 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015

Finanzierungshaushalt

UG 45 Bundesvermögen	BFRG bzw. Zahlungen					Veränderung			
	2011	2012	2013	2014	2015	2014 : 2015		2011 : 2015	
	in Mio. EUR					in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Auszahlungsobergrenze UG 45	1.097,30	2.623,88	2.260,44	1.510,48	1.020,30	– 490,19	– 32,5	– 77,00	– 7,0
Auszahlungen UG 45	1.563,11	1.556,71	1.717,37	1.063,48	549,65	– 513,83	– 48,3	– 1013,46	– 64,8
Abweichung Auszahlungen : Obergrenze	**+ 465,81**	**– 1.067,18**	**– 543,07**	**– 447,00**	**– 470,64**				
Abweichung in %	**+ 42,5 %**	**– 40,7 %**	**– 24,0 %**	**– 29,6 %**	**– 46,1 %**				

Quellen: HIS, BFRG 2011 - 2014, 2012 - 2015, 2013 - 2016, 2014 - 2017, 2015 - 2018, eigene Berechnung

Während ursprünglich zwischen 2011 und 2015 eine Reduzierung der Auszahlungsobergrenze gemäß BFRG um insgesamt – 77,00 Mio. EUR (– 7,0 %) vorgesehen war, reduzierten sich die Auszahlungen zwischen 2011 und 2015 tatsächlich um – 1,013 Mrd. EUR (– 64,8 %). Im Jahr 2015 lagen die tatsächlichen Auszahlungen um – 470,64 Mio. EUR (– 46,1 %) unter jenen, die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen waren.

Tabelle 25.5–3: UG 45 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG

Finanzierungshaushalt						
UG 45 Bundesvermögen	Auszahlungen (Ist)		durchschnittliche jährliche Veränderung	BFRG	durchschnittliche jährliche Veränderung	Differenz der Veränderungsraten[1]
	2011	2015	2011 : 2015	2020	2015 (Ist) : 2020 (BFRG)	
	in Mio. EUR		in %	in Mio. EUR	in %	in %-Punkten
	1.563,11	**549,65**	**– 23,0**	**1.019,43**	**+ 13,1**	**+ 36,1**
fix	*1.563,11*	*549,65*	*– 23,0*	*1.019,42*	*+ 13,1*	*+ 36,1*
variabel	*0,00*	*0,00*	*–*	*0,01*	*–*	*–*

1) Rundungsdifferenz möglich

Quellen: HIS, BFRG 2017 - 2020, eigene Berechnung

Die durchschnittliche jährliche Veränderung der Auszahlungen belief sich von 2011 bis 2015 auf – 23,0 %. Laut mittelfristiger Finanzplanung bis 2020 soll sie + 13,1 % betragen und somit um 36,1 Prozentpunkte ansteigen. Der starke Rückgang der Auszahlungen im Jahr 2015 gegenüber den Vorjahren beruhte insbesondere auf geringeren Schadenszahlungen (Ausfuhrförderungsgesetz-Verfahren), weil zum Zeitpunkt der Budgetierung aufgrund der aktuellen politischen Ereignisse und der prognostizierten Konjunkturabflachung höhere Schadenszahlungen erwartet wurden. Weitere Minderauszahlungen waren für Kapitaltransfers an Drittländer durch geringere Abrufe des österreichischen Beitrags zum Europäischen Entwicklungsfonds und für Zuschüsse an Griechenland im Rahmen des Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetzes infolge von Verzögerungen in der Programmabwicklung zu verzeichnen.

Die effiziente Aufgabenwahrnehmung im Bereich der UG 45 „Bundesvermögen“ sollte aus Sicht des RH durch quantifizierte strukturelle Steuerungs- und Korrekturmaßnahmen unterstützt werden.

In diesem Zusammenhang weist der RH auf folgende im Jahr 2015 bzw. bis Ende April 2016 dem Nationalrat vorgelegte Berichte hin:

- Villacher Alpenstrassen–Fremdenverkehrsgesellschaft m.b.H. (Reihe Bund 2016/5)

Die Mautstraße auf die Villacher Alpe (Dobratsch) wurde mit Eigenkapital und Darlehen ihrer Gesellschafter in Höhe von insgesamt 5,17 Mio. EUR finanziert. Davon entfielen 70,59 % auf die Republik Österreich, 11,76 % auf das Land Kärnten und 17,65 % auf die Stadt Villach. Angesichts der lediglich regionalen Bedeutung der Gesellschaft war nicht nachvollziehbar, weshalb die Republik Österreich eine Mehrheitsbeteiligung an der Villacher Alpenstrassen–Fremdenverkehrsgesellschaft m.b.H. (Villacher Alpenstraße) hielt.

Der Bund hatte als Gesellschafter nur finanzielle Verpflichtungen, jedoch keine Vorteile. Eine gesicherte Dividendenleistung der Villacher Alpenstraße war zu keiner Zeit erfüllt. Das BMF hatte es verabsäumt, der Villacher Alpenstraße entsprechende Ziele und quantitative Vorgaben zu kommunizieren. Die Villacher Alpenstraße verfügte weder über eine Unternehmensstrategie noch über ein Unternehmenskonzept. Ziele, Wirkungen und Messgrößen im Sinne des Bundes–Public Corporate Governance Kodex lagen nicht vor.

– Haftungen des Bundes für Exportförderungen; Follow–up–Überprüfung (Reihe Bund 2016/5)

Die Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft (OeKB) und das BMF setzten die Empfehlungen des RH vom Jahr 2013 (Reihe Bund 2013/1) mehrheitlich um. Die durchgeführten Maßnahmen verbesserten die Abwicklung des Verfahrens gemäß Ausfuhrförderungsgesetz und erhöhten dessen Transparenz. Weiterer Verbesserungsbedarf bestand jedoch im Bereich der wirtschaftlichen Risiken von Exportgarantien und des Risikomodells der OeKB.

Im Rahmen der Verfahrensabwicklung gemäß Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz bestand vor allem hinsichtlich des Risikocontrollings und der Gebarung des BMF im Bereich der Kursrisikogarantie des Bundes erheblicher Verbesserungsbedarf. Der Bund hatte die Garantie für ein Schweizer Franken–Kursrisiko aus dem Exportfinanzierungsverfahren in Höhe von 5,880 Mrd. EUR (Stand 30. Juni 2015) übernommen. Die Strategien und Szenarien des BMF zum Abbau des Schweizer Franken–Portfolios waren unzureichend, um das Schweizer Franken–Kursrisiko des Bundes auf ein vertretbares Niveau zu senken. Das BMF übertrug durch Anschlussfinanzierungen das bestehende Schweizer Franken–Risiko auf zukünftige Finanzjahre.

– Oesterreichische Nationalbank – Gold– und Pensionsreserven, Jubiläumsfonds sowie Sozialleistungen (Reihe Bund 2015/3)

Bei der Überprüfung der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) stellte der RH Ineffizienzen in der Förderungsabwicklung des Jubiläumsfonds fest. Weiters stellte der RH fest, dass die OeNB ihren aktiven und pensionierten Dienstnehmern eine Vielzahl von Sozialleistungen bot, die im Zeitraum 2009 bis 2013 insgesamt rd. 62,95 Mio. EUR (durchschnittlich rd. 12,59 Mio. EUR pro Jahr) ausmachten. Die OeNB stellte weder transparente soziale Kriterien bei der Vergabe der Sozialleistungen noch umfassende Kontrollrechte über die Verwendung der Mittel sicher und konnte dem RH keine schriftlich dokumentierte und aktuelle Gesamtübersicht aller im Prüfungszeitraum bestehenden Leistungen vorlegen. Darüber hinaus stellte die OeNB ihren aktiven und pensionierten Dienstnehmern Wohnungen zur Verfügung, für die sie unabhängig von der Lage der Wohnung und der sozialen Bedürftig-

keit der Mieter einen einheitlichen Mietzins verrechnete. Nach einer Berechnung des RH betrug die Differenz der entrichteten Mieten zu den marktüblichen Mieten für den überprüften Zeitraum 2009 bis 2013 rd. 4 Mio. EUR.

Außerdem stellte der RH fest, dass für jene Mitarbeiter, die bis zum 30. April 1998 in die OeNB eingetreten waren, die OeNB die volle Pensionsverpflichtung übernommen hatte. Die Anzahl der Anspruchsberechtigten der OeNB belief sich Ende 2013 auf 1.310 Pensionisten und 554 aktive Mitarbeiter (das waren rd. 43 % des Gesamtmitarbeiterstandes). Zur Sicherstellung der Pensionsansprüche aus dieser Verpflichtung hatte die OeNB gemäß Nationalbankgesetz eine Pensionsreserve zu dotieren. Im Zeitraum 2009 bis 2013 verringerte die OeNB ihr geschäftliches Ergebnis um insgesamt + 215,89 Mio. EUR aufgrund von Zuführungen an die Pensionsreserve (+ 46,19 Mio. EUR) und der Abdeckung von Pensionsaufwendungen (+ 169,70 Mio. EUR).

26 UG 46 „FINANZMARKTSTABILITÄT“

UG 46 Finanzmarktstabilität – BMF	
zentrale Budgetbereiche	Partizipations–Kapitalbeteiligungen
	Haftungen

Quelle: HIS

26.1 Vermögensrechnung

Tabelle 26.1–1: UG 46 – Vermögensrechnung[1)]

Vermögensrechnung						
UG 46 Finanzmarktstabilität		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
A + B	**Vermögen**	**1.818,90**	**1.803,80**	**– 15,10**	**– 0,8**	**100,0**
A	Langfristiges Vermögen	1.812,81	538,88	– 1.273,93	– 70,3	29,9
A.III	Wertpapiere und sonstige Kapitalanlagen	300,00	10,05	– 289,95	– 96,7	0,6
A.III.02	Sonstige Kapitalanlagen	300,00	10,05	– 289,95	– 96,7	0,6
	Partizipationskapital	300,00	10,05	– 289,95	– 96,7	0,6
A.IV	Beteiligungen	1.512,81	528,83	– 983,98	– 65,0	29,3
A.IV.01	an verbundenen Unternehmen	1.437,09	453,11	– 983,98	– 68,5	25,1
A.IV.02	an assoziierten Unternehmen	75,72	72,64	– 3,08	– 4,1	4,0
A.V	Langfristige Forderungen	0,00	0,00	– 0,00	– 100,0	0,0
B	Kurzfristiges Vermögen	6,09	1.264,92	+ 1.258,83	–	70,1
B.II	Kurzfristige Forderungen	6,09	1.264,92	+ 1.258,83	–	70,1
B.II.04	aus Finanzhaftungen	0,00	26,40	+ 26,40	–	1,5
B.II.06	Sonstige kurzfristige Forderungen (nv)	0,00	1.230,00	+ 1.230,00	–	68,2
	Sonstige gegebene Anzahlungen	0,00	1.230,00	+ 1.230,00	–	68,2
C	**Nettovermögen (Ausgleichsposten)**	**64,86**	**117,75**	**+ 52,89**	**+ 81,5**	
C.I	Neubewertungsrücklagen (Umbewertungskonto)	812,93	121,30	– 691,63	– 85,1	
C.IV	Jährliches Nettoergebnis (inkl. "Personal, das für Dritte leistet")	– 2.043,77	– 494,53	+ 1.549,24	– 75,8	
C.V	Saldo aus der jährl. Eröffnungsbilanz	2.998,43	– 748,00	– 3.746,43	– 124,9	
C.VI	Bundesfinanzierung	– 1.702,73	1.238,97	+ 2.941,70	– 172,8	
D + E	**Fremdmittel**	**1.754,04**	**1.686,05**	**– 67,99**	**– 3,9**	**100,0**
D	Langfristige Fremdmittel	1.527,62	1.458,28	– 69,34	– 4,5	86,5
D.III	Langfristige Rückstellungen	1.527,62	1.458,28	– 69,34	– 4,5	86,5
D.III.03	für Haftungen	1.527,62	1.458,28	– 69,34	– 4,5	86,5
E	Kurzfristige Fremdmittel	226,42	227,77	+ 1,36	+ 0,6	13,5
E.II	Kurzfristige Verbindlichkeiten	0,59	2,95	+ 2,36	+ 400,8	0,2
E.III	Kurzfristige Rückstellungen	225,83	224,82	– 1,00	– 0,4	13,3
E.III.01	für Prozesskosten	225,83	224,82	– 1,00	– 0,4	13,3

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Vermögensrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 betrug in der UG 46 „Finanzmarktstabilität" 1,804 Mrd. EUR und sank gegenüber 31. Dezember 2014 um – 15,10 Mio. EUR (– 0,8 %). Der Anteil des kurzfristigen Vermögens betrug 70,1 % und der des langfristigen Vermögens 29,9 %. Dem Vermögen standen Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 von 1,686 Mrd. EUR gegenüber, die im Vergleich zum 31. Dezember 2014 um – 67,99 Mio. EUR (– 3,9 %) zurückgingen. Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 waren zu 13,5 % kurzfristig und zu 86,5 % langfristig. Nachdem das Vermögen die Fremdmittel überstieg, ergab sich ein Nettovermögen (Ausgleichsposten) zum 31. Dezember 2015 von 117,75 Mio. EUR (+ 52,89 Mio. EUR bzw. + 81,5 % gegenüber 31. Dezember 2014).

A. und B. Vermögen

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 (1,804 Mrd. EUR) setzte sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- A.IV Beteiligungen: 528,83 Mio. EUR (29,3 %), davon 453,11 Mio. EUR für Beteiligungen an verbundenen Unternehmen (KA Finanz AG, HBI-Bundesholding AG und ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes), 72,64 Mio. EUR für Beteiligungen an assoziierten Unternehmen (immigon portfolioabbau ag) und 3,08 Mio. EUR für Sonstige Beteiligungen (Volksbank Wien AG);

- B.II Kurzfristige Forderungen: 1,265 Mrd. EUR (70,1 %), davon 1,230 Mrd. EUR für Sonstige kurzfristige Forderungen (nicht veranschlagt) im Zusammenhang mit dem Generalvergleich zwischen der Republik Österreich und dem Freistaat Bayern. Die Republik Österreich verpflichtete sich zu einer Zahlung an den Freistaat Bayern bis Ende 2015 und der Freistaat Bayern zu Rückzahlungen an die Republik Österreich beginnend mit 30. Juni 2017 in Höhe jener Zahlungen, die die Bayerische Landesbank aus der Abwicklung der HETA Asset Resolution AG erhält („Sonstige gegebene Anzahlungen").

Der Rückgang des Vermögens gegenüber 31. Dezember 2014 von – 15,10 Mio. EUR (– 0,8 %) resultierte insbesondere aus Veränderungen bei Sonstigen Kapitalanlagen (A.III.02) betreffend das Partizipationskapital von – 289,95 Mio. EUR (– 96,7 %), Beteiligungen an verbundenen Unternehmen (A.IV.01) von – 983,98 Mio. EUR (– 68,5 %), Kurzfristigen Forderungen aus Finanzhaftungen (B.II.04) von + 26,40 Mio. EUR und Sonstigen kurzfristigen Forderungen (nicht veranschlagt) (B.II.06) von + 1,230 Mrd. EUR.

Nach Angaben des BMF sei das Partizipationskapital aufgrund des Kapitalschnitts bei der immigon portfolioabbau ag zurückgegangen. Der Buchwert der Beteiligungen an verbundenen Unternehmen vermindere sich aufgrund des Verkaufs der Hypo Group Alpe Adria AG und der Kommunalkredit Austria AG. Der Anstieg der Kurzfristigen Forderungen aus Finanzhaftungen resultiere aus Regressforderungen, die aufgrund von Haftungsinanspruchnahmen gemäß Finanzmarktstabilitätsgesetz (FinStaG) (HETA Asset Resolution AG) und Unternehmensliquiditätsstärkungsgesetz (ULSG) im Jahr 2015 entstanden seien. Der Anstieg der Sonstigen kurzfristigen Forderungen (nicht veranschlagt) habe sich aus dem oben beschriebenen Generalvergleich zwischen der Republik Österreich und dem Freistaat Bayern ergeben.

D. und E. Fremdmittel

Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 (1,686 Mrd. EUR) setzten sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- D.III Langfristige Rückstellungen: 1,458 Mrd. EUR (86,5 %) für Haftungen gemäß FinStaG, die auf Einzelfallbasis gebildet wurden;
- E.III Kurzfristige Rückstellungen: 224,82 Mio. EUR (13,3 %) für Prozesskosten.

Der Rückgang der Fremdmittel gegenüber 31. Dezember 2014 von – 67,99 Mio. EUR (– 3,9 %) war insbesondere auf Veränderungen bei Rückstellungen für Haftungen (D.III.03) von – 69,34 Mio. EUR (– 4,5 %) zurückzuführen. Nach Angaben des BMF sei der Stand der Rückstellungen aufgrund von Haftungsinanspruchnahmen im Bereich des FinStaG und eines geringeren Haftungsstands bedingt durch das Auslaufen des ULSG zurückgegangen.

26.2 Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung

Tabelle 26.2-1: UG 46 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung[1)]

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 46 Finanzmarktstabilität		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
A	**Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (= A.I + A.II – A.III – A.IV)**	**+ 56,52**	**+ 53,45**	**– 3,07**	**– 5,4**	**+ 117,25**	**– 1.170,86**	**– 1.288,11**	**– 1.098,6**	**– 1.224,31**
A.II	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	121,42	135,21	+ 13,79	+ 11,4	121,19	60,93	– 60,27	– 49,7	– 74,29
A.II.02	Erträge aus Kostenbeiträgen und Gebühren	111,93	54,14	– 57,79	– 51,6	117,50	51,70	– 65,80	– 56,0	– 2,44
A.II.03	Sonstige Erträge	9,49	81,08	+ 71,58	+ 754,2	3,69	9,23	+ 5,53	+ 149,9	– 71,85
A.IV	Betrieblicher Sachaufwand	64,90	81,77	+ 16,86	+ 26,0	3,95	1.231,79	+ 1.227,84	–	+ 1.150,02
A.IV.13	Aufwendungen aus der Wertberichtigung und dem Abgang von Forderungen	51,00	79,74	+ 28,74	+ 56,4				–	– 79,74
A.IV.14	Sonstiger betrieblicher Sachaufwand	9,95	0,25	– 9,70	– 97,5	0,00	1.230,00	+ 1.230,00	–	+ 1.229,75
B	**Transferergebnis (= B.I – B.II)**	**– 1.228,83**	**– 209,52**	**+ 1.019,31**	**– 82,9**	**– 10,14**	**– 209,77**	**– 199,63**	**+ 1.969,6**	**– 0,25**
B.II	Transferaufwand	1.228,83	209,52	– 1.019,31	– 82,9	10,14	209,77	+ 199,63	+ 1.969,6	+ 0,25
B.II.03	Aufwand für Transfers an Unternehmen	10,67	209,52	+ 198,85	+ 1.863,4	10,14	209,77	+ 199,63	+ 1.969,6	+ 0,25
B.II.06	Aufwand für sonstige Transfers	1.218,16		– 1.218,16	– 100,0				–	0,00
C	**Ergebnis aus d. operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers (= A + B)**	**– 1.172,32**	**– 156,08**	**+ 1.016,24**	**– 86,7**	**+ 107,11**	**– 1.380,63**	**– 1.487,74**	**– 1.389,0**	**– 1.224,55**
D	**Finanzergebnis (= D.I – D.II)**	**– 871,45**	**– 338,45**	**+ 533,00**	**– 61,2**	**+ 302,11**	**0,00**	**– 302,11**	**– 100,0**	**+ 338,45**
D.I	Finanzerträge	302,11	101,91	– 200,20	– 66,3	302,11		– 302,11	– 100,0	– 101,91
D.I.01	Erträge aus Zinsen	49,74	51,91	+ 2,17	+ 4,4	49,74		– 49,74	– 100,0	– 51,91
D.I.02	Dividenden und ähnliche Gewinnausschüttungen	252,37		– 252,37	– 100,0	252,37		– 252,37	– 100,0	0,00
D.I.04	Abgang von Finanzanlagevermögen		50,00	+ 50,00	–				–	– 50,00
D.II	Finanzaufwand	1.173,56	440,36	– 733,21	– 62,5				–	– 440,36
D.II.03	Abschreibungen aus Finanzanlagen		289,95	+ 289,95	–				–	– 289,95
D.II.04	Verluste aus dem Abgang von Finanzanlagevermögen		146,86	+ 146,86	–				–	– 146,86
D.II.05	Aufwendungen aus der Bewertung von Beteiligungen	1.173,56	3,54	– 1.170,02	– 99,7				–	– 3,54

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 46 Finanzmarktstabilität		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
C*	**Geldfluss aus empfangenen s. gewährten Darlehen und Vorschüssen**					**– 51,00**	**– 50,33**	**+ 0,67**	**– 1,3**	**– 50,33**
C.I*	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen					– 49,74		+ 49,74	– 100,0	0,00
C.II*	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen					1,26	50,33	+ 49,07	+ 3.906,3	+ 50,33
D*	**Geldfluss aus der Investitionstätigkeit**					**+ 1.349,86**	**+ 192,02**	**– 1.157,84**	**– 85,8**	**+ 192,02**
D.I*	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit					2.100,00	192,02	– 1.907,98	– 90,9	+ 192,02
D.II*	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit					750,14		– 750,14	– 100,0	0,00
E	**Nettoergebnis (ER: C + D) / Nettofinanzierungssaldo (FR: C + D + C* + D*)**	**– 2.043,77**	**– 494,53**	**+ 1.549,24**	**– 75,8**	**+ 1.708,09**	**– 1.238,94**	**– 2.947,02**	**– 172,5**	**– 744,41**
	davon Erträge/ Einzahlungen	423,53	237,12	– 186,41	– 44,0	2.473,56	252,95	– 2.220,62	– 89,8	+ 15,82
	davon Aufwendungen/ Auszahlungen	2.467,30	731,65	– 1.735,65	– 70,3	765,48	1.491,88	+ 726,41	+ 94,9	+ 760,24

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Ergebnis- und Finanzierungsrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

In der UG 46 „Finanzmarktstabilität“ betrug das Nettoergebnis 2015 (E) der konsolidierten Ergebnisrechnung – 494,53 Mio. EUR. Es setzte sich zusammen aus

- dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) von + 53,45 Mio. EUR (– 3,07 Mio. EUR gegenüber 2014),
- dem Transferergebnis (B) von – 209,52 Mio. EUR (+ 1,019 Mrd. EUR gegenüber 2014) und
- dem Finanzergebnis (D) von – 338,45 Mio. EUR (+ 533,00 Mio. EUR gegenüber 2014).

Die Erträge in der UG 46 machten 237,12 Mio. EUR,

- darunter 135,21 Mio. EUR aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) und 101,91 Mio. EUR aus Finanzerträgen (D.I)

und die Aufwendungen 731,65 Mio. EUR aus,

- darunter 81,77 Mio. EUR aus betrieblichem Sachaufwand (A.IV), 209,52 Mio. EUR aus Transferaufwand (B.II) und 440,36 Mio. EUR aus Finanzaufwand (D.II).

Das Nettoergebnis 2015 verbesserte sich um 1, 549 Mrd. EUR bzw. um 75,8 % gegenüber 2014.

A. Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit

Die Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) betrugen 135,21 Mio. EUR.

- Die Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) waren im Wesentlichen den Erträgen aus Kostenbeiträgen und Gebühren (54,14 Mio. EUR) aus Haftungsentgelten gemäß FinStaG und ULSG und den Sonstigen Erträgen (81,08 Mio. EUR) insbesondere aus der Auflösung von Haftungsrückstellungen zuzuordnen. Die Sonstigen Erträge fielen insbesondere aufgrund einer Inanspruchnahme der Bürgschaft zugunsten der HETA Asset Resolution AG vom 28. Dezember 2010 sowie aufgrund der Zahlung der 2015 fälligen Zinsen für die bundesbehaftete Nachranganleihe der HETA Asset Resolution AG an. Im Bereich des ULSG erfolgte eine Auflösung von Haftungsrückstellungen resultierend aus der Inanspruchnahme einer Haftung und der Abreifung der übrigen Haftungen.

Den Erträgen standen Aufwendungen für betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von 81,77 Mio. EUR gegenüber.

- Der betriebliche Sachaufwand entstand im Wesentlichen für die Wertberichtigung und den Abgang von Forderungen (79,74 Mio. EUR). Wertberichtigungen erfolgten insbesondere für die Zinsforderung an die KA Finanz AG aus dem Besserungsschein für das Jahr 2014, nachdem die am 30. Juni 2015 fälligen Zinsen vereinbarungsgemäß nicht bezahlt werden mussten. Weitere Wertberichtigungen betrafen Regressforderungen des Bundes aufgrund einer Inanspruchnahme der Bürgschaft des Bundes durch die HETA Asset Resolution AG vom 28. Dezember 2010 und aufgrund der fehlenden Werthaltigkeit von Forderungen im Bereich des ULSG.

Das Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit 2015 verschlechterte sich um 3,07 Mio. EUR bzw. um 5,4 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten bei

- den Erträgen aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) von + 13,79 Mio. EUR: darunter Erträge aus Kostenbeiträgen und Gebühren (– 57,79 Mio. EUR) und Sonstige Erträge (+ 71,58 Mio. EUR),

- dem betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von + 16,86 Mio. EUR: darunter Aufwendungen aus der Wertberichtigung und dem Abgang von Forderungen (+ 28,74 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMF seien geringere Erträge aus Kostenbeiträgen und Gebühren im Bereich der Haftungsentgelte deshalb entstanden, weil infolge des Mandatsbescheids der Finanzmarktaufsicht (FMA)[60] zur Abwicklung der HETA Asset Resolution AG für diese keine Haftungsentgelte mehr vereinnahmt hätten werden können. Die höheren Sonstigen Erträge hätten auf der Auflösung von Haftungsrückstellungen im Bereich des FinStaG und des ULSG beruht. Der Anstieg der Aufwendungen aus der Wertberichtigung stünde in Zusammenhang mit Regressforderungen, deren Werthaltigkeit nicht mehr im vollen Ausmaß gegeben sei (z.B. wegen Inanspruchnahme einer Haftung gemäß ULSG bzw. der Bürgschaft des Bundes für die HETA Asset Resolution AG vom 28. Dezember 2010).

B. Transferergebnis

Der Transferaufwand (B.II) betrug 209,52 Mio. EUR und entstand für Transfers an Unternehmen. Darunter fielen die Leistung eines Gesellschafterzuschusses an die HBI Bundesholdung AG (196,00 Mio. EUR), Kosten aus dem Verkauf der Hypo Group Alpe Adria AG und der Aufwandsersatz an die ABBAG – Abbaumanagementgesellschaft des Bundes.

Das Transferergebnis 2015 verbesserte sich um 1,019 Mrd. EUR bzw. um 82,9 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten bei

- dem Transferaufwand (B.II) von – 1,019 Mrd. EUR: darunter Transfers an Unternehmen (+ 198,85 Mio. EUR) und sonstige Transfers (– 1,218 Mrd. EUR).

Nach Angaben des BMF seien die Transfers an Unternehmen insbesondere aufgrund des oben erwähnten Gesellschafterzuschusses gestiegen. Dagegen seien die sonstigen Transfers erheblich zurückgegangen, nachdem im Jahr 2015 keine Aufwendungen aus der Dotierung von Haftungsrückstellungen entstanden seien. Im Jahr 2014 erfolgten entsprechende Dotierungen gemäß FinStaG und ULSG.

60 1. März 2015

D. Finanzergebnis

Die Finanzerträge (D.I) betrugen 101,91 Mio. EUR. Den Erträgen stand ein Finanzaufwand (D.II) von 440,36 Mio. EUR gegenüber.

- Wesentliche Positionen der Finanzerträge (D.I) stammten aus Zinsen (51,91 Mio. EUR) und Erträgen aus dem Abgang von Finanzanlagevermögen (50,00 Mio. EUR). Die Zinserträge entstanden aus den Zinsforderungen aus dem Besserungsschein für die KA Finanz AG, die am 30. Juni 2015 fällig waren. Die Zinsen musste die KA Finanz AG aufgrund ihres Jahresabschlussergebnisses vereinbarungsgemäß nicht bezahlen, weshalb die Zinsforderung wertberichtigt wurde. Die Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagevermögen entstanden aus dem Beteiligungsverkauf der Hypo Group Alpe Adria AG.

- Der Finanzaufwand (D.II) entstand insbesondere aus Abschreibungen aus Finanzanlagen (289,95 Mio. EUR) betreffend den Schnitt des Partizipationskapitals bei der immigon portfolioabbau ag auf Basis des Hauptversammlungsbeschlusses sowie aus Verlusten aus dem Abgang von Finanzanlagevermögen (146,86 Mio. EUR) infolge des Beteiligungsverkaufs der Kommunalkredit Austria AG. Der Verkaufserlös war geringer als der im Beteiligungsansatz des Bundes ausgewiesene Wert.

Das Finanzergebnis verbesserte sich um 533,00 Mio. EUR bzw. um 61,2 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten bei

- den Finanzerträgen (D.I) von – 200,20 Mio. EUR: davon aus Dividenden und ähnlichen Gewinnausschüttungen (– 252,37 Mio. EUR), aus dem Abgang von Finanzanlagevermögen (+ 50,00 Mio. EUR),

- dem Finanzaufwand (D.II) von – 733,21 Mio. EUR: davon für Abschreibungen aus Finanzanlagen (+ 289,95 Mio. EUR), für Verluste aus dem Abgang von Finanzanlagevermögen (+ 146,86 Mio. EUR) und für die Bewertung von Beteiligungen (– 1,170 Mrd. EUR).

Nach Angaben des BMF seien im Jahr 2015 keine Dividendenausschüttungen erfolgt, nachdem die Raiffeisenbank International AG und die BAWAG P.S.K. ihr Partizipationskapital bereits im Jahr 2014 vollständig rückgeführt hatten. Die Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagevermögen seien aus dem Beteiligungsverkauf der Hypo Group Alpe Adria AG entstanden. Im Jahr 2014 seien keine Beteiligungsverkäufe erfolgt.

Der Finanzaufwand sei 2015 nach Angaben des BMF insbesondere aufgrund der Bewertung von Beteiligungen der UG 46 „Finanzmarktstabilität" unter dem Wert des Jahres 2014 gelegen. Im Jahr 2015 seien Abwertungen von 3,54 Mio. EUR betreffend die ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes und die HBI-Bundesholding AG, im Jahr 2014 Abwertungen von 1,174 Mrd. EUR betreffend die Österreichische Volksbanken AG und die HETA Asset Resolution AG erfolgt. Abschreibungen aus Finanzlagen seien im Jahr 2015 aus dem Schnitt des Partizipationskapitals bei der immigion portfolioabbau ag und Verluste aus dem Abgang von Finanzanlagevermögen aus dem Beteiligungsverkauf der Kommunalkredit Austria AG resultiert. Im Jahr 2014 seien weder Aufwendungen aus Abschreibungen aus Finanzanlagen noch Verluste aus dem Abgang von Finanzanlagevermögen entstanden.

E. Nettoergebnis versus Nettofinanzierungssaldo

Der Nettofinanzierungssaldo aus der konsolidierten Finanzierungsrechnung fiel mit – 1,239 Mrd. EUR um 744,41 Mio. EUR ungünstiger aus als das Nettoergebnis aus der konsolidierten Ergebnisrechnung (– 494,53 Mio. EUR). Im Nettofinanzierungssaldo waren Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus empfangenen sowie gewährten Darlehen und Vorschüssen (– 50,33 Mio. EUR) sowie Ein- und Auszahlungen des Geldflusses aus der Investitionstätigkeit (+ 192,02 Mio. EUR) berücksichtigt, die im Nettoergebnis nicht enthalten waren. Wesentliche Positionen des Geldflusses aus empfangenen sowie gewährten Darlehen und Vorschüssen sowie des Geldflusses aus der Investitionstätigkeit waren:

- Auszahlungen des Geldflusses aus empfangenen sowie gewährten Darlehen und Vorschüssen von 50,33 Mio. EUR (+ 49,07 Mio. EUR gegenüber 2014) betreffend Forderungen aus Finanzhaftungen für Haftungsinanspruchnahmen gemäß FinStaG (Bürgschaft des Bundes zugunsten der HETA Asset Resolution AG vom 28. Dezember 2010, Zahlung der im Jahr 2015 fälligen Zinsen für die bundesbehaftete Nachranganleihe der HETA Asset Resolution AG) und ULSG;

- Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit von 192,02 Mio. EUR (– 1,908 Mrd. EUR gegenüber 2014) betreffend den Erlös aus dem Beteiligungsverkauf der Hypo Group Alpe Adria AG (50,00 Mio. EUR) und den Erlös aus dem Beteiligungsverkauf der Kommunalkredit Austria AG (142,02 Mio. EUR).

Weitere Unterschiede zwischen dem Nettofinanzierungssaldo und dem Nettoergebnis beruhten auf Abweichungen zwischen dem Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A) (– 1,224 Mrd. EUR), dem Transferergebnis

(B) (– 0,25 Mio. EUR) und dem Finanzergebnis (D) (+ 338,45 Mio. EUR) vom korrespondierenden Geldfluss. Dafür verantwortlich waren im Wesentlichen folgende Positionen:

- Abweichungen bei den Erträgen aus der operativen Verwaltungstätigkeit (A.II) von – 74,29 Mio. EUR: davon Sonstige Erträge (– 71,85 Mio. EUR) insbesondere aus der Auflösung von Rückstellungen;

- Abweichungen beim betrieblichen Sachaufwand (A.IV) von + 1,150 Mrd. EUR: davon Aufwendungen aus der Wertberichtigung und dem Abgang von Forderungen (– 79,74 Mio. EUR), Sonstiger betrieblicher Sachaufwand (+ 1,230 Mrd. EUR) betreffend den geleisteten Ausgleichsbetrag Österreichs an den Freistaat Bayern;

- Abweichungen bei den Finanzerträgen (D.I) von – 101,91 Mio. EUR: davon aus Zinsen (– 51,91 Mio. EUR) aus dem Besserungsschein für die KA Finanz AG[61] und aus dem Abgang von Finanzanlagevermögen (– 50,00 Mio. EUR) aufgrund des Beteiligungsverkaufs der Hypo Group Alpe Adria AG;

- Abweichungen beim Finanzaufwand (D.II) von – 440,36 Mio. EUR: davon für Abschreibungen aus Finanzanlagen (– 289,95 Mio. EUR) betreffend den Kapitalschnitt bei der immigon portfolioabbau ag, für Verluste aus dem Abgang von Finanzanlagevermögen (– 146,86 Mio. EUR) resultierend aus einem Verkaufserlös unterhalb des Buchwerts aus dem Beteiligungsverkauf der Kommunalkredit Austria AG.

Nach Angaben des BMF hätten sich sowohl die Sonstigen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, die Aufwendungen aus der Wertberichtigung und dem Abgang von Forderungen betreffend den Besserungsschein für die KA Finanz AG und die Bürgschaft für die HETA Asset Resolution AG bzw. für Forderungen gemäß ULSG, der Abgang von Finanzanlagevermögen aufgrund des Beteiligungsverkaufs der Hypo Group Alpe Adria AG, die Abschreibungen aus Finanzanlagen betreffend den Kapitalschnitt bei der immigon portfolioabbau ag und die Verluste aus dem Abgang von Finanzanlagevermögen infolge des Verkaufs der Kommunalkredit Austria AG ausschließlich auf das Nettoergebnis der Ergebnisrechnung ausgewirkt. Die Finanzierungsrechnung sei hievon nicht betroffen gewesen. Den Erträgen aus Zinsen für den Besserungsschein für die KA Finanz AG seien keine Einzahlungen gegenübergestanden. Die daraus resultierende Forderung sei

61 Nachdem die KA Finanz AG die Zinsen nicht zahlen musste, wurde die Forderung wertberichtigt.

wertberichtigt worden. Für den im Jahr 2015 geleisteten Ausgleichsbetrag Österreichs an den Freistaat Bayern gemäß Generalvergleich sei kein Aufwand im Jahr 2015 entstanden, weil er als Anzahlung verbucht worden sei.

26.3 UG-spezifische Entwicklungen

Bankenpaket

Die österreichische Bundesregierung beschloss im Jahr 2008 ein Maßnahmenpaket, das auf die Stärkung des Interbankmarktes, die Behebung der Störung im Wirtschaftsleben Österreichs, die Sicherstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts sowie den Schutz der österreichischen Volkswirtschaft und des österreichischen Finanzmarktes abzielte. Es umfasste ursprünglich einen Rahmen von 100,000 Mrd. EUR, der sich auf Maßnahmen im Rahmen

- des Interbankmarktstärkungsgesetzes (IBSG) und
- des Finanzmarktstabilitätsgesetzes (FinStaG) sowie
- auf die Einlagensicherung verteilte.

Die Ausnutzung des Rahmens gemäß IBSG erfolgte durch Banken in Form der Gewährung von Rahmengarantien oder Einzelgarantien durch den Bund. Zum 31. Dezember 2010 trat das IBSG außer Kraft, d.h. ab 2011 wurden keine neuen Haftungen mehr übernommen. Die letzte bestehende Haftung gemäß IBSG ist am 12. Juni 2014 ohne Inanspruchnahme ausgelaufen.

Der Haftungsrahmen für die Einlagensicherung wurde nicht in Anspruch genommen.

Nach Angaben des BMF im Maßnahmenbericht Q4/2015 gemäß § 6 FinStaG beliefe sich die Ausnutzung des Rahmens gemäß FinStaG (22,000 Mrd. EUR) zum 31. Dezember 2015 auf 17,231 Mrd. EUR (2014: 12,981 Mrd. EUR) und sei aufgrund der im Jahr 2015 gesetzten Maßnahmen von 59,0 % auf 78,3 % gestiegen.

Die folgende Tabelle zeigt die Ausnutzung des Rahmens nach FinStaG von 2008 bis 2015 (jeweils zum Stand 31. Dezember), in der darauf folgenden Abbildung sind die Empfänger der Maßnahmen zum 31. Dezember 2015 dargestellt.

Tabelle 26.3–1: Ausnutzung des Rahmens gemäß FinStaG

Rahmen und Maßnahmen gemäß FinStaG[1]		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
		in Mrd. EUR							
Rahmen gemäß FinStaG		15,000	15,000	15,000	15,000	15,000	15,000	22,000	22,000
Maßnahmen gemäß FinStaG[2]		6,600	7,434	7,459	10,970	13,634	14,375	12,981	17,231
freier Rahmen gemäß FinStaG		8,400	7,566	7,541	4,030	1,366	0,625	9,019	4,769
Ausnutzung des Rahmens gemäß FinStaG		in %							
		44,0	49,6	49,7	73,1	90,9	95,8	59,0	78,3
Maßnahmen gemäß FinStaG		in Mrd. EUR							
		6,600	7,434	7,459	10,970	13,634	14,375	12,981	17,231
davon	Haftungen gemäß § 1 Abs. 2	–	–	–	–	–	–	–	1,700
	Haftungen gemäß § 2 Abs. 1 Z 1 und 2	5,700	1,700	1,200	4,027	5,419	4,306	4,305	5,792
	Partizipationskapital gemäß § 2 Abs. 1 Z 3	0,900	5,424	5,874	4,799	4,099	3,475	1,375	1,085
	Kapitalerhöhung gemäß § 2 Abs. 1 Z 3	–	0,220	0,220	0,220	0,220	0,220	0,220	0,220
	Kapitalerhöhung gemäß § 2 Abs. 1 Z 4	–	–	–	–	1,139	1,839	2,589	2,347
	Gesellschafterzuschüsse gemäß § 2 Abs. 1 Z 3	–	0,090	0,165	0,849	0,849	1,449	1,449	1,449
	Ausgleichszahlung gemäß § 1a	–	–	–	–	–	–	–	1,230
	Kapitalherabsetzung nach § 182 AktG iVm § 23 Abs. 4 Z 2 BWG	–	–	–	0,625	0,625	0,625	0,625	0,915
	Kapitalherabsetzung nach § 189 AktG	–	–	–	–	0,700	0,700	0,700	0,942
	Umwandlung in Grundkapital gemäß § 102 BWG	–	–	–	0,450	0,450	0,450	0,450	0,450
	Haftungsinanspruchnahme für die KA Finanz AG[3]	–	–	–	–	0,134	1,312	1,268	1,268
	Haftungsinanspruchnahme für die HETA Asset Resolution AG[4]	–	–	–	–	–	–	–	0,035
	Rückflüsse	–	–	–	–	–	–	–	– 0,202

1) jeweils zum 31. Dezember

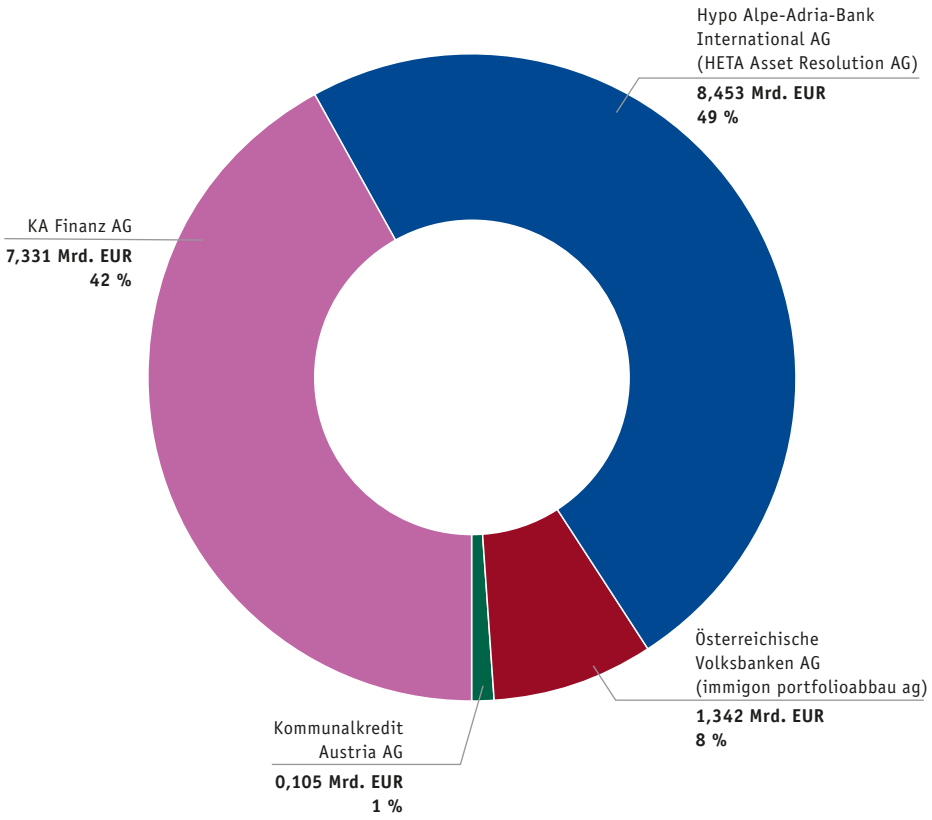
2) 2008: Darin nicht enthalten ist eine Haftung der Kommunalkredit Austria AG in Höhe von 1,208 Mrd. EUR, die am 24. April 2009 rückwirkend zum 31. Dezember 2008 abgeschlossen wurde und im Dezember 2009 bereits auslief.

3) 2013: Darin enthalten sind Zinsen in Höhe von 43,7 Mio. EUR.

4) 2015: Darin enthalten ist eine Inanspruchnahme des Bundes für eine Zinszahlung in Höhe von 23,75 Mio. EUR.

Quellen: BMF (Maßnahmenbericht Q 4/2015); RH (Korrekturen für Jahr 2015 nach Rücksprache mit BMF)

Abbildung 26.3–1: Aufrechte Maßnahmen nach FinStaG zum 31. Dezember 2015 sowie Empfänger der Maßnahmen nach FinStaG



Die Haftungen gemäß § 2 Abs. 1 Z 1 und 2 FinStaG in Höhe von insgesamt 5,792 Mrd. EUR zum 31. Dezember 2015 würden nach Angaben des BMF insbesondere jene für ein Commercial Paper–Programm der KA Finanz AG (3,500 Mio. EUR), eine Garantie für die Euro–Anleihe 2015–2020 der KA Finanz AG (1,000 Mrd. EUR) und eine Garantie für die Emission einer Nachranganleihe für die Alpe–Adria–Bank International AG (1,000 Mrd. EUR) umfassen. Die Haftungen gemäß § 1 Abs. 2 FinStaG von 1,700 Mrd. EUR seien im Zuge der Vertragsunterzeichnung für den Verkauf des Südosteuropa-Netzwerks der ehemaligen Hypo Alpe–Adria–Bank International AG an ein internationales Konsortium zur Besicherung von Ansprüchen aus Gewährleistungen und Freistellungen eingegangen worden.

Die Maßnahmen gemäß § 2 Abs. 1 Z 3 FinStaG in Höhe von 1,085 Mrd. EUR zum 31. Dezember 2015 hätten sich auf vergebenes Partizipationskapital an die Hypo Alpe–Adria–Bank International AG (1,075 Mrd. EUR) und die Österreichische Volksbanken AG (10,05 Mio. EUR[62]) bezogen.

62 Im Zuge des Gesamtumbaus des Volksbankensektors sei am 4. Juli 2015 das bis dato von der Bank gehaltene Partizipationskapital des Bundes (300 Mio. EUR) um 96,65 % gekürzt worden.

Darüber hinaus seien insbesondere folgende Maßnahmen nach FinStaG gewährt worden (Stand 31. Dezember 2015):

- Kapitalerhöhungen gemäß § 2 Abs. 1 Z 4 FinStaG in Höhe von 2,347 Mrd. EUR an die Hypo Alpe–Adria–Bank International AG[63] (1,950 Mrd. EUR), die KA Finanz AG (389 Mio. EUR) und die Österreichische Volksbanken AG (8,37 Mio. EUR[64]).

- Gesellschafterzuschüsse gemäß § 2 Abs. 1 Z 3 FinStaG in Höhe von 1,449 Mrd. EUR bei der KA Finanz AG (1,170 Mrd. EUR), der Hypo Alpe–Adria–Bank International AG (250 Mio. EUR) und der Kommunalkredit Austria AG (29,68 Mio. EUR).

- Ausgleichszahlung gemäß § 1a FinStaG in Höhe von 1,230 Mrd. EUR im Zuge des Generalvergleichs der Republik Österreich mit dem Freistaat Bayern zur Beilegung der Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit der Hypo Alpe–Adria–Bank International AG.

Nach Angaben des BMF im Maßnahmenbericht Q4/2015 gemäß § 6 FinStaG seien im Zeitraum 2008 bis 2015 mit dem Bankenpaket Auszahlungen von insgesamt 10,708 Mrd. EUR verbunden, für die nach Angaben des BMF keine Rückführungen zulässig seien bzw. für die keine Rückleistung erfolgen werde, darunter für die Hypo Alpe–Adria–Bank International AG (4,540 Mrd. EUR[65]), die KA Finanz AG (2,870 Mrd. EUR), die Österreichische Volksbanken AG[66] (1,240 Mrd. EUR), die Kommunalkredit Austria AG (249,4 Mio. EUR) und Refinanzierungskosten (1,576 Mrd. EUR). Demgegenüber stünden Einzahlungen von 2,989 Mrd. EUR im gleichen Zeitraum, wodurch der Saldo aus dem Bankenpaket mit – 7,719 Mrd. EUR negativ sei.

Entwicklungen in Verbindung mit den von Maßnahmen gemäß FinStaG betroffenen Banken:

63 Seit November 2014: HETA Asset Resolution AG.

64 Im Zuge des Gesamtumbaus des Volksbankensektors sei am 4. Juli 2015 das bis dato von der Bank gehaltene Grundkapital des Bundes (250 Mio. EUR) um 96,65 % gekürzt worden.

65 Darin enthalten sei die Ausgleichszahlung des Bundes an den Freistaat Bayern in Höhe von 1,230 Mrd. EUR resultierend aus dem Generalvergleich gemäß § 1a FinStaG.

66 Seit Juli 2015: immigon portfolioabbau AG

Hypo Alpe-Adria-Bank International AG/HETA Asset Resolution AG[67]

Am 17. Juli 2015 sei nach Angaben des BMF und der Bundesregierung das Closing für den Verkauf des Südosteuropa-Netzwerkes (SEE-Netzwerk) der ehemaligen Hypo Alpe-Adria-Bank International AG (Kreditinstitute in Slowenien, Kroatien, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro) an ein internationales Konsortium erfolgt. Zur Sicherstellung der vertraglichen Ansprüche des Käufers habe die Republik Österreich eine Haftungsvereinbarung gemäß § 1 Abs. 2 FinStaG in Höhe von 1,7 Mrd. EUR mit dem Käufer abgeschlossen. Die erste Tranche des Kaufpreises habe rd. 44 Mio. EUR betragen (50 Mio. EUR abzüglich Kosten des Verkaufsprozesses für die FIMBAG).

Der verbleibende Teil der Hypo Alpe–Adria–Bank International AG habe im Oktober 2014 die Bankkonzession zurückgelegt und agiere seither unter dem Firmennamen HETA Asset Resolution AG als Abbaueinheit. Im Zuge der Überleitung in die Abbaueinheit sei eine Neubewertung der Aktiva und Passiva erfolgt, deren Ergebnis eine kapitalmäßige Unterdeckung gemäß Einzelabschluss von über 7 Mrd. EUR sei.[68] Per Bescheid vom 1. Mai 2015 sei die HETA Asset Resolution AG der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) in ihrer Funktion als Abwicklungsbehörde auf Grundlage des „Bundesgesetzes über die Sanierung und Abwicklung von Banken“[69] (BaSAG) unter das Abwicklungsregime für Banken gestellt worden. Für die Erstellung eines Abwicklungsplans habe die FMA eine bis 31. Mai 2016 befristete Stundung von Verbindlichkeiten der HETA Asset Resolution AG (Zahlungsmoratorium) verhängt.

Anfang Juli 2015 hätten sich die Republik Österreich und der Freistaat Bayern auf einen außergerichtlichen Generalvergleich zur Bereinigung von Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit der HETA Asset Resolution AG geeinigt. Am 11. November 2015 habe die Republik Österreich gem. § 1a FinStaG einen Vergleichsbetrag von 1,230 Mrd. EUR an den Freistaat Bayern geleistet. Alle Zahlungen, die seither im Zuge der HETA-Abwicklung an die Bayerische Landesbank erfolgen würden, seien vom Freistaat Bayern an die Republik Österreich maximal bis zur Höhe der geleisteten Akontozahlung rückzuführen.

67 Maßnahmenberichte des BMF Q4/2014 bis Q4/2015 gemäß § 6 FinStaG; Österreichisches Stabilitätsprogramm – Fortschreibung für die Jahre 2015 bis 2020.

68 Das BMF schrieb folglich die Beteiligung des Bundes an der HETA Asset Resolution AG auf 0 EUR ab (siehe BRA 2014, Zahlenteil Bund, Tabelle III.3.3).

69 Das BaSAG setzt die EU Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (BRRD) in österreichisches Recht um. (BGBl. I Nr. 98/2014).

Nachdem das Land Kärnten und die Kärntner Landes- und Hypothekenbank Holding als Ausfallsbürge für Verbindlichkeiten der HETA Asset Resolution AG gehaftet hätten und die Haftung bei Abwicklungsmaßnahmen bzw. bei Ablauf des Moratoriums von den Gläubigern in Anspruch genommen werden könne, habe das Land Kärnten – mit Unterstützung der Republik Österreich – ein Rückkaufangebot für die mit Haftungen des Landes besicherten Schuldtitel (Volumen von ca. 10,8 Mrd. EUR) gestellt. Das Rückkaufsangebot, das von 21. Jänner 2016 bis 11. März 2016 gelaufen sei, sei nicht von der erforderlichen Zweidrittelmehrheit des von den Gläubigern vertretenen Kapitals angenommen worden.[70] Die FMA habe daraufhin am 10. April 2016 per Mandatsbescheid die Eckdaten für Maßnahmen der weiteren Abwicklung der HETA Asset Resolution AG eingeleitet. Der Mandatsbescheid habe nach Angaben der FMA insbesondere vorgesehen[71]

- einen Schuldenschnitt von 100 % für alle nachrangigen Verbindlichkeiten,
- einen Schuldenschnitt um 53,98 % auf 46,02 % für alle berücksichtigungsfähigen vorrangigen Verbindlichkeiten,
- die Streichung aller Zinszahlungen ab 1. März 2015, als die HETA unter Abwicklung gemäß BaSAG gestellt worden ist, sowie
- eine Vereinheitlichung der Fälligkeiten aller berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten auf 31. Dezember 2023.

Basierend auf den Mandatsbescheid habe die HETA Asset Resolution AG nach eigenen Angaben ihren Jahresabschluss 2015 erstellt. Der Einzelabschluss nach UGB/BWG habe für das Jahr 2015 einen Jahresfehlbetrag von – 492 Mio. EUR[72] (2014: – 7,9 Mrd. EUR) ausgewiesen. Die Bilanzsumme sei nahezu unverändert bei 9,6 Mrd. EUR geblieben. Das negative Eigenkapital habe – 7,5 Mrd. EUR (2014: – 7,0 Mrd. EUR) betragen.[73]

70 Die Ablehnung des Angebots habe zur Folge, dass die Gläubiger bei einem Schuldenschnitt die Kärntner Landeshaftungen in Anspruch nehmen können.

71 https://www.fma.gv.at/de/sonderthemen/heta-asset-resolution.html (abgefragt am 25. April 2016)

72 Der konsolidierte Gruppenabschluss nach IFRS (Konzernabschluss) wies für das Jahr 2015 ein Jahresergebnis nach Steuern von – 496 Mio. EUR (2014: – 7,418 Mrd. EUR) aus.

73 Pressemeldung der HETA Asset Resolution AG vom 27. April 2016 zur „Veröffentlichung des Jahres- und Konzernabschlusses 2015“ (http://www.heta-asset-resolution.com/sites/hypo-alpe-adria.com/files/content/announcement/file_download/pressemeldung_jahresabschluss_2015_de_final_0.pdf; abgefragt am 4. Mai 2016).

Nach Angaben des BMF habe der Bundesminister für Finanzen am 18. Mai 2016 eine Grundsatzvereinbarung mit den HETA-Gläubigern („Memorandum of Unterstanding") unterzeichnet, die eine gütliche Einigung über die Restrukturierung jener Verbindlichkeiten vorsehe, für die das Land Kärnten die Haftung übernommen habe. Es sei beabsichtigt, dass Kärnten den HETA-Gläubigern ein neues öffentliches Angebot lege, an dem sich das Land Kärnten mit 1,2 Mrd. EUR beteiligen würde. Die übrigen Mittel würde der Bund beisteuern.[74]

Kommunalkredit Austria AG[75]

Die Kommunalkredit Austria AG habe nach Angaben des BMF und der Bundesregierung den von der Europäischen Kommission am 19. Juli 2013 genehmigten Abwicklungsplan umgesetzt. Dieser habe insbesondere die Einstellung des aktivseitigen Neugeschäftes sowie eine langfristige Abwicklung der Bank bis Ende 2040 vorgesehen. Am 28. September 2015 habe die FIMBAG den treuhändig gehaltenen 99,78 %-Anteil der Republik Österreich an ein internationales Konsortium verkauft. Vom Verkauf seien die Betriebsorganisation inklusive aller Beteiligungen und Mitarbeiter der bisherigen Kommunalkredit Austria AG umfasst gewesen. Das restliche, nicht verkaufte Portfolio sei auf die KA Finanz AG verschmolzen worden. Die Kommunalkredit Austria AG habe dadurch wieder ein Neugeschäft betreiben und Finanzierungen zur Verfügung stellen können. Der Verkaufspreis habe 142,02 Mio. EUR zum 23. Dezember 2015 betragen. Aufgrund einer Kaufpreisanpassung habe der Bund am 5. Jänner 2016 weitere 1,97 Mio. EUR vereinnahmen können, sodass der endgültige Kaufpreis 143,99 Mio. EUR betragen habe. Bei positiver Geschäftsabwicklung sei eine weitere Kaufpreisnachzahlung möglich. Der Verkaufspreis verringere die Ausnutzung des FinStaG-Rahmens.

KA Finanz AG[76]

Die KA Finanz AG befinde sich nach Angaben des BMF und der Bundesregierung im Abbau. So habe etwa im Jahr 2014 das CDS-Portfolio zur Gänze abgebaut werden und das bestehende Commerical Paper-Programm von 3 Mrd. EUR auf 3,5 Mrd. EUR aufgestockt werden können. Zudem habe die

74 Pressemeldung des BMF vom 18. Mai 2016 zum Thema „Eckpunkte zum Memorandum of Understanding zwischen HETA-Gläubigern und Bund" (https://www.bmf.gv.at/aktuelles/Eckpunkte_MoU.html; abgefragt am 18. Mai 2016).

75 Maßnahmenbericht des BMF Q4/2015 gemäß § 6 FinStaG; Österreichisches Stabilitätsprogramm – Fortschreibung für die Jahre 2015 bis 2020.

76 Maßnahmenbericht des BMF Q4/2015 gemäß § 6 FinStaG; Österreichisches Stabilitätsprogramm – Fortschreibung für die Jahre 2015 bis 2020.

KA Finanz AG eine fünfjährige bundesgarantierte Anleihe im Nominalwert von 1 Mrd. EUR emittiert. Die Aufstockung und die Emission seien aufgrund einer Herabstufung der Bonität der KA Finanz AG notwendig geworden.

Durch die Verschmelzung der KA Finanz AG mit der „Rest-Kommunalkredit Austria AG“ sei die Bilanzsumme auf ca. 14 Mrd. EUR gestiegen. Gleichzeitig seien die der Kommunalkredit Austria AG gewährten Maßnahmen gemäß FinStaG auf die KA Finanz AG übergegangen.

Immigon portfolioabbau ag (Österreichische Volksbanken AG)[77]

Der am 23. Juni 2015 von der Europäischen Kommission notifizierte Umstukturierungs- und Abwicklungsplan habe nach Angaben des BMF und der Bundesregierung die Spaltung der Österreichischen Volksbanken AG (ÖVAG) in einen Abbauteil und einen auf das neue Spitzeninstitut zu übertragende Zentralorganisationsteil (Volksbank Wien AG) per Anfang Juli 2015 vorgesehen. Die Spaltung vom 4. Juli 2015 sei rückwirkend zum 31. Dezember 2014 erfolgt; seither firmiere die ÖVAG unter der Firmenbezeichnung immigon portfolioabbau ag (immigon) als Abbaugesellschaft gemäß BaSAG und solle vollständig abgebaut werden. Der Bund bliebe weiterhin mit 43,3 % an der Abbaugesellschaft beteiligt, der Volksbankenverbund behielte 42,2 %. Die im Zuge der Spaltung vorgenommene Neubewertung der Assets habe zu einem Kapitalschnitt geführt; Grund- und Partizipationskapital seien jeweils um 96,65 % verkürzt worden. Die durch den Bund für die immigon übernommene Haftung in Höhe von 100 Mio. EUR sei bis Ende 2017 verlängert worden.

Volksbank Wien AG (VBW), Volksbankenverbund[78]

Im Zuge der Umstrukturierung des Volksbankenverbundes und der Spaltung der ÖVAG sei nach Angaben des BMF und der Bundesregierung die Zentralorganisation auf die VBW übergegangen. Im Spaltungsweg habe der Bund 1,01 % an der VBW übernommen. Für das aushaftende Partizipationskapital von 300 Mio. EUR habe die VBW gemäß Restrukturierungsvereinbarung vom 30. Juni 2016 dem Bund ein Genussrecht eingeräumt, das der Volksbankenverbund stufenweise bis 2023 zu bedienen habe. Zur Besicherung des Genussrechts habe die VBW dem Bund im Jänner 2016 unentgeltlich einen Aktienanteil von 25 % plus einer Aktie übertragen. Im Falle

77 Maßnahmenbericht des BMF Q4/2015 gemäß § 6 FinStaG; Österreichisches Stabilitätsprogramm – Fortschreibung für die Jahre 2015 bis 2020.

78 Maßnahmenbericht des BMF Q4/2015 gemäß § 6 FinStaG; Österreichisches Stabilitätsprogramm – Fortschreibung für die Jahre 2015 bis 2020.

eines Zahlungsrückstandes aus dem Genussrecht werde der Bundesanteil von 25 % auf 33 % aufgestockt.

Die Schulden der Abbaubanken KA Finanz AG, HETA Asset Resolution AG und der immigon portfolioabbau ag würden nach Angaben des BMF seit 2009, 2014 bzw. seit dem 3. Quartal 2015 dem Sektor Staat zugerechnet (siehe **BRA 2015, Textteil Band 1: Bund, TZ 2.2.3**).

26.4 Voranschlagsvergleichsrechnungen

26.4.1 Ergebnishaushalt

Tabelle 26.4-1: UG 46 – Ergebnishaushalt 2015

Ergebnishaushalt

UG 46 Finanzmarktstabilität	Erfolg 2014	Voranschlag 2015	Erfolg 2015	Veränderung Erfolg 2014 : 2015		Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Erträge	423,53	111,65	237,12	– 186,41	– 44,0	+ 125,48	+ 112,4
Aufwendungen	2.467,30	430,91	731,65	– 1.735,65	– 70,3	+ 300,74	+ 69,8
Nettoergebnis	**– 2.043,77**	**– 319,27**	**– 494,53**	**+ 1.549,24**	**– 75,8**	**– 175,26**	**+ 54,9**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Erträge in der UG 46 „Finanzmarktstabilität“ 237,12 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um – 186,41 Mio. EUR (– 44,0 %) gesunken und gegenüber dem Voranschlag um + 125,48 Mio. EUR (+ 112,4 %) angestiegen.

Die Aufwendungen des Jahres 2015 waren mit 731,65 Mio. EUR um – 1,736 Mrd. EUR (– 70,3 %) niedriger als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Aufwendungen um + 300,74 Mio. EUR (+ 69,8 %) höher.

Das Nettoergebnis der UG 46 „Finanzmarktstabilität“ lag 2015 bei – 494,53 Mio. EUR. Es war um 1,549 Mrd. EUR bzw. um 75,8 % besser als jenes für 2014 (– 2,044 Mrd. EUR) und um 175,26 Mio. EUR bzw. um 54,9 % schlechter als im Voranschlag (– 319,27 Mio. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*grün und kursiv*) fassen die vom BMF bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen.

Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 46 „Finanzmarktstabilität" (Tabelle I.2.11.1)**.

Tabelle 26.4-2: Ergebnishaushalt, UG 46 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Ergebnishaushalt					
UG 46 Finanzmarktstabilität		**Voranschlag 2015**	**Erfolg 2015**	**Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015**	
		in Mio. EUR			in %
	Erträge	**111,65**	**237,12**	**+ 125,48**	**+ 112,4**
	Aufwendungen	**430,91**	**731,65**	**+ 300,74**	**+ 69,8**
	Nettoergebnis	**– 319,27**	**– 494,53**	**– 175,26**	
GB 46.01	**Finanzmarktstabilität**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	68,70	135,21	+ 66,51	+ 96,8
	Finanzerträge	42,94	101,91	+ 58,97	+ 137,3
	Erträge	**111,65**	**237,12**	**+ 125,48**	**+ 112,4**
	Transferaufwand	430,80	209,52	– 221,28	– 51,4
	Betrieblicher Sachaufwand	0,11	81,77	+ 81,66	–
	Finanzaufwand	–	440,36	+ 440,36	–
	Aufwendungen	**430,91**	**731,65**	**+ 300,74**	**+ 69,8**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mehrerträge im GB 46.01 „Finanzmarktstabilität"

+ 66,51 Mio. EUR in der MVAG „Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mehrerträge aus der Auflösung von Haftungsrückstellungen im Bereich des FinStaG und des ULSG (insgesamt + 70,60 Mio. EUR) infolge der Auszahlung und des Auslaufens von Haftungen gemäß FinStaG und ULSG.

Diese Mehrerträge wurden teilweise durch Mindererträge bei den Haftungsentgelten kompensiert, da infolge eines Mandatsbescheids der FMA die budgetierten Haftungsentgeltzahlungen der HETA Asset Resolution AG nicht vereinnahmt werden konnten (– 14,25 Mio. EUR).

+ 58,97 Mio. EUR in der MVAG „Finanzerträge"

Mehrerträge entstanden vorwiegend durch den Beteiligungsverkauf der Hypo Group Alpe Adria AG (+ 50,00 Mio EUR).

Minderaufwendungen im GB 46.01 „Finanzmarktstabilität"

– 221,28 Mio. EUR in der MVAG „Transferaufwand"

Minderaufwendungen, da der ursprünglich für kapitalstützende Maßnahmen budgetierte Gesellschafterzuschuss an die HETA Asset Resolution AG auf Entschluss der Bundesregierung nicht durchgeführt wurde (– 300,00 Mio. EUR). Weitere Minderaufwendungen entstanden durch nicht erfolgte Kapitalmaßnahmen für sonstige Finanzunternehmen (– 128,00 Mio. EUR).

Diese Minderaufwendungen wurden teilweise durch Mehraufwendungen in Form der Leistung eines Gesellschafterzuschusses für kapitalstützende Maßnahmen an die HBI Bundesholding AG (+ 196,00 Mio. EUR) sowie durch die Leistung eines Ersatzes der Privatisierungskosten an die HETA Asset Resolution AG (+ 6,02 Mio. EUR) kompensiert.

Mehraufwendungen im GB 46.01 „Finanzmarktstabilität"

+ 81,66 Mio. EUR in der MVAG „Betrieblicher Sachaufwand"

Mehraufwendungen für die Wertberichtigung einer Regressforderung gemäß ULSG infolge Haftungsinanspruchnahme, da die Werthaltigkeit dieser Regressforderung nicht gegeben war (+ 15,35 Mio. EUR). Mehraufwendungen durch die Wertberichtigung der Zinsforderung an die KA Finanz AG aus dem Besserungsschein für den Zeitraum 1.1.2014 bis 31.12.2014, da die Zinsen von der KA Finanz AG aufgrund deren Jahresabschlussergebnisses nicht bezahlt werden mussten (+ 51,91 Mio. EUR). Weitere Mehraufwendungen für die Wertberichtigung der Regressforderung des Bundes aufgrund der Auszahlung an die HETA Asset Resolution AG infolge der Inanspruchnahme der Bürgschaft des Bundes (+ 11,22 Mio. EUR).

+ 440,36 Mio. EUR in der MVAG „Finanzaufwand"

Mehraufwendungen durch die Vornahme eines Kapitalschnitts des Partizipationskapitals bei der immigon portfolioabbau ag entsprechend des Beschlusses der Hauptversammlung (+ 289,95 Mio. EUR) sowie durch Verluste aus dem Beteiligungsverkauf der Kommunalkredit Austria AG (+ 146,86 Mio. EUR).

26.4.2 Finanzierungshaushalt

Tabelle 26.4-3: UG 46 – Finanzierungshaushalt 2015

Finanzierungshaushalt							
UG 46 Finanzmarktstabilität	**Zahlungen 2014**	**Voranschlag 2015**	**Zahlungen 2015**	**Veränderung Zahlungen 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015**	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Einzahlungen	2.473,56	112,15	252,95	– 2.220,62	– 89,8	+ 140,80	+ 125,5
Auszahlungen	765,48	431,00	1.491,88	+ 726,41	+ 94,9	+ 1.060,88	+ 246,1
Nettofinanzierungssaldo	**+ 1.708,09**	**– 318,85**	**– 1.238,94**	**– 2.947,02**	**– 172,5**	**– 920,09**	**+ 288,6**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Einzahlungen in der UG 46 „Finanzmarktstabilität“ 252,95 Mio. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um – 2,221 Mrd. EUR (– 89,8 %) gesunken und gegenüber dem Voranschlag um + 140,80 Mio. EUR (+ 125,5 %) angestiegen.

Die Auszahlungen des Jahres 2015 waren mit 1,492 Mrd. EUR um + 726,41 Mio. EUR (+ 94,9 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Auszahlungen um + 1,061 Mrd. EUR (+ 246,1 %) höher.

Der Nettofinanzierungssaldo der UG 46 „Finanzmarktstabilität“ lag 2015 bei – 1,239 Mrd. EUR. Er war um 2,947 Mrd. EUR bzw. um 172,5 % schlechter als jener für 2014 (+ 1,708 Mrd. EUR) und um 920,09 Mio. EUR bzw. um 288,6 % schlechter als im Voranschlag (– 318,85 Mio. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*blau und kursiv*) fassen die vom BMF bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 46 „Finanzmarktstabilität“ (Tabelle I.2.8.1)**.

Tabelle 26.4-4: Finanzierungshaushalt, UG 46 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Finanzierungshaushalt					
UG 46 Finanzmarktstabilität		**Voranschlag 2015**	**Zahlungen 2015**	**Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015**	
		in Mio. EUR			in %
	Einzahlungen	**112,15**	**252,95**	**+ 140,80**	**+ 125,5**
	Auszahlungen	**431,00**	**1.491,88**	**+ 1.060,88**	**+ 246,1**
	Nettofinanzierungssaldo	**– 318,85**	**– 1.238,94**	**– 920,09**	
GB 46.01	**Finanzmarktstabilität**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	112,15	60,93	– 51,22	– 45,7
	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,00	192,02	+ 192,02	–
	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,00	–	– 0,00	– 100,0
	Einzahlungen	**112,15**	**252,95**	**+ 140,80**	**+ 125,5**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,20	1.231,79	+ 1.231,59	–
	Auszahlungen aus Transfers	430,80	209,77	– 221,03	– 51,3
	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,00	–	– 0,00	– 100,0
	Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,00	50,33	+ 50,32	–
	Auszahlungen	**431,00**	**1.491,88**	**+ 1.060,88**	**+ 246,1**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mindereinzahlungen im GB 46.01 „Finanzmarktstabilität"

– 51,22 Mio. EUR in der MVAG „Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mindereinzahlungen infolge des Wegfalls der Dividendenzahlung der Raiffeisenbank International AG aufgrund der vollständigen Rückführung des Partizipationskapitals im Jahr 2014 (– 42,94 Mio. EUR); weitere Mindereinzahlungen bei den Haftungsentgelten gemäß FinStaG (– 17,39 Mio. EUR) infolge eines Mandatsbescheids der FMA, demzufolge die budgetierten Haftungsentgeltzahlungen der HETA Asset Resolution AG nicht vereinnahmt werden konnten.

Diese Mindereinzahlungen wurden teilweise durch Mehreinzahlungen i.Z.m. Ausgleichszahlungen und der Leistung von Restrukturierungsbeiträgen der Österreichischen Volksbanken (insgesamt + 9,22 Mio. EUR) kompensiert.

Mehreinzahlungen im GB 46.01 „Finanzmarktstabilität"

+ 192,02 Mio. EUR in der MVAG „Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit"

Mehreinzahlungen entstanden durch Beteiligungsverkäufe (Hypo Group Alpe Adria AG: + 50,00 Mio. EUR; Kommunalkredit Austria AG: + 142,02 Mio. EUR).

Mehrauszahlungen im GB 46.01 „Finanzmarktstabilität"

+ 1,232 Mrd. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit"

Mehrauszahlungen durch die Leistung einer Ausgleichszahlung Österreichs an den Freistaat Bayern gemäß Generalvergleich zur Beilegung von Rechtsstreitigkeiten i.Z.m. der HETA Asset Resolution AG (ehemals Hypo Alpe-Adria-Bank International AG).

Minderauszahlungen im GB 46.01 „Finanzmarktstabilität"

– 221,03 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus Transfers"

Minderauszahlungen, da der ursprünglich für kapitalstützende Maßnahmen budgetierte Gesellschafterzuschuss an die HETA Asset Resolution AG auf Entschluss der Bundesregierung nicht durchgeführt wurde (– 300,00 Mio. EUR). Weitere Minderauszahlungen durch nicht erfolgte Kapitalmaßnahmen für sonstige Finanzunternehmen (– 128,00 Mio. EUR).

Diese Minderauszahlungen wurden teilweise durch Mehrauszahlungen in Form der Leistung eines Gesellschafterzuschusses für kapitalstützende Maßnahmen an die HBI Bundesholding AG (+ 196,00 Mio. EUR) sowie durch die Leistung eines Ersatzes der Privatisierungskosten an die HETA Asset Resolution AG (+ 6,02 Mio. EUR) kompensiert.

Mehrauszahlungen im GB 46.01 „Finanzmarktstabilität"

+ 50,32 Mio. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen"

Mehrauszahlungen aus Haftungsinanspruchnahmen gemäß FinStaG infolge der Inanspruchnahme einer Bürgschaft zugunsten der HETA Asset Resolution AG (+ 11,22 Mio. EUR) sowie aufgrund der Zahlung der 2015 fälligen Zinsen für eine bundesbehaftete Nachranganleihe der HETA Asset Resolution AG (+ 23,75 Mio. EUR). Weitere Mehrauszahlungen betrafen Haftungsinanspruchnahmen gemäß ULSG (+ 15,35 Mio. EUR).

26.4.3 Haushaltsrücklagen

Tabelle 26.4-5: UG 46 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015

Finanzierungshaushalt								
UG 46 Finanzmarktstabilität	**Anfangs-bestand**	**Umbuchung**	**Entnahme**	**Auflösung**	**Zuführung**	**Endbestand**	**Veränderung 2014 : 2015**	
	in Mio. EUR							in %
Detailbudgetrücklagen	4.788,02	–	– 1.230,00	–	+ 250,94	3.808,96	– 979,06	– 20,4
Variable Auszahlungsrücklagen	357,63	–	– 56,45	–	+ 4,79	305,97	– 51,66	– 14,4
Zweckgebundene Einzahlungsrücklagen	626,94	–	–	–	+ 175,98	802,92	+ 175,98	+ 28,1
Gesamtsumme	**5.772,58**	**–**	**– 1.286,45**	**–**	**+ 431,71**	**4.917,85**	**– 854,74**	**– 14,8**

Quellen: Rücklagengebarung, eigene Berechnung

Der Stand der Rücklagen in der UG 46 „Finanzmarktstabilität" belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 5,773 Mrd. EUR und veränderte sich durch Entnahmen (1,286 Mrd. EUR) und Zuführungen (431,71 Mio. EUR) auf 4,918 Mrd. EUR zum 31. Dezember 2015. Die Entnahme aus der Detailbudgetrücklage in Höhe von 1,230 Mrd. EUR stand im Zusammenhang mit der Ausgleichszahlung an den Freistaat Bayern. Rücklagenzuführungen resultierten insbesondere aus der Nichtinanspruchnahme der Sonderabgabe zur Stabilitätsabgabe sowie bei der Bankenvorsorge. Im BFG 2015 war für die UG 46 keine Rücklagenverwendung veranschlagt.

26.5 Finanzrahmen

Ausgehend von den tatsächlichen Auszahlungen 2015 stellen sich die Auszahlungsobergrenzen für die UG 46 „Finanzmarktstabilität“ gemäß BFRG für die Finanzjahre 2016 bis 2020 wie folgt dar:

Tabelle 26.5–1: UG 46 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020

Finanzierungshaushalt									
UG 46 Finanzmarktstabilität	**Auszahlungen (Ist)**	**Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG**					**Veränderung**		
	2015	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**	**2020**	**2015 (Ist) : 2020**		**durchschnittlich jährlich**
	in Mio. EUR							in %	
	1.491,88	**671,66**	**656,76**	**528,76**	**328,76**	**327,76**	**– 1.164,12**	**– 78,0**	**– 26,1**
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze gesamt	*74.589,49*	*78.107,49*	*78.202,70*	*78.814,08*	*80.408,66*	*83.038,37*	*+ 8.448,88*	*+ 11,3*	*+ 2,2*
Anteil der UG 46	2,0 %	0,9 %	0,8 %	0,7 %	0,4 %	0,4 %	– 1,6 %-Punkte		–
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze Rubrik 4	*9.187,15*	*9.307,94*	*9.478,90*	*9.546,94*	*9.519,10*	*9.640,82*	*+ 453,68*	*+ 4,9*	*+ 1,0*
Anteil der UG 46	16,2 %	7,2 %	6,9 %	5,5 %	3,5 %	3,4 %	– 12,8 %-Punkte		–

Quellen: HIS, BFRG 2016 - 2019, 2017 - 2020, eigene Berechnung

Bis zum Jahr 2020 soll die Auszahlungsobergrenze für die UG 46 „Finanzmarktstabilität“ um - 1,164 Mrd. EUR (– 78,0 %) auf 327,76 Mio. EUR sinken. Dies entspricht einer Veränderungsrate gegenüber den tatsächlichen Auszahlungen 2015 von – 26,1 % im Jahresdurchschnitt. Im Jahr 2015 betrug der Anteil der UG 46 „Finanzmarktstabilität“ an den Gesamtauszahlungen 2,0 % und an den Auszahlungen der Rubrik 4 16,2 %. Der Anteil der UG 46 an der Gesamt–Auszahlungsobergrenze soll bis 2020 auf 0,4 % zurückgehen bzw. innerhalb der Rubrik 4 auf 3,4 % sinken.

Laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 seien dies die wichtigsten laufenden bzw. geplanten Maßnahmen und Reformen für die budgetäre Zielerreichung:

- Erarbeitung von Strategien für Umstrukturierungen gemäß den beihilferechtlichen Vorgaben;
- Veräußerung von Vermögenswerten bzw. Beteiligungen der Abbauinstitute;

- Bestmögliche Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben betreffend Abbauinstitute;

- Monitoring des Abbauerfolges und der mit der Beihilfegewährung verbundenen Auflagen.

Als erforderliche Steuerungs- und Korrekturmaßnahmen zur Einhaltung der Auszahlungsobergrenzen nennt der Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 die Überprüfung der Einhaltung der zugesagten Restrukturierungsmaßnahmen durch die Banken sowie die Anwendung des Bundesgesetzes über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG).

Die im BFRG 2017 bis 2020 vorgesehenen Auszahlungsobergrenzen für die Jahre 2017 bis 2019 wurden gegenüber dem bisher geltenden BFRG 2016 bis 2019 um insgesamt + 5,4 % bzw. um durchschnittlich + 25,95 Mio. EUR pro Jahr erhöht. Dafür seien laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 der Aufwandersatz für zwei staatliche Holdinggesellschaften für das Abbaumanagement der HETA Asset Resolution AG und der ehemaligen Tochterbank der Hypo Alpe–Adria–Bank International AG, die Auflösung der FIMBAG (Finanzmarktbeteiligung AG) zum Stichtag 30. Juni 2016, sowie Auszahlungen der Zinsen für die bundesbehaftete Nachranganleihe der HETA Asset Resolution AG gemäß FinStaG verantwortlich.

Im Folgenden wird ein Überblick über die Entwicklung der tatsächlichen Auszahlungen und der Auszahlungsobergrenzen von 2011 bis 2015 bzw. ein Vergleich der Auszahlungen zu den Auszahlungsobergrenzen des derzeit geltenden BFRG 2017 bis 2020 gegeben:

Tabelle 26.5–2: UG 46 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015

Finanzierungshaushalt									
UG 46 Finanzmarktstabilität	**BFRG bzw. Zahlungen**					**Veränderung**			
	2011	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	**2014 : 2015**		**2011 : 2015**	
	in Mio. EUR					in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Auszahlungsobergrenze UG 46	2,90	1.892,83	2.429,25	1.831,59	431,00	– 1.400,59	– 76,5	+ 428,10	+ 14.762,1
Auszahlungen UG 46	79,59	1.887,41	3.286,47	765,48	1.491,88	+ 726,41	+ 94,9	+ 1.412,29	+ 1.774,4
Abweichung Auszahlungen : Obergrenze	**+ 76,69**	**– 5,42**	**+ 857,22**	**– 1.066,11**	**+ 1.060,88**				
Abweichung in %	**+ 2.644,5 %**	**– 0,3 %**	**+ 35,3 %**	**– 58,2 %**	**+ 246,1 %**				

Quellen: HIS, BFRG 2011 - 2014, 2012 - 2015, 2013 - 2016, 2014 - 2017, 2015 - 2018, eigene Berechnung

Während ursprünglich zwischen 2011 und 2015 eine Erhöhung der Auszahlungsobergrenze gemäß BFRG um insgesamt + 428,10 Mio. EUR vorgesehen war, erhöhten sich die Auszahlungen zwischen 2011 und 2015 tatsächlich um + 1,412 Mrd. EUR. Im Jahr 2015 lagen die tatsächlichen Auszahlungen um + 1,061 Mrd. EUR (+ 246,1 %) über jenen, die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen waren.

Tabelle 26.5–3: UG 46 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG

Finanzierungshaushalt						
UG 46 Finanzmarktstabilität	**Auszahlungen (Ist)**		**durchschnittliche jährliche Veränderung**	**BFRG**	**durchschnittliche jährliche Veränderung**	**Differenz der Veränderungsraten[1)]**
	2011	**2015**	**2011 : 2015**	**2020**	**2015 (Ist) : 2020 (BFRG)**	
	in Mio. EUR		in %	in Mio. EUR	in %	in %-Punkten
	79,59	**1.491,88**	**+ 108,1**	**327,76**	**– 26,1**	**– 134,2**
fix	*79,59*	*1.440,23*	*+ 106,2*	*304,01*	*– 26,7*	*– 133,0*
variabel	*0,00*	*51,66*	*–*	*23,75*	*– 14,4*	*–*

1) Rundungsdifferenz möglich

Quellen: HIS, BFRG 2017 - 2020, eigene Berechnung

Die durchschnittliche jährliche Veränderung der Auszahlungen belief sich von 2011 bis 2015 auf + 108,1 %. Laut mittelfristiger Finanzplanung bis 2020 soll sie – 26,1 % betragen. Der starke Anstieg der Auszahlungen im Jahr 2015 gegenüber den Vorjahren beruhte insbesondere auf der Leistung einer Ausgleichszahlung Österreichs an den Freistaat Bayern gemäß Generalvergleich zur Beilegung von Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit der HETA Asset Resolution AG.

Der RH weist auf das Risiko hin, ob die in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes berücksichtigte Vorsorge ausreichend ist, auch wenn die Mittel gegenüber dem bisherigen Finanzrahmen aufgestockt wurden (siehe **BRA 2015, Textteil Band 1: Bund, TZ 4.3)**. Obgleich die Mittelverwendungen für Banken nicht in das strukturelle Defizit eingerechnet werden, beeinflussen sie in der Regel das Maastricht–Defizit und jedenfalls den Schuldenstand und sind daher für die Budgetentwicklung wesentlich.

In diesem Zusammenhang weist der RH auf folgende im Jahr 2015 bzw. bis Ende April 2016 dem Nationalrat vorgelegte Berichte hin:

- ULSG – Vergabe von Haftungen (Reihe Bund 2016/1)

Der Bundesminister für Finanzen vergab im Rahmen des ULSG zwischen September 2009 und Dezember 2010 Haftungen in Höhe von rd. 1,310 Mrd. EUR an 48 begünstigte Unternehmen verteilt auf 19 Branchen. Bei einem Haftungsrahmen von 10 Mrd. EUR lag der maximale Ausnutzungsgrad bei rd. 13,1 %. Rund 36,9 % (rd. 482,62 Mio. EUR) der insgesamt vergebenen Haftungen wurden an Unternehmen mit einem Rating aus dem Bereich „Non–Investment Grade“ mit einer erhöhten erwarteten Ausfallswahrscheinlichkeit vergeben. Den Mitgliedern des Beirats und dem Bundesminister für Finanzen lag aufgrund der gesetzlichen Vorgaben keine Information über die bei Antragstellung bestehende Gesamtrisikoposition des Bundes für das jeweilige Unternehmen vor.

Das vereinbarte Bearbeitungsentgelt an die Oesterreichische Kontrollbank (OeKB) für die Durchführung der übertragenen Tätigkeiten war zu hoch bemessen. Bei Anwendung des Durchschnittssatzes für die Bevollmächtigung gemäß Ausfuhrförderungsgesetz hätte der Bund für den Zeitraum 2009 bis 2014 um rd. 2,75 Mio. EUR weniger an Bearbeitungsentgelt an die OeKB bezahlen müssen. Dadurch, dass die OeKB erst ab April 2013 für die von der Haftung umfassten Zinsen ein Haftungsentgelt verrechnete, entging dem BMF ein Zahlungseingang in Höhe von zumindest rd. 133.000 EUR.

– Hypo Alpe–Adria–Bank International AG – Verkaufsaktivitäten in der Umstrukturierungsphase (Reihe Bund 2015/11)

Der RH stellte fest, dass die Verkäufe von zwei Immobilien und 13 Beteiligungen, welche die Hypo Alpe–Adria–Bank International AG in der Phase vor der Anteilsübernahme durch den Bund erworben hatte, zur Realisierung von Verlusten in Höhe von rd. 140 Mio. EUR führten, wovon rd. 100 Mio. EUR in einen Zeitraum nach der Anteilsübernahme durch den Bund im Dezember 2009 fielen.

– Bankenpaket; Follow–up–Überprüfung (Reihe Bund 2015/8)

Das BMF setzte von den Empfehlungen des RH, die dieser im Jahr 2012 zum Bankenpaket veröffentlicht hatte, den überwiegenden Teil nicht um. Es führte vierteljährliche Überweisungen an die FIMBAG Finanzmarktbeteiligung Aktiengesellschaft des Bundes (FIMBAG) ein, nahm Verzugszinsenregelungen in Haftungsvereinbarungen auf und wies in seinen Berichten an den Hauptausschuss des Nationalrats die von Haftungen umfassten Zinsen sowie eine Übersicht über die von den einzelnen Kreditinstituten im Berichtszeitraum gezahlten Haftungsentgelte aus. Weiterhin offen waren die konkretere Definition der Auflagen in Vereinbarungen zwischen dem BMF und den einzelnen Kreditinstituten, die treuhändige Übertragung von Partizipationskapital an die FIMBAG unmittelbar nach der Zeichnung sowie

die Sicherstellung einer Partizipation des Bundes an einer allfälligen Erholung der von ihm unterstützten Kreditinstitute.

– Hypo Alpe–Adria–Bank International AG: Verstaatlichung (Reihe Bund 2015/5)

Der RH zeigte auf, dass trotz der ab Ende April 2009 erkennbaren zunehmenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation der Hypo Alpe–Adria–Bank International AG die dem Bund zustehenden Buch–, Betriebsprüfungs– und Einsichtsrechte für eine weitergehende Informationsbeschaffung über die wirtschaftliche Lage im Sinne einer Due–Diligence–Prüfung nicht genutzt wurden. Die Aufgabenwahrnehmung des internen Kontrollgefüges und der Bankenaufsicht (Finanzmarktaufsicht, Oesterreichische Nationalbank) war unzureichend.

27 UG 51 „KASSENVERWALTUNG“

UG 51 Kassenverwaltung – BMF	
zentrale Budgetbereiche	Geldverkehr des Bundes
	Transfer von der EU

Quelle: HIS

27.1 Vermögensrechnung

Tabelle 27.1–1: UG 51 – Vermögensrechnung[1)]

Vermögensrechnung						
UG 51 Kassenverwaltung		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
A + B	**Vermögen**	**2.692,15**	**3.180,50**	**+ 488,34**	**+ 18,1**	**100,0**
B	Kurzfristiges Vermögen	2.692,15	3.180,50	+ 488,34	+ 18,1	100,0
B.II	Kurzfristige Forderungen	449,23	327,48	– 121,75	– 27,1	10,3
B.II.06	Sonstige kurzfristige Forderungen (nv)	449,23	327,48	– 121,75	– 27,1	10,3
	Übrige sonstige kurzfristige Forderungen	449,23	327,48	– 121,75	– 27,1	10,3
B.IV	Liquide Mittel	2.242,93	2.853,02	+ 610,09	+ 27,2	89,7
B.IV.01	Kassa, Bankguthaben bei Kreditinstituten und Banken	2.242,93	2.853,02	+ 610,09	+ 27,2	89,7
C	**Nettovermögen (Ausgleichsposten)**	**2.692,15**	**3.180,50**	**+ 488,34**	**+ 18,1**	
C.IV	Jährliches Nettoergebnis (inkl. "Personal, das für Dritte leistet")	1.483,92	1.220,87	– 263,05	– 17,7	
C.V	Saldo aus der jährl. Eröffnungsbilanz	3.379,26	2.699,78	– 679,48	– 20,1	
C.VI	Bundesfinanzierung	– 2.171,02	– 740,15	+ 1.430,88	– 65,9	

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Vermögensrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 betrug in der UG 51 „Kassenverwaltung” 3,180 Mrd. EUR und stieg gegenüber 31. Dezember 2014 um + 488,34 Mio. EUR (+ 18,1 %) an. Der Anteil des kurzfristigen Vermögens betrug 100,0 %. Daraus resultierte ein Nettovermögen (Ausgleichsposten) zum 31. Dezember 2015 von 3,180 Mrd. EUR (+ 488,34 Mio. EUR bzw. + 18,1 % gegenüber 31. Dezember 2014).

A. und B. Vermögen

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 (3,180 Mrd. EUR) setzte sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- B.II Kurzfristige Forderungen: 327,48 Mio. EUR (10,3 %) für Sonstige kurzfristige Forderungen (nicht veranschlagt),

- B.IV Liquide Mittel (Kassa, Bankguthaben bei Kreditinstituten und Banken): 2,853 Mrd. EUR (89,7 %),

Der Anstieg des Vermögens gegenüber 31. Dezember 2014 von + 488,34 Mio. EUR (+ 18,1 %) resultierte insbesondere aus Veränderungen bei Sonstigen kurzfristigen Forderungen (nicht veranschlagt) (B.II.06) von – 121,75 Mio. EUR (– 27,1 %) sowie Kassa, Bankguthaben bei Kreditinstituten und Banken (B.IV.01) von + 610,09 Mio. EUR (+ 27,2 %). Nach Angaben des BMF sei der Rückgang der Sonstigen kurzfristigen Forderungen (nicht veranschlagt) auf Refundierungen der Europäischen Kommission zurückzuführen. Die Erhöhung bei der Position Kassa, Bankguthaben bei Kreditinstituten und Banken sei auf die Veränderung der liquiden Mittel aus dem Finanzierungshaushalt zurückzuführen.

27.2 Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung

Tabelle 27.2-1: UG 51 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung[1)]

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 51 Kassenverwaltung		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
B	**Transferergebnis (= B.I – B.II)**	**+ 1.480,51**	**+ 1.217,42**	**– 263,08**	**– 17,8**	**+ 1.116,30**	**+ 1.339,17**	**+ 222,87**	**+ 20,0**	**+ 121,75**
B.I	Erträge aus Transfers	1.480,51	1.217,42	– 263,08	– 17,8	1.116,30	1.339,17	+ 222,87	+ 20,0	+ 121,75
B.I.02	Erträge aus Transfers von ausländischen Körperschaften und Rechtsträgern	1.480,51	1.217,42	– 263,08	– 17,8	1.116,30	1.339,17	+ 222,87	+ 20,0	+ 121,75
B.I.02.01	EU-Mitgliedstaaten	1.480,51	1.217,42	– 263,08	– 17,8	1.116,30	1.339,17	+ 222,87	+ 20,0	+ 121,75
C	**Ergebnis aus d. operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers (= A + B)**	**+ 1.480,51**	**+ 1.217,42**	**– 263,08**	**– 17,8**	**+ 1.116,30**	**+ 1.339,17**	**+ 222,87**	**+ 20,0**	**+ 121,75**
D	**Finanzergebnis (= D.I – D.II)**	**+ 3,41**	**+ 3,44**	**+ 0,03**	**+ 0,8**	**+ 3,41**	**+ 3,44**	**+ 0,03**	**+ 0,8**	**0,00**
D.I	Finanzerträge	3,94	7,40	+ 3,46	+ 87,9	3,94	7,40	+ 3,46	+ 87,9	0,00
D.II	Finanzaufwand	0,52	3,96	+ 3,43	+ 657,0	0,52	3,96	+ 3,43	+ 657,0	0,00
E	**Nettoergebnis (ER: C + D) / Nettofinanzierungssaldo (FR: C + D + C* + D*)**	**+ 1.483,92**	**+ 1.220,87**	**– 263,05**	**– 17,7**	**+ 1.119,72**	**+ 1.342,61**	**+ 222,90**	**+ 19,9**	**+ 121,75**
	davon Erträge/ Einzahlungen	1.484,44	1.224,82	– 259,62	– 17,5	1.120,24	1.346,57	+ 226,33	+ 20,2	+ 121,75
	davon Aufwendungen/ Auszahlungen	0,52	3,96	+ 3,43	+ 657,0	0,52	3,96	+ 3,43	+ 657,0	0,00

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Ergebnis- und Finanzierungsrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

In der UG 51 „Kassenverwaltung“ betrug das Nettoergebnis 2015 (E) der konsolidierten Ergebnisrechnung + 1,221 Mrd. EUR. Es setzte sich zusammen aus

- dem Transferergebnis (B) von + 1,217 Mrd. EUR (– 263,08 Mio. EUR gegenüber 2014) und
- dem Finanzergebnis (D) von + 3,44 Mio. EUR (+ 0,03 Mio. EUR gegenüber 2014),

Die Erträge in der UG 51 „Kassenverwaltung“ machten 1,225 Mrd. EUR

- darunter 1,217 Mrd. EUR aus Transfers (B.I) und 7,40 Mio. EUR aus Finanzerträgen (D.I),

und die Aufwendungen (Finanzaufwand (D.II)) 3,96 Mio. EUR aus.

Das Nettoergebnis 2015 verschlechterte sich um 263,05 Mio. EUR bzw. um 17,7 % gegenüber 2014.

B. Transferergebnis

Die Erträge aus Transfers (B.I) betrugen 1,217 Mrd. EUR. Sie waren den Transfers von ausländischen Körperschaften und Rechtsträgern zuzuordnen. Nach Angaben des BMF seien die Erträge aus Transfers von Ausländischen Körperschaften und Rechtsträgern großteils auf Erträge aus den EU-Strukturfonds und der Landwirtschaft zurückzuführen.

Das Transferergebnis 2015 verschlechterte sich um 263,08 Mio. EUR bzw. um 17,8 % gegenüber 2014. Die Veränderungen waren bei den Erträgen aus Transfers von ausländischen Körperschaften und Rechtsträgern zu beobachten. Nach Angaben des BMF hätten sich die Erträge beim Europäischen Solidaritätsfonds reduziert, da keine Schadensmeldungen gestellt worden seien (- 14,20 Mio. EUR), beim Europäischen Sozialfonds durch die Ausfinanzierung der Programme der Jahre 2007 bis 2013 im Jahr 2014 (- 72,79 Mio. EUR), beim Europäischen Regionalfonds durch die letzten Zahlungsanträge der Programme der Jahre 2007 bis 2013 (- 40,20 Mio. EUR), beim EGFL-Garantiefonds aufgrund der Verschiebung der Aufwendungen auf nationaler Ebene (UG 42 „Land-, Forst- und Wasserwirtschaft“) (- 15,89 Mio. EUR) und beim Europäischen Landwirtschaftsfonds durch Verzögerungen auf der Aufwandsseite (UG 42 „Land-, Forst- und Wasserwirtschaft“) (- 137,44 Mio. EUR).

E. Nettoergebnis versus Nettofinanzierungssaldo

Der Nettofinanzierungssaldo aus der konsolidierten Finanzierungsrechnung fiel mit + 1,343 Mrd. EUR um + 121,75 Mio. EUR günstiger aus als das Nettoergebnis aus der konsolidierten Ergebnisrechnung (+ 1,221 Mrd. EUR).

Unterschiede zwischen dem Nettofinanzierungssaldo und dem Nettoergebnis beruhten auf Abweichungen zwischen dem Transferergebnis (B) (+ 121,75 Mio. EUR) vom korrespondierenden Geldfluss. Nach Angaben des BMF sei der Anstieg bei den Einzahlungen aus Transfers von ausländischen Körperschaften und Rechtsträgern auf die höheren Einzahlungen aus den Programmen der Europäischen Kommission zurückzuführen.

27.3 Voranschlagsvergleichsrechnungen

27.3.1 Ergebnishaushalt

Tabelle 27.3-1: UG 51 – Ergebnishaushalt 2015

Ergebnishaushalt

UG 51 Kassenverwaltung	Erfolg 2014	Voranschlag 2015	Erfolg 2015	Veränderung Erfolg 2014 : 2015		Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Erträge	1.484,44	1.427,15	1.224,82	– 259,62	– 17,5	– 202,33	– 14,2
Aufwendungen	0,52	1,00	3,96	+ 3,43	+ 657,0	+ 2,96	+ 295,6
Nettoergebnis	**+ 1.483,92**	**+ 1.426,15**	**+ 1.220,87**	**– 263,05**	**– 17,7**	**– 205,29**	**– 14,4**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Erträge in der UG 51 „Kassenverwaltung“ 1,225 Mrd. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 259,62 Mio. EUR (– 17,5 %) und gegenüber dem Voranschlag um 202,33 Mio. EUR (– 14,2 %) gesunken.

Die Aufwendungen des Jahres 2015 waren mit 3,96 Mio. EUR um 3,43 Mio. EUR (+ 657,0 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Aufwendungen um 2,96 Mio. EUR (+ 295,6 %) höher.

Das Nettoergebnis der UG 51 „Kassenverwaltung“ lag 2015 bei + 1,221 Mrd. EUR. Es war um 263,05 Mio. EUR schlechter und damit um – 17,7 % niedriger als jenes für 2014 (+ 1,484 Mrd. EUR) und um 205,29 Mio. EUR schlechter und damit um – 14,4 % niedriger als im Voranschlag (+ 1,426 Mrd. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*grün und kursiv*) fassen die vom BMF im Zuge der Erstellung der Abschlussrechnungen bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Diese finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 51 „Kassenverwaltung" (Tabelle I.2.10.1)**.

Tabelle 27.3-2: Ergebnishaushalt, UG 51 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Ergebnishaushalt					
UG 51 Kassenverwaltung		**Voranschlag 2015**	**Erfolg 2015**	**Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015**	
		in Mio. EUR			in %
	Erträge	**1.427,15**	**1.224,82**	**– 202,33**	**– 14,2**
	Aufwendungen	**1,00**	**3,96**	**+ 2,96**	**+ 295,6**
	Nettoergebnis	**+ 1.426,15**	**+ 1.220,87**	**– 205,29**	
GB 51.01	**Kassenverwaltung**				
	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1.417,90	1.217,42	– 200,48	– 14,1
	Finanzerträge	9,25	7,40	– 1,85	– 20,0
	Erträge	**1.427,15**	**1.224,82**	**– 202,33**	**– 14,2**
	Finanzaufwand	1,00	3,96	+ 2,96	+ 295,6
	Aufwendungen	**1,00**	**3,96**	**+ 2,96**	**+ 295,6**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mindererträge im GB 51.01 „Kassenverwaltung"

– 200,48 Mio. EUR in der MVAG „Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mindererträge aus Transfers von der EU infolge von Verzögerungen bei der Programmabwicklung der Landwirtschaft (Europäischer Landwirtschaftsfonds – ELER: – 138,44 Mio. EUR, Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft - EGFL: – 6,69 Mio. EUR) und durch den verzögerten Start von Programmen aus der Periode 2014 – 2020 (Europäischer Sozialfonds: – 46,99 Mio. EUR); weitere Mindererträge entstanden durch die späte Einbringung von Zahlungsanträgen (Europäischer Regionalfonds 2007 – 2013: – 9,45 Mio. EUR).

27.3.2 Finanzierungshaushalt

Tabelle 27.3-3: UG 51 – Finanzierungshaushalt 2015

Finanzierungshaushalt							
UG 51 Kassenverwaltung	**Zahlungen 2014**	**Voranschlag 2015**	**Zahlungen 2015**	**Veränderung Zahlungen 2014 : 2015**		**Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015**	
	in Mio. EUR			in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Einzahlungen	1.120,24	1.427,15	1.346,57	+ 226,33	+ 20,2	– 80,58	– 5,6
Auszahlungen	0,52	1,00	3,96	+ 3,43	+ 657,0	+ 2,96	+ 295,6
Nettofinanzierungssaldo	**+ 1.119,72**	**+ 1.426,15**	**+ 1.342,61**	**+ 222,90**	**+ 19,9**	**– 83,54**	**– 5,9**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Einzahlungen in der UG 51 „Kassenverwaltung" 1,347 Mrd. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 226,33 Mio. EUR (+ 20,2 %) angestiegen und gegenüber dem Voranschlag um 80,58 Mio. EUR (– 5,6 %) gesunken.

Die Auszahlungen des Jahres 2015 waren mit 3,96 Mio. EUR um 3,43 Mio. EUR (+ 657,0 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Auszahlungen um 2,96 Mio. EUR (+ 295,6 %) höher.

Der Nettofinanzierungssaldo der UG 51 „Kassenverwaltung" lag 2015 bei + 1,343 Mrd. EUR. Er war um 222,90 Mio. EUR besser und damit um + 19,9 % höher als jener für 2014 (+ 1,120 Mrd. EUR) bzw. um 83,54 Mio. EUR schlechter und damit um – 5,9 % niedriger als im Voranschlag (+ 1,426 Mrd. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*blau und kursiv*) fassen die vom BMF im Zuge der Erstellung der Abschlussrechnungen bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Diese finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 51 „Kassenverwaltung" (Tabelle I.2.8.1)**.

Tabelle 27.3-4: Finanzierungshaushalt, UG 51 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Finanzierungshaushalt					
UG 51 Kassenverwaltung		**Voranschlag 2015**	**Zahlungen 2015**	**Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015**	
		in Mio. EUR			in %
	Einzahlungen	**1.427,15**	**1.346,57**	**– 80,58**	**– 5,6**
	Auszahlungen	**1,00**	**3,96**	**+ 2,96**	**+ 295,6**
	Nettofinanzierungssaldo	**+ 1.426,15**	**+ 1.342,61**	**– 83,54**	
GB 51.01	**Kassenverwaltung**				
	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1.427,15	1.346,57	– 80,58	– 5,6
	Einzahlungen	**1.427,15**	**1.346,57**	**– 80,58**	**– 5,6**
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1,00	3,96	+ 2,96	+ 295,6
	Auszahlungen	**1,00**	**3,96**	**+ 2,96**	**+ 295,6**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mindereinzahlungen im GB 51.01 „Kassenverwaltung"

– 80,58 Mio. EUR in der MVAG „Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers"

Mindereinzahlungen aus Transfers von der EU infolge von Verzögerungen bei der Programmabwicklung der Landwirtschaft (Europäischer Landwirtschaftsfonds – ELER: – 138,44 Mio. EUR) und durch den verzögerten Start von Programmen aus der Periode 2014 – 2020 (Europäischer Sozialfonds: – 46,99 Mio. EUR).

Gleichzeitige Mehreinzahlungen entstanden durch die Ausfinanzierung (Europäischer Regionalfonds: + 85,48 Mio. EUR) sowie die Abrechnung (Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft: + 20,12 Mio. EUR) von diversen EU-Programmen.

27.3.3 Haushaltsrücklagen

Tabelle 27.3-5: UG 51 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015

Finanzierungshaushalt

UG 51 Kassenverwaltung	Anfangs-bestand	Umbuchung	Entnahme	Auflösung	Zuführung	Endbestand	Veränderung 2014 : 2015	
	in Mio. EUR							in %
Detailbudgetrücklagen	243,38	–	– 4,00	–	–	239,38	– 4,00	– 1,6
Rücklagen aus Mehreinzahlungen von der EU	148,91	–	– 0,00	–	+ 6,77	155,67	+ 6,77	+ 4,5
Gesamtsumme	**392,28**	**–**	**– 4,00**	**–**	**+ 6,77**	**395,05**	**+ 2,77**	**+ 0,7**

Quellen: Rücklagengebarung, eigene Berechnung

Der Stand der Rücklagen in der UG 51 „Kassenverwaltung“ belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 392,28 Mio. EUR und veränderte sich durch Entnahmen (4,00 Mio. EUR) und Zuführungen (6,77 Mio. EUR) auf 395,05 Mio. EUR zum 31. Dezember 2015. Im BFG 2015 war für die UG 51 „Kassenverwaltung“ keine Rücklagenverwendung veranschlagt.

27.4 Finanzrahmen

Ausgehend von den tatsächlichen Auszahlungen 2015 stellen sich die Auszahlungsobergrenzen für die UG 51 „Kassenverwaltung“ gemäß BFRG für die Finanzjahre 2016 bis 2020 wie folgt dar:

Tabelle 27.4–1: UG 51 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020

Finanzierungshaushalt

UG 51 Kassenverwaltung	Auszahlungen (Ist)	Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG					Veränderung	
	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2015 (Ist) : 2020	durch-schnittlich jährlich
	in Mio. EUR						in %	
	3,96	**19,80**	**15,25**	**13,25**	**9,31**	**4,16**	**+ 0,20**	**+ 5,0**	**+ 1,0**
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze gesamt	*74.589,49*	*78.107,49*	*78.202,70*	*78.814,08*	*80.408,66*	*83.038,37*	*+ 8.448,88*	*+ 11,3*	*+ 2,2*
Anteil der UG 51	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	– 0,0 %-Punkte		–
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze Rubrik 5	*5.252,52*	*6.141,35*	*4.745,40*	*4.328,21*	*4.359,74*	*4.840,94*	*– 411,58*	*– 7,8*	*– 1,6*
Anteil der UG 51	0,1 %	0,3 %	0,3 %	0,3 %	0,2 %	0,1 %	+ 0,0 %-Punkte		–

Quellen: HIS, BFRG 2016 - 2019, 2017 - 2020, eigene Berechnung

Bis zum Jahr 2020 soll die Auszahlungsobergrenze für die UG 51 „Kassenverwaltung“ um + 0,20 Mio. EUR (+ 5,0 %) auf 4,16 Mio. EUR ansteigen. Dies entspricht einer Veränderungsrate gegenüber den tatsächlichen Auszahlungen 2015 von + 1,0 % im Jahresdurchschnitt. Im Jahr 2015 betrug der Anteil der UG 51 „Kassenverwaltung“ an den Gesamtauszahlungen 0,0 % und an den Auszahlungen der Rubrik 5 0,1 %. Der Anteil der UG 51 „Kassenverwaltung“ an der Gesamt–Auszahlungsobergrenze und innerhalb der Rubrik 5 soll bis 2020 unverändert gering bleiben.

Laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 seien die wichtigsten laufenden und geplanten Maßnahmen bzw. Reformen in der UG 51 „Kassenverwaltung“ die Durchführung einer detaillierten Liquiditätsplanung vom Schuldenmanagement der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur gemeinsam mit dem BMF, die Berücksichtigung so genannter Reputationsrisiken bei der Auswahl der Vertragspartner, das Kontrahieren mit Geschäftspartnern hoher Bonität und die Verrechnung der Transfers von der EU im Bundeshaushalt.

Zur Einhaltung der Auszahlungsobergrenzen in der UG 51 „Kassenverwaltung“ seien laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 keine Erfordernisse von Korrekturmaßnahmen absehbar.

Die Auszahlungsobergrenzen für die Jahre 2017 bis 2019 im bisher geltenden BFRG 2016 bis 2019 lagen bei jeweils 1,00 Mio. EUR und wurden mit dem neuen Finanzrahmen im BFRG 2017 bis 2020 auf 15,25 Mio. EUR für 2017, 13,25 Mio. EUR für 2018 und 9,31 Mio. EUR für 2019 angehoben, was einer Erhöhung um durchschnittlich + 11,61 Mio. EUR pro Jahr entspricht. Dies sei laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 auf das historisch tiefe Zinsniveau des aktuellen Marktumfeldes bzw. das negative Zinsniveau für Geldmarktveranlagungen zurückzuführen. Der Zinssatz für eine Einlagefazilität bei der Europäischen Zentralbank betrage nunmehr – 0,4 % p.a.. Da die Kassenmittel zu einem überwiegenden Teil sogar mit negativen Zinsen veranlagt werden müssten, seien die Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG 2017 bis 2020 höher als bisher.

Im Folgenden wird ein Überblick über die Entwicklung der tatsächlichen Auszahlungen und der Auszahlungsobergrenzen von 2011 bis 2015 bzw. ein Vergleich der Auszahlungen zu den Auszahlungsobergrenzen des derzeit geltenden BFRG 2017 bis 2020 gegeben:

Tabelle 27.4–2: UG 51 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015

Finanzierungshaushalt									
UG 51 Kassenverwaltung	**BFRG bzw. Zahlungen**					**Veränderung**			
	2011	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	**2014 : 2015**		**2011 : 2015**	
	in Mio. EUR					in %		in Mio. EUR	in %
Auszahlungsobergrenze UG 51	731,60	335,60	337,47	1,00	1,00	+ 0,00	–	– 730,60	– 99,9
Auszahlungen UG 51	345,63	336,92	323,77	0,52	3,96	+ 3,43	+ 657,0	– 341,68	– 98,9
Abweichung Auszahlungen : Obergrenze	**– 385,97**	**+ 1,32**	**– 13,70**	**– 0,48**	**+ 2,96**				
Abweichung in %	**– 52,8 %**	**+ 0,4 %**	**– 4,1 %**	**– 47,7 %**	**+ 295,6 %**				

Quellen: HIS, BFRG 2011 - 2014, 2012 - 2015, 2013 - 2016, 2014 - 2017, 2015 - 2018, eigene Berechnung

Während ursprünglich zwischen 2011 und 2015 eine Reduzierung der Auszahlungsobergrenze gemäß BFRG um insgesamt - 730,60 Mio. EUR (– 99,9 %) vorgesehen war, reduzierten sich die Auszahlungen zwischen 2011 und 2015 tatsächlich um - 341,68 Mio. EUR (– 98,9 %). Im Jahr 2015 lagen die tatsächlichen Auszahlungen um + 2,96 Mio. EUR (+ 295,6 %) über jenen, die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen waren.

Tabelle 27.4–3: UG 51 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG

Finanzierungshaushalt						
UG 51 Kassenverwaltung	**Auszahlungen (Ist)**		**durchschnittliche jährliche Veränderung**	**BFRG**	**durchschnittliche jährliche Veränderung**	**Differenz der Veränderungs-raten[1)]**
	2011	**2015**	**2011 : 2015**	**2020**	**2015 (Ist) : 2020 (BFRG)**	
	in Mio. EUR		in %	in Mio. EUR	in %	in %-Punkten
	345,63	**3,96**	**– 67,3**	**4,16**	**+ 1,0**	**+ 68,3**

1) Rundungsdifferenz möglich

Quellen: HIS, BFRG 2017 - 2020, eigene Berechnung

Die durchschnittliche jährliche Veränderung der Auszahlungen belief sich von 2011 bis 2015 auf – 67,3 %. Laut mittelfristiger Finanzplanung bis 2020 soll sie + 1,0 % betragen.

28 UG 58 „FINANZIERUNGEN, WÄHRUNGSTAUSCHVERTRÄGE“

UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge – BMF	
zentrale Budgetbereiche	Finanzierungen, Währungstauschverträge, Wertpapiergebarung
	Kurzfristige Verpflichtungen

Quelle: HIS

Die Kernaufgabe der UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“ ist die Aufnahme und die Verwaltung der Finanzierungen des Bundes inkl. der Durchführung von Währungstauschverträgen und Portfoliostrukturierungsmaßnahmen, weshalb hier Zinsen und Tilgungszahlungen sowie Zahlungen aus dem sonstigen Aufwand sowie aus Finanzierungen und Währungstauschverträgen veranschlagt und verrechnet werden. Gemäß Bundesfinanzierungsgesetz[79] wurde die Verwaltung und Koordination der Finanz- und sonstigen Bundesschulden und die Kassenverwaltung des Bundes der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur übertragen.

Die UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“ setzt sich zusammen aus

- der Allgemeinen Gebarung und
- dem Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit.

In der Allgemeinen Gebarung werden die Zinszahlungen und die Beträge für den sonstigen Aufwand verrechnet. Seit 2009 werden diese im Bundesfinanzgesetz netto veranschlagt.[80]

Beim Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit werden die Einzahlungen aus der Aufnahme und die Auszahlungen für die Rückzahlung von Finanzschulden und Währungstauschverträgen weiterhin brutto veranschlagt.

Einzelheiten über die Zusammensetzung und Entwicklung der nichtfälligen Finanzschulden finden sich im **BRA 2015, Textteil Band 1: Bund, TZ 5** bzw. **im Zahlenteil des BRA 2015**.

79 BGBl. Nr. 763/1992 i.d.g.F.

80 Die Bruttodarstellung erfolgt in einer Beilage zum Bundesfinanzgesetz.

28.1 Vermögensrechnung

Tabelle 28.1–1: UG 58 – Vermögensrechnung[1)]

Vermögensrechnung						
UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge		Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015	Veränderung gegenüber 31.12.2014		Anteil Stand 31.12.2015 an Vermögen bzw. Fremdmitteln
		in Mio. EUR			in %	
A + B	**Vermögen**	**1.592,79**	**1.604,93**	**+ 12,15**	**+ 0,8**	**100,0**
A	Langfristiges Vermögen	0,01	0,01	0,00	0,0	0,0
A.V	Langfristige Forderungen	0,01	0,01	0,00	0,0	0,0
B	Kurzfristiges Vermögen	1.592,78	1.604,93	+ 12,15	+ 0,8	100,0
B.II	Kurzfristige Forderungen	1.592,78	1.604,93	+ 12,15	+ 0,8	100,0
B.II.06	Sonstige kurzfristige Forderungen (nv)	1.592,78	1.604,93	+ 12,15	+ 0,8	100,0
	Aktive Rechnungsabgrenzung	1.592,78	1.604,93	+ 12,15	+ 0,8	100,0
C	**Nettovermögen (Ausgleichsposten)**	**– 204.027,56**	**– 207.840,76**	**– 3.813,19**	**+ 1,9**	
C.IV	Jährliches Nettoergebnis (inkl. "Personal, das für Dritte leistet")	– 6.661,63	– 6.129,08	+ 532,54	– 8,0	
C.V	Saldo aus der jährl. Eröffnungsbilanz	– 201.799,41	– 204.058,75	– 2.259,34	+ 1,1	
C.VI	Bundesfinanzierung	4.433,47	2.347,07	– 2.086,40	– 47,1	
D + E	**Fremdmittel**	**205.620,35**	**209.445,69**	**+ 3.825,34**	**+ 1,9**	**100,0**
D	Langfristige Fremdmittel	177.604,49	181.670,42	+ 4.065,93	+ 2,3	86,7
D.I	Langfristige Finanzschulden, netto	177.604,49	181.670,41	+ 4.065,93	+ 2,3	86,7
D.I.01	Langfristige Finanzschulden	188.345,51	192.919,87	+ 4.574,36	+ 2,4	92,1
D.I.02	Langfristige Forderungen aus Währungstauschverträgen	– 3.091,25	– 1.518,34	+ 1.572,91	– 50,9	– 0,7
D.I.03	Langfristige Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen	3.078,29	1.610,71	– 1.467,58	– 47,7	0,8
D.I.04	Bundesanleihen	– 10.728,07	– 11.341,83	– 613,76	+ 5,7	– 5,4
D.II	Langfristige Verbindlichkeiten	0,01	0,01	0,00	0,0	0,0
E	Kurzfristige Fremdmittel	28.015,86	27.775,27	– 240,58	– 0,9	13,3
E.I	Kurzfristige Finanzierungen, netto	18.607,12	17.442,68	– 1.164,44	– 6,3	8,3
E.I.01	Kurzfristige Finanzschulden	19.582,01	17.855,67	– 1.726,34	– 8,8	8,5
E.I.02	Kurzfristige Forderungen aus Währungstauschverträgen	– 4.932,35	– 6.053,46	– 1.121,11	+ 22,7	– 2,9
E.I.03	Kurzfristige Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen	4.660,06	5.725,22	+ 1.065,16	+ 22,9	2,7
E.I.04	Bundesanleihen	– 702,60	– 84,75	+ 617,85	– 87,9	– 0,0
E.II	Kurzfristige Verbindlichkeiten	9.408,74	10.332,59	+ 923,85	+ 9,8	4,9
E.II.06	Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	9.408,67	10.332,54	+ 923,87	+ 9,8	4,9
	Passive Rechnungsabgrenzungen	9.408,67	10.332,54	+ 923,87	+ 9,8	4,9

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Vermögensrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 betrug in der UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge" 1,605 Mrd. EUR und stieg gegenüber 31. Dezember 2014 um + 12,15 Mio. EUR (+ 0,8 %) an. Der Anteil des kurzfristigen Vermögens betrug 100,0 %. Dem Vermögen standen Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 von 209,446 Mrd. EUR gegenüber, die im Vergleich

zum 31. Dezember 2014 um + 3,825 Mrd. EUR (+ 1,9 %) anwuchsen. Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 waren zu 13,3 % kurzfristig und zu 86,7 % langfristig. Nachdem die Fremdmittel das Vermögen überstiegen, verschlechterte sich das Nettovermögen (Ausgleichsposten) zum 31. Dezember 2015 um 3,813 Mrd. EUR bzw. 1,9 % gegenüber 31. Dezember 2014) und betrug – 207,841 Mrd. EUR.

A. und B. Vermögen

Das Vermögen zum 31. Dezember 2015 (1,605 Mrd. EUR) bestand nahezu zur Gänze aus:

- B.II Kurzfristige Forderungen: 1,605 Mrd. EUR (100,0 %) - Sonstige kurzfristige Forderungen (nicht veranschlagt) - Aktive Rechnungsabgrenzung

Der Anstieg des Vermögens gegenüber 31. Dezember 2014 von + 12,15 Mio. EUR (+ 0,8 %) resultierte aus Veränderungen bei Sonstigen kurzfristigen Forderungen (nicht veranschlagt) (B.II.06) – Aktive Rechnungsabgrenzung. Nach Angaben des BMF ergebe sich die Verminderung des Vermögens aufgrund von Verschiebungen in den Periodenabgrenzungen von Zinserträgen und Disagien aus der Wertpapiergebarung.

D. und E. Fremdmittel

Die Fremdmittel zum 31. Dezember 2015 (209,446 Mrd. EUR) setzten sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- D.I Langfristige Finanzschulden, netto: 181,670 Mrd. EUR (86,7%), davon 192,920 Mrd. EUR für Langfristige Finanzschulden, – 1,518 Mrd. EUR für Langfristige Forderungen aus Währungstauschverträgen, 1,611 Mrd. EUR für Langfristige Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen und – 11,342 Mrd. EUR für Bundesanleihen,

- E.I Kurzfristige Finanzierungen, netto: 17,443 Mrd. EUR (8,3 %), davon 17,856 Mrd. EUR für Kurzfristige Finanzschulden, – 6,053 Mrd. EUR für kurzfristige Forderungen aus Währungstauschverträgen, 5,725 Mrd. EUR für kurzfristige Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen und – 84,75 Mio. EUR für Bundesanleihen,

- E.II Kurzfristige Verbindlichkeiten: 10,333 Mrd. EUR (4,9 %) - Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten - Passive Rechnungsabgrenzungen.

Der Anstieg der Fremdmittel gegenüber 31. Dezember 2014 von + 3,825 Mrd. EUR (+ 1,9 %) war insbesondere auf Veränderungen bei Langfristigen Finanzschulden (D.I.01) von + 4,574 Mrd. EUR (+ 2,4 %), Langfristigen Forderungen aus Währungstauschverträgen (D.I.02) von + 1,573 Mrd. EUR (– 50,9 %), Langfristigen Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen (D.I.03) von – 1,468 Mrd. EUR (– 47,7 %), Bundesanleihen (D.I.04) von – 613,76 Mio. EUR (+ 5,7 %), Kurzfristigen Finanzschulden (E.I.01) von – 1,726 Mrd. EUR (– 8,8 %), Kurzfristigen Forderungen aus Währungstauschverträgen (E.I.02) von – 1,121 Mrd. EUR (+ 22,7 %), Kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen (E.I.03) von + 1,065 Mrd. EUR (+ 22,9 %), Bundesanleihen (E.I.04) von + 617,85 Mio. EUR (– 87,9 %) und Sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten (E.II.06) von + 923,87 Mio. EUR (+ 9,8 %), davon Passive Rechnungsabgrenzungen + 923,87 Mio. EUR, zurückzuführen. Nach Angaben des BMF gingen alle Veränderungen der Langfristigen Finanzschulden, netto sowie der Kurzfristigen Finanzschulden, netto auf die unterschiedliche Wahl von Finanzierungsinstrumenten bzw. auf Verschiebungen in den Fristigkeiten durch Abreifen der Positionen bzw. durch Neuaufnahmen zurück. Die Erhöhung der Sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten resultiere aus der Passiven Rechnungsabgrenzung von Zinsausgaben und Agien aus der Wertpapiergebarung.

28.2 Konsolidierte Ergebnis- und Finanzierungsrechnung

Tabelle 28.2-1: UG 58 – Vergleich der konsolidierten Ergebnis- und Finanzierungsrechnung[1)]

		Ergebnisrechnung (ER)				Finanzierungsrechnung (FR)				
UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**2014**	**2015**	**Veränderung 2014 : 2015**		**Abweichung 2015 ER : FR**
Position ER (FR*)	Position Ergebnisrechnung (Finanzierungsrechnung)	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR			in %	in Mio. EUR
D	**Finanzergebnis (= D.I – D.II)**	**– 6.661,63**	**– 6.129,08**	**+ 532,54**	**– 8,0**	**– 6.702,80**	**– 5.248,56**	**+ 1.454,24**	**– 21,7**	**+ 880,52**
D.II	Finanzaufwand	6.661,63	6.129,08	– 532,54	– 8,0	6.702,80	5.248,56	– 1.454,24	– 21,7	– 880,52
D.II.01	Aufwendungen aus Zinsen aus Finanzschulden	7.091,62	6.671,21	– 420,40	– 5,9	7.307,85	6.732,26	– 575,59	– 7,9	+ 61,05
D.II.06	Sonstige Finanzaufwendungen	– 430,00	– 540,19	– 110,19	+ 25,6	– 605,06	– 1.481,76	– 876,71	+ 144,9	– 941,57
E	**Nettoergebnis (ER: C + D) / Nettofinanzierungssaldo (FR: C + D + C* + D*)**	**– 6.661,63**	**– 6.129,08**	**+ 532,54**	**– 8,0**	**– 6.702,80**	**– 5.248,56**	**+ 1.454,24**	**– 21,7**	**+ 880,52**
	davon Aufwendungen/ Auszahlungen	6.661,63	6.129,08	– 532,54	– 8,0	6.702,80	5.248,56	– 1.454,24	– 21,7	– 880,52
G*	**Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit**					**+ 3.189,06**	**+ 1.861,13**	**– 1.327,93**	**– 41,6**	**+ 1.861,13**
G.I*	Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit					68.243,93	73.920,96	+ 5.677,04	+ 8,3	+ 73.920,96
G.II*	Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit					65.054,87	72.059,83	+ 7.004,96	+ 10,8	+ 72.059,83

1) Zu den Kriterien für die Auswahl der Positionen der Ergebnis- und Finanzierungsrechnung siehe die Erläuterungen im Wegweiser.

Quellen: HIS, eigene Berechnung

In der UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“ betrug das Nettoergebnis 2015 (E) der konsolidierten Ergebnisrechnung – 6,129 Mrd. EUR. Es bestand zur Gänze aus dem Finanzergebnis (D) bzw. resultierte es aus dem Finanzaufwand (D.II).

Das Nettoergebnis 2015 verbesserte sich um 532,54 Mio. EUR bzw. um 8,0 % gegenüber 2014.

D. Finanzergebnis

Der Finanzaufwand (D.II) betrug 6,129 Mrd. EUR und entstand insbesondere aus Aufwendungen aus Zinsen aus Finanzschulden (6,671 Mrd. EUR) und Sonstigen Finanzaufwendungen (– 540,19 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMF hätten sich die Aufwendungen aus Zinsen aus Finanzschulden aus Zinsaufwendungen und Zinserträgen für Finanzschulden und Währungstauschverträgen aufgrund des bestehenden Finanzschul-

denportfolios des Bundes zusammengesetzt. Die Sonstigen Finanzaufwendungen hätten Erträge und Aufwendungen aus Agien bzw. Disagien sowie Provisionen und Entgelte aufgrund des bestehenden Finanzschuldenportfolios des Bundes beinhaltet.

Das Finanzergebnis verbesserte sich um 532,54 Mio. EUR bzw. um 8,0 % gegenüber 2014. Bedeutende Veränderungen waren zu beobachten beim

- Finanzaufwand (D.II) von – 532,54 Mio. EUR: davon für Zinsen aus Finanzschulden (– 420,40 Mio. EUR).

Nach Angaben des BMF hätten sich die Aufwendungen aus Zinsen aus Finanzschulden aufgrund des gesunkenen Zinsniveaus und Fälligkeitsverschiebungen bei den Zinszahlungsterminen durch die Aufnahme und Tilgung von Bundesanleihen und deren Periodenabgrenzungen vermindert.

E. Nettoergebnis versus Nettofinanzierungssaldo

Der Nettofinanzierungssaldo aus der konsolidierten Finanzierungsrechnung fiel mit – 5,249 Mrd. EUR um + 880,52 Mio. EUR günstiger aus als das Nettoergebnis aus der konsolidierten Ergebnisrechnung (– 6,129 Mrd. EUR).

Unterschiede zwischen dem Nettofinanzierungssaldo und dem Nettoergebnis beruhten auf Abweichungen des Finanzergebnisses (D) (+ 880,52 Mio. EUR) vom korrespondierenden Geldfluss. Dafür verantwortlich war folgende Position:

- Abweichungen bei dem Finanzaufwand (D.II) von – 880,52 Mio. EUR: davon für Zinsen aus Finanzschulden (+ 61,05 Mio. EUR) und Sonstige Finanzaufwendungen (– 941,57 Mio. EUR).

Wesentliche Differenzen zwischen Finanzierungsrechnung und Ergebnisrechnung seien nach Angaben des BMF auf Periodenabgrenzungen zurückzuführen. In der Finanzierungsrechnung würden die Zinsen zu jenem Zeitpunkt erfasst, wenn sie kassenmäßig fließen. In der Ergebnisrechnung seien die Zinsen periodengerecht entsprechend dem Zuwachs der Berechtigungen bzw. Verpflichtungen zu verbuchen. Dies habe zur Folge, dass die Zinsaufwendungen/-erträge nicht erst im Jahr ihrer liquiditätsmäßigen Belastungen, sondern während der mehrjährigen Laufzeit buchungsmäßig zu berücksichtigen seien. Der Unterschied bei den Sonstigen Finanzaufwendungen resultiere aus der zeitlichen Abgrenzung der Emissionsagien bzw. –disagien, die bei der Begebung bzw. Aufstockung von Bundesanleihen entstanden seien. In der Finanzierungsrechnung seien diese dann zu ver-

rechnen, wenn sie ein- bzw. ausgezahlt würden, in der Ergebnisrechnung seien sie über die gesamte Anleihendauer periodengerecht zu verteilen.

G. Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit

Die Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit (G.I) von 73,921 Mrd. EUR übertrafen die entsprechenden Auszahlungen (G.II) von 72,060 Mrd. EUR, woraus ein Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit von + 1,861 Mrd. EUR resultierte. Die Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit veränderten sich um + 5,677 Mrd. EUR (+ 8,3 %), die Auszahlungen um + 7,005 Mrd. EUR (+ 10,8 %) gegenüber 2014.

Nach Angaben des BMF hätten sich die höheren Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit gegenüber 2014 insbesondere bei den Einzahlungen zur Kassenstärkung infolge höherer benötigter Mittel zur Kassenstärkung aufgrund des Aus- und Einzahlungsprofils des Bundes ergeben.

Die höheren Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit gegenüber 2014 hätten sich nach Angaben des BMF vor allem bei den Auszahlungen zur Kassenstärkung ergeben. Die Begründung der Steigerung wäre analog zu den Einzahlungen zur Kassenstärkung zu sehen, weil Kassenstärker nur Positionen umfassen die vor Ablauf des Finanzjahres wieder zurückgezahlt werden.

28.3 UG-spezifische Entwicklungen

Ermächtigungsrahmen 2015

Gemäß Art. II BFG 2015 war der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, nach den Bestimmungen des § 79 BHG 2013 für die Bedeckung des Nettofinanzierungsbedarfs der Allgemeinen Gebarung und für die Tilgung von Verbindlichkeiten unter Einbeziehung des Saldos aus der Gebarung mit Währungstauschverträgen und des Saldos aus der Wertpapiergebarung Kreditoperationen durchzuführen.

Tabelle 28.3–1: Zusammensetzung des Ermächtigungsrahmens 2015

Bezeichnung	2015
	in Mrd. EUR
Nettofinanzierungsbedarf Allgemeine Gebarung gemäß Art. I BFG 2015, BGBl I Nr. 39/2014	3,194
+ veranschlagte Auszahlungen für die Tilgung von Finanzschulden	+ 20,060
+ veranschlagte Auszahlungen von Kapitalrückzahlungen aus Währungstauschverträgen	+ 3,573
- veranschlagte Einzahlungen von Kapitalforderungen aus Währungstauschverträgen	– 3,572
Zwischensumme	**23,254**
+ Eigenquote des Bundes aus der Begebung von Bundesanleihen	+ 1,830
+ Kauf von Wertpapieren	+ 0,443
- Verkauf bzw. Tilgung von Wertpapieren	– 1,369
+ Erhöhung aufgrund von Bedeckungen von Mittelverwendungsüberschreitungen durch die Aufnahme von Kreditoperationen	+ 3,151
- Differenz zwischen veranschlagten und tatsächlich erfolgten Aus- bzw. Einzahlungen aus der Tilgung von Finanzschulden und Kapitalrückzahlungen und Kapitalforderungen aus Währungstauschverträgen	– 0,711
Gesamtsumme	**26,599**

Quellen: SAP, eigene Berechnung

Der Ermächtigungsrahmen zur Aufnahme von Finanzschulden im Jahr 2015 errechnete sich gemäß Art. II BFG 2015 aus dem Nettofinanzierungsbedarf der Allgemeinen Gebarung gemäß Art. I BFG 2015 (3,194 Mrd. EUR), den veranschlagten Auszahlungen für Tilgungen von Finanzschulden (+ 20,060 Mrd. EUR), den veranschlagten Auszahlungen von Kapitalrückzahlungen aus Währungstauschverträgen (+ 3,573 Mrd. EUR) abzüglich den veranschlagten Einzahlungen von Kapitalforderungen aus Währungstauschverträgen (– 3,572 Mrd. EUR) und erhöhte sich während des Jahres durch die Eigenquote des Bundes aus der Begebung von Bundesanleihen (+ 1,830 Mrd. EUR), den Ankauf von Wertpapieren (+ 443,20 Mio. EUR) sowie aufgrund der Bedeckung von Mittelverwendungsüberschreitungen (+ 3,151 Mrd. EUR) und verringerte sich durch den Verkauf bzw. die Tilgung von Wertpapieren (– 1,369 Mrd. EUR) und die aus der Tilgung von Finanz-

schulden und aus Währungstauschverträgen nicht in Anspruch genommenen Voranschlagsbeträge (– 711,02 Mio. EUR), sodass er schlussendlich 26,599 Mrd. EUR betrug. Die tatsächliche Ausnützung dieses Rahmens durch Schuldaufnahmen im Jahr 2015 betrug 23,155 Mrd. EUR bzw. 87,1 % und lag damit unter dem gesetzlichen Ermächtigungsrahmen.

Finanzschuldaufnahmen im Jahr 2015

Im Jahr 2015 wurden 23,155 Mrd. EUR (2014: 28,027 Mrd. EUR) an Schulden neu aufgenommen, wobei der Finanzierungsbedarf mit 18,950 Mrd. EUR (2014: 23,367 Mrd. EUR) in heimischer Währung (81,8 %) und mit 4,205 Mrd. EUR (2014: 4,660 Mrd. EUR) in Fremdwährung (18,2 %) bedeckt wurde. Um kein Wechselkursrisiko einzugehen, wurden alle Fremdwährungsfinanzierungen mit Devisentermingeschäften abgesichert.

Tabelle 28.3–2: Zusammensetzung der Finanzschuldaufnahmen 2015 sowie Verzinsung und Laufzeit

Bezeichnung	in heimischer Währung	in Fremdwährung	Summe	Nominalverzinsung	Effektivverzinsung (Rendite)	Laufzeit
	in Mrd. EUR			in %		in Jahren
Anleihen	18,406	–	18,406	1,7	0,7	9,7
Bundesschatzscheine	0,000	4,205	4,205	– 0,3	– 0,3	0,8
Kredite und Darlehen	0,544	–	0,544	0,0	0,0	1,3
Gesamtsumme	**18,950**	**4,205**	**23,155**	**1,3**	**0,5**	**7,9**

Quellen: SAP, OeBFA

Als Hauptfinanzierungsquelle dienten auch im Jahr 2015 Bundesanleihen in heimischer Währung in Höhe von 18,406 Mrd. EUR. Davon wurden bereits ausstehende Emissionen um 14,382 Mrd. EUR aufgestockt, eine neue syndizierte Bundesanleihe in Höhe von 3,835 Mrd. EUR begeben und Bundesanleihen in Höhe von 189,27 Mio. EUR infolge der vorzeitigen Tilgung durch das Land Niederösterreich zu den zum Zeitpunkt der Übernahme marktüblichen Konditionen zur Bundesfinanzierung übernommen.

Die durchschnittliche Nominalverzinsung der im Jahr 2015 erfolgten Finanzschuldaufnahmen betrug 1,3 % und war aufgrund der Aufstockung von höher verzinsten Bundesanleihen um 0,8 Prozentpunkte höher als die durchschnittliche Effektivverzinsung mit 0,5 %. Die im Jahr 2015 aufgenommenen Finanzschulden hatten eine durchschnittliche Laufzeit von 7,9 Jahren.

Tilgungen von Finanzschulden 2015

Die Tilgungen betrugen im Jahr 2015 20,101 Mrd. EUR (2014: 27,363 Mrd. EUR). Davon waren vor allem Anleihen (12,331 Mrd. EUR; 61,3 %) und Bundesschatzscheine (6,812 Mrd. EUR; 33,9 %) betroffen.

Tabelle 28.3–3: Zusammensetzung der Tilgungen 2015

Bezeichnung	in heimischer Währung	in Fremdwährung	Summe
	in Mrd. EUR		
Anleihen	12,331	–	12,331
Bundesobligationen und Schuldverschreibungen	0,234	–	0,234
Bundesschatzscheine	1,400	5,412	6,812
Kredite und Darlehen	0,724	–	0,724
Gesamtsumme	**14,689**	**5,412**	**20,101**

Quelle: SAP

Kreditoperationen zur Kassenstärkung

Finanzierungen zur vorübergehenden Kassenstärkung, die noch im Jahr ihrer Aufnahme getilgt werden, zählen gemäß § 78 Abs. 2 BHG 2013 nicht zu den Finanzschulden. Es besteht eine betragliche Bindung an Budgetpositionen. Im DB 58.01.02 „Kurzfristige Verpflichtungen“ waren dafür je 40,000 Mrd. EUR für Ein- und Auszahlungen als Rahmen veranschlagt. Gemäß § 50 Abs. 3 BHG 2013 ist die Aufnahme von Kassenstärkern insofern begrenzt, als dass die Liquiditätsreserve des Bundes 33 v.H. des Finanzierungsrahmens des jeweiligen BFG nicht übersteigen darf.

Tabelle 28.3–4: Kreditoperationen zur Kassenstärkung 2015

Bezeichnung	in heimischer Währung	in Fremdwährung	Summe
	in Mrd. EUR		
Aufnahme	34,657	4,207	38,864
Rückzahlung	34,657	4,212	38,869
Differenz (Kurswertänderung)	**0,000**	**– 0,005**	**– 0,005**

Quelle: SAP

Die Aufnahme der veranschlagten Kassenstärker erfolgte zu 34,657 Mrd. EUR in heimischer Währung und zu 4,207 Mrd. EUR in fremder Währung. Sämtliche Kassenstärker in fremder Währung wurden mit Devisentermingeschäften abgesichert. Bei der Rückzahlung der Kassenstärker (38,869 Mrd. EUR) kam es bei jenen in fremder Währung (4,212 Mrd. EUR) zu einem Kursverlust von 4,60 Mio. EUR. Diesem Kursverlust stand ein Gewinn aus den Devisentermingeschäften von 4,60 Mio. EUR gegenüber.

28.4 Voranschlagsvergleichsrechnungen

28.4.1 Ergebnishaushalt – Allgemeine Gebarung – Nettodarstellung

Tabelle 28.4–1: UG 58 – Ergebnishaushalt 2015

Ergebnishaushalt

UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge	Erfolg 2014	Voranschlag 2015	Erfolg 2015	Veränderung Erfolg 2014 : 2015		Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Aufwendungen	6.661,63	7.058,55	6.129,08	– 532,54	– 8,0	– 929,47	– 13,2
Nettoergebnis	**– 6.661,63**	**– 7.058,55**	**– 6.129,08**	**+ 532,54**	**– 8,0**	**+ 929,47**	**– 13,2**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Nettoaufwendungen in der UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“ 6,129 Mrd. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 532,54 Mio. EUR (– 8,0 %) gesunken und gegenüber dem Voranschlag um 929,47 Mio. EUR (– 13,2 %) niedriger.

Das Nettoergebnis der UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“ lag 2015 bei – 6,129 Mrd. EUR. Es war um 532,54 Mio. EUR besser und damit um – 8,0 % niedriger als jenes für 2014 (– 6,662 Mrd. EUR) und um 929,47 Mio. EUR besser und damit um – 13,2 % niedriger als im Voranschlag (– 7,059 Mrd. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*grün und kursiv*) fassen die vom BMF bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“ (Tabelle I.2.11.1)**.

Tabelle 28.4-2: Ergebnishaushalt, UG 58 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Ergebnishaushalt					
UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge		Voranschlag 2015	Erfolg 2015	Abweichung Voranschlag 2015 : Erfolg 2015	
		in Mio. EUR			in %
	Aufwendungen	**7.058,55**	**6.129,08**	**– 929,47**	**– 13,2**
GB 58.01	**Finanzierungen und Währungstauschverträge**				
	Finanzaufwand	7.058,55	6.129,08	– 929,47	– 13,2
	Aufwendungen	**7.058,55**	**6.129,08**	**– 929,47**	**– 13,2**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Minderaufwendungen im GB 58.01 „Finanzierungen und Währungstauschverträge"

– 929,47 Mio. EUR in der MVAG „Finanzaufwand"

Minderaufwendungen für Aufwendungen aus Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen für Finanzierungen infolge des geringeren Budgetdefizits und der damit verbundenen geringeren Finanzierungsnotwendigkeit sowie des gesunkenen Zinsniveaus (– 913,04 Mio. EUR). Weitere Minderaufwendungen ergaben sich aufgrund von Erträgen aus Zinsen von kurzfristigen Verpflichtungen infolge des negativen Zinsniveaus am Geldmarkt (– 16,43 Mio. EUR).

28.4.2 Finanzierungshaushalt – Allgemeine Gebarung - Nettodarstellung

Tabelle 28.4-3: UG 58 – Finanzierungshaushalt 2015 – Allgemeine Gebarung

Finanzierungshaushalt							
UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge	Zahlungen 2014	Voranschlag 2015	Zahlungen 2015	Veränderung Zahlungen 2014 : 2015		Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Auszahlungen	6.702,80	6.557,45	5.248,56	– 1.454,24	– 21,7	– 1.308,89	– 20,0
Nettofinanzierungssaldo	**– 6.702,80**	**– 6.557,45**	**– 5.248,56**	**+ 1.454,24**	**– 21,7**	**+ 1.308,89**	**– 20,0**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Nettoauszahlungen in der UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge" 5,249 Mrd. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um 1,454 Mrd. EUR (– 21,7 %) gesunken und gegenüber dem Voranschlag 1,309 Mrd. EUR (– 20,0 %) niedriger.

UG 58

Der Nettofinanzierungssaldo der UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“ lag 2015 bei – 5,249 Mrd. EUR. Er war um 1,454 Mrd. EUR besser und damit um – 21,7 % niedriger als jener für 2014 (– 6,703 Mrd. EUR) bzw. um 1,309 Mrd. EUR besser und damit um – 20,0 % niedriger als im Voranschlag (– 6,557 Mrd. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Begründungen (*blau und kursiv*) fassen die vom BMF bekannt gegebenen Erläuterungen zusammen. Die haushaltsleitenden Organe sind gemäß § 6 Abs. 2 Z 10 BHG 2013 zur Erläuterung ihrer Abschlussrechnungen verpflichtet. Diese Erläuterungen finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“ (Tabelle I.2.8.1)**.

Tabelle 28.4-4: Finanzierungshaushalt – Allgemeine Gebarung, UG 58 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Finanzierungshaushalt					
UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge		Voranschlag 2015	Zahlungen 2015	Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015	
		in Mio. EUR			in %
Auszahlungen		**6.557,45**	**5.248,56**	**– 1.308,89**	**– 20,0**
GB 58.01	**Finanzierungen und Währungstauschverträge**				
	Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	6.557,45	5.248,56	– 1.308,89	– 20,0
	Auszahlungen	**6.557,45**	**5.248,56**	**– 1.308,89**	**– 20,0**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Minderauszahlungen im GB 58.01 „Finanzierungen und Währungstauschverträge“

– 1,309 Mrd. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit“

Minderauszahlungen bei Aufwendungen aus Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen für Finanzierungen infolge des geringeren Budgetdefizits und der damit verbundenen geringeren Finanzierungsnotwendigkeit sowie des gesunkenen Zinsniveaus (– 1,292 Mrd. EUR). Weitere Minderauszahlungen betrafen die Erträge aus Zinsen von kurzfristigen Verpflichtungen infolge des negativen Zinsniveaus am Geldmarkt (– 16,43 Mio. EUR).

28.4.3 Finanzierungshaushalt – Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit

Um seinen finanziellen Verpflichtungen nachkommen zu können, muss der Bund die dafür erforderliche Liquidität sicherstellen. Der Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit umfasst die Einzahlungen und Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit des Bundes (z.B. Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzschulden oder von vorübergehend zur Kassenstärkung eingegangenen Geldverbindlichkeiten, Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzschulden oder von vorübergehend zur Kassenstärkung eingegangenen Geldverbindlichkeiten, Ein- und Auszahlungen infolge eines Kapitaltausches bei Währungstauschverträgen).

Tabelle 28.4-5: UG 58 - Finanzierungshaushalt 2015 – Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit

Finanzierungshaushalt - Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit

UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge	Zahlungen 2014	Voranschlag 2015	Zahlungen 2015	Veränderung Zahlungen 2014 : 2015		Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015	
	in Mio. EUR				in %	in Mio. EUR	in %
Einzahlungen	68.243,93	87.576,57	73.920,96	+ 5.677,04	+ 8,3	– 13.655,60	– 15,6
Auszahlungen	65.054,87	84.382,73	72.059,83	+ 7.004,96	+ 10,8	– 12.322,90	– 14,6
Nettofinanzierungssaldo	**+ 3.189,06**	**+ 3.193,84**	**+ 1.861,13**	**– 1.327,93**	**– 41,6**	**– 1.332,71**	**– 41,7**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Im Jahr 2015 betrugen die Einzahlungen in der UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“ 73,921 Mrd. EUR. Sie waren gegenüber 2014 um + 5,677 Mrd. EUR (+ 8,3 %) gestiegen und gegenüber dem Voranschlag um – 13,656 Mrd. EUR (– 15,6 %) gesunken. Die größten Abweichungen zum Voranschlag hätten sich nach Angaben des BMF bei den Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzschulden durch den verminderten Verkauf von Bundestiteln infolge der geringeren Notwendigkeit am Sekundärmarkt tätig zu werden ergeben. Außerdem wäre es zu Mindereinzahlungen bei den Einzahlungen infolge eines Kapitaltausches bei Währungstauschverträgen aufgrund geringerer kurzfristiger Mittelaufnahmen mit Währungstauschverträgen bzw. Devisentermingeschäften gekommen.

Die Auszahlungen in der UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“ des Jahres 2015 waren mit 72,060 Mrd. EUR um + 7,005 Mrd. EUR (+ 10,8 %) höher als im Jahr 2014. Gegenüber dem Voranschlag waren die Auszahlungen um – 12,323 Mrd. EUR (– 14,6 %) niedriger. Die größten Abweichungen gegenüber dem Voranschlag hätten sich nach Angaben des BMF vor allem bei den Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzschulden durch den geringeren Erwerb von Bundestiteln infolge der geringeren Not-

wendigkeit am Sekundärmarkt tätig zu werden ergeben. Außerdem wäre es zu Minderauszahlungen bei den Auszahlungen infolge eines Kapitaltausches bei Währungstauschverträgen durch die geringere Tilgung kurzfristiger Mittelaufnahmen mit Währungstauschverträgen bzw. Devisentermingeschäften gekommen.

Der Nettofinanzierungssaldo der UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge" lag 2015 bei + 1,861 Mrd. EUR. Er war um – 1,328 Mrd. EUR besser und damit um – 41,6 % niedriger als jener für 2014 (+ 3,189 Mrd. EUR) bzw. um – 1,333 Mrd. EUR besser und damit um – 41,7 % niedriger als im Voranschlag (+ 3,194 Mrd. EUR) angenommen.

Folgende Tabelle zeigt die Voranschlagsabweichungen gegliedert nach Globalbudgets; die nachstehend angeführten Erläuterungen (*blau und kursiv*) fassen die vom BMF im Zuge der Erstellung der Abschlussrechnungen bekannt gegebenen Begründungen zusammen. Diese finden sich im Detail im **Zahlenteil des BRA 2015 der UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge" (Tabelle I.2.9.1)**.

Tabelle 28.4–6: Finanzierungshaushalt – Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit, UG 58 – Voranschlagsvergleich 2015 nach GB und MVAG

Finanzierungshaushalt - Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit					
UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge		**Voranschlag 2015**	**Zahlungen 2015**	**Abweichung Voranschlag 2015 : Zahlungen 2015**	
		in Mio. EUR			in %
	Einzahlungen	**87.576,57**	**73.920,96**	**– 13.655,60**	**– 15,6**
	Auszahlungen	**84.382,73**	**72.059,83**	**– 12.322,90**	**– 14,6**
Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit (Bundesfinanzierung)		**+ 3.193,84**	**+ 1.861,13**	**– 1.332,71**	
GB 58.01	**Finanzierungen und Währungstauschverträge**				
	Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzschulden	34.004,15	25.432,76	– 8.571,39	– 25,2
	Einzahlungen aus der Aufnahme von vorübergehend zur Kassenstärkung eingegangenen Geldverbindlichkeiten	40.000,00	38.864,49	– 1.135,51	– 2,8
	Einzahlungen infolge eines Kapitaltausches bei Währungstauschverträgen	13.572,41	9.623,71	– 3.948,70	– 29,1
	Einzahlungen aus dem Abgang von Finanzanlagen	0,01	0,00	– 0,01	– 100,0
	Einzahlungen	**87.576,57**	**73.920,96**	**– 13.655,60**	**– 15,6**
	Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzschulden	30.809,80	24.323,49	– 6.486,31	– 21,1
	Auszahlungen aus der Tilgung von vorübergehend zur Kassenstärkung eingegangenen Geldverbindlichkeiten	40.000,00	38.869,09	– 1.130,91	– 2,8
	Auszahlungen infolge eines Kapitaltausches bei Währungstauschverträgen	13.572,92	8.867,25	– 4.705,66	– 34,7
	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,01	0,00	– 0,01	– 100,0
	Auszahlungen	**84.382,73**	**72.059,83**	**– 12.322,90**	**– 14,6**

Quellen: HIS, eigene Berechnung

Mindereinzahlungen im GB 58.01 „Finanzierungen und Währungstauschverträge"

– 8,571 Mrd. EUR in der MVAG „Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzschulden"

Mindereinzahlungen durch den verminderten Verkauf von Bundestiteln infolge der geringeren Notwendigkeit, am Sekundärmarkt tätig zu werden.

Mindereinzahlungen im GB 58.01 „Finanzierungen und Währungstauschverträge"

– 1,136 Mrd. EUR in der MVAG „Einzahlungen aus der Aufnahme von vorübergehend zur Kassenstärkung eingegangenen Geldverbindlichkeiten"

Mindereinzahlungen durch geringere kurzfristige Mittelaufnahmen, weil infolge der Finanzmarktsituation bei der BVA-Erstellung für eventuelle Engpässe am Geldmarkt im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt wurde.

Mindereinzahlungen im GB 58.01 „Finanzierungen und Währungstauschverträge"

– 3,949 Mrd. EUR in der MVAG „Einzahlungen infolge eines Kapitaltausches bei Währungstauschverträgen"

Mindereinzahlungen durch die geringere Aufnahme von kurzfristigen Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen bzw. Devisentermingeschäften (– 5,788 Mrd. EUR), weil infolge der Finanzmarktsituation bei der BVA-Erstellung für eventuelle Engpässe am Geldmarkt im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt wurde.

Mehreinzahlungen i.Z.m. der Tilgung von Währungstauschverträgen in fremder Währung (+ 1,840 Mrd. EUR) infolge günstigerer Wechselkurse und nach der BVA-Erstellung aufgenommener Austrian Treasury Bills. Diesen Mehreinzahlungen stehen Mehrauszahlungen aus dem Grundgeschäft in gleicher Höhe gegenüber.

Minderauszahlungen im GB 58.01 „Finanzierungen und Währungstauschverträge"

– 6,486 Mrd. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzschulden"

Minderauszahlungen durch den geringeren Erwerb von Bundestiteln infolge der geringeren Notwendigkeit, am Sekundärmarkt tätig zu werden (– 6,528 Mrd. EUR) sowie durch die geringere Inanspruchnahme der Pauschalvorsorge für die Tilgung von Kreditoperationen (– 1,798 Mrd. EUR). Aufgrund der Finanzmarktsituation zum Zeitpunkt der BVA-Erstellung wurde für eventuelle unvorhersehbare Marktsituationen im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt.

Mehrauszahlungen ergaben sich durch die Tilgung von Kreditoperationen in fremder Währung (+ 1,840 Mrd. EUR) aufgrund ungünstigerer Wechselkurse als bei der BVA-Erstellung angenommen wurde und aufgrund von nach der BVA-Erstellung aufgenommenen Austrian Treasury Bills.

Minderauszahlungen im GB 58.01 „Finanzierungen und Währungstauschverträge"

– 1,131 Mrd. EUR in der MVAG „Auszahlungen aus der Tilgung von vorübergehend zur Kassenstärkung eingegangenen Geldverbindlichkeiten"

Minderauszahlungen durch die Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen, weil infolge der Finanzmarktsituation bei der BVA-Erstellung für eventuelle Engpässe am Geldmarkt im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt wurde.

Minderauszahlungen im GB 58.01 „Finanzierungen und Währungstauschverträge"

– 4,706 Mrd. EUR in der MVAG „Auszahlungen infolge eines Kapitaltausches bei Währungstauschverträgen"

Minderauszahlungen durch die geringere Tilgung von kurzfristigen Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen bzw. Devisentermingeschäften, weil infolge der Finanzmarktsituation bei der BVA-Erstellung für eventuelle Engpässe am Geldmarkt im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt wurde (– 5,793 Mrd. EUR).

Mehrauszahlungen durch die Tilgung von Währungstauschverträgen aufgrund von nach der BVA-Erstellung aufgenommenen Austrian Treasury Bills (+ 1,087 Mrd. EUR).

28.4.4 Haushaltsrücklagen

Tabelle 28.4-7: UG 58 – Entwicklung der Haushaltsrücklagen 2015

Finanzierungshaushalt								
UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge	**Anfangs-bestand**	**Umbuchung**	**Entnahme**	**Auflösung**	**Zuführung**	**Endbestand**	**Veränderung 2014 : 2015**	
	in Mio. EUR							in %
Detailbudgetrücklagen	2.635,72	–	–	–	+ 1.308,89	3.944,61	+ 1.308,89	+ 49,7
Gesamtsumme	**2.635,72**	**–**	**–**	**–**	**+ 1.308,89**	**3.944,61**	**+ 1.308,89**	**+ 49,7**

Quellen: Rücklagengebarung, eigene Berechnung

Der Stand der Rücklagen in der UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“ belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 2,636 Mrd. EUR und veränderte sich durch Zuführungen (1,309 Mrd. EUR) auf 3,945 Mrd. EUR zum 31. Dezember 2015. Im Verhältnis zu den veranschlagten Auszahlungen (6,557 Mrd. EUR) entsprach der Stand zum 31. Dezember 2015 einem Anteil von 60,2 %. Im BFG 2015 war für die UG 58 keine Rücklagenverwendung veranschlagt.

28.5 Finanzrahmen – Allgemeine Gebarung

Ausgehend von den tatsächlichen Auszahlungen 2015 stellen sich die Auszahlungsobergrenzen für die UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“ gemäß BFRG für die Finanzjahre 2016 bis 2020 wie folgt dar:

Tabelle 28.5–1: UG 58 – Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG bis 2020

Finanzierungshaushalt									
UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge	**Auszahlungen (Ist)**	**Auszahlungsobergrenzen gemäß BFRG**					**Veränderung**		
	2015	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**	**2020**	**2015 (Ist) : 2020**		**durch-schnittlich jährlich**
	in Mio. EUR							in %	
	5.248,56	**6.116,55**	**4.720,15**	**4.304,96**	**4.340,43**	**4.826,78**	**– 421,78**	**– 8,0**	**– 1,7**
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze gesamt	*74.589,49*	*78.107,49*	*78.202,70*	*78.814,08*	*80.408,66*	*83.038,37*	*+ 8.448,88*	*+ 11,3*	*+ 2,2*
Anteil der UG 58	7,0 %	7,8 %	6,0 %	5,5 %	5,4 %	5,8 %	– 1,2 %-Punkte		–
Auszahlungen/ Auszahlungsobergrenze Rubrik 5	*5.252,52*	*6.141,35*	*4.745,40*	*4.328,21*	*4.359,74*	*4.840,94*	*– 411,58*	*– 7,8*	*– 1,6*
Anteil der UG 58	99,9 %	99,6 %	99,5 %	99,5 %	99,6 %	99,7 %	– 0,2 %-Punkte		–

Quellen: HIS, BFRG 2016 - 2019, 2017 - 2020, eigene Berechnung

Bis zum Jahr 2020 soll die Auszahlungsobergrenze für die UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“ um - 421,78 Mio. EUR (– 8,0 %) auf 4,827 Mrd. EUR sinken. Dies entspricht einer Veränderungsrate gegenüber den tatsächlichen Auszahlungen 2015 von – 1,7 % im Jahresdurchschnitt. Im Jahr 2015 betrug der Anteil der UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“ an den Gesamtauszahlungen 7,0 % und an den Auszahlungen der Rubrik 5 99,9 %. Der Anteil der UG 58 an der Gesamt–Auszahlungsobergrenze soll bis 2020 auf 5,8 % zurückgehen bzw. innerhalb der Rubrik 5 auf 99,7 % sinken.

Die wichtigsten laufenden bzw. geplanten Maßnahmen und Reformen für die budgetäre Zielerreichung seien laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020:

- Hinreichend starke Diversifizierung der Finanzierungsquellen, d.h. Verfolgung einer gewissen Streuung nach Finanzierungsinstrumenten, Regionen– und Investorentypen;
- Anstreben einer ausgewogenen Verteilung bei der Verschuldungsstruktur in Bezug auf die Laufzeit (Tilgungstermine), um das Refinanzierungsrisiko des Bundes gering zu halten;
- Herausarbeiten des Vorteils und des Standings der Republik Österreich am Markt im Vergleich zu anderen Emittenten durch intensive Investorenkontakte;
- fixverzinste langfristige Verbindlichkeiten des Bundes sollen einen überwiegenden Anteil an der Finanzschuld des Bundes einnehmen.

Zur Einhaltung der Auszahlungsobergrenzen in der UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“ seien laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 keine Erfordernisse von Korrekturmaßnahmen absehbar.

Die im BFRG 2017 bis 2020 vorgesehenen Auszahlungsobergrenzen für die Jahre 2017 bis 2019 wurden gegenüber dem bisher geltenden BFRG 2016 bis 2019 um insgesamt + 7,3 % bzw. um durchschnittlich + 303,75 Mio. EUR pro Jahr erhöht. Dafür seien laut Strategiebericht der Bundesregierung 2017 bis 2020 Mehrauszahlungen aus höheren Zinszahlungen wegen der Finanzierung höherer Abgänge und die Tatsache, dass nicht mehr so hohe Emissionsagien bei der Aufstockung von Bundesanleihen lukriert werden könnten, wie noch vor einem Jahr erwartet worden sei, verantwortlich.

Im Folgenden wird ein Überblick über die Entwicklung der tatsächlichen Auszahlungen und der Auszahlungsobergrenzen von 2011 bis 2015 bzw. ein Vergleich der Auszahlungen zu den Auszahlungsobergrenzen des derzeit geltenden BFRG 2017 bis 2020 gegeben:

Tabelle 28.5–2: UG 58 – Entwicklung der Auszahlungen und Auszahlungsobergrenzen der Jahre 2011 bis 2015

Finanzierungshaushalt									
UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge	**BFRG bzw. Zahlungen**					**Veränderung**			
	2011	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	**2014 : 2015**		**2011 : 2015**	
	in Mio. EUR					in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Auszahlungsobergrenze UG 58	8.277,40	7.947,15	6.508,01	6.903,51	6.557,45	– 346,06	– 5,0	– 1.719,95	– 20,8
Auszahlungen UG 58	6.827,51	6.615,64	6.396,56	6.702,80	5.248,56	– 1.454,24	– 21,7	– 1.578,95	– 23,1
Abweichung Auszahlungen : Obergrenze	**– 1.449,89**	**– 1.331,51**	**– 111,45**	**– 200,71**	**– 1.308,89**				
Abweichung in %	**– 17,5 %**	**– 16,8 %**	**– 1,7 %**	**– 2,9 %**	**– 20,0 %**				

Quellen: HIS, BFRG 2011 - 2014, 2012 - 2015, 2013 - 2016, 2014 - 2017, 2015 - 2018, eigene Berechnung

Während ursprünglich zwischen 2011 und 2015 eine Reduzierung der Auszahlungsobergrenze gemäß BFRG um insgesamt - 1,720 Mrd. EUR (– 20,8 %) vorgesehen war, reduzierten sich die Auszahlungen zwischen 2011 und 2015 tatsächlich um - 1,579 Mrd. EUR (– 23,1 %). Im Jahr 2015 lagen die tatsächlichen Auszahlungen um - 1,309 Mrd. EUR (– 20,0 %) unter jenen, die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen waren.

Tabelle 28.5–3: UG 58 – Vergleich der Entwicklung der Auszahlungen 2011 bis 2015 mit der Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2020 gemäß BFRG

Finanzierungshaushalt						
UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge	**Auszahlungen (Ist)**		**durchschnittliche jährliche Veränderung**	**BFRG**	**durchschnittliche jährliche Veränderung**	**Differenz der Veränderungsraten[1)]**
	2011	**2015**	**2011 : 2015**	**2020**	**2015 (Ist) : 2020 (BFRG)**	
	in Mio. EUR		in %	in Mio. EUR	in %	in %-Punkten
	6.827,51	**5.248,56**	**– 6,4**	**4.826,78**	**– 1,7**	**+ 4,7**

1) Rundungsdifferenz möglich

Quellen: HIS, BFRG 2017 - 2020, eigene Berechnung

Die durchschnittliche jährliche Veränderung der Auszahlungen belief sich von 2011 bis 2015 auf – 6,4 %. Laut mittelfristiger Finanzplanung bis 2020 soll sie – 1,7 % betragen und somit um 4,7 Prozentpunkte geringer sinken als im Zeitraum 2011 bis 2015.